

F. Schnabel
Geschichte
der neuesten
Zeit

III

Geschichte der neuesten Zeit

Von der französischen Revolution
bis zur Gegenwart

von

Franz Schnabel

Sechste Auflage des Buches: 1789—1919

Mit 42 Diagrammen



1 9 2 8

Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH

ISBN 978-3-663-15405-1
DOI 10.1007/978-3-663-15976-6

ISBN 978-3-663-15976-6 (eBook)

Borwort zur ersten Auflage.

Wenn ich den von mir bearbeiteten letzten Teil des Grundrisses der Geschichte für die Oberstufe höherer Lehranstalten gleichzeitig als eigenes Buch in Sonderausgabe vorlege, so leitet mich dabei die Überzeugung, daß auch weite Kreise außerhalb der Schule schon lange nach einer geschichtlichen Darstellung verlangen, die prägnant und in sich geschlossen die Probleme der neueren Geschichte umfaßt und die großen Linien der geschichtlichen Entwicklung bis zur Gegenwart führt. Nach meiner Kenntnis der Literatur pflegen unsere Geschichtsbücher, die einen größeren Zeitraum für die Schule oder für einen weiteren Kreis der Gebildeten behandeln, ihre Aufgabe darin zu sehen, die tieferen Schwierigkeiten des Stoffes aus dem Wege zu räumen, die Darstellung zu verdünnen und den Gegenstand zu verflachen. Demgegenüber habe ich geglaubt, daß man gerade heute mit Recht danach verlangt, die geschichtlichen Zusammenhänge in ihrer vielfältigen Verschlingung und ihrer vollendeten Problematik zu erfahren, und ich habe daher meine Aufgabe nicht in der Vereinfachung, sondern in der Zusammendrängung gesehen. Will man wirklich Ernst machen mit der unaufhörlich erhobenen Forderung nach einem Ausbau der geschichtlichen und staatsbürgerlichen Bildung, so wird man auch den Mut haben müssen, den Führern des Volkes und denen, die sich auf den Schulen für solchen Beruf vorbereiten, keine Mühe zu ersparen. So habe ich mich bestrebt, nur das wirklich Wissenswerte zu bieten, aber dieses eindringlich und gründlich. Auch glaube ich sagen zu können, daß diese Methode im Unterricht erprobt, das Buch aus langjähriger Tätigkeit an Gymnasien und an der Technischen Hochschule erwachsen ist. Es darf ferner noch daran erinnert werden, daß ein Gelehrter vom Range eines Lavisse es als seine vornehmlichste Aufgabe angesehen hat, den Lyzeen seines Landes das Unterrichtswerk zu schreiben, das dann auch von weiteren Kreisen aufgenommen wurde und dadurch den Grund gelegt hat für die Bildung, der Frankreich so große und für uns so schmerzliche, nationale Erfolge verdankt. Denn ein Buch, das für die Schule geschrieben ist, braucht darum doch noch nicht von den Erwachsenen verschmäht zu werden, und wenn es diesen als Lehrer und Ratgeber dient, wird es darum doch auch vor der Schule und ihren besonderen Bedürfnissen bestehen können.

Für diejenigen Leser, die den in der Darstellung berührten Zusammenhängen des näheren folgen wollen, habe ich Hinweise doppelter Art gegeben: für ein quellenmäßiges Studium ist im Text an geeigneten

Stellen Bezug genommen auf entsprechende Hefte der Teubnerschen „Quellensammlung“ (Qu.), in denen der Leser die wichtigsten Quellen abgedruckt und die in Betracht kommenden großen Quellenwerke aufgezählt findet; für ein Studium aus darstellenden Werken bietet der Anhang ein Literaturverzeichnis, das in jedem Kapitel auf die entscheidenden klassischen Geschichtswerke hinweist und den Leser zugleich mit Meistern der Geschichtschreibung bekannt machen möge.

Schließlich liegt mir noch die Pflicht ob, dem Verleger, Herrn Dr. Giesecke, wärmsten Dank auszusprechen dafür, daß er diese Sonderausgabe ermöglicht hat, und daß er das Werk in allen Stadien seines Werdens mit wertvollen Ratschlägen und ernstem, wissenschaftlichem Interesse begleitet hat.

Karlsruhe, im Dezember 1923.

Franz Schnabel.

Vorwort zur sechsten Auflage.

Es ist mir eine Befriedigung, feststellen zu dürfen, daß sich das Buch nun schon seit fünf Jahren auf dem sonst nur den Novitäten holden Büchermarkte der Gegenwart behauptet hat und daß zahlreiche Deutsche aus ihm ihre geschichtliche Bildung geschöpft haben. Die rasche Folge der einzelnen Auflagen hat mir gestattet, unermüdet im einzelnen zu bessern und mit den Fortschritten der wissenschaftlichen Erkenntnis wie der didaktischen Grundsätze Schritt zu halten. Mehrere Kapitel wurden im Laufe der Jahre eingefügt oder übersichtlicher gestaltet, die Anlage des Ganzen aber blieb unverändert, denn sie erträgt angesichts der scharfen Verzahnung der einzelnen Teile keinen Eingriff und soll auch weiterhin so erhalten bleiben, wie sie den deutschen Lesern — ich darf wohl sagen — lieb und vertraut geworden ist. Die vorliegende 6. Auflage bringt zum ersten Male ein Kapitel „Nach dem Weltkriege“, worin die wichtigsten Gegenwartsprobleme eine historische Beleuchtung finden. Ich glaube, daß auch dieses Kapitel dem Zwecke des Buches dienen wird, indem es zur Vertiefung und Verbreitung historisch-politischer Bildung beiträgt.

Die Hinzufügung des Schlußkapitels machte es nötig, den Titel des Buches zu ändern. Daß der Verlag sich gleichzeitig entschlossen hat, das äußere Gewand zu verbessern, wird vielen Lesern erwünscht sein.

Karlsruhe, im Juli 1928.

Franz Schnabel.

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Vorwort	III
A. Die Französische Revolution	1
I. Die Ursachen der Revolution	1
II. Konstituante und Legislative	8
III. Der Nationalkonvent	14
IV. Das Direktorium	17
V. Das Konsulat	20
B. Das Zeitalter Napoleons	22
I. Das Kaisertum	22
II. Reform und Befreiung	30
C. Das Zeitalter der Restauration	47
I. Der Wiener Kongreß	48
II. Europa im Zeichen der Heiligen Allianz	51
III. Europa und das Julikönigtum	57
D. Revolution und Reaktion	71
I. Die deutsche Revolution 1848/49	71
II. Das Ringen der alten und neuen Mächte	79
E. Die Einigung Deutschlands durch Bismarck	86
I. Der Kampf um die Vorherrschaft	86
II. Der Deutsch-Französische Krieg von 1870/71	100
F. Europa im Zeitalter Bismarcks	107
I. Der Ausbau des Deutschen Reiches	107
II. Bismarcks Politik der Bündnisse	119
G. Das Zeitalter des Imperialismus	127
I. Der Ausbau des britischen Weltreiches	127
II. Deutschland unter Wilhelm II.	133
III. Der Wettstreit der Weltmächte	146
H. Der Weltkrieg von 1914—1918	156
I. Der Ausbruch des Krieges	156
II. Der Verlauf des Weltkrieges	159
III. Die Ergebnisse des Weltkrieges	171
I. Die Weimarer Verfassung	182
K. Nach dem Weltkriege	189
I. Der Kampf um Rhein und Ruhr	189
II. Das neue Europa	193
III. Das Erwachen der kolonialen Völker	196
Synchronistische Tabelle	202
Diagramme	214
Sachregister	222
Namenregister	227
Literaturverzeichnis	233

A. Die Französische Revolution.

- 1789 Reichsstände, Nationalversammlung
- 1791 Verfassung, Mirabeaus Tod, Legislative
- 1792 Ausbruch des Revolutionskrieges; Abschaffung des Königtums
- 1793—1797 Die erste Koalition
- 1793 Der Konvent, die Schreckensherrschaft, Eroberung Belgiens und des linken Rheinufers
- 1794 Begründung der Ecole polytechnique in Paris
- 1794—1805 Freundschaftsbund Goethes und Schillers
- 1795—1799 Das Direktorium
- 1795 Friede von Basel
- 1796 Bonaparte in Oberitalien
- 1797 Campo Formio. Rastatt
- 1797—1840 Friedrich Wilhelm III.
- 1798—1799 Der ägyptische Feldzug
- 1798—1801 Die zweite Koalition
- 1799 Der 18. Brumaire, Konföderationsverfassung
- 1801 Lunéville — Kontordat
- 1802 Amiens
- 1803 Reichsdeputationshauptschluß

I. Die Ursachen der Revolution.

1. Das Ancien Régime und seine Verwaltungszentralisation.

Die Entstehung der modernen, d. h. der nachmittelalterlichen Welt ist der Inhalt der abendländischen Geschichte seit dem Untergange der Staufer gewesen. Zu dieser Entwicklung gehört die Entstehung des modernen Staates, der sich am folgerichtigsten durchgesetzt hat in Frankreich; denn eine stattliche Reihe tatkräftiger Könige und Staatsmänner arbeitete hier ohne Unterbrechung an der Beseitigung aller geistlichen und weltlichen Teilgewalten, der Drang nach Ausdehnung trieb sie zur Zusammenfassung der durch das Lehensrecht zersplitterten Kräfte. So geht durch die französische Geschichte eine einheitliche Linie von Philipp dem Schönen bis zu Ludwig XIV. Das Königtum, gestützt auf Heer und Beamtentum, nimmt den örtlichen Gewalten der Seigneurs und Gemeinden ihre politischen und administrativen Rechte, beseitigt fast alle „Stände“ und vereinigt die Regierung in der Hand des Königs und seines Rates, von dem die Intendanten in den Provinzen unbedingt abhängen. Durch diese „centralisation administrative“ des Absolutismus wird Frankreich aus dem mittelalterlichen Lehns- und Ständestaat mit seinen selbständigen Provinzen und Teilgewalten herausgeführt zur nationalen Einheit und zur Vorherrschaft in Europa und in der Welt. Aber das System trägt den Keim der Zerfegung in sich.

- a) Die feudale Gesellschaftsordnung verliert ihre innere Berechtigung. Durch die Entwicklung des Absolutismus haben die geistlichen und weltlichen Seigneurs ihre Hoheitsrechte und also ihre politischen Pflichten und Rechte verloren, aber bewahrt haben sie ihre sozialen und wirtschaftlichen Rechte, ihren historisch gewordenen und geschützten Besitz. Der Adel, der politischer und geistlicher Führer des Volkes gewesen war, ist nun zur beschäftigungslosen Kaste geworden, deren ganzer Sinn auf Bewahrung ihrer „Sinekuren“ gerichtet ist. Aus begründeten Rechten sind Vorrechte geworden.

Von der mittelalterlichen Ständeordnung des Lehenswesens, die auf der Verleihung von Grundbesitz in Verbindung mit Hoheitsrechten des Staates beruht hatte (fief, seigneurie), leitete sich die Vorzugsstellung des Adels und der Geistlichkeit her. Diese hatten jetzt zwar nach wie vor die persönlichen und sachlichen Leistungen ihrer Bauern zu beanspruchen, und die Begünstigungen in Ämtern und Steuern waren durch den Absolutismus sogar noch gemehrt worden. Aber für diese Berechtigungen wurden, seit der Absolutismus gesiegt hatte, keine Gegenleistungen mehr erwartet und gegeben, obwohl doch diese Rechte nur deswegen geschichtlich geworden und gerechtfertigt waren, weil sie gleichsam die Bezahlung darstellten für die Aufgaben, die der Berechtigte in Gericht, Verwaltung und Krieg erfüllte, damit der Bauer seiner Arbeit nachgehen konnte.

Was die Privilegien angreifbar machte, war also nicht ihre Größe an sich, die auch in den anderen Ländern Europas auf dem Volke lastete, sondern vielmehr die Tatsache, daß ihr geschichtlicher und sittlicher Grund in Frankreich vollständig beseitigt war.

- b) Die politische Entrechtung als Vorbild der sozialen. Hat der Absolutismus also die soziale und rechtliche Ungleichheit der einzelnen Stände untereinander bewahrt, ja sogar durch neue Privilegien verstärkt, so sind doch im Verhältnis zum Königtum alle Menschen zu gleichen Untertanen (sujets) geworden. Der Weg von der politischen zur rechtlichen Gleichheit, vom sujet zum citoyen, ist also gewiesen: das Königtum hat selbst die Égalité der Revolution vorbereitet.

L'idee d'une seule classe de citoyens aurait plu à Richelieu. (Mirabeau an Ludwig XVI.)

- c) Die Verödung der Provinzen. Der beschäftigungslos gewordene Adel wird vom Königtum an den Hof gezogen, damit er unschädlich werde und im höfischen Zeremoniell einen Schein von Betätigung finde.

Für die neue Aufgabe zeigt er sich sehr geeignet; so ist die gesellschaftliche Kultur der Rokokozeit entstanden. Die Landflucht des Adels hat zur Folge, daß der patriarchalische Geist des Feudallebens schwindet, die Entfremdung der Stände immer größer wird und die Provinzen keine eigenen Führer mehr haben. Sie tun also nur, was man in Paris will; die Zentralisation hat die Wege geschaffen, durch die der Wille der Hauptstadt über ganz Frankreich herrschen kann. Die unmittelbare Folge davon wieder ist

- d) das Anwachsen der Hauptstadt Paris. Die Zentralisation vereint in Paris Verwaltung, Hof und Garnison, schafft also Massenkonsum und Massenproduktion und damit eine industrielle Arbeiterschaft, die als Sturmtruppe der Revolution dienen kann.

Vergebens haben die Könige das Anwachsen der Hauptstadt durch Bauverbote zu hemmen gesucht: die Ursache konnten sie nicht beseitigen; denn sie mußten die Zentralisation wollen, wollten sie nicht die nationale Größe aufgeben.

- e) Die Entstehung der Bourgeoisie ist gleichfalls eine Folge der Zentralisation und ihres Bedarfes an Massengütern. Auch der Merkantilismus, die Wirtschaftspolitik des absoluten Königtums, befördert die Entstehung und Bereicherung des Unternehmertums. So bildet sich innerhalb des Tiers-état — zu dem alle zählen, die nicht zu Adel und Geistlichkeit gehören — eine reiche und selbstbewußte bürgerliche Klasse.

Der Absolutismus hat mit der Industrie diese Klasse geschaffen, deren Bedeutung nicht wie die des Adels und der Geistlichkeit auf dem historischen Besitze beruht, sondern auf dem Kapital, d. h. dem erworbenen und gesammelten Uberschuß über die Kosten der Produktion. Die politische Ordnung des Staates ist aber dieser wirtschaftlichen Veränderung nicht nachgefolgt, sondern hat die Vorrechte des historischen Besitzes bewahrt. Hieraus entsteht die stille Opposition der neuen Klasse gegen die alte (feudale) Gesellschaftsordnung und den alten (absolutistischen) Staat. Dieser Entwicklung entspricht andererseits

- f) die Verarmung des Bauernstandes. Der Merkantilismus hält im Interesse der Förderung der Industrie die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse künstlich niedrig; und wenn er auch die Schaffung eines „inneren Marktes“ vorbereitet, so spürt doch der Bauer zunächst nur die Kosten dieser „Erziehung zur Industrie“. Andererseits hat der Bauer jetzt doppelte Lasten zu tragen, neben den alten gutsherrlichen Leistungen die staatlichen Steuern; und während jene nach dem Untergange des patriarchalischen Lebens viel rücksichtsloser gefordert werden als ehemals, ist
- g) der Steuerdruck doppelt fühlbar durch die Art der Erhebung mittels Steuerpächtern und durch die Art der Verteilung in Folge der merkantilistischen Bevorzugung der indirekten Steuer, besonders der Gabelle, einer Salz- und also Brotsteuer. Von der direkten Steuer (taille), einer Grund- und Vermögenssteuer, ist der Adel ganz befreit, während die Geistlichkeit nur Teilzahlungen als dons gratuits leistet. Die Steuern steigen aber unaufhörlich durch
- h) die Finanznot des Staates, die bedingt ist durch die gewaltigen Ausgaben für Hof, Heer und Bureaufratie, vor allem aber auch durch
- i) die Mißerfolge der auswärtigen Politik: seit der großen Koalition von 1688, die England und Österreich zusammengeführt hat, zieht sich der Niedergang der französischen Macht durch alle Kriege des folgenden Jahrhunderts.

Der Absolutismus hatte seine geschichtliche Rechtfertigung darin gefunden, daß er den nationalen Aufstieg Frankreichs durch die Sammlung aller Kräfte unter einheitlicher Führung ermöglicht hatte, und die Opfer, die sein System verlangte, waren nur so lange erträglich, als er diese seine Aufgabe erfüllte. Nicht seine Machtpolitik an sich hat ihn zugrunde gerichtet, sondern seine Erfolglosigkeit; und auch diese ist nicht die Schuld eines einzelnen, sondern das Resultat der völlig veränderten Weltstellung von 1688.

Viele politische, soziale und wirtschaftliche Entwicklungen kamen also zusammen, um den alten Staat und die alte Gesellschaftsordnung zu unterhöhlen. Und dies allein erklärt es, warum die Kritiker des Systems gehört wurden und Erfolg hatten.

2. Die Aufklärung in Frankreich.

Auch die Geschichte der französischen Aufklärung wurzelt tief in der Vergangenheit. Der Rationalismus, aus lateinischem Geiste stammend, in der Renaissance geboren und von Descartes vollendet, hat in Frankreich das germanische Mittelalter verdrängt und die mechanische Welt- und Lebensbetrachtung, die Grundsätze der Logik und Konsequenz in Frankreich am vollständigsten verwirklicht. So ist hier der Staat aus der Vielgestaltigkeit des Lehnswesens zu Einheit und Zentralisation geführt worden, so ist im Rechtsleben an die Stelle der Anschaulichkeit und Vielsfältigkeit der mittelalterlichen Satzungen (coutumes) die Klarheit und Systematik des römischen Rechtes getreten. In der klassischen Kunst sind Symmetrie und Einheitlichkeit zur Herrschaft geführt, in der Literatur die „Regeln“ und der Alexandriner zur ausschließlichen Geltung gebracht worden. Aus der Sprache ist das Volkstümliche und Konkrete beseitigt worden, Mathematik und Mechanik haben zu den größten Triumphen des Geistes geführt, und in der Philosophie ist der unbedingte Zweifel zum Grundsatz erhoben und der Aufbau der Welt aus dem Selbstbewußtsein des denkenden Individuums durchgeführt worden. Es ist eine Entwicklung, die wiederum das ganze Abendland erlebt hat, die aber von dem Geiste der Franzosen — ihrem esprit classique — besonders ergriffen wird und nun durch die Aufklärung des 18. Jahrhunderts zur allgemeinen Geltung gelangt.

- a) Die Vorläufer in England. Nachdem Hobbes zur Zeit Karls I. den Staat vernunftmäßig zu erklären versucht hat als auf einem Vertrage zwischen Herrscher und Untertanen beruhend und so zur Rechtfertigung des aufgeklärten Absolutismus gelangt ist, zieht Locke in der Zeit der zweiten Revolution aus der Vertragslehre die entgegengesetzte Folgerung des Rechtes auf Auflösung des Vertrages, also des Rechtes auf Revolution.

Die Vernunft wurde damit für alle Zeiten zur Richterin des Vertrages gesetzt, das Vernunft- oder Naturrecht dem tatsächlich gewordenen Rechte entgegengestellt; das geschichtlich Gewordene sollte geprüft werden durch die Vernunft (ratio). Durch Locke wurde hier der englische Staat, wie er nach 1688 geschichtlich geworden war, gedanklich gerechtfertigt: Theorie und Erfahrung ergänzten einander.

- b) Die französischen Denker betrachten Leben und Staat zunächst mit den Augen Lockes, aber sie erfassen das Problem von Vernunft und Geschichte mit wachsender Schärfe; sie alle sind Literaten und leben ihren Ideen, ohne die Möglichkeit praktischer Betätigung. So gelangt die Theorie zur Herrschaft über die Erfahrung.

1. Montesquieu feiert den englischen Staat als reifste Entfaltung der Freiheit und entwickelt am Beispiele der englischen Verfassung die Lehre von der Teilung der Gewalten (*De l'esprit des lois* 1748).
2. Voltaire, als Dichter, Popularphilosoph, Geschichtschreiber und Publizist von weiter und tiefer Wirkung auf seine Zeitgenossen, sucht die Vernunft auf allen Gebieten des Lebens durchzusetzen und die Menschen vom „Aberglauben“ des „finsternen Mittelalters“ zu befreien: „écrasez l'infâme!“. Erfüllt von dem Stolz des „großen Jahrhunderts“ wirkt er

durch Aufklärung in dem optimistischen Glauben, daß die Menschen die Wahrheit nur zu lernen und zu erfahren brauchten, um ihr zu folgen.

Die englische Wirklichkeit entsprach zwar dieser Theorie schon nicht mehr und war bereits zum Parlamentarismus weitergeschritten; aber der Gedanke, daß wahre Freiheit nur durch eine Trennung der gesetzgebenden, ausführenden und richterlichen Gewalt gewährleistet sei, wurde ein Grundgedanke der kontinentalen Staatslehre.

3. Die Physiokraten übertragen die Gedanken der Aufklärung auf die Betrachtung und Beurteilung der menschlichen Wirtschaft.

Auch hier fanden sie einen „ordre naturel“, eine aus dem allgemeinen Naturplan kraft menschlicher Vernunft abgeleitete und absolute Ordnung, an die der „ordre positif“ der wirklichen Welt angeglichen werden müsse. Wo das richtige Wechselverhältnis vorhanden sei, dort herrsche „la prospérité“; diese werde daher vom Einzelnen nur dann erreicht, wenn es ihm gestattet sei, ohne Verletzung der fremden Rechte seinem natürlichen Vorteile zu folgen.

Aus diesen Vorderfäßen leiteten die Physiokraten ein ganzes nationalökonomisches System ab.

a) Theorie.

1. Die Forderung der Freiheit ergibt sich aus der individualistischen Grundauffassung. Die Tätigkeit des Staates wird auf den Schutz der Rechte des Anderen beschränkt: laissez faire, laissez aller! In diesem Satze ist die stärkste Abkehr vom Absolutismus und Merkantilsystem ausgesprochen, wie nicht minder in der Lehre über die
2. Quelle des Reichtums. Als einzige Quelle des Wohlstandes erscheinen die im Boden angehäuften Geschenke der Natur (φύσις = physis = Natur): la terre est l'unique source des richesses. Handel und Industrie schaffen also nach dieser Lehre keinen neuen Reichtum, sondern wandeln nur bestehende Stoffe um oder bringen sie von Ort zu Ort. Die Bauern bilden demnach die produktive Klasse der Bevölkerung, während die Kaufleute und Gewerbetreibenden die classe stérile darstellen. Die Lehre von der Handelsbilanz wird demnach als ein Irrtum abgelehnt; denn der Handel sei, wenn er ohne Übervorteilung getrieben werde, immer nur ein Tausch gleicher Werte.
3. Mit dem System der Volkswirtschaft, das die Physiokraten also aus wenigen Sätzen ableiten, ist die Wissenschaft der Nationalökonomie, der économie politique begründet worden; denn der Merkantilismus hatte keine geschlossene Theorie entwickelt, sondern sich mit einzelnen Leitfäßen begnügt. Aber die physiokratische Theorie war nicht auf Erfahrungstatsachen gegründet, sondern aus allgemeinen Vorderfäßen abgeleitet. Der Rationalismus betrachtete sogar die Lehre von der Wirtschaft als eine deduktive Wissenschaft. Aber gerade in dieser Konsequenz des Systems liegt seine revolutionäre Kraft, wie die Anwendung zeigt, welche die Physiokraten aus ihren Lehren für die Politik gewannen.

b) Die wirtschaftspolitische Anwendung verlangte, daß die Wirtschaft der Völker durch Gewährung der Freiheit umgestellt werde auf die Bedürfnisse der wichtigsten und bis dahin unfreiesten Klasse, nämlich der Bodenbebauer. Daher also:

1. Bauernbefreiung, also Freiheit der Bauern von allen Bindungen, sowohl den feudalen wie den merkantilistischen: also Freiheit der Person, Freizügigkeit, Freihandel — denn die Hemmung des Getreidehandels gehörte zu den Mitteln, durch die der Merkantilismus die Industrie begünstigte.
2. Der Freihandel ergab sich aber auch aus der Weltanschauung der Zeit, dem Naturrecht und Weltbürgertum.

3. Ablehnung aller Wirtschafts- und Kolonialkriege. Besser als das Kriegsführen erschien als Aufgabe des Staates:

- a) die Aufklärung des Volkes durch Unterricht und Volksbelehrung, die Förderung der Wirtschaft durch Musterwirtschaften, durch Bau von Kanälen und Landstraßen. Aber dieser „aufgeklärte Absolutismus“ soll doch nur Vorbereitung sein bis zur Verwirklichung des völligen Gewährlassens. Denn
- b) Selbstverwaltung und Freiheit ist auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete das Ziel.
- c) Die Steuerpolitik der Physiokraten ergab sich gleichfalls aus den Voraussetzungen des Systems. An die Stelle der vielen und indirekten Steuern des Merkantilsystems soll eine einzige direkte Steuer, der *impôt unique et direct* treten, gezogen aus der reinen Bodenrente, die nach Abzug der Gesteuerungskosten als arbeitsloses Einkommen dem Grundherrn zufließt und auf welche die Allgemeinheit ein Anrecht hat, weil ihr die Höhe des Bodenertrages verankert wird.

Groß ist die Bedeutung dieser Lehre: in der Gegenwart knüpft die Bodenreform an sie an, in jener Zeit griff sie an die Grundlagen der feudalen Gesellschaftsordnung und des absoluten Staates. Und doch gehörten aufgeklärte Herrscher wie Joseph II. zu ihren Anhängern, und ihre Wortführer waren hohe Beamte und Aristokraten: Quesnay, der Leibarzt Ludwigs XV., Graf Mirabeau père, der Intendant Turgot.

4. Die Enzyklopädisten — so genannt nach dem großen Lexikon des Wissens, das sie seit 1750 unter dem Titel „*Encyclopédie ou Dictionnaire raisonné*“ herausgaben — zogen auf allen Gebieten die letzte Konsequenz: die mechanische Welterklärung führte unter Anwendung auf den menschlichen Organismus zur Leugnung der Seele und Gottes, die Lehre vom Staatsvertrag zu dem Gedanken der Volkssouveränität.

- c) J. J. Rousseau bekämpft diese Verstandeskultur, die den Menschen nur schlecht und unglücklich gemacht habe. Er will Natur, Gefühl, Seele: *retour à la nature!* Er berührt sich in manchem mit den Physiokraten; als geistige Erscheinung aber steht er allein, denn er ist kein Mensch des klassischen Geistes. So entdeckt er die Schönheit des Gebirges, der regellosen und beseelten Natur: seine Dichtungen sind echte Ursprünglichkeit, die Erziehungslehre seines „*Emile*“ will urwüchsigte Menschen, sein „*Contrat social*“ bricht mit allen überlieferten Gemeinschaftsformen und fordert die Verwirklichung der *volonté générale* in den Urversammlungen der Gemeinden, durch Verbrüderung in der Republik und im allgemeinen Weltbürgertum.

Ergebnis: Der Gegensatz zwischen Vernunft und Geschichte wurde in Frankreich viel schärfer empfunden als in irgendeinem anderen Lande. Denn einerseits neigte der französische Geist zur Logik und Konsequenz, und durch die Fernhaltung von jeder Mitwirkung am Staate konnten die Theorien durch Erfahrungen nicht geprüft werden; andererseits fand diese an sich schon geschärfte Vernunft in Frankreich eine Überlieferung, die hier widersinniger war als in jedem anderen Lande. Und aus dieser geschichtlichen Lage, dem Zusammentreffen des klassischen Geistes mit den besonderen politischen und sozialen Verhältnissen des Ancien Régime, ist die Französische Revolution entstanden.

Große geschichtliche Bewegungen sind immer das Ergebnis vieler Ursachen. Einzelne waren diese auch in England oder Deutschland am Werke: die Ver-

schwundung der Hölle, Korruption des Adels, Finanznot, Bauernelend, Aufklärung. Aber die bestimmte geschichtliche Lage entstand nur in Frankreich, und sie war das Resultat einer weit in die Vergangenheit zurückreichenden Entwicklung, die stärker war als die Menschen: eine historische Notwendigkeit also, und nicht die Torheit des alten Regime oder die Bosheit der neuen Männer hat die Revolution „gemacht“. Und da das System des Absolutismus allerdings große Persönlichkeiten zur Voraussetzung hat, so entsteht die Frage: hätte ein starker Staatsmann die Revolution vermeidbar machen können? Indem das bestehende System — der Absolutismus unter Bewahrung der feudalen Gesellschaftsordnung — unhaltbar geworden war, sind als Möglichkeiten zu erwägen: 1. die Rückkehr zur vorabsolutistischen Zeit, wie die Adelsopposition es will; es ist aber sehr die Frage, ob es möglich ist, die Geschichte eines halben Jahrtausends ungeschehen zu machen. 2. der freiwillige Verzicht des Adels auf seine Privilegien, um den Staat vor Erschütterungen zu bewahren; es ist jedoch zweifelhaft, ob ein der politischen Verantwortung entwöhnter Stand dazu fähig ist. 3. die Weiterführung des Werkes der alten Könige, indem der politischen Vernichtung des Adels nun die soziale nachfolgt; das kann aber nur durch einen Bund von König und Tiers état gegen den Adel geschehen. Es ist Frankreichs Schicksalsfrage, ob sich ein Staatsmann findet, der dies wagt. Von diesen Möglichkeiten berichtet die Geschichte der Reformversuche.

3. Die Reformversuche.

Seit Ludwigs XIV. Tode (1715) ist die Opposition des Adels und die der Schriftsteller erwacht und gewachsen; gelegentlich erfolgen Verhaftungen mit Hilfe der lettres de cachet, im übrigen ergötzt sich die Hofgesellschaft an den geistreichen Werken und glaubt nicht, daß die Bücher Leben gewinnen könnten. Der Kampf mit dem Adel erreicht seinen Höhepunkt, als Ludwig XV. die führenden Räte des Pariser Parlamentes, das auf Grund seines Registrierungsrechtes königliche Verordnungen ablehnt, 1771 verbannt und die Käuflichkeit der Richterstellen abschafft. Es ist der Anfang einer Reform, erscheint aber als Gewalttät des Absolutismus. Ludwig XVI. setzt daher bei seinem Regierungsantritt 1774 die Parlamentsräte wieder ein und beruft Turgot als Minister.

- a) Turgot versucht eine Reform durch das Königtum gegen die Privilegierten; er will also in den Formen des aufgeklärten Absolutismus, durch königliche Gesetze, die physiokratischen Ideen verwirklichen.
1. Der Getreidehandel wird freigegeben. Die nächste Folge ist eine Preissteigerung und eine Erhebung der Pariser Arbeiterschaft, die Turgot niederschlägt (*guerre des farines*).
 2. Die Aufhebung der Zünfte (Gewerbefreiheit) wird verfügt, und zwar gegen den Willen der Parlamente.
 3. Die Einführung des *impôt unique* wird vorbereitet.
 4. Einschränkung des Hofes wird von Turgot gefordert.

Es entsteht zwischen Minister und Hof ein Kampf um den König; der Minister wird entlassen. Der äußere Anlaß dazu ist, daß Turgot sich gegen den amerikanischen Feldzug (1776) ausgesprochen hat, weil dadurch die Schuldenlast vergrößert werde und weil er als Physiokrat ein Gegner der Macht- und Kolonialpolitik ist. Schon in seiner Jugendschrift steht der berühmte und bezeichnende Satz: „*Les colonies sont comme des fruits, qui ne tiennent à l'arbre que jusqu'à leur maturité.*“ Der tiefere Grund seiner Entlassung ist der Plan der Grundsteuer; gewaltiges Steigen der Bodenpreise ist die Folge seines Sturzes.

- b) Necker macht den entgegengesetzten Versuch einer Steuerreform mit Hilfe der Privilegierten durch Wiederbelebung der Provinziallandtage. Aber Neckers Ernennung zum Minister scheitert an dem Wider-

spruch des hohen Beamtentums, weil Necke Schweizer und Protestant ist: Necke erscheint der öffentlichen Meinung als Opfer des Absolutismus.

- e) Calonne beruft Notabeln — vom König ausgewählte, angesehene Leute: der erste Schritt zur Erneuerung der Stände ist geschehen. Die Beseitigung des Defizits ist immer dringender geworden, sie wird zur brennenden Aufgabe des Tages; aber sie ist nicht möglich ohne die Steuerreform, und diese greift allerdings an die Grundlage der bestehenden Gesellschaftsordnung: die Notabeln lehnen also die Grundsteuer ab.
- d) Die Berufung der Reichsstände. Es bleibt also nur der Weg Turgots zur Durchführung der Reform: gegen die Privilegierten! Ein letzter Versuch greift aber zur Gewalt, will die Steueredikte gegen die Parlamente durchsetzen durch Verhaftung der Räte: ungeheure Aufregung ist die Folge. Die Privilegierten bestreiten, mit der Aufklärungsliteratur hierin einig, dem Königtum die gesetzgebende Gewalt und das Steuerrecht und fordern Wiederberufung der Reichsstände. Der König weicht zurück, verspricht die Einberufung und beauftragt Necke, weil er bei Adel und Bürgertum gleich beliebt ist, mit der Durchführung.

Necke wußte, daß die Reform nur gegen die Privilegierten möglich war und daß die Berufung der Reichsstände also eine neue Fronde zur Folge haben konnte. Deshalb faßte er den Gedanken eines Bundes von Königtum und Tiers état: das Königtum solle die Teilung der Gewalten durch eine Verfassung annehmen, der Tiers état die königliche Politik gegen den Adel unterstützen.

Daher wird die Erhöhung der Abgeordnetenzahl des Tiers état von 300 auf 600 vom König verfügt, während Adel und Geistlichkeit nur je 300 Stimmen behalten. Dieses doublement du tiers hat freilich nur dann einen Sinn, wenn die Abstimmung nicht mehr wie bisher nach Ständen, sondern nach Köpfen geschieht. Der König und Necke zögern aber, diese Verfügung zu treffen, die freilich die Preisgabe des alten Ständestaates bedeutet hätte; denn der Wahlkampf ist heftig, die Cahiers enthalten die Klagen des Landes, die Flugschrift des Abbé Sieyès „Qu'est-ce que le tiers état?“ stellt die Forderungen des dritten Standes auf. So treten die Reichsstände am 5. Mai 1789 in Versailles zusammen, ohne daß über den Abstimmungsmodus **1789** eine Entscheidung getroffen ist.

Dem Königtum war nur noch die Wahl geblieben, Führer oder Opfer der Revolution zu werden. Der Gedanke eines Bundes von Königtum und Revolution wurde zwar gefaßt: ihn durchzuführen fehlte der Mann, der innerlich frei und stark genug war, den betretenen Weg zu Ende zu gehen. So mußte die Führung der Bewegung dem ratlosen König entgleiten und die Revolution über ihn hinweggehen.

II. Konstituante und Legislative.

1. Die Reichsstände.

Die feierliche Eröffnung der Reichsstände, am 5. Mai 1789, brachte nochmals, zum letzten Male, die Staats- und Gesellschaftsordnung der alten Zeit denkwürdig zum Ausdruck: während Geistlichkeit und Adel in ihren prächtigen, standesgemäßen Gewändern durch die weitgeöffneten Flügeltüren den Saal betreten, dürfen die Vertreter des dritten Standes in ihren einfachen schwarzen Kleidern, —

mit Hüten ohne Knöpfe und Federn — nur durch eine Seitentüre eintreten. Nach der Eröffnungsrede des Königs gibt Necker einen Überblick über die Finanzlage, der die wirkliche Höhe des Defizits nicht erkennen läßt. Am folgenden Tage beginnen die Sitzungen; jeder Stand begibt sich in den ihm angewiesenen Saal. Aber bei dem ersten Geschäft, der Prüfung der Vollmachten, fordert der dritte Stand gemeinsame Beratung und Abstimmung nach Köpfen.

Der Streit um den Abstimmungsmodus setzt also sofort ein: Adel und Geistlichkeit berufen sich auf das Herkommen, der Tiers état behauptet, mit dem *doublément* sei die Abstimmung nach Köpfen selbstverständlich verbunden. Die Regierung schweigt auch jetzt. Da erklärt sich der Tiers état als Nationalversammlung, d. h. als einheitliche, nicht mehr nach Ständen zusammengesetzte Vertretung der Nation, und fordert die anderen Stände zum Beitritt auf. Seine Abgeordneten geloben durch den „Schwur im Ballhause“ (20. Juni), sich nicht zu trennen, bevor sie Frankreich eine Verfassung gegeben. Der Versuch des Königs, die Beratungen der Versammlung zu hindern, wird von Mirabeau mit dem Appell an die Bajonette beantwortet: der König gibt nach, und die Mitglieder der anderen Stände treten der Nationalversammlung bei. Als der Hof Truppen zusammenzieht, kommt es zum Bastillesturm vom 14. Juli 1789 und zu Bauernunruhen in den Provinzen; die Zerrüttung des Heeres und die Emigration der Aristokratie beginnt.

Der Zusammentritt der Reichsstände, von dem man eine neue Adelsbewegung befürchtet hatte, war das Signal zur bürgerlichen Erhebung geworden: Gedankten, Führer und Massen waren hier vorhanden; Königtum, Adel und Geistlichkeit aber fühlten, daß das alte System nicht zu retten war, und doch vermochten sie einen neuen Weg nicht zu finden oder nicht zu verfolgen. Zum Vortheile gereichte dem Tiers état, daß er über den größten Staatsmann der Zeit verfügte, den Grafen Mirabeau, den Sohn des Physikers, der — durch eine wilde Jugend hindurchgegangen und von Familie und Standesgenossen verstoßen — als Abgesandter des Tiers état gewählt worden war: ein Mann voll Ideen und Willen, erstrebte er ein starkes, konstitutionelles Königtum. Es war nun die Frage, ob der König und ob der Tiers état ihm folgen würden.

2. Die *Assemblée nationale constituante*.

An die Stelle der alten Vertretung der drei Stände war kraft eines revolutionären Aktes die Vertretung des rechtlich ununterschiedenen Volkes getreten. So hatte der Tiers état zwar die Gewalt im Staate sich erobert, aber die feudale Gesellschaft bestand noch, solange ihre Grundlage, der auf Vorrechte gegründete historische Besitz, unangetastet blieb. Die Zerstörung dieses Besitzes und die Schaffung der modernen, auf der Rechtsgleichheit beruhenden Gesellschaftsordnung ist die weltgeschichtliche Leistung der Französischen Revolution.

Diesem Ziele dienen die ersten Beschlüsse der Nationalversammlung.

- a) Die Nachtsitzung des 4. August schafft auf Antrag des Grafen Noailles alle Feudallasten und Privilegien ohne Entschädigung ab, nachdem die Bauern die Leistungen vielfach von sich aus eingestellt hatten.

Ausführungsdekrete folgen: jede Grundrente wird für ablösbar erklärt, und zwar soll die Ablösung der feudalen Lasten allgemein, aber gegen Entschädigung geschehen. Nur die Rechte, die ihren Ursprung in der „toten Hand“ oder in der persönlichen Hörigkeit hatten, sollen ohne Entschädigung aufgehoben werden. Die Majorate werden abgeschafft; es wird also die Teilbarkeit aller Güter bei Verkauf

und Vererbung ausgesprochen und das gleiche Erbrecht aller Kinder eingeführt. So wird der Grundsatz der Freiheit und Rechtsgleichheit des Besitzes durchgesetzt. Die Handelsfreiheit folgt 1791, indem die letzten Binnenzölle abgeschafft werden.

- b) Die Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte, deren Wirkung auf Europa ein ganzes Jahrhundert überdauern sollte, wird auf Antrag Lafayette nach nordamerikanischem Vorbilde verkündet. Die einzelnen Rechte sind hier wie dort die gleichen; als Losung werden die Worte ausgegeben: *liberté, égalité, fraternité*, d. h. persönliche Freiheit, Rechtsgleichheit und Weltbürgertum. Der neue Staat baut sich auf der freien und gleichberechtigten Persönlichkeit des Staatsbürgers (*citoyen*) auf; es soll keine Stände mehr geben, es gibt nur noch die einheitliche Nation.
- c) Die Einziehung des Kirchengutes wird beschlossen auf Antrag des Bischofs Tallenrand, der sich von seinen Standesgenossen getrennt hat. Da der sofortige Verkauf den Preis der Güter gesenkt hätte, so werden Anweisungen, *Assignaten*, ausgegeben; auf Mirabeaus Antrag erfolgt die Emission schon bald als Papiergeld in kleinen Stücken, um der herrschenden Geldnot abzuhelpen und zugleich möglichst weite Kreise am neuen Staate zu interessieren. Aber der Gesamtbetrag soll nach seiner Absicht unter dem Werte der „Nationalgüter“ bleiben.

Die Einziehung der Kirchengüter geschieht, wie der Verkauf der Staatsdomänen, zunächst zur Tilgung der Staatsschulden, sodann um neue Bauernstellen zu schaffen. Nicht zuletzt aber ist die Einziehung auch ein Schlag gegen die Kirche; es folgt deshalb bald:

- d) die Aufhebung der Klöster und Orden, die Verstaatlichung der Schule und der Standesregister (*Zivilehe*). Die *constitution civile du clergé* verlangt von den Priestern eidliche Anerkennung der neuen Ordnung. Bei weitem die Mehrzahl der Priester verweigert den Eid; schon bald beginnt ihre Verfolgung.

Alle diese Beschlüsse beseitigten die Grundlage der alten Gesellschaft und bewirkten zugleich eine neue Besitzverteilung, indem sie einen mittleren Bauernstand schufen, der mit seinem Schicksal auf den Erfolg der Revolution angewiesen war. Auch für den Aufschwung der Landwirtschaft ist dieser Vorgang wesentlich. Die entscheidende Bedeutung dieser Gesetze liegt jedoch darin, daß durch sie die neue Gesellschaft für Frankreich und dann für Europa begründet worden ist. Jetzt erst war die Umgestaltung der ganzen Staatsverfassung unvermeidlich geworden, indem die bisherige staatliche Ordnung eine völlig andere Gesellschaft zur Voraussetzung gehabt hatte.

Der „Schwur im Ballhaus“ wird also eingelöst durch die Verfassung von 1791.

3. Die Verfassung von 1791.

Frankreich wird zur konstitutionellen Monarchie erklärt, d. h. es tritt eine Beschränkung des bisher absoluten Königtums durch eine Volksvertretung ein (*Repräsentativverfassung*). Die Beschränkung erfolgt in der Verfassung von 1791 auf dem Wege der Gewaltenteilung, die unter den Menschenrechten aufgeführt worden ist. Die gesetzgebende Gewalt liegt bei der Volksvertretung (*Parlament*), die ausübende beim König, die richterliche Gewalt ist unabhängig. In allen

einzelnen Bestimmungen zeigt sich die Verfassung als Ausdruck der neuen, auf der Rechtsgleichheit und dem Besitze aufgebauten Gesellschaft.

- a) Die gesetzgebende Gewalt liegt bei dem aus einer Kammer bestehenden Parlament; noch Montesquieu hatte nicht an die Vernichtung des Adels gedacht und deshalb das Zweikammersystem der englischen Verfassung gepriesen. Daß das Wahlrecht an Zensus und indirektes Wahlverfahren gebunden ist, kennzeichnet den bürgerlichen Charakter der Bewegung. Denn es gibt zwar jetzt nur die einheitliche Nation, indem es nur noch den einzigen Stand der Citoyens gibt; aber an die Stelle der historischen Standesunterschiede, die auf Grund der Privilegien bestanden hatten, tritt jetzt die Gliederung nach dem Besitz; an die Stelle der Stände treten die Klassen. Aus der Reihe aller Bürger heben sich also die Wahlberechtigten (*citoyen actifs*) heraus. Aber die Wahl findet nicht mehr nach Ständen statt, sondern nach Bezirken: der Volksvertreter ist nicht der Vertreter eines Standes, sondern der Vertreter der Nation.
- b) Die ausübende Gewalt liegt beim König. Es gilt jedoch der Grundsatz der Unverantwortlichkeit des Monarchen und der Verantwortlichkeit seiner Minister; daraus ergibt sich, daß die königlichen Verordnungen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung durch die Minister bedürfen und daß das Parlament das Recht der Ministeranklage besitzt. Die ausübende Gewalt darf nicht in den Bereich der gesetzgebenden eingreifen; deshalb besitzt der König keine gesetzgeberische Initiative und verfügt nur über den aufschiebenden Einspruch (*suspensives Veto*). Die ausübende Gewalt ist zudem geschwächt durch die Selbstverwaltung der Departements, die an die Stelle der alten historischen Provinzen getreten sind, und durch die Selbstverwaltung der Gemeinden (*municipalités*). Eine Schwächung des Königs bedeutet auch die Nationalgarde, die das alte königliche Heer ersetzen soll und dem königlichen Befehl nicht untersteht. Aus den Farben ihrer Kofarde wird die Fahne der neuen Monarchie gebildet, die Tricolore, die das Lilienbanner der absoluten Monarchie ersetzt. Auch in der Nationalgarde zeigt sich die eintretende Scheidung der Klassen, indem nur die Aktivbürger in ihr dienen können.
- c) Die richterliche Gewalt. An die Stelle der alten königlichen oder patrimonialen Gerichte mit ihrer Unterordnung unter die Gerichtsordnung eines Standes — sei es des Adels der Robe oder des Degens — tritt die Jury, das Geschworenengericht, als der Ausdruck der neuen einheitlichen Gesellschaft. Es gelten die Grundsätze des Laienrichtertums, der Öffentlichkeit und Mündlichkeit des Verfahrens; alle diese Grundsätze sind in die moderne Rechtspflege übergegangen.

Die Verfassung von 1791 ist gekennzeichnet durch ihren Gegensatz gegen die in Frankreich geschichtlich gewordene Zentralisation: sie war ein Erzeugnis der Theorie, eine Nachbildung der englischen Verfassung, wie diese sich in den Augen Montesquieus spiegelte, und mit einigen Änderungen, die dem Grundsatz der Volkssouveränität und zugleich der neuen Gesellschaftsordnung entsprachen. Jedoch die Verfassungsformen, die in England aus den Besonderheiten der insularen Lage historisch geworden waren, gefährdeten in Frankreich sofort die mühsam vom Königtum geschaffene Zentralisation. Aber wenn auch die Verfassung von 1791 nicht gedauert hat, so ist sie doch das Vorbild für alle späteren kontinentalen Verfassungen geworden.

4. Mirabeau.

Als die Verfassung im September 1791 in Kraft tritt, ist Mirabeau nicht mehr am Leben. Vergebens hat er für ein starkes Königtum gekämpft: weder das absolute Veto des Königs, noch das Zweikammersystem hat er durchgesetzt. Die bürgerliche Nationalversammlung ist ihm abgeneigt wegen seines Vorlebens und seiner geistigen Überlegen-

heit, sie fürchtet ihn wegen seines Ehrgeizes. Von der Versammlung zurückgestoßen, bietet er dem König seine geheimen Dienste an: er warnt vor dem Bunde mit der Gegenrevolution der Emigranten, aber er fordert Stärke gegenüber der Versammlung. 1791 stirbt er und wird vom Volke wie ein Nationalheld im Panthéon bestattet.

Mirabeaus Motive waren persönliche und politische zugleich. Er brauchte Geld und Macht, aber er hat sich dem König doch nicht verkauft; sondern der Vertrag mit dem König war für Mirabeau zugleich der allein mögliche Weg, seine politischen Grundsätze zur Geltung zu bringen. Tragisch war, daß der einzige Staatsmann, den Frankreich damals besaß, nichts anderes werden konnte als ein geheimer Agent. Aber nur ein ganz großer und voraussetzungsloser Monarch wäre fähig gewesen, mit allen gewohnten Beziehungen zu brechen und dafür eine Zukunft voll Gefahren und Unsicherheit einzutauschen.

Mit Mirabeaus Tode schwindet die Möglichkeit eines Bundes von Königtum und Revolution. Zur gleichen Zeit sucht Ludwig XVI. die Hilfe der Gegenrevolution und des Auslandes, besonders Oesterreichs. Ein Fluchtversuch nach Osten mißlingt. Der König muß jetzt die Verfassung annehmen; sie tritt in Kraft.

Der Haß wendet sich immer mehr gegen die „Autrichienne“, die Königin Marie Antoinette: sie war die Tochter Maria Theresias, und ihre Ehe war ein Ausdruck jenes politischen Bündnisses, das Frankreich so viel Unheil gebracht und der französischen Überlieferung so sehr widersprach.

5. Die Legislative.

Am 1. Oktober 1791 tritt eine neue Nationalversammlung zusammen, um die Gesetze auf Grund der Verfassung zu beschließen: daher ihr Name. Sie ist viel radikaler als ihre Vorgängerin: Royalisten fehlen, auf dem rechten Flügel sitzen wenige Anhänger der konstitutionellen Monarchie, die Republikaner haben die Mehrheit.

Diese sind meist Advokaten, Männer des klassischen Geistes. Erfüllt von den Idealen des Römertums, fühlen sie sich als die Fortsetzer des Werkes, das mit der Vertreibung der Tarquinier begonnen und durch Cäsar und Augustus unterbrochen worden war; ihre erhabenen Vorbilder sind Brutus, Cato und Cicero, die Gegner der Usurpatoren; „ainsi faisaient les Romains“ ist ihr Wahlspruch; ihr Lebensstil ist Einfachheit, Strenge, Sittlichkeit in Staat, Privatleben, Kunst; der Revolutionsmaler David bezeichnet die Rückkehr der Zeit vom üppigen Rokoko zum strengsten „dorischen“ Stil. Diese Männer scheiden sich in Gruppen:

- a) Die Girondisten, deren Führer aus der Gironde stammen, vertreten das Bürger-tum der Provinzen; sie sind Republikaner, aber bereit, mit dem König zusammenzuwirken. Sie sind bewandert in der antiken und in der Aufklärungsliteratur: Männer des Wortes, die eine Wiedergeburt der politischen und forensischen Beredsamkeit herbeiführen.
- b) Die Jakobiner — ihr Name nach ihrem Versammlungslokal, einem aufgehobenen Jakobinerkloster — sind die Männer der letzten Konsequenz und der Tat: die Anschauung von der ethischen Republik führt sie zur Lehre von der sittlichen Berechtigung des Tyrannenmordes. Sie organisieren daher zunächst die Massen: die Jakobinermütze ist ihr Abzeichen, die Marseillaise das Kampflied. Die Gemeindeversammlungen von Paris und die Galerien der Legislative werden bald von den Jakobinern beherrscht.

Nun treiben die Dinge der Entscheidung entgegen, zumal der König mit dem Ausland in Verbindung steht: die Revolution kann sich nicht ohne Auseinandersetzung mit dem Auslande vollziehen.

6. Der Ausbruch des Revolutionstrieges.

a) Die Ursachen.

1. Österreich und Preußen — die „alten Mächte“ — befürchteten ein Übergreifen der französischen Bewegung auf ihre Länder und werden in dieser Sorge bestärkt durch den Grafen von Artois, den Bruder des Königs und Führer der Emigranten. Es entsteht der Gedanke einer Solidarität der Throne gegenüber der Revolution.
2. Andererseits ist die Revolution aus weltbürgerlichem Geiste geboren: sie will nicht nur Frankreich, sondern die ganze Menschheit befreien. Es entsteht der Gedanke einer Propaganda der französischen Ideen über Frankreichs Grenzen hinaus.

So drängte man auf beiden Seiten zum Kriege — für Ideen, nicht um die staatliche Macht. Die Sache des französischen Königs und der Emigranten wurde zur Sache des europäischen Adels, die Sache des Tiers état zur Sache aller unterdrückten Völker. An die Stelle der Macht trat die Interessengemeinschaft der gleichartigen Gesellschaft. Ein Kreuzzugsgeist machte die Staaten fremden Ideen dienstbar, während seit der Renaissance (Machiavelli) das Wesen der modernen Politik darin bestanden hatte, daß sie das staatliche Interesse und die Macht als solche sich zum Ziele setzte. Nun wurde das Zeitalter der Machtpolitik vorübergehend wieder abgelöst von einem Zeitalter der Ideenpolitik: zwei entgegengesetzte Weltanschauungen — Revolution und Gegenrevolution — wurde von verschiedenen Großmächten verfolgt, und so kam es mit innerer Notwendigkeit zum Kriege (1792).

- b) Der Feldzug von 1792 und das Ende des Königtums. Die Kriegserklärung geschieht durch die Girondisten, denen Ludwig XVI. das Ministerium überträgt, weil auch er und der Adel den Krieg wollen, indem sie im geheimen von ihm die Gegenrevolution durch das Ausland erhoffen. Von nun an entwickelt sich die Revolution unter dem Drucke eines Krieges, der um Sein oder Nichtsein geht und nach zwei Fronten geführt werden muß: gegen das Ausland und gegen den „inneren Feind“. Daraus ergibt sich die Wechselwirkung zwischen Kriegführung und innerer Politik.

1. Ein Manifest des Herzogs von Braunschweig, des Führers der Verbündeten, droht mit Vergeltung, wenn dem König ein Leid angetan werde. Dies veranlaßt die Ereignisse des 10. August 1792: den Sturm auf die Tuilerien, den Tod der Schweizer, die Suspendierung des Königs, die Berufung eines Nationalkonvents und die allgemeine Volksbewaffnung, durch welche die bürgerliche Nationalgarde zurückgedrängt wird.
2. Der Vormarsch der Verbündeten im Norden und Osten Frankreichs hat zur Folge, daß eine große Anzahl Verdächtiger ohne Grund und Urteil in den Septembermorden hingerichtet wird; auch die Konstitutionellen (Lafayette und Talleyrand) gehen ins Ausland.
3. Der 20. September bringt die „Kanonade von Valmy“ mit unentschiedenem Ausgang: Goethe hat sie als Zuschauer erlebt und seine Teilnahme an dem Feldzuge in den Briefen und Tagebüchern seiner „Campagne in Frankreich“ geschildert; am 21. September beschließt der Konvent die Abschaffung des Königtums und die Erklärung der Republik. Prozeß und Hinrichtung des Königs folgen.

Ludwig XVI. erlag nicht, wie Karl I. von England, in heroischem Kampfe für sein Recht, sondern er hatte auf die Waffen des Auslandes gehofft.

e) Die erste Koalition (1793). England tritt, unter dem Ministerium des jüngeren Pitt, dem österreichisch-preußischen Bunde bei. Die Beweggründe sind:

1. ein geistiger Gegensatz: unter dem Eindruck der französischen Greuel entwickelt sich in England die politische Romantik. Ihr Begründer Edmund Burke bestreitet den Franzosen das Recht, sich bei ihrer Revolution auf die englische Verfassung zu berufen, und er zieht aus der Betrachtung der englischen Staatsentwicklung die Lehre vom organischen Werden des Staates: eine Verfassung muß wachsen, sie kann weder abgeschrieben noch anderen Völkern auf der Spitze der Bajonette gebracht werden.
2. Der alte machtpolitische Gegensatz zwischen England und Frankreich taucht wieder empor, sobald Frankreich auf dem Kontinente Erfolg hat. Indem der Girondistengeneral Dumouriez noch 1792 bei Jemappes siegt und die Niederlande und das linke Rheinufer in französische Hände gelangen, befürchtet England die Wiedergeburt der französischen kontinentalen Hegemonie und in der Folge auch eine Erneuerung von Frankreichs Weltgeltung.

Schon jetzt zeigte es sich, daß die Revolution die gleichen Feinde haben werde wie ehemals das Königtum: nämlich Österreich und England. Der Gegenstand des Kampfes gegen England war von Anfang an derselbe wie früher: trotz der Ideenkämpfe des Zeitalters zeigte sich im Hintergrunde das alte Ringen um die flandrische Küste, um die Hegemonie in Europa und in der Welt. Das englische Machtinteresse deckte sich aber auch jetzt sehr günstig mit der Forderung des englischen Geistes: ehemals hieß sie europäisches Gleichgewicht, jetzt zugleich auch die Freiheit Europas gegenüber der Revolution.

III. Der Nationalkonvent.

Nach dem Sturze des Königtums soll eine neue Versammlung die Verfassung der Republik feststellen: der Nationalkonvent (la convention nationale). Hier treten sich die beiden republikanischen Parteien der Girondisten und Jakobiner zum Kampf auf Leben und Tod gegenüber.

1. Der Kampf zwischen Girondisten und Jakobinern.

Es ist ein philosophischer, wirtschaftlicher und verfassungspolitischer Gegensatz, der die beiden Parteien nach dem Sturze des Königtums gegeneinanderführt. Die Scheidung des Volkes in Klassen nach dem Besitze wird jetzt nach dem Untergange der gemeinsamen Gegner offenkundig.

- a) philosophisch: Die Girondisten erfassen die Egalité im ursprünglichen Sinne als Rechtsgleichheit; die Menschen sind nach ihnen zwar von Natur ungleich, aber es muß jedem die Möglichkeit gegeben werden, seine Individualität aus eigener Kraft zu entfalten. Die Jakobiner dagegen wollen die gesellschaftliche Gleichheit: sie gehen von Rousseaus natürlicher Gleichheit aller Menschen aus; die tatsächliche Ungleichheit ist nach ihnen das Ergebnis von Besitz, Erziehung, Milieu. Aufgabe der Gesellschaft ist es, diese Annatur zu beseitigen.
- b) wirtschaftlich: Ungeheure Not herrscht in Paris — Lebensmittelmangel, Arbeitsmangel, Teuerung. Die Jakobiner wollen helfen, weil sie sich auf die Massen von Paris stützen, aber auch weil die Zustände große Gefahren für den Staat bringen. Hilfe kann nur auf Kosten der Besitzenden und Produzierenden geschaffen werden; aber die Staatszuschüsse auf Brot und Mehl ruinieren die Finanzen völlig, die Maximalpreise können gegen Bauern, Händler, Handwerker und Industrielle nur mit Gewalt aufrecht erhalten werden, das „Menschenrecht

auf Arbeit“ muß zum Staatsbankerott führen. Die Girondisten, die Vertreter des besitzenden Bürgertums, wehren sich dagegen — auch sie aus allgemeinem und Parteiinteresse zugleich.

- e) verfassungspolitisch: Die Jakobiner fordern Hilfe für Paris, denn der Untergang von Paris wäre der Untergang Frankreichs; die nationale Einheit ist nach ihnen also nur zu erhalten durch Zentralisation. Die Girondisten dagegen vertreten das Interesse der Provinzen, also der Selbstverwaltung.

So entzündet sich der Klassenkampf. Die Entscheidung aber wird herbeigeführt durch die Flucht des Generals Dumouriez: bei Neerwinden geschlagen, muß er die Niederlande räumen und geht, weil ihm zu Hause Anklage und Hinrichtung drohen, zu den Osterreichern über. Die Girondisten, der Teilnahme an dem Verrate angeklagt, werden von den Massen aus dem Konvente geholt und, soweit sie nicht durch die Flucht entkommen, von dem politischen Gerichtshofe des Revolutionstribunales verurteilt und hingerichtet — wegen Attentates gegen die Einheit der Republik.

2. Die Zentralisation der Jakobiner.

- a) Die Verfassung von 1793, vom Konvent beschlossen, zeigt die stärksten Unterschiede gegenüber derjenigen von 1791. Sie ist republikanisch und beruht auf dem Grundsatz der Volkssouveränität: alle Gewalt ist im Konvent vereint. Diese Verfassung kennt also keine Gewaltenteilung, keine Selbstverwaltung, auch keinen Zensus, wohl aber direktes und allgemeines Wahlrecht, Verfassungsreferendum (Plebizit) und zentralisierte Verwaltung.

Die Verfassung von 1793 brachte also die absolute gesellschaftliche Gleichheit staatsrechtlich zum Ausdruck; aber sie zählte trotzdem das Recht auf Eigentum zu den Menschenrechten. Die Jakobiner glaubten an die Verwirklichung der gesellschaftlichen Gleichheit durch die republikanische Tugend (*la vertu*), und sie ließen daher den Widerspruch zwischen der Staatsform und der ungleichen Güterverteilung bestehen, wie ja auch Rousseaus Stellung zum Eigentum schwankend geblieben war. Natürlich wurden jetzt die feudalen Lasten unterschiedslos und ohne jede Entschädigung abgeschafft, die Verbrennung der urkundlichen Beweismittel wurde verfügt.

- b) Der Wohlfahrtsausschuß. Die Verfassung von 1793 wird bald suspendiert, da der Konvent seine ungeteilte Gewalt nur durch Ausschüsse (*Comités*) ausüben kann. Das *Comité du salut public* wird der eigentliche Herr Frankreichs, hinter ihm stehen die Urversammlungen der Stadtbezirke (*sections*). Der persönliche Kampf zwischen den Leitern des Wohlfahrtsausschusses, Robespierre und Danton, endet mit der Diktatur Robespierres.

Vorbilder wie der antike Stadtstaat oder Rousseaus Lehre von der Verwirklichung der *volonté générale* schwebten den Schöpfern dieser demokratischen Zentralisation vor. Aber auch die politische Lage drängte diese Verfassung auf: die Rückkehr zur Zentralisation wurde nötig, weil Frankreichs Bestand mehr als jemals unter den Königen gefährdet war — durch das Einverständnis der Gegenrevolution mit dem äußeren Feinde. Eine Vereinigung aller Kräfte zum doppelten Kampfe war darum nötig.

- c) Die Schreckensherrschaft im Inneren (*la terreur*) ist der eine Teil dieses Kampfes:

1. in der Hauptstadt geht der Kampf

- a) gegen den Adel: auch die Königin und Philipp Egalité werden hingerichtet; unaufhörlich arbeitet die Guillotine.
 - b) gegen die Priester und die Kirche: es wird ein Kultus der Vernunft und später des *Être suprême* eingerichtet; ein republikanischer Kalender wird eingeführt, er beginnt das Jahr I mit der Verkündigung der Republik und ersetzt die alten historischen Monatsnamen durch Namen, die von Wetter und Jahreszeiten hergenommen sind.
 - c) gegen die konstitutionellen und gemäßigten Republikaner: so wird der berühmte Chemiker Lavoisier hingerichtet, der als Großunternehmer die bürgerliche Nationalversammlung von 1791 in Steuerfragen beraten und sich dadurch den Haß der Massen zugezogen hatte.
 - d) gegen den Besitz: es werden Höchstpreise festgesetzt, Luxusverbote ergehen, man bereitet eine allgemeine Landausstellung vor. Das Gesetz gegen die „Verdächtigen“ ermöglicht das Vorgehen gegen jedermann und führt zum allgemeinen Terror.
2. in den Provinzen richtet sich der Kampf gegen die Royalisten und gegen die von Girondisten geführte Bourgeoise. Lange tobt der Kampf in der Vendée, wo die Bauern sich für das Königtum erhoben haben. Die reiche Industriestadt Lyon, die sich gegen die Gewaltherrschaft wehrt, wird furchtbar verwüstet, wobei die Massen von den Abgesandten des Konventes geführt werden. Napoleon Bonaparte erobert Toulon, das seinen Hafen den Engländern ausgeliefert hat. So besteht ein Bund des inneren und äußeren Feindes. Deshalb ist zugleich nötig zur Durchführung des doppelten Krieges

- d) die Organisierung des nationalen Widerstandes. Das Heer ist durch die Parteiungen zerrüttet, Belgien und das linke Rheinufer sind wieder verloren worden, der Feind steht auf französischem Boden. Da richtet Carnot im Auftrage des Konventes den Aufruf an die Jugend zur *levée en masse*: so entstehen die Heere der *Volontaires* von 1793.

Was ihnen den bisherigen Söldnerheeren gegenüber an Waffenübung und Disziplin fehlt, muß durch Masse, Begeisterung und Beweglichkeit ersetzt werden. Dazu ist nötig 1. die Aussicht auf Ruhm: „Ihr sollt den Marschallstab im Tornister tragen“; 2. eine Parole: Ihr sollt den durch die Revolution befreiten und dem Volke zurückgegebenen Boden des Vaterlandes verteidigen und darüber hinaus den anderen Völkern die gleiche Erlösung bringen — *paix aux cabanes, guerre aux châteaux*; 3. die Schaffung selbständiger, schlagkräftiger Kampfeinheiten — Korps, Division, Brigade —, innerhalb deren das richtige Verhältnis zwischen Infanterie, Kavallerie, Artillerie und technischen Truppen besteht, so daß jede für sich dem Feinde entgegentreten kann; wesentlich aus militärischen Gesichtspunkten wird 1794 die erste technische Hochschule, die *École Polytechnique* in Paris, gegründet.

So ersetzt statt des alten unbeweglichen Söldnerheeres das *Volksheer* und als letztes Ziel die allgemeine Wehrpflicht; sie ist als die Ergänzung des allgemeinen Wahlrechtes gedacht.

Die neue Heeresverfassung war nur möglich auf Grund der neuen Staats- und Gesellschaftsordnung: nur die von der Revolution geweckte Teilnahme des ganzen Volkes am Staate und seinem Schicksale ermöglichte Heere von solcher Größe und von solcher Stoßkraft. Dem Sturmeswehen dieser Scharen vermochten die kleineren und von keiner Idee beseelten Söldnerheere nicht zu widerstehen. So geschah:

3. Die Eroberung Belgiens und des linken Rheinuferes.

Das von Dumouriez gewonnene und wieder verlorene Land wird nun endgültig erobert. In Brüssel und in den Rheinstädten wird eine

neue Ordnung nach Pariser Muster eingeseht, mit Wohlfahrtsauschuß und Revolutionstribunal.

Die Volontaires fühlen sich als die Träger der Propaganda; da aber die Ideen der Revolution nur durch französische Waffen gesichert werden können, so entsteht das neue Ziel, die befreiten Völker mit Frankreich eng zu verbinden: der Schritt vom Kreuzzug zum Eroberungskrieg wird vollzogen. Und für das neue Ziel wird auch ein neues Wort gefunden; zum propagandisme tritt der Gedanke der *limites naturelles*, unter Berufung auf Vernunft und Geschichte, zumal auf Cäsar und die römische Rheingrenze. So entstand gerade aus der Revolution, die von weltbürgerlichen Idealen ausgegangen war, nun der nationale Gedanke.

Die Jakobiner führten das Werk der alten Könige weiter: sie verstärkten die Zentralisation und die nationale Einheit und vertieften sie durch Hinwendung des ganzen Volkes zu einem erneuten und befreiten Vaterland. So stark der Bruch zu sein scheint, den die Revolution mit der Vergangenheit vollzogen hat: über allen Parteilungen stand doch das eine Ziel unverändert fest — die Größe der Nation und der Kampf gegen die überkommenen Gegner Osterreich und England. Daß sie diese nationale Größe und den gefährdeten Staat überhaupt über die Zeiten der tiefsten Erschütterung hinweg gerettet haben, ist die historische Leistung der Jakobiner. Der Weg ging freilich durch ein Meer von Blut, und an die Idealisten heftete sich der Troß der Verbrecher, der in der allgemeinen Auflösung sich bereicherte. Die Zeit der Jakobiner aber war vorüber, sobald der Bestand des Staates nicht mehr bedroht war. Alsdann war die Diktatur nicht mehr nötig, und so wurde Robespierre gestürzt und hingerichtet.

4. Robespierres Sturz.

erfolgt 1794 am Tage, nachdem bei Fleurus die Osterreichler endgültig und zum letzten Male zur Räumung Belgiens gezwungen worden sind (9. Thermidor = 27. Juli). Bald darauf wird Holland erobert und — wiederum in Erinnerung an das Römertum — die batavische Republik begründet, die erste der Tochterrepubliken.

IV. Das Direktorium.

1. Die Verfassung von 1795.

Sie ist aufgebaut auf dem Grundsatz der Gewaltenteilung zwischen einem fünfköpfigen Direktorium und der aus zwei Kammern bestehenden Volksvertretung. Der Besitz, von Robespierre zurückgedrängt, ist nun von neuem in der Verfassung durch den Zensus berücksichtigt. Zu gleicher Zeit erfolgt auch nach außen ein Abschluß.

2. Der Friede von Basel (1795).

Preußen tritt unter der Leitung Hardenbergs von der Koalition zurück, um bei der bevorstehenden polnischen Teilung im Notfalle Truppen gegen Osterreich und Rußland zur Verfügung zu haben. Norddeutschland wird neutral erklärt, das linke Rheinufer soll bis zum Reichsfrieden französisch bleiben. In geheimer Klausel willigt Preußen in die Abtretung des linksrheinischen Deutschland an Frankreich und erhält Entschädigung aus rechtsrheinischem Gebiete zugesichert.

Groß ist die historische Bedeutung dieses Friedens: a) Der Vorgang war selbst in der Geschichte des alten Reiches unerhört, die Auflösung des Reiches wurde durch die preußische Politik beschleunigt. b) Aber die deutschen Groß-

mächte Österreich und Preußen dienten schon lange nur ihren besonderen Zielen; ihr Wettkampf — der „deutsche Dualismus“ — war durch die Ideenpolitik von 1792, durch den gemeinsamen Kampf gegen die Revolution, zurückgedrängt worden: der Friede von Basel bedeutete also ein Einlenken in die Bahnen friderizianischer Politik. Eine solche Politik konnte nur ein Staatsmann durchführen, der eine Verständigung mit der Republik nicht scheute, wenn sie dem Interesse seines Staates entsprach. So hat später auch Bismarck den Frieden von Basel historisch verteidigt, aber er hat gemeint, Preußen habe nicht bei ihm stehen bleiben dürfen; und Hardenbergs letztes Ziel war in der Tat ein Bund mit Frankreich. Es wäre die alte Konstellation gewesen: Frankreich und Preußen gegen England und Österreich. c) Friedrich Wilhelm III. (1797—1840), der Nachfolger Friedrich Wilhelms II., wollte jedoch Neutralität; er war kein Realpolitiker, haßte die Königsmörder und konnte doch auch den Entschluß nicht finden, den Frieden von Basel zu kündigen. So erlebte Norddeutschland ein Jahrzehnt der Ruhe und hoher Kulturlüte: die Jahre 1794—1805 umfassen eine Zeit, die erfüllt ist von dem gemeinsamen Schaffen Goethes und Schillers. Aber mit Österreich infolge des Sonderfriedens tödlich verfeindet, von Frankreich vergebens umworben, gab Preußen den Franzosen die Möglichkeit, Europa niederzuzwingen, und als dies geschehen war, nahte für Preußen selbst der Tag von Jena (1806).

3. Der Kriegsplan von 1796.

Der Friede mit Preußen gibt Frankreich die Möglichkeit eines kombinierten Angriffes längs der Donau und dem Po nach Österreich hinein. Das Heer in Süddeutschland befehligt Moreau; er muß aber über den Schwarzwald zurück, weil Erzherzog Karl das französische Heer, das Moreaus Rückzugslinie decken soll, am Main geschlagen hat. Das Heer in Italien befehligt Napoleon Bonaparte.

4. Napoleon Bonaparte und der Feldzug in Italien 1796.

Geboren am 15. August 1769 in Ajaccio auf Korsika, auf französischer Militärschule gebildet, dann Artillerieoffizier, begrüßt er den Beginn der Revolution, weil sie auch seiner korsikanischen Heimat die Selbstverwaltung bringt; dann aber kommt die Enttäuschung, und er folgt von nun an nur noch der Macht. Als Anhänger der Jakobiner dient er dem Konvent, zeichnet sich vor Toulon aus, aber die Kämpfe der Parteien sind ihm gleichgültig, er verachtet die „Ideologen“. Er wirft einen Königsstenaufstand in Paris nieder und erhält — 26 Jahre alt — vom Direktorium als Lohn den Oberbefehl in Italien.

Es folgt der beispiellose Siegeszug: der Übergang über die Brücke von Lodi, der Einzug in Mailand, die Belagerung und Einnahme von Mantua — nach den Entscheidungsschlachten von Arcole und Rivoli — dann der Vormarsch auf Wien bis Klagenfurt und der Vorfriede von Leoben.

Die Siege sind dem Umstande verdankt, daß ein genialer Feldherr an Stelle der alten methodischen Kriegsführung die Strategie und Taktik findet, die der neuen Heeresverfassung entspricht:

1. die größere Beweglichkeit des Volksheeres — unterstützt durch die Beschränkung des Trains und die Loslösung von der Verpflegung durch Magazine — wird ausgenutzt zu rücksichtsloser überraschender Offensive, um die Schlacht möglichst rasch an möglichst entscheidender Stelle und überhaupt unter Bedingungen zu liefern, die für den Gegner möglichst ungünstig sind.

2. Die Tirailleurtaktik der ausgeschwärmten Schützenlinie, die den alten, nur durch den Drill abgerichteten Heeren unmöglich ist, macht das Volksheer im Kampfe überlegen.

3. Die Leichtigkeit der Truppenverschiebung auf dem Marsch und auf dem Schlachtfeld ermöglicht auch bei geringerer Gesamttruppenstärke, im entscheidenden Augenblick an der entscheidenden Stelle in der zahlenmäßigen Überlegenheit zu sein.

4. Alle diese Grundsätze gipfeln in der napoleonischen Vernichtungsstrategie: der Feind soll nicht nur geschlagen werden, sondern es soll ihm der Rückzug verlegt, er soll vernichtet werden.

5. Die rücksichtslose Ausnutzung der Kräfte ist möglich, da der Ersatz im Volkshere leicht beschafft werden kann. Jeder Sieg rechtfertigt die durch ihn geforderten Verluste.

Napoleons Siegeszug ist um so glänzender, als ihm vom Direktorium unaufhörlich Schwierigkeiten bereitet werden.

1. Man mißtraut dem siegreichen populären Feldherrn und setzt ihm einen zweiten General zur Seite. Napoleon droht mit dem Rücktritt. „Ein schlechter General ist besser als zwei gute.“
2. Napoleon erhält nicht nur kein Geld zur Kriegsführung, sondern hilft noch dem Direktorium, das Soeben den seit Jahren hinausgeschobenen Staatsbankrott erklärt und die Assignaten annulliert hat, mit gewaltigen, in Italien zusammengeraubten Geldsummen und Kunstschätzen.
3. Napoleon schließt Frieden, als er das politische Ziel, die Sicherung der französischen Macht gegen Österreich, erreicht hat. Denn der Krieg ist längst für Frankreich wie für Österreich ein Krieg um die Macht geworden; da Direktorium aber will darüber hinaus Propaganda und Einmarsch in Wien.

5. Der Friede von Campo Formio 1797.

Österreich erkennt die „Cisalpinische Republik“ an und erhält dafür Teile der bisherigen Republik Venedig; es willigt ein in die Abtretung seiner Niederlande und des linken Rheinufers und in die Entschädigung der deutschen Fürsten, über die ein Kongreß in Rastatt Näheres bestimmen soll.

Napoleon kehrt über Rastatt nach Paris zurück und legt sein Kommando nieder: er weiß, daß man ihn brauchen wird. Andere Generale führen den vom Direktorium gewünschten Propagandakrieg, der die Begründung der römischen Republik, der helvetischen und ligurischen bringt: die Schweiz und Genua waren bisher aristokratische Republiken. Der Papst wird nach Frankreich in die Verbannung geführt.

6. Der ägyptische Feldzug (1798/99).

Noch bleibt England übrig als Feind; und jetzt erst recht, seit die Niederlande, also die Rheinmündungen auch rechtlich an Frankreich gekommen sind und Frankreich seine Mittelmeerstellung durch die Eroberungen in Italien gestärkt hat. Französische Versuche einer unmittelbaren Landung in England und eines Bundes mit den Iren scheitern an Wind und Wellen. Es bleibt nur der Angriff in den Kolonien, den die alte Monarchie vergebens in Amerika und Indien versucht hatte. Napoleon will nun von Ägypten aus die Engländer treffen (1798).

Auf der Fahrt durch Nelsons Wachtschiffe hindurch wird Malta dem Johanniterorden genommen; in Ägypten wird die Schlacht bei den Pyramiden gegen die Mameluken geschlagen; die Vernichtung der Flotte durch Nelson in der Seeschlacht bei Abuqir macht die Rückkehr unmöglich. Aber Napoleon unterwirft Ägypten, bekämpft die Türken in Jaffa, wo er die dreitausend Gefangene erschießen läßt, und vor Akon, das der Engländer Sidney Smith verteidigt. Auf dem Rückmarsch erhält er Nachricht von den Vorgängen in Europa.

7. Der II. Koalitionskrieg (1798—1801).

In Europa ist nämlich inzwischen ein neuer Bund zwischen Rußland, Osterreich und England zustande gekommen. Oberitalien geht den Franzosen verloren. In Frankreich aber mehren sich die Schwierigkeiten: die Massen wollen Ordnung, Frieden, Brot. Dies sind die Vorgänge, von denen Napoleon durch Sidney Smith erfährt. Der Engländer erhofft dabei die Übergabe, Napoleon wagt die Überfahrt unter Zurücklassung seines Heeres.

8. Der 18. Brumaire.

Notwendig ist eine starke Exekutive. Deshalb beseitigt Napoleon am 18. Brumaire (= 9. November) 1799 mit Waffengewalt das Direktorium und übernimmt unter dem Titel eines ersten Konsuls die diktatorische Gewalt. **1799**

Der siegreiche und populäre General beseitigt die Republik und errichtet eine neue Monarchie. Es wiederholt sich der Vorgang der römischen Geschichte: C. Grachus scheitert, weil er kein Heer hat, und Cäsar wird nur deshalb Offizier, damit er sich ein Heer für seine politischen Zwecke schaffen kann — durch die Kämpfe zwischen Marius und Sulla belehrt.

V. Das Konsulat.

1. Die Verfassung von 1799.

Neben dem ersten Konsul gibt es eine Volksvertretung, bestehend aus dem Tribunat, das über die Vorschläge des Konsuls zu debattieren hat, und dem gesetzgebenden Körper, der sie ohne Diskussion annehmen oder verwerfen kann. Die Auswahl der Volksvertreter und Beamten erfolgt durch den vom ersten Konsul ernannten Senat, und zwar aus einer durch umständliches Wahlverfahren zustande gekommenen Liste von Notabeln. Ein Plebiszit bestätigt die Verfassung, indem es 1802 die Lebenslänglichkeit des ersten Konsuls ausspricht.

Alle Gewalt war in die Hände des ersten Konsuls gelegt. Die Volksvertretung war ohnmächtig, denn der erste Konsul konnte sie nach eigenem Willen gestalten; auch hatte sie weder das Recht der Initiative noch das der Abänderung von Gesetzesvorlagen, und sie war zudem gelähmt durch die Trennung der Rechte zwischen ihren beiden Kammern. Es war ein kunstvoller, von Sieyès nach Bonapartes Anweisung konstruierter Scheinkonstitutionalismus, der alle Gewalt beim ersten Konsul beließ. Dessen Macht beruhte auf dem Heere und dem Vertrauen der Massen; es war eine militärisch-demokratische Zentralisation, ein Cäsarismus.

2. Die Aufgaben der neuen Zentralisation.

- a) nach außen ist das Ziel Friede und Wiedergeburt der alten Macht im alten Kampfe gegen England und Osterreich. Friedensschritte Napoleons scheitern, sein Zug über den Großen St. Bernhard führt zum Siege von Marengo (1800) und zu den Friedensschlüssen zu Lunéville (1801) mit Osterreich, zu Amiens (1802) mit England.
- b) im Innern ist das Ziel Friede und Wiederaufbau, also
 1. die Rückkehr der Emigranten und Konstitutionellen, wenn sie sich auf den Boden der neuen Verfassung stellen; Talleyrand wird Außenminister.

2. die Versöhnung mit der Kirche durch das Konkordat von 1801: Anerkennung der Säkularisation der kirchlichen Güter und Funktionen, staatliche Ernennung und Besoldung der Geistlichen.
3. die gerechte Lastenverteilung, also direkte Steuern nach dem Besitz ohne Verpachtung und ohne Befreiung, indirekte Steuern, aber ohne die Salzsteuer; schließlich noch als neue Last die Konfiskation, aber mit Stellvertretung durch Loskauf (Remplacement).
4. Anerkennung der neuen Gesellschaftsordnung und Güterverteilung: der Code civil, das allgemeine bürgerliche Gesetzbuch, gibt ein neues geltendes Recht auf der Grundlage der Rechtsgleichheit, ohne Rücksicht auf gesellschaftliche Unterschiede. Und um diese rechtliche Gleichheit selbst vor der Staatsgewalt zu sichern, legt die Verfassung von 1799 zwar die Ernennung der Richter in die Hände des ersten Konsuls, aber sie spricht zugleich auch die Unabsehbarkeit der Richter aus.

So hatte Napoleon „den Krater der Revolution geschlossen“ durch eine neue Monarchie. Es war keine legitime, durch alte Anhänglichkeiten geheiligte und gebundene Monarchie; sondern emporgekommen durch die Revolution, hatte sie deren weltgeschichtlich große Errungenschaften in sich aufgenommen:

1. die Égalité als die Rechtsgleichheit unter dem einen Herrn,
2. die Liberté als Form des öffentlichen Lebens, indem die feudale Gesellschaftsordnung nicht wiederhergestellt wird,
3. den nationalen Gedanken als Propaganda- und Machtgedanken zugleich.

Dennoch war die neue Monarchie auch die Erbin alter Aufgaben: der Zentralisation und des Kampfes gegen Österreich und England. So war das letzte Ergebnis der Revolution eine Verschmelzung alter Überlieferungen mit den Grundsätzen der neuen Zeit: in dieser Gestalt sollte Frankreich vom Kaisertum über Europa ausgebreitet werden.

B. Das Zeitalter Napoleons.

- | | |
|-----------|---|
| 1804 | Das Kaisertum — Code civil — <i>Kant †</i> |
| 1805 | Die dritte Koalition: Ulm und Austerlitz; Trafalgar —
<i>Schillers Tod</i> |
| 1806 | Rheinbund — Jena — <i>Des Knaben Wunderhorn</i> |
| 1807 | Tilsit — Kontinentalsperre |
| 1807/8 | Die Reformen des Freiherrn vom Stein |
| 1808 | Spanischer Krieg — Erfurt |
| 1809 | Österreichs Erhebung |
| 1810 | <i>Begründung der Universität Berlin</i> |
| 1811—1812 | Die Reformen Hardenbergs |
| 1812 | Die „Große Armee“ in Rußland |
| 1813/14 | Der Befreiungskrieg |
| 1815 | Die Hundert Tage: Waterloo |

I. Das Kaisertum.

1. Das Empire.

Als das lebenslängliche Konsulat, verbunden mit dem Rechte der Ernennung des Nachfolgers, auf Napoleon übertragen wird, ist damit die Erbmonarchie in Wirklichkeit bereits vollendet. Sie wird 1804 durch Volksabstimmung bestätigt und durch die Krönungen Napoleons zum Kaiser der Franzosen und zum König von Italien geweiht. Die Umwandlung der Tochterrepubliken folgt: Napoleons ältester Bruder Joseph wird König von Neapel, ein anderer Bruder Ludwig König von Holland. Wie der ganze Gang der Ereignisse an die römische Geschichte erinnert, so ist auch — dem in der Zeit liegenden Geiste des strengen Klassizismus entsprechend — der Stil des Römertums im neuen Kaisertum bewußt festgehalten:

- a) in der Rechtfertigung: das militärisch-demokratische Kaisertum beruft sich auf Cäsar und den Cäsarismus und erhebt auch für sich Anspruch auf die gleiche historische Notwendigkeit.
- b) im Aufbau des Imperiums: das Empire ist römisch gedacht; in ihm soll eine einzige Nation über die anderen Nationen herrschen — die französische. Der Imperator erscheint wie Cäsar mit dem Vorbeerfranz, wie Karl der Große mit der Kaiserkrone; die Kaiserkrönung findet am 2. Dezember 1804 statt, bei Anwesenheit des Papstes, aber nicht durch den Papst — in Erinnerung an die Folgerungen, die das Papsttum einst aus den Vorgängen von 800 gezogen hat. Der Adler ist das Feldzeichen, die Ehrenlegion ist die vom Kaiser verliehene Auszeichnung. Der Imperator ist zugleich König für Italien, unter ihm stehen die Vasallenkönige.
- c) in der Organisation der Verwaltung erinnert die Stellung der Präfekten, die völlig abhängig nach oben und unumschränkt Herren nach unten sind, an die Verwaltungszentralisation der römischen Kaiserzeit. Und wie im Staatsrecht, so ist auch

- d) im bürgerlichen Recht die Anlehnung an die römische Rechtsentwicklung gegeben: denn der Code civil bedient sich der begrifflichen Werkzeuge des römischen Rechtes, als er die freiheitlichen Errungenschaften der Revolution mit den Grundsätzen des römischen Privatrechts zu einem Ganzen vereint.
- e) in der Schule: die höhere Schule, auf Latein und Mathematik aufgebaut, will verstandesmäßige, nicht humanistische Bildung; das Schulsystem ist verweltlicht und zentralisiert in der Oberbehörde der Universität.
- f) in der Kunst: der Empirestil ist die Vollenbung des klassizistischen, im Gegensatz zum Rokoko sich entwickelnden Stiles: in Plastik (Thorwaldsen, Canova), Architektur (Arc de Triomphe), Kunstgewerbe und Mode.

2. Der Reichsdeputationshauptschluß von 1803.

Der Friede von Lunéville hat die Abtretung des linken Rheinufers bestätigt, Entschädigung der weltlichen Fürsten auf dem rechten Ufer zugesichert. Nach dem Vorbilde Frankreichs greift man nun auch im Deutschen Reiche zu dem Mittel der Säkularisation der geistlichen Gebiete und des kirchlichen Gutes, auch erreichen die Fürsten jetzt die seit Jahrhunderten erstrebte Einziehung der kleineren Reichsstädte in die fürstlichen Territorien. Auf solche Weise ist aber mehr Land zur Verfügung, als Land abgetreten worden ist. Die Entscheidung hat Frankreich. Der Grundgedanke Napoleons ist: Beseitigung der kleinen, österreichfreundlichen Reichsstände und Schaffung lebensfähiger Mittelstaaten, die zu schwach sind, gegen Frankreich sich zu wenden, aber stark genug, Frankreich gegen Osterreich zu befestigen.

Welche Dynastien zu Trägerinnen dieser Aufgabe gemacht werden, hängt von ihren persönlichen Beziehungen und von der Unbedenklichkeit ihrer Vertreter in Paris ab. So entstehen das heutige Baden (mit rechtsrheinischer Pfalz, den rechtsrheinischen Teilen der Bistümer Konstanz, Straßburg und Speier, dazu vielen Klöstern und Reichsstädten), Württemberg (Neutlingen, Hall, Gmünd, Heilbronn) und Bayern (die Bistümer an Main und Donau). Auch in ihrer Verwaltung gleichen sich diese Vasallenstaaten an das System des Empire an durch Zentralisation, französisches Recht, Aufklärung. Die napoleonischen Verfassungen beginnen nun auch die europäische Gesellschaft außerhalb Frankreichs aus der feudalen Ordnung in die der Rechtsgleichheit hinüberzuführen.

Der Vorgang war das Endergebnis der ganzen deutschen Geschichte seit dem Untergange der Staufer: die Stärkung der Fürsten dem Kaiserthum gegenüber, in den letzten Jahrhunderten unter Führung Bayerns und Preußens und mit Hilfe Frankreichs durchgeführt, wurde in der von der französischen Revolution geschaffenen Form gewaltsamer Säkularisationen, also in einer Art von Fürstenrevolution vollendet. Vom französischen Standpunkt aus war der Vorgang die Weiterbildung der bourbonischen Politik, die darauf ausgegangen war, die Habsburger im Reiche selbst zu bekämpfen durch einen Bund mit den Fürsten, besonders mit Bayern, damit Frankreich das Reich sprengen und militärisch die Schwarzwaldpässe und die Donaustraße gewinnen konnte. Es muß dahingestellt bleiben, ob Napoleon durch die Beseitigung der schlimmsten Zersplitterung wider Willen einer künftigen deutschen Einigung vorarbeitete.

3. Die napoleonische Weltpolitik: England, Osterreich, Rußland.

- a) Wiederausbruch des Krieges mit England. Im Frieden von Amiens (1802) soll England Malta an den Johanniterorden und die französischen Kolonien an Frankreich zurückgeben; auch soll es die französischen Truppen aus Agypten zurückbefördern. Jedoch England gibt Malta nicht heraus; diese Bestimmung ist aber für Napoleon die wich-

tigste, weil von ihr die Herrschaft im Mittelmeer abhängt. Auch gewährt England allen innerpolitischen Feinden Napoleons eine Zuflucht: wieder verbindet sich staatliches Interesse mit der Parole der Freiheit. So erfolgt die englische Kriegserklärung (1803). Pitt, der vor dem Abschluß des Friedens von Amiens gestürzt worden war, übernimmt wieder die Leitung der Geschäfte (gest. 1806).

Der Augenblick war entscheidend für das Schicksal Napoleons; denn der Krieg ist von nun an geführt worden bis zu seiner Vernichtung. Es war ein Kampf um die alte Macht, wie die Bourbonen sie besaßen und verloren und die Revolution sie wieder erstrebt hatte: die napoleonische Weltpolitik vollstreckte den Willen der Revolution. In Lunéville und Amiens war ein Friede erreicht, wie er Napoleons Zielen entsprach, aber die alten Gegner Österreich und England waren geschlagen, nicht besiegt, und von ihnen war England der jüngere, aber gefährlichere Feind — „das größte Weltverhältnis, in welchem Napoleon sich je bewegt hat“ (Ranke).

- b) Der Krieg von 1805. An England schließt Österreich sich an, eine Koalition mit Rußland wird verabredet. Als die von Napoleon geplante Truppenlandung in England nicht ausführbar erscheint, beschließt er zuvorzukommen und den „Degen Englands auf dem Kontinent“ zu zerbrechen.

Der Feldzug von 1805 zeigt mit der Einschließung der Österreicher in Ulm die vollendete Anwendung der im konzentrischen Angriff bestehenden Vernichtungsstrategie. Die Kapitulation macht den Donauweg frei. Die Dreikaiserschlacht bei Austerlitz, am Jahrestage der Kaiserkrönung, zeigt dann die volle Ausbildung der überraschenden Offensive, indem Napoleon durch plötzlichen Übergang aus der Defensiv zum Angriff den Umgehungsversuch der an Zahl überlegenen Gegner vereitelt und die Feinde zersprengt. So ist der Krieg von 1805 der kriegsgeschichtlich wichtigste von allen napoleonischen Feldzügen.

Zur See aber hat Napoleon Unglück: die französische Flotte wird bei Trafalgar vernichtet, Nelson besiegelt freilich den Sieg mit seinem Tode. Berühmt ist der Tagesbefehl, den er vor der Schlacht ausgab: England expects every man to do his duty.

- c) Das Ende des alten Deutschen Reiches. Mit Österreich wird zu Preßburg der Friede geschlossen. Er gibt Tirol an Bayern, Oberschwaben an Württemberg, den Breisgau und die Stadt Konstanz an Baden. Bayern und Württemberg werden Königreiche, Baden wird Großherzogtum. Die Mittelstaaten werden bald darauf nochmals gestärkt durch die Mediatisierung der kleinen weltlichen Fürsten. 16 Reichsstände erklären sich nun als souverän, treten aus dem Reichsverband aus und schließen sich zum Rheinbund unter französischem Protektorat zusammen. Franz II. legt die Kaiserkrone nieder und führt den Kaisertitel nur noch für sein Habsburgisches Erb- **1806** reich; das deutsche Reich ist also aufgelöst.

Die Souveränität der deutschen Fürsten war die letzte Konsequenz der alten deutschen Geschichte. Solange künftig diese Souveränität verteidigt wurde, war ein neues Reich nicht möglich. Zunächst aber war diese Souveränität für die Fürsten wertlos; denn Frankreich war in Wirklichkeit der Herr: es hatte sein ältestes kontinentales Ziel erreicht, indem es mit Hilfe der Fürsten die Habsburger vom Rheine und aus dem Reiche gedrängt hatte. In der Welt aber war England der Sieger; seit Trafalgar war die englische Flotte für drei Menschenalter ohne Rivalin. Um so stärker mußte Napoleon seine kontinentale Macht ausbauen, denn die Niederringung Österreichs und

die Auflösung des Reiches war doch nur ermöglicht worden durch Preußens unzuverlässige Neutralität.

4. Der Zusammenbruch Preußens.

- a) In dem System der napoleonischen Politik war Preußen die führende Rolle in Norddeutschland zugebracht im Kampfe gegen England, dem Hannover gehörte. Aus diesem Grunde war Preußen beim Reichsschluß von 1803 stark bedacht worden. Da Friedrich Wilhelm III. und sein Kabinett unsicher bleiben zwischen dem Hofe, der zu Rußland neigt, und den Ministern, die den Anschluß an Frankreich suchen, so will Napoleon die preußische Regierung zu einer Entscheidung zwingen und läßt bei der Umschließung von Ulm rücksichtslos durch preußisches Gebiet marschieren.
- b) Trotzdem entschließt sich der König nicht zum Eingreifen auf der Seite Österreichs und Rußlands, vielmehr sendet er zunächst den Minister Haugwitz, der Genugtuung fordern soll. Dieser wird aber von Napoleon nach dem Siege von Austerlitz zum Vertrage von Schönbrunn veranlaßt, worin Preußen Cleve und Ansbach gegen Hannover austauscht.

Friedrich Wilhelm III. beschließt, Hannover, das für Preußen schon geographisch von größtem Werte ist, bis zum Friedensschluß „in Verwahrung und Administration“ zu nehmen und verfeindet sich so mit England und Napoleon zugleich. Napoleon, dadurch gereizt, lockt mit dem Plane eines norddeutschen Bundes unter Preußens Führung und arbeitet selbst dagegen; er fordert die Annahme Hannovers und bietet es zugleich von neuem den Engländern an, mit denen er über den Frieden verhandelt.

- c) Da plötzlich stellt Preußen ein Ultimatum an Napoleon, in dem es Räumung Süddeutschlands und Zulassung des norddeutschen Bundes fordert. Rasch rückt Napoleon auf mehreren Straßen nach Thüringen, ohne Rücksicht auf die nach alter Weise manövrierenden Beobachtungskorps. Ein solches unter dem Prinzen Louis Ferdinand wird bei Saalfeld geschlagen; der Prinz, der Führer der Kriegspartei, fällt. Es folgt die Doppelschlacht von Jena und Auerstädt (14. Oktober 1806), die Flucht des preußischen Heeres, die Kapitulation der Festungen und Napoleons Einzug in Berlin. Ruhmvolle Ausnahmen in der allgemeinen Auflösung sind vor allem Gneisenau und Nettelbeck, die Kolberg erfolgreich verteidigen, und Blücher, der in Lübeck erst kapituliert, als er „kein Brot und kein Pulver mehr hat“.

Als Ursachen des Zusammenbruches von Heer und Staat ergeben sich:

1. die diplomatische Vorberereitung war so schlecht gewesen, daß Preußen isoliert war. Die Möglichkeit, mit Napoleon gegen Österreich emporzukommen, war versäumt worden. Allerdings widersprach die Existenz jeder Großmacht in Deutschland dem französischen Willen, und sobald Österreich nicht mehr der Vorkämpfer gegen Frankreich sein konnte, war eine französisch-preußische Auseinandersetzung in der Zukunft doch zu erwarten. Jetzt aber geschah diese unter den ungünstigsten Bedingungen, und der ängstlichen, niemand gewinnenden Scheu war zuletzt mit dem Ultimatum eine plötzliche und törichte Tatkraft gefolgt. Träger dieser Politik war das Kabinett gewesen.

2. die militärische Unterlegenheit lag begründet in der Verschiedenheit der beiden Heere, des friederizianischen und des napoleonischen. „Nicht weil es nicht mehr das Heer Friedrichs des Großen war, ist das preußische Heer geschlagen worden,

sondern weil es dies immer noch war.“ Nur in diesem Sinne kann das Wort der Königin Luise gelten: „Wir waren eingeschlafen auf den Lorbeeren Friedrichs des Großen.“ Und es war noch das alte Heer, weil es noch der alte absolutistische Staat war, der hier Krieg führte; bezeichnend ist das Wort des Kommandanten von Berlin: „Der König hat eine Bataille verloren, Ruhe ist die erste Bürgerpflicht.“ Die neue Staatsauffassung der Revolution dachte anders. In diesen politischen und militärischen Wandlungen lag ja auch sonst in erster Linie das Geheimnis von Napoleons Siegen; hier aber ersocht er seinen leichtesten Sieg, weil Preußen ihm die diplomatische Vorbereitung so einfach gemacht hatte.

Immerhin greift jetzt Rußland ein, dessen Heer nach Austerlitz sich ins Innere des eigenen Landes zurückgezogen hat. Die Schlachten von Eylau und Friedland führen Napoleon an die russische Grenze; aber er marschiert nicht weiter, sondern schließt den Frieden von Tilsit (1807).

5. Das System von Tilsit: der Höhepunkt.

Die französische Hegemonie auf dem Festlande war erreicht; aber England stand noch aufrecht. Von nun an ist der Grundgedanke der napoleonischen Politik, England wenigstens vom Kontinente zu vertreiben, nicht nur durch Wegnahme Hannovers, sondern vielmehr wirtschaftlich durch Abschließung Englands vom festländischen Marke und politisch durch einen derart starken Ausbau der französischen Stellung auf dem Kontinent, daß Englands überlieferte Politik der Koalitionen unmöglich wird. Diesen beiden Zielen dienen die 1806 von Berlin aus erlassene Kontinentalsperre und der 1807 geschlossene Friede von Tilsit.

a) Die Kontinentalsperre. Aller Verkehr mit England wird verboten; der Zweck ist, Englands Handel und Industrie durch Wegnahme seines wichtigsten Absatzgebietes zu vernichten.

England hatte schon seit dem Beginn des Krieges auf die Kampfmittel des merkantilistischen Zeitalters zurückgegriffen, als es im Widerspruch mit dem 1780 vom Neutralitätsbunde aufgestellten Seekriegsrechte ganz Frankreich für blockiert erklärte und jede Einfuhr, auch durch neutrale Schiffe, verbot. Da Frankreich und die Neutralen zur See schwach waren, ermöglichte diese Absperrung Frankreichs den Engländern die Wegnahme der französischen, dann der holländischen und spanischen Kolonien und die Ausbreitung ihrer Alleinherrschaft zur See. Die Kontinentalsperre ist Napoleons Gegenmaßregel mit den gleichen merkantilistischen Mitteln. Er erwartet, daß die Engländer die Schädigung ihrer Handelsbilanz nicht aushalten können; an eine Aushungerung Englands hat er erst in der Folge gedacht. Für Frankreich und seine Verbündeten bedeutete diese Sperre zugleich einen Schutz der eigenen Industrie. Auch in dieser Hinsicht schreitet Napoleon in den Bahnen des Merkantilsystems: die französische und die niederrheinische Textilindustrie verdanken ihm ihr Emporblühen; die sächsische Baumwollindustrie, die der englischen erlegen war, wird neu belebt; die Fabrikation des Rübenzuckers, nach dem Verfahren deutscher Chemiker, wird als Ersatz für den fehlenden Kolonialzucker eingeführt.

So war die Kontinentalsperre eine im größten Stile unternommene Erneuerung des Merkantilismus. Die Voraussetzung des Gelingens war freilich, daß das ganze Festland und vor allem alle Küstenstaaten sich angeschlossen. Die Kontinentalsperre hat die Möglichkeit einer von England unabhängigen kontinentalen Industrie gezeigt, allerdings unter starker Bevorzugung Frankreichs, für das Napoleon noch durch eine eigene Schutzollpolitik besonders sorgte. Um so schwerer lastete die Sperre auf den agrarischen Ländern des Ostens, auf Preußen und Rußland; ihr Getreide und Holz wurden fast wertlos.

b) Der Friede von Tilsit. Rußland tritt der Kontinentalsperre bei und verpflichtet sich, auf die skandinavischen Staaten im gleichen Sinne zu wirken. Dafür erhält Rußlands Verbündeter, Preußen, die kleinere Hälfte seines Gebietes zurück: die preußischen Lande westlich der Elbe werden mit Kurhessen, Braunschweig und Hannover als Königreich Westfalen unter Napoleons jüngstem Bruder Jérôme vereint, die Gebiete der 2. und 3. polnischen Teilung als Herzogtum Warschau unter dem König von Sachsen zusammengeschlossen. Danzig wird Freihafen mit französischer Garnison. Eine Kontribution, deren Höhe erst nachträglich festgesetzt werden soll, wird Preußen auferlegt; bis zur Bezahlung soll eine französische Besatzung in Preußen verbleiben. Da das Land die immer größer werdenden Geldforderungen nicht zahlen kann, macht eine spätere Konvention den Franzosen noch neue Zugeständnisse, darunter auch die Beschränkung des preußischen Heeres auf 42000 Mann. Ungeheuer groß ist Preußens Not: zur Deckung der Staatsschulden und der Kontribution muß in der Folge sogar zum Verkauf der Domänen geschritten werden. (Qu. II 69.)

Der Friede von Tilsit ist der Höhepunkt von Napoleons Laufbahn: der Bund mit Rußland schien ihm den kontinentalen Zusammenschluß gegen England zu gewährleisten, und deshalb hat er den Frieden geschlossen. Daß diese Rechnung falsch war, hat er später selbst als die Ursache seines Unterganges bezeichnet. Zunächst versuchte er die Durchführung dieses „Systems von Tilsit“. Um Rußland dafür zu gewinnen, hat er auf die im Sinne altfranzösischer Politik gelegene Wiederherstellung des ganzen Polens verzichtet und die teilweise Wiederherstellung Preußens zugegeben, auf der Zar Alexander bestand, um nicht unmittelbar an französisches Machtgebiet zu grenzen. Preußens Schicksal war dabei unerhört hart; der Versuch der Königin Luise, durch persönliche Fürsprache eine Milderung zu erlangen, konnte nicht gelingen. Die Möglichkeit antifranzösischer Machtbildungen war nun auch in Norddeutschland unterbunden.

e) Die Auswirkung des Systems:

1. Schweden widersezte sich der Kontinentalsperre; die Russen erobern und behalten Finnland. Eine Revolution in Schweden entthront die regierende weibliche Linie des Hauses Wasa; der französische Marschall Bernadotte wird vom schwedischen Reichstag zum Kronprinzen gewählt. Die Engländer, in der Sorge, daß auch Dänemark für die Kontinentalsperre gewonnen werde und so die Straße durch den Sund verloren gehe, fordern die Auslieferung der dänischen Flotte. Auf die Weigerung Dänemarks wird Kopenhagen von den Engländern beschossen und die dänische Flotte hinweggeführt (1807).
2. Der Kirchenstaat besaß gleichfalls eine wichtige Küstenstraße; der Papst verweigert die Sperre; es kommt noch hinzu seine Unzufriedenheit mit dem innerpolitischen System des Empire, mit Konfordat und Zivilehe; der Kirchenstaat wird aufgehoben, der Papst ins Exil geführt (1809).
3. In Portugal, das seit dem spanischen Erbfolgekrieg englischer Schutzstaat ist, wird das Königshaus abgesetzt, in Spanien sein Thronverzicht erreicht und Joseph Bonaparte zum König eingesetzt. Dies alles sind Kampfmittel gegen England.

6. Die „Beripetie“.

a) Der Krieg in Spanien. Das spanische Volk, geführt von seinen Priestern, erhebt sich 1808 gegen die französische Herrschaft, weil sie die Herrschaft von Fremden und von Aufklärern ist: nationale und

religiöse Kräfte stehen auf gegen den Verächter der „Ideologen“. Es kommt zum Kleinkrieg (Guerilla), zum Kampf um Madrid und Saragossa, zu Siegen Napoleons, der selbst nach Spanien geht, und zu Niederlagen seiner Marschälle. Die Engländer landen Truppen unter Wellington.

- b) Der Fürstentag von Erfurt wird von Napoleon vor seinem Aufbruch nach Spanien berufen zur Befestigung des Tilsiter Bündnisses; Napoleon gibt seine Zustimmung zu Rußlands Türkenkrieg (1808).

Außerlich erscheint der Tag als Höhepunkt von Napoleons Glanz: der Kaiser ist umgeben von der Schar seiner Trabanten, den Rheinbundfürsten; er genießt die Unterhaltung und Bewunderung Goethes. In Wirklichkeit ist es das erstmal, daß Napoleon einen Verbündeten braucht und ihm daher ohne Gegenleistung alle Bedingungen erfüllt.

- c) Österreichs Erhebung von 1809. Österreich hält daher den Augenblick zum lange vorbereiteten Befreiungskampf für günstig. Erzherzog Karl hat in den vorausgegangenen Jahren eine Heeresreform durchgeführt, eine Landwehr errichtet; Freiwillige werden jetzt aufgerufen. In der Tat erschüttert die Schlacht von Aspern zum ersten Male den Glauben an Napoleons Unüberwindlichkeit; dann aber wird Erzherzog Karl bei Wagram geschlagen, und der Friede von Wien gibt Salzburg und das Innviertel an Bayern; um Österreich vom Meere abzuschließen und das System der Kontinentalsperre zu vollenden, wird Österreichs Küstenbesitz an der Adria als „Illyrische Provinzen“ unter Napoleons Oberhoheit gestellt.

Wenn den Österreichern trotz der Heeresreform der Erfolg versagt blieb, so war es, weil hier die Voraussetzungen der napoleonischen Heeresverfassung fehlten, nämlich die neue Staats- und Gesellschaftsordnung, die neue Staatsgesinnung. Zudem war für Österreich die Aufgabe um so schwieriger, als eine Erweckung der nationalen Ideen den Bestand der Monarchie gefährden mußte. So zündeten denn auch die Proklamationen nur bei den Deutschen, in denen ein habsburgisches Staatsgefühl noch am ehesten vorhanden war. Es war die alte Schicksalsfrage der Habsburger, die Joseph II. so sehr beschäftigt hatte und die aus der österreichischen Geschichte nicht mehr verschwinden sollte bis zum Untergang des Reiches im Jahre 1918.

- d) Norddeutschland und Tirol. Der Hoffnung Österreichs auf eine nationale Erhebung waren in Norddeutschland nur einzelne Unternehmungen, wie die des Majors Schill, entgegengekommen. Allein in Tirol entsteht ein Volkskrieg wie in Spanien: auch hier ist es eine Erhebung aus nationalen und religiösen Beweggründen gegen die bayrisch-französische Herrschaft der Fremden und Aufklärer. Die Tiroler führen den Kampf auch über den Wiener Frieden hinaus; nach ihrer Niederwerfung wird Andreas Hofer als Meuterer und bewaffneter Zivilist erschossen, wie vorher elf Schillsche Offiziere in Wesel.

- e) Die Schwierigkeiten im Innern.

Napoleon war emporgekommen, weil die Nation von ihm Ordnung, Frieden und Brot erhoffte. Den Frieden, der Frankreichs Weltgeltung sicherte, hatte Napoleon trotz aller Siege nicht erreichen können; ein Friede, der Frankreich hinter die Zeit der Revolutionskriege zurückwarf, war für die Nation und für Napoleon unmöglich. Nun wurden die Lasten immer gewaltiger, die Hoff-

nungen versanken, und in Wechselwirkung hiermit standen wachsende Unterdrückungen und ein Despotismus, der immer unerträglicher wurde.

1. Vor allem werden die unaufhörlichen Blutverluste schwer empfunden, der Mannschaftserfaß ist nicht mehr leicht. Auch besteht im Volke Unzufriedenheit über den Konflikt mit dem Papste. Dazu kommt die Wirtschaftskrise infolge der Kontinental Sperre: Arbeitslosigkeit in den Hafenstädten, Exportstokungen der Luxusindustrien, Untergang des Kolonialhandels sind die Folgen, während die Stärkung der Textilindustrie nur langsam sich bemerkbar macht. Die Krisis ist hinausgeschoben worden durch die Siege, Kontributionen, Kriegslieferungen, auch durch den napoleonischen Schutz Zoll; aber die Enttäuschung ist nun um so größer.

2. Auch in den Vasallenstaaten entsteht Widerspruch: König Ludwig von Holland tritt zurück, weil Holland unter der Kontinental Sperre schwer leidet; Holland und die Hansestädte werden dem Empire einverleibt.

Der Vorgang zeigte, wie schwach die Grundlagen des Reiches waren. Es beruhte ja auf der Zusammenfassung vieler Länder zu einem einheitlichen Zwecke. Um diese Zusammenarbeit zu erleichtern, hatte Napoleon die Übertragung der einzelnen Kronen an die Glieder des Hauses Bonaparte und die dynastische Verbindung mit den Rheinbundfürsten, z. B. Bayern und Baden, durchgeführt. Nun widerstrebten die Sonderinteressen der Länder den allgemeinen des Empire immer mehr, und zum ersten Male reichte auch die Bindung durch die Verwandtschaft nicht mehr aus.

3. Deshalb sucht Napoleon dem Empire für die wankenden alten Stützen eine neue Grundlage zu geben: die Legitimität. Er läßt seine erste Ehe mit Josephine Beauharnais scheiden und vermählt sich mit Maria Louise, der österreichischen Kaiserstochter. Der Sohn dieser Ehe erhält den Titel König von Rom.

7. Die Katastrophe in Rußland 1812.

Nachdem Rußland im Kriege von 1809 nicht geholfen hatte, wird das Verhältnis zwischen Napoleon und Rußland immer kühler. Entscheidend ist auch hier, daß Rußland die Opfer der Kontinental Sperre weiter nicht tragen will, Napoleon aber auf der Sperre bestehen muß. Den Marsch, den er durch den Frieden von Tilsit hatte vermeiden wollen, muß er nun doch antreten. (Qu. II 71.)

Die „Große Armee“, zu der alle Vasallen, auch Preußen und Österreich, ihre Kontingente gestellt, setzt sich in drei Heeresteilen in Marsch: die Hauptarmee unter Napoleon marschirt durch Polen, dessen Wiederherstellung jetzt proklamiert wird. Die Russen führen den Krieg nach „Partherart“; erst bei Smolensk und unter den Mauern von Moskau schlagen sie sich und müssen dann freilich den Franzosen die Tore der Hauptstadt öffnen. Napoleon bietet den Frieden auf dem Status von Tilsit an; statt Antwort erfolgt der Brand von Moskau. Das Warten auf die Antwort verzögert den Rückzug bis in den Spätherbst. Der Rückzug in Schlamm und Schnee, Kälte und Hunger reißt das Heer auf, die verfolgenden Kosaken bereiten ihm die Katastrophe an der Beresina: „Mit Mann und Roß und Wagen hat sie der Herr geschlagen.“ Napoleon kehrt allein zurück und schafft durch eine neue Aushebung ein neues Heer. Das ist nötig, denn inzwischen ist der Abfall Preußens erfolgt.

II. Reform und Befreiung.

A. Der Freiherr vom Stein und sein Reformplan.

Der jähe Fall des preußischen Staates hatte die Patrioten veranlaßt, den Ursachen des Umsturzes nachzuforschen. Schon vor dem Kriege hatte der Freiherr vom Stein, damals Minister im Generaldirektorium, in den Formen der obersten Staatsverwaltung, der Stellung des unverantwortlichen Kabinetts neben oder gar über den Ministern eine Hauptquelle des Übels gesehen, und er war, als er nach dem Zusammenbruch die Beseitigung des Kabinetts von neuem forderte, entlassen worden. In seiner Zurückgezogenheit auf seinem Schlosse in Nassau war er sich darüber klar geworden, daß die Ursachen des Falles noch tiefer lagen — in dem System des Absolutismus selbst, der das Volk von aller Teilnahme am Staate ferngehalten hatte und daher in der Not auch nicht auf das Volk rechnen konnte. Die Voraussetzung aber für jede Heranziehung des Volkes zum Staate war die Gewährung der persönlichen Freiheit und die Erziehung des Volkes zur Selbsttätigkeit. (Qu. I 13, II 70.)

1. Der Reformplan des Freiherrn vom Stein

will deshalb den Übergang vom Absolutismus zum Verfassungsstaate nicht plötzlich und lediglich durch Schaffung einer Gesamtvertretung vollziehen, sondern durch einen stufenweisen Ausbau der Selbstverwaltung: in den freien Gemeinden soll die Gewöhnung an die Sorge um gemeinsame Angelegenheiten einsetzen, darüber werden sich die Kreistage und Provinziallandtage als Vertretungskörper erheben, über diesen sind die preußischen Reichsstände als Vertretung des gesamten Volkes gedacht. Und als letztes Ziel schwebt dem großen politischen Reformator die Erneuerung des deutschen Reiches vor.

2. Die geistigen Wurzeln des Reformplanes.

- a) Die deutsche Vergangenheit. Der Freiherr vom Stein (geb. 1757, gest. 1831) war reichsritterlicher Herkunft; furchtlos und stolz fühlte er sich als keines Königs Untertan, mit schonungslosem Freimut wirkte er für die Wiedergeburt alter deutscher ständischer Freiheit. Seine Ansicht vom Staate ist gewonnen aus den ständischen Überresten, die vom Mittelalter her noch in das Leben der Gegenwart herübergerettet waren, und die er als preußischer Verwaltungsbeamter in Westfalen kennengelernt hatte. Diesen Gemeingeist der alten Zeit, den der Absolutismus zerstört hatte, will er erneuern, und als echter Edelmann hält er den Adel für berufen, die geistige und politische Führung der Nation zu übernehmen, nachdem sie ihm durch den Absolutismus entwunden worden war. Voraussetzung ist, daß der Adel bereit ist, auf unhaltbar gewordene Vorrechte zu verzichten und die Führung der „Eigentümer“ zu übernehmen, d. h. der großen und kleinen Grundbesitzer, die — wie in der alten Zeit in Körperschaften vereint — Anteil an der Verwaltung nehmen sollen.

So wandte sich Stein gegen den Individualismus der Aufklärung nicht minder wie gegen den „Nietlingsgeist“ der absolutistischen Bureaucratie: beide entstammten der gleichen Wurzel einer geschichtslosen Weltanschauung, und sie waren ihm die Zerstörer des alten deutschen Lebens und seines Reiches. Den Rheinbundstaaten und ihren „Jaunkönigen“ galt darum der besondere Haß des mediatisierten Reichsritters; der Gedanke der deutschen Einheit, zu dem die Untertanen der Kleinstaaten nur langsam gelangen sollten, war ihm durch die Geburt gegeben.

- b) Die englische Verfassung. Auch sie entstammte ja der altgermanischen Freiheit, und so fühlte sich Stein ihrem Geiste verwandt. Er entnimmt ihr Anregungen für seine Gedanken über ständische Volksvertretung, die auf dem Grundbesitz sich aufbauen soll, er findet in ihr die Selbstverwaltung wieder, und er sieht in ihr die historische Bedeutung des Adels noch in der Gegenwart wirksam. Durch die englische Verfassung wird bekräftigt und vertieft, was Stein über die organische Entwicklung von Staat und Verfassung gedacht und was er gegen die mechanische Staatsauffassung der Aufklärung einzuwenden hatte.
- c) Die Physiokraten. Auch Stein will die persönliche und wirtschaftliche Freiheit, die Rechts- und Steuergleichheit und die Selbstüberwindung des Absolutismus; denn er unternimmt das, woran Turgot gescheitert ist. Überhaupt hat Freiherr vom Stein, obwohl er ein Feind Frankreichs, seiner Aufklärung und seiner Revolution war, dennoch viele Grundsätze, die er für brauchbar hielt, von dorthier übernommen.
- d) Die Französische Revolution. Auch Stein will an die Stelle der überlebten alten Geburtsstände die persönliche Freiheit und die Rechtsgleichheit der modernen bürgerlichen Gesellschaft setzen. Während jedoch schon die Verfassung von 1791 diesen Grundsatz durchbrochen hatte durch eine Klasseneinteilung nach dem Kapitalbesitz, schwankt Stein zwischen einer Gitterung dieser Art und einer solchen nach dem Grundbesitz — aber auch in diesem Falle ohne Unterschied, ob der Besitzer adligen oder bürgerlichen Standes ist. Denn Stein will eine moderne Volksvertretung und nicht die Ständevertretung der alten Zeit. Aus der Französischen Revolution entnimmt er ferner den Grundsatz der Gemeindefreiheit sowie alle jene Verfassungsanschauungen, die — wie die Trennung von Rechtspflege und Verwaltung oder die Einrichtung der modernen Ministerien — auf dem Wege über die Verfassung von 1791 von England auf den Kontinent gelangt sind. Auch die enge Verbindung von Staatsreform und Heeresreform ist in der französischen Revolution vorgebildet.

Es war ein Erziehungsplan von wunderbarer Einfachheit, ungekünstelt und klar aus der Anschauung der Dinge entworfen. Überall lehrt derselbe leitende Gedanke wieder: es gelte, die Nation zu selbständiger, verantwortlicher politischer Arbeit aufzurufen und ihr dadurch das Selbstvertrauen und den Opfermut lebendiger Vaterlandsliebe zu erwecken. Die Reform sollte für Preußen die Entwicklung nachholen, die Frankreich in seiner Revolution durchgemacht hatte und der es seine Erfolge verdankte. Aber es bestehen große Unterschiede: 1. in Preußen sollte der Umbau durchgeführt werden durch das Königtum selbst, mit den Mitteln des absoluten Staates, durch eine „Revolution von oben“: der Übergang von der absoluten Monarchie und der feudalen Gesellschaftsordnung zum Repräsentativsystem und zur modernen bürgerlichen Gesellschaft sollte vollzogen werden durch den freien Entschluß der Krone, in der Form königlicher Dekrete; 2. der neue Staat sollte nicht einfach nach englischem Vorbilde oder aus abstrakten Ideen aufgebaut, sondern durch Anknüpfung an die vorabsolutistische Zeit entwickelt werden. 3. Der Reformplan ist also eine Schöpfung aus eigenem Geiste. Die gewaltige Originalität des Freiherrn vom Stein besteht eben darin, daß viele geistige Strömungen in ihm zusammenkamen und eine geniale Vereinigung und Steigerung erfuhren.

B. Die Ausführung.

Die Berufung Steins erfolgt unmittelbar nach dem Tilsiter Frieden, als Napoleon den Rücktritt Hardenbergs fordert.

„Prenez le Baron de Stein, c'est un homme d'esprit“ — so sagt Napoleon zum König, denn er hatte von dem Konflikt der beiden gehört und erhofft die Wieder-

holung der Schwierigkeiten. So hat Napoleon durch eine merkwürdige Fügung seinem größten Gegner die Bahn geebnet zur Ausführung des Wertes der Erhebung.

1. Das Edikt vom 9. Oktober 1807,

„den erleichterten Besitz und den freien Gebrauch des Grundeigentums sowie die persönlichen Verhältnisse der Landbewohner betreffend“.

Das Edikt, schon wenige Wochen nach dem Frieden von Tilsit erlassen, ist nach seinen Einführungsworten, hervorgegangen aus der „Vorsorge für den gesunkenen Wohlstand Unserer getreuen Untertanen, dessen baldigste Wiederherstellung und möglichste Erhöhung“. Seine Absicht, ist „alles zu entfernen, was den Einzelnen bisher hinderte, den Wohlstand zu erlangen, den er nach dem Maß seiner Kräfte zu erreichen fähig war“.

Deshalb will das Edikt die vorhandenen Beschränkungen „auf diejenigen Schranken zurückführen, welche das gemeinsame Wohl nötig macht“, und es verordnet daher:

a) Die Freiheit im Besitz des Grundeigentums:

Der Edelmanu darf also auch bürgerliche und bäuerliche Güter erwerben, der Bürger und Bauer grundfähig auch adelige. Jeder Edelmanu kann ein bürgerliches Gewerbe ergreifen, jeder Bürger oder Bauer aus dem einen in den andern Stand übertreten.

b) Die Freiheit im Gebrauch des Grundeigentums:

Alle veräußerlichen Grundstücke können geteilt, verpachtet, zusammengelegt werden.

c) Aufhebung aller Gutsuntertänigkeit oder Leibeigenschaft:

„Nach dem Martintage 1810 gibt es nur freie Leute.“ Alle Bauern erhalten also die persönliche Freiheit, wie sie die Domänenbauern in der Regel bereits besaßen. Den Bauern wird damit das Recht der Freizügigkeit gegeben; dagegen bleiben alle Hand- und Spanndienste, alle Gefälle und Zinszahlungen noch bestehen.

Dieses Edikt war der erste große Schritt, einen freien Bauernstand zu schaffen und an die Stelle der kastenartigen Trennung ein vor dem Gesetze gleichberechtigtes Bürgertum (citoyen) herzustellen.

2. Die Städteordnung vom 19. November 1808.

Nach dem Grundsatz, daß die freie Gemeinde die erste Erscheinungsform der politischen Freiheit sei, wird die Selbstverwaltung allen städtischen Gemeinden gewährt. Sie erhalten die Autonomie im Haushalt und in Steuerfachen, im Armen- und Schulwesen, und sie führen im Namen des Staates die Geschäfte der Polizei. Zur Durchführung dieser Aufgaben wählt die Bürgerschaft in ihrer Gesamtheit künftig die beschließenden Stadtverordneten und den ausführenden Rat.

Bisher hatten die Gemeinden in den verschiedensten Rechten und Privilegien gelebt, die meisten waren jeder Selbständigkeit beraubt gewesen, die Magistratsstellen pflegte der König mit Invaliden zu besetzen. Jetzt wird das deutsche Gemeindeleben nach langer Verkümmernng wieder erweckt. Aber an die Stelle der alten Abstufungen des Bürgerrechts tritt die moderne Gemeinde als eine Gemeinschaft aller jener Einwohner, die das Bürgerrecht erlangt haben. Dieses Bürgerrecht kann niemandem versagt werden, der sich in der Stadt häuslich niedergelassen hat und von unbefcholtenem Wandel ist. Die städtischen Wahlen erfolgen in den

Bezirken und nicht in den Zünften, und die Gewählten gelten als Vertreter der einheitlichen Bürgerschaft, nicht als solche einer Körperschaft. An die Stelle der staatlichen Ernennung oder der Selbstergänzung und Lebenslänglichkeit tritt also nunmehr bei den Gemeindeämtern die zeitliche Wahl, deren Bestätigung der Staat sich wenigstens bei den wichtigsten Ämtern vorbehält. Die Bürger aber sind zur Übernahme dieser Ehrenämter verpflichtet.

An die Stelle des alten Ständetums trat also auch hier das allgemeine und einheitliche Repräsentativsystem, und zwar nicht auf korporativer, sondern auf individualistischer Grundlage. Denn während Stein in seinen Entwürfen über die Einrichtung der Provinziallandtage zu den ständischen Überlieferungen neigte, zeigte die „Städteordnung“ die weitestgehende Anlehnung an die Französische Revolution, die Stein niemals vorgenommen hat.

3. Die veränderte Verfassung der obersten Staatsbehörden.

Nachdem die Aufhebung des Kabinetts schon vorher Hardenberg durchgeführt hat, ersetzt die Verordnung vom 24. November 1808 das Generaldirektorium durch Ressortminister. Preußen wird in drei Provinzen geteilt, an der Spitze einer jeden steht ein Oberpräsident, der die Aufsicht über die Präsidenten der Regierungsbezirke zu führen hat. In den Kreisen bleibt wie bisher der Landrat Staatsdiener und Vertrauensmann der Kreiseingewesenen zugleich: von hier aus kann die Selbstverwaltung aufgebaut werden. Die „Regierungen“ werden reine Verwaltungsbehörden, und also wird die Trennung von Justiz und Verwaltung durchgeführt. Einem Staatsrat soll die oberste Leitung und Kontrolle der ganzen Verwaltung zustehen; die bestimmte Zufolge einer reichsständischen Vertretung wird in der Verordnung gegeben.

Die Bildung eines Staatsrates hatte der Freiherr vom Stein schon vor der Schlacht von Jena zusammen mit der Aufhebung des Kabinetts verlangt. Der Staatsrat soll Mittelpunkt und Vollendung der neuen Behördenorganisation sein, deren Hauptzweck ist, „der Geschäftsverwaltung die größtmögliche Einheit, Kraft und Regelmäßigkeit zu geben, sie in einem obersten Punkte zusammenzufassen“.

C. Die Widerstände und die Entlassung.

Das Reformwerk des Freiherrn vom Stein richtet sich gegen die privilegierte Stellung des Adels ebenso wie gegen die der Beamten: aus Adel und Bureaucratie entstehen daher die Gegner, und den Franzosen ist dies von Nutzen. In Napoleons Hände fällt ein Brief, in welchem Stein auf die spanische Erhebung und auf die anwachsende Erbitterung in Norddeutschland Hoffnungen setzt. Drei Monate dauert der Kampf um die Person des Ministers, dann erfolgt seine Entlassung durch den König (24. November), seine Achtung durch Napoleon und seine Flucht nach Böhmen.

Wenig mehr als ein Jahr war Stein Minister, aber von den Gedanken und Anregungen dieses Jahres hat die preußisch-deutsche Geschichte ein Jahrhundert lang gelebt. Die Reform war Stückwerk geblieben. Der Adel hatte erreicht, daß die Selbstverwaltung nur den städtischen Gemeinden gegeben war: ein Entwurf, der freie Landgemeinden mit Schulzen und Dorfgerichten vorsah, kam nicht mehr zur Ausführung, so daß die gutsherrliche Gerichtsbarkeit erhalten blieb. Und die Bureaucratie erreichte, daß die Verordnung über die Behördenorganisation durch das Gesetz vom 16. Dezember 1808 erletzt wurde,

worin der Staatsrat und die Zusage einer reichsständischen Vertretung weggelassen waren.

Trotzdem wird die Reform zunächst weitergeführt. Das „politische Testament“, das Stein am Tage seines Ausscheidens aus dem Dienste unterzeichnet hat, nennt als die wichtigsten Aufgaben, die noch zu tun übrig geblieben: die Weiterführung der Bauernbefreiung, den Ausbau des Repräsentativsystems, die Heeresreform und die sittliche Erneuerung.

D. Die Fortsetzung der Reform durch Hardenberg.

Hardenberg wird nach Steins Entlassung wieder berufen und als Staatskanzler mit außerordentlichen Vollmachten ausgestattet.

Auch Hardenberg ist in Preußen Ausländer, Hannoveraner. Ein Staatsmann im Stile des aufgeklärten Absolutismus, hat er sich erfüllt mit den physokratischen Ideen, und im Laufe seiner Kanzlerschaft nähert er sich immer mehr auch dem Vorbilde des napoleonischen Staatswesens. So unterscheidet er sich in Charakter und Ansichten vielfach von dem Freiherrn vom Stein, der darum nicht alle Folgerungen gebilligt hat, die Hardenberg nunmehr aus den Gesetzen von 1808 zieht.

Das Programm der Fortführung der Reformen wird im Finanzedikt von 1810 verkündet: einheitliche Grundsteuer, Gewerbefreiheit, Säkularisation der geistlichen Güter, Einrichtung der Provinzial- und Nationalpräsentation. Eine große Anzahl von Verordnungen gibt die Ausführung; die wichtigsten Gesetze Hardenbergs betreffen:

1. Die Säkularisation der geistlichen Güter.

Sie entstammt französischem Vorbilde, aber sie trifft nur die Provinz Schlesien, weil in den altprotestantischen Provinzen das Kirchengut schon seit Jahrhunderten eingezogen ist.

2. Die Gewerbefreiheit (1811).

Jeder, der einen Gewerbeschein löst, kann Lehrlinge und Gesellen halten; jeder Zünftler kann aus seiner Innung austreten, jede Zunft durch Mehrheitsbeschluß aufgelöst werden.

Nachdem die Zünfte durch die „Städteordnung“ ihrer politischen Bedeutung entkleidet waren, wurden sie nun auch als wirtschaftliche Verbände aufgelöst.

3. Die „Regulierung“ der bäuerlichen Verhältnisse (1811).

Während das Edikt von 1807 den Bauern zunächst nur die persönliche Freiheit gegeben hatte, werden jetzt die auf dem Gute lastenden Berechtigungen, wie Hand- und Spanndienste, Gefälle und Zinszahlungen abgelöst, indem die Bauern einen Teil des Gutes dem Herrn abzutreten haben, den Rest aber als freies Eigentum behalten.

Im Gegensatz zu den Gesetzen der Französischen Revolution erfolgte die Regulierung also in der Form der „Ablösung“ und nicht der Aufhebung, d. h. die Berechtigten werden entschädigt.

4. Judenemanzipation (1812).

Die Juden werden nach dem Vorbilde der Französischen Revolution vollberechtigte Staatsbürger.

5. Das Gendarmerie-Edikt (1812).

Sehr viel tiefer greifend, als der Name vermuten läßt, setzt das Gendarmerie-Edikt an die Stelle des Landrates einen Kreisdirektor, also einen von der Krone nach freiem Ermessen ernannten Staatsbeamten, dem die Verfügung über die Polizei

und die Kreisstaffe übertragen wird. Unter ihm sollen die Kreisversammlungen tagen, die zu gleichen Teilen aus Abgeordneten der Ritterschaft, der Bauern und der Städte bestehen.

Das Edikt suchte das napoleonische Präfektensystem mit dem Gedanken der modernen Selbstverwaltung zu vereinigen. Sein Zweck war, das Übergewicht der Gutsherrn in der Kreisverwaltung zu beseitigen und ihnen vor allem die örtliche Polizeigewalt zu nehmen.

Der Widerstand, den die Gesetze beim Adel finden, bestärkt Hardenberg in dem Entschluß, die Einsetzung der ständischen Ordnungen in den Provinzen und im Reiche zu verzögern, weil er der Opposition nicht selbst die Vertretungskörper schaffen mag. Auch die Ausführung der Regulierung geht sehr langsam, indem die Frage der Beschaffung der Lohnarbeiter für die Gutsherrn und der Kreditbeschaffung für die Bauern erst gelöst werden muß. So ist die Reform bei weitem nicht beendet, als die günstige außenpolitische Lage zum Befreiungskriege ruft.

Rechtsgefühl und Selbstsucht wirkten zusammen bei der großen Erbitterung des Adels über die Gesetze. Er bestritt dem Staate die Befugnis, die alten Berechtigungen abzuschaffen; er fand die Ablösungssumme unbillig niedrig und lehnte die Mobilisierung des Grundbesitzes als das Ergebnis einer „neumobilischen Theorie“ ab. Dazu kam die Sorge wegen der in Aussicht gestellten Grundsteuer. Sicherlich war die Lage der Grundherren, zumal infolge der Kontinentalsperre, vielfach schwierig; aber andererseits hatte die adelige Opposition den tiefen nationalen Sinn der Reform nicht begriffen, weder ihre Notwendigkeit für eine künftige Volkserhebung, noch die Bedeutung, die ihr für den Aufbau eines starken Staates auch nach erlangtem Sieg zukommen sollte. Auch der preußische Adel war durch den Absolutismus jeder politischen Einsicht entwöhnt worden, und so mußte ein Kampf zwischen Adel und Volk durch viele Jahrzehnte sich hindurchziehen.

E. Die Heeresreorganisation.

1. Das Volksheer,

im Sinne des Freiherrn vom Stein Ziel und Krönung des Werkes, wird unter Scharnhorsts Leitung gebildet auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht. Alle Einzeleinheiten der Reorganisation sind Folgen dieses Grundsatzes:

- a) Werbung und Körperstrafen werden abgeschafft, die Junkerstellen beseitigt: im Frieden sollen nur Kenntnisse und Bildung, im Kriege nur ausgezeichnete Tapferkeit und Umsicht einen Anspruch auf die Offizierstellen gewähren.
- b) Aufhebung der alten Befreiungen vom Waffendienste.
- c) Das Landheer soll eingeteilt werden in Linie, Landwehr und Landsturm. Die Linie soll Rekrutenschule sein, durch die alle Wehrfähigen hindurchgehen müssen; die Landwehr ist als der Kern des Volksheeres gedacht, unter ihren eigenen gewählten Offizieren; der Landsturm soll als eine Art Miliz aus den ältesten Wehrfähigen und den zum aktiven Dienst Untauglichen gebildet werden.
- d) Mit einem solchen Heere können dann auch die napoleonische Taktik und Strategie durchgeführt werden.

Scharnhorst hatte zuerst als Offizier in Diensten seines Heimatstaates Hannover gestanden und war dann in das preußische Heer eingetreten, dessen Gebrechen er klar durchschaute. Eine schlichte und furchtlose Natur, verfolgte er den Weg der Reform, um sie zwischen dem Widerstand der alten Generale und dem Mißtrauen Napoleons durchzuführen. Er fand dabei die Unterstützung Gneisenaus, der, ein großer geistiger Revolutionär von leidenschaftlichem Schwunge, in der Folge der einzige ebenbürtige Feldherr werden sollte, den Napoleon in seiner Laufbahn gefunden hat (Qu. I 49.)

2. Widerstände und Hemmungen bei der Heeresreform.

Auch Scharnhorsts und Gneisenaus Werk wird wie die ganze Staatsreform durch die doppelte Gegnerschaft von innen und außen sehr gehemmt, die restlose Durchführung ihrer ursprünglichen Gedanken wird schließlich vereitelt.

- a) Der Widerstand des Adels sammelt sich besonders im Militärkabinett, dessen Aufhebung nicht gelingt; es werden aber daneben das Kriegsministerium und der Generalstab als unabhängige Behörden eingesetzt.
- b) Der Widerstand Napoleons greift tiefer in den ganzen Plan, indem Napoleon die Errichtung der Landwehr verbietet. Zudem wäre die Auffüllung der Landwehr mit gedienten Soldaten nur sehr langsam möglich gewesen, weil die Stärke des preußischen Heeres durch Napoleon auf 42 000 Mann beschränkt war. Scharnhorst hilft sich, indem die Linien Soldaten nach kurzer Ausbildung beurlaubt werden und also neuen Rekruten Platz machen. Auf diese Weise hat man stets nur die vorgeschriebene Zahl von Soldaten unter Waffen, im Lande aber befindet sich eine immer weiter steigende Anzahl von Wehrfähigen, die auch ohne Eingliederung in eine Landwehr heimlich sich weiter üben; und wenn sie auch nicht vollkommen ausgebildet sind, so bieten sie später doch die Möglichkeit, rasch eine waffengeübte Reserve zu schaffen. Der Volksmund nennt sie „Krümper“, was wohl mit mhđ. trump = trumm zusammenhängt.

Die Heeresreform teilte das Schicksal des ganzen Werkes. Sie war unvollendet, als die Befreiung kam. Und als sie dann ihre nächste Aufgabe erfüllt hatte, schien es wünschenswert, den kühnen Geist der Neuerer zu dämpfen: Königtum und Adel sahen immer mehr in der Linie das allein zuverlässige Werkzeug für den Krieg und für den Fall innerer Unruhen; Scharnhorsts Grundsätze über die Beförderung und den Paradebienst wurden zwar nicht verleugnet, aber willkürlich gehandhabt. Und doch war auch Scharnhorst — so wenig wie der Freiherr vom Stein — keineswegs einfach nur ein Nachahmer unpreußischer Vorbilder: sein Reformplan lehnte wesentliche Grundsätze der französischen Heeresverfassung ab, wie den Loskauf vom Dienst oder die freie Beförderung auch in Friedenszeiten. Denn auch Scharnhorst suchte eine Verschmelzung wertvoller Überlieferungen mit dem neuen Geiste.

Dieser neue Geist aber war in dem ganzen Reformwerke einheitlich, denn er war von den Reformern im Innersten erlebt und erkämpft. Die Tatsache, daß die Reformen als Nichtpreußen, als „Ausländer“, mit den einheimischen Sonderinteressen nicht verbunden waren, erleichterte es ihnen, den Weg der Reform rücksichtslos zu verfolgen und zu Ende zu denken. Sie verbanden die Anregungen der französischen Revolution mit den Ideen unserer deutschen Philosophie, und alle suchten gemeinsam als letztes Ziel die Hingabe freier Männer an den Staat, die Aufnahme der Pflicht in den Willen. Heeresreform und Staatsreform waren also nicht denkbar ohne die geistige und sittliche Erneuerung.

F. Die geistige und sittliche Erneuerung.

Auch hier ist das Ziel die Vereinigung von Volk und Staat. Bis dahin waren beide getrennt.

- a) Das Weltbürgertum der Aufklärung. Die Bildung war individualistisch, weltbürgerlich, staatsfeindlich gewesen; der Absolutismus aber verschmähete eine Hingabe des Volkes an den Staat. In England und Frankreich hatte das Weltbürgertum sich dennoch bald mit nationalen Ideen vereint: in dem Propagandagedanken der Revolution wie in der englischen Parole von der Weltfreiheit waren starke nationale Ziele verborgen. In Deutschland bewirkte der Ernst des deutschen Denkens, aber auch die Kleinstaaterlei und der Zerfall des Reiches, daß die weltbürgerlichen und individualistischen Gedanken viel tiefer und nachhaltiger erfaßt werden; so in Lessings „Nathan“, in Goethes „Werther“, in Schillers Jugendwerken, besonders auch im „Don Carlos“. Diese Gedanken steigern sich dann in dem gemeinsamen Schaffen Goethes und Schillers zu dem ästhetischen Weltbürgertum des Neuhumanismus: Hellas erscheint ihnen als die Heimat aller edlen Geister, ihr Ideal ist die Bildung des vollendeten Menschen, ihr Bekenntnis heißt Humanität.
- b) Die Entstehung des nationalen Gedankens in Deutschland. Und nun sieht dieser Kosmopolitismus, daß in Frankreich die Lehre von der Volkssouveränität aus dem Weltbürgertum zum nationalen Gedanken geführt hat. Angesichts dieses Vorganges kommen die deutschen Denker zu Volk und Nation, und zwar auf zwei Wegen:

1. Der Neuhumanismus oder der deutsche Idealismus

erfüllt sich mit der Ethik Kants, in der das Sittengesetz als einzige und unbedingt verpflichtende Triebfeder des menschlichen Willens gefordert wird.

- a) Der Widerstreit zwischen Pflicht und Neigung, den Kants „kategorischer Imperativ“ als Gegebenheit annimmt, wird vom deutschen Idealismus überwunden.

Mit Kant teilt dieser die Grundgedanken aller idealistischen Weltanschauung, nämlich die Einsicht in die schöpferische Freiheit des Geistes und die Forderung, daß die freie sittliche Billigung allein die Menschen bestimmen und binden soll. Aber das Bildungsideal des ganzen und vollendeten Menschen will die Versöhnung von Pflicht und Neigung: Persönlichkeit und Menschenwürde verlangen, daß man der Notwendigkeit des eigenen Geistes gemäß lebe, durch diese Notwendigkeit aber zugleich den allgemeinen Zielen der Menschheit diene in Erkenntnis und Glauben, in Sittlichkeit und Schönheit. Das Menschentum erlebt seine höchste Vollendung in jenen Geistern, in denen Wissen und Glauben, Wollen und Empfinden zu einer Einheit zusammenwachsen.

So wird damals zuerst in vielfachen Stimmen der Gedanke laut, daß die freie Persönlichkeit sich durch ihr Bewußtsein die eigene sittliche Verantwortung allein bestimmt und dadurch am besten sich selbst, der Nation und der Menschheit dient. Die Weltanschauung des deutschen Idealismus findet ihren erhabensten Ausdruck in Schillers Briefen über die ästhetische Erziehung des Menschen und in seinen philosophischen Gedichten.

- b) Auf die Teilnahme am staatlichen und nationalen Leben werden die neuen Gedanken dann übertragen von dem späteren Schiller in der „Jungfrau von Orléans“ und im „Tell“, von Fichte in den „Reden

an die deutsche Nation“. Auch Goethes „Hermann und Dorothea“ und der Schluß seines „Faust“ predigen von der Hingabe des Einzelnen an ein freies Volk, wie auch Friedrich Hölderlin durch das Griechentum zur Nation gelangte. Überall ist hier der nationale Gedanke noch mit universalen, vernunftrechtlichen Ideen verbunden: die Nation ist zu pflegen, weil es die menschliche Würde verlangt und weil sie der Menschheit wertvolle Güter zu geben hat.

- e) Auch die deutschen Universitäten wurzeln in diesem geistesgeschichtlichen Zusammenhange. 1810 begründet Wilhelm von Humboldt als Leiter des Kultusdepartements die Universität Berlin, weil „der Staat durch geistige Kräfte ersetzt soll, was er an materiellen verloren hat“. Die deutschen Universitäten verlangen selbständige und schöpferische Hingabe, um durch die Wissenschaft zum Leben zu führen. Ihr Grundgedanke ist darum die „akademische Freiheit“ als eine Freiheit des Forschens, Lehrens und Lernens. Diese Freiheit duldet keinen anderen Zwang als den der persönlichen Überzeugung.

2. Die Romantik

entwickelt sich im Gegensatz zu dem rationalistischen und klassischen Geiste.

Sie ist als „Sehnsucht nach Verlorenem“ eine bestimmte geistige Einstellung zur Welt und zum Leben; der Mensch soll den Dingen folgen, nicht sie leiten und noch weniger sie zwingen wollen. So führt die Romantik in ihrem Gefolge zu einer Erweckung des Sinnes für das Historische und Irrationale; sie setzt also dem Rationalismus die organische Entwicklung entgegen: die Entwicklung, so sagt sie, kann nicht nach einer abstrakt gedachten Vernunft gemeistert werden, die Vernunft ist vielmehr in der Entwicklung zu suchen. Auf allen Gebieten des menschlichen Lebens und Denkens zeigt sich dieser Umsturz der Anschauungen:

- a) Zuerst ist die Romantik eine literarische Schule: ihre Führer sind die Brüder Schlegel und Novalis; auch die Frau beginnt jetzt die geistige Entwicklung zu beeinflussen, wie eine Gestalt wie Caroline Schlegel beweist. Alle diese Romantiker wollen — hierin Rousseau, Herder und dem jungen Goethe folgend — die Freiheit der persönlichen Entwicklung, die Freiheit vom Zwang der Regeln und der Vernunft, also Gefühl, Natur, Mystik; auch die Romantik beginnt weltbürgerlich, individualistisch. Denn sie preist die Berufslosigkeit; mit der Erfüllung der Sehnsucht hört sie auf, Romantik zu sein.
- b) Bald folgt die Übertragung ihrer Grundsätze auf Staat und Recht. So kommt die Romantik zu der Lehre, daß auch Staat und Recht aus Natur und Entwicklung des Volkes hervorgehen und Teile seines Wesens sind: es bildet sich also der Begriff des nationalen Staates, Rechtes, Volkes — der Begriff der Nation. Nicht Feststellung des Besten — wie es das Vernunftrecht und die Revolution wollen —, sondern des dem Herkommen Entsprechenden ist die Aufgabe des Gesetzgebers. Gesetze und Verfassungen können nicht gemacht werden, sondern sie müssen wachsen; denn die Kraft, die die Zukunft bildet, ist dieselbe, welche die Vergangenheit gestaltet hat. Edmund Burke ist der Schöpfer dieser politischen Romantik. Sie ist von ihm gewonnen worden im Anblick der englischen Geschichte und in der Ablehnung der Französischen Revolution.
- c) Auch die Wissenschaft erfährt eine völlige Umwälzung: auf das Zeitalter der mechanischen Weltbetrachtung folgt nun ein historisches Zeitalter. Die geschichtlichen Ereignisse werden nicht mehr wie bei Voltaire oder Schiller pragmatisch

begriffen, d. h. aus bewußter, absichtsvoller Handlung einzelner Gesetzgeber und Helden, sondern organisch, d. h. als die Ergebnisse einer schöpferischen Entwicklung. Niebuhr ist der Begründer dieser geschichtlichen Betrachtung und Darstellung, die später ihre meisterhafte Ausbildung erfährt durch Leopold Ranke. Das ganze Leben eines Volkes wird in seinem inneren Zusammenhang verstanden, Volksgeist und Volkstum werden in allen Zweigen des nationalen Lebens erfasst und erweckt: im Volkslied (1806 „Des Knaben Wunderhorn“) und Volksmärchen (Brüder Grimm), in Volksbüchern (Görres) und Volksbräuchen (Turnvater Jahn), in der Sprache (Jakob Grimm), dem Recht (Savigny), der Religion (Schleiermacher).

- d) Dies alles führt in der Politik zu dem Glauben, daß die jüngste Vergangenheit eine Verirrung gewesen, daß die glanzvolle Vorzeit des germanischen Mittelalters wieder kehren werde (Rückerts „Barbarossa“), so daß schließlich in Kleists „Hermanns Schlacht“ die Gegenwart gedeutet wird als ein Kampf des germanischen Volkes gegen die römische Welt Herrschaft. So ist der Gegensatz des klassischen und romantischen Geistes von diesem Zeitalter am tiefsten empfunden worden, aber er ist freilich auch ein allgemein-menschlicher Gegensatz: dort die Welt der Ruhe und Harmonie, der edlen Einfachheit und stillen Größe, hier die dämonischen Kräfte des Volkstums.

Und wenn wir alle Schöpfer der geistigen und staatlichen Erneuerung zusammenstellen: so groß auch der Unterschied ist zwischen Persönlichkeiten wie dem Freiherrn vom Stein oder Scharnhorst oder Schiller oder Fichte oder Kleist — in ihnen allen lebte dennoch ein gemeinsamer Wille, ein Glaube an Menschenwürde und Menschenfreiheit, an Volkstum und Vaterland, an die sittlichen Zwecke des Lebens. Sie alle vertrauten auf die befreiende Macht des Geistes, die über einer schuldbollen Vergangenheit und einer schwachvollen Gegenwart die Zukunft erbauen werde.

G. Der Befreiungskrieg 1813/14.

1. Preußens Erhebung.

Nur schwer hatten die Reformer in Preußen die Jahre des Harrens, der Vorbereitung und der Demütigung ertragen, nur mühsam hatte sich ihr Wollen angesichts der Ohnmacht des Staates bändigen lassen. So war der Freiherr vom Stein bei seinen Entwürfen zur Insurrektion Norddeutschlands gescheitert; so hatten Scharnhorst und Gneisenau in den Monaten, als der russische Krieg sich vorbereitete, gewaltige Pläne zu einer Erhebung des preußischen Volkes ausgearbeitet, und als der König dann doch, durch die Lage gezwungen, auf der Seite Napoleons verblieb, da hatten Gneisenau und seine Freunde 1811 voll Zorn den preußischen Staat verlassen. Die meisten waren nach Rußland gegangen, wo eine Deutsche Legion sich sammelte: die Freiheit der Welt stand ihnen höher als Preußen. Auch der Freiherr vom Stein fand sich im Hauptquartier des Zaren ein: durch die Kraft seines persönlichen Einflusses erreichte er, daß der Zar alle Friedensanerbietungen Napoleons ablehnte und nach dem Untergange der großen Armee sich nun entschloß, den Krieg über die russische Grenze hinüberzutragen und als einen europäischen Befreiungskrieg fortzuführen.

Die günstige Weltlage und ihre glückliche Ausnutzung waren nötig, damit die Befreiung erkämpft werden konnte. (Qu. II 71 72.)

- a) Den ersten Schritt wagt General York, der Führer des preußischen Hilfskorps, der sich von den Franzosen trennt und mit den Russen am 30. Dezember 1812 durch die Konvention von Tauroggen die Neutralität seines Korps verabredet. Der König muß ihn zunächst verleugnen und seines Kommandos entsetzen. Der König will nur in Ge-

meinschaft mit Österreich handeln, aber Österreich verharret in abwartender Haltung.

- b) Dennoch läßt sich der König bestimmen, die Einziehung der Kämpfer anzuordnen; aber es wird noch verschwiegen, gegen wen der Krieg fortgeführt werden soll. Um vor einem Handsreich der Franzosen sicher zu sein, begibt sich der König außerhalb des Reiches ihrer Besatzungen, nach Breslau. Hier erläßt er am 3. Februar 1813 den Aufruf zur Bildung freiwilliger Jäger und das Edikt, das alle Befreiungen von der Wehrpflicht aufhebt. Noch glauben die Franzosen, die Rüstungen seien für die Fortführung des russischen Krieges bestimmt, und noch sind für Preußen beide Wege offen.
- c) Da aber erhebt sich die Volksbewegung und reißt den immer noch zaudernden König mit. In Ostpreußen ruft der Freiherr vom Stein die Stände zusammen und erklärt ihnen, daß die Russen nicht zur Eroberung, sondern zur Befreiung Deutschlands herannahen, und so schreitet diese Provinz als die erste am 7. Februar zur allgemeinen Volksbewaffnung: die Freiwilligen sammeln sich, eine Landwehr wird errichtet. Man erkennt, „daß der blinde Gehorsam in solcher Lage nicht mehr ausreicht“.
- d) Nun schließt der König am 28. Februar mit Rußland den Vertrag von Kalisch zur gemeinsamen Niederwerfung Napoleons. Rasch erfolgt der russische Vormarsch. Kosakenschwärme befreien Berlin und Hamburg, am 15. März hält der Zar seinen Einzug in Breslau. Am 17. März erläßt der König das Landwehrgesetz: es bedeutet das Ende des doppelten Spieles und die offene Erklärung gegen Napoleon. Am gleichen Tage wird der Aufruf „An mein Volk“ erlassen, nachdem schon am 10. März die Stiftung des Eisernen Kreuzes erfolgt ist. **1813**

Der von Theodor von Hippel verfaßte Aufruf „An mein Volk“ erinnert daran, daß Preußen trotz strengster Erfüllung der eingegangenen Verbindlichkeiten unaufhörlich die Gewalttat des Kaisers erfuhr: „nur zu deutlich sahen wir, daß des Kaisers Verträge mehr noch wie seine Kriege uns langsam verderben mußten“. Der Aufruf erinnert an das Vorbild des Großen Kurfürsten und des Großen Friedrich, an das Beispiel der Russen und Spanier, er zeigt die Opfer, die gefordert werden, und die Güter, die zu verteidigen sind: „keinen anderen Ausweg gibt es als einen ehrenvollen Frieden oder einen ruhmvollen Untergang. Auch diesem würdet ihr getrost entgegengehen, weil ehrlos der Preuße und der Deutsche nicht zu leben vermag“.

- e) Nun erfolgt, nachdem Ostpreußen vorangegangen, die allgemeine Volkserhebung, in Berlin, in Schlesien, in den drei Provinzen der Monarchie: das Volk steht auf, der Sturm bricht los.

Der Bauer verläßt den Hof, der Handwerker die Werkstatt, die Studenten und Schüler strömen in Scharen in die Reihen der freiwilligen Jäger: in Breslau führt der Philosoph Steffens seine gesamte Hörerschaft zum Werbeplatze. Neben den freiwilligen Jägern, der Linie und der Landwehr ersehen noch die Freikorps, gebildet aus Freiwilligen jener deutschen Länder, deren Heimat noch das napoleonische Joch trug: das zahlreichste und berühmteste sammelt sich unter dem Major von Bülow. Die stolze und reine Begeisterung dieser deutschen Jugend und die bewegte Stimmung dieser Tage findet ihren unmittelbarsten Ausdruck in den Gedichten Theodor Körners, der „Leier und Schwert“, den Helden und den Sänger

in sich vereinigt und durch sein Leben wie durch seinen Reitertod dem Lützowschen Korps eine höhere Weihe gegeben hat. Und hinter dem Schwung der Jugend bleibt die Opferwilligkeit der Greise und der Frauen nicht zurück; in zahllosen rührenden Zügen bekundet sich ihre Treue. Manche Jungfrau gibt ihr Geschmeide und den Haarschmuck ihres Hauptes, manche Witwe legt ihr letztes Scherflein auf den Altar des Vaterlandes. Vielen hatte der Krieg nichts mehr gelassen als ihre Trauringe: freudig geben sie „Gold für Eisen“.

Es war eine Massenerhebung voll Schwung und Leidenschaft, und doch blieb sie — anders als in Spanien oder Rußland — in den Schranken der Gesittung: auch das allgemeine Volksaufgebot des Landsturms brauchte nicht zum letzten Mittel des Guerillakrieges zu greifen. Ungeheuer groß war ja das Wagnis: ein Teil der Landwehr konnte nur mit Piken und Beilen bewaffnet werden; es ging um Sein oder Nichtsein. Wer nüchtern rechnete, mochte wohl zagen. Aber es war die Überzeugung dieser Menschen: „wer nur nach kalter Berechnung seine Handlungen regelt, wird ein starrer Egoist“ (Gneisenau). So zeigte sich die ganze Umkehr der Dinge in dem Volkskriege, der aus diesem Glauben geboren wurde; der Absolutismus hätte ihn niemals erzeugen können. Jetzt trug die Erziehungsarbeit der Reformen ihre Früchte, und das Königtum, dessen alte Kraft und Rüstung sich wehrlos erwiesen hatte, fand sich wieder als Führer eines freigewordenen Volkes, auf dessen sittliches Bewußtsein gebaut werden konnte. Es war nicht mehr ein Kampf um die Macht im Sinne der alten Kabinettskriege: „Es ist kein Krieg, von dem die Kronen wissen, es ist ein Kreuzzug, 's ist ein heil'ger Krieg.“ Zum ersten Male kannte das Volk den Sinn und den Zweck des Kampfes, in den es zog: es galt, den befreiten Heimathoden auch von der Knechtung durch den Ausländer zu erlösen und darüber hinaus die Freiheit der deutschen Nation und der Welt zu erkämpfen.

- f) Bei allen Patrioten steht es darum fest, daß die Errichtung eines freien und einigen Deutschland das Ziel dieses Krieges sein müsse.

Schon vor dem Brande von Moskau hatte der Freiherr von Stein in seiner Petersburger Denkschrift an den Zaren im Interesse Deutschlands und der Sicherheit Europas dieses Ziel aufgestellt und dabei die Absehung der Rheinbundfürsten ins Auge gefaßt. Nun verkündet die „Proklamation von Kalisch“ ausdrücklich die Wiederherstellung des Deutschen Reiches als ein Kriegsziel der Verbündeten und droht den widerstrebenden Dynastien mit der „verdienten Vernichtung“.

2. Der Frühjahrsfeldzug von 1813 und der Abschluß der großen Koalition.

- a) Rasch kommt Napoleon heran, bei Großgörschen und Bautzen ist er auch dieses Mal siegreich. Da gewährt er dem fast schon am Boden liegenden Feind einen Waffenstillstand.

Napoleon hat später diesen Waffenstillstand als die „größte Dummheit seines Lebens“ bezeichnet. Aber er durchschaute damals die schlimme Lage der Verbündeten nicht. Dagegen hatte ihn die Tüchtigkeit der preußischen Truppen überrascht: „Verflucht, die Kerle haben etwas gelernt!“ Auch waren seine Siege mit großen Verlusten auf seiner Seite und ohne Beute erfochten und der Laueheit der Russen verdankt, die das Kommando auch über die preußischen Truppen noch besaßen. So ist der letzte Wunsch des bei Großgörschen zu Tode verwundeten Scharnhorst zu verstehen: „Alle Orden und mein Leben gäbe ich für das Kommando eines Tages.“ Napoleon seinerseits fühlte die Schwäche seiner ungeübten, jungen Mannschaften und hoffte auf Österreich.

- b) Die zuwartende Politik des österreichischen Staatslenkers Metternich ist nun am Ziel ihrer Wünsche: Österreich hat die Entscheidung in Händen und wird sich der Partei anschließen, die mehr bietet.

Die Verbündeten können, weil es auf Kosten Napoleons geht, der Wiederherstellung des alten Österreich zustimmen; Napoleon aber kann nicht zurück, denn er verdankt der Zertrümmerung der alten Mächte seinen Thron: in der Unterredung, die er mit Metternich in Dresden hat, wird dies klar. Der Friedenskongreß in Prag ist darum von vornherein aussichtslos.

So erfolgt Österreichs Beitritt zum Bündnis, zugleich schließen die Verbündeten mit England Subsidienverträge ab.

• Auch Schweden folgt der Koalition, weil es unter Bernadotte von der Kontinentalsperrung sich lösen will und weil ihm die Erwerbung des dänischen Norwegen zugesagt wird. Schlimm ist für Napoleon auch die gänzliche Befreiung Spaniens, die durch die Engländer unter Wellington soeben durchgeführt wird.

Österreichs Beitritt war das Ergebnis der Staatsraison und erfolgte ohne den Schwung einer nationalen Erhebung, wie er 1809 vorhanden gewesen war. Österreichs Ziele waren also von Anfang an andere als die der deutschen Patrioten. Aber die Koalition der vier Großmächte, die Napoleon viele Jahre verhindert hatte, war nun doch zustande gekommen. Die ganze Politik, die Napoleon seit Anfang seiner Laufbahn durchgeführt hatte, war zusammengebrochen: nachdem er die früheren, kleineren Koalitionen durch die kombinierte Kraft seiner militärischen und diplomatischen Mittel auseinandergehalten oder zerrissen hatte, blieb ihm jetzt nur die Möglichkeit, den großen Weltbund ausschließlich durch seine erschöpften militärischen Kräfte zu zersprengen. Er sollte schließlich an dieser letzten und ungeheuren Aufgabe scheitern; aber seine persönliche Größe blieb ungeboren selbst in dem Riesentagen um dieses Ziel, im Herbstfeldzug von 1813.

3. Der Herbstfeldzug von 1813.

- a) Napoleon hat die Elblinie besetzt, mit Dresden als Mittelpunkt. Die Verbündeten stellen drei Heere auf, die böhmische Armee unter dem österreichischen Feldmarschall Fürst Schwarzenberg, die schlesische Armee unter Blücher, die Nordarmee unter Bernadotte, dem Kronprinzen von Schweden. Der Kriegsplan will den konzentrischen Vormarsch; stößt Napoleon von seiner Zentralstelle aus gegen eine der drei Armeen, dann soll diese sich zurückziehen, während die beiden anderen die Gelegenheit zum Vormarsch benutzen und auf diese Weise Flanken und Rücken des Feindes bedrohen sollen. So will man den Ring um ihn schließen, um ihn zu vernichten.

Es war die neue Strategie Napoleons, die nun gegen ihn selber angewendet wurde. Napoleon besaß nun freilich den Vorteil der inneren Linie und konnte daher mit Leichtigkeit nach seinen strategischen Grundsätzen die Hauptmacht seiner Truppen dorthin verschieben, wo er sie gerade brauchte. Und wunderbar handhabte er auch jetzt diese Kriegsweise, immer bereit zum Angriff. Aber dieses Mal kannte der Feind die Gegenzüge, die zu machen waren, er führte sie tatkräftig aus und war zudem an Zahl überlegen. Zum ersten Male hätte Napoleon an mehreren Stellen zugleich sein müssen. Er hatte bisher alles selbst geleitet und jede Selbständigkeit seiner Marschälle unterdrückt; nun versagten diese, als die Aufgabe ins Riesenhafte gewachsen war und Napoleon sie aus eigener Entschlußkraft handeln lassen mußte. So vollzog sich das Geschick.

- b) Napoleon wendet sich gegen Blücher, während einer der Marschälle nach Norden gesendet wird. Blücher weicht zurück; Napoleon kann

nicht folgen, weil die böhmische Armee gegen Dresden vorgeht. Er läßt den Marschall Macdonald in Schleifen, dieser wird am 26. August beim Überspringen der Raabach unweit der Wallstatt bei Liegnitz — wo 1241 der Ansturm der Mongolen abgeschlagen worden war — von Blücher in die Wütende Reihe gedrängt: sein Heer wird bei der Verfolgung völlig aufgerieben.

Währenddessen schlagen preußische Heerführer, die im Norden unter Bernadotte stehen, auf eigene Faust bei Großbeeren und später nochmals bei Dennewitz den Feind und retten dadurch Berlin, das Bernadotte schon preisgeben will (23. August und 6. September).

Napoleon selbst besiegt am Tage der Schlacht an der Raabach die böhmische Armee bei Dresden und zwingt sie zum Rückzug nach Böhmen. Nur durch den zähen Widerstand der Russen bei Kulm und das rasche Eingreifen der Preußen bei Nollendorf wird ihre Auflösung verhütet. Es tritt eine Pause ein: Schwarzenberg und Bernadotte verharren in ihren Stellungen.

- c) Aber die feurige Tatkraft des greisen Blücher drängt vorwärts. Sein Generalstabschef Gneisenau, der die Pläne des Feldzuges entworfen hat, betreibt ruhelos ihre Verwirklichung: sie marschieren mit der schlesischen Armee rechts ab, erzwingen am 3. Oktober bei Wartenburg, wo Nord besonders sich auszeichnet, den Übergang über die Elbe, reißen die Nordarmee mit sich und bedrohen auf diese Weise Napoleons Rückzugslinie. Da endlich auch die böhmische Armee wieder über das Erzgebirge kommt, ist Napoleon zur Preisgabe Dresdens gezwungen und zur Vereinigung aller Kräfte unter dem Schutze der Festung Leipzig.
- d) In der Völkerschlacht von Leipzig (16.—18. Oktober) wiederholen die beiden Gegner nochmals im engeren Raume den strategischen Grundgedanken des Feldzuges: auch jetzt siegt Napoleon dort, wo er selbst kommandiert, aber die Verbündeten sind an Zahl überlegen, so daß auch die geschickteste Verschiebung der Truppen schließlich den Unterschied der Stärke nicht mehr ausgleichen kann. Der Ring beginnt sich zu schließen, die französische Armee wird nach Leipzig hineingeworfen. Infolge der zögernden Haltung Bernadottes und der schlaffen Verfolgung durch Schwarzenberg gewinnt Napoleon mit einem Teile des Heeres doch noch die Rückzugsstraße an den Main, wo ihm die inzwischen abgefallenen Bayern bei Hanau vergebens den Weg zu verlegen suchen.
- e) Deutschland ist frei bis zum Rheine, der Rheinbund hat sich aufgelöst. Metternich ist zum Frieden bereit, wenn Napoleon sich mit den „natürlichen“ Grenzen Frankreichs begnügt: sein Ziel ist die Wiederherstellung des alten europäischen Gleichgewichtes. Aber nach langen Beratungen in Frankfurt und auf Drängen des Freiherrn vom Stein beschließen die Verbündeten zuletzt doch den Einmarsch in Frankreich: Blücher setzt in der Neujahrsnacht bei Raub als erster über den Rhein.

4. Der Feldzug in Frankreich und der erste Pariser Friede (1814).

- a) Auch jetzt wird der Vormarsch gehemmt durch Metternich. Er bietet Napoleon sogar die Grenzen von 1792, Napoleon aber lehnt ab.

- b) Nun erst erfolgt nach langem Zaudern und unter wechselndem Kriegsglück der Marsch auf Paris, den Napoleon auch dadurch nicht mehr aufhalten kann, daß er in verwegendem Manöver die Verbündeten umgeht und in ihren Rücken gelangt. Er kann die bedrohte Hauptstadt nicht rechtzeitig mehr erreichen: Paris wird eingenommen, er selbst muß abdanken und erhält Elba als Wohnsitz und souveränen Besitz.
- c) Das bourbonische Königtum wird wiederhergestellt, der erste Pariser Friede gibt Frankreich die Grenzen von 1792, dazu Landau, Saarlouis und Saarbrücken.

Die Hoffnungen der deutschen Patrioten auf Herausgabe von Elsaß und Lothringen bleiben unerfüllt. Ihrer Meinung hat Josef Görres in seinem „Rheinischen Merkur“ Ausdruck gegeben und Ernst Moritz Arndt in seiner Schrift „Der Rhein, Deutschlands Strom, nicht Deutschlands Grenze“. Im Gegensatz zu der französischen Lehre von den *limites naturelles* entwickeln beide die historische Funktion des Rheines und zeigen, wie der Rhein die geschichtliche Grundlage des deutschen Lebens ist und wie von seinem Schicksal die Entscheidung über Freiheit oder Knechtschaft Deutschlands und Europas abhängt. Aber die verbündeten Monarchen wollen die Stellung der Bourbonen festigen aus Angst vor einer neuen Revolution. Metternich nußt diese Stimmung aus, weil er in Frankreich ein unentbehrliches Gegengewicht gegen Rußland sieht. Und Talleyrand, der nun auch unter dem wiederhergestellten Königtum die Außenpolitik leitet, weiß die Monarchen in ihrer Absicht zu bestärken. Als der Erbe Richelieus findet er, nachdem die alten Parolen, mit denen man die Ziele der Macht verschleierte hatte, wertlos geworden sind, das neue Wort „Legitimität“, um die Straße an den Rhein und damit den Weg zur alten „*préponderance légitime*“ Ludwigs XIV. für Frankreich zu retten. Unmittelbar nachdem Frankreich in einer Katastrophe ohnegleichen auch den zweiten Versuch der Errichtung einer französischen Hegemonie scheitern sah, beginnt es denselben Weg zum dritten Male.

H. Der Epilog der Hundert Tage.

Der „Weiße Schrecken“, den die zurückgekehrten Emigranten über Frankreich bringen, und der Konflikt der Mächte um die Verteilung der Beute erwecken in Napoleon neue Hoffnungen: er landet in Frankreich, Heer und Volk fallen ihm zu. Er ist bereit, den Pariser Frieden anzuerkennen; aber die Engländer und die Preußen, seine erbittertsten Feinde, erscheinen sofort in den Niederlanden mit der Absicht, von Norden her in Frankreich einzufallen. Zwar siegt Napoleon noch einmal bei Wigny, aber bei Waterloo (18. Juni 1815) wird sein
1815
letztes Aufgebot vernichtet.

Die Schlacht von Waterloo oder Belle-Alliance ist ein strategisches Kunstwerk, planmäßig durchdacht und vollendet durchgeführt von drei der größten Feldherren aller Zeiten: von Napoleon einerseits und andererseits von Gneisenau und Wellington. Ursprünglich war es Napoleons Bestreben, die Vereinigung Wellingtons und Blüchers zu verhindern. Er wirft sich deshalb auf Blücher, während er gleichzeitig die Vorhut Wellingtons bei Quatrebras beschäftigt. Dies hindert Wellington, den bei Wigny ringenden Preußen die zugesagte Hilfe zu bringen: die Preußen werden geschlagen. Gneisenau ordnet in der Dunkelheit den Rückzug an, aber nicht nach dem Rheine, wie Napoleon vermutete, sondern nach Norden, zu Wellington. Dieser nimmt die von Napoleon angebotene Schlacht an, nachdem Blücher ihm rechtzeitige Hilfe zugesagt. Unaufhörlich weist er die heftigen Angriffe Napoleons zurück; aber die Gefahr steigt für ihn aufs höchste. Soeben

setzt Napoleon seine zur letzten Entscheidung aufgesparte Garde an: da erscheinen die Preußen und stoßen in seine rechte Flanke. Sie wird aufgerollt, und so kann auch die übrige Front sich nicht halten: es folgt die allgemeine Flucht. Gneisenau setzt sofort den letzten Hauch von Hof und Mann an die Verfolgung: „Wir haben gezeigt, wie man siegt, jetzt wollen wir zeigen, wie man verfolgt.“ In Blüchers Tagesbefehl heißt es: „Alle großen Feldherren haben von jeher gemeint, man könne mit einer geschlagenen Armee nicht sogleich wieder eine Schlacht liefern; Ihr habt den Ungrund dieser Meinung dargetan.“

So ist Napoleon unterlegen, weil seine Truppen zu schwach waren, um gegenüber dem glänzenden Zusammenwirken von Wellingtons Taktik und Gneisenaus Strategie sich zu behaupten. Uebermals überraschte ihn auch die Hingabe der preußischen Truppen.

In Paris unterzeichnet Napoleon zum zweiten Male seine Abdankung zugunsten seines Sohnes; dann tritt er die Fahrt an die Küste an und bittet um Asyl in England: die Engländer bringen ihn nach St. Helena. Dort ist er 1821 gestorben. Der zweite Pariser Frieden gibt Frankreich die Grenzen von 1790: Saarlouis, Saarbrücken und Landau werden also wieder deutsch. Auch diesmal bleiben die Wünsche deutscher Patrioten auf Rückgabe des Elsasses und Lothringens unerfüllt, obwohl Preußen bei den Verhandlungen dafür eintritt.

J. Ergebnisse.

Das Weltreich war zusammengebrochen: in der Konstruktion seines Baues lagen die Ursachen des Einsturzes. Napoleon hatte mit den neuen Kräften der Revolution das alte Ziel der kontinentalen Hegemonie Frankreichs nochmals erreichen wollen und den ganzen Kontinent dienstbar machen wollen einer gewaltigen, französischen, imperialistischen Idee. Sein Empire war der letzte und größte Ausdruck jener mechanischen Weltauffassung, welche durch die Kraft und Klugheit eines überlegenen Geistes die Welt einheitlich und rational zu ordnen strebte. Auch Napoleon betrachtete, nach den Regeln der alten Kabinettspolitik, die Menschen nur als Zahlen. Aber unter dem harten Tritt des erobernden Organisationsorgans erhoben sich die zertretenen Völker, von ihm selber geweckt; mit den irrationalen Kräften der volkstümlichen Leidenschaft und des nationalen Wollens hatte Napoleon nicht gerechnet. Es erwies sich als unmöglich, die Grundsätze der alten Regentenkunst ins Riesenhafte zu steigern und doch zugleich Erbe und Vollstrecker der Revolution zu sein: an diesem inneren Widerspruch ist Napoleon zerbrochen. Seine Absichten sind gescheitert an dem Widerstande des vereinten Europa, das nun auch innere Kräfte für sich gewonnen hatte. Das Ergebnis aber war dieses:

1. England ist der eigentliche Sieger in dem Kampfe, der 1688 begonnen, im 18. Jahrhundert die Hegemonie der Bourbonen zu Fall gebracht hat und nun mit der Niederwerfung Napoleons endet. England hat jetzt keine Nebenbuhler mehr auf dem Meere und in den Kolonien, und es hat keine hegemoniale Macht auf dem Kontinent mehr zu befürchten: Trafalgar und Waterloo haben die eigentliche Entscheidung über die Welt gebracht. England hat dies Ziel schließlich erreicht, weil sein altes Mittel der antifranzösischen Koalitionen

gewaltige Stärkung erfuhr durch das Erwachen des nationalen Gedankens.

2. Die Nationalitäten haben über das Empire gesiegt. An die Stelle der von Napoleon gewollten Einheit des europäischen Kontinentes, die freilich mit dem Opfer der Freiheit hätte erkaufte werden müssen, tritt nun die Freiheit der Nationalitäten. Sie bringt für den Kontinent heftige Kämpfe und die Zersplitterung der alten, auf dynastischer Grundlage aufgebauten Staaten, zugleich aber auch die Begründung nationaler Reiche. Die wirtschaftliche Vorherrschaft Englands und später die politische Rußlands sind zunächst das Ergebnis.
3. Die revolutionäre Propaganda ist durch das Kaiserreich vollendet worden: dies ist die Wirkung des napoleonischen Werkes, die den Bau des Empire überdauert hat. Der nationale und der konstitutionelle Gedanke beherrschen also das folgende Jahrhundert; aber die wieder emporkommende vorrevolutionäre Welt wendet sich gegen sie, weil sie Erzeugnisse der Revolution sind. Die Auseinandersetzung der alten Gewalten mit diesen neuen Ideen bildet den politischen und geistigen Inhalt der Geschichte des 19. Jahrhunderts.

C. Das Zeitalter der Restauration.

1814/15 **Wiener Kongreß**

1814 Die Charte in Frankreich — Das preußische Wehrgesetz

1815 Die Heilige Allianz

Begründung der Burschenschaft in Jena

1816 Das Ende der Bauernbefreiung in Preußen — Hallers „Restauration der Staatswissenschaft“

1817 Wartburgfest — Konkordat in Bayern — *Union in Preußen*

1818 Süddeutsche Verfassungen

1819 Karl Ludwig Sand; Karlsbader Beschlüsse

Begründung der Monumenta Germaniae historica durch den Freiherrn vom Stein

Friedrichs Lists Agitation für Handelsfreiheit im Innern Deutschlands

1823 Monroedoktrin; Befreiungskampf Lateinamerikas (1810—1825)

1824 Fall von Missolonghi; griechischer Befreiungskampf (1821 bis 1829)

1827 Oberrheinische Kirchenprovinz

1829 Katholikenemanzipation in England

1830 **Julirevolution** — Die Franzosen in Algier

Aufstände in Belgien und Polen; Unruhen in Deutschland

1832 Das Hambacher Fest

Goethes Tod

Parlamentsreform in England

1833 *Gauß und Weber in Göttingen*

1834 **Zollverein**

1835 *Eisenbahn Nürnberg—Fürth*

1837 Die Göttinger Sieben

Der Kölner Kirchenstreit

Eisenbahn Leipzig—Dresden

1840—1861 **Friedrich Wilhelm IV.**

1840 Die Kriegsgefahr am Rhein — *Liebig's Agrikulturchemie*

1841 Vorjigs erste Lokomotive

Dampfschleppschiffahrt

1846 **Aufhebung der Kornzölle in England**

1847 *Siemens & Halske gegründet*

Sonderbundskrieg

1848 **Februarrevolution**

I. Der Wiener Kongreß.

1. Der Geist der Restauration.

Der Befreiungskrieg war ein Kampf um die Macht, geführt zwischen dem durch die Revolution gestärkten Frankreich und einem Verbanne europäischer Mächte; und er war zugleich auch ein Kampf um Ideen, geführt für die Freiheit der Nationen gegen das gleichmachende System der Revolution und des französischen Empire. Die Revolution erschien also in jedem Falle als die Urheberin alles Leidens; es entstand die Forderung nach einer Restauration, einer Wiederherstellung der vorrevolutionären Zustände. Und da der aufgeklärte Absolutismus dem gleichen Geiste entstammte wie die Revolution, so erschien die Rückkehr zu dem jenseits der Aufklärung liegenden Zeitalter als einzige Rettung.

Außerlich zeigt sich dies zunächst in der Wiedereinsetzung des Papstes in seine weltliche Herrschaft, in der Restauration des einst vom aufgeklärten Absolutismus gestürzten Jesuitenordens, in der Rückkehr der vertriebenen Monarchen in Spanien, Portugal und den italienischen Staaten. Das Buch des Berner Patriziers Karl Ludwig von Haller „Restauration der Staatswissenschaft“ (1816) gibt dem Zeitalter den Namen und das Programm.

Über diese wenigen Wiederherstellungen sollte freilich das Zeitalter und seine politische Romantik nicht hinausgelangen; denn es erstrebte Unmögliches, indem man niemals im Leben Geschehenes restlos austilgen kann, um noch einmal in einem früheren Zeitpunkt einzusehen.

2. Die Neuordnung Europas.

Schon 1814 tritt der Wiener Kongreß zusammen, um die Wiederherstellung des alten europäischen Gleichgewichtes durchzuführen. Eine einfache Restauration des früheren territorialen Bestandes er- **1814/15**
weist sich aber als unmöglich, weil viele napoleonische Veränderungen als vorteilhaft empfunden werden. So entstehen Verhandlungen, Taufversuche, Konflikte.

- a) England, das Kapland, Ceylon und Malta endgültig behält, ist — außer durch Hannover, das ihm zurückerstattet wird — an den kontinentalen Fragen insofern beteiligt, als es sein endlich erreichtes Kriegsziel, das wiederhergestellte „europäische Gleichgewicht“, bei der endgültigen Neuordnung Europas gesichert sehen will. Gegen einen neuen Aufschwung Frankreichs und eine Ausbreitung Rußlands glaubt es am meisten Vorzicht nötig zu haben.

Einen Schutz gegen Frankreich soll das Königreich der Vereinigten Niederlande darstellen, das die alten Generalstaaten mit den ehemals österreichischen Niederlanden unter dem Hause Oranien vereint und die England gegenüberüberliegende Küste deckt. Ein Bollwerk gegen Rußland sieht die englische Staatskunst in Schweden, das für die Abtretung Vorpommerns an Preußen eine reiche Entschädigung erhält durch das bisher mit Dänemark in Personalunion befindliche Norwegen: obwohl sich die Norweger dagegen wehren, daß über sie verfügt werden soll wie über eine Herde, bestätigen die Mächte diesen schon vor dem Zusammentritt des Kongresses auferlegten Frieden von Kiel; dabei behalten die Dänen die norwegischen Beilande Island, Grönland, Färöer, während die Engländer das vorher zu Schleswig gehörige, zuletzt dänische Helgoland an sich bringen. Rußland stimmt dem Frieden von Kiel zu, weil Norwegen für Schweden zugleich auch eine Entschädigung darstellt für das bei Rußland verbleibende Finnland.

Englands Sorge vor Rußland ist aber auch in anderer Hinsicht zu erkennen, nämlich in der polnisch-sächsischen Frage.

- b) Rußland und Preußen haben nämlich bei Beginn des Krieges vereinbart, daß Rußland die preußischen Gebiete der 2. und 3. polnischen Teilung — außer dem für Preußen unbedingt notwendigen Verbindungsland zwischen Schlesien und Westpreußen — erhalten werde, Preußen aber dafür mit norddeutschen Erwerbungen entschädigt werden solle.

Es kommt dafür besonders Sachsen in Betracht, zumal nachdem dessen König bei der Erstürmung Leipzigs in Gefangenschaft geraten ist. Für Preußen ist das Streben nach der Erwerbung Sachsens, die Wiederaufnahme friderizianischer Politik, geographisch erklärbar. Metternich widerspricht jedoch, weil er weder Rußlands Vordringen in Polen, noch Preußens Vordringen in Sachsen vom österreichischen Standpunkte aus wünschen darf. Sehr klug zieht er sich dabei auf den Begriff der Legitimität zurück: man dürfe kein Vorbild einer Entthronung geben. An Metternich schließt England sich an in Sorge vor Rußlands Anwachsen. Talleyrand aber benützt die Gelegenheit, um dem geschlagenen Frankreich sofort wieder eine Bedeutung an der Seite Englands und Österreichs zu verschaffen. Dieser Streit ist es, der Napoleons Rückkehr veranlaßt hat; nach den Hundert Tagen setzt Metternich seinen Willen durch.

Rußland erhält nur einen Teil Polens, Preußen nur den (größeren, aber schwächer bevölkerten) Teil Sachsens und als Entschädigung die Rheinprovinz, Westfalen und Vorpommern.

So hatte Metternich erreicht, daß Preußen keine Ostmacht blieb, wohl aber mit zerrissenem Gebiet Nachbar des unruhigen Frankreich wurde. Aber der Ausgang sollte anders sein, als Metternich vermutete: 1. Preußen wurde durch diese territoriale Regelung ein fast ausschließlich deutscher Staat und an der nationalen Verteidigung und Einigung in erster Linie beteiligt. 2. Die Zerrückung seines Besitzes in zwei Hälften mußte Preußen auf die Bahn der Eroberung in Norddeutschland treiben.

- c) Österreich dagegen erstrebt und erreicht die Abrundung seines Gebietes, so daß es osteuropäische Großmacht wird. Deshalb verlangt Metternich kein althabsburgisches Vorwerk gegen Frankreich zurück: weder die Niederlande noch den Breisgau noch den Sundgau; wohl aber nimmt er Tirol, Kärnten, Krain, Triest, Galizien und die Lombardei mit Venetien.

Seit Jahrhunderten hatte die Habsburgermonarchie die doppelte Aufgabe erfüllt, die ihr aus dem Besitz der Kaiserkrone und aus der Gestaltung ihrer Territorien erwachsen war. Sie hatte einerseits nach Westen hin — am Rhein und in Italien — die Führerschaft in Deutschland und in Europa gegen Frankreich verteidigt, andererseits hatte sie im Osten das Abendland gegen die Türken geschützt: in dem überlieferten Bunde zwischen Frankreich und der Türkei war diese Doppelstellung zum Ausdruck gekommen. Nun begann mit Metternich die bewußte Konzentration des habsburgischen Besitzes, seine Umgestaltung zum Donaufstate und zur Ostmacht; auch die italienischen Besitzungen schlossen sich unmittelbar an die Hauptmasse der Länder. Die geographische Zusammenfassung wurde freilich erkauft mit einer Verstärkung des internationalen Charakters der Monarchie. Die deutsche Politik Josephs II. war damit endgültig verlassen; aber Metternich hoffte noch, mit der osteuropäischen und italienischen doch auch zugleich die deutsche Stellung ohne Last und Gefahr behaupten zu können, indem er die Neuordnung Deutschlands in seinem Sinne lenkte.

3. Die Neuordnung Deutschlands.

- a) Der Wunsch der Patrioten, das alte Reich unter dem habsburgischen Kaiser wiederherzustellen, wird von Metternich von vornherein vereitelt, indem er sich noch vor der Leipziger Schlacht die Verhandlungen mit den Rheinbundfürsten übertragen läßt und dann einem nach dem anderen seinen Besitzstand und seine Souveränität garantiert. Hiermit ist zwar die Anerkennung der Säkularisationen und Mediatisierungen verbunden, aber die Begründung eines Reiches unmöglich gemacht.
- b) Vielmehr ist nur ein Staatenbund der 39 souveränen Fürsten möglich — der Deutsche Bund, gebildet auf Grund der Bundesakte des Wiener Kongresses. Der Bundestag in Frankfurt a. M., das Organ dieses Bundes, ist also ein Gesandtenkongreß in noch viel schlimmerem Sinne, als es der Regensburger Reichstag gewesen war; denn für viele Beschlüsse wird Einstimmigkeit verlangt, und zudem sind die Stimmen so verteilt, daß die kleinen Bundesglieder die großen majorisieren können.

Den deutschen Fürsten war ihre Souveränität geblieben — als das letzte Ergebnis eines halben Jahrtausends deutscher Geschichte. Die Erhaltung oder Beseitigung dieser Souveränität wurde das Problem der deutschen Einigung.

- c) Nur ein einziges Zugeständnis an die neuen Gedanken enthält die Bundesakte, indem sie landständische Verfassungen für die Einzelstaaten in Aussicht stellt.

Metternich wurde hierzu besonders durch die Rücksicht auf die Mediatisierten bestimmt, denen er durch den erblichen Sitz in den Landständen eine Entschädigung für den Verlust ihrer bisherigen politischen Stellung verschaffen wollte. Als erster gab 1816 Herzog Karl August von Sachsen-Weimar, der Freund Goethes, seinem Lande eine solche Verfassung. Wenn die süddeutschen Fürsten schon 1818 nachfolgten, so war es nur, weil sie dadurch den Zusammenschluß ihrer verschiedenen Landesteile auch staatsrechtlich zum Ausdruck bringen konnten. Preußen dagegen zögerte, trotz einer neuen königlichen Verheißung von 1815 (Qu. I 14, 1).

- d) Metternich hat also in der deutschen Frage ebenso gesiegt wie in den territorialen Angelegenheiten.

Die Wiederherstellung des Reiches, die Erneuerung des habsburgischen Kaisertums und die freiheitliche Ausgestaltung des Verfassungslebens lehnte Metternich ab, weil die Interessen der österreichischen Monarchie und die Ruhe Europas maßgebend für seine Politik waren: 1. die nationalen und konstitutionellen Ideen waren für ihn unerträglich, nicht nur weil sie der Revolution entstammten, sondern vor allem, weil sie den Bestand des viele Nationalitäten umschließenden habsburgischen Reiches und die Staatenordnung Europas gefährdeten. 2. Die Frage der Wiederherstellung des Deutschen Reiches hatte auf das alte Problem des deutschen Dualismus geführt; die Denkschriften der Reformer hatten eine friedliche Lösung versucht, wonach Österreich im Süden, Preußen im Norden des Reiches die Oberhand haben sollte. Metternich jedoch hoffte, den Dualismus für Österreich vorteilhafter zu lösen ohne Übernahme der Kaiserkrone, durch Schonung und Gewinnung der Rheinbundfürsten. Auch wollte er das europäische Gleichgewicht wiederherstellen durch sein System des „friedlichen Dualismus“, das in Mitteleuropa, zwischen Frankreich und Rußland, eine Staatsform schuf, die zwei Großmächten zugleich Raum gewährte. 3. Wenn das Kaisertum und die nationale Einheit geschaffen wurden, dann hatte Österreich wieder die Macht am Rhein zu halten. Als Großmacht im Osten konnte Österreich jedenfalls bequemer und sicherer bestehen.

- e) Die Pläne der Reformer wie die bei der Erhebung aufgestellten Kriegsziele der Verbündeten sind damit preisgegeben. Der leidenschaftliche Groll des Freiherrn vom Stein gegen den österreichischen Staatskanzler wird dadurch erklärlich. In diesem großen persönlichen und grundsätzlichen Kampfe siegt Metternich, weil das Interesse aller Weltmächte auf seiner Seite steht: für sie alle ist es von Vorteil, wenn Deutschland schwach bleibt und Mitteleuropa nicht zu stark wird. Deshalb unterstützt Talleyrand in französischem Sinne Metternichs Politik.

Metternich fühlte sich als österreichischer und als europäischer Staatsmann und nicht als deutscher, der Freiherr vom Stein empfand als deutscher Staatsmann und nicht als preußischer. Beide waren sie rheinischem Blute und altdeutschem Boden entsprossen, — aber Stein war eine leidenschaftliche Herrernatur von urwüchsiger Kraft, tief im Heimatboden verankert, Metternich dagegen der Zögling einer verfeinerten Weltkultur. Stein hatte gegen die napoleonische Weltmacht gekämpft, weil er die Freiheit der Nationen wollte, Metternich, weil er die Freiheit der geschichtlichen Staaten erstrebte; der eine war deutsch vor allem, der andere fühlte sich zuerst als Angehöriger einer bestimmten staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung, die Erschütterungen schwerster Art durchgemacht hatte und nun gefestigt werden sollte; der eine war erfüllt von starker sittlicher Leidenschaft, der andere war ein fühler, rational-weltlich und philosophisch orientierter Kopf, der befürchtete, daß die nationale Bewegung — weil sie über die bestehenden Staaten hinweg zu neuen Einheiten strebe — eine neue Epoche blutiger Kriege und eine neue Desorganisation Europas heraufführen werde. Metternich war der Mann des staatlichen Egoismus, und er hatte dabei den Vorteil, daß die Interessen seines und der anderen Staaten sich stützen ließen durch die Ideen dieses Zeitalters der Restauration. Der Freiherr vom Stein dagegen war der Vertreter einer Ideenpolitik, die auf die Verwirklichung sittlicher und nationaler Ziele ausging.

- f) Groß ist die Enttäuschung der Freiheitskämpfer, die darüber klagten, daß die Diplomaten und die Federführer das verdorben hätten, was ihre guten Schwerter errungen. Ausdruck dieser Stimmung ist Uhlands Gedicht zum 18. Oktober 1816: „Wenn heut' ein Geist herniedersteige —.“ Nach den Monaten der Erhebung kommen die Jahre enger Gedrücktheit.

II. Europa im Zeichen der Heiligen Allianz.

1. Die Heilige Allianz.

Zu Paris schließen 1815 die drei Monarchen von Österreich, Rußland und Preußen ein Bündnis, die „Heilige Allianz“, zur gemeinsamen Wahrung des romantischen Staatsideales und der christlichen Grundsätze in der Politik. Die Erhaltung des 1815 erreichten Zustandes ist der praktische Zweck der Allianz. Einen ausgesprochenen konservativen Zug trägt demnach das Zeitalter nach 1815 (Qu. I 14, 3).

Die Monarchen verpflichten sich also zur patriarchalischen Regierung im Innern und zur gemeinsamen äußeren Politik gegen alle revolutionären Regierungen, in welchem Lande es auch sei. Vertragslehre und aufgeklärter Absolutismus sollen verflucht sein, statt dessen soll das Gottesgnadentum gelten, das „monarchische Prinzip“ und der Bund von Königtum und Adel, von Thron und Altar.

Zwar hatte der Wiener Kongreß unter den europäischen Fürsten ein deutliches Ringen um die Macht entfesselt, aber stärker war doch das Gefühl der Solidarität gewesen. Und nachdem nun der Weltteil geordnet war, führte das Ruhebedürfnis zu dem Wunsche, die alten Gegensätze zu begraben.

2. Die Kultur des „Biedermeier“.

Nach den gewaltigen Bewegungen des letzten Menschenalters tritt eine Entspannung ein. Ruhe, behagliche Bescheidenheit und kleinbürgerliche Tüchtigkeit sind die Voraussetzungen des Wiederaufbaues. Es ist die „gute, alte Zeit“; sie ist einfach, aber stilvoll.

- a) Der verbürgerlichte Klassizismus gibt der Zeit das Gepräge. Hierher gehören der Ausbau von Berlin und München durch die Architekten Schinkel und Klenze, die Bildhauer Rauch und Schwanthaler; hierher gehört auch das Wien der Metternichzeit, das durch die Blüte des Burgtheaters und durch die tragische Muse Franz Grillparzers verewigt ist. Die verbürgerlichte Aufklärung des Zeitalters lebt fort in den Werken des Mannen Johann Peter Hebel; der Lieblingsdichter der Zeit ist Jean Paul, weil seine Erzählungen in Schwärmerei schwelgen, in Gefühl und Gesinnung sich ergehen und mit Vorliebe im engen Kreise der Landpfarrer und Dorflehrer, der Amtsstuben und der kleinen Höfe verweilen.
- b) Die letzten Großen der klassischen Zeit, Beethoven und der alte Goethe, wirken und schaffen, aber nur von den wenigsten verstanden: die „Wanderjahre“ und der Schluß des „Faust“ weisen ebenso wie die 9. Symphonie über alle zeitlichen Bedingungen hinaus. Die idealistische Philosophie erhält in Hegel ihren letzten und umfassendsten Metaphysiker, der die ganze Wirklichkeit als einheitliche Erscheinung des Geistes auffaßt und darum die gegebene Mannigfaltigkeit der Dinge als die Formen der geistigen Entfaltung begreift. „Alles, was ist, ist vernünftig“; aber alles, was ist, ist auch das Ergebnis einer vergangenen und die Voraussetzung einer kommenden Entwicklung. Die Verwirklichung des Geistes findet Hegel im Staate: der Rechtsstaat und der Kulturstaat ist von ihm theoretisch begründet worden.
- c) Die Romantik erfährt erst jetzt ihre eigentliche literarische Ausbreitung: ihre kindliche Frömmigkeit klingt aus den Liedern und Novellen Eichendorffs, ihre innige Gemeinschaft mit der heimischen Natur aus den Dichtungen der Droste-Hülshoff, ihre Zerrissenheit aus den Werken Lenaus und E. Th. Hoffmanns. Wie der Heidelberger Kreis 1806 die Frühromantiker Arnim, Brentano und Görres geeint hatte, so finden sich spätere Romantiker in den „Berliner Salons“ oder in der „schwäbischen Dichterschule“ zusammen: die ersteren sammeln sich um Frauen wie Bettina von Arnim und Rahel Barnhagen, zu letzterer gehören Uhland, Schwab, Hauff und Mörike. Auch die Malerei bekennt sich zur Romantik, indem die „Nazarener“ unter Führung von Peter Cornelius kirchliche und altdeutsche Stoffe in Zeichnung und Farbengebung nach Art der italienischen Frührenaissance und der deutschen Gotik gestalten. Ihre reifsten Früchte aber trägt die Romantik in der Musik eines Carl Maria von Weber, eines Schumann und Schubert.
- d) Die Geschichtswissenschaft vereinigt die Anregungen des klassischen und des romantischen Geistes: der historische Sinn, von Hegel und den Romantikern gemeinsam zur Herrschaft geführt, löst die rationalistische Denkweise endgültig ab, und er wird für die Anschauungsweise der Menschen des heraufkommenden Jahrhunderts bestimmend. Auf allen Gebieten des Forschens betätigt sich die neue Wissenschaft. Wilhelm v. Humboldt gibt ihr denkwürdigen Ausdruck in seiner Schrift über die „Aufgaben des Geschichtschreibers“, die Brüder Grimm erforschen die Geschichte der deutschen Sprache, Savigny die Geschichte des deutschen Rechtes, der Freiherr vom Stein öffnet durch die Begründung der

Monumenta Germaniae historica (1819) die verschütteten Zugänge zu den Quellen unserer mittelalterlichen Geschichte, und Leopold Ranke erweckt in seinen Werken die Fülle der geschichtlichen Erscheinungen zu neuem Leben und stellt das Werden und Vergehen der großen Mächte dar: in der leidenschaftslosen, künstlerisch vornehmen und bewußt objektiven Art seiner Betrachtung und Darstellung ist er so recht der Ausdruck dieser allem Streite abgeneigten Epoche (Qu. II 185).

3. Burschenschaft und Reaktion.

In dieser leidenschaftslosen Zeit gibt es nur ein vorwärtsdrängendes Element, die Jugend. In den Schlachten groß geworden, ist sie nun unzufrieden über das Geschehene: über die Belassung von Elsaß-Lothringen bei Frankreich, über die Begründung des Deutschen Bundes. In der studentischen Jugend wird diese Stimmung mächtig durch die burschenschaftliche Bewegung: von Jena aus breitet sich die sofort 1815 gegründete Burschenschaft an den übrigen Universitäten aus.

Die Burschenschaft ist ein Bund der Studenten mit ethischen, christlich-germanischen und freiheitlichen Idealen. Im Gegensatz zu dem überlieferten landmannschaftlichen Geiste der Korps will sie ein durch sittliche Selbstzucht veredeltes, dem größeren Vaterlande dienendes studentisches Leben aufbauen. Ihr Kampf gilt den Fürsten und Staatsmännern, die das aufstrebende Staatsgefühl des Bürgertums unterdrücken, ihre Sehnsucht gehört dem einheitlichen und freien Reich mit dem mittelalterlichen Kaisertum, ihre Farben sind Schwarz-Rot-Gold, ihr Wahlspruch „Ehre, Freiheit, Vaterland“ (Qu. II 73, B I).

Das Wartburgfest von 1817 führt die Studenten aus ganz Deutschland zusammen (Qu. II 73, B I); die Ermordung Kogebues durch Karl Ludwig Sand (1819) zeigt, daß Kreise innerhalb der Studentenschaft zur Tat entschlossen sind. Metternich, schon durch den lauten Ton der süddeutschen Landtage beunruhigt, wo man die Fragen der Einheit und Freiheit erörtert, setzt nun mit Hilfe des Bundes die Karlsbader Beschlüsse durch. **1819**

Besonders in Württemberg wird ein heftiger Kampf geführt zwischen der Regierung, die von sich aus die Verfassung bestimmen will, und den auf ihr „gutes, altes Recht“ pochenden Altwürttembergern, deren Ansichten Ludwig Uhland in seinen politischen Gedichten wiedergibt: er ist der erste große politische Lyriker in Deutschland seit Walthar von der Vogelweide. Durch die Karlsbader Beschlüsse werden alle diese Regungen in ganz Deutschland niedergehalten, die Universitäten werden unter strenge Aufsicht gestellt, die Burschenschaften aufgelöst, ihre Farben verboten. Die Zensur wird eingeführt und eine Untersuchungskommission gegen die „Demagogen“ eingesetzt: die Reaktion beginnt (Qu. I 14, Qu. II, 73, B I).

So bot die Tat Sands Metternich den Anlaß zur Wiederherstellung der Ruhe: nachdem er bisher jede Stärkung des Bundes gehindert hatte, gestattete er jetzt eine Erweiterung seiner Kompetenz, um den revolutionären Bewegungen zu steuern. In seiner Gefolgschaft war Preußen.

4. Das Ende der preussischen Reformen.

Friedrich Wilhelm III., von Natur eng und ängstlich und durch die Erfahrungen seines Lebens niedergedrückt, befürchtet die Wiederkehr der Revolution und hält sorgsam auch in seiner inneren Politik an den Grundsätzen der Heiligen Allianz fest. Er führt daher nicht nur die Karlsbader Beschlüsse in seinem Lande gewissenhaft durch, sondern er überbietet sogar Österreich durch schärfste Verfolgung aller „Demagogen“, wie das Verfahren gegen Arndt und Jahn zeigt; selbst Männer wie Stein, Gneisenau und Schleiermacher werden „verdächtig“. Auch die Durch-

führung der Reformen wird jetzt eingestellt, die Reformgesetze werden zum Teil rückgängig gemacht. Kennzeichnend sind folgende Vorgänge:

- a) Die Verfassung ist zwar durch königliches Versprechen in Aussicht gestellt: der König verkündet, daß keine neuen Steuern ohne Genehmigung der Landstände aufgenommen werden sollen. Aber er umgeht die Berufung der Landstände durch sein Sparsystem; 1822 werden Provinzialstände eingeführt, wodurch jeder Aussicht auf eine wirkliche Volksvertretung ein Ende gemacht wird (Qu. I 14, 6).
- b) Die Durchführung der Selbstverwaltung auf dem Lande unterbleibt, die der Bauernbefreiung wird gehemmt, indem die Regulierbarkeit 1816 auf die spannfähigen, also die größeren Bauern beschränkt wird; auch soll die Regulierung nur auf Antrag der Beteiligten eintreten, nicht von Amts wegen, wie 1811 verfügt worden war.

Damit fallen die Hauptvorteile der ganzen Bauernbefreiung den Gutsherren zu; denn für den Verlust der Erbuntertänigkeit, der Fronden und des Obereigentums am Bauerngute sind die Gutsherren reichlich entschädigt: a) indem durch die Mobilisierung des Grundbesitzes der Bauernschutz jetzt geschwunden ist; b) indem der befreite Bauer dem Gutsherrn Land zu vollem Eigentum hat abtreten müssen; c) indem die Dienste der kleinen handdienstpflichtigen Bauern dem Gutsherrn gegen Lohn erhalten bleiben.

Diese Begünstigung der Gutsherren in Preußen erklärte sich nicht nur aus den wirtschaftlichen Vorzügen, die man dem Großbetrieb zuschrieb, sondern auch aus der politischen Rücksicht auf den königstreuen Adel. In Süddeutschland, wo kein Großbetrieb bestanden hatte, handelte es sich nur um die Zehntablösung, die bis 1848 durchgeführt wurde. In Preußen sollte erst die Revolution von 1848 auch den kleinen handdienstpflichtigen Bauern die Freiheit bringen; es waren dann aber nur noch wenige vorhanden, sie waren zumeist „gelegt“ worden.

Das Ergebnis der Bauernbefreiung in Preußen aber war:

1. der Aufschwung des Großgrundbesitzes; 2. ein moderner rationeller landwirtschaftlicher Betrieb war nun erst möglich, indem Flurvereinigung und Gemeinheitsteilung jetzt durchgeführt werden konnten; 3. die Neugestaltung des Arbeitsverhältnisses: an die Stelle frondpflichtiger Bauern waren freie Lohnarbeiter getreten; 4. die Entstehung eines ländlichen Proletariats, teils aus den gelegten, teils aus den mit der Ablösungsumme belasteten Bauern; 5. eine wesentliche Voraussetzung für die Entstehung einer deutschen Industrie und für die völlige Umgestaltung der Siedlungsverhältnisse war damit gegeben.

- c) So zeigt das Schicksal, das die preußischen Reformen nach dem Befreiungskriege erleiden, daß die Umwandlung der Gesinnung, die der Freiherr vom Stein erstrebt hat, keineswegs eingetreten ist. Nur das sofort 1814 erlassene Wehrgesetz des Kriegsministers Boyen sowie die Union der lutherischen und reformierten Kirche, im Jubeljahre der Reformation vollzogen, künden noch von dem Geiste der Reformzeit.
- d) Der innere Widerspruch der Zeit, die zwischen dem alten Geiste obrigkeitlicher Bevormundung und den Verpflichtungen der Reformzeit hin und her schwankt, zeigt sich am deutlichsten in der Neuordnung des Bildungswesens. Die Volksschule wird ausgebaut im Sinne Fichtes und des Schweizer Pädagogen Pestalozzi, indem die Ausbildung der freien Geistestätigkeit des Zöglings und die Erziehung des Volkes zur Selbstverantwortung als Ziel begriffen werden. Die Gymnasien

und die Universitäten werden nach dem Vorgange Wilhelm von Humboldts mit der Weltanschauung des Neuhumanismus erfüllt, indem das hellenische Lebensideal des vollkommenen und selbsttätigen Menschen das Bildungsziel für alle geistigen Führer des Volkes werden soll (Qu. II 69, IV 9). Aber zu diesem umfassenden Schulgedanken stimmt keineswegs der enge Geist des alten patriarchalischen Beamtenstaates, der im übrigen öffentlichen Leben festgehalten wird: es ist ein innerer Zwiespalt, den der Staat der Hohenzollern niemals überwinden sollte und an dem er schließlich gescheitert ist.

5. Südeuropäische Bewegungen.

Auch in Europa sucht das System Metternichs jede Bewegung niederzuhalten. Die fünf Großmächte, auf Kongressen sich besprechend, verwalten Europa. Metternich sucht dabei mit Hilfe Rußlands und Preußens die Grundsätze der Heiligen Allianz aufrechtzuerhalten, England entzieht sich ihnen immer mehr, während Frankreich durch Talleyrands geschickte Diplomatie sich zwischen den beiden Gruppen neues Ansehen erwirbt.

- a) In Spanien und Portugal erheben sich 1823 die „Liberalen“ — das Wort ist spanischen Ursprungs — für die freiheitliche Verfassung; die spanischen Kolonien in Südamerika stehen seit 1810 unter Führung von Simon Bolivar im Befreiungskampfe (Qu. II 69, IV 8).

Frankreich führt im Auftrage Europas die Restauration in Spanien durch; dagegen muß der Versuch einer Einmischung der Heiligen Allianz in Lateinamerika aufgegeben werden, 1. weil die Vereinigten Staaten von Amerika in der nach ihrem Präsidenten genannten Monroedoktrin (1823) den Grundsatz „Amerika für die Amerikaner“ aufstellen und eine europäische Intervention in Amerika als Kriegsfall erklären; 2. weil England gleichfalls die Intervention zurückweist, wie es auch Portugal, wo eine Verfassung gegeben worden war, gegen den beabsichtigten Einspruch Metternichs schützt.

England erschien dem liberalen Europa von neuem als Vorkämpfer der Freiheit gegen die reaktionären Regierungen des Kontinentes. Aber die Motive Englands entsprangen nicht nur dem Gedanken der Freiheit: es schuf und bewahrte sich seitdem in den südamerikanischen Staaten weite Gebiete der politischen und wirtschaftlichen Durchdringung; und es schützte in Portugal einen alten Vasallen. Die Freiheitspropaganda wurde ein wesentliches Mittel englischer Weltpolitik: bei dieser Gelegenheit (1826) sprach Canning vom Schlauch des Aolus, den England besitze, um die Stürme der Revolution in jedem Lande zu entfesseln, mit dem es in Unfrieden lebe.

- b) Der griechische Befreiungskampf (1821—29). Wie in Amerika bricht auch in Griechenland das System der Heiligen Allianz zusammen.

Die Erhebung der Griechen, unglücklich vorbereitet durch das Unternehmen des Alexander Ipsilanti in der Moldau und Walachei, breitet sich dann doch rasch an der entgegengesetzten Stelle, über Morea und die Inseln aus. Der Sultan erhält aber Hilfe von seinem Vasallen, dem Vizekönig von Ägypten, Mehemed Ali: der Fall von Missolonghi (1824) erregt die Teilnahme Europas. Der Philhellenismus, den besonders nachdrücklich Lord Byron und Ludwig I. von Bayern betätigen, begeistert sich für Griechenland; Wilhelm Müller dichtet seine Griechenlieder. Metternich ist ein Feind der Griechen, weil ihre nationalen und freiheitlichen Ziele verderbliches Vorbild werden könnten und weil die Rivalität der großen Mächte durch Veränderungen im Orient aufgeregt wird. England, Rußland und Frankreich beschließen zunächst gemeinsame Vermittlungsaktion, weil sie einander

mißtrauen. Aber die Vernichtung der türkisch-ägyptischen Flotte im Hafen von Navarino (1827) ist ein untoward event. Die Londoner Konferenz spricht die Unabhängigkeit Griechenlands aus. Auch Serbien, Moldau und Walachei erhalten eine gewisse Selbständigkeit unter eigenen Fürsten.

6. Das Ende der Heiligen Allianz.

Die Heilige Allianz hat damit ihr Ende gefunden; sie ist zerbrochen:

- a) an den Gegensätzen der großen Mächte; diese haben sich entzündet an der „orientalischen Frage“: das Wort ist damals entstanden. Keine Macht gönnt der anderen die „Erbchaft des kranken Mannes“: Österreich und Rußland ringen im Stillen miteinander um die Donaumündung und die Macht auf dem Balkan, Rußland und England um den Bosphorus und die Dardanellen;
- b) an den nationalen und freiheitlichen Bewegungen der südeuropäischen Völker. Die Ruhe Europas muß aufhören, sobald solche Bewegungen sich in den Großstaaten durchsetzen. Auch dieses Mal geht Frankreich wieder voran.

7. Die Julirevolution 1830.

- a) Die bourbonische Restauration hat tiefe Gegensätze aufgewühlt zwischen dem Adel, der seine Privilegien und Güter wieder haben will, und dem Bürgertum, das die Ergebnisse der Revolution verteidigt. Die Gegensätze wachsen, als der legitimistisch gesinnte Karl X., der ehemalige Graf v. Artois, König wird (1824).

Der Schauplatz des Kampfes ist das Parlament; denn die Bourbonen haben 1814 eine Verfassung, die Charte, gegeben, mit den Grundätzen der Gewaltenteilung, des Zweikammersystems und eines hohen Zensus: diese Verfassung war damals für viele kleinstaatliche Verfassungen in Deutschland vorbildlich geworden. Die Opposition, von Advokaten und Literaten geführt, erhebt das Andenken Napoleons, der nun in Frankreich durch die Gefänge eines Béranger und Viktor Hugo und dann in ganz Europa als der große Sohn der Revolution und als das Opfer der reaktionären Mächte gefeiert wird.

- b) Karl X. führt, um die Opposition abzulenken, Krieg gegen die Seeräuber im Mittelmeer und erobert dabei Algier. Im gleichen Augenblicke versucht er durch die Juliordonnanzen das **1830** königliche Verordnungsrecht auf die Kontrolle der Wahlen, die Abänderung des Wahlgesetzes und die Aufhebung der Pressefreiheit auszuweihen. Eine Erhebung, von Studenten und Arbeitern durchgeführt, zwingt die Bourbonen zur Flucht; als Kandidat des Bürgertums übernimmt Herzog Louis Philippe von Orléans, der Sohn des Egalité, die Würde eines „Königs der Franzosen“.

Der Vorgang gleicht der englischen Revolution von 1688: ein Verwandter des Königshauses erlangt die Krone. Zum äußeren Zeichen seines revolutionären Ursprungs übernimmt der neue König die Trifolore statt des 1814 wieder eingeführten Lilienbanners; er regiert nach dem Grundsatz der parlamentarischen Monarchie: *le roi règne, mais ne gouverne pas*. Die Zeit des patriarchalischen Gottesgnadentums ist vorbei und mit ihr die bisherige Rolle des Adels. An seine Stelle tritt die Bourgeoisie, deren „goldene Tage“ in Frankreich beginnen. In allen diesen Dingen ist Frankreich Vorbild für den übrigen Kontinent.

III. Europa und das Julikönigtum.

1. Die Nachwirkungen der Julirevolution.

- a) Der belgische Aufstand führt zur Abtrennung der ehemals österreichischen Niederlande von dem Vereinigten Königreich.

Der Wiener Kongreß hatte hier zwei völlig verschiedene Länder vereint. Das südliche Land war katholisch, gewerbetreibend und, wenn auch in seiner Bevölkerung in germanische Blamen und romanische Wallonen geteilt, so doch seit der Französischen Revolution demokratisiert und französisch gesinnt. Das nördliche Land war von einem protestantisch-germanischen Handels- und Herrenvolke bewohnt.

So erfolgt jetzt im südlichen Teile eine von Liberalismus und Katholizismus gemeinsam geführte Erhebung gegen die holländische Bedrückung. Ein Nationalkongreß will Anschluß an Frankreich, den England jedoch ablehnt. Das Ergebnis ist die Begründung eines eigenen Königreiches Belgien — der Name wird in Erinnerung an Cäsar gebildet — und seine Neutralisierung durch das Londoner Protokoll (1831).

Die belgische Neutralität, von allen fünf Großmächten garantiert, war ein Werk Englands, gegen Frankreich gerichtet: die flandrische Küste sollte nicht in den Händen einer starken Macht sein. Deshalb war auch die Trennung Antwerpens von der Scheldemündung England bequem: schon Napoleon hatte den Hafen von Antwerpen als die gegen das Herz Englands gerichtete Pistole bezeichnet. Daß dann die Neutralität gerade umgekehrt gegen Deutschland angewendet wurde, ist nur erklärbar aus dem Wandel der Weltlage vor 1914.

- b) Die Erhebung der Polen gegen die russische Herrschaft wird nach blutigen Kämpfen niedergeschlagen (Qu. II 144, 15). Preußen tritt auf die Seite Rußlands und entsendet Gneisenau als Oberbefehlshaber an die polnische Grenze, wo er von der Cholera hinweggerafft wird (1831). Der deutsche Liberalismus dagegen begeistert sich für die Polen.

Die Freundschaft Preußens mit Rußland, eine Erbschaft des Befreiungskrieges, bleibt das ganze 19. Jahrhundert bestehen; sie beruht auf dem gemeinsamen Mißtrauen gegen Österreich, auf der Gemeinsamkeit der absolutistischen Staatsform, auf dem gemeinsamen Interesse an der Niederhaltung der Polen — also auf einer Mischung von Gefühls- und Realpolitik.

Die Sympathien des Liberalismus für die Polen sind, obwohl es sich um eine katholische Adelsrepublik handelte, historisch erklärbar; denn die Polen waren ein Opfer des Ancien Régime und jetzt der konservativen Ostmacht, die Freiheit Polens war ein napoleonischer Gedanke, der polnische Aufstand erschien als Vorbild jeder nationalen Erhebung. In den Liedern von Nikolaus Lenau hat diese Stimmung ihren dichterischen Ausdruck gefunden.

- c) Deutschland bietet auch diesmal wieder eine Vielheit der Schauplätze. Nach den Enttäuschungen der Reaktionszeit erwacht überall der Liberalismus und will Bundesreform, Pressefreiheit und landständische Verfassungen. Solche Verfassungen erhielten damals Sachsen, Hannover und Kurhessen, während in Baden der große Landtag von 1831 die in der Reaktionszeit abgeänderte Verfassung von 1818 wiederherstellt und die Fragen der Bundesreform, der Pressefreiheit, der Zehntablösung und der Geschworenengerichte wieder aufgreift; die Sprecher des Landtages, Kotzeb und Welcker, werden in ganz Deutschland vernommen (Qu. II 185, Qu. II 73, A II).

1. Das „Junge Deutschland“ beherrscht überall den öffentlichen Geist (Qu. II 73, B II). Börne und Heine sind seine literarischen Vorkämpfer; die religiöse und philosophische Kritik wird eingeleitet durch das „Leben Jesu“ von David Friedrich Strauß; das Andenken der Französischen Revolution wird erneuert in Georg Büchners Drama „Dantons Tod“.
2. (Qu. II 73, B II, 2.) Das Hambacher Fest (1832) führt die Studenten und Bürger der mittelhheinischen Lande auf der Rastenburg bei Neustadt a. d. Haardt unter schwarz-rot-goldenem Banner zusammen: die Burschenschaftsbewegung, die auf der Wartburg an germanischen und christlichen Ideen sich erhoben hatte, hat sich infolge der Bedrückungen durch die Fürsten und unter dem Einfluß der Juli-revolution mit westeuropäischen Gedanken erfüllt. Ein Attentat der Studenten auf den Frankfurter Bundestag gibt Metternich Anlaß, mit Hilfe des Bundes eine zweite und schärfere Demagogenverfolgung einzuleiten: hierbei erfolgt die Maßregelung Ahlands. Friß Reuters „Festungstid“ erzählt von den Leiden eines der Verfolgten. In Hannover protestieren 1837 die „Göttinger Sieben“ gegen den Verfassungsbruch des Königs; sie werden abgesetzt.

So hatte die Julirevolution überall Bewegung ausgelöst. Das Bürgertum war erstarbt, der Liberalismus radikaler geworden; die freiheitliche und nationale Bewegung in Deutschland, ursprünglich im Kampfe gegen die französische Vorherrschaft entstanden, hatte sich dank der Verfolgung in der Heimat und der freiheitlichen Entwicklung in Frankreich wieder mit kosmopolitischen Gedanken verbunden und pflegte das Vorbild Westeuropas. Der Augenblick zu einer Erhebung war in Deutschland aber noch nicht gekommen; es war noch eine Zeit der wirtschaftlichen Vorbereitung und Erstarkung des Bürgertums — durchaus in der wirtschaftlichen Erfolgshaft Englands.

2. Die industrielle Entwicklung Englands.

Nachdem England im 18. Jahrhundert seine politische und kommerzielle Weltmachtstellung ausgebaut und durch die Besiegung Napoleons vollendet hat, fügt es im 19. Jahrhundert seine industrielle Vormacht hinzu.

- a) Wie alle großen Völkerverchiebungen, so ist auch die industrielle Umwandlung entstanden aus der Übervölkerung.

Während das merkantilistische Zeitalter in der Menschenzahl eine Quelle des Reichtums gesehen hatte und deshalb überall zur „Pöplierung“ geschritten war, wird im England des 18. Jahrhunderts zum ersten Male in der neueren Geschichte die Menschenzahl größer, als der Boden des Heimatlandes ernähren kann. Gefördert wird diese Entwicklung durch das von der englischen Adels herrschaft zuletzt noch im 18. Jahrhundert besonders rücksichtslos durchgeführte „Legen“ der Bauern (enclosures): es ist eine Verwandlung von bäuerlichem Ackerland in Schafweide und weiter in herrschaftlichen Park. Die Folge ist ein Anwachsen des städtischen Proletariates. Das Problem der Übervölkerung taucht auf, zumal in Zeiten der Handelskrisen, besonders in den Jahren der Kontinentalsperre. Malthus formuliert zur Erklärung ein eigenes Gesetz, wonach der Bodenertrag in arithmetischer, die Bevölkerung aber in geometrischer Progression anwächst.

- b) Die Übervölkerung zwingt also zu vermehrter Gütererzeugung über den Bodenertrag hinaus; aus dem Zwang zu rascherer Produktion entsteht ein Suchen nach neuen Erfindungen. Die Nation Bacons und Newtons hatte ja schon lange gelernt, die Außenwelt nach unbedingten Naturgesetzen, als einen Zusammenhang von Ursachen und Wirkungen zu begreifen. Jetzt braucht der Mensch nur die Dinge in bestimmter Weise zu gruppieren, um die Wirkung der Naturgesetze auszulösen, die gewaltigsten Naturkräfte für seine Zwecke einzuspannen: die Technik beherrscht das Denken und Handeln des neuen Zeitalters. Die

Spinnmaschine, der mechanische Webstuhl und die Dampfmaschine (1768) werden konstruiert; sie sind in Verbindung mit der Ausnutzung der Kohle die Voraussetzungen für die Entstehung der modernen Großindustrie, die zuerst Textil- und Eisenindustrie ist. Die Baumwollindustrie von Lancashire entwickelt die Form der modernen Fabrik und hat alle Probleme des industriellen Zeitalters an erster Stelle zu durchkämpfen.

Auch hier zeigte sich, daß Erfindungen als solche nicht die großen Umgestaltungen hervorrufen. Schon vor James Watt hatte es Techniker gegeben, die sich — wie Denis Papin im 17. Jahrhundert — um das Problem der Dampfmaschine mühten. Sie waren unbeachtet geblieben, weil noch kein Bedürfnis nach solchen Umgestaltungen vorhanden gewesen war. Erst die Überbevölkerung schuf seit der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts die „industrielle Revolution“.

e) Die Folgen der Umwälzung sind gewaltig:

1. Wirtschaftspolitisch: der Merkantilismus paßt für die neue Zeit nicht mehr. Die Kornzölle erhöhen die Produktionskosten der Industrie, die staatliche Bevormundung hemmt die Ausdehnung der Betriebe. So entsteht die Forderung nach wirtschaftlicher Freiheit, die in England zuerst von dem Schotten Adam Smith erhoben und begründet wird.

Adam Smith gibt schon 1776 sein Werk *Inquiry into the nature and the causes of the wealth of nations* heraus, worin er die Lehren der Physiokraten von der wirtschaftlichen Freiheit erweitert. Er sucht in der Arbeit und Sparsamkeit die Quellen des Reichtums und in dem Eigennuß die Triebfeder der menschlichen Wirtschaft. Deshalb dürfen dem einzelnen nur solche Schranken gezogen werden, die die Beobachtung der Gerechtigkeit gegen die Mitmenschen setzt. So kommt Smith zu der physiokratischen Forderung: *liberty*. Voraussetzung ist auch bei ihm der optimistische Glaube der Aufklärung an eine in Freiheit harmonisch geordnete Welt, so daß der Fortschritt der Gesamtheit einfach die Summe aller Fortschritte der Individuen ist; hinter seiner Freiheitslehre steht der Individualismus und das Weltbürgertum der Aufklärung. Groß ist seine historische Bedeutung: 1. er hat, auch hierin weiterbauend auf der Geistesarbeit der Physiokraten, die Volkswirtschaftslehre eigentlich erst geschaffen, indem er rein deduktiv, aus dem Wesen der menschlichen Natur, die wirtschaftlichen Vorgänge ableitet und sie in ihren inneren Zusammenhängen und tieferen Beweggründen deutet; so hat er z. B. auch für den Arbeitslohn gezeigt, daß seine Höhe durch den Eigennuß, d. h. das Verhältnis von Angebot und Nachfrage bestimmt wird und nicht durch den Edelmut des Arbeitgebers, wie die patriarchalische Wirtschaftsordnung angenommen hatte. 2. Sein Werk erstrebt eine theoretische Begründung des Kapitalismus als des im Vergleich zum Zunfthandwerke höheren Wirtschaftssystems; der Erwerb um seiner selbst willen und die Freiheit des Erwerbes werden als sittliche Ideale aufgestellt; denn als Hebel aller menschlichen Wirtschaft wird der rationalisierte Eigennuß betrachtet, also das mit dem ganzen Wissen des Zeitalters bewaffnete Streben nach Reichtum. Der Kapitalismus, vom Merkantilsystem mühsam entwickelt, fühlt sich jetzt stark genug, sich frei entfalten zu können. 3. Das Werk des Adam Smith bedeutet darum den vollendeten Bruch mit dem Merkantilsystem — ein Arsenal, aus dem sich der wirtschaftliche Liberalismus seine Waffen holt im Kampfe gegen veraltete Vorrechte, im Kampfe für Freihandel, Gewerbefreiheit, für die völlige Erwerbsfreiheit des wirtschaftenden Einzelmenschen. Auch die Abneigung gegen Wirtschafts- und Kolonialkriege ergibt sich daraus.

Adam Smith und seine Nachfolger — die, wie David Ricardo, die Lehre bis in ihre letzten Folgerungen ausbildeten — haben die „klassische Nationalökonomie“ geschaffen: die Lehre war eine Frucht der Aufklärung, aber sie entsprach zugleich den Vorteilen der englischen Industrie und also auch der englischen Nation. Aus dieser Vereinigung von Weltanschauung und wirt-

schäftlichen Interessen erklärt sich der Erfolg der Lehre in England: die Baumwollindustriellen in Manchester wirkten an erster Stelle für Anerkennung dieser Grundsätze in der praktischen Politik und schufen so Lehre und Politik des „Manchesterismus“. Aber auch auf dem Kontinente übernahmen die Theoretiker die Lehre des wirtschaftlichen Liberalismus, zunächst noch ohne den Anspruch ihrer Sätze auf absolute Gültigkeit einer Prüfung zu unterziehen. Freilich zeigte sich schon in England sofort die Grenze dieser Lehre. Adam Smith hatte geglaubt, durch Forträumen veralteter Vorrechte den kleinen selbständigen Existenzen die Bahn freizumachen, besonders den Gesellen, denen das Fortkommen durch das Monopol der Zunftmeister erschwert war. Bald aber zeigte sich, daß die Vorteile der Freiheit gerade den großen Betrieben zufließen und die Massen in einer auf Freiheit gegründeten Wirtschaftsordnung jeden Schutzes entbehren. Die völlige wirtschaftliche Freiheit sollte scheitern an der Arbeiterfrage, die als soziale Folge der großen wirtschaftlichen Umwälzung alsbald auftauchte.

2. Sozial: an Stelle der alten Stände sind zwei neue Klassen emporgekommen — Unternehmer und Arbeiter, Kapital und Proletariat.

Beide sind ohne Grundbesitz, und an diesen knüpft die englische Verfassung das Wahlrecht zum Parlament; beide also sind Gegner der Gentry und der Kaufmannschaft. Aber sie selbst sind untereinander in größter Feindschaft: es besteht Überangebot an Arbeitern, der Liberalismus kennt jedoch keinen Schutz der wirtschaftlich Schwachen; seine Ethik verweist den Menschen auf sich selbst, der Arbeiter dagegen ist als Individuum hilflos. Die Folgen sind niedrige Löhne und lange Arbeitszeiten, Frauen- und Kinderarbeit, keine Arbeitshygiene, dazu zahllose Wirtschaftskrisen infolge mangelnder Erfahrungen. Das Elend steigert sich in furchtbarer Weise. Die Arbeiter werden reaktionär, sehen in den Maschinen die Ursachen ihres Elends und wollen zum alten Handwerk zurück; die Unternehmer dagegen kennen nur die höchstmögliche Steigerung der Produktion. Die Öffentlichkeit steht ratlos den ungeheuren Problemen gegenüber.

3. Geistige Gegensätze kommen hinzu, das damalige England zu teilen.

Die Romantik, vertreten durch Lord Byron und Walter Scott, wendet sich gegen die Aufklärung. Auch in England führt der romantische Geist schließlich zu einer Bewegung der Katholiken; die Iren erheben sich.

- d) Die großen Reformen. Der englische Adel als Führer der Nation ist all dieser Probleme Herr geworden und hat keine Revolution gesehen. Indem der wirtschaftliche Liberalismus auch den Adel für sich gewinnt und sich in der großen Reformperiode von 1829—1846 durchsetzt, erlebt er seine „heroische Periode“; zugleich aber sind die Gegenkräfte stark genug, so daß auch die Arbeiterfrage gelöst werden kann.

1. Die Katholikenemanzipation von 1829 hebt die Testakte von 1673 auf.

Seit den Tagen der Stuarts und Cromwells ist der Religions- und Rassenkampf in Irland von den Engländern mit unerbörter Grausamkeit geführt worden und hat in der Übertragung des irischen Bodens an englische Großgrundbesitzer und in der politischen Entrechtung der Iren gegipfelt: die irischen Pächter haben den anglikanischen Kirchenzehnten zu entrichten, schwere Abgaben an die Grundherren zu zahlen und besitzen infolge der Testakte keinen Zugang zu Parlament und Ämtern. Den Umschwung bereitet der jüngere Pitt vor, als er in der Sorge vor einem Bunde zwischen Napoleon und den Irländern die Vereinigung des irischen Parlaments mit dem großbritannischen gegen den Willen der Grundbesitzer erzwingt (1801); aber zu der geplanten großen Reform, nämlich zur Aufhebung der Testakte und zur Zehntablösung, kommt er nicht mehr. Die Akte von 1829 gibt nun den Irländern die Möglichkeit, innerhalb des Parlaments für ihre nationalen Rechte

zu wirken; denn bis dahin hatte, wie gesagt, noch die Testakte von 1673 gegolten, die einst den katholikenfreundlichen letzten Stuarts abgezwungen worden war und jeden Engländer, der in Staat und Parlament sich betätigen wollte, zur Anerkennung der Kirchenhoheit des Königs und zu einer Erklärung gegen die katholische Abendmahlslehre zwang. Aber die Akte von 1829 läßt nun doch die schlimme Lage der Pächter und den ungerechten Kirchenzehnten bestehen. Da die Iren in der Minorität sind, so wird ihr Freiheitskampf in der Folgezeit immer leidenschaftlicher und blutiger in den Mitteln, immer entschiedener in den Zielen; sie wollen Aufhebung der Vereinigung von 1801, Errichtung der irischen Republik oder wenigstens — wie der später auftommende Schlachtruf lautet — Home-rule, d. h. Heimregierung durch eigenes Ministerium und Parlament; auch wollen sie die Umwälzung der Besitzverteilung.

2. Die Parlamentsreform von 1832 bindet das Wahlrecht — statt wie bisher an den Grundbesitz — an einen hohen Zensus und hebt so die neue Unternehmerklasse politisch empor.
3. Die Aufhebung der Kornzölle 1846, durch Robert Peel durchgeführt, bedeutet den Übergang zum Freihandel und zum ausschließlichen Industriestaat. Auch die übrigen Folgerungen aus der Lehre des Liberalismus werden gezogen, indem die parlamentarische Selbstverwaltung der Kolonien — zunächst Kanadas — und die Sklavenbefreiung durchgeführt werden. 1849 wird die Navigationsakte von 1651 völlig aufgehoben, nachdem sie in der letzten Zeit allmählich abgebaut worden war.

Ein glückliches Zusammentreffen von Weltanschauung und Interesse ermöglicht diese Politik. Der Freihandel, der durch die Aufhebung der Kornzölle und der mit ihnen verbundenen Zölle auf Rohstoffe Wirklichkeit geworden ist, erscheint für die englische Industrie, die einen weiten Vorsprung vor den übrigen Ländern besitzt und also konkurrenzlos dasteht, als die gegebene Wirtschaftspolitik; auch liegt es im englischen Interesse, wenn die anderen Länder unter dem Eindrucke der mit dem Anspruch auf allgemeine Gültigkeit auftretenden Lehre des Adam Smith sich zu den gleichen Grundsätzen bekehren. Die Sklavenbefreiung belastet die südamerikanischen Baumwollpflanzler zugunsten der ostindischen Kulturen, die koloniale Selbstverwaltung gewinnt dem Mutterlande die Zuneigung der großen Siedlungen. Die Befürchtungen aber, die der Grundbesitzende Adel vor der Reform gehabt hat, erweisen sich als unbegründet: die englische Landwirtschaft, soweit sie noch besteht, kann sich gegenüber dem amerikanischen und preussischen Getreide behaupten, weil die Transportkosten noch so hoch sind, daß sie wie Zölle wirken; der Ausfall in den Staatsfinanzen aber wird ersetzt durch die Einführung der Einkommensteuer, die durch Peel zur Grundlage des britischen Staatshaushaltes gemacht wird.

Für den englischen Adel freilich war diese ganze Politik, zumal die Parlamentsreform, zunächst ein Mägnis und ein Opfer. Trotzdem gab er seine Vorrechte auf, als sie infolge der geschichtlichen Entwicklung unhaltbar geworden waren. Nicht etwa Selbstlosigkeit, sondern der politische Blick für das Notwendige und Mögliche ließ ihn rechtzeitig das kleinere Opfer bringen, so daß ihm die großen erpart blieben. So behielt er auch unter den veränderten Verhältnissen die Leitung des Staates und der beiden nach wie vor herrschenden Parteien, und der Aufschwung, der dieser Politik verdankt war, kam ihm dann selbst wieder zugute.

4. Eine Arbeiterschutzesetzgebung widerspricht zunächst den Grundsätzen des wirtschaftlichen Liberalismus. Aber die Arbeiter wenden sich gegen diese. Der „Chartismus“ will die Reform der Verfassung (Charte) weiterführen bis zum allgemeinen Wahlrecht, da-

neben erstrebt er Arbeiterschutz durch Einführung eines Maximalarbeitstages. Zugleich erstehen innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft soziale Denker, die wie Carlyle die Einseitigkeit des Manchester-tums darlegen und das öffentliche Gewissen aufrufen, damit die Verelendung der englischen Klasse und die menschenunwürdige Lage der arbeitenden Klasse verhütet werde.

Die erste Fabrikgesetzgebung (1833) beschränkt die Arbeitszeit für Jugendliche auf 12 Stunden, für Kinder auf 8 Stunden und verbietet die Nachtarbeit für Kinder und Jugendliche. Das Fabrikgesetz von 1850 verfügt den zehnstündigen Arbeitstag und setzt eigene Fabrikinspektoren ein, deren Berichte halbjährlich von Parlaments wegen veröffentlicht werden. Die englischen Arbeiter verlassen sich aber nicht auf diese und auf kommende Staatshilfe, sondern entwickeln die Selbsthilfe in den eigenen Organisationen der Gewerksvereine (Trade unions), in denen sie durch großartigen Ausbau der Unterstützungen und der Selbstversorgung ihre Lage allmählich zu bürgerlicher Auskömmlichkeit bessern.

- e) Das geschichtliche Ergebnis dieser Jahrzehnte bis zur Jahrhundertmitte ist für England ungemein groß. Nachdem es zu Ende der napoleonischen Epoche die Weltherrschaft gewonnen und die englische Sprache, Kultur und Macht über die Erde ausgebreitet hat, nachdem die Seeherrschaft der englischen Flotte als die Grundlage der Macht gesichert und $\frac{1}{4}$ der Erdoberfläche, $\frac{1}{8}$ der Menschheit englisch geworden ist, schafft es sich eine neue wirtschaftliche Grundlage, mit der es abermals konkurrenzlos in der Welt dasteht: England wird zur Werkstätte der Welt, zum Industriestaat schlechweg. Nur in sehr weitem Abstände können die kontinentalen Völker ihm folgen.

3. Der preussisch-deutsche Zollverein (Qu. II 73, B II 4, Qu. I 14, 8).

- a) Versuch einer Einigung durch den Deutschen Bund.

Als der Fall der napoleonischen Herrschaft auch die Aufhebung der Kontinental Sperre gebracht hat, strömen die englischen Waren sofort nach Deutschland — zum Vorteil der agrarischen Länder, des östlichen Preußens zumal, und zum großen Schaden der Textilindustrien in Sachsen und Schlefien, im Wuppertal und am Rhein. Mißernte in Süddeutschland kommt hinzu, um das Hungerjahr 1816/17 heraufzuführen, mit Teuerung, Arbeitslosigkeit und absolutem Mangel an Lebensmitteln. Damals erfolgt die erste, wirtschaftlicher Not entsprungene Massenauswanderung nach Nordamerika, die von nun an bei jeder der zahlreichen Wirtschaftskrisen des Jahrhunderts sich wiederholt. Die Tatsache, daß Frankreich sich wenigstens die Schädigungen durch die englischen Waren erspart hat, indem es für die beseitigte Kontinental Sperre einen hohen Schutz Zoll um sein seit der Revolution geeinigtes Wirtschaftsgebiet legt, gibt den süd- und mitteleuropäischen Kaufleuten die Anregung, auch für das deutsche Bundesgebiet eine solche einheitliche Zolllinie zu fordern, damit unter Aufhebung der 38 Zollsysteme im Inneren Deutschlands die Handelsfreiheit geschaffen werde.

Ein Schriftstück in diesem Sinne, das die zur Ostermesse 1819 in Frankfurt a. M. versammelten Kaufleute und Fabrikanten durch ihren Wortführer Friedrich List an den Bundestag richteten, bleibt erfolglos. Die Regierungen wollen keine Stärkung des Bundes zu nationalen Zwecken, sie verdächtigen den Gedanken der Zolleinigung als revolutionär. Friedrich List wird als Demagog verfolgt und aus seiner württembergischen Heimat vertrieben.

Friedrich List, ein Sohn der alten Reichsstadt Reutlingen, hatte sich aus der bescheidenen Stellung eines einfachen Schreibers zum Professor der

Staatswissenschaften an der Universität Tübingen emporgearbeitet. Die Abneigung gegen die moderne Burokratie und der Gedanke der Selbstverwaltung waren ihm durch Herkunft und Jugenderfahrung eingeboren; da er als alter Reichsstädter im Gegensatz stand zu der Menge der im württembergischen Staate Bevorrechteten, und da zudem sein ungewöhnlicher Studiengang diese Sonderstellung auch an der Universität verstärkte, so befand er sich — leidenschaftlich, wie er war — schon bald im Kampfe gegen allen Schlandrian und alle überlieferte „Gemütlichkeit“. So kam er — auf ähnlichen Wegen wie der Reichsritter vom Stein — zu dem Gedanken der nationalen, auf der freien Selbstbestimmung des Volkes beruhenden Einheit: daß er ihn zuerst wirtschaftlich dachte und ausprägte, ergab sich aus seiner wissenschaftlichen Beschäftigung. Sein Eintreten für die Zolleinigung, seine Kämpfe gegen das „Schreiberregiment“ kosteten ihn die Heimat: nach Festungshaft und „literarischer“ Zwangsarbeit auf dem Asperg wurde er begnadigt unter der Bedingung, daß er nach Amerika auswanderte (1825).

b) Die Zolleinigung durch Preußen.

Jedoch nicht nur für die Kaufleute der süd- und mitteldeutschen Staaten, sondern auch für Preußen lag der Gedanke der Zolleinigung nahe, weil die Gewundenheit seiner Grenzen und die Zerspitterung seines territorialen Bestandes hohe Verwaltungskosten und große Verluste durch Schmuggel verursachten. Da saß der preußische Finanzminister Moß den neuen Gedanken einer Zolleinigung unter preußischer Führung — und nicht, wie List gewollt hatte, durch den Deutschen Bund. Anfangs widerstreben die anderen deutschen Staaten. Aber Preußen stellte immerhin auch allein ein größeres Wirtschaftsgebiet dar und konnte also warten, ohne sich deshalb die Führung nehmen zu lassen. Für die Klein- und Mittelstaaten dagegen wird die Lage zwischen den vielen Zolllinien immer unhaltbarer: stärker als ihre politische Abneigung gegen Preußen ist für sie schließlich der wirtschaftliche Zwang zur Vereinigung mit dem norddeutschen Staate. Denn die Begründung süddeutscher und mitteldeutscher Zollvereine erweist sich als wertlos angesichts der Tatsache, daß die deutschen Ströme und die Richtung des Handels für die moderne Wirtschaft Deutschlands nach dem Norden zeigen.

So kommt es zuerst zum Zusammenschluß von Preußen und Hessen. Durch Beitritt von Bayern, Württemberg und Sachsen wird dann 1834 der Zollverein begründet; die anderen Staaten folgen allmählich nach. Die Zollverwaltung wird nach gemeinsamen Grundsätzen von den Einzelstaaten geführt, mit fast völliger Verkehrsfreiheit im Innern und gleichmäßigem Tarif für den Außenhandel; die Verteilung der Zollerträge erfolgt nach Maßgabe der Bevölkerungsziffer.

Die Bedeutung des Zollvereins ist groß: 1. wirtschaftlich: es bestand nun ein weiter innerer Markt, ein einheitliches Absatzgebiet für die einheimische Produktion. 2. politisch: von nun ab gab es zwei deutsche Bundeskörper. Nachdem der Ausbau des „Deutschen Bundes“ zu einem nationalen Reiche sich Österreich wegen als unmöglich erwiesen hatte, war hier ein neuer Weg vorgezeigt, den man trotz aller entgegenstehenden politischen Gefühle gehen mußten; diese wirtschaftliche Notwendigkeit konnte nicht ohne politische Folgen sein. Aber es mußte für die Form des politischen Zusammenschlusses, die sich hier vorbereitete, von vornherein eine Schwäche bedeuten, daß sie so sehr wirtschaftlichen Bedürfnissen entsprungen war. Daß Österreich ausgeschlossen blieb, war eine Folge der ganzen, historisch gewordenen Lage: Metternich konnte unmöglich einen Verband wünschen und begünstigen, der einen nationalen Zusammenschluß oder sogar eine preußische Führung beförderte. So zeigte sich hier schon, wie schwierig es sein mußte, die Frage der deutschen Einigung einer politisch und wirtschaftlich befriedigenden Lösung entgegenzuführen. Der politische Dualismus war zugleich auch ein wirtschaftlicher und geographischer,

und er war nun zuerst auf wirtschaftlichem Gebiete beseitigt worden durch Preisgabe Osterreichs: noch List hatte geglaubt, ihn erhalten zu können, also den Weg nach dem Norden mit dem Donauweg vereinigen und eine mitteleuropäische Wirtschaftsgemeinschaft schaffen zu können.

4. Die Einführung der Eisenbahn in Deutschland (Qu. I 14, 9).

Wie List als erster in Deutschland die Zolleinigung als Voraussetzung des wirtschaftlichen und politischen Aufschwunges begriffen hatte — wenn auch die Durchführung des Gedankens dann in anderer Weise geschah, als er geglaubt —, so erkannte er auch als erster in Deutschland die Verkehrsfreiheit, das rasche, billige und einheitliche Transportwesen, als den größten Hebel des nationalen Reichthums. Während seines Aufenthaltes in Nordamerika lernte er den Wert der Eisenbahnen kennen, und er kehrte — inzwischen ein wohlhabender Mann geworden und von den Vereinigten Staaten zum Konsul in Leipzig ernannt — nach Deutschland zurück in der Absicht, seine Erkenntnisse zum Nutzen seines Vaterlandes zu verwerten.

List entwirft den Plan eines zusammenhängenden, ganz Deutschland umfassenden Eisenbahnnetzes; denn der Eisenbahnbau soll nach seinen Absichten eine Nationalangelegenheit sein, den Partikularismus überwinden und die wirtschaftliche Einigung vollenden, die politische vorbereiten. Seine unermüdlige Tätigkeit erreicht, daß 1837 die erste Eisenbahnlinie in Deutschland — zwischen Leipzig und Dresden — eröffnet werden kann; die 1835 gebaute kurze Strecke von Nürnberg nach Fürth war nur für den Personenverkehr eingerichtet.

Zahlreich sind in der ersten Zeit die Widerstände, die überwunden werden müssen — Widerstände der Fuhrleute und Gastwirte, der Postverwaltung und der Schiffsbesitzer, sogar Bedenken von Volkswirten und Ärzten. Auch bleiben List persönliche Enttäuschungen nicht erspart. Aus dem Leipziger Komitee wird er, nachdem die Arbeit geleistet ist, hinausgedrängt; der Ausbau im übrigen Deutschland aber erfolgt völlig planlos. Auch bleibt man vorläufig beim Bau durch privates Kapital — ein System, das den westlichen Staaten außer Belgien geläufig geworden und geblieben ist; nur Baden baut 1838 mit der Oberrheinbahn die erste deutsche Staatsbahn.

Eine Verkehrsumwälzung von unabsehbaren Wirkungen wird also eingeleitet, nachdem die Technik des Verkehrs sich seit dem Altertum kaum gewandelt hatte: man beginnt die Macht des Raumes zu überwinden und den Wert der Zeit zu schätzen. Es hebt eine damals noch ungeahnte Steigerung des Verkehrs an, nach Menge und Schnelligkeit, Exaktheit und Billigkeit. Die Eisenbahnen sind ein Werk des Kapitalismus, aber auch die Voraussetzung seines Aufschwunges: das Aktienwesen gestaltet sich vorzüglich durch die Eisenbahn-papiere aus, die Montan- und die Maschinenindustrie verdanken der Eisenbahn ihre Entstehung. Ursprünglich ist die Deckung des Eisenbahnbedarfs durchaus abhängig von England: 1841 baut Borsig die erste deutsche Lokomotive.

Andere Anwendungen der neuen Technik vollenden die Umwälzung des Verkehrs. Die Dampfschiffahrt wird schon 1825 auf dem Rheine eingeführt, dem einzigen damals in Betracht kommenden Stromgebiet. 1841 schreitet man weiter zur Schleppschiffahrt, indem die Kraft der sich selbstbewegenden Dampfschiffe statt zum Tragen von Lasten zum Schleppen anderer Fahrzeuge verwendet wird. Schließlich werden in dieser Zeit auch die ersten Versuche gemacht, die Elektrizität in den Dienst des Verkehrs zu stellen: 1833 erfinden Gauß und Weber in Göttingen den Dienst der Telegraphen, 1847 erfindet Werner Siemens die Isolierung durch Guttapercha.

So waren alle Voraussetzungen zum Aufbau eines deutschen Industriestaates im deutschen Volke vorhanden: Tatkraft und Intelligenz, Neigung und Wille; schon 1825 war die erste Technische Hochschule in Karlsruhe gegründet worden. Es war nur die Frage, ob der Aufbau des Industriestaates so geschehen werde, daß er die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit der Nation nicht mindere, sondern vielmehr verstärke. Dies war im eigentlichsten Sinne das Problem der „Erziehung zur Industrie“.

5. Friedrich List und die Erziehung zur Industrie.

Neben der Handelsfreiheit durch Abschaffung der Binnenzölle und der Verkehrsfreiheit durch den Eisenbahnbau steht als dritter neuer Gedanke, der List verdankt wird, die Forderung der Handelsbeschränkung zum Zwecke der Pflanzung und Beschützung einer nationalen Industrie. Handelsfreiheit und Freihandel sind nach List verschiedene Dinge; jene betrifft den Verkehr im Innern der Nation, diese den Verkehr der Nationen untereinander. List hatte an der Kontinentalperre und an den Schutzzöllen der Vereinigten Staaten und Frankreichs gelernt, welche große Förderung eine werdende Industrie durch staatlichen Schutz erlangen kann, während der Zollverein im Sinne der preußischen Grundbesitzer und in Übereinstimmung mit der herrschenden Theorie den fast freihändlerischen preußischen Tarif von 1818 übernommen hatte und festhielt.

Es entbrennt ein Kampf innerhalb des Zollvereins, in dem List die Sache der deutschen Industrie gegen die herrschende Freihandelstheorie feurig und leidenschaftlich vertritt. 1841 erscheint sein Werk: „Das nationale System der politischen Ökonomie.“ Der Titel des Werkes läßt erkennen, daß List eine grundsätzlich neue Auffassung der menschlichen Wirtschaft gegenüber der Freihandelslehre des Adam Smith und der „klassischen Nationalökonomie“ darlegt.

- a) Wenn Adam Smith aus der Freiheit des Völkerverkehrs das allgemeine Weltbürgertum erstehen sieht, so behauptet List, daß diese unbefchränkte Verkehrsfreiheit im Gegenteil die Welt Herrschaft des wirtschaftlich stärksten Volkes, also Englands, bedeuten würde. Während aber England, indem es konkurrenzlos dasteht, sein nationales Interesse ohne Staatsgewalt durch völlige Freiheit gesichert sieht und dadurch in der Welt den Glauben erweckt, als ob eine nationale Wirtschaftspolitik unnötig sei, brauchen die Industrien aller anderen modernen Völker staatlichen Schutz — „weil ein Knabe im Ringkampf mit einem erstarrten Manne schwerlich obsiegen oder auch nur Widerstand leisten kann“. Andererseits ergibt sich daraus, daß die Schutzzölle nur so lange nötig sind, als die nationale Industrie noch schwach ist. Sobald die Industrie unter diesem Schutze herangewachsen ist und die Konkurrenz mit England aufnehmen kann, muß Freihandel eintreten, weil der Schutzzoll ein Erziehungszeug sein soll, ein Mittel der Erziehung zur Industrie und nicht ein dauerndes inländisches Monopol gewähren darf.
- b) Wenn aber die Freihändler behaupten, daß der Schutzzoll die Waren verteuere und also Werte vernichte, so stellt List dieser Theorie der Werte seine Theorie der produktiven Kräfte entgegen: „Aller Aufwand auf die Erziehung der Jugend, auf die Pflege des Rechtes, auf die Verteidigung der Nation ist eine Zerstörung von Werten zugunsten der produktiven Kraft.“
- c) Ob aber für Deutschland die Erziehung zur Industrie notwendig sei, diese Frage wird von List unbedingt bejaht. Die Übervölkerung hat zur Güterzerstückelung, zur Verarmung der Bauern und zu zielloser Massenauswanderung geführt. Die Entwicklung einer Industrie schafft aber nicht nur Arbeitsplätze, sondern sie führt auch eine Hebung der Landwirtschaft herbei: Fabriken und Verkehrsmittel werden einen inneren Markt schaffen, den Bodenwert und die Güterpreise steigern, die landwirtschaftliche Intensität erhöhen. Der Industriestaat hebt also die Landwirtschaft und bietet eine vollkommenerere Wirtschaftsform als der reine

Agrarstaat. Denn wie die einzelne Fabrik auf den Grundsätzen der Arbeitsteilung und Kooperation beruht, so muß auch die ganze Volkswirtschaft auf diesen Grundsätzen aufgebaut werden.

- d) Arbeitsteilung und Kooperation sind aber auch in der Weltwirtschaft am Plage: die tropischen Länder sind zur Erzeugung der Rohstoffe, die Länder gemäßigter Zone zur Erzeugung der Industriewaren berufen. Der Industriestaat wird also einen ungeahnten Handel entwickeln — einen Austausch von Kolonialwaren gegen Fabrikwaren —, er wird auch die Möglichkeit großer Kolonisationen besitzen. List fordert eine einheitlich geleitete nationale Auswanderungspolitik, damit der Strom der Auswanderer dem Deutschtum nicht verlorengehe, sondern dem werdenden Industriestaate diene, ihm die Wege zu den Rohstoffen, nach dem Orient und nach Südamerika bahne.
- e) Freilich ist die Voraussetzung dieser ganzen Erziehung zur Industrie, daß ein Volk in seiner geistigen, sittlichen und politischen Entwicklung weit genug fortgeschritten ist, um zu lernen, das feine Werkzeug der modernen Industrie und ihres Wirtschaftslebens zu handhaben. Im deutschen Volke findet List Bildung, Aufklärung und Wissenschaft weit verbreitet; nur den freiheitlichen Staat gilt es noch zu schaffen! List ist erfüllt von dem Glauben an dieses neue naturwissenschaftliche und technische Zeitalter, das die Menschen auf eine höhere Stufe des Daseins erheben werde, sie besser und glücklicher, freier und zufriedener machen werde. „Nur muß man den Mut haben, an eine große Nationalzukunft zu glauben und in diesem Glauben vorwärts zu schreiten. Vor allem aber muß man Nationalgeist genug haben, um schon jetzt den Baum zu pflanzen und zu beschützen, der erst künftigen Generationen seine reichsten Früchte bieten wird.“
- f) Der Industriestaat dient also zugleich der nationalen Macht und Unabhängigkeit. Wagt aber Deutschland nicht den Schritt zum Industriestaat und zieht es nicht alle politischen und sozialen Folgerungen, so droht ihm die Gefahr, eine englische Wirtschaftskolonie zu werden, wie Portugal oder Indien, die den Engländern Getreide oder Rohstoffe liefern dürfen und dafür den englischen Fabrikaten freien Eintritt gewähren müssen.
- g) So fordert List eine nationale Wirtschaftspolitik, weil er in der Blüte des Vaterlandes die notwendige Voraussetzung zur Verwirklichung der Freiheit und des wahren Friedens der Welt sieht. Zwischen das Individuum und die Menschheit, die allein von der im Aufklärungszeitalter wurzelnden klassischen Nationalökonomie berücksichtigt waren, fügt er den Begriff der Nation; aber sein nationaler Gedanke ist — nicht anders als der eines Fichte oder Wilhelm von Humboldt — begriffen und ausgestaltet im Hinblick auf die Menschheit, die auch ihm als das letzte Ziel der Entwicklung vor-schwebt: „la patrie et l'humanité“ ist darum das Motto, das er seinem Werke voranstellt.
- So greifen alle Gedanken Lists ineinander und runden sich zu einem gewaltigen Bilde deutscher Zukunft. Aber er eilte seiner Zeit weit voraus, und auch später sollte er sich nicht reiflos durchsehen: auch seine Gedanken waren reiner und größer gedacht, als sie nachher in die Wirklichkeit übergeführt werden konnten. Das deutsche Volk sollte die Vereinigung von geistiger Freiheit und staatlicher Macht, wie sie ihm vorgeschwebt, nicht erreichen. List zerbrach im Leben an den Widerständen der stumpfen Welt, und in seinem Nachleben sollte er an der Verworfenheit der deutschen Zustände scheitern. Sein Leben endete 1846 durch Selbstmord — auch er eine tragische Gestalt der deutschen Geschichte!

6. Der Kölner Kirchenstreit und die Entwicklung des deutschen Katholizismus.

Die Begründung des Zollvereins, die Grundlage und Voraussetzung des industriellen Aufstieges, war die letzte große Tat der alten aufgeklärten Bürokratie und ihrer schlichten und nüchternen Arbeit. Dagegen wurde diese Bureau-

kratie in der gleichen Epoche noch vor eine andere große Aufgabe gestellt, deren Lösung ihr nicht in der gleich glücklichen Weise gelingen konnte: vor das alte Problem des Verhältnisses von Kirche und Staat. Die protestantische Kirche allerdings kannte dies Problem schon seit der Reformation nicht mehr, da es damals durch das Landeskirchentum restlos zugunsten des Staates gelöst worden war. Die katholische Kirche aber widerstrebte ihrem innersten Wesen nach dem Grundsatz des Staatskirchentums.

- a) Das Staatskirchentum des absolutistischen Zeitalters sollte nach der Ansicht des preußischen Beamtentums auch im 19. Jahrhundert in Geltung bleiben; wie auf allen anderen Gebieten sträubt sich auch hier der alte Staat gegen eine Lockerung des absolutistischen Systems; auch hierbei wird er durch die Rechtsphilosophie Hegels gestützt. Aber der moderne liberale Geist will auch diese Bevormundung, wie alle die anderen Unfreiheiten, nicht mehr ertragen, zumal die Voraussetzung des alten Staatskirchentums, die wenigstens relative Einheit des Bekenntnisses in einem Territorium, im Laufe der Zeit und besonders durch die großen Gebietsveränderungen der napoleonischen Zeit gefallen ist und von nun an auch protestantische Fürsten über die katholische Kirche ihres Landes unumschränkt herrschen. Im 18. Jahrhundert hatte die katholische Kirche, durch die Angriffe der Aufklärung erschüttert, das Staatskirchentum hinnehmen müssen. Die neue Erscheinung des 19. Jahrhunderts aber ist:
- b) Der Aufstieg des Katholizismus. Er nimmt seinen Ausgang von der Säkularisation, die mit dem Episkopalismus der alten, vornehmen und unabhängigen Bischöfe aufräumt, den Episkopat demokratisiert und der päpstlichen Macht die Zentralisierung der Kirche ermöglicht; der letzte Vertreter der nationalkirchlichen Bestrebungen des Ancien Régime, Wessenberg, der Bistumsverweser in Konstanz, wird 1827 bei der Begründung des Erzbistums Freiburg seiner bischöflichen Funktionen endgültig enthoben. Andererseits erlebt die katholische Kirche in derselben Zeit auch ihre innere Wiedergeburt, indem die Romantik zunächst aus künstlerischen und dann aus religiösen Motiven die mittelalterliche und katholische Welt enddeckt und erhebt und auf diese Weise die Dogmenmüdigkeit des Rationalismus überwindet.
- Die neugestärkte Kirche ist nicht gewillt, das Staatskirchentum weiterhin zu ertragen. Anfangs schätzen die alten Staaten die Mitarbeit der Kirche an der Beruhigung ihrer Länder, und sie sind daher, um dem Bund von Thron und Altar Sicherheit zu verleihen, zu Konkordaten geneigt. Besonders erstreben sie, bei der notwendig gewordenen Neuordnung der Bistümer, die Errichtung von Landesbistümern, damit die Grenzen des Territoriums sich mit denen des Bistums decken. So schließt Bayern 1817 ein Konkordat; die anderen süddeutschen Staaten verhandeln lange, bis 1827 die vielen Splitter der aufgehobenen Bistümer in neuen kirchlichen Einheiten wieder vereinigt sind und die „oberrheinische Kirchenprovinz“ mit Freiburg als dem Sitz des Erzbischofs begründet wird. Für Preußen werden 1821, gleichfalls nach langen Verhandlungen, die beiden Erzbistümer Köln und Gnesen-Posen geschaffen — auch sie ohne eigenen Besitz, ohne eigene Einkünfte und lediglich auf die staatliche Dotation hingewiesen.
- c) Der Kölner Kirchenstreit. Das preußische Beamtentum will diesen Erzbischöfen gegenüber — die mehr denn jemals früher Rom als Rückhalt brauchen — die staatliche Allmacht zur Geltung bringen, und diese kirchenpolitische Frage verbindet sich noch zudem mit den besonderen

Problemen der westlichen und östlichen Provinzen. In den Rheinlanden gelingt es nicht, die katholische, liberale und industriereiche Provinz in das protestantische, konservative und agrarische Preußen einzugliedern; in Posen verbindet sich die religiöse Spannung mit der nationalen Aufgabe einer Abwehr der polnischen Überflutung. Völlig unlösbar gestaltet sich dann das Verhältnis von Staat und Kirche durch die Frage der gemischten Ehen.

Die preußische Regierung überträgt den Rechtsatz der östlichen Provinzen, daß die Konfession des Vaters maßgebend sei, falls es die Eltern nicht anders bestimmten, auch auf die westlichen Provinzen. Nach langen Verhandlungen kommt ein päpstliches Breve so weit entgegen, wie dies nach dem kanonischen Rechte möglich ist. Die Regierung interpretiert durch eine Konvention mit dem noch aus der früheren Zeit stammenden, staatskirchlich gesinnten Erzbischof das Breve dahin, daß alles erlaubt sei, was in ihm nicht direkt verboten. Der folgende Erzbischof Droste-Vischering erklärt vor der Wahl, daß er „die in Gemäßheit des päpstlichen Breves erlassene staatliche Konvention aufrechterhalten“ werde. Nach seiner Wahl aber verweigert er die Einsegnung der gemischten Ehen, wenn die katholische Kindererziehung nicht zugesagt war, und er begründet dies mit dem Hinweis, daß er als Erzbischof keine Konvention vorgefunden habe, die mit dem päpstlichen Breve übereinstimme.

Der preußische Staat glaubte von den Untertanen den etwa möglichen kirchlichen Gewissenszwang fernhalten zu müssen, obwohl ja allerdings das rheinische Recht die aus der Französischen Revolution stammende Zivilehe bereits besaß; er glaubte es unterstützen zu müssen, daß die preußischen Beamten in den neuen Provinzen heimisch wurden, ohne sich dem alten Preußentum zu entfremden.

Schließlich greift die Regierung zu den alten Mitteln des Polizeistaates und läßt den Erzbischof verhaften und auf die Festung Minden führen. Allgemein ist die Erregung. Der Liberalismus erhebt sich für die Freiheit, die auch der Kirche nicht verjagt werden dürfe; der Katholizismus aber wird sich seiner politischen Aufgabe jetzt zum ersten Male bewußt und beginnt die Massen um sich zu sammeln. In Joseph Görres verkörpert sich diese geistige und politische Bewegung, die nun auch für die Kirche die „Freiheiten von 1789“ reklamiert, also die Freiheit der Kirche vom Staate, Gewissens-, Unterrichts-, Preß- und Vereinsfreiheit. Auch im Erzbistum Gnesen-Posen bricht der gleiche Kirchenstreit aus und nimmt dieselben Formen an. Der Kampf tobt noch aufs heftigste, als Friedrich Wilhelm III. nach über vierzigjähriger Regierung 1840 stirbt.

7. Friedrich Wilhelm IV. (1840—61.)

Dem neuen König war die Lösung der vielen schwierigen und großen Schicksalsfragen der preußischen und deutschen Geschichte aufgegeben. Es hing alles von seiner Persönlichkeit ab, ob er Geschick und Energie genug besitze zu dem großen Werke (Qu. II 73, III 1).

Er ist in allem der Gegensatz seines Vaters. Feinsinnig, anmutig, eine Künstlernatur, erfüllt von hohen Idealen, lebt er in der Sehnsucht nach einer Wiederverkehr des Mittelalters und seines Ständestaates. So leidet er an den Widersprüchen zwischen der verklärten Vergangenheit des Gottesgnadentums, der rauhen Gegenwart seines modernen Staates und den Forderungen der demokratischen Zukunft: den „Romantiker auf dem Throne der Cäsaren“ nennen ihn die Zeitgenossen nach einer Flugschrift von David Friedrich Strauß.

Friedrich Wilhelm IV. verspricht Freiheit, aber er will keine moderne Verfassung, kein „geschriebenes Blatt“, und doch hat er die Verfassungs-

frage als uneingelöstes Versprechen von seinem Vater übernommen (Qu. I 14, 10). Aber je länger er sich sträubt, desto radikaler wird die öffentliche Meinung; die politische Lyrik eines Freiligrath, Herwegh und Hoffmann von Fallersleben wendet sich gegen ihn. Endlich beruft er 1847 den „Vereinigten Landtag“, weil der Bau der Ostbahn dringend geworden ist und ohne Anleihe nicht durchgeführt werden kann (Qu. I 14, 11).

Aber der Landtag soll nur das Geld bewilligen, im übrigen jedoch lediglich eine beratende Funktion haben und nicht periodisch sein. Die Ostpreußen verzichten lieber auf die großen wirtschaftlichen Vorteile der Bahn, als daß sie diesen Landtag als Einlösung des königlichen Versprechens anerkannt hätten. So wird der Landtag resultatlos nach Hause geschickt. Anfang 1848 gesteht der König dann doch die Periodizität zu: aber es ist zu spät. So hat der König immer den rechten Augenblick verfehlt, immer Zugeständnisse verweigert, um sie dann doch zu gewähren, als sie nichts mehr nützen. Die Revolution ist im Anmarsch; sie wird angekündigt durch die Schweiz und durch Frankreich.

8. Der Sonderbundkrieg in der Schweiz.

Das Beispiel der Schweiz wirkte anspornend. Hier hatte der Wiener Kongreß die helvetische Einheitsrepublik durch einen losen Staatenbund ersetzt, dem nur die europäische Garantie seiner Neutralität festen Bestand verlieh. Schon bald setzte aber das Bestreben der Demokraten ein, die Kantone zu einem Bundesstaate zusammenzuschließen; unterstützt wurden sie dabei durch die Tatsache, daß die Schweiz im Zeitalter Metternichs das große Asyl für Europas politische Flüchtlinge geworden war. Die sieben katholischen Kantone widerstreben aus Sorge vor einer Majorisierung den Plänen der Radikalen und vereinigen sich schließlich in einem „Sonderbund“: so verbinden sich die religiösen Gegensätze mit den verfassungspolitischen.

Der Kampf zwischen der bundesstaatlichen und der konservativ-partikularistischen Partei führt 1847 zum Bürgerkriege, der mit dem Siege des bundesstaatlichen Gedankens endet: die gestärkte Einheitsgewalt erhält im Milizheer des Bundes, in Zöllen und Bahnen die Werkzeuge zur Durchführung gemeinsamer Aufgaben. Die Organe des Bundesstaates sind der Bundesrat in Bern als höchste Regierungsgewalt, der Ständerat als Vertreter der einzelnen Kantonregierungen und der vom Volke gewählte Nationalrat.

Der Geist, der die demokratische Bewegung der Schweiz in jenen Jahren kennzeichnet, hat seinen vollendetsten Ausdruck gefunden in Gottfried Keller, der dann nachher mit starkem Realismus, mit einer durch Humor versöhnenden Kritik dies Schweizer Volk zeichnet und dabei bis zu den letzten Tiefen des Menschlichen vordringt.

Stärker als die Bewegung in der Schweiz ist freilich der Anstoß, der auch diesmal von Frankreich ausgeht und sich über ganz Europa ausbreitet.

9. Frankreich unter dem Bürgerkönigtum.

- a) Die Wiederaufnahme der Machtpolitik, die 1830 mit der Eroberung Algeriens begonnen hat, wird von der herrschenden Bourgeoisie betrieben.

Die Unterwerfung Algeriens wird beendet; damals ist — 1831 — zum ersten Male die Fremdenlegion angeworben worden. Mit Mehemed Ali, dem Vizekönig von Ägypten schließt Frankreich einen Bund gegen den Sultan: Nordafrika wollen beide teilen. Rußland und in seiner Gefolgschaft Preußen helfen den Türken,

weil Rußland eine Erneuerung der türkischen Macht durch Mehemed Ali befürchtet; das türkische Heer, obwohl von Mokke organisiert, wird durch Mehemed Ali geschlagen. Auch England greift ein, weil es weder Ägypten noch Frankreich am Mittelmeere stark werden lassen will. Da alle Großmächte gegen Frankreich stehen, droht ein Weltkrieg, der am Rhein hätte ausgefochten werden müssen. Frankreich gibt aber nach. Der Meerengenvertrag (1841) zwischen den fünf Großmächten und der Türkei sperrt den Bosphorus und die Dardanellen für die Kriegsschiffe aller Nationen; die Unantastbarkeit der Türkei ist gewährleistet. Damals entstehen das Rheinlied des Nikolaus Becker, die „Wacht am Rhein“ von Schneckenburger und „Deutschland, Deutschland über alles“ von Hoffmann von Fallersleben.

Nachdem die alte Kolonial- und Wehrmacht Frankreichs zugrunde gegangen war, wurde nun ein neuer Ausbau begonnen, der zunächst zu einer Niederlage führte. Aber festgehalten wurde der Plan eines französischen Kolonialreiches in Nordafrika und einer Herrschaft über das Mittelmeer; und wieder wurde England der Gegner Frankreichs und führte einen ersten Mißerfolg herbei. Abermals brachte das Unglück in der auswärtigen Politik, verbunden mit den inneren Zuständen, in Frankreich eine Revolution hervor.

b) Die Februarrevolution von 1848.

Die Bourgeoisie entartet rasch durch die Macht; es erhebt sich der Widerspruch der Kleinbürger und Arbeiter, die sich um die Früchte der Julirevolution betrogen fühlen und republikanische und kommunistische Ideen aufnehmen. Dieser französische Sozialismus betrachtet das kapitalistische Wirtschaftssystem als eine Verirrung und einen Widersinn und will die „natürliche Ordnung“ auf der Grundlage des genossenschaftlichen Eigentums herstellen, so daß niemand, der nicht arbeitet, leben soll und jeder, der arbeitet, leben kann. Dieser frühe französische Sozialismus ist also durchaus rationalistisch und optimistisch. Sein Führer ist Proudhon, von dem das Wort stammt: *La propriété c'est le vol*. Wie die Chartisten in England fordern auch die französischen Arbeiter Reform der Charte, allgemeines und geheimes Wahlrecht. Wahlrechtsdemonstrationen führen am 24. Februar 1848 zum Barrikadenkampf und zur Flucht des Königs. Zum ersten Male tritt das Proletariat, das bisher immer nur Sturmtruppe bürgerlicher oder kleinbürgerlicher Bewegungen gewesen, Klassenbewußt in die Geschichte ein.

Eine provisorische Regierung wird gebildet; das Proletariat setzt das allgemeine Wahlrecht und das „Recht auf Arbeit“ durch: in **1848** „Nationalwerkstätten“ erhalten die Arbeitslosen Löhnung. Das Kleinbürgertum, durch den Sturz der Rente und die Steigerung der Steuern bedroht und durch das Schicksal der Girondisten belehrt, kommt dem neuen Terror zuvor: durch die Junischlacht in Paris wird das Proletariat niedergeschlagen. Die Sehnsucht nach Ruhe ist stark, kirchliche und monarchistische Einflüsse werden mächtig, und so wird bei der Präsidentschaftswahl Louis Napoleon, der Neffe Napoleons, gewählt.

Der sozialistische Charakter der Bewegung hatte die Furcht der Kleinbürger und Bauern erregt und so dem Bonaparte den Weg an die Spitze des Staates geebnet. Die Tatsache, daß Frankreich auch in der Entwicklung der sozialistischen Gedanken auf dem Kontinente voranging, wie es ehemals die konstitutionellen am frühesten entwickelt hatte, gab die Veranlassung, daß die Revolution von 1848 in Frankreich den besonderen proletarischen Charakter annahm. Hierin unterscheidet sie sich von der deutschen Revolution, die durchaus bürgerlicher Art war, wenngleich der äußere Anstoß den Deutschen auch diesmal wieder von Paris kam.

D. Revolution und Reaktion.

1848—1849 Die deutsche Revolution

1850 Olmütz

1851—1870 Napoleon III.

1851—1859 Bismarck in Frankfurt

1853 Erwerbung von Wilhelmshaven

1854—1856 Der Krimkrieg

1859 Magenta und Solferino — Prinzregent Wilhelm und die neue
Ara — Schillerfest — *Darwin*

1861 Das Königreich Italien

1861/65 Der nordamerikanische Bürgerkrieg

I. Die deutsche Revolution 1848/49.

1. Die Märzereignisse in den Mittelstaaten.

Auch in Deutschland war der Boden für eine Revolution längst vorbereitet, zumal die politische Unzufriedenheit noch durch Mißernten und andere wirtschaftliche Notstände verschärft wurde; schon 1844 hatte die Not der schlesischen Weber zu schweren Unruhen geführt. Einheit und Freiheit waren schon lange als die beiden politischen Ziele erkannt, die Opposition gegen das System Metternichs und des Bundestages war immer stärker geworden. Die kühne Sprache der Presse und der süddeutschen Landtage, der Kampf um den Vereinigten Landtag in Preußen und um seine periodische Einberufung: das alles waren „Sturmögel der Revolution“ (Qu. II 73, IV).

Am deutlichsten machten sich diese Vorzeichen bemerkbar in Baden, das durch seine Grenzlage den Einflüssen aus Frankreich und der Schweiz besonders offenstand. Hier trennte sich schon 1847 die radikale von der gemäßigten Opposition. Die Radikalen, deren Ziel die einheitliche deutsche Republik war, stützten sich auf das Kleinbürgertum und die Bauern; ihr Führer war der Mannheimer Anwalt Friedrich Hecker, ein Mann nicht der kühlen jakobinischen Überlegung, sondern des leidenschaftlichen Pathos. Die Gemäßigten, die das besitzende und gebildete Bürgertum vertraten und von Gelehrten und Kaufleuten geführt wurden, erstrebten zunächst eine gesamtdeutsche Volksvertretung.

Noch vor der Pariser Februarrevolution stellt der Mannheimer Abgeordnete Friedrich Daniel Bassermann in der badischen II. Kammer den Antrag auf sofortige Berufung eines deutschen Parlamentes; der Antrag erweckt in ganz Deutschland Beifall und Aufsehen. Das Beispiel der Februarrevolution führt dann alsbald in den Mittel- und Kleinstaaten zu Zusammenrottungen und Petitionen an die Regierungen, worin die vier Forderungen immer wiederkehren: Pressfreiheit, Schwurgericht, Bürgerwehr und ein deutsches Parlament. Die Regierungen geben kampflös nach, es werden liberale Minister, „Märzminister“ berufen. In Ostdeutschland und in Baden entstehen auch Bauernunruhen mit dem Ziele, die endliche Ablösung der feudalen Lasten und die Rege-

lung des Landbesitzes durchzusetzen, nachdem seit 1815 wenig mehr in dieser Sache geschehen war. Der Bundestag gibt die bisher verbotenen Farben Schwarz-Rot-Gold als Bundesfarben frei und beschließt die Beratung einer neuen Bundesverfassung. Aber die politischen Führer nehmen die Bundesreform von sich aus in die Hand: aus eigener Initiative treten sie in Heidelberg zusammen und schreiben nach Frankfurt ein „Vorparlament“ aus zur Vorbereitung der Wahl einer verfassungsgebenden Nationalversammlung. In diesem Augenblick erfolgen

2. Die Revolutionen in Wien und Berlin.

- a) Die habsburgische Monarchie. Hier erwachen die seit langem gefürchteten und niedergehaltenen Nationalitäten; die ungarischen, böhmischen, auch die österreichischen Landstände verlangen ihre Freiheit und eine Verfassung. Vor der Erhebung der Studenten und Bürger von Wien entweicht Metternich nach England. Das „System“ Metternichs ist hiermit gefallen: Verfassung und Nationalität wollen sich auch in den Ländern der Habsburgischen Krone durchsetzen.

Die Ungarn erhalten ein nationales Ministerium mit ihrem Führer Ludwig Kossuth als Mitglied: er betreibt sofort die Losreißung Ungarns. Die Slawen versammeln in Prag einen Nationalkongress, um eine allgemeine Stammesverbrüderung herbeizuführen; ihre Verhandlungssprache ist freilich deutsch, weil sie sonst einander nicht verstehen. In Italien erheben sich die Einwohner des lombardo-venezianischen Königreiches und erhalten die Unterstützung Karl Alberts von Savonien-Piemont, der als der einzige eingeborene Monarch in Italien sich an die Spitze der nationalen Einheitsbewegung stellt. Eine neue Revolution in Wien erzwingt die Berufung eines konstituierenden Reichstages. Der Kaiser flüchtet nach Innsbruck; die habsburgische Monarchie droht auseinanderzufallen.

- b) Berlin. Auch in Preußen wächst die Bewegung unmittelbar aus dem schon bestehenden Konflikt hervor. Infolge der Februarrevolution gesteht Friedrich Wilhelm IV. die so lange verweigerte regelmäßige Berufung des Vereinigten Landtages zu, aber nun ist es abermals zu spät: die öffentliche Meinung lehnt den Gedanken der ständischen Vertretung ab. Der König zögert und erläßt erst, als Demonstrationen zu befürchten sind, das „Patent“ vom 18. März, worin er sich für Deutschland zu einer Bundesreform mit Bundesrepräsentation und Pressefreiheit bekennt, für Preußen aber eine konstitutionelle Verfassung mit gewählter Volksvertretung in Aussicht stellt (Qu. I 14, Nr. 12).

Während der Dankbezeugungen vor dem Schlosse werden Drohungen gegen die Schloßwache laut; plötzlich fallen zwei Schüsse. Der Schloßplaz ist sofort leer; Barrikaden entstehen im Halbkreis um das Schloß: Arbeiter, Studenten, Kleinbürger befinden sich im Straßenkampf gegen das Militär, das General v. Prittwitz kommandiert. Da gibt der König in der Nacht nach: die Proklamation „An meine lieben Berliner“ verspricht für Räumung der Barrikaden den Rückzug der Soldaten. Eine Deputation von Berlinern verlangt, der König solle den ersten Schritt tun; darauf erfolgt der Befehl zum schrittweisen Rückzug der Truppen nach dem Schlosse. Der Rückzug geschieht aber allgemein, das Schloß wird preisgegeben. Der König wird gezwungen zur Leichenparade der Barrikadenkämpfer im Schloßhof und zur Proklamation vom 21. März, worin er die Führung in der deutschen Angelegenheit zu übernehmen verspricht.

Die Motive des Königs sind schwer zu durchblicken. Sein romantisches Ideal von dem Treuverhältnis zwischen Fürst und Volk war zusammengebrochen. Vielleicht hat der Gedanke, durch Entgegenkommen sein Volk und Deutschland für sich zu gewinnen, ihm den Entschluß des Nachgebens erleichtert. Ebenso

unsicher sind die Motive des Generals v. Brittwig; der schrittweise Rückzug war jedenfalls militärisch undurchführbar; aber wenn der General dann auch das Schloß räumte, so mag dabei der Zorn des Offiziers mitgewirkt haben, vielleicht auch die politische Absicht, den König durch die Demütigung für eine spätere Reaktion geneigt zu machen. Für den Groll des Offizierkorps ist bezeichnend die Erzählung, daß Prinz Wilhelm seinen Degen vor dem König auf den Tisch geworfen habe, weil er entehrt sei. Gegen den Prinzen, der schon bisher als der eigentliche Führer der Militärpartei gegolten — den „Kartätschenprinzen“ — richtet sich die Wut des Volkes: er flieht nach England.

Durch den Sieg der Berliner Revolution ist nun auch der preußische König von einer bestimmenden Mitwirkung bei der Lösung der deutschen Frage ausgeschaltet. Eine Möglichkeit der Bundesreform durch Bund und Regierungen ist jetzt nicht mehr gegeben: die Entscheidung liegt ausschließlich beim deutschen Volke.

3. Das Vorparlament.

Das in Frankfurt zusammentretende Vorparlament bedeutet den ersten Schritt auf diesem Wege zum volkstümlichen Reich. Unmittelbar aus der Volksbewegung hervorgegangen und ohne Befragung von Bund und Regierungen zusammentreten, beruht es durchaus auf revolutionärem Ursprunge.

Um eine neue Rechtsgrundlage zu schaffen, beschließt es die Berufung einer von der ganzen Nation zu wählenden Versammlung, die kraft ihrer Wahl eine Reichsverfassung schaffen soll. Bundestag und Einzelregierungen erkennen diese Beschlüsse an.

Der Gedanke einer konstituierenden Nationalversammlung, der auf dem Gedanken der Volkssouveränität beruht, stammt aus der Überlieferung der großen Französischen Revolution. Die Radikalen dagegen wollen die Permanenz-erklärung des Vorparlamentes, also dauernde Übernahme der Reichsgewalt durch das Vorparlament, weil es unmittelbar einem revolutionären Akte entsprungen war. Als dies nicht geschieht, verläßt Hecker Frankfurt und unternimmt im badischen Schwarzwald eine republikanische Erhebung, die aber nach kurzem Kampfe von Bundestruppen niedergeschlagen wird.

4. Die Paulskirche und ihre Anfänge.

- a) Der Weg ist offen für die Nationalversammlung. Sie tritt zusammen am 18. Mai in der Paulskirche zu Frankfurt, reich an Begabung und edlen Absichten, voll Ideale und großer Erwartung.

Die Gelehrten überwiegen in ihr durchaus, denn die nationalen und politischen Gedanken der Zeit sind ja erwachsen aus Wissenschaft und Literatur, und noch sind die Überlieferungen der deutschen klassischen Bildung mächtig auch im politischen Leben. Arndt und Jahn entstammen noch dem Zeitalter der Befreiungskriege, Dahlmann und Jakob Grimm haben zu den Göttinger Sieben gehört, mit Ludwig Uhland sendet die schwäbische Romantik ihren Dichter. In anderen hat das praktische Leben und die literarische Bildung sich innigst verbunden: der Badener Karl Mathy, der ehemals als Demagog vertrieben, in der Schweiz als Dorfschullehrer gelebt hatte, erweist sich als Fachmann in wirtschaftlichen Fragen; Heinrich von Gagern, den hessischen Märzminister, erwählt die Nationalversammlung zu ihrem Präsidenten (Qu. II 73, IV 3). Auch der „politische Katholizismus“ schließt sich in der Paulskirche zum ersten Male parlamentarisch zusammen: zu seinen Führern gehören Ketteler, der spätere Bischof von Mainz, und Döllinger, der Kirchenhistoriker. Im Laufe der Verhandlungen bilden sich die verschiedenen Parteien der Versammlung: ein konservativer, ein liberaler, ein radikaler Flügel sowie — bei Beratung der Kirchen- und Schulfragen — der „katholische Verein“.

- b) Durch den Zusammentritt der Nationalversammlung ist der Bundestag ausgeschaltet, wenngleich er noch einige Zeit neben der Nationalversammlung weiter tagt. Ein ausführendes Organ, eine provisorische Zentralgewalt scheint deshalb nötig, bis eine Verfassung Endgültiges festlegen kann. Die Nationalversammlung wählt deshalb den volkstümlichen Erzherzog Johann zum Reichsverweser, der ein parlamentarisches Reichsministerium bildet.

Die Wahl bringt die Einheit und die Volkssouveränität zum Ausdruck, denn sie geschieht ohne Mitwirkung der Regierungen: „Ich tue einen kühnen Griff und sage Ihnen: wir müssen die Zentralgewalt selbst schaffen“ (Heinrich von Gagern) (Qu. II 73, IV 4).

- c) Die Regierungen stimmen nachträglich zu. Trotzdem kann der Reichsverweser keine Macht erlangen, weil er kein Heer hat und die von ihm geforderte Huldbildung der einzelstaatlichen Truppen nur in den Kleinstaaten erfolgt. Denn das Ansehen der alten Regierungen beginnt sich langsam zu festigen, namentlich unter dem Eindruck der Pariser Junischlacht, deren Greuel die Besorgnis auch des deutschen Bürgertums wachrufen. Mit dieser Ohnmacht der revolutionären Zentralgewalt begründen die Radikalen immer wieder ihr Verlangen nach einer Einheitsrepublik. Diesem Ziele dienen im September die Aufstände in Frankfurt und Baden, die niedergeschlagen werden.

Die deutsche Revolution von 1848 war also von vornherein eine abflauende Bewegung, keine aufsteigende. Der Anstoß war ihr von außen gekommen und hatte zugleich den Augenblick ihrer höchsten Kraftentfaltung bedeutet. Hinzu kam, daß in Preußen wie in Österreich die Revolution nicht das Heer ergriffen hatte. Dies unterscheidet 1848 von 1789 und 1918.

5. Die Grundrechte.

In dieser ungünstigen Lage nimmt die Paulskirche ihr Werk der Reichsverfassung in Angriff.

Nach den Grundsätzen, die der moderne Konstitutionalismus seit der nordamerikanischen und der französischen Revolution ausgebildet hatte, wird der Verfassung eine Erklärung der Grundrechte vorangestellt. Persönliche Freiheit und Rechtsgleichheit wird ausgesprochen: so die Freiheit des wirtschaftlichen Lebens, des Gewerbes, der Persönlichkeit; ferner Freizügigkeit, Befreiung des Bodens von den Lasten, die ja in Deutschland immer noch vielfältig auf ihm ruhten; Rechtssicherheit gegen willkürliche Verhaftung, gegen richterliche und polizeiliche Übergriffe; Freiheit der Presse, des religiösen Bekenntnisses, der Wissenschaft, des Vereins- und Versammlungsrechtes; Rechtsgleichheit durch Abschaffung aller ständischen Bevorzugungen!

Diese Grundsätze sind heute in allen Ländern selbstverständliche Grundlage des öffentlichen Lebens; in Deutschland waren sie bis dahin noch keineswegs anerkannt, geschweige denn verwirklicht. Daß sie ins deutsche Leben eingeführt wurden, ist die Leistung der Paulskirche, die dauernd geliebt ist, wenn auch ihre eigene Erklärung nie Rechtskraft erlangen sollte. Freilich erforderte die Diskussion viel Zeit, und die Zeit arbeitete ja gegen die Verfassung. Denn inzwischen hatte auch die habsburgische Monarchie wieder sich zu erheben begonnen.

6. Der Sieg der Habsburger.

Als die habsburgische Monarchie durch den Aufstand der Nationalitäten zu zerbrechen droht, wird die Armee allein die Retterin der Dynastie.

Der alte Feldmarschall Radetzky, der einst schon an der Aufstellung des Feldzugsplanes von 1813 wesentlichen Anteil genommen hatte, besiegte die Italiener im Juni bei Custoza, Windischgrätz im gleichen Monat die Tschechen zu Prag in blutigem Straßenkampf. Inzwischen hat der unter dem Druck der Revolution einberufene Reichstag die Agrarreform, die die Bauern bereits mit Gewalt durchgeführt haben, auch rechtlich bestätigt. Darauf treten die Bauern, die an den großen politischen Fragen des Reichstages wenig Anteil nehmen, befriedigt zurück; die Radikalisierung in der Versammlung nimmt überhand; es kommt zur Oktoberrevolution in Wien, bis Windischgrätz die Stadt belagert und erstürmt. Fürst Schwarzenberg wird Ministerpräsident: energisch, rücksichtslos, zielbewußt unternimmt er es, Staatseinheit und Zentralismus durchzusetzen gegen die Nationalitäten und ihr Streben nach Föderalismus und nach provinziellen Verfassungen. Er braucht dazu einen neuen, unbelasteten Monarchen; Kaiser Ferdinand I. dankt ab zugunsten des 18-jährigen Franz Joseph (1848 bis 1916). Der Reichstag, nach Kremsier in Mähren verlegt, verhandelt zwar die Frage, ob Einheit oder Vielheit; er gelangt aber nicht zum Ziele. Darauf wird März 1849 die Verfassung von Schwarzenberg „oktroiiert“: Österreich ein Einheitsstaat! Gegen dieses Ergebnis erheben sich die Italiener und Magnaten: erstere werden wiederum von Radetzky geschlagen, bei Novara; die letzteren rufen unter Kossuths Führung die unabhängige ungarische Republik aus. Aber die Südlawen stellen sich gegen die Ungarn, und zuletzt schlägt die österreichische Armee den Aufstand nieder. Sie wird dabei unterstützt von russischen Truppen, da Zar Nikolaus I. den Gedanken der „Solidarität der Throne“ erneuert.

7. Die oktroiierte Verfassung in Preußen.

- a) Bis zum Herbst 1848 ist keine der alten Gewalten in Deutschland aufrecht gestanden; nun erheben sie sich wieder: auf Österreich folgt Preußen.

Zwar ist es hier in den Provinzen meist ruhig geblieben, außer einer polnischen Erhebung in Posen. Aber die konstituierende Nationalversammlung in Berlin ist viel radikaler als die Versammlung in Frankfurt: sie will eine Verfassung mit allgemeinem Stimmrecht und Einkammersystem und regt eine Reihe von bäuerlichen Reformen an, wie entschädigungslose Aufhebung der Herrenrechte, Aufhebung der Grundsteuerfreiheit, Regelung des Jagdrechtes. Um seine Privilegien zu retten, schließt der Landadel sich zusammen: die preußische konservative Partei und, als ihr Organ, die „Neue Preussische Zeitung“ — die sog. „Arenzzeitung“ — werden begründet.

Bis dahin war eine Partei des Adels unnötig gewesen, weil ja der König an der Spitze des Adels gestanden. Erst jetzt, wo andere Parteien hervortraten und das öffentliche Leben angesichts einer bevorstehenden Verfassung eigentlich erst begann, sammelte sich der Großgrundbesitz zur eigenen Vertretung gegen die Wünsche des Landvolkes.

- b) In städtischen Bezirken werden wirtschaftlich-soziale Forderungen laut. In Berlin und im rheinischen Industriegebiet beginnt eine sozialistische Arbeiterbewegung: Karl Marx — der 1847 mit Friedrich Engels das „kommunistische Manifest“ in die Welt gesandt hatte — predigt in seiner „Neuen Rheinischen Zeitung“ den Sozialismus. Im übrigen behält aber auch in Preußen die Revolution von 1848 einen durchaus bürgerlich-demokratischen Charakter.
- c) Die Entscheidung fällt auch für Berlin durch die Erstürmung Wiens. In Erwartung des Umschwunges hatte Friedrich Wilhelm IV. kurz zuvor seine liberalen Minister entlassen; jetzt beruft er ein militärisch-tatkräftiges Ministerium, läßt den General Wrangel als Befehlshaber in den Marken in Berlin einmarschieren, löst die Nationalversammlung auf und gibt von sich aus eine Verfassung — die „oktroiierte Verfassung“ vom 5. Dezember 1848, im wesentlichen nach dem ursprünglichen Ent-

wurfe der aufgelösten Versammlung. Doch ist die Revision dieser Verfassung durch die zu wählenden beiden Kammern bereits vorgesehen.

8. Die Probleme der Reichsverfassung.

Inzwischen ist im Herbst die Paulskirche bei der Beratung der eigentlichen Reichsverfassung angelangt. Drei Probleme werden dabei von besonderer Wichtigkeit (Qu. I 14, 13 u. 14).

- a) Das nationale Problem: ist ein Bundesstaat mit zwei Großmächten möglich? An dieser Frage, die immer wieder aufgeschoben worden ist, scheiden sich die Parteien (Qu. II 73, IV 5).
1. Die einen verneinen diese Frage: denn mit zwei Großmächten erscheint keine starke Reichsgewalt und Reichseinheit möglich; völlige Dezentralisation und also die Ohnmacht des alten Reiches muß die Folge sein; also muß eine der beiden Großmächte auscheiden. Dies kann aber nur das zum größten Teil von un-deutschen Nationalitäten bewohnte Österreich sein; eine Zerreißung der habsburgischen Monarchie, wie Kossuth sie angeboten, ist seit der Einnahme Wiens vollends unmöglich. Es bleibt also nur das kleinere Deutschland mit Preußen an der Spitze und dem preußischen König als erblichen Kaiser; dieser „engere Bund“ kann sich noch mit Österreich zu einem völkerrechtlichen „weiteren Bunde“ vereinen. So sagen die „Kleindeutschen“ (Qu. II 73, IV 6 b).
 2. Die anderen erklären den Ausschluß der Deutschen Österreichs aus nationalen Gründen für unmöglich, aber auch für unnötig. Sie wollen das „größere“ Deutschland, heißen also „Großdeutsche“. Die Frage, wie dies Ziel durchzuführen sei, trennt sie. Die großdeutschen Republikaner wollen die einheitliche, zentralisierte deutsche Republik unter Beseitigung aller Bundesstaaten, also auch der beiden Großstaaten. Natürlich können diese Großdeutschen nur den Eintritt der deutschen Teile des Habsburgerreiches wünschen: ihr Führer Robert Blum nimmt deshalb, um die Zertrümmerung dieses Reiches zu befördern, an der Wiener Revolution teil und wird nach der Einnahme Wiens standrechtlich erschossen. Die großdeutschen Föderalisten — vorzüglich Deutschösterreicher, süddeutsche Partikularisten, wie die Bayern, und Romantiker, wie Uhland — wollen das größere Deutschland ermöglichen durch schwache Ausbildung der Reichsspitze: wenn nur ein alternierendes Präsidium oder ein Wahlkaiserthum eingeführt wird und nur das Notwendigste in die Kompetenz dieser Reichsspitze gegeben wird, dann ist das Nebeneinander zweier Großstaaten möglich! Damit greift aber dieses Problem hinüber in das andere, nämlich in:
- b) das bundesstaatliche Problem. Kleindeutsche und Großdeutsche wollen beide einen Bundesstaat gründen: Aber:
1. Die Kleindeutschen sind Unitarier; sie wollen eine starke Reichsgewalt, vertreten durch Reichstag und Reichsministerium, die von den Einzelstaaten möglichst unabhängig sein sollen, weitgehende Befugnisse haben und die wichtigsten Fragen von Reich wegen entscheiden und ausführen. Die Bundesstaaten sollen möglichst wenig Rechte besitzen; auch Preußen darf nicht zu selbständig und stark im Bunde bleiben, weil es sonst die kleinen Staaten erdrückt.
 2. Die Großdeutschen dagegen — außer den Republikanern, die für eine unitarische Republik eintreten — sind Föderalisten, d. h. sie wollen eine möglichst weitgehende Selbständigkeit der Einzelstaaten auf Kosten der Reichsgewalt, und zwar wollen sie dies nicht nur, um das Reich mit den zwei Großmächten zu ermöglichen, sondern weil sie grundsätzlich das Stammesgefühl schonen wollen und die politische und kulturelle Dezentralisation, den Partikularismus, als deutsche Eigentümlichkeit dem lateinischen Zentralismus entgegenstellen. Deshalb ist für die Föderalisten weniger, um so mehr aber für die Unitarier wichtig das dritte Problem, nämlich:

- c) **Das konstitutionelle Problem:** wie sollen sich im neuen Reiche Parlament und Regierung zueinander verhalten? Soll die Staatsform parlamentarisch oder konstitutionell sein?

Die Kleindeutschen, die ja ein von den Einzelstaaten unabhängiges Reichsministerium erstreben, wollen seine Macht auf den Mehrheitswillen der deutschen Nation, d. h. ihrer Vertreter im Reichstage, zurückführen. Ihr Vorbild ist das parlamentarisch regierte England; sie treten deshalb für einen aus zwei Häusern bestehenden Reichstag ein; die Mitglieder des Staatenhauses sollen zur Hälfte von den Regierungen der Einzelstaaten ernannt, zur Hälfte von den Volksvertretungen der Einzelstaaten gewählt werden, während das Volkshaus vom Volke zu wählen ist: in der Frage des Wahlmodus sind sie nicht einig. Um dem Kaiser noch einige Selbständigkeit neben dem parlamentarischen Ministerium zu belassen, wollen die Kleindeutschen ihm das absolute Veto geben.

9. Werdegang und Wesen der Verfassung.

- a) Lange Verhandlungen werden von den Parteien geführt, unter sich und mit den Regierungen. Fürst Schwarzenberg aber lehnt den Gedanken des „engeren“ und „weiteren“ Bundes, den Heinrich von Gagern zuerst formuliert hat, ab und erklärt, im Bunde bleiben zu wollen.

Damit ist offenbar, daß die Entscheidung nur durch Gewalt möglich ist. Die Kleindeutschen sind bereit und hoffen auf Preußen, die Großdeutschen wollen nicht verzichten. In Uhlands großer Rede gegen den Erbkaifer und für den Wahlkaifer am 22. Januar 1849 heißt es: „Die Revolution und der Erbkaifer — das ist ein Jüngling mit grauen Haaren. . . . Es wird kein Haupt über Deutschland leuchten, das nicht mit einem vollen Tropfen demokratischen Oles gesalbt ist“ (Qu. I 14, 15).

- b) Da verlangt Schwarzenberg am 9. März die Aufnahme des in seiner Verfassung geeinten habsburgischen Gesamtstaates. Das führt zu einem Kompromiß der enttäuschten großdeutschen Linken mit den Kleindeutschen: jene stimmen für den Erbkaifer und diese für das suspensive Veto und das gleiche, allgemeine, direkte und geheime Wahlrecht. So erfolgt die Annahme der Verfassung: sie ist also unitarisch und parlamentarisch mit einem Reichsministerium und einem aus Staatenhaus und Volkshaus bestehenden Reichstag. Das Erbkaifertum ist also zugleich als ein Volkstaifertum gedacht.

- c) Nach Annahme der Verfassung erfolgt die Wahl Friedrich Wilhelms IV. zum erblichen Kaifer. Eine Deputation unter Simson geht nach Berlin. Friedrich Wilhelm IV. lehnt ab (Qu. II 73, IV 6).

Einerseits lockte ihn die Krone — ihn beseelte Ehrgeiz, der romantische Schimmer der Kaiferwürde, die Erinnerung an das Erbe Friedrichs des Großen, an den deutschen Dualismus, den die Revolution wieder mit voller Schärfe an den Tag gebracht; aber: 1. die Annahme bedeutete den Krieg mit Osterreich und sicherlich auch mit Rußland, denn Nikolaus I. war, wie er in Ungarn gerade jetzt zeigte, ein Feind der nationalen, weil revolutionären Gedanken, und er zürnte Friedrich Wilhelm IV. seit den Märztagen wegen seiner Hinneigung zur deutschen Bewegung. In diesen Krieg zog Friedrich Wilhelm IV. dann aber nicht für Preußen allein, sondern auch für ein parlamentarisches Deutschland, das sich über Preußen erheben wollte. Und er wäre wohl kaum der richtige Mann für einen solchen Krieg und für eine solche Politik gewesen. Nur ein ganz großer, voraussehungsloser Realist hätte diesen Bund von Königtum und Revolution eingehen können, um Preußen mit Deutschland gegen Europa emporzuführen. 2. Friedrich Wilhelm IV. aber haßte die Revolution; er wollte diesen „imaginären Reif“

nicht, der „aus Dred und Letten gebaden“, an dem „der Ludergeruch der Revolution klebte“, die von Volkssouveränität und Parlamentarismus sprach.

- d) Die Ablehnung ist das Signal zum Austritt der meisten Abgeordneten aus der Paulskirche und zur Erhebung der Radikalen.

Diese erfolgt in Sachsen, wo der junge Richard Wagner in Dresden an der Revolution teilnimmt, und in Baden und der Pfalz, wo preußische Truppen unter dem Prinzen Wilhelm einen förmlichen Feldzug gegen die meist von polnischen Offizieren geführten Heere der Revolution unternehmen, deren Reste in Raftatt eingeschlossen, belagert und zur Ergebung gezwungen werden: die Anführer, soweit sie in Gefangenschaft geraten, werden erschossen.

10. Die preußische Union.

- a) Der Versuch der Reichsgründung durch die Paulskirche ist also gescheitert. Friedrich Wilhelm IV. hat nach der Ablehnung von sich aus eine kleindeutsche Reichsgründung versucht durch Verhandlung mit den Fürsten (Qu. I 14, 16). Zuerst hofft er auf Österreichs Einverständnis; dann, als dieses sich versagt, geht er ohne und gegen Österreich an seinen Plan.

Es kommt sogar zu Wahl und Zusammentritt eines Reichstags in Erfurt, der die von Preußen vorgelegte Bundesverfassung annimmt, die „Unionsverfassung“ von 1850. Aber die einzelnen Regierungen schwanken, veranlaßt durch Schwarzenberg, der die Wiedereröffnung des Bundestages in Frankfurt betreibt; so sind bald zwei Bundesregierungen vorhanden, die eine unter preußischer, die andere unter österreichischer Führung. Ein Krieg scheint unvermeidlich: Österreich will eine Bundesexekution gegen die mit ihrem Landesherrn im Kampfe um ihre Verfassung stehenden Kurhessen durchführen, Preußen bestreitet ihm das Recht dazu, weil es den Bund nicht anerkennt. Die Heere stehen einander gegenüber, da weicht Preußen dem Kampfe aus, weil Rußland sich auf Seiten Österreichs stellt.

- b) So ist Preußen gezwungen, mit Österreich den Vertrag von Olmütz zu schließen (November 1850); es rüstet ab, zieht seine Truppen aus Hessen zurück, gibt die Union auf und willigt in die Wiederherstellung des alten, unter österreichischem Vorsitz tagenden Bundestages.

In der Geschichte des deutschen Dualismus bedeutet dieser Tag eine schwere Niederlage Preußens; Fürst Schwarzenberg hatte nun auch nach außen die Macht des Kaiserstaates wiederhergestellt. Niemand empfand die Demütigung stärker als Prinz Wilhelm, der den Krieg diesem Vertrage vorziehen wollte. Aber Preußen wäre in diesem Augenblick unter den ungünstigsten politischen Bedingungen in den europäischen Krieg eingetreten.

Es waren nun zwei Versuche deutscher Reichsgründung gescheitert. Der eine war vom Boden der Revolution ausgegangen; er hatte den Gedanken eines unitarischen und parlamentarischen Reiches und eines Volkskaiseriums hervorgebracht, aber er war zugrunde gegangen an dem Manne, der die Krone dieses Kaiseriums tragen sollte. Der andere Versuch war auf dem Boden der Legitimität verblieben und an seiner eigenen, inneren Unmöglichkeit zerbrochen. Die deutsche Revolution von 1848/49 war also eine Episode geblieben: die „vormärzlichen“ Verhältnisse kehren für ein Jahrzehnt nochmals zurück, und nur in Preußen war mit der Verfassung ein unmittelbares Ergebnis gewonnen worden; die endgültige Beseitigung der letzten bäuerlichen Lasten war daneben von keiner allzu großen Bedeutung mehr. Aber vergebens war die Revolution doch nicht gewesen; die Probleme der

„deutschen Frage“ waren durchgedacht und geklärt worden, der Weg war erkannt (Qu. II 73, IV 6d). Auch die Liberalen von 1848 hatten gesehen, daß das Reich ohne Macht nicht zu schaffen war, und sie wären bereit gewesen, eine Macht zu gründen und einzusetzen: aber in Preußen fehlte der Mann, der mit ihnen gegangen wäre. Es war die Frage der Zukunft, ob ein solcher Mann sich finden und welchen Weg er beschreiten werde.

II. Daß Ringen der alten und neuen Mächte.

Das Jahrzehnt zwischen 1850 und 1860 ist eine Zeit des Ringens zwischen den alten und neuen Mächten in Deutschland, in Europa und in der Welt. Nach dem völligen Scheitern der revolutionären Bewegungen erlangen noch einmal die alten Gewalten die Oberhand, noch einmal erfolgt ein Zusammenschluß der Ostmächte gegen die Revolution; Zar Nikolaus I. tritt dabei an die Stelle Metternichs. So herrscht wieder der Geist der Reaktion. Aber die Ideen des Jahrhunderts, wenn auch besiegt und unterdrückt, sind dennoch nicht tot; langsam regt sich neues Leben unter der Decke, sammelt Kräfte und bereitet die Zukunft vor. In Deutschland zeigt sich dies doppelte Bild, wie einerseits geistige Ermattung die Menschen ergriffen hat, andererseits hervorragende Geister auf allen Gebieten neue Wege nach neuen Zielen suchen, bis gegen Ende des Jahrzehntes die freiheitlichen und nationalen Ideale eine volle Wiedererweckung und eine öffentliche Anerkennung erleben. In Frankreich stellt Napoleon III. sorgsam und erfolgreich die herrschenden Ideen des Jahrhunderts — das Nationalitätenprinzip und den demokratischen Gedanken — in die Dienste seiner Monarchie, und indem er so als der einzige „moderne Herrscher“ in Europa erscheint, gelingt es ihm bald, Europa wieder an die politische und kulturelle Hegemonie Frankreichs glauben zu machen. Vor allem aber bringen der Bürgerkrieg in den Vereinigten Staaten und die italienische Einheitsbewegung zum ersten Male wieder das Bild aufwärtsstrebender, sich erneuernder Völker.

1. Die Reaktionszeit in Deutschland.

Auf allen Gebieten zeigt sich die Abkehr von den Idealen der Paulskirche, zugleich aber auch die stille und verheißungsvolle Vorbereitung der Zukunft.

- a) Das politische Leben. Politische Flüchtlinge und Gefangene zeugen von dem Siege der alten Gewalten. Am Bundestage herrscht Österreich. In Preußen ist Friedrich Wilhelm IV. von allen nationalen Gedanken zurückgekommen; er wird beherrscht von der „Kamarilla“ seiner konservativen Freunde, der Brüder Gerlach. Diese gehen in der deutschen und auswärtigen Politik aus Sorge vor der Wiederkehr einer Revolution mit den Ostmächten zusammen, in der inneren Politik unterdrücken sie jede freiere Regierung. Strenge Gesetze werden erlassen über Zensurzwang und Belagerungszustand, die Schule wird dem neugegründeten Oberkirchenrat untergeordnet. Die Verfassungsrevision ersetzt das allgemeine Wahlrecht durch das Dreiklassenwahlrecht.

Aber daneben zeigt die Zeit auch andere Bilder: die Erwerbung von Wilhelmshaven (1853) als Basis für die neugegründete preußische Flotte bereitet eine Zukunft vor. Das politische Leben des Bürgertums ist nicht ganz tot. Die in der Revolution wirksamen Gedanken werden weiter gepflegt in den 1848 gegründeten politisch-satirischen Blättern, wie im „Laddekrattsch“. Die 1853 gegründete „Gartenlaube“ findet als das Familienblatt des Bürgertums die weiteste Verbreitung, weil sie die politische und geistige Freiheit verkündet. Die Übernahme der Regentschaft durch den Prinzen Wilhelm (1857) — veranlaßt durch die Geisteskrankheit des Königs — bringt schon bald durch Berufung liberaler Minister

eine „Neue Ara“ in Preußen. Überall in Deutschland beginnt mit dem Jahre 1859 eine neue Zeit: das Schillerfest, Schützen- und Turnfeste zeigen eine Erneuerung des öffentlichen Geistes, der mit starken nationalen und freiheitlichen Zielen zur Politik sich wendet.

- b) Die Geschichtswissenschaft entwickelt sich auf solcher Grundlage, getragen von einem nach nationaler und freiheitlicher Ordnung strebenden, politischen Sinne. Aus der Reihe der „politischen Historiker“, die mit bewusster Subjektivität die Ruhe der Ranke'schen Darstellung verlassen und durch die historische Wissenschaft für ihre politischen und ethischen Ziele wirken, ragt Theodor Mommsen hervor: seine „Römische Geschichte“ schildert mit deutlicher Bezugnahme auf die Fragen der Tages die Einigung Italiens unter römischer Führung, die Entartung der Adels Herrschaft und ihre Überwindung durch das demokratische Kaiserthum.
- c) Die Literatur sucht das Leben des Alltags auf heimatllicher Grundlage künstlerisch zu erfassen; so ersteht der Realismus der großen Erzähler, eines Storm, Fontane und Fritz Reuter im Norden, eines Otto Ludwig in Thüringen, eines Gottfried Keller in der Schweiz. Gustav Freytag sucht in seinen Romanen das deutsche Bürgertum bei seiner Arbeit auf. Friedrich Hebbel strebt nach der neuen Form des realistischen Dramas, Richard Wagner nach der Form des „Musikdramas“.
- d) Die bildende Kunst zeigt in besonderem Grade die Mannigfaltigkeit der nebeneinander hergehenden Strömungen. Kethel setzt in seinen Holzschnitten und Wandbildern die monumentale klassische Richtung fort, Schwind und Richter die von der Romantik angebahnte liebevolle Versenkung in das deutsche Gemüthsleben. Feuerbach und Böcklin suchen aus dem südlichen Natur- und Menschenleben neue Gestaltungsmöglichkeiten für die deutsche Kunst; Adolf Menzel ringt um die Wiedergabe der Welt der Erscheinungen mit rücksichtsloser Ehrlichkeit, und aus innerer Seelenverwandtschaft seiner Kunst mit dem preußischen Geiste wird er zum Herold Friedrichs des Großen.
- e) Die Philosophie bringt die Wiedergeburt des philosophischen Materialismus: der „Materialistenstreit“, als Streit um die Seele und die mechanische Erklärung der Lebensvorgänge, wird von Vogt und Büchner geführt, wie einst von den Enzyklopädisten. Aber andererseits ist die idealistische Philosophie nicht völlig vergessen, indem Arthur Schopenhauer gerade jetzt erst auf die Zeitgenossen wirkt; er erfährt sie freilich weniger durch seinen erkenntnistheoretischen Idealismus als durch seinen Pessimismus, der jetzt nach der Enttäuschung, die man erfahren, verstanden wird.
- f) Die Naturwissenschaften werden einerseits in Fortsetzung von Goethes Naturauffassung in universalem Zusammenhange gepflegt. So läßt Alexander von Humboldt um die Jahrhundertmitte seinen „Kosmos“ erscheinen als Darstellung des „durch innere Kräfte bewegten und belebten Naturganzen“. Robert Mayer findet das Gesetz von der Erhaltung der Energie, auf dem unser ganzes heutiges Naturerkennen beruht. Die Spektralanalyse von Bunsen und Kirchhoff erweist die Einheitlichkeit des Universums aus der Einheitlichkeit der irdischen und kosmischen Materie. 1859 entsteht der Darwinismus mit dem Werke von Charles Darwin — „On the origin of species by means of natural selection“, wodurch eine einheitliche Auffassung der gesamten Lebewelt erstrebt wird. Andererseits wird die Spezialforschung gefördert, und ihre Verwendung für das Wirtschaftsleben führt z. B. in Liebig's Agrilkulturchemie (1840) zu gewaltiger Steigerung der landwirtschaftlichen Intensität.
- g) Das Wirtschaftsleben zieht alle tätigen Kräfte an sich, denen die öffentlichen Zustände eine politische Betätigung verbieten. Der Kapitalismus macht große Fortschritte, es wachsen die Eisenbahnen und Dampfschiffe, die Berg- und Hüttenwerke, die Maschinenfabriken und Spinnereien, die Zuckerrabriken und die Che-

mischen Werke. Die Form der Aktiengesellschaft findet immer häufiger Anwendung und zeigt die steigende „Mobilisierung des Kapitals“. Das Bankwesen entwickelt sich: 1851 wird die Diskontogesellschaft, 1853 die „Darmstädter Bank für Handel und Industrie“ gegründet. Der Aufbau der Handelsflotte beginnt: 1857 richtet der Norddeutsche Lloyd die eigene Schiffsvermittlung zwischen den europäischen und transatlantischen Häfen ein, seit 1855 läßt die Hamburg-Amerikalinie eigene Dzeandampfer laufen.

So floß das deutsche Leben in dieser Zeit unscheinbar und in stiller emsiger Arbeit dahin: keine Periode ist ärmer an äußerem Glanz und Schwung, wenige kommen ihr gleich an Ernst und innerem Wert.

2. Frankreich unter Napoleon III. (1851—1870).

Der Bonapartismus siegt, indem Louis Napoleon Bonaparte, der gewählte Präsident der Republik, durch einen Staatsstreich am Austerlitztage von 1851 die Nationalversammlung auflöst (Qu. I 14, 18). Eine neue Volksabstimmung verlängert sein Präsidentenamt auf zehn Jahre. Am gleichen Tage des folgenden Jahres wird er auf Grund einer dritten Volksabstimmung als Napoleon III. Kaiser der Franzosen: abermals endet eine französische Revolution im Cäsarismus.

Plebizit, ein ohnmächtiges Parlament und das durch die Bourbonen erhaltene Präfectensystem kennzeichnen den erneuerten Bonapartismus, der sich wiederum stützt auf Heer und Masse. Deshalb wird wieder der Bund mit der Kirche geschlossen, und da die Massen jetzt nicht mehr nur aus Bauern, sondern auch aus Arbeitern bestehen, so nimmt Napoleon III. den neuen Gedanken der Arbeiterfürsorge, des „Staatssozialismus“ in sein Programm. Wieder wie nach dem 18. Brumaire will die Menge Brot und Frieden; Napoleon verspricht: „L'Empire c'est la paix.“ Aber um sich zu halten, braucht er Ruhm und so wird er in folgerichtiger Fortsetzung der alten französischen Ausdehnungs- und Eroberungspolitik zu auswärtigen Unternehmungen gedrängt (Qu. II. 132).

3. Der Krimkrieg (1854—56).

Napoleon III. will, im Sinne der bisherigen französischen Orientpolitik, in der Türkei Einfluß gewinnen und stützt dabei auf Rußland; daneben besteht das alte Ringen zwischen Rußland, das die Türkei zertrümmern will, und England, das sie beschützt: beerben wollen sie beide den „kranken Mann am Bosphorus“. England braucht also ein Landheer gegen Rußland; der englisch-französische Bund gegen Rußland ist gegeben, als Zar Nikolaus I. die Donaufürstentümer besetzt und nicht herausgeben will.

Der Krieg wird auf der Krim ausgefochten, Sebastopol wird belagert und erobert. Der Friede von Paris macht aus Moldau und Walachei ein Fürstentum Rumänien; das Schwarze Meer wird als neutral erklärt, der Bosphorus von neuem für alle Kriegsschiffe gesperrt.

Daß die Eifersucht der Mächte die Türkei rettet, wiederholt sich von nun an immer. Entscheidend bleibt dabei das Ringen zwischen England und Rußland im Orient: zum ersten Male seit Waterloo fühlt England wieder einen Gegner in der Welt. Denn das alte Drängen Rußlands nach dem Mitteländischen Meere wird durch den Krimkrieg zwar aufgehalten; aber es beruhigte auf zu tiefen geographischen und religiösen Gründen, als daß es bei dieser Entscheidung sich hätte beruhigen können. Wichtig ist ferner, daß durch den Krimkrieg der Bund der drei konservativen Ostmächte gelockert wurde: Osterreich, auf dessen Dankbarkeit für die Hilfe in Ungarn der Zar gerechnet hatte, war neutral geblieben, weil es einerseits Rußland nicht an der Donaumündung dulden konnte, andererseits den Anschluß an das revolutionäre Frankreich zu lange bedachte. In Preußen waren König und Kamarilla für die

Erhaltung der russischen Freundschaft; eine Rache für Olmütz, wie sie Prinz Wilhelm wünschte, kam für sie nicht in Betracht. Preußen blieb neutral: einen größeren Dienst hatte Rußland von dem schwachen Preußen nicht erwartet, und so erhielt sich die ererbte Freundschaft, die nur die „revolutionäre Verirrung“ Friedrich Wilhelms IV. eine kurze Zeit getrübt hatte.

4. Der Krieg von 1859.

a) Die italienische Einheitsbewegung.

Italien war ein „geographischer Begriff“, wie Metternich gesagt hatte. Seit dem Ende des Weströmischen Reiches war es zersplittert, seit der Renaissance das Opfer der Fremdherrschaft. Napoleon I. hatte auch hier zuerst die nationale Einheit geschaffen, der Wiener Kongreß sie wieder zerschlagen.

Aber der nationale Gedanke überlebt auch hier seinen Erwecker. Die Lage ist dieselbe wie in Deutschland: die nationale Einigung kann nur gegen die souveränen Fürsten und gegen Osterreich geschehen, es entbrennt also auch hier der Kampf zwischen Metternich und den Patrioten, die sich in Geheimbünden verschwören. Alle Fürsten sind Ausländer, außer dem Papst und dem König von Sardinien. So bestehen also zwei Möglichkeiten der Einigung: das Neoguelientum erhofft eine Einigung unter päpstlicher Führung gegen den österreichischen Kaiser — aber im Laufe der Revolution von 1848 wird es offenbar, daß der Papst einen Kampf gegen die katholische Vormacht nicht führen kann. So bleibt nur die Hoffnung auf Sardinien — aber die italienische Erhebung scheitert 1848 an Habsburg. Die Siege Radetzky's bringen jedoch die Erkenntnis, daß die nationale Einigung nur im Bunde mit einer Großmacht, also nicht durch Revolution, sondern nur durch einen europäischen Krieg geschaffen werden kann.

Graf Camillo Cavour, der italienische Bismard, gewinnt Frankreich: die Einheit der Völker lateinischer Rasse wird als napoleonische Erbschaft empfunden. Zum letzten Male wird also der Kampf zwischen Frankreich und Osterreich ausgefochten, und wieder **1859** auf italienischem Boden. Das Kriegsziel ist: „Italien frei bis zur Adria.“ Die Siege Mac Mahons bei Magenta und Solferino führen unmittelbar zu diesem Ziele (Qu. I 14, 19); da droht Preußens Eingreifen.

b) Preußen, Osterreich, Frankreich, und die „Deutsche Frage“.

Die napoleonischen Siege in Oberitalien stellen auch die deutsche Einheitsbewegung vor eine große Entscheidung; es taucht zum ersten Male die kleindeutsche Schicksalsfrage auf, ob Osterreich oder Frankreich der größere Gegner der deutschen Einigung ist. Die nationale Bewegung entzündet sich an dieser Frage, nachdem sie ein Jahrzehnt erloschen war: die Kleindeutschen schließen sich im „Nationalverein“ zusammen; das Schillerfest wird zu einer großen Kundgebung für deutsche Freiheit: Großdeutsche und Kleindeutsche fordern den Schutz der deutschen Habsburger gegen Frankreich. Auch der Prinzregent von Preußen ist von der nationalen Bewegung erfaßt, er will „den Po am Rheine verteidigen“, fordert aber für sich den Oberbefehl am Rhein. Dies ist eine Drohung gegen Frankreich und Osterreich zugleich.

Beide kommen dem preußischen Stoße zuvor und schließen den Frieden von Villafranca: die Habsburger verzichten lieber auf die Lombardei als auf die Vormachtstellung in Deutschland, Napoleon aber begnügt sich mit der Lombardei und gibt diese an den König Viktor Emanuel von Sardinien weiter; die italienischen Fürsten sollen zurückkehren. Die Befreiung Italiens bis zur Adria kann also nicht durchgeführt werden infolge der Haltung Preußens.

Die Haltung des Prinzregenten war durch die Eindrücke seiner Jugend bestimmt — durch die Erinnerung an die Flucht nach Memel, die Leiden und den

frühen Tod der Mutter, den Einmarsch in Frankreich 1814, an dem er selbst teilgenommen hatte. So galt ihm der Bonapartismus als der unheilvolle Träger des revolutionären Prinzips und der französischen Eroberungspolitik: auch der erste Napoleon hatte seinen Siegeslauf in Oberitalien begonnen und war dabei durch die preußische Neutralität begünstigt worden. Die öffentliche Meinung, die den Prinzregenten stützte, stand unter dem Eindruck der geschichtlichen Erinnerung, daß Frankreich der Feind der deutschen Einheit war. Aber andererseits war die Schaffung des nationalen Reiches ohne die Lösung des Dualismus nicht möglich, und von einem siegreichen Österreich war niemals zu erwarten, daß es die preußische Hilfe mit einem Verzicht auf seine deutsche Stellung bezahlt hätte. Das große Problem der deutschen Reichsgründung, wie Preußen zwischen Österreich und Frankreich an die Spitze des einzigen Deutschland geführt werden konnte, war somit sichtbar geworden. Auf Bismarck, der die Gelegenheit gegen Österreich nützen wollte, hörte niemand: zunächst wurde durch die Haltung des Prinzregenten Österreich gerettet, und damit wurden die italienische und die deutsche Einigung hinausgeschoben.

- e) Das Königreich Italien. Cavour geht freilich selbständig vor. Er verhindert, mit heimlicher Zustimmung Napoleons, durch Aufwiegelung der Bevölkerungen die Rückkehr der kleinen Fürsten Mittelitaliens und gewährt dafür Napoleon die Abtretung von Nizza und Savoyen; er unterstützt den geehrten Nationalhelden Garibaldi, als er mit seinen Freiwilligen die Dynastie in Neapel verjagt, muß ihn aber ablenken, als er die italienische Einheitsrepublik errichten will. So wird 1861 das Königreich Italien proklamiert — ohne Venetien und ohne Rom, mit Florenz als Hauptstadt.

Die Republik Garibaldis lag nicht im Sinne Cavour's; die Vertreibung des Papstes andererseits konnte Napoleon nie dulden, weil er in Frankreich den Kirchenkonflikt Napoleons I. vermeiden mußte, und deshalb schützte er den Kirchenstaat durch eine französische Besatzung. Der neue italienische Staat war also kein Werk aus eigener nationaler Kraft, sondern ein Werk der großen Politik und darum unvollkommen; die italienische Nationalbewegung mußte erst noch die Vollendung bringen. Um so größer war die Leistung Cavour's, daß er zwischen der Maßlosigkeit der Nationalisten, dem Mißtrauen der europäischen Mächte und der Selbstsucht Napoleons III. einen Weg fand. Als er unmittelbar nach der Erfüllung seiner Aufgabe starb, hatte er einen neuen Großstaat geschaffen. Preußen-Deutschland folgte rasch nach; Cavour wurde abgelöst durch Bismarck. Zur gleichen Zeit aber, da durch die deutsche und die italienische Einigung die Grundlegung von zwei neuen Großmächten in Europa erfolgte, hatten in Amerika die Vereinigten Staaten den Kampf um die Aufrechterhaltung ihrer Einheit zu führen, die allein ihnen die künftige Rolle einer Großmacht sicherte.

5. Der Sezessionskrieg in den Vereinigten Staaten.

- a) Die Ausdehnung der Union bis zum Stillen Ozean.

Die Neuenglandstaaten, die einst unter Ausnutzung des englisch-französischen Weltkampfes vom Mutterlande sich losgerissen hatten, waren noch in der napoleonischen Zeit in ihrem westwärts gerichteten Drang nach Ausdehnung und Gewinnung neuen Siedlungslandes über das rechte Ufer des Mississippi bis an den Rand des Felsengebirges gelangt. Denn um sie für sich zu gewinnen, hatte Napoleon — kurz bevor der Friede von Amiens gebrochen wurde — das soeben erst von den Spaniern gewonnene Louisiana an die Vereinigten Staaten verkauft. Indem England dann im Wirtschaftskampfe gegen Napoleon immer schärfer auch die Neutralen am Handel mit Frankreich gehindert hatte, war 1812 ein Zusammenwirken zwischen den Vereinigten Staaten und dem nach Rußland marschierenden Kaiser zustande gekommen: die Freiheit zur See war ihre

gemeinsame Parole gegen England. Zwar gelang den Vereinigten Staaten die geplante Eroberung Kanadas nicht, die Engländer verbrannten sogar das Kapitol in Washington; aber zur See fochten die Amerikaner nicht unglücklich. Jedoch die Voraussetzung, unter der die Vereinigten Staaten den Krieg begonnen hatten, schwand mit Napoleons Sturz.

Da eine Ausdehnung nach Norden also unmöglich ist, so wird die Kraft der Expansion nach Westen und Süden gedrängt. Die Monroe doktrin (1823) erhöht zunächst das politische Ansehen der Vereinigten Staaten in ganz Amerika und hält die Einmischung Europas fern. 1819 wird Florida von Spanien gekauft, 1845 erfolgt die Aufnahme der von Mexiko losgerissenen Republik Texas in den Verband der Union, 1846 wird das Nordwestgebiet (Oregon) aufgenommen, 1848 die Eroberung von Kalifornien und Neumexiko durch den erfolgreichen Krieg gegen Mexiko durchgeführt. Langsam füllen sich die gewaltigen Gebiete mit europäischen Siedlern.

Gerade in jenen Jahrzehnten ist ja die Flut der deutschen Massenauswanderung am höchsten: die Landnot in dem noch industriearmen, an Überbevölkerung leidenden Deutschland zwingt dazu, und die „Europamüden“, die dem Arm der Reaktion entfliehen wollen, schließen sich an. So wird die Siedlungsgrenze Nordamerikas immer weiter nach Westen vorgeschoben und das gewaltige Gebiet der Prärien aufgebrochen: eine Völkermischung ohnegleichen entsteht in diesem allgemeinen westward ahoi! Und diese Ausdehnung ist zugleich auf engste verkettet mit dem inneren Gegensatz, der den Vereinigten Staaten von Anfang an eigentümlich gewesen war und der nun immer stärker hervortritt.

b) Die Sklavenfrage.

Die Südstaaten unter der Führung Virginiens, im warmen Klima gelegen und mit ausgedehnten Zucker- und Baumwollplantagen bedeckt, setzen sich gesellschaftlich zusammen aus einer dünnen weißen Oberschicht von Gutsbesitzern und einer riesigen Herde von Negerflaven. Die Nordstaaten sind bei gemäßigtem Klima von Anfang an europäische Ackerbaukolonien, und seit dem Unabhängigkeitskriege ist zudem die staatlich geleitete Besiedlung von dem Gedanken erfüllt, einen Großgrundbesitz nicht aufkommen zu lassen. Indem nun der Einwandererstrom des 19. Jahrhunderts sich naturgemäß in diese Nordstaaten ergießt und hier allmählich, von Schutzölln begünstigt, eine Industrie sich entwickelt, beginnt der bis dahin führende Süden von dem Norden überflügelt zu werden, in welchem die Abschaffung der Sklaverei auch aus Gründen der Humanität immer schärfer gefordert wird. Um ihre Stellung zu stärken, werden die Südstaaten die eigentlichen Träger der Expansionspolitik; sie erwerben Texas und Neumexiko, die dem gleichen Klima angehören und also das Sklavensystem stärken. Die Gegner der Sklaverei vereinigen sich in der Partei der „Republikaner“, die Sklavhalter, die ihr „Recht und Eigentum“ verteidigen, in der Partei der „Demokraten“.

Die Geschichte der Vereinigten Staaten bietet hiermit das beste Beispiel für die Störung des inneren staatlichen Gleichgewichtes bei einer Vereinigung allzu verschiedener geographischer Individualitäten.

1860 erreichen die Republikaner zum ersten Male die Mehrheit bei der Präsidentenwahl: ihr Kandidat ist Abraham Lincoln, ein Mann aus dem fernen Westen, ein ernster und edler, von den Humanitätsgedanken des Zeitalters ganz erfüllter Mensch. Die Wahl ist für die Südstaaten das Signal zur Trennung; sie schließen sich zu einer losen Konföderation zusammen. Die Nordstaaten erklären demgegenüber die Union als einen durch Geschichte und Verfassung geheiligten Staatskörper, der nicht durch Austritt gelöst werden könne: aus dem

Kampfe um die Sklaverei entsteht der Krieg um die Erhaltung der Einheit.

- e) Der Bürgerkrieg (1861—1865). Die „Unionisten“ führen den Krieg mit dem Ziel, die „Rebellion“ der Südstaaten niederzuwerfen; die Südstaaten dagegen betrachten sich als eigene, kriegführende Macht. Erst nach jahrelangem Kampfe gelingt die Umschließung der Südstaaten, die auf die „Sezession“ verzichten und die allgemeine Abschaffung der Sklaverei anerkennen müssen. Lincoln wird bald nach Abschluß der Kapitulation von südstaatlichen Parteigängern ermordet. Die Gewährung des Stimmrechtes an die Farbigen vollendet den Sieg der Nordstaaten. Schon nach wenigen Jahren ist die Union wieder so gestärkt, daß sie von Rußland Alaska kaufen und durch das großartige Werk der Pazifikbahn den fernen Westen mit der Union aufs engste verbinden kann.

Von den europäischen Mächten sehen England und Frankreich die Schwächung der Vereinigten Staaten durch die Sezession gerne und erkennen deshalb die Konföderierten Staaten als kriegführende Macht an:

1. England, dessen Menschenfreunde einst die Antisklavereibewegung in der Welt begonnen hatten, ist für seine gewaltig entwickelte Textilindustrie auf die nordamerikanische Baumwolle angewiesen, steht daher seit langem mit den Südstaaten in gewinnbringendem Austausch seiner Industrieerzeugnisse gegen die Baumwolle und wird durch das Ausbleiben der Baumwolle in die größte aller Handelskrisen der Geschichte gestürzt.
2. Napoleon III. benützt die Schwäche der Union, um Frankreichs Macht auch in Amerika zur Geltung zu bringen und sich in die inneren Wirren Mexikos zu mischen; ein französisches Heer unter Bazaine führt den Erzherzog Maximilian, den Bruder des Kaisers Franz Joseph, ins Land und erreicht seine Wahl zum Kaiser. Aber die Befestigung der Südstaaten erlaubt es der Union, auf den in der Montrovedoktrin festgelegten Standpunkt zurückzukommen und Napoleon zur Abberufung seiner Truppen zu zwingen. Kaiser Maximilian wird von den durch die Franzosen verdrängten, nun wieder zur Herrschaft gelangten Republikanern standrechtlich erschossen (1861/67).
3. In Deutschland steht die öffentliche Meinung mit ihren Sympathien auf Seiten Lincolns und gegen die Slaventhaler. Viele alte 1848er, die drüben eine neue Heimat gefunden, erhalten im Sezessionskriege Gelegenheit, für ihre alten Ideale der Menschlichkeit, Freiheit und der einheitlichen Republik ins Feld zu ziehen: der bedeutendste von ihnen ist Karl Schurz. Umgekehrt wirkt auch die amerikanische Politik auf den Gang der deutschen Geschichte zurück: die Niederlage Napoleons III. lähmt seine Entschlußkraft auch in Europa in dem Augenblicke, wo Bismarck die Einigung Deutschlands in steter Sorge vor einem drohenden französischen Einspruch unternimmt.

Wie im Siebenjährigen Kriege verspielte wieder ein französischer Herrscher gleichzeitig Amerika und Deutschland, und der Einheitskampf des amerikanischen und des deutschen Volkes steht auf diese Weise in einem inneren Zusammenhang. Die Vereinigten Staaten wurden eine ferne und unbeabsichtigte, aber um so stärker wirkende Rückenbedeckung für Bismarck, als dieser sein Werk der Reichsgründung unternahm.

E. Die Einigung Deutschlands durch Bismarck.

1861—1888 Wilhelm I.

1861 Der preußische „Konflikt“; Bismarck preuß. Ministerpräsident

1863 Lassalles „Allgemeiner deutscher Arbeiterverein“

1864 Krieg mit Dänemark

1865 Gastein — Allgemeiner deutscher Frauenverein

1866 Königgrätz

1867 Der Norddeutsche Bund — Die Luxemburger Frage — *Das „Kapital“ von Karl Marx*

1870 Vatikanisches Konzil

1870/71 Deutsch-französischer Krieg: Die Begründung des Deutschen Reiches

I. Der Kampf um die Vorherrschaft.

Der Einheitsdrang der deutschen Nation hatte den mit den napoleonischen Kriegen begrabenen deutschen Dualismus von neuem entfacht. Die Revolution von 1848 hatte ihn mit voller Schärfe an den Tag gebracht, ihr Scheitern schien ihn einseitig zugunsten Österreichs gelöst zu haben: weit stärker als Metternich, der Preußen gegenüber immer schonend aufgetreten war, nutzten Schwarzenberg und seine Nachfolger die österreichische Vorherrschaft am wiederhergestellten Bundestag. Einen Ausweg aus dieser Lage schien es nicht zu geben.

1. Otto von Bismarck (Qu. II 79).

Friedrich Wilhelm IV. fügt sich mit der „Kamarilla“ gerne in die österreichische Oberherrschaft, die wenigstens die Ruhe der alten Zeit wiederhergestellt hat. Als dann der nationale Geist nach dem Ende der Reaktionszeit die „deutsche Frage“ von neuem in Fluß bringt, da ist sie durch die Machtentfaltung Frankreichs noch verwickelter und undurchsichtiger geworden. Man tastet nach einer Lösung, aber nur einer findet sie: Otto von Bismarck. Auch er ringt sich erst nach langen Beobachtungen zu seiner eigenen Ansicht vom Staate durch, von der aus er dann die Lösung der deutschen Frage unternimmt; nur langsam gelangt er zu jener machtpolitischen Anschauung, wonach das Interesse des eigenen Staates allen anderen Interessen voranzugehen habe.

- a) Bismarcks Jugend. Bismarcks Name ist in die Annalen der deutschen Geschichte tiefer eingegraben als der irgendeines anderen Deutschen; mit seinem Lebensgang und seiner Persönlichkeit hat sich darum die

deutsche Geschichtsschreibung eingehender zu beschäftigen als mit jeder anderen historischen Gestalt.

Die Vorfahren. Seit einem halben Jahrtausend sitzen die Bismarcks in der Mark. Im 13. Jahrhundert erscheinen sie zuerst unter den Patriziern der Stadt Stendal, in deren Nähe, gleichfalls in der Altmark, das Städtchen Bismark liegt. 1345 erhalten sie von den wittelsbachischen Markgrafen Schloß Burgstall zu Lehen und gelangen so in die Oberschicht des altmärkischen Adels, neben die Schulenburg, Alvensleben, Knefbeck. Sie nehmen teil an der Opposition des Adels gegen die neue Dynastie der Hohenzollern; 1562 wird ihnen Burgstall genommen, dafür erhalten sie als geringen Ersatz das rechtselbische Schönhausen. So werden sie aus der Altmark in die ostelbische Ritterchaft verpflanzt. In der Fronde des märkischen Ständetums gegen den emporsteigenden Absolutismus sind sie auch weiterhin führend; so erscheinen sie in dem berühmten politischen Testamente Friedrich Wilhelms I. von 1722. Erst Friedrich d. Gr. hat den Adel völlig gewonnen: Bismarcks Urgroßvater fällt 1742 an der Spitze seines Regiments, sein Großvater nimmt 1758 schwer verwundet den Abschied, sein Vater Ferdinand von Bismarck verläßt nach dem Feldzuge von 1792 den Dienst, um seine Güter zu bewirtschaften.

Elternhaus und Schule. Ferdinand von Bismarck verheiratet sich 1806 mit Wilhelmine Menden — aus einem bürgerlichen Geschlecht von Gelehrten und hohen Beamten; ihr Vater ist Kabinettsrat Friedrichs d. Gr. und Friedrich Wilhelms III. gewesen. So tritt hier neben das nüchterne, derbe, unliterarische Geschlecht der Landedelleute und Offiziere die vornehme geistige Welt der Aufklärung. Der Erziehung des am 1. April 1815 zu Schönhausen geborenen Sohnes Otto von Bismarck gibt die Mutter zunächst die Richtung. 1822/27 ist er in Berlin in der Plamannschen Erziehungsanstalt, die nach den Grundsätzen Pestalozzis aufgebaut ist; von 1827/32 besucht er das humanistische Gymnasium zum „Grauen Kloster“ in Berlin.

Was die Stimmung dieser Knabenjahre besonders kennzeichnete, war die Sehnsucht nach dem Lande, das Heimweh nach dem väterlichen Gute Knepfshof. Die religiösen und politischen Anschauungen des Knaben und Jünglings wurden geformt von Aufklärung und Neuhumanismus, die auf den preußischen Gymnasien der Zeit herrschten und die auch die Weltanschauung der Mutter waren. So bekannte Bismarck später oft, daß sein Glaube schon zur Zeit der Einsegnung durch Schleiermacher nichts anderes war als ein „nackter Deismus, der nicht lange ohne pantheistische Beimischungen blieb“. Auch seine politischen Anschauungen wurden von Schule und Zeitalter stark beeinflusst, wie die berühmten Eingangsworte der „Gedanken und Erinnerungen“ bekennen. Noch bis 1848 pflegte er sich mit bürgerlichem Namenszuge zu unterzeichnen. Aber hier waren die Kräfte der Tradition doch stärker als auf religiösem Gebiete: „Meine geschichtlichen Sympathien blieben auf Seiten der Autorität.“

Auf der Universität Göttingen ist er bei einem Korps eingespungen. Er ist ein forschender Student gewesen, aber das Treiben erfüllt ihn nicht und er nimmt daher schnell Abstand von diesen Dingen. Sein Ziel ist der diplomatische Dienst.

Wenn er trotz seiner freien Anschauungen beim Korps und nicht bei der Burschenschaft aktiv wurde, so gibt er als Grund in den „Gedanken und Erinnerungen“ an, es habe ihn bei der Burschenschaft „der Mangel an äußerer Erziehung und an Formen der guten Gesellschaft“ abgestoßen; in Wirklichkeit waren es eben doch auch die angeborenen monarchischen Gefühle und das Standesbewußtsein des Edelmannes, die ihn zu dem Korps führten.

Berlin und Aachen. Voraussetzung für den diplomatischen Dienst war die Vollendung der juristischen Ausbildung. So erlebte er denn an der Universität Berlin sein Studium, wird 1835 Auskultator (Referendar). Aber die Abneigung gegen den Dienst an den Akten wächst, als er beim Kammergericht sieht, wie

schlimm die Rechtsunsicherheit war. Um die Zeit der juristischen Ausbildung abzukürzen, meldet er sich in die Rheinprovinz, wo die Vorbereitungszeit um ein Jahr kürzer war. So kommt er nach Aachen. Dort, in der vornehmen Badestadt, stürzt er sich in das Getriebe der großen Welt und macht Schulden; er reißt plötzlich ab — über Wiesbaden nach der Schweiz.

Berufswechsel. Die dienstlichen Folgen des unbedachten Entweichens bleiben nicht aus; nach Aachen kann er nicht zurück; er tritt bei der Regierung in Potsdam ein; das Militärjahr folgt. Ungewiß zweifelt er, ob er nicht „den Hohenzollern lieber auf dem Schlachtfelde und mit dem Degen als am Schreibtisch und mit der Feder dienen wolle“. Aber er hat doch auch für den Militärdienst keine innere Neigung. Entscheidend wird schließlich die wirtschaftliche Notlage der Familie, indem der Vater in den für die Landwirtschaft so schwierigen Zeiten es nicht versteht, die Güter ertragreich zu bewirtschaften. So kann Bismarck seinen alten Wunsch erfüllen, die Feder mit dem Pfluge zu vertauschen; in einem berühmten Briefe vom September 1838 begründet er diesen Berufswechsel vor sich und den Verwandten (Qu. II 79, 2).

Der Landjunker. Zwölf Jahre führt er nun auf Kniephof in Pommern und nach des Vaters Tode in Schönhausen das Leben eines unabhängigen Landjunkers — ein tätiger und kluger Gutsherr, ein rastloser Reiter und Jäger, der „tolle Bismarck“, wie ihn die Nachbarn nennen. Reisen durch England, Frankreich, die Schweiz erweitern seinen Gesichtskreis. Die Arbeit des Gutsbesizers und das Amt des Deichhauptmannes führen ihn mit Menschen aller Art zusammen, auch mit den Beamten, mit denen er sich als echter Junker und Gegner des modernen Staates herumtreibt. Aus dem romantisch-pietistischen Kreise des pommerschen Adels holt er sich die Gattin Johanna von Puttkammer. So schließt er sich eng an seine Standesgenossen an, als gläubiger Protestant, der er nunmehr geworden ist, als Feind der Bureaukratie, als Royalist, aber auch bereit zur ständischen Opposition. Gelegentlich nimmt er noch einen Anlauf zum Rücktritt in den Staatsdienst, aber er hat keinen „Assessor“. In normalen Zeiten wäre seine Laufbahn beendet geblieben.

b) Der Parlamentarier. Der „Vereinigte Landtag“ gibt Bismarck einen Weg zur politischen Wirksamkeit; als Abgeordneter tritt er für die Rechte der Krone gegen die Ansprüche des Parlamentes auf (Qu. II 79, II 1).

Seine erste Rede, vom 17. Mai 1847, lehnt den Gedanken ab, daß die Kämpfer des Freiheitskrieges von 1813 auch für eine innerpolitische Freiheit in den Tod gegangen seien: die Forderung nach Einlösung des königlichen Verfassungsversprechens hatte ja gerade in diesem Gedanken ihren besonderen Grund.

In der Rede vom 1. Juni nimmt er den Vereinigten Landtag als Einlösung des kgl. Versprechens, in der Rede vom 12. Juli verteidigt er den Gedanken des christlichen Staates.

Die Märztage 1848 machen ihn bereit zur Gegenrevolution, die Ablehnung der Kaiserkrone billigt er ebenso wie nachher den Vertrag von Olmütz. Seine Rede vom 21. April 1849 übt scharfe Kritik an der Frankfurter Verfassung, an ihrem Grundsatz der Volkssouveränität, ihrem allgemeinen und direkten Wahlrecht, ihrem jährlichen Budgetbewilligungsrecht, ihrem revolutionären Unitarismus. Die Rede vom 6. September beruft den Geist Friedrichs d. Gr. und seiner mutigen preußischen Interessenpolitik gegen Friedrich Wilhelms IV. Unionspolitik, und dementsprechend billigt dann die Rede vom 3. Dezember 1850 den Vertrag von Olmütz. Wenn sie auf Wunsch des Kriegsministers gehalten wurde, indem Preußen mangelhaft gerüstet war, so ändert das nichts an der Tatsache, daß Bismarck die Unionspolitik verurteilte. Denn — so heißt es in seiner Rede — „die einzige gesunde Grundlage eines großen Staates . . . ist der staatliche Egoismus und nicht die Romantik“; ein Krieg mit Osterreich um deutscher Ziele willen hätte dem Geiste der friedfertigen Politik durchaus widersprochen, und darum konnte Preußen unbeschadet seiner Ehre zurückweichen.

Die Rede zur Rechtfertigung des Vertrages von Olmütz zeigte Bismarck als konservativen Parteigänger, als Anhänger der Brüder Gerlach und ihrer Politik: nur die starke Betonung des staatlichen Egoismus deutete auf den künftigen Bismarck, wenn auch die Anwendung, die er davon machte, sich mit dem konservativen Partikularismus der Gerlachs und mit ihrer Freundschaft zu Österreich deckte. Die Rede entsprach Bismarcks wahren Anschauungen; aber sie war zugleich eine Werbung um den König, durch die er sich diesem empfahl.

- e) Der Bundestagsgesandte. Seine Ernennung zum Bundestagsgesandten stößt denn auch auf Widerspruch bei der künftigen Diplomatie und Beamtenschaft. Aber dem König ist der mutige Sprecher wertvoll, zumal die Gegnerschaft seines Bruders Wilhelm und des ganzen Hofes in Coblenz immer schärfer wird. Bei Bismarck selbst ist es schwer zu entscheiden, wie angesichts der Berufung Ehrgeiz und Zurückhaltung sich mischen: denn einerseits lebte in ihm die Liebe zur Scholle und zur Familie, andererseits aber auch der Glaube an seine Sendung. Ergreifend spiegelt sich dieser Zwiespalt in den Briefen an die Gattin, besonders in jenen vom 3. und 7. Mai 1851.

Bismarcks Denkschriften aus Frankfurt und sein Briefwechsel mit dem General von Gerlach zeigen die Stufen seiner politischen Entwicklung:

Der „friedliche Dualismus“, den Schwarzenberg verlassen hat, scheint Bismarck, als er nach Frankfurt kommt, der erstrebenswerte Zustand. Denkwürdig bleibt in dieser Hinsicht der Besuch, den er im Anfange seiner Frankfurter Zeit dem greisen Fürsten Metternich droben auf dem Johannisberge macht und wo der Begründer und der Zerstörer des „Deutschen Bundes“ sich in der Uebersetzung begegnen, daß der friedliche Dualismus der alten Zeit die beste Organisation für Deutschland, für die beiden deutschen Großmächte und für Europa darstelle. Auch nach Wien wird Bismarck einmal von seinem König in Spezialbotschaft gesandt, weil beide in der österreichisch-preussischen Freundschaft den wahren Schutz vor den Mittelstaaten und ihren Rheinbundgeflüsten sehen.

Aber die Haltung des österreichischen Präsidialgesandten, Grafen Thun, zeigt Bismarck bald, daß das alte Einvernehmen nicht wiederhergestellt werden kann. Denn zwischen der Metternichzeit und der Gegenwart liegt Friedrich Wilhelms IV. ehrgeizige „Deutsche Politik“ und liegt vor allem der österreichische Sieg von Olmütz; nun genießt Österreich die unbedingte Rückenbedeckung Rußlands und der Mittelstaaten.

Schon Bismarcks Bericht vom 22. Dezember 1851 entwickelt dies alles klar und scharf. Inzwischen arbeitet er mit Erfolg an der „gesellschaftlichen Glättung“ des Grafen Thun: er hat ihn in seinen Berichten oft und mit satirischem Griffel gezeichnet.

Während des Krimkrieges decken sich Bismarcks Ansichten und Ratschläge noch mit der konservativen und russenfreundlichen Politik der Gerlachs, woraus sich die scharfe Abneigung des Prinzen Wilhelm gegen diesen Gesandten erklärt — „qui avait des idées d'écolier“. Aber die traditionell russisch-preussische Freundschaft erhält bei ihm einen anderen Sinn, sie ist für ihn bereits ein Ausfluß der Interessengemeinschaft der beiden Staaten: Preußen sei für sich im Orient uninteressiert und könne Rußland dort gewähren lassen, wo Rußland und Österreich sich als Konkurrenten entgegenstehen.

Die große Denkschrift vom 18. Mai 1857 setzt dann auseinander, daß beide deutschen Großstaaten im Bunde unmöglich seien, ohne daß Preußens Interesse leide; Österreich aber werde und könne nicht ohne Waffengang auf seine deutsche Stellung verzichten; also brauche Preußen Verbündete: Rußland und Frankreich. Die Bedenken der Gefühlspolitiker gegen den Bund einer legitimen und einer revolutionären Regierung suchen die Briefe an General von Gerlach zu zer-

streuen, besonders die Briefe vom 2. und 30. Mai 1857, die Bismarck wegen ihrer grundsätzlichen politischen Bedeutung noch in die „Gedanken und Erinnerungen“ aufgenommen hat.

Für die Entwicklung des Staatsmannes Bismarck sind die Frankfurter Jahre entscheidend geworden. Er wurde von seinem Könige 1851 dorthin geschickt als preußischer Konservativer, der entschlossen war, im Interesse der Reaktion das Einvernehmen mit Österreich zu fördern, und er schied 1859 von Frankfurt mit der Erkenntnis, daß Österreich der eigentliche Feind Preußens sei und daß die kriegerische Lösung des deutschen Dualismus für Preußen eine staatliche Notwendigkeit darstelle, hinter der alle Gemeinsamkeit der konservativen Gefühle zurückzutreten habe. So waren die Frankfurter Jahre die für Bismarcks staatsmännisches Werden entscheidenden seines Lebens; denn in ihnen entwickelte er sich aus einem konservativen Gefühlspolitiker zu dem großen Realpolitiker, der es ablehnte, die Macht und das Interesse seines Staates in die Dienste fremder Ideen, Gefühle und Weltanschauungen zu stellen: „Der Staat selbst ist eine Idee“, wie schon Ranke gelehrt hatte, als er das Wesen der Machtpolitik im Studium der großen Staatsmänner des Absolutismus fand (Qu. II 79, III 4).

- d) Die Abberufung 1859. Da Prinzregent Wilhelm sich bei Ausbruch der Krisis von 1859 in Frankfurt nicht durch einen Gesandten vertreten lassen will, der den Bruch mit Österreich erstrebt, erfolgt seine Abberufung. Er kommt als Gesandter nach Petersburg. Von dort aus widerspricht er vergebens der Politik des Prinzregenten: er fühlt sich in Petersburg „kaltgestellt“.

Den Zeitgenossen erschien freilich der Gedanke eines Einvernehmens zwischen Preußen und Frankreich fremdartig. Niemand in Deutschland begriff Bismarcks Politik des staatlichen Egoismus.

1. Dem Könige graute vor der dämonischen Verwegenheit, mit der Bismarck über liebgewordene Rücksichten und über die Erinnerungen der Befreiungskriege hinwegschritt.

2. Mit den Liberalen verband ihn zwar eine gemeinsame Gegnerschaft gegen Österreich, aber die Liberalen wollten den deutschen Dualismus lösen um der nationalen Einheit willen, Bismarck dagegen im Interesse der preußischen Macht; und während jene die Lösung auf friedlichem Wege erhofften, war Bismarck zu der Überzeugung gekommen, daß der deutsche Dualismus nicht beseitigt werden konnte „durch Parlamentsreden und Majoritätsbeschlüsse, sondern durch Eisen und Blut“.

So stand Bismarck einsam in seiner Zeit. Nicht als ob die Machtpolitik vergessen gewesen wäre! Aber Schwarzenberg oder Napoleon III. konnten die Macht Tendenzen ihrer Staaten durch ideelle Begründungen weihen: der eine durch die „Wiederherstellung der alten Ordnung“, der andere durch das „Nationalitätenprinzip“. Nur in Deutschland waren innere und äußere Politik auseinandergefallen. Bismarcks Lebenswerk ist die Lösung des einen Teiles der dadurch gegebenen Doppelaufgabe: er hat die Macht und den Sinn für die Macht wieder erweckt. Hat er dadurch den deutschen Geist und das Leben der Welt rauher und herber gemacht, so gab es doch ohne ihn kein starkes Preußen und kein einiges Deutschland. Die andere Aufgabe aber, der neuen Macht nun auch aus dem inneren deutschen Leben heraus einen geistigen Inhalt zu geben, sollte ihm und seinen Nachfolgern nicht gelingen (Qu. I 15, II 78/79).

2. Die Heeresreform und Bismarcks Berufung.

Obwohl König Wilhelm I. persönlich und politisch die größte Abneigung gegen Bismarck hegte, wurde er doch durch den Streit um die Heeresreform gezwungen, ihn an die Spitze der Staatsgeschäfte zu stellen (Qu. II 89, II a).

- a) Die militärische und politische Bedeutung der Heeresreform.

Bei Übernahme der Regentschaft beruft Prinz Wilhelm ein liberales Ministerium, aber diese vielbegrüßte „neue Ära“ geht bald vorüber, als der Streit um die Heeresreform Königtum und Abgeordnetenhaus trennt.

1. Die Vorlage der Regierung.

Die durch den Kriegsminister Roon ausgearbeitete Gesetzesvorlage sieht eine große Vermehrung der Regimenter und also der jährlichen Einstellungen vor und will außerdem die jüngeren Jahrgänge der Landwehr noch in die Reserve aufnehmen (Qu. II 89, II 18).

Mit den Motiven der Vorlage ist das Abgeordnetenhaus einverstanden: während seit dem Boyenschen Wehrgesetz von 1814 die Zahl der Regimenter nicht mehr erhöht worden war, ist die Einwohnerzahl der Monarchie in dieser Zeit immer mehr gestiegen. Daraus ergab sich bei den Auslosungen eine immer höhere Zahl von Befreiten, während der Mann, der sich nicht freiloste, bis zum 39. Lebensjahre in Linie, Reserve und Landwehr zum Kriegsdienste bereit sein mußte.

Um die älteren, verheirateten Landwehrlaute schonen zu können, mußte die allgemeine Wehrpflicht wieder vollständig durchgeführt werden, und daneben mußten die jüngeren Jahrgänge der Landwehr leichter als die älteren in der Front Verwendung finden können. So verlangten allein diese Mißstände eine Heeresreform, auch wenn man die gespannte internationale Lage, die für den König gleichfalls bestimmend war, nicht in Betracht zog.

2. Die Einwände des Abgeordnetenhauses richten sich gegen die Vorschläge, die der Reformplan zur Abstellung dieser Mißstände macht. Die Fortschrittspartei, welche die Mehrheit im Abgeordnetenhaus besitzt, will die Mehreinsetzung von Rekruten dadurch erreichen, daß die durch die Reaktion 1852 abgeschaffte zweijährige Dienstzeit wieder eingeführt werde. Böllig ablehnend verhält sich das Abgeordnetenhaus gegen die Zurückschiebung der Landwehr zugunsten der Reserve.

Durch die Vorlage wurde die Bedeutung der Landwehr sehr verringert, und sie verfolgte zweifellos auch dieses Ziel. Andererseits aber erstrebte das Abgeordnetenhaus mit der Einführung der zweijährigen Dienstpflicht eine Stärkung der Landwehr über ihre Stellung im Boyenschen Wehrgesetz hinaus: das Abgeordnetenhaus sah in der Landwehr den Kern des Volksheeres, das eigentliche „Volk in Waffen“, und das aktive Heer sollte nach dieser Meinung nur eine Rekrutenschule sein; der König dagegen sah in der Linie — also in den beim Kriegsfall gerade unter den Waffen stehenden und noch durch einige Reservisten verstärkten Truppen — das allein schlagfertige Heer. Es waren nicht nur zwei verschiedene Auffassungen in einer technischen Frage des Militärwesens, sondern auf beiden Seiten waren politische Motive wirksam. Das Abgeordnetenhaus trat für die Landwehr ein, weil sie aus Leuten bestand, die ihren bürgerlichen Beruf und damit auch äußerliche Unabhängigkeit besaßen und von bürgerlichen Offizieren kommandiert wurden; König und Kriegsminister wollten die Stärkung der Linie und der in diese eingeordneten Reserve, weil nur die Kasernenarmee, die in stetiger Übung gehalten und von aktiven Offizieren kommandiert wurde, als ein für alle Fälle zuverlässiges Werkzeug erschien. Die Frage, Parlamentsheer oder königliches Heer, stand also bewußt im Hintergrunde des ganzen Streites: so wurde dieser ein Kampf um die Macht der Krone oder des Parlamentes und wurde von beiden Seiten in diesem Sinne geführt.

b) Der Streit um die Heeresreform.

1. Das Provisorium: Als die Vorlage schon in der Kommission des Abgeordnetenhauses verworfen wird, zieht die Regierung ihren Entwurf zurück und verlangt die Mehrkosten als provisorische einjährige Bewilligung. Diese wird mit Rücksicht auf das liberale Ministerium der „Neuen Ara“ gewährt. So ist die Entscheidung vertagt; eine Verständigung kommt nicht zustande.
2. Der Kampf verschärft sich, als das Abgeordnetenhaus die Kosten der Reorganisation im Staatshaushalt von 1862 streicht, während das Herrenhaus seinerseits den Gesetzentwurf über den Staatshaushalt in der vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Feststellung verwirft.
Auch die Krönung in Königsberg verschärft den grundsätzlichen Gegensatz zwischen Krone und Parlament; denn indem der König wider bestehenden Brauch in Königsberg eine feierliche Krönung veranstaltet, betont er entschieden das Gottesgnadentum und seine Feindschaft gegen den englischen Parlamentarismus. Als die Neuwahl des Abgeordnetenhauses trotz starker Wahlbeeinflussung die alte Opposition verstärkt zurückbringt, wird die Bewilligung der Reorganisationskosten endgültig und mit großer Mehrheit abgelehnt.
3. Das Ende der „Neuen Ara“. Ein rechtliches Mittel, die Reorganisation trotzdem aufrechtzuerhalten, gibt es nicht mehr; die Minister treten zurück. Nur Bismarck ist bereit, gemeinsam mit Roon den Kampf gegen das Abgeordnetenhaus fortzusetzen.

c) Babelsberg.

Gerade in diesen Monaten hatte Bismarck dem König in Denkschrift und Vortrag seine Lösung der deutschen Frage entwickelt: er wollte die deutsche Frage benutzen zur Machtsteigerung Preußens, und er gab deshalb den Rat, Preußen solle sich für die freiheitliche Reform des Bundes, besonders für ein deutsches Parlament mit allgemeinem Wahlrecht einsetzen und dadurch die nationale Bewegung in Deutschland für sich gewinnen; aber zugleich wollte er auch alle militärischen Vorbereitungen getroffen sehen zur letzten Entscheidung mit Osterreich. Der König scheute jedoch vor Entscheidungen zurück. Er schickte Bismarck als Botschafter nach Paris.

Nun ist der Augenblick der Berufung gekommen. Die Durchführung der Reorganisation hält der König aus militärischen und politischen Gründen für unumgänglich; Minister, die den Kampf mit dem Abgeordnetenhaus auch jetzt noch durchführen wollen, findet er nicht mehr; schon will er abdanken; da kommt, von Roon herbeigerufen, Bismarck, der schon längst diesem Augenblick entgegengesehen, weil er ihm den Weg zur Durchführung seiner politischen Gedanken bahnen soll.

Die Unterredung im Schlosse zu Babelsberg bringt die Berufung am 22. September 1862. Bismarck erklärt dem Könige, daß **1862** er die Macht der Krone gegen das Parlament behaupten wolle — wenn es nötig werde, selbst durch Errichtung einer Diktatur.

3. Der Konflikt.

Als das Abgeordnetenhaus die geforderten Summen von neuem herabsetzt, das Herrenhaus dagegen dem also verkürzten Budget seine Zustimmung versagt und infolgedessen ein Budgetgesetz wieder nicht zustande kommt, erklärt Bismarck, die Verfassung habe diesen Fall nicht vorgesehen, sie habe also eine Lücke; da aber die Staatsmaschine nicht stillstehen könne, so gebe die Notwendigkeit der Regierung das

Recht, bis zur Einigung die Lücke zu überbrücken und somit die Steuern ohne Budgetgesetz zu erheben.

So war aus dem Streit um die Heeresfrage der „Konflikt“ entstanden, der große Kampf um die Verfassung zwischen Krone und Parlament. Bismarcks „Lückentheorie“ war staatsrechtlich nicht haltbar; sie entwertete völlig das Steuerbewilligungsrecht der Kammer, also das vornehmlichste Recht, das eine Repräsentativverfassung gewährt. Bismarck aber wollte die Dinge nachdrücklich zur Entscheidung treiben und trat daher vor Abgeordnetenhaus und Budgetkommission sehr entschieden auf: er sprach schon in seiner ersten Rede, am 30. September, Preußen müsse seine Kraft zusammenfassen, denn es habe eine „zu große Nüftung für seinen schmalen Leib“. Übermals fiel hier das Wort von „Eisen und Blut“, und selbst Roon war unzufrieden über solche „geistreiche Exzesse“ (Qu. I 15, II 2).

Dem Liberalismus jener Zeit, der an dem Studium der englischen Verfassung immer wieder sich stärkte, entging nicht die Ähnlichkeit dieses Konfliktes mit dem Kampfe Karls I. von England, und er pflegte dies Bismarck gegenüber mit besonderer Absichtlichkeit zu betonen; wie schwer solche blutige Vergleiche den König niederdrückten — zumal da sein Sohn Kronprinz Friedrich Wilhelm und sein Schwiegersohn Großherzog Friedrich von Baden dem Liberalismus anhängen — zeigt die Fahrt von Jüterbog nach Berlin, von der Bismarck in den „Gedanken und Erinnerungen“ berichtet; wie hierbei, so gelang es Bismarck in der Folge überhaupt, den blutigen Schatten Karls I. zu verschleichen. Denn wenn in Preußen der Streit um die Kommandogewalt und um die Weitererhebung der nichtbewilligten Steuern nicht bis zur offenen Revolution führte, so war es, weil die bürgerliche Opposition der Fortschrittspartei keine Masse und nicht das gewaltige Ethos des Calvinismus hinter sich hatte. Das Abgeordnetenhaus erklärte zwar den Minister für verfassungswidrige Ausgaben mit seiner Person und seinem Vermögen haftbar, und Bismarck wurde die Zession seines Grundbesitzes an seine Kinder von Freunden nahegelegt, weil bei einem Thronwechsel eine Vermögenskonfiskation nicht unmöglich erschien. Auch beschäftigte sich das Abgeordnetenhaus — wieder nach dem Vorbilde der englischen Verfassung — mit dem Gedanken der Ministeranfrage, und manche sahen bereits, wie Bismarck mit grimmigem Humor geschildert hat, den Ministerpräsidenten „zugunsten des Staates Wolle spinnen“. Aber die zunächst allein wirksame Waffe war doch die Steuerverweigerung, und diese wurde nicht durchgeführt; denn Heer und Beamtentum waren durch strenge Überlieferung fest in der Hand der Krone, in den Bauern aber lebte die lutherische Lehre vom Gehorsam gegenüber der Obrigkeit, auch wenn sie unrecht tut. Vor allem aber konnte Bismarck leicht den Abschluß des Konfliktes erreichen, als er mit dem von den Gegnern nicht bewilligten Heere und in zwei von ihnen verurteilten Kriegen die nationalen Wünsche dieser Gegner auf seine Weise erfüllte.

4. Der Krieg von 1864.

a) Bismarck und die nationale Bewegung.

Wie Bismarck will auch die neu erstarkende nationale, kleindeutsche Bewegung den Ausschluß Osterreichs; aber sie will ihn im Interesse der deutschen Einigung und nicht der preußischen Macht; vor allem aber will sie, daß Preußen durch „moralische Eroberungen“, also besonders durch freiheitliche Regierung im Innern sich die Sympathien des übrigen Deutschland erwirbt und dadurch die deutsche Frage ihrer Lösung näherführt. Der Konfliktminister ist ihr daher auch darum verhaßt, weil er die Begründung des kleindeutschen Reiches unmöglich zu machen scheint. Auch eine Reihe von Fürsten gehören dieser Bewegung an, so vor allem Großherzog Friedrich von Baden, der Schwiegersohn des Königs Wilhelm: erfüllt von den freiheitlichen und nationalen Idealen der Zeit, sind diese Fürsten bereit, auf ihre rheinbündische Souveränität zu verzichten. Auch die großdeutsche Bewegung erstarkt seit dem Ende der Reaktion.

Osterreich erfährt den Augenblick und schlägt als Bundesreform die Einrichtung eines Fürstentages neben einem Reichstage vor. Bismarck setzt bei dem Könige durch, daß dieser nicht auf den Frankfurter Fürstentag geht; so wird offenbar, daß eine Reform ohne Preußen unmöglich ist. Bismarck aber hat sein Ziel im Auge, und er ist gerüstet, als die Gelegenheit nun sich bietet.

- b) Die Schleswig-holsteinische Frage. Im Jahre 1863 wird in Dänemark, auf Betreiben der nationaldänischen Partei, eine Verfassung für das ganze Land, einschließlich der Provinz Schleswig, erlassen. Groß ist deshalb die nationale Erregung in Deutschland.

Die Herzogtümer Schleswig und Holstein befinden sich seit 1460 in Personalunion mit Dänemark, sie selbst stehen zueinander in Realunion, haben vor allem gemeinsamen Landtag; trotzdem gehört nur Holstein zum Reiche, sie besitzen aber einen alten Freibrief des Dänenkönigs, daß sie „*up ewig ungedeelt*“ bleiben sollen, denn sie sind beide deutsch. Mit dem Erwachen des nationalen Bewußtseins wollen die Dänen einen geschlossenen Staat mit der Eider als Grenze, die Herzogtümer ihrerseits wollen zu Deutschland. Das bevorstehende Aussterben des dänischen Königshauses gibt den Herzogtümern die Hoffnung auf Befreiung: in Dänemark ist die weibliche Erbfolge rechtens, in den Herzogtümern die männliche. Der Versuch der Dänen, die Erbfolgefrage durch Einverleibung Schlewigs in Dänemark zu entscheiden, veranlaßt die Herzogtümer, in der allgemeinen nationalen Erhebung von 1848 ihre Loslösung von Dänemark durch Teilnahme an der allgemeinen deutschen Revolution durchzusetzen. Preußen führt auf Bundesbeschluß den Krieg mit Dänemark: der Ingenieuroffizier Werner Siemens zeichnet sich dabei in denkwürdiger Weise aus, indem er den Eingang in den Kieler Hafen durch Minen mit elektrischer Entladung sperrt. Bei Cäternförde wird 1849 von Schleswig-holsteinischen Truppen ein Erfolg davongetragen, auch die Düppeler Schanzen werden gestürmt. Aber Preußen führt den Kampf dann nur noch lässig, weil es sich allen revolutionären Händen entziehen will; dieselbe Politik, die nach Olmütz führt, zwingt auch zum Londoner Protokoll (1852): danach dürfen die Herzogtümer nicht in Dänemark einverleibt werden, aber es wird eine gemeinsame Thronfolge in Dänemark und den Herzogtümern festgesetzt, und der Kandidat für die Thronfolge in den Herzogtümern, der Herzog von Augustenburg, wird mit einer Geldsumme abgefunden. Dieses Protokoll steht unter europäischer Garantie.

Die dänische Verfassung von 1863 bedeutet also einen Bruch des Londoner Protokolls. Die nationale Bewegung in Deutschland will nun auch ihrerseits keine Rücksicht mehr geübt sehen gegenüber diesem Vertrag, der zwar staatsrechtliche Selbständigkeit, aber doch dänische Herrschaft für die Herzogtümer bedeutet; eine lebhafteste Agitation verlangt die Unabhängigkeit Schleswig-Holsteins unter dem Herzog von Augustenburg.

- c) Osterreich und Preußen im dänischen Kriege. Seiner ganzen Stellung nach muß Osterreich für das Londoner Protokoll eintreten; denn auf den Verträgen beruht die Ruhe Europas und Osterreichs Sicherheit gegenüber der nationalen Bewegung. Bismarcks Ziel dagegen ist von vornherein die Machtsteigerung Preußens, also die Eroberung und Einverleibung der Herzogtümer.

Bismarcks Politik ist also nicht nur gegen Dänemark, sondern auch gegen den Augustenburger gerichtet, denn die Erstellung eines neuen Mittelstaates ist gegen preußisches Interesse. Aber Bismarck muß Umwege einschlagen zu seinem Ziele. Er vereinigt sich mit Osterreich zur Wiederherstellung

des Londoner Vertrages (Qu. I 15, III 4). Österreich verscherzt dadurch die nationalen Sympathien, über die Preußen schon lange nicht mehr verfügt. Aber Österreich kann eine preußische Machtsteigerung nicht dulden und muß also wider Willen mitgehen in den Krieg, wenn es nicht vorzieht, Preußen noch zu überbieten und an der Spitze der nationalen Bewegung mit nationalen Zielen gegen Dänemark vorzugehen. Aber eine solche Politik ist für Österreich unmöglich. So zieht Österreich in diesen Krieg, obwohl es weiß, daß ein erobertes Schleswig-Holstein für Österreich wertlos ist, für Preußen aber einen gewaltigen Machtzuwachs bedeutet. Durch gewandte Ausnutzung der Lage hat Bismarck die Österreicher in diese Sackgasse hineingestoßen.

Der Feldzug wird rasch durchgeführt (Qu. II 80, A II 1 a). Die Dänen räumen eilends das Danewerk und ziehen sich hinter die Düppeler Schanzen zurück, die von den Preußen erstürmt werden, während die Österreicher in siegreichen Gefechten Jütland durchziehen. Auch jetzt weisen die Dänen die ihnen auf Veranlassung der europäischen Mächte angetragene Wiederherstellung des Londoner Vertrages zurück. Erst als den Preußen der kühne Übergang nach Assen glückt, fühlen sich die Dänen trotz ihrer Flotte auf ihren Inseln nicht mehr sicher und schließen Frieden. Schleswig-Holstein und Lauenburg werden an Österreich und Preußen gemeinsam abgetreten.

5. Der Krieg von 1866.

- a) Der Streit um die Beute. Für Österreich war der Anteil an der Herrschaft über die unteilbaren Herzogtümer wertlos. Da Preußen jedoch einen Austausch dieses Anteils gegen schlesische Gebiete ablehnt, so tritt Österreich nun für die Souveränität des Augustenburgers ein, während Preußen in Kiel eine Marinestation baut. Einen Aufschub bringt der Vertrag von Gastein, der die getrennte Verwaltung der Herzogtümer festlegt und Lauenburg gegen eine Geldsumme an Preußen überläßt (Qu. II 75, IA).

Die Lage ist unhaltbar und drängt zu einem Kriege, der dann nicht nur über die Herzogtümer, sondern auch über den deutschen Dualismus entscheiden muß. Um diesen Krieg unter möglichst günstigen Bedingungen führen zu können, hat Bismarck schon bisher die Beziehungen zu den anderen Großmächten immer im Hinblick auf die bevorstehende Entscheidung mit Österreich gepflegt: so hat er die überlieferte Freundschaft zu Rußland schon 1862 gestärkt, indem er dem Zaren beim polnischen Aufstand preußische Hilfe zusagt. Vor allem aber hat er schon lange sich bemüht, von Frankreich die Zusage der Neutralität zu erlangen.

- b) Napoleon III. und die deutsche Frage. Auch in Napoleon III. leben die Überlieferungen der französischen Machtpolitik, die in dem Besitze des Rheines und in der inneren Uneinigkeit Deutschlands die Voraussetzungen der französischen Macht erkannt hat. Aber andererseits fühlt sich Napoleon III. auch als moderner Politiker, der den Drang der europäischen Völker nach nationaler Einheit für unwiderstehlich hält: so begünstigt er die Italiener und gibt damit dem überlieferten Kampfe Frankreichs gegen Österreich einen neuen Sinn. So will er auch die Ausdehnung der preußischen Macht in Deutschland hinnehmen; aber er will dabei zugleich den preußischen Ehrgeiz benutzen, um als Ausgleich für die Verschiebung des Kräfteverhältnisses für Frankreich „Kompensationen“ zu erlangen, die in der Abtretung des linken Rheinufers bestehen sollen. Ein Plebiszit hofft er so einzurichten zu können, daß es die Abtretung mit den Nationalitätsideen in Einklang bringt.

Um Bismarck also gegen Österreich zu ermutigen, vermittelt Napoleon III. ein Bündnis zwischen Italien und Preußen. Nach langem Schweigen gibt er die Rheinlinie an als Preis für die französische Neutralität. Er läßt sich aber von Bismarck hinhalten, weil er fürchtet, Bismarck werde sonst den Krieg gegen Österreich nicht wagen.

Die verwegene Kunst von Bismarcks Politik erhellt aus dieser Lage. Bismarck wagte sie, weil er den inneren Zwiespalt von Napoleons Politik herausfühlte; denn es war in der Tat unmöglich, die Berechtigung der nationalen Bewegung in Deutschland und Italien anzuerkennen und trotzdem die französische Hegemonie zu erstreben. Adolphe Thiers, der Führer der liberalen Opposition in der französischen Kammer, erinnerte denn auch daran, daß die Staatskunst der Bourbonen und Napoleons I. immer nur ein zerstückeltes Mitteleuropa geduldet habe und daß deshalb die Folgen eines preußischen Sieges für Frankreich schlimmer seien als die eines österreichischen. So blieb es unsicher, ob Napoleon III. nicht doch noch eine bewaffnete Intervention unternahm.

- c) Bismarck und die Bundesreform. Auch in Deutschland sucht Bismarck Bundesgenossen. Er stellt am Bundestage den Antrag auf Berufung eines deutschen Parlamentes, das auf Grund von direkten, allgemeinen und gleichen Wahlen zusammentreten solle (Qu. I 15, III 6).

Bismarcks Motiv war, Österreich zu überbieten. Daneben beabsichtigte er, einen Schlag gegen die Liberalen zu führen, deren Macht in Preußen ja auf dem Dreiklassenwahlrecht beruhte, denn die Landbevölkerung umfaßte damals noch die Masse des Volkes und wählte konservativ. Das Vorbild war der Bonapartismus, der sich durch das demokratische Wahlrecht gegen den Liberalismus durchgesetzt hatte. Freilich endete der Vorschlag Bismarcks mit einem Mißerfolg: die großdeutschen Demokraten in Süddeutschland konnte er ebenso wenig gewinnen wie die kleindeutschen Liberalen, die Fürsten aber suchten nun erst recht vor Preußens Ehrgeiz Schutz auf Österreichs Seite; nur wenige norddeutsche Fürsten schlossen sich Preußen an.

So durch die Mittelstaaten gestärkt, ergreift Österreich die diplomatische Offensive: es ruft die Entscheidung des Bundestages in der Schleswig-holsteinischen Sache an. Preußen erklärt dies als Bruch des Gasteiner Vertrags, rückt in Holstein ein und tritt, als der Bundestag die Mobilmachung beschließt, aus dem Bunde aus (Qu. II 75, 80).

- d) Der Feldzug in Böhmen (Qu. II 75, Qu. II 80, Qu. I 15). Auf dem österreichisch-preußischen Kriegsschauplatz muß die Entscheidung fallen. Die anderen Kampfgebiete haben daneben nur geringere Bedeutung. Die norddeutschen Gegner Preußens — Hannover, Kurhessen und Frankfurt — werden rasch niedergeworfen, die hannoversche Armee kapituliert bei Langensalza, die gefährliche Lücke im preußischen Staatsgebiete ist damit geschlossen. Die Süddeutschen erwarten tatenlos den preußischen Anmarsch; der Krieg in Italien hat trotz des österreichischen Sieges bei Custozza keine Bedeutung, weil Österreich, um Napoleon zu gewinnen, diesem Venetien preisgibt. Der österreichisch-preußische Waffengang aber führt auf dem böhmischen Kriegsschauplatz innerhalb drei Wochen zu der Entscheidung von Königgrätz, am 3. Juli 1866.

Mit drei Armeen dringen die Preußen — von Sachsen aus rechts und links der Elbe und von Schlesien aus — in Böhmen ein. Der Feldzeugmeister v. Benedek weicht fechtend von Josephstadt gegen Königgrätz zurück, um nicht umzingelt zu

werden. Trotzdem ist es ein Wagnis, als Moltke in der Nacht zum 3. Juli den Angriff der beiden westlichen Armeen auf Benedeks feste Stellung befiehlt, während der Kronprinz, der von Schlessien gekommen ist, noch weit entfernt ist. Die Schlacht schwankt bis gegen Mittag, besonders das Heer des Prinzen Friedrich Karl steht in schwerstem Kampfe; endlich kommt der Kronprinz heran, stößt in die rechte Flanke der Österreicher und rollt sie auf.

Die unerhört rasche Durchführung des Feldzuges verdankte Preußen neben der technischen Überlegenheit des Zündnadelgewehres vor allem der strategischen Überlegenheit Moltkes, der als Chef des Generalstabes den Feldzug genau vorbereitet hatte, indem er den napoleonischen Gedanken der unbedingten Offensive und des „getrennt Marschierens und vereint Schlagens“ weitergebildet und mit großer Sicherheit durchgeführt hatte.

1. Diese preußische Strategie hatte schon Friedrich der Große vorgeahnt, als er 1757 von Schlessien und Sachsen aus in Böhmen eingerückt war. Moltke wiederholte den damaligen Einbruch, indem er konzentrisch in drei Heersäulen einrückte und die Vereinigung auf dem Schlachtfelde vollzog. Die Weiterbildung der napoleonischen Offensive durch Moltke bestand darin, daß Napoleon beim konzentrischen Angriff die einzelnen Heersäulen in engster Fühlung belieh und ihre „frühzeitige Vereinigung“ erstrebte — damit die inneren Flügel gesichert blieben —, während Moltke dagegen die „rechtzeitige Vereinigung“ vorschrieb: wie Gneisenau bei Waterloo wollte er sie erst auf dem Schlachtfelde vollziehen, weil er nicht wie Napoleon den Aufmarsch in Schlachtreihe und den Frontalangriff, sondern die Umfassung erstrebte. Napoleon hatte deshalb den Einbruch von 1757 ausdrücklich getadelt; Moltke wiederholt diese „Verzettelung der Kräfte“, gibt ihr aber den neuen Sinn der „Umfassungsschlacht“.

2. Der österreichische Kriegsplan Benedeks dagegen ging von Anfang an auf defensive Kriegsführung. Die Österreicher gaben Dresden, das Fort Böhmens, von vornherein preis und suchten die Vereinigung der schlesischen und der sächsischen Armee Preußens zu verhindern, indem sie sich bei Josephstadt zwischen ihre inneren Flügel setzten. Dies war der Gedanke der napoleonischen Defensive, um Dresden und Leipzig 1813 glänzend durchgeführt. Aber der Plan scheiterte an der Langsamkeit der Ausführung.

Die Schlacht von Königgrätz ist ein strategisches Kunstwerk, eine Wiederholung der Schlacht von Waterloo; aber: 1. der Stoß in die zurückgebogene rechte Flanke des Feindes war diesmal viel stärker und drang bis fast in den Rücken des Zentrums durch, so daß die Zerstückelung der feindlichen Armee herbeigeführt war, noch bevor die Reserven aufgeboden wurden; 2. der linke österreichische Flügel wurde zurückgedrängt nach der Mitte, so daß hier nur die eine Rückzugslinie blieb, die — anders als bei Waterloo — nun völlig eingekengt war; 3. trotzdem wurde das feindliche Heer nicht vernichtet wie bei Waterloo, auch nicht gefangen wie bei Sedan: auch die Ausnutzung des Sieges wollte gelernt sein.

Die geschlagene Armee weicht über Olmütz aus; der Marsch nach der Donau wird ihr durch den Kronprinzen von Preußen verlegt, sie erreicht aber doch auf dem Umwege über Ungarn ihre Vereinigung mit der Südmarmee, die — von Italien rasch herangeführt — nun die Donaulinie besetzt: eine Entscheidungsschlacht steht bevor. Inzwischen ist aber die Intervention Frankreichs erfolgt, die Bismarck zum raschen Friedensschluß veranlaßt.

- e) Nikolsburg. Schon am Tage vor der Schlacht bei Königgrätz hat Österreich sich Napoleon III. gegenüber nochmals zur Abtretung Venetiens verpflichtet und zugleich das Ersuchen an ihn gestellt, den Schnabel, Neueste Zeit. 6. Aufl.

Waffenstillstand in Italien zu vermitteln. Unmittelbar nach der Schlacht richtet Napoleon an Preußen und Italien die Mahnung, Waffenstillstand zu schließen, da er die Vermittlung des Friedens übernommen habe.

1. Italien lehnt die Vermittlung ab, da es mit Venetien nicht zufrieden ist und die Einigung aller Italiener erstrebt. Napoleon, der rechtlich der Herr Venetiens ist, kann die Italiener am Vorrücken nicht hindern: sie haben nur noch wenige österreichische Truppen sich gegenüber. Aber die Tiroler wehren sich tapfer gegen den Einfall Garibaldis, der italienische Angriff auf Lissa wird durch den Seesieg des Admirals Tegethoff abgewiesen.

2. Bismarck dagegen erklärt sich zum Frieden bereit und gibt seine Bedingungen bekannt: Annexionen in Norddeutschland, Ausschluß Österreichs aus Deutschland, selbständiger Bund Süddeutschlands.

Napoleon war durch den preussischen Sieg schwer getroffen, denn er hatte gehofft, den Ketter Preußens spielen zu können. Auch jetzt erwartete er noch Kompensationen, aber Bismarck hielt ihn hin, und er erreichte nur, daß Bismarck auf die preussische Vorherrschaft über Süddeutschland und damit auf die Einigung des ganzen Deutschlands verzichtete. Österreich aber wird von Bismarck gewonnen durch die überaus maßvollen Friedensbedingungen.

Schwierigkeiten findet Bismarck bei dieser Politik nur im eigenen Lager. Auf dem Schlosse zu Nikolsburg ringt er hart mit dem König und den Generalen, die Gebietsabtretungen und einen Vormarsch nach Wien wollen. Nur schwer setzt er seine Ansicht von einem würdigen, aber maßvollen und klugen Frieden durch (Qu. I 15, III 8).

So gewann Bismarck durch seine Friedenspolitik Österreichs Zustimmung, noch bevor Napoleon die Vermittlung übernehmen konnte; auch widerstrebte Bismarck einer Verletzung von Österreichs Gebiet und Ehre, weil er ein künftiges Zusammenarbeiten mit Österreich nicht unmöglich machen wollte und von der Notwendigkeit des Bestandes der Donaumonarchie überzeugt war. Denn neue Bildungen auf ihrem Boden konnten nach seiner Meinung nur „dauernd revolutionärer Natur sein“. So hatte er „die undankbare Aufgabe, Wasser in den brausenden Wein zu gießen und geltend zu machen, daß wir nicht allein in Europa leben, sondern mit noch drei Mächten, die uns hassen und neiden“, wie er an seine Gattin schrieb, oder wie er es auch ausdrückte, „daß wir nicht eines Richteramtes zu walten, sondern deutsche Politik zu treiben hätten“. Der Krieg war geführt worden, um Österreich aus dem deutschen Bunde hinauszudrängen; dies Kriegsziel war erreicht.

- f) Der Friede zu Prag nimmt Österreich nach dem Verluste Venetiens keine weiteren Gebiete ab. Österreich gibt seine Zustimmung zur Errichtung des Norddeutschen Bundes und zu den beabsichtigten Annexionen in Norddeutschland und verzichtet auf seine Anrechte an Schleswig-Holstein (Qu. I 15, III 9).

Die einzige Gegenbedingung, die Österreich stellt, betrifft im Sinne überlieferter habsburgischer Politik den unverehrten Bestand seines sächsischen Waffengefährten. Um Napoleon entgegenzukommen, wird ein Plebiszit in den nördlichen Teilen Schlesiens vorgesehen, das aber später im Einverständnis mit Österreich nicht durchgeführt wird.

- g) Inzwischen nimmt der Süddeutsche Krieg seinen Fortgang, dann folgen auch die Friedensschlüsse mit Baden, Bayern und Württemberg. Auch hier verzichtet Bismarck auf Landabtretungen, um keine unheilbaren Wunden zu reißen. Durch Mitteilung von Napoleons Kompensationsplänen erreicht Bismarck ein geheimes Schutz- und Trugh-

bündnis zu gemeinsamem Handeln im Falle eines auswärtigen Krieges. Die süddeutschen Staaten sollen unter sich einen Verein schließen, dem eine „internationale unabhängige Existenz“ zugesichert wird (Qu. I 15, III 10).

In der Internationalisierung des Südbundes zeigt sich deutlich die Einwirkung Frankreichs: der Rheinbundgedanke steht dabei im Hintergrunde. Bismarck hat vor Napoleon seine Ziele herabgesetzt, um die Frage der Kompensation zu umgehen, nachdem Napoleon, kurz vor Abschluß des Prager Friedens, die Pfalz, das Saarbecken und Mainz verlangt hatte. Vor Bismarcks scharfer Weigerung weicht Napoleon schließlich zurück und verhandelt über die Frage, ob Belgien als Kompensation in Betracht kommen könne.

6. Der Norddeutsche Bund (Qu. II 75, III, Qu. II 79, IV 3).

a) Die Annexionen. Sofort nach dem Prager Frieden werden Hannover, Kurhessen, Nassau und die Reichsstadt Frankfurt in die preußische Monarchie einverleibt, ebenso geschieht es mit Schleswig-Holstein. Unter den abgesetzten Dynastien verweigern die Welfen viele Jahrzehnte die Anerkennung der Annexion. Für Preußen aber bedeuten die Erwerbungen eine wertvolle Abrundung des bis dahin noch immer zerrissenen Gebietes. Die übrigen Staaten nördlich des Maines treten mit Preußen in den „Norddeutschen Bund“.

b) Die Verfassung des Norddeutschen Bundes, von Bismarck in wenigen Tagen entworfen, ist die Grundlage der deutschen Reichsverfassung geworden, wie sie 1871—1918 in Geltung war.

Die Organe des Bundes sind: 1. der erbliche Bundespräsident in der Person des Königs von Preußen. 2. der Bundesrat, der aus den Vertretern der Regierungen der Einzelstaaten besteht und unter dem Voritze des vom Bundespräsidenten ernannten Bundeskanzlers tagt. Dieser Bundesrat besitzt die eigentliche Regierungsgewalt des Bundes, die also föderalistisch gestaltet ist. Preußen hat darin durch 17 Stimmen von 43 den Vorrang. 3. der Reichstag ist ein nach dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht gewähltes Parlament. Begriff und Name des Reichstags entstammen der Paulskirche; im alten Reiche hatte das Wort ja etwas völlig anderes, nämlich die Gesamtheit der Reichsstände, also der Fürsten und freien Städte, bedeutet. Während aber die Verfassung von 1849 dem Reichstage die Fülle der Gewalt übertragen hat, gibt Bismarck ihm nur einzelne, genau umschriebene Rechte, weil er die konstitutionelle Monarchie bewahren will, die parlamentarische ablehnt.

Die konstitutionelle und föderalistische Gestaltung der Verfassung von 1867 ist von Bismarck getroffen worden im Hinblick auf Preußen und die königliche Autorität und zugleich auch im Hinblick auf die deutschen Fürsten, denen er den Beitritt erleichtern, den Verzicht auf ihre Souveränität mundgerecht machen wollte. Wenn Bismarck aber auch im norddeutschen Reichstage sofort Zustimmung für seinen Verfassungsentwurf fand, so war es, weil die Fortschrittspartei inzwischen durch einen Vorgang im preußischen Abgeordnetenhaus sehr geschwächt worden war.

c) Die Indemnitätsfrage. Sofort nach dem Kriege tritt Bismarck vor die Kammer und fordert von ihr Indemnität, d. h. er fordert, sie solle erklären, daß die Notrechtspolitik notwendig gewesen, dafür will Bismarck nachträgliche Bestätigung der Geldausgaben erbitten. Das formale Recht der Kammer soll also anerkannt werden, dafür aber auch die tatsächliche Notlage der Regierung.

Über diesen Antrag spaltet sich die Fortschrittspartei: die Vertreter einer ethischen Politik wollen die Rechtsverwahrung aufrechterhalten, weil sie die Untergrabung des Rechtsbewußtseins befürchten, wenn sie anerkennen, daß eine rechtswidrige Handlung durch den Erfolg als notwendig erwiesen sei. Die Opportunisten halten eine solche Verwahrung angesichts des glänzenden Erfolges Bismarcks für praktisch wertlos, sie treten deshalb aus der Partei aus und gründen die National-liberale Partei. Diese hat also die Konfliktzeit beendet, und der Bund mit ihr ist für die nächsten zehn Jahre die Grundlage von Bismarcks Politik.

Die geistige Vereinigung, die der liberale und nationale Gedanke mit der Abarlieferung des preußischen Machtstaates geschlossen hat, findet ihren höchsten Ausdruck in Heinrich von Treitschke, der in der Zeit der Vorbereitung unermüdlich als Publizist und akademischer Lehrer für eine unitarische und preußische Gestaltung des Reiches wirbt und durch seine „Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert“ schwungvoll und leidenschaftlich mit allen widerstrebenden Mächten abrechnet (Qu. II 185).

Als Bundeskanzler arbeitet Bismarck von nun an im deutschen und nationalen Sinne für die Vollendung des Reiches. Aus dem preußischen ist nun ein deutscher Staatsmann geworden, als die letzte Entscheidung herannahmt im Kampfe mit Frankreich.

II. Der Deutsch-Französische Krieg von 1870/71.

1. Die beginnende Annäherung von Nord- und Süddeutschland.

(Qu. II 75, IV.)

Langsam arbeitet Bismarck an der Annäherung von Süd und Nord: an die Stelle des durch den Krieg aufgehobenen Zollvereins tritt ein Zollparlament, aus allgemeinen und direkten Wahlen hervorgegangen. Dagegen lehnt Bismarck die Aufnahme Badens in den Norddeutschen Bund ab, mit Rücksicht auf die noch immer starke großdeutsche Stimmung im Süden und mit Rücksicht auf Frankreich.

2. Die Mißerfolge des zweiten Kaiserreiches.

In Paris empfindet man tief die Niederlage der napoleonischen Politik und will „Rache für Sadowa“ (Königräth). Die Stellung des Kaisertums der heimischen Opposition gegenüber beginnt durch die Mißerfolge immer schwieriger zu werden:

- a) Die französische Invasion in Mexiko ist gescheitert.
- b) Von gleichem Mißerfolg ist auch weiterhin Napoleons Kompensationspolitik begleitet: sein Versuch, wenigstens Luxemburg zu erhalten — und zwar durch Kauf vom König von Holland — scheitert an Bismarck, der darauf hinweist, daß der holländische Besitz und das preußische Besatzungsrecht von Luxemburg durch europäische Verträge von 1839 garantiert seien und daher auch nicht ohne europäische Konferenz gelöst werden können. Die auf Bismarcks Vorschlag berufene Londoner Konferenz spricht die Neutralisierung Luxemburgs aus, die preußische Besatzung zieht ab (1867). Die Verträge mit den süddeutschen Staaten werden von Bismarck im Verlaufe dieser Krise veröffentlicht.
- c) Obwohl Napoleon III. noch einen großen Erfolg erlangt, als der Suezkanal mit französischem Kapital erbaut und in Anwesenheit vieler Monarchen eingeweiht wird, wachsen dennoch die Schwierigkeiten im Innern: die Katholiken, auf die er sich stützt, sind durch seine italienische Politik und durch das Scheitern der mexikanischen katholischen Monarchie verärgert; die Liberalen erhalten also Zuwachs und schließlich die Mehrheit, so daß Napoleon ein liberales Ministerium Ollivier berufen muß, ohne die Liberalen doch für sein System zu gewinnen; dazu werden die Republikaner unter Gambetta immer kühner.

Bismarck beobachtete dies alles sehr genau. Er wußte, daß der Main nur überbrückt werden konnte, wenn das zweite Kaiserreich zerbrach; jedoch, er sah die Zeichen seines Niederganges, und so hielt er eine Einigung Deutschlands auch ohne Krieg mit Frankreich für möglich. Aber je größer die inneren Schwierigkeiten Napoleons waren, desto stärker wurde für diesen das Bedürfnis, sie durch einen Krieg abzulenken. Er baute dabei auf seine Heeresreorganisation, die durch Vermehrung der Streitmacht und durch Einführung des Chassepotgewehres Frankreich „archiprêt“ gemacht habe; er baute auf die preußenfeindlichen Stimmungen in Süddeutschland und auf die Mitwirkung Österreichs und Italiens, mit denen er verhandelte. So war der Krieg auf beiden Seiten schon lange erwartet, als sich dann, schneller als man geahnt, die äußere Veranlassung bot.

3. Die spanische Thronkandidatur und die Emscher Depesche.

(Qu. I 15, IV.)

In Spanien waren 1868 die Bourbonen durch eine Revolution vertrieben worden. Die spanische Krone wird dem Prinzen Leopold von Hohenzollern — von dem süddeutschen, katholischen Zweige der Dynastie — angeboten. Auf Bismarcks heimliches Betreiben nimmt er an, die Sache kommt aber zur Kenntnis der französischen Regierung: der Minister des Äußeren Gramont spricht in der Kammer von der Wiederaufrichtung des Reiches Karls V., der französische Botschafter Benedetti verlangt von König Wilhelm in Ems die Verzichtleistung des Prinzen, für die der König einzutreten verspricht. Die Nachgiebigkeit des Königs lockt nun zu weitgehenden Forderungen: der König solle einen Entschuldigungsbrief an Kaiser Napoleon schreiben und zugleich versprechen, daß er eine derartige Erlaubnis künftig niemals erteilen werde. Benedetti wird aber vom König auf der Brunnenpromenade am 13. Juli in höflichen Worten abgewiesen, und als er eine nochmalige Audienz nachsucht, nicht empfangen mit der Begründung, daß der König die Angelegenheit mit dem inzwischen erfolgten Verzicht des Prinzen als erledigt betrachte. Den Vorgang läßt der König an Bismarck telegraphieren und stellt ihm die Veröffentlichung anheim. Bismarck zieht die „Emscher Depesche“ in kürzere und dadurch schärfere Sätze zusammen und publiziert sie in dieser Form. Darauf erfolgt die französische Kriegserklärung an Preußen.

Bismarck hatte die Thronkandidatur zwar als Familienangelegenheit der Hohenzollern bezeichnet, aber sich doch politische Vorteile von ihr versprochen. Daß er auch französischen Widerpruch erwartete, zeigt die Heimlichkeit, mit der er die Sache betrieb. Es bleibt dabei ungewiß, ob er voraussah, daß die Angelegenheit ein Kriegsanaß werden konnte. In jedem Falle bleiben die Franzosen die Urheber des Krieges; denn sie haben den Vorwand, den Bismarck ihnen — ob nun absichtlich oder unabsichtlich — darbot, mit Feuereifer ergriffen und so den Krieg entfacht. Ließen es die Franzosen mit der Verzichtleistung des Prinzen bewenden, so hätten sie einen großen diplomatischen Erfolg eingeeerntet; durch ihre späteren Forderungen boten sie Bismarck dann die Möglichkeit, diese diplomatische Niederlage zu vermeiden. Er hat sie durch die Emscher Depesche ausgenutzt in dem Bewußtsein, daß dies den Krieg bedeutete.

Am 19. Juli, dem Tage der Kriegserklärung und zugleich dem Todestage seiner Mutter, erneuert König Wilhelm das Eisenerne Kreuz. Der Norddeutsche Reichstag erklärt sich als im **1870/71** Bunde mit Preußen stehend, die süddeutschen Staaten schließen sich an.

Bismarcks kluge Mäßigung bei den Friedensschlüssen von 1866 trug nun ihre Früchte. „Der gemeinsame nationale Krieg gegen den seit Jahrhunderten aggressiven Nachbar“ sollte, wie Bismarck schrieb, die Luft überbrücken, „die die Verschiedenheit des dynastischen Stammesgefühles und der Lebensgewohnheiten zwischen dem Süden und dem Norden des Vaterlandes im Laufe der Geschichte geschaffen hatte.“

4. Der Krieg bis zum Sturze des Kaiserreiches.

Der Feldzug von 1870 zeigt Moltkes Strategie in vollendeter Ausbildung. Die Mobilmachung, 1866 durch die Kriegsbedenken des Königs verzögert, gelingt jetzt so schnell, daß Napoleon, der mit der gleichen Zeitpanne wie 1866 gerechnet hat, gar nicht zur Ausführung seines Kriegsplanes gelangt (Qu. II 80, A II 3a).

Napoleon will nach Süddeutschland vorstoßen, und zwar mit zwei Heersäulen — vom Unterelsaß aus unter Mac Mahon und von Metz aus in der Richtung auf Mainz unter Bazaine. Dadurch hofft er, wie in alter Zeit, die süddeutschen Staaten zum Anschluß zu zwingen, die Donaustraße zu gewinnen — aber diesmal nicht zum Kampfe gegen Österreich, sondern um Österreich der Verabredung gemäß die Hand zu reichen. Die Schnelligkeit Moltkes vereitelt dies alles.

Mit drei Armeen ergreift Moltke auch jetzt die Offensive: die 1. Armee unter General Steinmetz geht an der Mosel vor, die 2. unter Prinz Friedrich Karl von Mainz aus, die 3. unter dem Kronprinzen Friedrich Wilhelm von Karlsruhe aus (Qu. II 76, 7).

- a) Nach einem kurzen Vorspiel, dem erfolgreichen Angriff der Franzosen auf Saarbrücken, stößt die 3. Armee vor gegen Mac Mahon, schlägt seine Vorhut bei Weißenburg (4. Aug.), seine Hauptarmee bei Wörth (6. Aug.) und folgt ihr in der Richtung nach Chalons. Am gleichen Tage erstürmen Truppen der 1. und 2. Armee die von einem Korps der Bazainesthen Armee besetzten Spicherer Höhen.
- b) Bazaine faßt nun den Entschluß, sich über Verdun mit Mac Mahon im Lager von Chalons zu vereinigen. Moltke will dies unter allen Umständen hindern. Die 1. Armee hält die Franzosen in ihrem Aufmarschgebiet östlich von Metz durch die Schlacht bei Colombey-Neuilly (14. Aug.) so lange fest, bis die 2. Armee die Umgehung südlich von Metz durchgeführt hat und Bazaine den Rückmarsch verlegen kann durch die Schlachten westlich von Metz: bei Bionville verhindert die Brandenburgische Infanterie den Durchbruch; sie wird dabei entlastet durch den Todesritt der Kavalleriebrigade Bredow, den Freiligraths Gedicht „Die Trompete von Bionville“ besingt, und am Abend durch das links von ihr, in Mars-la-Tour, erfolgende Eingreifen des hannoverschen Korps (16. Aug.).
- c) Bazaine, am Rückmarsch gehindert, will jetzt wenigstens die Festung Metz retten: er geht in die unmittelbar westlich Metz gelegene Verteidigungsstellung Gravellotte-St. Privat zurück, gegen die nun fast die ganze 1. und 2. Armee, südlich Metz die Mosel überschreitend, in großer Rechtschwenkung vorrücken. Unter großen Verlusten auf deutscher Seite werden die Franzosen nach Metz hineingeworfen, vor allem, weil ihr rechter Flügel durch den am weitesten schwenkenden linken Flügel der 2. Armee bei St. Privat umgangen und zertrümmert wird (18. Aug.). Prinz Friedrich Karl schließt mit der vereinigten 1. und 2. Armee Metz ein.
- d) Die aus drei Korps neugebildete Armee unter dem Kronprinzen Albert von Sachsen rückt gemeinsam mit dem Kronprinzen von Preußen gegen die bei Chalons wiederhergestellte Armee Mac Mahons. Der Plan Mac Mahons, bis unter die Mauern der Hauptstadt zurückzugehen und dort die Entscheidungsschlacht mit Hilfe der Forts zu schlagen, wird von der Pariser Regierung mit Rücksicht auf die Stimmung des Landes nicht gebilligt: Mac Mahon erhält

den Befehl, Bazaine zu entsetzen. Er marschiert darauf im Bogen nach Norden und Osten, die deutsche 3. und 4. Armee aber marschieren nach vollendet ausgeführter Rechtschwenkung auf dem Radius und halten Mac Mahon an der belgischen Grenze bei Sedan fest, umfassen ihn von allen Seiten und werfen ihn in die Festung hinein (1. Sept.): am 2. Sept. kapituliert die ganze Armee, auch Kaiser Napoleon begibt sich in die Kriegsgefangenschaft (Qu. 80, A II 3 b, Qu. I 15, IV 15).

„Welch eine Wendung durch Gottes Fügung!“ schloß die Meldung, die der König über den Sieg nach Hause richtete. In weniger als Monatsfrist war das vom Krimkrieg und Oberitalien her für unüberwindlich gehaltene französische Heer niedergeworfen. Die Überlegenheit der Moltkeschen Vernichtungsstrategie hatte diese raschen Schläge ermöglicht: die bei Königgrätz noch unvollkommen durchgeführte Umfassung hatte in den Kämpfen um Metz und in der Schlacht von Sedan die beiden französischen Armeen am Rückzug gehindert und dann zer schlagen. Die Erfolge waren freilich mit blutigen Verlusten erkauft: die Tapferkeit der französischen Truppen suchte die Fehler ihrer Führer auszugleichen, auch nahm die Zivilbevölkerung in manchen Gefechten am Kampfe teil, so daß dieser sehr grausam geführt wurde.

5. Der Volkskrieg und der Kampf um die Hauptstadt.

- a) Die Regierung der nationalen Verteidigung. Die Nachricht von der Niederlage von Sedan und der Gefangennahme des Kaisers führt in Paris zum Sturze des Kaisertums und zur Einsetzung einer „republikanischen Regierung der nationalen Verteidigung“.

In ihrem Auftrage bereift Adolphe Thiers die europäischen Höfe, um diese zur Intervention zu veranlassen; ein im gleichen Sinne erlassenes Rundschreiben von Jules Favre erklärt, daß die neue Regierung zum Frieden bereit sei, daß sie aber „keinen Zollbreit Landes und nicht einen einzigen Stein von französischen Festungen“ abtreten werde. Bismarck erwidert in einer öffentlichen Erklärung, daß Deutschland sich gegen die Bedrohungen, die seit Jahrhunderten von allen französischen Regierungen ausgegangen, durch bessere Grenzen als bisher schützen müsse: „Straßburg ist im Besitze Frankreichs stets eine offene Ausfallspforte gegen Süddeutschland; in deutschem Besitz dagegen gewinnen Straßburg und Metz einen defensiven Charakter.“ Die neue Regierung beschließt aber die Fortsetzung des Krieges „bis aufs Messer“. Nach dem Vorbilde der großen Revolution organisiert Gambetta, mit diktatorischen Vollmachten ausgestattet, eine neue levée en masse aus Freikorps (Franc tireurs), Mobilgarden (Landwehr), Nationalgarden (Bürgerwehr) und aus den bisher durch die Stellvertretung befreiten Dienstpflichtigen. In Übungslagern werden die Truppen rasch eingeübt.

Inzwischen haben die beiden bei Sedan siegreichen Armeen Paris eingeschlossen; Gambetta, der die Hauptstadt im Luftballon verlassen hat, leitet den Volkskrieg von Tours und später von Bordeaux aus. Die strategische Aufgabe besteht nun für Moltke darin, daß er Paris zur Übergabe zwingen und zugleich die heranrückenden Entsatzarmee abwehren muß. Die Durchführung dieser Aufgabe macht den zweiten Teil des Krieges aus.

- b) Die Belagerung von Paris.

Die Aufgabe war schwierig, denn noch niemals war eine so gewaltige und so wohlbewehrte Festung belagert worden. Auch wurde der Volkskrieg mit Erbitterung und nationaler Hingabe geführt; die Entsatzarmeen und die Pariser Besatzung arbeiteten vorzüglich zusammen in Angriffen und Ausfällen. Dem Volkskrieg hatten die Deutschen nur ihr reguläres Feldheer entgegenzustellen;

der Ertrag aus der Heimat war spärlich; wertvoll war daher, daß die Belagerungsheere im Osten bald frei wurden.

Toul, das die Verbindung zwischen Paris und dem Rheine unterbricht, kapituliert. Straßburg, das durch eine von der 3. Armee nach der Schlacht bei Wörth abgezweigte Heeresabteilung unter General Werder belagert und beschossen wird, wird zur Ergebung gezwungen. Vor allem aber wird durch die Kapitulation Bazaines in Metz (27. Okt.) das Heer des Prinzen Friedrich Karl frei. Sehr langwierig gestaltet sich jedoch die Belagerung von Paris; Bismarck fordert vergebens die Beschießung der Stadt. Moltke und die Generale, außer Roon, lehnen sie ab.

Die Frage der Beschießung von Paris führt im Hauptquartier zu ernstern Meinungsverschiedenheiten. Bismarck wünscht auch diesmal die rasche Beendigung des Krieges, weil auch jetzt wieder die europäische Intervention unaufhörlich droht: die englische Neutralität bleibt zwar erhalten, weil die englischen Liberalen kriegerischen Verwicklungen abgeneigt sind; aber Bismarck muß doch scharfen Einspruch erheben, als die englische Industrie durch ihre Lieferungen die Bewaffnung des Massenaufgebotes überhaupt erst ermöglicht. So fordert Bismarck aus politischen Gründen die Beschießung; die militärischen Gründe Moltkes stehen dagegen: es müssen erst schwere Geschütze aus den deutschen Festungen herbeigeschafft werden. Bismarck vermutet — es ist zweifelhaft, ob mit Recht — hinter dieser Gegenerkämpfung noch den Einfluß hoher Frauen, die aus humanen Erwägungen und unter dem Einflusse englischer Kreise gegen die Beschießung sein sollen. Lange geht der Zwist zwischen dem Staatsmann und der Generalität, bis dann die Beschießung nach dem Eintreffen der Artillerie sofort beginnt. Inzwischen aber hat Gambetta Zeit gefunden, die Entsatzheere aufzustellen und heranzuführen.

c) Die Kämpfe gegen die Entsatzheere. Moltke entsendet gegen die von Norden und Süden herankommenden Entsatzheere aus der Einschließungslinie mehrere Armeen, während er die Belagerung weiterführt und die Ausfälle der Belagerten abweist:

1. Im Süden kommt es zu dem Volkskrieg an der Loire: Orléans wird genommen, verloren, wieder genommen; die französische Regierung muß von Tours nach Bordeaux verlegt werden; General Chanzy, der bedeutendste der republikanischen Führer, wird in der dreitägigen Schlacht von Le Mans völlig geschlagen (10. bis 12. Januar).
2. Im Norden wird das Entsatzheer an der Somme festgehalten und geschlagen, bei Amiens, Bapaume, St. Quentin.
3. Im Südosten hat inzwischen General Werder mit seinem badischen Korps nach der Einnahme von Straßburg die Vogesen überschritten, Dijon genommen; so deckt er die Belagerung von Belfort. Der französische Plan ist nun, hier durchzubringen, Belfort zu entsetzen, im Elsaß und in Baden einzufallen und so die Deutschen zur Aufhebung der Belagerung von Paris zu zwingen. Die Schlacht an der Lorraine (15. bis 17. Januar) vereitelt den geplanten Durchbruch Bourbaki's; Werder drängt ihn dann, gemeinsam mit Manteuffel operierend, über die Schweizer Grenze.

Als alle Entsatzversuche gescheitert sind, die Beschießung der Hauptstadt begonnen hat und vor allem der Hunger in der Stadt furchtbar wüthet, macht die Besatzungsarmee noch einen letzten Ausfall, wird aber durch die Schlacht am Mont Valérien zurückgewiesen (19. Januar). Es bleibt jetzt nur die Kapitulation, die zu einem allgemeinen Waffenstillstande führt. Einer Nationalversammlung, die in Bordeaux zu-

sammentreten soll, wird die Entscheidung überlassen, ob und unter welchen Bedingungen Frieden zu schließen sei; diese wählt Adolphe Thiers zum Chef der Exekutivgewalt und beauftragt ihn mit der Führung der Friedensverhandlungen.

6. Der Vorfriede von Versailles und der Friede von Frankfurt.

Bismarck besteht auf der Abtretung des Elsasses und Deutsch-Lothringens mit Einschluß von Metz. Als Kriegskostenentschädigung werden 5 Milliarden Franken festgesetzt, bis zu deren Abtragung eine deutsche Besatzung in Frankreich verbleiben soll. Der Einzug der deutschen Truppen in Paris wird genau geregelt. Auf Grund dieser Bedingungen wird der Vorfriede verabredet und durch die Mehrheit der Nationalversammlung angenommen. Der Friede von Frankfurt am Main, am 10. Juni 1871, bestätigt diese Abmachungen.

Die Gesichtspunkte, von denen Bismarck sich leiten ließ, waren: Rückforderung der deutschsprechenden Gebiete und des Vorgeländes von Straßburg und Metz. So beließ er Belfort bei Frankreich, so zog er die Grenze auf den am meisten rheinwärts gelegenen Höhen der Vogesen. Die Berechtigung seiner Bedingungen suchte er nicht nur in den historischen Erinnerungen der Nation, die den Raub der Bourbonen zurückverlangte, sondern vor allem in der dauernden Bedrohung, die nach allen Erfahrungen der letzten Jahrhunderte Straßburg und Metz in französischer Hand bedeuteten. Süddeutschland war nur gesichert, wenn es nicht mehr unter den französischen Kanonen von Straßburg lag und der oberheymischen Tiefebene ihrer geographischen Einheit entsprechend auch die politische Einheit wiedergegeben war. Noch 1870 war die Gefahr eines französischen Einbruchs nur durch die Langsamkeit der französischen Mobilmachung abgewendet worden. Die Vogesen andererseits konnten Frankreich jederzeit einen ersten Schutz gewähren, so daß die historisch und geographisch begründete Grenze von 1871 auch für Frankreich seinerseits keine Bedrohung bedeutete. Die Sicherheit Süddeutschlands konnte Bismarck aber nicht von einer Volksabstimmung in den abzutretenden Gebieten abhängig machen. Das Volk in diesen Gebieten war, abgesehen von einem kleinen Teile des Metzger Festungsbereichs, deutsch; es auch innerlich für die gemeinsame Nation wiederzugewinnen, mußte die Aufgabe einer klugen Führung sein, sobald einmal das neue Reich geschaffen war (Qu. II 78, 3).

7. Die Begründung des Deutschen Reiches.

Die süddeutschen Regierungen sind sich darüber klar, daß dem Waffenbündnis mit Preußen durch die Vereinigung der süddeutschen Staaten mit dem Norddeutschen Bunde Dauer verliehen werden müsse (Qu. II 78, Qu. I 15, IV). Mit Baden und Hessen sind die Verhandlungen in Versailles bald zu Ende, schon am 15. November unterzeichnen sie den Entwurf der neuen Verfassung. Bayern und Württemberg erhalten, entsprechend ihrer größeren Bedeutung und ihrem stärkeren staatlichen Bewußtsein, „Reservatrechte“ im Militär-, Steuer- und Postwesen. Dabei ist die ganze Staatskunst Bismarcks nötig, um zwischen den Sonderbestrebungen einerseits und dem preußisch-unitarischen Reichsgedanken des Kronprinzen andererseits die föderalistische Mitte zu finden und ein Scheitern des Werkes zu vermeiden. Nachdem dann durch diese Verträge die Präsidialrechte des Königs von Preußen über alle deutschen Staaten ausgedehnt sind, hält Bismarck die Annahme des Kaisertitels im Interesse der Einheit für notwendig; er veranlaßt ein Schreiben des Königs Ludwigs II. von Bayern an König Wilhelm, worin diesem die Annahme der Kaiserwürde angetragen wird; auch die Abordnung des Norddeutschen Reichs-

tages — wie 1849 unter Simsons Führung — bietet dem König die Kaiserkrone an. Der König widerstrebt: er will den ehrwürdigen altpreussischen Königstitel nicht von einer neuen Würde verdunkeln lassen; so tritt bei ihm nochmals der preussische Partikularismus hervor. Der Kronprinz will den Titel eines „Königs der Deutschen“. Der König, schließlich für den Kaisertitel gewonnen, will statt des verabredeten Titels „Deutscher Kaiser“ den „Kaiser von Deutschland“. Die Frage ist noch nicht geklärt, als die Kaiserproklamation von Versailles stattfindet und Großherzog Friedrich von Baden das Hoch auf „Kaiser Wilhelm“ ausbringt (Qu. II 78, 34, 35, Qu. I 15, V 21, 22).

Die Kaiserproklamation von Versailles, am 18. Januar 1871, beschließt die deutschen Einheitskämpfe: nach dem Versuch der Paulskirche, das Reich auf Grund der Volkssouveränität gegen den Willen der Fürsten durchzusetzen, ist nun das Reich geworden durch die freiwillige Übereinkunft der Dynastien und Stämme. Die von Bismarck verlesene kaiserliche Botschaft spricht die Hoffnung aus, „daß es dem deutschen Volke vergönnt sein werde, den Lohn seiner heißen und opferwilligen Kämpfe in dauerndem Frieden und innerhalb der Grenzen zu genießen, welche dem Vaterlande die seit Jahrhunderten entbehrte Sicherheit gegen erneute Angriffe Frankreichs gewähren werden“.

F. Europa im Zeitalter Bismarcks.

1871 Reichsverfassung
1872 Dreikaiserverständigung
1873 Maigesetze
1874 Septennat
1878 Schutzzollgesetzgebung — Sozialistengesetz — Berliner Kongreß
1879 Deutsch-österreichisches Bündnis
1881 Die „kaiserliche Botschaft“ — Franzosen in Tunis
1882 Dreibund — Die Engländer in Ägypten
1883 Krankenversicherungsgesetz — Lüderikland (Deutschsüdwestafrika)
1884 <i>Niehsches Zarathustra</i>
1885 Deutschostafrika — KongoKonferenz
1887 Kriegsgefahr
1888—1918 Wilhelm II.
1890 Bismarcks Entlassung

I. Der Ausbau des Deutschen Reiches.

1. Die Reichsverfassung von 1871 (Qu. I 18/20, A I).

An die Stelle des alten, „Deutscher Bund“ genannten Staatenbundes ist durch die Ereignisse von 1866—1871 ein Bundesstaat getreten, eine staatsrechtliche Vereinigung von Einzelstaaten, welche auf ihre Souveränität zugunsten des Bundes verzichteten, indem sie der Bundesregierung gewisse Hoheitsrechte, wie auswärtige Vertretung, Teile der Gesetzgebung und Besteuerung, übertragen. Die Form des Bundesstaates, zuerst in Nordamerika entwickelt, dann um die Jahrhundertmitte in der Schweiz verwirklicht und im Frankfurter Parlamente von neuem durchdacht, findet 1866 im Norddeutschen Bunde und 1871 im Deutschen Reiche ihre besondere deutsche Ausbildung.

Die Reichsverfassung von 1871 ist also in allen ihren Einzelheiten die auf ganz Deutschland übertragene Verfassung des Norddeutschen Bundes, verändert lediglich durch die an Bayern und Württemberg gegebenen Reservatrechte. Der Bundespräsident heißt nun Kaiser, der Bundeskanzler Reichskanzler. Das Übergewicht Preußens ist infolge Aufnahme der Südstaaten jetzt etwas weniger lastend, indem seinen 17 Bundesratsstimmen nun die Gesamtzahl 58 gegenübersteht.

Was von der Verfassung des Norddeutschen Bundes gilt, kennzeichnet also auch die Reichsverfassung von 1871, nämlich: 1. Das Reich ist auf die freiwillige Übereinkunft der Fürsten und freien Städte gegründet, nicht durch das Volk beschlossen. 2. Es ist im föderalistischen Sinne errichtet. 3. Es ist seiner Staatsform nach monarchisch-konstitutionell.

Diese drei Grundgedanken der Reichsverfassung von 1871 zeigen, verglichen mit der Reichsverfassung von 1849, den großen Unterschied zwischen dem Versuch einer Reichsgründung durch die Paulskirche und der Bismarckschen Schöpfung.

- a) Die Paulskirche hatte ein auf die Volkssouveränität gegründetes, also durch das Volk und seine gewählten Vertreter beschlossenes Reich gewollt. Bismarck schafft einen „ewigen Bund deutscher Staaten“, den — wie es in der „Präambel“, dem einleitenden Satz der Verfassung, heißt — der König von Preußen im Namen des Norddeutschen Bundes mit den süddeutschen Fürsten schließt.
- b) Die Paulskirche war von dem Gedanken der nationalen Einheit ausgegangen und hatte daher eine unitarische Verfassung geschaffen, von der ungewiß ist, ob aus ihr ein Bundesstaat oder bereits der Einheitsstaat geworden wäre. Bismarck ging vom Interesse Preußens aus und erstrebte zugleich einen Weg, der den süddeutschen Fürsten den freiwilligen Anschluß an das Reich ermöglichte: seine Verfassung ist daher föderalistisch geworden in einem Grade, der es schon bald zu einer Streitfrage werden ließ, ob dem Reiche überhaupt staatlicher Charakter zuzusprechen sei, ob das Reich also nur ein Staatenbund sei oder ein Bundesstaat, d. h. ein aus nichtsoveränen Einzelstaaten bestehender Staat. Nur langsam setzt sich die neue deutsche Bundesstaatstheorie durch, wonach die den Einzelstaaten verbliebene Staatlichkeit der Staatlichkeit des Bundesstaates keinen Abbruch tue. Bismarcks Richtlinien bei der Ausarbeitung der Verfassung waren: „Man wird sich in der Form mehr an den Staatenbund halten müssen, diesem aber praktisch die Natur des Bundesstaates geben, mit elastischen, unscheinbaren, aber weitgreifenden Ausdrücken.“ So hat Bismarck, um die Fürsten für das Einheitswerk zu gewinnen, „die Staatlichkeit des Reiches verschleiert“ und die Interessen der Einheit und der Partikulargewalten auszugleichen gesucht. Während die Verfassung von 1849 den Einzelstaaten und auch Preußen keine Selbständigkeit zuerkennen wollte, beläßt Bismarck den einzelnen Staaten ihre Bedeutung. Die Verfassung zeigt dies deutlich: 1. die historische Stellung Preußens wird gewahrt, indem es eine entscheidende Stellung im Bundesrate behält und das Heer der Kommandogewalt des Königs von Preußen und den preußischen Militärgefehen unterstellt wird; 2. die Kompetenz des Reiches ist viel enger begrenzt, als 1849 beabsichtigt war: sie betrifft nur die Vertretung nach außen, Zoll-, Handels- und Gewerbewesen, Post und Telegraphie; 3. das Reich besitzt keine eigene Finanzhoheit, indem die direkten Steuern den Einzelstaaten vorbehalten werden; der Reichshaushalt wird ausgeglichen durch die Zolleinnahmen, durch Verbrauchssteuer auf Salz, Tabak, Branntwein, durch die Überschüsse der Postverwaltung; reichen diese Einnahmen nicht aus, so erfolgt Umlage auf die Bundesstaaten, Matritularbeiträge genannt. 4. Der föderalistische Charakter des Reiches ergibt sich ferner besonders aus der Stellung des Bundesrats, der Bismarcks eigene Schöpfung ist. Kriegserklärung und Friedensschluß sind dem Kaiser vorbehalten, der nur zu Angriffskriegen der Zustimmung des Bundesrats bedarf; der Bundesrat aber ist der eigentliche Träger der Reichsgewalt, denn er beschließt über die dem Reichstag zu machenden Vorlagen und über die vom Reichstag gefaßten Beschlüsse, und er hat zudem die volle ausführende Gewalt.

Die Verfassung von 1849 hatte nichts dergleichen gekannt, vielmehr statt dessen einen Reichstag aus zwei Kammern vorgesehen — einem Volkshause aus allgemeinen und direkten Wahlen und einem Staatenhause, dessen Mitglieder von den Landtagen der Einzelstaaten gewählt werden sollten. Das Bundesratsystem aber brachte den Föderalismus stärker zum Ausdruck, indem die Bundesstaaten nicht durch unabhängig stimmende Abgeordnete, sondern durch instruierte Bevollmächtigte ihrer Regierungen vertreten waren und zudem der Einfluß der Einzelstaaten nicht nur bei der Gesetzgebung, sondern auch bei der Verwaltung des Reiches zur Geltung kam. Preußen aber erhielt doch für sich

eine so große Stimmenzahl, daß es jede Verfassungsänderung zu hindern in der Lage war.

- c) Die Paulskirche hatte ein parlamentarisch regiertes Reich gewollt, Bismarck schafft ein konstitutionell regiertes. Bundesrat, Kaiser und Kanzler erhalten die volle Unabhängigkeit vom Reichstag: 1. der Kanzler ist der einzige verantwortliche Minister, indem die Reichsminister — Staatssekretäre genannt — lediglich seine Gehilfen sind und also keine Selbständigkeit der Ressorts besteht; die parlamentarische Verantwortlichkeit des Kanzlers ist jedoch nirgends näher ausgeführt. Der Kaiser hat völlige Freiheit in der Berufung des Kanzlers und der Reichsbeamten; nach Art. 9 kann niemand zugleich Mitglied des Reichstages und des Bundesrates sein, wodurch der Parlamentarismus vollends verhindert wird. 2. Die überlegene Gewalt des Kaisers beruht also neben seiner militärischen Kommandogewalt auf seinem unbedingten Verfügungsrechte über den Kanzler und auf der großen Anzahl von Stimmen, die er als König von Preußen in der entscheidenden Körperschaft, dem Bundesrat, besitzt. 3. Der Reichstag hat demgegenüber nur bestimmte, in der Verfassung bezeichnete und begrenzte Rechte: seine Zuständigkeit beschränkt sich auf die Mitwirkung bei der Gesetzgebung und der dazu gehörenden Ordnung des Reichshaushalts, erstreckt sich dagegen nicht auf die vollziehende Gewalt, die Regierung; vor allem ist er ohne Einfluß auf die Befetzung der Ämter des Reichskanzlers und der Staatssekretäre.

Aus all diesem ergibt sich eine Schwäche in der Stellung des Reichstages: wie seine Vorbilder, die Landtage der Einzelstaaten, war dieser Reichstag ein Parlament, welches nicht zum Regieren berufen war, sondern innerhalb festgesteckter Grenzen Mißgriffe der Regierung verhindern sollte. Nicht er, sondern die im Bundesrate verkörperte Gesamtheit der verbündeten Regierungen war der Träger der Reichsgewalt, gleichwie in den Einzelstaaten schon bisher die Fülle der Staatsgewalt nicht beim Landtage, sondern bei dem Landesherrn ruhte.

So zeigt der Vergleich den großen Unterschied im Geiste der beiden Verfassungswerke — ein Unterschied, der auch äußerlich zum Ausdruck gebracht wird, indem Bismarck nicht die Farben von 1848, sondern — im Anschluß an die preußischen Farben — das Schwarz-weiß-rot als Reichsflagge wählt. Auch verzichtet er auf die Wiederholung der Grundrechte, die der Verfassung von 1849 und auch der preußischen Verfassung vorangestellt waren.

2. Der Ausbau der Reichsverfassung.

Die folgenden Jahre führen den Ausbau des Reiches weiter.

- a) Die Einverleibung Elsaß-Lothringens: Die Reichslande erhalten keine Stimme im Bundesrat, dem doch die gesamte Verfügung über Gesetzgebung und Exekutive in den Reichslanden zusteht. 1879 wird ein Statthalter eingesetzt, dem eine Reihe landesherrlicher Befugnisse übertragen werden und der die Funktionen eines Sonderkanzlers für Elsaß-Lothringen ausübt. Erst 1911 erhält das Reichsland eine Verfassung und drei Stimmen im Bundesrat; Verfassungsänderungen bleiben aber den Reichsinstanzen vorbehalten.

Das Mißtrauen gegenüber der elsäß-lothringischen Bevölkerung, das in dieser langsamen Verfassungsentwicklung zum Ausdruck kam und das sich — trotz großer wirtschaftlicher und kultureller Förderung im einzelnen — auch in der Verwaltung des Landes kundgab, mußte die einheimische Bevölkerung verbittern, zumal diese seit der Französischen Revolution an freie Gedanken und Einrichtungen gewöhnt war. Hinzu kam auch der Gegensatz der katholischen Mehrheit des Landes gegen die meist von Protestanten geführte Verwaltung.

- b) Die Vereinheitlichung der Rechtspflege: Dem einheitlichen Handelsgesetzbuch, das noch vom Norddeutschen Bunde gegeben worden war, tritt das

Strafgesetzbuch schon 1872 an die Seite, das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB.), das langer Vorarbeit bedarf, erst 1900. Eine einheitliche Gerichtsverfassung wird 1879 erlassen: sie beseitigt die letzten Reste gutherrlicher Gerichtsbarkeit, führt die Trennung von Rechtspflege und Verwaltung allgemein durch und zieht den Instanzenweg vom Amtsgericht über Landgericht und Oberlandesgericht zum Reichsgericht. Die Rechtspflege verbleibt den Einzelstaaten, die Grundsätze des Verfahrens aber sind einheitlich geregelt, das Reichsgericht in Leipzig gewährleistet durch seine Entscheidungen die einheitliche Auslegung der Gesetze und verkörpert so die Gerichtshoheit des Reiches.

- c) Die Vereinheitlichung des Verkehrswezens: eine Münzreform führt Goldwährung und Markrechnung ein, die Einheit von Maß und Gewicht wird erreicht, indem als Einheit des Längenmaßes das Meter, des Hohlmaßes das Liter, des Gewichtes das Kilogramm angenommen wird. Dagegen scheitert Bismarcks Plan, die Eisenbahnen für das Reich zu erwerben und dadurch dem Reiche eine dauernde Finanzquelle zu eröffnen: da die Einzelstaaten nicht verzichten wollen, muß Bismarck das Reichsbahnwesen zunächst auf Elsaß-Lothringen beschränken, er führt aber wenigstens in Preußen die Verstaatlichung der Eisenbahnen durch. Die Reichspost wird von Heinrich Stephan, dem Staatssekretär des Reichspostamtes, ausgebaut; die Gründung des Weltpostvereins wird von ihm angeregt. Daß auch die Gewerbefreiheit, die durch die Gewerbeordnung des Norddeutschen Bundes 1869 verwirklicht worden ist, nun auf das Reich ausgedehnt wird, ergibt sich aus dem Bunde zwischen dem Reichskanzler und der Nationalliberalen Partei.

3. Bismarck und die Nationalliberale Partei.

Der Ausbau des Reiches steht im Zeichen des 1867 geschlossenen Bundes zwischen dem leitenden Staatsmann und der herrschenden Partei: Bismarck kommt in der Frage der Wirtschaftspolitik dem Liberalismus entgegen und erhält dafür dessen Unterstützung in den für ihn entscheidenden Fragen der monarchischen Gewalt und der nationalen Verteidigung.

- a) Bezeichnend für diesen Bund ist das Kompromiß des Septennates (1874) (Qu. II 89, II, Qu. I 18/20, C 1). Bismarck und Moltke fordern eine dauernde gesetzliche Festsetzung der Friedenspräsenzstärke des neuen Heeres, die Liberalen im Reichstag wollen aber von ihrem Grundsatz der jährlichen Budgetbewilligung nicht abgehen, weil sonst das parlamentarische Budgetrecht, soweit es das Heer betrifft, fast illusorisch wird. Da findet Bennigsen, der Führer der Nationalliberalen, den Ausweg, wonach die Präsenzstärke für sieben Jahre festgesetzt wird. Nach Ablauf der sieben Jahre wird das Septennat erneuert unter Erhöhung der Ziffer, aber der Keim zu einem neuen „Konflikt“ ist in diesem Kompromiß freilich vorhanden.
- b) Auch in der Polenfrage tritt die Gemeinschaft zwischen Bismarck und den Nationalliberalen zutage. Die Polenbegeisterung des älteren Liberalismus war nach 1848 langsam abgelöst worden durch die Einsicht in die große Gefahr, die dem Deutschtum im Osten drohte. Auch war der preußischen Polenpolitik, die lange schwankend gewesen war, von Bismarck sofort nach Beginn seiner Ministerschaft eine scharfe Wendung gegen die Polen gegeben worden, um Rußlands willen, aber auch zur Stärkung der eigenen Staatsautorität. So finden sich Bismarck und die Nationalliberalen auch in dieser Frage zusammen; aber die Mittel, die angewandt werden und die im Ansiedelungsgesetz von 1886 gipfeln, bringen nicht den erwarteten Erfolg. Während in Posen deutsche Bauern angesiedelt werden, dringen die Polen als billige Landarbeiter, besonders aber als Träger städtischer Berufe immer weiter vor, zahlreiche Kolonien polnischer Industriearbeiter entstehen sogar im Ruhrgebiet. Die Gesetzgebung kann die Polen auch in der folgenden Epoche nur erbittern, aber nicht zurückdrängen. Auch hier tritt der konfessionelle Gegensatz verschärfend hinzu.

- c) Kommen so die Nationalliberalen Bismarck entgegen, so regiert der Kanzler seinerseits in wirtschaftlichen Dingen liberal: die Einmischung des Staates wird soweit als möglich ausgeschaltet, in der Handels- und Gewerbepolitik macht sich dies besonders bemerkbar. Die also entfesselte Unternehmungslust wird noch weiter angeregt durch die französischen Milliarden. Das Reich und die Bundesstaaten verwenden sie — abgesehen von dem Reichskriegsschatz im Juliusturm in Spandau — zum Bau von Eisenbahnen und Festungen, zur Rückzahlung von Staatschulden. Die Folge ist Kapitalfülle, Arbeitsüberfluß, Unternehmungslust; da aber die ganze Nachfrage keine natürliche, sondern eine zufällige ist, so muß das „Gründungsfieber“ bald zum großen „Kraach“ führen, der sich von Wien aus über Deutschland und von da über die ganze Welt ausbreitet (1873). Diese Vorgänge rufen erste Zweifel an der Richtigkeit des liberalen laissez faire hervor.

4. Der Kulturkampf (Qu. I 18/20, B).

Außer in den wirtschaftspolitischen Fragen zeigt sich das enge Zusammenarbeiten Bismarcks und der Nationalliberalen Partei besonders noch auf kirchenpolitischem Gebiet, in dem sogenannten Kulturkampf.

Immer noch bestand in den deutschen Ländern die Spannung zwischen Kirche und Staat. Zwar hatte das Jahr 1848 den Grundsatz der Freiheit der Kirche ausgesprochen — also die Freiheit der Bischofs- und Priesterernennung, des Unterrichtes, der Orden, der Vereine —, und wenigstens in der preußischen Verfassung war dies dauernd Rechtens geworden. Aber an Versuchen, die Grenzen der beiden Gewalten zu verschieben, hat es auch nachher weder auf der einen noch auf der anderen Seite gefehlt. Der Liberalismus hatte dabei bis dahin auch auf diesem Gebiete gegen den Staat gekämpft. Nun aber traten Ereignisse ein, die Bismarck und den Liberalismus auch auf kirchenpolitischem Gebiete zusammenführten zum Kampfe gegen den Grundsatz der Freiheit der Kirche vom Staate. Bismarck wollte dabei dem Staate einen Teil der alten Macht zurückgewinnen, der Liberalismus seinerseits befürchtete von der freien Kirche eine Gefährdung seines Prinzips der Gewissensfreiheit: beide wollten zugleich den Schutz der Staatsbürger, die mit der Kirche in Konflikt geraten waren.

Das Jahr 1870 hat nämlich auch für die katholische Kirche große Entscheidungen gebracht:

1. Die Lehre von der Unfehlbarkeit des Papstes wird im Juli 1870 von dem Vatikanischen Konzil zum Dogma erklärt; Papst ist damals Pius IX., der die Entwicklung der päpstlichen Obergewalt im Geiste der großen Päpste des Mittelalters und der Gegenreformation vollendet. Und dies geschieht in demselben Augenblick, als der letzte Rest des Kirchenstaates verschwindet. Denn

2. die weltliche Macht des Papstes wird beseitigt, indem die Italiener in die von der französischen Besatzung geräumte ewige Stadt unmittelbar nach der Schlacht von Sedan einziehen, den Kirchenstaat dem Königreich Italien einverleiben und die königliche Residenz nach Rom verlegen; der Papst zieht sich in den Vatikan zurück.

Mit beiden Ereignissen hat sich das neue Deutsche Reich auseinanderzusetzen. Entscheidend ist dabei für Bismarcks Haltung die Tatsache, daß der „politische Katholizismus“ im neuen Reiche sofort zu einer eigenen Partei, der Zentrumsparthei, sich zusammenschließt, daß er die Übernahme der Kirchenparagraphen der preussischen Verfassung in die deutsche Reichsverfassung fordert und daß er — seiner großdeutschen Vergangenheit entsprechend — den Föderalismus zu seinem Programme macht und die „Besiegten von 1866“, die im neuen Reiche in

die Minderheit gedrängten Katholiken um sich versammelt; Haupt der Partei ist Ludwig Windthorst, der ehemalige Minister des Königs von Hannover.

- a) Eine Einmischung zugunsten des Kirchenstaates, die von der Zentrumspartei gefordert wird, lehnt Bismarck ab.
- b) Folgenreicher ist das Unfehlbarkeitsdogma: aus den Gegnern der Erklärung bilden sich „alkatholische“ Gemeinden, die den Schutz des Staates anrufen und Anteil am Kirchengut verlangen; Religionslehrer, die von der Kirchenbehörde vor die Wahl des Widerrufs oder der Absetzung gestellt werden, berufen sich auf ihre Eigenschaft als staatliche Beamte.
- c) So entsteht eine Reihe von Rechtsfragen und aus ihnen die alte Machtfrage, wie Staatshoheit und Kirchenhoheit sich zueinander verhalten. Der Kampf wird daher bald ein grundsätzlicher, und er wird erbittert geführt sowohl in Preußen und den anderen Bundesstaaten als auch im Reiche. 1. Reichsgesetzlich wird die Zivilehe eingeführt an Stelle der kirchlichen Eheschließung. Nur die bürgerliche Eheschließung ist rechtsgültig, die kirchliche Trauung darf erst nach ihr erfolgen. 2. Die preußischen „Maigesetze“ von 1873 setzen die staatliche Schulaufsicht an die Stelle der bisherigen geistlichen und ordnen staatliche Aufsicht und Mitwirkung an bei der Vorbildung und Anstellung der Priester. 3. Da die preußische Verfassung mit ihren die Freiheit der Kirche gewährleistenden Artikeln entgegensteht, so werden diese Artikel abgeändert. 4. Vom Reiche wird der sog. „Kanzelparagraph“ erlassen; er bedroht mit schwerer Freiheitsstrafe jene Geistlichen, die in Ausübung ihres Berufes „Angelegenheiten des Staates in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise“ erörtern. 5. Den Jesuiten wird die Errichtung von Niederlassungen im Deutschen Reiche verboten.
- d) Aufwühlend und erbittert ist der Kampf um die Ausführung der Gesetze, als die Geistlichkeit, durch ihr Gewissen gezwungen, im Widerstande verharret und verhaftet, abgesetzt, bestraft wird, als die Orden und Kongregationen aufgelöst und vertrieben werden. Zwar kommt es nirgends zu offener Parteinahme der Gemeinden, aber an eine Durchführung der Gesetze ist bei der Haltung der Geistlichkeit nicht zu denken. So bleibt Bismarck schließlich nichts anderes übrig als der Rückzug: die Ausführung der Gesetze wird gehemmt, dann ins Belieben der Regierung gestellt, schließlich erfolgt von Jahr zu Jahr der Abbau der Kulturkampfgesetze; die Verständigung wird durch die Gewandtheit des neuen Papstes Leo XIII. erleichtert (1878—1903).

Erhalten bleiben aber doch eine Reihe sehr wesentlicher „Kulturkampfgesetze“: der Kanzelparagraph, das Jesuitengesetz, die Schulaufsicht und die Zivilehe.

Als kluger Politiker brach Bismarck den Kulturkampf sofort ab, als er die Unmöglichkeit sah, zu einem Ende zu gelangen. Die Ursachen des Mißerfolges waren ihm offenkundig: 1. Er hatte die Macht des durch das Vatikanum entstandenen Ultrakatholizismus überschätzt, der nur enge Kreise der Gebildeten erfaßt hatte und so eine Sekte geblieben war, weil er nicht aus religiösen Motiven entsprungen war, sondern aus der von neuem entbrannten wissenschaftlichen Streitfrage des späteren Mittelalters, ob der Papst oder die Konzilien unfehlbar seien. 2. Bismarck hatte sich in den Kampfmitteln vergriffen, als er einen geistigen Kampf mit Volksgewalt entscheiden wollte: so hatte er Märtyrer geschaffen. 3. Der Staat hatte sich in eine unmögliche Lage begeben: er beiseitigte die Geistlichen, ohne sie doch entbehren zu können oder auf sie verzichten zu wollen. So befürchtete er die moralische Zerrüttung als schlimme Folge: mit einem solch geschlossenen Widerstande der Geistlichkeit hatte der an lutherische Verhältnisse gewöhnte Staat nicht gerechnet. 4. Der Kulturkampf hatte zu Maßnahmen geführt, mit denen auch der strenggläubige Protestantismus nicht

einverstanden sein konnte: die konservative Partei brach mit Bismarck und stimmte gegen das Schulaufsichtsgesetz und gegen die Zivillehre.

Das Ende des Kulturkampfes ist zugleich das Ende der Zusammenarbeit Bismarcks mit den Nationalliberalen. Aber es sind nicht nur diese kirchenpolitischen Erwägungen, die Bismarck eine Abwendung von den Nationalliberalen und eine Annäherung an Konservative und Zentrum nahelegen: das Jahr 1878 bringt auch in der Handels- und Sozialpolitik die große Umkehr.

5. Die Schutzzollpolitik.

Das Manchesterium hatte bei der Reichsgründung in der schon bis dahin freihändlerischen Handelspolitik des Zollvereins vollends gesiegt: auch die konservative Partei stand damals noch auf freihändlerischem Boden, im Interesse des preussischen Getreideexportes. Das Jahr 1878 bringt darin eine große Wandlung. Die deutsche Bevölkerung ist durch die industrielle Entwicklung so sehr angewachsen, daß ihr Getreidebedarf zum ersten Male die heimische Getreideproduktion übersteigt. Zugleich sind durch die Entwicklung des Seeverkehrs und durch den vollendeten Ausbau des Eisenbahnnetzes die Entfernungen und die hohen Transportkosten, diese natürlichen Zollschranken, in Wegfall gekommen; dem deutschen Getreide droht also die Konkurrenz des billigen russischen und argentinischen Getreides. Dazu kommen die Klagen der Eisenindustriellen über die erst 1877 von den Freihändlern durchgesetzte völlige Aufhebung der Eisenzölle, die sie gegen das billige englische Eisen wehrlos macht.

So entschließt sich Bismarck zu einer Umstellung der Wirtschaftspolitik auf den Schutzzoll. Dabei hofft er zugleich mit den „Schutzzöllen“ auf Eisen, Holz, Getreide und Vieh auch eine Reihe von „Finanzzöllen“ auf Kaffee, Tee und Weine sowie eine hohe Tabaksteuer zu gewinnen, um auf diese Weise dem Reiche eigene Einnahmen zu verschaffen, nachdem es durch die Reichsverfassung zu einem „lästigen Kostgänger und mahnenden Gläubiger“ der Bundesstaaten geworden war.

Da die Nationalliberalen diese Politik nicht mitmachen wollen, verhandelt Bismarck mit Windthorst: der Bund der Konservativen und des Zentrums wird mit der Annahme des neuen Zolltarifs geschlossen; dabei wird dem Zentrum ein Zugeständnis in föderalistischem Sinne gemacht durch die sog. Frankensteinische Klausel, wonach der Ertrag der Zölle und Tabaksteuer, der eine bestimmte Höhe überschreitet, den einzelnen Bundesstaaten überwiesen werden muß.

Mit großer Leichtigkeit hat Bismarck die bisherigen nationalliberalen Verbündeten aufgegeben, um sich mit dem Zentrum, das er soeben noch aufs schwerste bekämpft hatte, zu verbinden. Die Parteien waren ihm nur Figuren in seinem politischen Spiel, nur Mittel zur Erreichung seines letzten Zweckes, der Sicherung der Machtposition des Reiches. Er war kein Parteimann und benutzte sie alle. Achtung hatte er vor ihnen nur, wenn sie stark waren; dann aber lenkte er ein und suchte sie zu gewinnen: so zuerst die Nationalliberalen, so dann das Zentrum. Die Macht der Sozialdemokratie hat er nicht mehr erlebt, darum kennt die Geschichte ihn nur als ihren Gegner.

6. Sozialismus und Sozialpolitik.

- a) Vorgeschichte. Später als in England und Frankreich hatten sich in Deutschland Industriestaat und Kapitalismus entwickelt, und so ist denn auch die „soziale Frage“ in Deutschland erst allmählich brennend geworden.

Der Aufstand der schlesischen Weber in den 40er Jahren zeigte zuerst das in England geläufige Bild, wie die Heim- und Handarbeiter, durch die Einführung der Maschinen überzählig geworden, zu jeder Bedingung zu arbeiten gezwungen sind und nun in ihrem Elend Fabriken und Maschinen zerstören als die Urheber ihrer Not: auch hier also ist es die bezeichnende Anfangsform der modernen Arbeiterbewegung, die noch nichts von einer Umgestaltung des kapitalistischen Industriesystemes in ein gemeinwirtschaftliches weiß, sondern die Wiederherstellung der vorindustriellen Arbeitsbedingungen erstrebt. In der deutschen Revolution von 1848 tritt das Proletariat noch nicht zielbewußt hervor; es bleibt, wie in der großen Französischen Revolution und in der Julirevolution, eine Sturmtruppe der bürgerlichen oder Kleinbürgerlichen Bewegungen, obgleich einige Publizisten oder Dichter wie Heine oder Freiligrath das Selbstbewußtsein des Proletariates zu wecken suchen. Erst die große Ausdehnung, die die deutsche Wirtschaft und damit auch der Kapitalismus in den 50er und 60er Jahren erlebten, schafft auch in Deutschland die Bedingungen einer proletarischen Bewegung.

In der Zwischenzeit aber ist dieser Bewegung in Karl Marx ein Denker und Organisator erwachsen, der in der Verbannung in London sein System des „wissenschaftlichen Sozialismus“ entworfen und auszubreiten begonnen hat. Dieses System will einerseits die klassische Nationalökonomie, wie sie von Smith und Ricardo im Geiste des Kapitalismus aufgebaut worden ist, weiterentwickeln und andererseits den von Marx „utopisch“ genannten Sozialismus der Franzosen überwinden, um die Beseitigung des bestehenden kapitalistischen Wirtschaftssystemes als eine „historische Notwendigkeit“ zu erweisen.

b) Karl Marx und sein System des wissenschaftlichen oder historischen Sozialismus (Qu. I 18/20, D III, Qu. II 185, S. 29).

In seiner Jugend radikaler bürgerlicher Journalist und von der preußischen Zensur verfolgt, ist Karl Marx (1818—1883) frühe nach Paris gekommen, hat dort sich mit den sozialistischen Ideen vertraut gemacht und den Freundschaftsbund mit Friedrich Engels geschlossen, einem jungen wohlhabenden deutschen Fabrikanten, der die Niederlage des väterlichen Geschäftes in Manchester leitete und der dort, mitten in der Hochburg des wirtschaftlichen Liberalismus, schon 1845 die düsteren Folgen der schrankenlosen Freiheit in seinem Buche über „die Lage der arbeitenden Klassen in England“ enthüllt hat. Die beiden Freunde bauen von nun an in engerer geistiger Gemeinschaft das neue System auf, Marx als der schöpferische Geist, Engels als der Verbreiter der Ideen und als der nie versagende selbstlose Helfer für den mit persönlichen Nöten unaufhörlich ringenden Freund, der ein Leben der Armut auf sich nimmt, um sich und seinem Werke treu bleiben zu können. Beide lassen zunächst 1847 von Brüssel aus das „Kommunistische Manifest“ ausgehen — als den Ausdruck ihres gemeinsam errungenen wissenschaftlichen Standpunktes. Dann hat Marx — nach der kurzen Teilnahme an der deutschen Revolution — in den Jahrzehnten seiner Londoner Verbannung das System ausgebaut und entwickelt in seinem „Kapital“, dessen erster, entscheidender Band 1867 erschien.

Der Aufbau des Systemes ist mit strenger Logik durchgeführt, ein Gedanke wird aus dem anderen entwickelt.

1. Die materialistische Geschichtsauffassung — der Ausdruck stammt nicht von Marx — ist das erste Ergebnis seiner Forschungen. Marx ging ursprünglich aus von der Philosophie Hegels: dieser faßte die Weltgeschichte auf als die im Kampfe und im Widerspruche sich vollziehende Verwirklichung und Entwicklung des Geistes, indem jede geschichtliche Epoche und jede geschichtliche Erscheinung geformt ist durch eine beherrschende Idee und also eine Stufe darstellt in der Entfaltung des Weltgeistes. Diese „historische Ideenlehre“ seines Lehrers Hegel wendet Marx um, indem er nicht die Menschen aus den in ihnen lebenden Ideen, sondern vielmehr die Ideen aus den Menschen erklärt. Marx sagt daher, er habe die Hegelsche Philosophie von dem Kopfe, auf dem sie gestanden, wieder auf die

Beine gestellt. Seine „materialistische Geschichtsphilosophie“ lehrt also, daß Rechtsverhältnisse, Staatsformen und Weltanschauungen weder aus sich selbst zu begreifen sind noch aus der sog. allgemeinen Entwicklung des menschlichen Geistes, sondern vielmehr in den materiellen Lebensverhältnissen wurzeln; sie entstehen nicht etwa „aus“ den materiellen Voraussetzungen, sondern sie beruhen „auf“ denselben und sind also ohne sie nicht erklärbar. Indem nun die materiellen Kräfte sich entfalten und entwickeln, der staatliche Überbau dagegen starr bleibt, entsteht eine Spannung, ein Widerspruch, der zur sozialen Revolution führt. „Mit der Veränderung der ökonomischen Grundlage wälzt sich der ganze ungeheure Überbau langsamer oder rascher um.“ „Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind.“ So ergibt sich:

2. Die Lehre vom Mehrwert. Kapitalismus — sagt Marx — ist erst möglich, wenn eine Trennung von Arbeitern und Produktionsmitteln erfolgt ist. Der Handwerker, dieser Träger der mittelalterlichen Stadtwirtschaft, arbeitet selbst, verfügt aber zugleich noch über die Produktionsmittel, d. h. Werkzeuge und Stoffe für seine Arbeit. Der Lohnarbeiter dagegen ist, im Unterschied von dem Hörigen und dem Zunftgenossen des Mittelalters, zwar freier Eigentümer seines Arbeitsvermögens, aber er besitzt außer diesem keine Rechte und keine Waren, er muß also seine Arbeitskraft verkaufen, um leben zu können. Der Wert der Arbeitskraft aber wird, wie bei jeder anderen Ware, bestimmt durch den Wert der zur Produktion dieser Ware nötigen Arbeitszeit, der in diesem Falle sich bemißt nach den für die Lebensbedürfnisse des Arbeiters und für die Heranziehung der künftigen Arbeitergeneration nötigen Ausgaben, die ihrerseits unter verschiedenen Kulturbedingungen verschieden sind. Aber nichts hindert den Arbeiter, länger als diese „gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit“ zu arbeiten. Indem also der Kapitalist diese Differenz zwischen dem Werte der Arbeitskraft und ihrer Verwertung im Arbeitsprozeß ausnützt, zieht er einen Mehrwert aus der Arbeitskraft. Die Selbstvermehrung des Kapitals ist also nach Marx begründet in der Verfügung über ein bestimmtes Quantum unbezahlter fremder Arbeit, nicht — wie Adam Smith wollte — in eigener Arbeit und Sparsamkeit. Der „Heißhunger nach Mehrarbeit“, der sich aus dem Wesen des Kapitalismus ergibt, wird also befriedigt entweder durch absolute Ausdehnung des Arbeitstages — der freilich durch die Natur Schranken gezogen sind — oder durch Verkürzung der für den Arbeiter zur Deckung seiner Lebensbedürfnisse „notwendigen Arbeitszeit“; dies kann geschehen durch Herabsetzung des Lohnes, die freilich gleichfalls ihre physische Grenze hat, und besonders durch Erhöhung der Produktionskraft der Arbeit: die Industrie ist diesem Motiv entsprungen, Arbeitsteilung und Maschinerie sind ihre Mittel. Aber diese Erhöhung der Produktionskraft dient nicht zur Verkürzung der gesamten Arbeitszeit, so daß auch der Arbeiter davon Vorteil hätte, sondern nur zur Vergrößerung der „Mehrarbeit“. Die Höchstgrenze der Arbeitszeit wird vom Kapital immer erstrebt und festgehalten. So erzeugt der Arbeiter den Mehrwert, der das Kapital vermehrt. Je größer aber die Kapitalanhäufung, desto größer die Produktivität; die Nachfrage nach Arbeitskraft von seiten des Kapitals verringert sich also relativ zur Größe des Kapitals und zur Produktion, wenn sie auch absolut wächst. Die Arbeiterbevölkerung produziert also mit dem Mehrwert in wachsendem Umfang die Mittel, durch welche sie selbst überzählig gemacht wird. Die „industrielle Reservearmee“, die so entsteht, drückt den Lohn und ermöglicht die Steigerung der Mehrarbeit: je stärker Reichtum und Kapital werden, desto größer wird auch das Elend und die „Ausbeutung“. Dies aber führt auf:
3. Die Konzentrationstheorie. Der unaufhörlich reproduzierte und gesteigerte Mehrwert ermöglicht eine steigende Konzentration der Produktionsmittel, die

höhere Produktivität des größeren Betriebes bewirkt, daß die großen Unternehmungen über die kleinen, die ganz großen über die großen triumphieren: die Kartelle und Truste hat Marx vorausgesagt. Wenn die kapitalistische Entwicklung begann mit einer „Expropriation“ des Arbeiters von seinen Produktionsmitteln, so greift diese Enteignung im Laufe der Entwicklung immer weiter und trifft die Kapitalisten selbst, so daß einer abnehmenden Zahl von Kapitalisten eine immer mehr answellende Zahl von Proletariern gegenübertritt. Aus diesem Gedanken- gange entsteht

4. Die Sozialisierungstheorie. Indem nämlich die wachsende Größe der Betriebe die Ergiebigkeit der gesellschaftlichen Arbeit steigert, wird die Möglichkeit gegeben, die „notwendige Arbeitszeit“ zu vermindern, es wird die Gewöhnung an gemeinschaftliche Arbeitsmittel, an Gleichförmigkeit und Größe der Produktion erreicht. So entwickeln sich die Bedingungen für eine gemeinschaftliche Organisation im Rahmen des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Daß aber der Augenblick kommen muß, wo diese neue Organisation sich mit Notwendigkeit durchsetzen muß, lehrt
5. Die Zusammenbruchstheorie. Die periodisch immer heftiger auftretenden Handelskrisen zeigen, daß nun auch die kapitalistische Ordnung, die ehemals die alten Fesseln geprenzt und gewaltige Produktivkräfte hervorgezaubert hat, die Geister, die sie gerufen hat, nicht mehr zu beherrschen vermag. Denn die Überproduktion ist die Ursache dieser Erscheinungen; die Produktivkräfte sind zu gewaltig geworden, die bürgerlichen Verhältnisse sind zu eng geworden, um den von ihnen erzeugten Reichtum zu fassen. Es entwickelt sich also der Untergang des Kapitalismus aus dem Widerspruch zwischen der zunehmenden Vergesellschaftung und Ausdehnung der Produktivkräfte und der privatwirtschaftlichen Verteilung des Produktionsertrages.

So lehrt Marx, daß das kapitalistische Wirtschaftssystem dank der ihm „immanenten“ Gesetze mit „Naturnotwendigkeit“ dem Untergange zueile und daß der Todesweg des Kapitalismus gleichbedeutend sei mit der Schaffung der für die sozialistische Gesellschaft unerläßlichen Vorbedingungen. Das Ziel dieser Entwicklung ist die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln und ihre Überführung in die Hände des Staates, d. h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariates. Während Marx im „Kommunistischen Manifest“ noch an die baldige gewaltsame Verwirklichung dieses Zieles geglaubt hat, hat ihn das Scheitern von 1848 immer mehr auf die langandauernde „Evolution“ hingewiesen. Wenn aber, so meint er, alle Vorbereitungen in der kapitalistischen Gesellschaft herangereift sein werden, dann werde die „Diktatur des Proletariates“ diese Entwicklung nur einfach zu besiegeln haben. Denn Revolutionen können nicht „gemacht“ werden. Deshalb gründet Marx den Sozialismus auf die Notwendigkeit einer historischen Entwicklung, nicht darauf, daß die wirtschaftlichen Tatsachen dem sittlichen Gefühl widersprechen — so tief er im übrigen auch persönlich von Mitgefühl mit dem sozialen Elend erschüttert war. Weil der ältere Sozialismus anders gemeint hatte, deshalb nannte ihn Marx den „utopischen Sozialismus“ im Gegensatz zu dem wissenschaftlichen und historischen, den er gefunden hat.

e) Die Ausbreitung.

1. Die „Internationale“. Das Kommunistische Manifest schließt mit dem Rufe: „Proletarier aller Länder vereinigt euch!“ Damit erfüllt Marx die sozialistische Bewegung mit der Idee einer Solidarität aller Lohnarbeiter innerhalb der kapitalistisch gewordenen Welt und mit der Idee der allgemeinen Menschheitsver-

brüderung, die, aus der Aufklärung stammend und gegen Militarismus und Krieg gerichtet, nun von der bürgerlich-radikalen Bewegung auf die proletarische vererbt wird.

Durch die „Internationale Arbeiterassoziation“ von 1864 gelingt der erste Zusammenschluß des Proletariates, den Marx mit großem Geschick zustande bringt, indem er alle Richtungen der Arbeiterbewegung vereinigt. Eine rückhaltlose Aufnahme seines eigenen Systemes erlebt er allerdings nur im deutschen Proletariat.

2. Die deutsche Sozialdemokratie. Die proletarische Bewegung beginnt in Deutschland mit Ferdinand Lassalle, der 1863 den „Allgemeinen deutschen Arbeiterverein“ begründet: seine Ziele sind politisch und sozialistisch, er will allgemeines Wahlrecht und staatlich unterstützte Produktivgenossenschaften. Während Marx den „Zusammenbruch“ erwarten will, also die Zusammenarbeit mit bürgerlichen Richtungen als ein „Aufgeben des Prinzips“ verwirft, will Lassalle durch Arbeit im gegebenen Staate zum Ziele gelangen. In der Konfliktzeit scheint sich sogar ein Zusammenwirken zwischen Lassalle und Bismarck anzubahnen; die Gegnerschaft gegen die bürgerliche Fortschrittspartei ist beiden gemeinsam. Denn die liberale Staatsauffassung, die die Tätigkeit des Staates auf die Wahrung der Rechte des einzelnen beschränken will, lehnt nicht nur der preußische Staatsmann ab: auch Lassalle ist erfüllt von der Leidenschaft zur staatlichen Macht, und die Hegelsche Lehre vom Kulturstaat, die gerade in Anschauung des preußischen Staates gewonnen worden war, ist auf diesen Jünger der Hegelschen Philosophie übergegangen. Die Möglichkeit eines sozialen Königtums ist in den Besprechungen, die Bismarck und Lassalle über das allgemeine Wahlrecht und die staatliche Sozialhilfe gepflogen haben, einen Augenblick aufgetaucht.

Nach Lassalles frühem Tode (1864) gelangt die marxistische Lehre, von Liebknecht und Bebel verfochten, mehr und mehr zur Herrschaft: die von beiden gegründete „Sozialdemokratische Arbeiterpartei“ vollzieht 1875 im Gothaer Programm ihre Vereinigung mit der Lassalle'schen Richtung, und zuletzt formuliert das Erfurter Programm von 1891 ein im streng marxistischen Geiste abgefaßtes Glaubensbekenntnis der Sozialdemokratischen Partei.

Seit 1867 im Reichstage vertreten, schafft die Sozialdemokratie im gesetzlich-parlamentarischen Kampfe die besondere deutsche Form einer Arbeiterbewegung, und dient durch ihre Erfolge den Arbeitern der anderen Länder zum Vorbilde. Daneben werden auch nach englischem Muster die Gewerkschaften ausgebaut mit Unterstützungskassen, mit Ausbildung der Tarifverhandlungen, des Arbeitsvertrages, des Streikrechtes. Zunächst freilich hat die Sozialdemokratie den Kampf mit Bismarck durchzuführen.

3. Das Sozialistengesetz (1878). Der Gegensatz zwischen dem auf Erhaltung der überlieferten Autoritäten bedachten Kanzler und der nach einer Umgestaltung von Staat und Gesellschaft strebenden sozialdemokratischen Bewegung ist so groß, daß es zum offenen Kampfe kommen muß.

Bismarck benützt zwei gegen den alten Kaiser unternommene Attentate zur Schaffung eines Ausnahmegesetzes „gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“; die sozialistischen Vereine und Zeitungen werden unterdrückt, im geheimen aber sammeln sich die Anhänger nun erst recht, wie das rasche Anwachsen der sozialdemokratischen Wahlstimmen erkennen läßt.

4. Die soziale Gesetzgebung. Bismarck weiß freilich, daß die soziale Frage durch die Unterdrückung der Sozialdemokratischen Partei nicht gelöst ist. Die Lage der arbeitenden Klassen zu erleichtern, hält auch er für eine notwendige Aufgabe,

nur soll es auf gesetzlichem Wege und im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaft geschehen. Dem Manchesterturn, dem der Liberalismus in seiner Abneigung gegen alle staatliche Einmischung in die Wirtschaft immer noch huldigte, steht er jetzt, nach seiner Abkehr von den Nationalliberalen, durchaus fern, und eine staatlich gelenkte Sozialpolitik mußte zudem das Ansehen und den Aufgabekreis des Staates mehren. Der „Verein für Sozialpolitik“, 1872 von Lehrern der Nationalökonomie, den sog. „Kathedersozialisten“ begründet, hat die öffentliche Meinung vorbereitet, indem er die Lage der Arbeiterbevölkerung darlegt und aus menschlichen, nationalen und religiösen Gründen die Einengung der wirtschaftlichen Freiheit fordert, weil sie den Schwachen noch elender, den Mächtigen noch mächtiger mache. Christlich-soziale Bewegungen helfen, die geistige Alleinherrschaft des Manchesterturns zu durchbrechen. Besonders die katholische Richtung, von dem Mainzer Bischof Ketteler vorbereitet, versteht es, einen großen Teil der Arbeiterschaft in den „christlichen Gewerkschaften“ zu sammeln und politisch für das Zentrum zu gewinnen; dazu kommen die Gesellensvereine, die Rolping — ein Geistlicher, der selbst einst wandernder Handwerksbursche gewesen war — begründet hat, ferner weite, ganz Deutschland umfassende Organisationen der katholischen Caritas und der Volksbildung, die als Mittel zur Lösung der sozialen Frage begründet werden, weil man die soziale Frage nicht nur als „Messer- und Gabelfrage“, sondern als eine in erster Linie ethische Frage zu begreifen lernt. Die evangelisch-soziale Bewegung, von dem Hofprediger Stöcker geführt, knüpft an Heinrich Wichern an, der schon 1833 durch die Begründung des Rauhen Hauses in Hamburg zunächst der protestantischen Liebestätigkeit und der „Immeren Mission“ ein großzügiges Vorbild gegeben hat. Die Übertragung dieses Geistes auf das sozialpolitische Gebiet trägt dazu bei, die neue, ethische Auffassung vom Staate und seinen Aufgaben zu verbreiten, aber den freien Gewerkschaften vermag man doch keinen Abbruch zu tun.

So ist die öffentliche Meinung vorbereitet, als 1881 eine „kaiserliche Botschaft“ ergeht, die staatliche Schutz- und Fürsorgemaßnahmen ankündigt. Das Krankenversicherungsgesetz von 1883 bestimmt die Errichtung von öffentlichen korporativen Verbänden mit Krankenkassen zur Zahlung von Krankheitskosten und Krankengeldern; ergänzt wird es 1884 durch die Unfallversicherung mit Zahlung der Kosten des Heilverfahrens und einer Rente für die Dauer der Erwerbsunfähigkeit, und 1889 durch das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz mit Zahlung einer Rente. Die Mittel sind zum Teil von den Arbeitgebern, zum Teil von den Arbeitnehmern aufzubringen, während das Reich große Zuschüsse leistet. Gesetze über den Arbeiterschutz in den Betrieben werden gleichzeitig erlassen.

Weitumfassender und großzügiger als einst die soziale Gesetzgebung Napoleons III. in Frankreich war diese deutsche Gesetzgebung durchgeführt. Aber sie war doch auch darin bezeichnend für die deutschen Verhältnisse, daß die Selbsthilfe, der Grundgedanke der englischen Arbeiterbewegung, in Deutschland nicht bestimmend war: Staat und Bureaucratie entwarfen das ganze Werk, leisteten große Beihilfe, behielten die obrigkeitliche Leitung, erweiterten ihre Autorität, konnten die Grenzen des Werkes bestimmen und verfolgten zur gleichen Zeit die vorhandene selbständige Arbeiterbewegung, die dadurch immer mehr in ihre besondere Rolle einer parlamentarischen Opposition gedrängt wurde. Aber trotz dieser schwierigen Verhältnisse vermochte die Gewerkschaftsbewegung dennoch im Laufe der Zeit festen Boden zu gewinnen, die Arbeitermassen zur Selbsthilfe und zur politischen Disziplin zu erziehen und in den Gewerkschaftssekretären eine neue Schicht politischer Führer heranzubilden.

II. Bismarcks Politik der Bündnisse.

Die Begründung des Reiches durch Bismarck war eine Tat der auswärtigen Politik: zwischen den alten Mächten war Preußen emporgeführt worden, und diese Machtentfaltung hatte auch im Innern die widerstrebenden Kräfte bezwungen. Es lag Bismarck ferne, die Bahn der Machterweiterung auch künftig zu verfolgen: in seinen Augen war Deutschland „saturiert“, und das Ziel seiner Politik blieb von nun an, der neuen Großmacht die erworbene Stellung im Kreise der europäischen Staaten zu wahren. Die Grundtatsache des neuen Reiches war für ihn die Lage in der Mitte des Kontinentes, mit den offenen Grenzen im Osten und Westen. So beunruhigte ihn unaufhörlich die Möglichkeit feindlicher Koalitionen, es war „le cauchemar des coalitions“, wie der russische Staatsmann Schuwalow zu ihm sagte. Deshalb wollte er Bündnisse schaffen, um Bündnisse zu verhindern. So rechnete er mit den Kräften und Stimmungen Europas. Daraus ergibt sich das Bild seiner auswärtigen Politik (Qu. I 16/17).

1. Der Revanchegedanke in Frankreich.

In dem Spiel der Mächte hat Frankreich von nun an seine bestimmte, in allen Veränderungen der Weltlage gleichbleibende Stellung: die historische Gegnerschaft Frankreichs gegen Österreich ist auf das neue Reich übergegangen. Frankreich will die militärische Demütigung durch einen neuen, siegreichen Krieg wieder ausgleichen; es will das verlorene Land zurückgewinnen, den unvergessenen Weg nach dem Rheine und zur prépondérance légitime Ludwigs XIV. wieder beschreiten. Gambetta gibt die Parole: „Nie davon sprechen, immer daran denken.“

Die neue bürgerlich-republikanische Regierung hat zuerst große innere Schwierigkeiten zu überwinden: der sozialistische Aufruhr der Pariser „Commune“ muß niedergeschlagen werden, die Royalisten erringen die Mehrheit, berufen den Marschall Mac Mahon zum Präsidenten, und der Versuch einer Aufrichtung des bourbonischen Königiums scheitert zunächst lediglich an der Bedenkllichkeit des Prätendenten, des Grafen von Chambord, der sich zur Annahme der „Triflore“, also des konstitutionellen Königiums nicht verstehen will. Aber die Republik festigt sich; sie bewirkt die rasche Abzahlung der Kriegsschuld und dadurch den vorzeitigen Abmarsch der Besatzung; sie gibt sich 1875 eine parlamentarische Verfassung; sie erkämpft, um die künftige Generation für die Republik zu gewinnen, die Einführung der kostenlosen, obligatorischen, konfessionslosen Volksschule (Qu. II 133, I).

Bismarck war das Erstarren der Republik in Frankreich nicht unangenehm. Er glaubte, eine Republik werde den Frieden bewahren müssen, weil für sie ein siegreicher General immer eine Gefahr bedeuten werde und weil die Republik infolge des häufigen Wechsels ihrer Lenker bündnisunfähig sei.

Zunächst bleibt Frankreich isoliert, die erhoffte réparation par le droit wird immer unwahrscheinlicher, und der Betätigungsdrang der Nation wendet sich kolonialen Zielen zu (Qu. II 133, II 1). Tunis wird 1881 unter französisches „Protektorat“ gestellt, im Kriege gegen China wird das Protektorat über Anam und Tongking errichtet, in Madagaskar und am Kongo fassen die Franzosen Fuß. Bismarck begünstigt diese koloniale Ablenkung von dem Revanchegedanken, zumal sie Frankreich in Schwierigkeiten mit England bringt. So gelingt es Bismarck durch vielfache diplomatische Mittel, den Revanchekrieg unmöglich zu machen; den Gedanken an einen Präventivkrieg von deutscher Seite lehnt er ab, obwohl Moltke ihn 1875 befürwortet hat.

2. Die Dreifaiserverständigung (Qu. I 16/17, I b).

- a) Die Erhaltung von Frankreichs Isolierung erstrebt Bismarck besonders im Hinblick auf Rußland; schon frühe beschäftigt ihn die Gefahr eines Zweifrontenkrieges. Um Frankreich und Rußland auseinanderzuhalten, bedarf es daher auch Rußland gegenüber einer immer feiner ausgebildeten staatsmännischen Kunst.

Die Freundschaft mit Rußland war die feste Grundlage der preußischen Politik seit dem Befreiungskriege; sie war begründet in der Gemeinschaft der Interessen, der dynastischen Beziehungen wie der konservativen Staatsform. Auch Bismarcks Reichschöpfung ruhte auf diesem Grunde.

- b) Bismarck pflegt dieses Einverständnis auch weiterhin und verstärkt es durch Hinzuziehung Österreichs (1872). Zum formellen Abschluß eines Bündnisses ist es aber nicht gekommen.

So wurde durch diese Dreifaiserverständigung die Gefahr von Deutschlands Mittellage beseitigt; die zentrale, „auf drei Angriffsfronten offene Lage Deutschlands“ war nach Bismarcks eigenen Worten auf zwei Fronten gedeckt. Das Ziel des Einverständnisses aber war die Erhaltung des status von 1871, es war also ausschließlich defensiv und gegen Frankreichs Revanchestimmung gerichtet. Daß es zugleich an die heilige Allianz und ihren antifranzösischen und antirevolutionären Geist gemahnte, war für Bismarck eine willkommene Stütze, keineswegs aber Selbstzweck. Die Schwäche des Bundes blieb freilich der Gegensatz seiner zwei Teilnehmer im Orient, und dieser verstärkte sich immer mehr infolge der panslawistischen Bewegung.

3. Der Panslawismus und der Russisch-Türkische Krieg von 1877/78.

Geistig vorbereitet durch große Schriftsteller wie Dostojewski, erhebt sich die Massenbewegung des Slawentums und erstrebt eine Vereinigung aller Slawen unter Führung des Zaren. Sie nennt sich panslawistische Bewegung, hat in Rußland ihre eigentliche Heimat und dient zugleich auch den Zwecken der russischen Macht, indem sie die alten Weltziele der russischen Politik durch die elementare Wucht einer gewalttätigen Massenbewegung erzwingen will. Der Weg zeigt nach dem Atlantischen Ozean, nach Konstantinopel, nach Indien: der binnenländische Staatsleib sucht den „Rock mit den zugenähten Ärmeln“ abzulegen und ans Weltmeer zu gelangen. Übermals, wie im Mittelalter, sieht sich vornehmlich die germanische Welt durch eine Völkerflut aus dem Osten gefährdet. Zunächst bedroht diese Bewegung das habsburgische Reich, sucht es von innen heraus zu sprengen und außen in weitem Bogen zu umspannen und zu zerdrücken. Aus Deutschland ausgeschlossen und auf den Osten verwiesen, muß Österreich sich gegen Rußland behaupten, und Bismarck weiß, daß Österreichs staatlicher Bestand zur Erhaltung Europas und seines Gleichgewichtes notwendig ist: auch darum hat er ehemals das besiegte Österreich so milde behandelt.

Neben Österreich ist die Türkei bedroht. Serbien und Montenegro, bis dahin türkische Vasallen, erheben sich, von Rußland unterstützt, gegen den Sultan; der Russisch-Türkische Krieg von 1877/78 endet mit einem vollen Siege Rußlands.

Vor den Toren von Konstantinopel diktiert Rußland den Frieden von St. Stefano. Serbien, Montenegro und Rumänien werden erweitert und für unabhängig erklärt, Bulgarien soll zu tributpflichtigem, aber selbständigem Fürstentum erhoben werden: die europäische Türkei ist fast völlig verschwunden. Rußland erhält große Gebiete in Asien und läßt sich von Rumänien Bessarabien geben, das dafür die Dobrudscha von der Türkei erhält. Aber England und Österreich widersprechen und rüsten: es droht ein Weltkrieg. Da gelingt es Bismarck, die streitenden Parteien zu bewegen, daß die Frage einem europäischen Kongreß vorgelegt werde.

4. Der Berliner Kongreß (1878) (Qu. I 16/17, I c).

In Berlin treten die Staatsmänner der Großmächte unter Bismarcks Vorsitz zusammen und beraten über die Lage, die durch Rußlands Siege geschaffen ist. Und wiederum, wie schon so oft, rettet die Eifersucht der Großmächte den „kranken Mann“: der Landzuwachs Rußlands und der Balkanstaaten wird durch den Kongreß stark beschnitten. Um England und Österreich für die Erweiterung der russischen Macht-sphäre zu entschädigen, wird ersteres in dem Besitze von Cypern 1878 bestätigt, das es sich soeben von der Türkei hat geben lassen; letzterem wird die Verwaltung von Bosnien und der Herzegowina übertragen, wo die Aufstände zuerst ausgebrochen sind und die türkische Mißwirtschaft in der Tat sehr schlimm gewesen ist.

Zum ersten Male war es, daß in Berlin ein solcher Kongreß stattfand; ehemals hatte sich Europa in Wien (1814/15) oder Paris (1856) versammelt. Bismarck war zum Vorsitzenden des Kongresses gewählt worden, ein Zeichen für die hohe Anerkennung, die er und sein Reich sich im Kate Europas errungen hatten. Er dachte nicht daran, den Schiedsrichter zu spielen und zur Durchführung des Spruches die deutsche Macht zu berufen, sondern er suchte sich als „ehrlicher Makler“ zu betätigen. Denn er war der Ansicht, daß Deutschland an orientalischen Fragen uninteressiert sei — entsprechend der noch ausschließlich kontinentalen Einstellung seiner Politik. Zugleich jedoch sah er auch deutlich, daß Rußland, wenn es auf dem beschränkten Wege bestärkt wurde, nicht nur der Türkei, sondern auch Österreich ans Leben gehen werde: dann aber wäre auch Deutschland durch das riesenhafte Anwachsen Rußlands in eine bescheidene kontinentale Stellung gedrängt worden. Die Dreikaiser-Verständigung war also über dem russisch-österreichischen Gegensatz in die Brüche gegangen. Bismarck sah, daß er nicht für Rußland allein sich entscheiden durfte; denn Rußland sah nach Bismarcks Worten „am längeren Arm des Hebels“, es wurde also niemals durch die Folgen eines französisch-deutschen Zusammenstoßes berührt, konnte aber Deutschland leicht in die Ziele der russischen Politik einspannen. Bismarck mußte also, obwohl ein Bund mit Rußland materiell stärker gewesen wäre, dennoch auf Österreichs Seite treten, wollte er nicht isoliert werden und wollte er nicht Gefahr laufen, daß sich, wie einst 1756, Rußland und Österreich über den Hohenzoller hinweg verständigten. Für Bismarck aber stellte sich die Aufgabe jetzt so, daß er den Bund mit Österreich schließen mußte, ohne doch zugleich dadurch die offene Gegnerschaft Rußlands und also einen französisch-russischen Bund und eine Abhängigkeit Deutschlands von Österreich hervorzurufen. Meisterhaft hat er diese Aufgabe durchgeführt.

5. Der Dreibund.

- a) Das deutsch-österreichische Bündnis. Unmittelbar nach dem Berliner Kongreß setzen die Unterhandlungen zwischen Bismarck und dem österreichisch-ungarischen Außenminister Andrássy ein, die schon 1879 zum Abschluß des Bündnisses führen. Beide Mächte verpflichten sich, bei einem Angriffe Rußlands einander Hilfe zu leisten, bei dem Angriff einer andern Macht wohlwollende Neutralität zu beobachten, bei einer Unterstützung der angreifenden Macht durch Rußland sich sofort gegenseitig zu helfen (Qu. I 16/17, I d).

Das Bündnis war in Deutschland und Österreich von Anfang an sehr völkertümlich. Es erschien als Erfüllung der deutschen Geschichte nach der notwendigen, aber bedauerlichen Trennung von 1866; es erschien als die späte Rechtfertigung von Friedrich Lists Gedanken der mitteleuropäischen verkehrsgeographischen Einheit von Rhein, Elbe und Donau, und es erschien als die Aus-

führung jenes Programms von 1848, das dem „engeren Bunde“ einen „weiteren Bund“ hinzufügen wollte. In Bismarcks Augen waren solche Erwägungen eine erfreuliche Ergänzung zu der Gemeinschaft der Interessen, auf die er das Bündnis gegründet, und darum konnte er andererseits die persönlichen Bedenken des Kaisers, die ihn an Rußland ketteten, angesichts der staatlichen Notwendigkeit nicht gelten lassen. Freilich erreichte Bismarck nicht alle Garantien für das Bündnis, die ihm wünschenswert schienen. Sein Vorschlag, daß der Vertrag durch die Parlamente der vertragsschließenden Reiche in die Verfassungen aufgenommen werde, wurde nicht angenommen, auch sprach das Bündnis nur von einer Gemeinschaft gegen Rußland: eine direkte Garantie des deutschen Besitzes von Elsaß-Lothringen war von Österreich durch den Vertrag nicht übernommen. Bismarck war sich also darüber klar, daß das deutsch-österreichische Bündnis allein für Deutschland niemals genügen könne, indem Österreich in diesem Bunde übermächtig wurde, sobald Rußland und Frankreich sich einmal zusammenfinden sollten. Deshalb fügt er dem deutsch-österreichischen Bündnis eine Ergänzung an, nämlich:

- b) Die Politik der Rückversicherung, indem er dafür sorgte, daß der „Draht nach Petersburg“ nicht abriß. In der Tat glückt es ihm, Panlawismus und Revanchegeist auseinanderzuhalten, so sehr sie auch zur Umfassung Deutschlands zusammenstreben. Deshalb wird der deutsch-österreichische Vertrag zunächst geheimgehalten, ja es gelingt sogar nochmals 1881, einen deutsch-österreichisch-russischen Vertrag zustande zu bringen und 1887 mit Rußland ein geheimes Neutralitätsversprechen für den Fall eines französischen Angriffes auf Deutschland und eines österreichischen auf Rußland — „Rückversicherungsvertrag“ nennt es Bismarck — zu verabreden. Rußland wird für diese Politik gewonnen, weil es Asiens wegen Rückendeckung gegen England braucht (Qu. I 16/17, If).

Die Größe dieser Politik bestand darin, daß Rußland von einem Bunde mit Frankreich ferngehalten wurde und daß Deutschland, gestützt auf das Bündnis mit Österreich, diese Abwendung des Zweifrontenkrieges nicht mit einer Preisgabe an Rußland zu bezahlen brauchte. Eine Schwäche dieser „elastischen“ Politik bestand in doppelter Hinsicht:

1. Die österreichisch-russische Feindschaft wird immer schärfer, je weniger sich die Balkanstaaten mit den Ergebnissen des Berliner Kongresses zufrieden geben wollen. Der Kampf zwischen Serben und Bulgaren, von denen keiner dem andern eine Vergrößerung gönnt und wobei die Serben die Unterstützung Rußlands erhalten, führt 1887 hart an die Schwelle des Weltkrieges, bei dem die Mächte für Rußland oder Österreich sich zu entscheiden gezwungen gewesen wären; Frankreich ist bereit, an den Balkanwirren den Revanchekrieg zu entzünden. Bismarck gelingt die Verständigung mit dem Zaren durch förmlichen Abschluß der „Rückversicherung“. Denn Rußland weigert sich zwar, das Dreikaiserverhältnis, das 1884 nochmals verlängert worden war, abermals zu erneuern; aber mit Deutschland allein will es sich doch verständigen, und so führt die Rückversicherungspolitik jetzt zu einem eigentlichen Vertrage, und Bismarck kann jetzt sogar es wagen, das deutsch-österreichische Bündnis zu veröffentlichen — mit jener berühmten Reichstagsrede, in der er den friedlichen Charakter seiner Politik betont und die dauernde Bedrohung durch Frankreich kennzeichnet, und dann bekennet: „Wir Deutschen fürchten Gott, aber sonst nichts in der Welt.“ Seit 1887 ist es indessen offenbar, daß das unmittelbare oder mittelbare Zusammenarbeiten der drei Kaiserreiche durch die österreichisch-russische Gegnerschaft unmöglich wird. Die entscheidende Grundtatsache, mit der alle künftige Politik rechnen muß, ist also von nun an, daß der deutsch-österreichischen Freundschaft die österreichisch-russische Feindschaft gegenübersteht.

2. Die österreichischen Machtmittel können freilich keinen Ersatz für die russischen bieten, keinen Vergleich mit ihnen aushalten. Osterreichs Schwäche bleibt nach wie vor die Vielheit der Nationalitäten. Zwar ist 1867 im Gefolge der Niederlage der Ausgleich mit Ungarn zustande gekommen, wodurch den Ungarn ihre alten, durch die Revolution von 1848 verwirklichten Rechte zurückgegeben und ein aus Cisleithanien und Ungarn bestehendes, konstitutionelles Doppelreich geschaffen worden ist — mit militärischer, diplomatischer und handelspolitischer Einheit, mit Reichsministerium und Reichsvertretung. Aber gerade dieses Zugeständnis der dualistischen Verfassung an die Magyaren entfesselt das Streben der Tschechen, Polen und Südslawen nach ähnlicher Stellung, und immer größere Zugeständnisse werden ihnen gemacht; es beginnt in Böhmen die Verdrängung der Deutschen in Schule und Verwaltung, es kommt zur Vernichtung der Selbstverwaltung der Siebenbürger Sachsen durch die Magyaren. Zudem nun Deutschland unter diesen Umständen mit Osterreich sich verbündet, ergeben sich daraus zwei wesentliche Folgen:

a) Deutschland wird an dem Bestande der dualistischen Verfassung interessiert. Indem aber die Ungarn infolge der nationalen Zerklüftung Cisleithaniens die eigentliche Macht in diesem Doppelreiche besitzen, so kommt es zu einem deutsch-ungarischen Zusammenwirken, das seinen persönlichen Ausdruck gefunden hat in der Tatsache, daß Bismarck und der Magyare Andrássy den Vertrag von 1879 abgeschlossen haben. Im Hintergrunde dieser ganzen Konstellation steht die schon 1866 zum Ausdruck gebrachte Überzeugung Bismarcks, daß der Bestand der Donaumonarchie für die Ruhe Europas und die Sicherheit Deutschlands notwendig sei. Daraus ergibt sich, daß Bismarck auch weiterhin jeden großdeutschen Gedanken ablehnt. Das Bündnis von 1879 sichert die Habsburger vor einer großdeutschen Erhebung, sie brauchen auf die Deutschen in den Randgebieten jetzt keine Rücksicht mehr zu nehmen.

b) Vor allem bedeutet diese fortschreitende nationale Zerklüftung unter magyarischer Vorherrschaft eine Unsicherheit im Hinblick auf die militärische und politische Zuverlässigkeit der Donaumonarchie, und doch ist das Bündnis von 1879 gerade auf diese dualistische Verfassung gebaut.

- c) Das Bündnis mit Italien (1882) (Qu. I 16/17, Ie). Bismarck erkennt diese Schwächen seiner Position sehr wohl, und er weiß, daß auch die „Rückversicherung“ unter Umständen wertlos sein mußte. Deshalb stellt er dem System der „Rückversicherung“ für den Fall seines Versagens ein anderes System zur Seite, indem er das Bündnis mit Osterreich durch Italiens Beitritt zu einem Dreibund erweitert.

Italien wird zum Beitritt bewogen, als Frankreich 1881 Tunis an sich gerissen hat, das die Italiener als ihr Vorland und Auswanderungsgebiet in Aussicht genommen haben. Nach dem Vertrage gilt ein Angriff Frankreichs auf Italien als casus foederis für die beiden anderen Partner. Im gleichen Falle erhält Deutschland Italiens, aber nicht Osterreich-Ungarns Hilfe. Der Angriff seitens einer anderen Großmacht ist nicht etwa als casus foederis festgesetzt, jedoch soll alsdann wohlwollende Neutralität beobachtet werden. Gesellt sich noch eine zweite Großmacht zu dem Angreifer, so gilt unter allen Umständen volle Solidarität in Krieg und Frieden. Italien erhält also doppelte Sicherung gegen seinen Hauptfeind, Italien ist also der meistbegünstigte Vertragsteil.

Wenn Bismarcks Absicht mit dem österreichischen Bündnis dahin zielte, einen russischen Angriff unmöglich zu machen, so richtete sich dagegen der Bund mit Italien gegen Frankreich — für den Fall eines russisch-französischen Angriffes. Italien sollte Ersatz bieten, wenn Rußland abfiel. Neben die Kombination der Ostmächte trat also die des erweiterten und verstärkten Mitteleuropa, fast im Sinne des alten heiligen römischen Reiches. Aber die Schwächen des Dreibundes waren dreifach:

1. Es bestanden große unausgeglichene Gegensätze zwischen Italien und Österreich, noch aus der Zeit der nationalen Abrechnung. Die Italiener betrachteten das „Trentino“ — das tief nach Süden vordringende habsburgische Südtirol mit der Stadt Trient und mit einer starken italienischen Bevölkerung — als eine „Irrredenta“, als ein unelöstes Italien. Auch durch ihr Streben nach dem vollen Besitze der Adria tasteten sie habsburgisches Staatsgebiet an und bedrohten Triest, den einzigen Hafen Österreichs. Wenn sie das Adriatische Meer zu einem „mare interno“, einem „mare nostro“ machen wollten, erhob sich für Österreich die Gefahr, daß auch bei einer erfolgreichen Verteidigung von Triest dennoch der Ausgang ins Mittelmeer verriegelt wurde. Alle diese Gegensätze waren zurückgestellt, aber unlösbar.

2. Zwar war Frankreich Italiens „natürlicher Nebenbuhler“ im Mittelmeer; aber es war ungewiß, ob im gegebenen Augenblick die Bluts- und Kulturverwandtschaft nicht dennoch stärker sein werde. Hatte doch 1870 Garibaldi den Franzosen ein Freikorps zugeführt, obwohl er als ein Sohn der Stadt Nizza schwer daran trug, daß die Waffenhilfe der Franzosen ehemals mit der Teilung der Riviera hatte bezahlt werden müssen.

3. Der Dreibund war gegründet worden mit Einverständnis Englands, das Frankreichs afrikanische Pläne beargwöhnte, dem aber der Zustand gerade recht war, daß Italiener und Franzosen sich in die engste Stelle des Mittelmeeres teilten, — die einen in Sizilien, die anderen in Tunis saßen. Der Vertrag sprach deshalb ausdrücklich aus, daß er in keinem Falle gegen England Geltung besitze; denn Italien war von den das Mittelmeer beherrschenden Engländern abhängig, weil seine Küsten offen liegen und die Bahnen an der Küste entlang ziehen. Der Dreibund mußte also wertlos sein, wenn Englands Stellung einmal sich wandelte. Um ein gutes Einvernehmen mit England hat Bismarck sich stets bemüht.

So war es das Ergebnis einer großen Staatskunst, daß England am Dreibunde interessiert wurde, wie Rußland in die deutsch-österreichische Verbindung hingezogen war: der Dreibund war ein „kunstvolles mitteleuropäisches Gewebe zwischen Rußland im Osten und England im Westen“. Und noch war Frankreich isoliert (Qu. I 16/17, 1h).

6. Bismarcks Kolonialpolitik.

So sehr Bismarck auch überzeugt war, daß die Sicherheit des neuen Reiches ausschließlich in der geschickten Ausnutzung der kontinentalen Beziehungen beruhte, so lernte er doch im Laufe der Zeit den Wert kolonialer Erwerbungen schätzen. Einst, in den Tagen der Hanse, waren die Deutschen das führende Kolonialvolk gewesen; aber die Schwäche des alten Reiches hatte dann bewirkt, daß sie aus allen ihren Niederlassungen gedrängt worden waren und an der Kolonisation des Entdeckungszeitalters und der folgenden Jahrhunderte keinen Anteil hatten nehmen können. So war es gekommen, daß der große Bevölkerungsüberfluß, über den die Deutschen verfügten, anderen Mächten zugute gekommen war, in deren Gebiete sich der Strom der deutschen Auswanderer ergoß. Nach Südungarn war in den Zeiten Maria Theresias und Josephs II. der große Schwabenzug dem Rufe der germanisierenden Habsburger gefolgt; nach Südrußland waren in der napoleonischen Zeit viele Auswanderer gezogen. Vor allem aber hatte Nordamerika die deutschen Auswanderer aufgenommen. Hierher waren die Pietisten und Kalvinisten vom Rhein und aus der Pfalz gekommen, als ihnen das ausgehende 17. Jahrhundert religiöse Verfolgungen und Kriegsleid gebracht hatte. Dann waren im 19. Jahrhundert zahllose Scharen hinübergegangen, besonders aus solchen süd- und westdeutschen Gegenden, wo die Dürftigkeit des Bodens keine Güterteilung mehr gestattete und jede Mißernte fürchterliche Not erzeugte. Auch hatte das Sturmjahr 1848, unmittelbar nach dem Scheitern aller Hoffnungen, die Beflegten hinüber-

getrieben über das Meer; es waren die eigentlichen „Europamüden“ der Geschichte, die in der neuen Welt die Freiheit und natürliche Ordnung suchten, die sie im alten Europa vergebens zu verwirklichen gestrebt hatten. Viele dieser Auswanderer hatten sich zwar ihr Volkstum in bewundernswerter Kraft bewahrt, aber das 19. Jahrhundert mit seinem erstarkenden staatlichen und nationalen Willen empfand den Verlust. So erhob zuerst Friedrich List im Gegensatz zu dem wirtschaftlichen Liberalismus der Zeit die Forderung, daß der Staat die armen Leute nicht einfach nur ins Ausland befördern dürfe, sondern daß er die Auswanderung nach nationalen Gesichtspunkten leiten und eigene Kolonien gründen solle, um dem Heimatlande Gewinn und Vorteil höherer Art aus dem Verlust der Einwohner zu verschaffen und dem werdenden Industriestaate den Weg zu den Rohstoffen zu bahnen. Aber das Ziel war freilich vor Begründung des Reiches allzu ferne.

Im neuen Reiche gehen wagemutige Kaufleute mit der Schaffung von überseeischen Niederlassungen voran. Vor allem in Afrika betätigt sich der Unternehmungsggeist des deutschen Kaufmannes, nachdem die deutsche Afrikaforschung mit der wissenschaftlichen Erschließung des „dunklen Erdteiles“ längst vorangegangen: bis über die Jahrhundertmitte zurück reichen die Forschungsreisen von Heinrich Barth; ihm schließen sich Schweinfurth und Wissmann, Emin Pascha und Gustav Nachtigal an. Rasch folgen hier die kaufmännischen Niederlassungen. 1883 wird Lüderiksbucht erworben; bald wird es ausgedehnt und als Deutsch-Südwestafrika unter den Schutz des Reiches gestellt. 1884 wird die deutsche Flagge gehißt am Golfe von Guinea und so der Grund zu den Kolonien Togo und Kamerun gelegt. 1885 werden die von Karl Peters durch Verträge mit den Einwohnern gewonnenen ostafrikanischen Gebiete unter den Schutz des Reiches gestellt. Ähnliches geschieht in der Südsee, wo auf Neuguinea der von einer deutschen Handelsgesellschaft in Besitz genommene Teil Kaiser-Wilhelm Land genannt wird, die davor liegende Inselgruppe den Namen Bismarck-Archipel erhält; ebenso werden die Marshallinseln unter deutschen Schutz gestellt.

Es waren Gebiete, die dem Heimatlande für den Rohstoffbezug wichtig werden konnten, deren Nutzungswert aber erst entwickelt werden mußte. Für die Auswanderung waren sie wenig geeignet: gerade die 80er Jahre sahen nochmals eine Massenauswanderung nach Nordamerika, diesmal aus den ostelbischen Gebieten, wo das bestehende Bodenrecht die überflüssigen Landarbeiter zur Auswanderung zwang. Laut waren daher in der Heimat die Stimmen der Zweifler am Werte der Kolonialpolitik. Bismarck selbst beschritt den Weg, da er sich einmal darbot: er löste die mancherlei Schwierigkeiten, die England machte, beseitigte auch — durch die Einberufung der Kongokonferenz (1885) — den drohenden Streit um das Kongogebiet, das König Leopold II. von Belgien als geschäftiger Privatunternehmer in Besitz genommen hatte und das er später für den Fall seines Todes dem belgischen Staate überläßt. Ein „Kolonialmensch“ wurde Bismarck trotz allem nicht; dauernd blieb seine Abneigung gegen Kronkolonien, er gewährte lediglich den deutschen wirtschaftlichen Interessen den nachgesuchten Schutz und nahm die Kolonien als „Schutzgebiete“ auf, die im übrigen von den kaufmännischen Firmen verwaltet wurden, wie es einst bei den ostindischen Kompagnien des 17. und 18. Jahrhunderts der Fall gewesen war. Auch war Bismarck nach wie vor auswanderungsfeindlich, weil er in den zahlreichen „Landflüchtigen“ ein Ergebnis sozialer Unzufriedenheit und eine Gefahr für Wirtschaft und Heer der Nation erblickte; daher auch die Bestimmung der Reichsverfassung, wonach der Auswanderer nach zehn Jahren

die Staatsangehörigkeit verlor. So war Bismarcks Abneigung gegen weit-ausgreifende Kolonialpolitik persönlich und zeitgeschichtlich anders begründet als die koloniale Abneigung des wirtschaftlichen Liberalismus; aber seine Zurückhaltung hat ihn doch nicht an großen Erfolgen auch auf diesem Gebiete gehindert.

Jedoch auch diese Erfolge ändern nichts an der Tatsache, daß der große Kanzler Deutschland als „saturiert“ betrachtete und daß er außerhalb Europas keine deutschen Lebensinteressen fand. Die Meister-schaft seiner Politik beruhte durchaus in ihrer kontinentalen Begrenzung: Deutschlands Mittellage in Europa blieb ihm die Grundtatsache der deutschen auswärtigen Politik, und um die Nachteile dieser Stellung auszugleichen, schuf er das kunstvolle, stets in Gleichgewichtslage gehaltene System seiner Bündnisse. Bismarck kannte die schwierigen Aufgaben, die dieses System an den leitenden Staatsmann stellte, sehr wohl, und auch die Schwächen seiner einzelnen Bündnisse waren ihm nicht verborgen. Aber bei der offenen Lage Deutschlands war jeder Schritt mit Gefahr verbunden, und unendliche Aufmerksamkeit blieb in jedem Augenblicke der politischen Entwicklungen nötig. So ist Bismarck mutig und meisterhaft zwischen den Klippen hindurchgesteuert und hat für Deutschland die Aufgabe gelöst, kein Sklave fremder Ziele zu werden und doch auch nicht zu vereinsamen. Freilich wuchsen die Schwierigkeiten von Jahrzehnt zu Jahrzehnt, und bald mußte der kontinentale Rahmen gesprengt werden. Es wurde nun Deutschlands Schicksalsfrage, ob die nach Bismarck empor kommende Generation die neuen Probleme der Weltpolitik bewältigen werde und ob sie gleichzeitig für die alten Sorgen der kontinentalen Machtverteilung, die eben durch die Weltpolitik immer noch schwieriger werden sollten, eine neue Lösung finden werde — eine Lösung im Bismarckschen Sinne, also ohne Deutschland zum Söldner für fremde Interessen zu machen, aber auch ohne es zu isolieren.

G. Das Zeitalter des Imperialismus.

- 1890 Der „Neue Kurs“ — Helgoland
- 1891 *Enzyklika Rerum novarum*
- 1892 Zweijährige Dienstzeit für Fußtruppen
- 1894 Französisch-russischer Zweibund**
- 1895 Einkommensteuer in Preußen — Kaiser-Wilhelm-Kanal
- 1896 Schlacht von Adua
- 1898 Fashoda — Bismarcks Tod
- 1899—1902 Burenkrieg
- 1900 Feldzug gegen China — **Flottengesetz** — *BGB*.
- 1901 Chamberlains letzter Bündnisvorschlag
- 1902 Bagdadbahn — Zolltarif — Englisch-japanisches Bündnis
- 1904 Englisch-französische Entente**
- 1904/5 Russisch-japanischer Krieg
- 1905 Mittelkanal — Norwegens Selbständigkeit — 1. Marokkokonferenz
- 1907 Englisch-russische Entente**
- 1908 Annexion von Bosnien — Die zweite Marokkokonferenz
- 1912 Die große Balkankrise — Die Mission Saldanes
- 1913 Dreijährige Dienstzeit in Frankreich

I. Der Ausbau des britischen Weltreiches.

1. Liberalismus und Weltpolitik.

Wenn die liberale Weltanschauung seit den großen Reformgesetzen die englische Politik beherrschte, so entsprach dies den besonderen Interessen des englischen Industriestaates. Denn dieser brauchte in Wirtschaft und Staat die Beseitigung aller überlieferten Bindungen, und er war zudem in der konkurrenzlosen Stellung, in der er sich den jüngeren Industrieländern gegenüber befand, aufs lebhafteste daran interessiert, daß der Freihandel und die hinter ihm stehende Weltanschauung auch die anderen Völker erfüllte. Die Propaganda der Freiheit blieb weiterhin, wie seit der napoleonischen Zeit, ein Mittel der englischen Weltpolitik; England wurde ein Asyl aller politischen Flüchtlinge des Kontinents. Auch Kanada gegenüber wurde durch die Gewährung der Selbstverwaltung und einer parlamentarischen Verfassung ein *laissez faire* geübt. Selbst in der auswärtigen Politik konnte England in dieser Periode den liberalen Grundsätzen des Friedens und der Freiheit sich wenigstens nähern; denn auch unter den Großmächten stand England seit der Niederwerfung Napoleons konkurrenzlos da. Es hatte sich von der heiligen Allianz ferngehalten und lebte in einer *splendid isolation*. Freilich war die alte Machtpolitik der vergangenen Jahrhunderte nicht erloschen und wurde angewendet, wenn die liberale Politik nicht zum Ziele führte: die Zusammenstöße mit Frankreich in Nordafrika (1840), mit Rußland im Krimkriege deuteten auf große künf-

tige Gegenfälle hin; der Aufstand Ostindiens — hervorgerufen durch Steuerdruck, Erpressung und durch die vom Freihandel begünstigte Vernichtung des indischen Textilgewerbes — wurde grausam niedergeworfen und Indien aus dem Besitze der Kompanie in die Regierung des Staates übergeführt (1858). Im ganzen aber bestand jener enge Bund zwischen der liberalen Weltanschauung und der englischen Staatskunst, der in Gladstone seine Vollendung erfuhr.

Gladstone, der im Zeitalter der deutschen Reichsgründung die englische Politik leitet, enthält sich jeder Einmischung, obwohl die Schwäche des alten Bundesgenossen Österreich und die Erhebung eines kräftigen Deutschland den Engländern nicht angenehm ist und obwohl noch Gladstones Vorgänger Palmerston nur durch das meisterhafte Spiel Bismarcks davon abgehalten worden ist, die Festsetzung Preußens an der See, in Schleswig-Holstein zu verbieten. Auch in der inneren Politik regiert Gladstone liberal und führt die großen Reformen weiter: von allen Staatsmännern des 19. Jahrhunderts hat Gladstone die Ideen des Liberalismus, die Ideen der Freiheit und Humanität am tiefsten und reinsten ergriffen und am wirkungsvollsten in Theorie und Staatsleben zur Geltung gebracht. So ist er im Zeitalter Bismarcks persönlich und geistig der große Gegenspieler des „Eisernen Kanzlers“ geworden. Wahlreformen bringen unter seiner Führung das englische Parlament bis nahe an das allgemeine Wahlrecht; den Irländern kommt er sehr weit entgegen, indem er die anglikanische Staatskirche und damit den Kirchenzehnten für Irland aufhebt (1869) und zuletzt sogar in umfassender Agitation für die Homerule-Bill sich einsetzt: hier aber verläßt ihn doch der größte Teil der Liberalen (1894). Denn inzwischen ist eine neue Zeit heraufgekommen, die geistig vorbereitet worden ist durch Gladstones großen Gegner Benjamin Disraeli (Lord Beaconsfield), dem Gladstone mehrmals in seiner langen politischen Laufbahn die Leitung des Staates hat überlassen müssen.

2. Die Anfänge des britischen Imperialismus (Qu. II 131, I 2).

- a) Die entscheidende Tatsache, die von den 70er Jahren an das Antlitz der Welt umgestaltet, ist der Eintritt anderer Großmächte in die bisher von England allein geführte Welt; es sind dies Rußland und Frankreich, Deutschland und die Vereinigten Staaten.

Für England taucht die Frage auf, ob die Politik der „erhabenen Einsamkeit“ und des Verzichtes auf koloniale Ausdehnung in der mit Konkurrenten sich füllenden Welt noch den Interessen Englands entspricht und ob der Freihandel auch den erstarrten Industriestaaten gegenüber noch festzuhalten ist. Die Frage wird naturgemäß aufgeworfen von den Tories, weil ihnen die Weltanschauung fremd ist, die hinter der liberalen Politik steht. Ihr Führer Disraeli ist ein Mann auf der Wende der Zeiten: er bringt die Tories gerade jetzt erst zur vollen Anerkennung des Freihandels, aber er wirkt für tatkräftige auswärtige Politik und für die „Aufrechterhaltung des Reiches“, die er gefährdet glaubt durch die langsame Loslösung der Kolonien, wie der Liberalismus sie besonders für Kanada vorbereitet hat.

- b) So veranlaßt Disraeli 1876 seine Königin, den Titel einer „Kaiserin von Indien“ anzunehmen, so entreißt er 1878 den Russen den wertvollsten Teil ihrer türkischen Siegesbeute, so leitet er die Politik zur Okkupation Ägyptens ein, der sich dann auch Gladstone nicht entziehen kann: England kauft den ägyptischen Teil der Aktien des Suezkanals auf,

errichtet mit Frankreich gemeinsam eine Finanzkontrolle über die ägyptische Regierung, und als in Ägypten ein Aufbruch gegen die Fremdherrschaft ausbricht, schreitet England mit Waffengewalt ein, während Frankreich sich unsicher zurückzieht und so die Befehung Ägyptens den Engländern allein überläßt (1882).

Die Befehung Ägyptens unterschied sich von einer unmittelbaren Unterwerfung nicht allzusehr. Der Khedive blieb — jedoch lediglich als ein ohnmächtiges Werkzeug des britischen Residenten. Der hohe Wert dieser Erwerbung für England war begründet in der Bedeutung, die Ägypten kraft seiner geographischen Lage für den Weltverkehr zukommt; diese war seit den Tagen Napoleons noch unendlich gesteigert worden durch das Aufblühen des englischen Textilexportes nach Indien, durch den Bau des Suezkanals, durch die erhöhte Bedeutung, die Ostafrika, Australien und Ostasien erhalten hatten. Jetzt erst wurde durch die Herrschaft Englands über den Suez die Straße durch das Mitteländische Meer ein englischer Weg: die Politik, die mit der Erwerbung Gibraltars begonnen, mit der Befehung Maltas fortgesetzt worden war, dann die Engländer mühelos nach Aden (1838) und Jemen erst nach Cypern (1878) geführt hatte, war nun vollendet und hatte den historischen Kampf um das Mitteländische Meer zu Englands Gunsten entschieden. Frankreich hatte in diesem Kampfe verzichtet; nachdem es unter Napoleon III. mit dem Bau des Suezkanals das altererbte Ziel nochmals aufgenommen hatte, war es durch die Niederlage von 1870 innerlich zunächst so zerrissen, daß es den Kampf um Ägypten aufgab. So kann man sagen, daß die deutschen Kanonen von Sedan den Engländern den Suezkanal geöffnet haben.

3. „Greater Britain“ (Qu. II 131, I 1).

Die geistige Überwindung der weltpolitischen Grundsätze des Liberalismus, von Disraeli begonnen, wird vollendet durch Josef Chamberlain, der unmittelbar nach Gladstones endgültigem Rücktritt 1895 englischer Kolonialminister wird. Der neue Gedanke, den er entwickelt und ausbreitet, knüpft an die Wandlungen in der Welt an. Während Großbritannien durch die Politik der Vereinsamung und durch den Freihandel sich als die Weltmacht und den Industriestaat bisher behauptet hat, nähern sich jetzt die Mitbewerber — Rußland und Frankreich im Ringen um die Macht, Deutschland und die Vereinigten Staaten zugleich auch auf dem Weltmarkte. Noch behauptet England die erste Stelle durch seine Kriegsflotte, noch besitzt es auch die bedeutendste Ausfuhrindustrie, noch sind für diese die ausländischen Märkte wichtiger als die kolonialen, und noch beherrscht England weitgehend den Handel zwischen Europa und den anderen Erdteilen: aber die relative Stellung Englands in Weltmacht und Welthandel geht zurück, seine Monopolstellung ist gebrochen. Dagegen übt England noch die volle Vorherrschaft in den britischen Kolonien. Dies ist die Lage, wie Chamberlain sie sieht und wie sie in der Tat sich gestaltet hat (Qu. II 131).

Von diesen Tatsachen geht Chamberlain aus bei seinem Plane, ein „größeres Britannien“ zu schaffen — ein Imperium, das Mutterland und Kolonien auf dem Boden der Gleichberechtigung umfassen soll. Das „Empire“, das der neubritische Imperialismus begründen will, soll also darstellen:

- a) Eine einheitliche Machtorganisation, einen Reichswehrverein: um Englands Weltstellung auch unter den veränderten Verhältnissen aufrecht zu erhalten, muß seine Flotte — darin sind alle englischen Staatsmänner sich einig — mindestens so stark sein, als die Flotten der zwei nächstfolgenden Seemächte zusammen, sie muß also auf dem two powers standard gehalten werden. Die Imperialisten erklären, daß dies auf die Dauer nicht möglich sein werde ohne Heranziehung der kol-

nialen Kräfte. Auch der Gedanke, die allgemeine Wehrpflicht einzuführen, taucht in diesem Zusammenhange zuerst auf.

- b) Eine einheitliche Wirtschaftsorganisation, ein Reichszollverein soll begründet werden. Auch hierbei handelt es sich darum, die Entwicklung neuer Handelsmächte durch das Imperium zu überbieten, weil sonst Mutterland und Kolonien zu Mächten zweiten Ranges herabsinken würden. Deshalb will Chamberlain einen großen britischen Zollverein mit Freihandel im Innern, gemeinsamer Schutzzollpolitik nach außen.

Als staatsrechtliche Form schwebt Chamberlain eine „Union“ vor nach dem Muster der nordamerikanischen Freistaaten, also eine bundesstaatliche Verfassung mit Reichsparlament für auswärtige Politik, Heer, Flotte, Handel und Verkehr. Aber die Widerstände gegen die ganze Reform sind groß, da sie in der Tat eine ungeheure Wandlung des öffentlichen Geistes und einen großen, unmittelbar drängenden Zwang zur Voraussetzung haben muß, wenn sie sich durchsetzen soll:

1. Die Siedlungskolonien — also Kanada, Südafrika und Australien — wollen bei der weitgehenden Selbstverwaltung, die sie im liberalen Zeitalter erlangt haben, freie Hand behalten zu eigener Politik, sie wollen vor allem auf ihre Schutzölle nicht verzichten, die sie in der liberalen Epoche auch dem Mutterlande gegenüber allmählich eingeführt hatten, während dieses beim Freihandel verblieben war: sie alle brauchen den „Erziehungszoll“. Deshalb ändert Chamberlain seinen Gedanken der innerbritischen Handelsfreiheit um in ein System von Vorzugszöllen zwischen Mutterland und Kolonien. Der Handel innerhalb des Reiches soll gegenüber dem Handel mit fremden Ländern in der Weise begünstigt sein, daß die Kolonien den englischen Industriewaren einen Vorzugszoll gewähren, das Mutterland aber dafür als Gegenleistung auf die nicht aus den Kolonien importierten Nahrungsmittel einen Einfuhrzoll legt, von dem die Kolonialzufuhr befreit bleibt. Einzelverträge sollen auf dieser Grundlage abgeschlossen werden.
2. Dem Mutterland werden aber auf diese Weise durch den Imperialismus große Opfer zugemutet, weniger auf politischem als auf wirtschaftlichem Gebiet. Das Werk Robert Peels soll zum größten Teile wieder aufgelöst werden, indem wenigstens die Lebensmittelzölle wieder eingeführt werden — zum Vorteil der Kolonien und ihrer Besiedelung, zum Nachteile des Mutterlandes, dessen Bedarf die Kolonien bei weitem nicht decken können. Auch der Industrieschutz kommt in erster Linie den Kolonien zugute, im Mutterlande dagegen vor allem nur der Eisenindustrie, die unter deutscher und amerikanischer Konkurrenz leidet, während die Textilindustrie die Märkte beherrscht und vom Schutzzoll die Wiedererweckung der indischen Baumwollweberei zu befürchten hat. Die Eisenindustriellen von Birmingham sind ebenso sehr die Führer des neuen Imperialismus, wie die Baumwollindustriellen von Manchester die Pioniere des Freihandels gewesen sind. Für Chamberlain sind sie freilich nur Helfer: denn auch hinter dem Imperialismus steht wie einst hinter dem Manchesterium eine Weltanschauung. Tories und Demokratie verbinden sich in diesem imperialistischen Volksführer gegen den bürgerlichen Liberalismus.
- c) Die Weltanschauung, die Chamberlain dem wirtschaftlichen Individualismus der Liberalen entgegenstellt, fordert wirtschaftliche Opfer um höherer Ziele willen: während das Manchesterium das ganze Leben vom Standpunkte der Einzelwirtschaft aus betrachtet hat, erhebt der Imperialismus die Gedanken der staatlichen Macht und der Kulturmission des Angelsächsentums in der Welt.

Den Machtgedanken teilt dieser neubritische Imperialismus mit dem alten Imperialismus des 18. Jahrhunderts: neu dagegen ist der Kultur- und Rassengedanke, und er führt zu einer völlig neuen Einstellung zu den Kolonien.

Während der ältere Imperialismus die Kolonien als ruhbaren Besitz des Mutterlandes betrachtet hatte — wie besonders die Vorgeschichte des nordamerikanischen Abfalles beweist — und während das Manchesterium die Kolonien gleichfalls als Besitz, aber als unrentablen gewertet hatte, scheidet der neue Imperialismus zwischen tropischen oder subtropischen Herrschaftsgebieten und europäerfähigen Siedlungskolonien. In England und seinen drei Siedlungsgebieten Kanada, Australien und Südafrika sieht er die Glieder eines großen nationalen Ganzen, das durch gemeinsame Sprache und Abstammung, durch gemeinsame Geschichte, Literatur und politische Institutionen zusammengehalten wird. Und wenn dieses angelsächsische Weltreich sich nur unter Belastung des Mutterlandes behaupten kann, so muß das Mutterland dies auf sich nehmen und sich als dienendes Glied des Reiches fühlen: das Engländerium verschwindet, während das Britentum Gestalt gewinnt.

Diese Weltanschauung hat im liberalen Zeitalter Englands ihre Vorläufer gehabt: den Machtgedanken hat Disraeli entwickelt, den Glauben an die Überlegenheit der englischen Rasse hat Thomas Carlyle aus der puritanischen Auffassung von dem „auserwählten Volke“ erweckt. Vollendet, ausgebildet und vortragen wird der neubritische Imperialismus zuerst von dem Historiker Seelen in seinem 1883 erschienenen Werke: „Expansion of England“ (Qu. II 131, I 4). So steht der neubritische Imperialismus auf festem geistigen Grunde; zwar breiten sich die Gedanken der Reichsreform nur mühsam aus, nur langsam nähern sich Kolonien und Mutterland, und Chamberlains Pläne des Reichszoll- und Reichswehrvereines scheitern zunächst an dem Widerstande der Liberalen und der Arbeiterklasse. Aber in der Weltpolitik tritt der neuerwachte Glaube an eine angelsächsische Ausbreitung und Welt Herrschaft immer deutlicher zutage.

4. „Vom Kap zum Nil.“

Afrika erlebt zuerst die erneuerte Kraft des englischen Strebens nach Ausdehnung, und sie hat hier Gestalt gewonnen in der Persönlichkeit von Cecil Rhodes. In jungen Jahren nach Südafrika gekommen, hat Rhodes an der Entdeckung der Diamantfelder teilgenommen, hat als einfacher Diamantgräber begonnen und im Laufe der 80er Jahre durch Gewandtheit und Unbedenklichkeit alle Minen in seiner Hand vereint, so daß er das Weltmonopol erlangt und durch bewußte Beschränkung der Produktion ungeheuren Reichtum erwirbt. Hinzu kommt noch die Entdeckung der Goldfelder, die Rhodes zu zahllosen Gründungen von Bergwerksunternehmen und zur Ausgabe von hochsteigenden Spekulationspapieren veranlaßt (Qu. II 131, II 3).

Aber Rhodes fühlte sich nicht nur als Kapitalist: das Geld war ihm nicht Selbstzweck, sondern Mittel zur Macht, und zwar nicht zur persönlichen, sondern zur politischen und kulturellen Macht Englands.

Erfüllt von dem Glauben an die britische Kulturmission, erstrebt Rhodes die Eingliederung des ganzen Südafrika in das britische Reich und die Verbindung dieser Kolonie mit dem neu gewonnenen Ägypten, um die Aufteilung Afrikas — von der Deutschland, Frankreich und Belgien bereits Vorteile gezogen haben — zugunsten Englands zu vollenden. Sein gewaltiger Plan gilt also der politischen Unterwerfung und wirtschaftlichen Erschließung des inneren Afrika, nachdem es soeben erst durch den Schotten Livingstone und dann durch den Amerikaner Stanley zum ersten Male durchquert worden ist. Schrittweise geht Rhodes vor, zunächst noch als Privatmann, weil die liberale Regierung zögert, so daß er Politik und Krieg auf eigene Kosten und mit eigenem Heere führt — etwa im Stile der ehemaligen spanischen Conquistadoren, später in der Art der ostindischen Handelskompagnie:

- a) Die Burenrepubliken werden umzingelt, als Deutschland sich in Südwestafrika festsetzt und so die Gefahr eines Bundes zwischen Deutschland und den Republiken entsteht. Der Krieg gegen die Matabelen (1893) vollendet diese Umzingelung: ein riesiges Gebiet von dem Umfange ganz Mitteleuropas, mit gemäßigtem Klima ist gewonnen und wird unter dem Namen Rhodesia britischer Besitz. Gewaltige Summen bringt Rhodes auf durch Aktienvergebungen auf dieses Gebiet, er verwendet sie sofort zum Bau einer Eisenbahn.
- b) Der Bahnbau durch Rhodesia dient der Besitzergreifung und Erschließung des gewaltigen Landes; er ist gedacht als Teil des von Rhodes geplanten Schienenweges vom Kap zum Nil.
- c) Der Burenkrieg (1899—1902) wird von der britischen Regierung geführt, in der jetzt Chamberlain den entscheidenden Einfluß gewonnen hat, während Rhodes Premierminister im Kaplande ist. Der Krieg endet nach heldenhaften Siegen der tapferen Buren doch schließlich mit deren Unterwerfung, weil die Engländer an Zahl weit überlegen sind und ihre Verluste stets wieder ersetzen können. Auch kommt England die ungewöhnliche Weltlage zu Hilfe, indem noch keine der anderen Weltmächte sich stark genug fühlt, um die Schwierigkeiten, in die England geraten ist, auszunutzen.

Seit in der napoleonischen Zeit die holländische Kapkolonie an England gefallen war, hatten die Buren schon mehrmals ihre Freistaaten weiter nach Norden verlegt, um sich der britischen Unterwerfung zu entziehen: jetzt war ihnen der Weg versperrt, und es blieb ihnen nur die Einordnung in das neue südafrikanische Reich, in welchem ihnen die Selbstverwaltung gewährleistet wurde. Der Gedanke eines freien südafrikanischen Staatenbundes, wie er dem Präsidenten von Transvaal, Paul Krüger, vorschwebte, war nun verschwunden vor dem Plane seines Gegners Cecil Rhodes, der Südafrika zu einem gewaltigen, mit allen Freiheiten der englischen Siedlungskolonien ausgestalteten Teile des britischen Weltreiches ausgebaut hat.

- d) Sein letztes Ziel, die Verwirklichung des britischen Afrika, hinterließ Rhodes den Engländern als Aufgabe der Zukunft, und der britische Imperialismus fügte dieses Ziel in den großen Zusammenhang seiner Ausdehnungspolitik ein: Afrika und Indien sollen verbunden werden durch die Einbeziehung Vorderasiens in die britische Machtphäre, so daß auf diese Weise ein gewaltiges, zusammenhängendes afrikanisch-asiatisches Reich dem englischen Imperialismus vor Augen steht. Der Weg Kapstadt-Kairo-Kalkutta sollte zu einem englischen Wege gemacht werden.

5. Die Rückkehr zur Koalitionspolitik.

Wenn auch die Unionsgedanken Chamberlains sich nicht unmittelbar durchsetzten, so läßt doch schon der Burenkrieg erkennen, daß der neubritische Imperialismus einen völligen Umschwung in Englands Haltung gegenüber den Fragen der Weltpolitik vorbereitet hat. Die Reichsorganisation wird zunächst durch die Verbindungen innerhalb der einzelnen Kolonien gefördert: die Australischen Kolonien schließen sich 1900 zu einer Commonwealth zusammen, die Kapkolonie wird 1909 — durchaus dem ursprünglichen Plane des Cecil Rhodes entsprechend — zu einer südafrikanischen Union verbunden. Da aber England schließlich nicht über die Widerstände hinweg zu einer großbritischen Union gelangen kann und doch zugleich die bisherige Vormachtstellung in der Welt unter den veränderten Verhältnissen behaupten will, bleibt zur Verstärkung der englischen Stellung nichts übrig als ein Verzicht auf die splendid isolation. Das Scheitern von Chamberlains Unionsplänen führt den neubritischen Imperialismus ganz unmittelbar zu der

Koalitionspolitik des älteren Imperialismus zurück. Gegeben ist dabei für England die Gegnerschaft gegen Rußland in Asien und gegen Frankreich in Afrika, und damit gewinnt Deutschland für die englische Politik eine besondere Bedeutung.

II. Deutschland unter Wilhelm II.

1. Bismarcks Entlassung (Qu. II 79, VI, Qu. I 16/17, II a).

Nach dem Tode Kaiser Wilhelms I. (1888) und der nur 99 Tage dauernden Regierung Kaiser Friedrichs III. wird Wilhelm II. (1888 bis 1918) Deutscher Kaiser. Der persönliche Gegensatz zwischen dem greisen, auf seine Erfolge und Erfahrungen stolzen Kanzler, der soweverän **1888** die Geschäfte zu führen gewohnt ist, und dem jungen, nach eigenen Taten drängenden Monarchen steigert sich schon bald durch sachliche Meinungsverschiedenheiten.

Der Kanzler sucht im Sinne seines Rückversicherungsvertrages mit Rußland gut zu stehen, der Kaiser neigt zu einem eindeutigen Bündnis mit Österreich; der Kanzler will eine Verschärfung des Sozialistengesetzes, der Kaiser will seinen Regierungsantritt nicht mit einem Gewaltakt belasten (Qu. I 18/20, II).

Da wagt Bismarck eine Machtprobe: er verbietet als preußischer Ministerpräsident auf Grund einer längst vergessenen Kabinettsordre von 1852 seinen Ministern den unmittelbaren Verkehr mit dem Kaiser. Der Kaiser fordert die Außerkraftsetzung der Ordre und verbietet nun seinerseits dem Kanzler Verhandlungen mit den Parteiführern, wenn er selbst nicht vorher davon unterrichtet wird. Bismarck verbittet sich die Einmischung; der Kaiser fordert das Entlassungsgesuch, das erst nach langem Zögern eingereicht wird.

Ein menschlich ergreifender, tragischer Konflikt fand seine unerbittliche Lösung. Grollend zog sich Bismarck nach Friedrichsruh zurück; von dort aus beobachtete er den „neuen Kurs“ mit Sorge und Zorn, unter Kritik und Warnungen. In solcher Stimmung schrieb er seine „Gedanken und Erinnerungen“: ein Denkmal seines Lebens und seiner Persönlichkeit, keine Rechtfertigung — denn eine solche hatte er nicht nötig —, sondern eine Deutung seines Wertes und eine Lehre an Gegenwart und Zukunft. Die Verehrung des deutschen Volkes blieb dem „Alten im Sachsenwalde“ bis zu seinem Tode im Jahre 1898 erhalten; die Zeit selbst aber war unaufhaltsam weitergeschritten zu neuen Aufgaben, und es mußte sich nun erweisen, ob das Gebäude, das der große Kanzler errichtet hatte, auch in veränderter Weltlage tragfähig und fest blieb.

2. Das „persönliche Regiment“ Wilhelms II.

Der Kaiser ist von nun an sein „eigener Kanzler“; die beiden ersten Nachfolger Bismarcks im Amte sind nur ausführende Organe des kaiserlichen Willens. Von ihnen ist Caprivi ein an Unterordnung gewöhnter Offizier, Fürst Chlodwig Hohenlohe ein alter, ruhebedürftiger Grandseigneur; der vierte Kanzler, Bernhard v. Bülow (1900—1909), besitzt lange Zeit das besondere Vertrauen des Kaisers.

Die verfassungsmäßige Machtlosigkeit des Reichstages kam hinzu, um die Durchführung einer stark persönlichen Regierung des Monarchen zu ermöglichen, die — im Anfange erfüllt von Idealen und getragen von den Hoffnungen der Jugend — den Weg aus der kontinentalen Enge in die große Weltpolitik wagte, schließlich aber doch über Versuche auf den verschiedensten Gebieten der inneren und äußeren Politik nicht hinauskam. Die gestellte Aufgabe war freilich unendlich schwer; denn es galt, in der neuen Welt des

Imperialismus auch dem deutschen Volke eine Stellung zu verschaffen und zugleich dieses Volk geistig und politisch so umzugestalten, daß es Träger einer Weltpolitik werden konnte. Nur ein voraussetzungsloser Monarch, nur ein Mann voll Hingabe, Entsagung und Beharrlichkeit konnte auf diesem Wege zum Ziele gelangen.

3. Die Entstehung des französisch-russischen Zweibundes (Qu. I 16/17, II b).

Der neue Kurs beginnt seine Tätigkeit damit, daß er den Rückversicherungsvertrag mit Rußland nicht erneuert. Die Folge ist der Abschluß des französisch-russischen Zweibundes, 1891 beim Besuch der französischen Flotte in Kronstadt eingeleitet, 1892 durch eine Militärkonvention weitergeführt, 1894 durch förmlichen Vertrag vollendet.

Die beiden Nachbarn Deutschlands im Osten und Westen, die Bismarcks Staatskunst solange auseinandergehalten, waren nun doch zusammengekommen: der Zweifrontenkrieg war von diesem Augenblick an die für eine künftige Auseinandersetzung gegebene Lage, die Nachteile der zentralen Stellung Deutschlands waren nun wieder in Kraft. Aber wenn auch der Abschluß des Zweibundes zeitlich und zum Teil auch ursächlich eine Folge der Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrages war, so hätte auch die von Bismarck geforderte Erneuerung des Vertrages die beiden für Deutschland so gefährlichen Stimmungen des Panlawismus und der Revanche nicht mehr lange auseinandergehalten. Schon 1887 war dies schwer gewesen, inzwischen aber waren beide Strömungen stärker geworden, die französischen Gelddarlehen an Rußland hatten begonnen. Hinzu kam, daß das Doppelspiel der Rückversicherung schon bald dadurch unmöglich geworden wäre, daß Deutschland im Orient selbst als Wettbewerber auftrat und die Anschauung von der „Saturiertheit“ aufhörte. Wenn der neue Kurs die schwere Belastung durch den verdoppelten Druck von Osten und Westen als ein Schicksal hinnahm, das von Geographie und Geschichte dem nach Weltgeltung strebenden Deutschland nun einmal auferlegt war, so war nun die Aufgabe gestellt, durch Schaffung anderer Kombinationen einen Ausgleich zu finden. Zunächst versuchte man, diesen Ausgleich lediglich durch vermehrte Rüstungen herzustellen.

4. Heer und Flotte.

- a) die Heeresvermehrungen, die in häufigen Zwischenräumen, der Bevölkerungsvermehrung entsprechend, angefordert werden, finden ihre Begründung immer zugleich auch in der Machtvereinigung Rußlands und Frankreichs.

Eine Wiederkehr des alten Militärkonfliktes wird verhütet durch das Zugeständnis der zweijährigen Dienstzeit für Fußtruppen (1892) und des dem Reichstage gewährten Rechtes der jährlichen Festsetzung der Friedenspräsenzstärke (1899). Trotzdem kommt es häufig zu heftigen parlamentarischen Kämpfen und zur Reichstagsauflösung. Die Parteien, die die Heeresvermehrungen ablehnen, werden dabei von verschiedenen Gesichtspunkten geleitet, teils parteipolitischen, teils grundsätzlich pazifistischen; besonders die Sozialdemokratie verwirft das Wettrüsten und ist unzufrieden über Mißstände im Heere. Zu einer Reform der Militärgesetze kommt es aber ebensowenig, wie zu der von der Sozialdemokratie geforderten Annäherung an das Milizsystem nach Schweizer Vorbilde. So sind die Bewilligungen stets das Ergebnis schwieriger Verhandlungen. Schließlich versucht Bülow durch Schaffung eines „Bloches“ von Konservativen, Nationalliberalen und Freisinnigen eine zuverlässige Mehrheit für die Heeresvorlagen zu erlangen. Das System scheitert aber schon nach einigen Jahren, als die Blockparteien sich über die Deckung der Kosten nicht einigen können, indem die Konservativen der geplanten Erbschaftsteuer widerstreben: dies wird die Veranlassung zu Bülows Rücktritt (1909). Sein Nachfolger ist Bethmann Hollweg.

- b) Der Bau der Kriegsflotte ist das persönliche Werk Wilhelms II. und des Admirals v. Tirpitz (Qu. I 18/20, C II, 3). Das große Flottengesetz von 1900 legt einen Bauplan fest, nach welchem in 17 Jahren eine der englischen Flotte ebenbürtige deutsche Flotte gebaut werden soll. Der Bau wird so rasch gefördert, daß schon nach 12 Jahren fast die gesamte, meist aus Linienschiffen bestehende Schlachtflotte in vier Geschwadern fertig ist, ebenso die aus Kreuzern bestehende Auslandsflotte. Zugleich erfolgt der Bau des Kaiser-Wilhelm-Kanals als Verbindung zwischen Nordsee und Ostsee (1895), die Erweiterung der Kriegshäfen in Kiel und Wilhelmshaven, die Befestigung von Helgoland und Borkum.

Die Erwerbung Helgolands — 1890 im Austausch gegen das ostafrikanische Sansibar — gehört zu den ersten Taten des neuen Kaisers. Der Flottengedanke und das Verständnis für die Bedeutung der Seemacht war von Tirpitz durch geschickte Propaganda in das Volk getragen worden, aber umstritten ist schon bald der von Tirpitz eingeschlagene Weg. Es taucht die Frage auf, ob die Verlegung des Schwerpunkttes in die Hochseeflotte richtig sei oder ob es nicht besser wäre, Unterseeboote und ähnliche zur Verteidigung geeignete Anlagen zu bauen. Tirpitz ist jedoch der Meinung, die deutsche Flotte müsse so stark sein, daß ein Angriff auf sie jedem Gegner als gefährlich erscheinen werde.

Tirpitz war sich dabei bewußt, welche Wirkung dies auf die Stimmung in England haben müsse; aber er hoffte, daß nach Überwindung der unvermeidlichen „Gefahrenzone“ England sich mit dem fortschreitenden deutschen Flottenbau ausöhnen werde. Auch betraf er sich auf den Schuß, den eine selbstbewußter werdende deutsche Kolonialpolitik für die deutschen Kolonien zur Verfügung haben mußte.

5. Die Kolonialpolitik.

Zwar sind die kolonialen Erwerbungen Wilhelms II. unbedeutend im Vergleich zu jenen Bismarcks; aber das Streben nach einem „Platz an der Sonne“ wird im Sinne des Imperialismus bewußter und zugleich auch lauter. Vor allem aber tritt zu dem unmittelbaren Kolonialerwerb — und wichtiger als er — die Ausbreitung des deutschen Kapitals und der deutschen Anrechte in Ostasien und im Orient.

Die Erkenntnis von der Wichtigkeit der Kolonialpolitik hat sich in der Regierungszeit Wilhelms II. in steigendem Maße entwickelt und gestärkt. Als Programm und Verkündigung des neuen, imperialistischen Geistes in Deutschland gilt die Rede, mit der Bülow sein Amt antrat und worin er von der bevorstehenden „neuen Teilung der Erde“ spricht und davon, daß Deutschland nicht abermals beiseite stehen dürfe.

- a) Gleich im Jahre 1890 wird Deutschostafrika, diese wichtigste deutsche Kolonie, aus der Hand der Kaufleute und Forschungsreisenden in das Eigentum des Reiches übernommen und so ein Besitz von zweifelhafter Ausdehnung und fragwürdigen Rechtstiteln zur „Kronkolonie“ gemacht. Der Aufstand der Hereros in Südwestafrika (1904) wird niedergeworfen (Qu. I 18/20, J I, 3).
- b) Im Stillen Ozean werden die Karolinen-, Marianen- und Palauinseln aus spanischem Besitze erworben, desgleichen durch Vertrag mit England und den Vereinigten Staaten der wertvollere Teil von Samoa.
- c) Als in China der Boxeraufstand ausbricht und der deutsche Gesandte in Peking ermordet wird, beteiligt sich Deutschland an erster Stelle an der Intervention der Mächte (1900), nachdem es schon 1898 Hafen und Gebiet von Kiautschou durch Pachtvertrag erhalten hat: die Stadt Tjingtau ist bald eine blühende deutsche Handelsstadt und öffnet dem deutschen Kaufmann den Weg in das bisher verschlossene China (Qu. I 18/20, J III).

- d) Vor allem aber faßt Deutschland Fuß in der Türkei; Politik und Wirtschaft arbeiten hier zusammen am gemeinsamen Ziele. Bereits 1888 erhält Deutschland die anatolische Eisenbahnkonzession, 1902 beginnt der Bau der Bagdadbahn; der Kaiser besucht den Orient als Freund und Beschützer der mohammedanischen Welt, im Orient besonders bricht er mit dem Bismarckschen Grundsatz der „Saturiertheit“. Große Zukunftsmöglichkeiten beginnen sich hier zu eröffnen: von neuem taucht der alte Gedanke Friedrich List's empor, daß Deutschlands natürliches Siedlungsland im Osten liege.

Freilich war der Weg zur Erfüllung schwer, und das Zukunftsbild sollte auch diesmal keine Wirklichkeit erhalten. Denn Englands Interesse stemmte sich von Indien her dagegen; ein unmittelbar drängender Zwang zur fernen Besiedlung schien aber für Deutschland in dieser Zeit keineswegs zu bestehen, da man den deutschen Industrieetat in anderem Umfange ausbaute, als Friedrich List jemals vorausgesehen hatte.

6. Der deutsche Industrieetat.

Unaufhaltsam, kraft einer inneren Notwendigkeit, schreitet die Industrialisierung Deutschlands vorwärts und gewinnt um die Jahrhundertwende, als überall auf der Erde neue Weltmärkte und Absatzgebiete sich öffnen, eine nie geahnte Ausdehnung; gewaltig wird die Kraft der Produktion, immer größer werden die Zahlen der Ausfuhr, immer rascher mehrt sich die Gesamtheit des deutschen Volksvermögens. Deutschland beginnt durch seinen wachsenden Anteil an Welthandel und Weltwirtschaft den Vorsprung der Engländer einzuholen. Fast plötzlich hat sich das Bild des deutschen Lebens und Landes gewandelt. Die enge Behaglichkeit des agrarischen und handwerksmäßigen Daseins, das selbst noch in den achtziger Jahren weitaus überwogen hatte, ist der Geschäftigkeit der Fabrik und der Börse gewichen, gewaltige Industriezentren entstehen oder weiten sich aus: so in Sachsen und an der Ruhr, um Berlin, aber auch in süddeutschen Städten. Die Handelsflotte nähert sich an Größe der englischen.

- a) Die Vorbedingungen für diese ungeahnten Leistungen waren im deutschen Menschen und in dem Boden Deutschlands gegeben: der Reichtum der Bodenschätze drängte zur Ausbeutung, um dann schon bald die Kräfte, die er entfesselt hatte, nicht mehr befriedigen zu können; ein unerschöpflicher Überfluß an Bevölkerung verlangte nach Arbeit und Brot. Arbeitsamkeit und wirtschaftliche Disziplin waren herangebildet in den Jahrhunderten der merkantilistischen Kleinstatelei, die die erste „Erziehung zur Industrie“ geleistet hatten. Hinzu kommt die Kraft und Eindringlichkeit des wissenschaftlichen Denkens, die an abstrakten Dingen geübt und vorgebildet, nun immer mehr auch die Materie ordnet und sie durch Naturwissenschaft und Technik dem Menschen untertan macht. So entwickelten sich Textil- und Eisenindustrie aus ihren früheren Anfängen in ungeahnter Weise, und neben sie traten jetzt vor allem als neue deutsche Großindustrie die Elektrotechnik und die Chemie.

1. Die Elektrotechnik hat Werner Siemens begründet und ausgebaut. Nachdem Galvani und Volta, Zeitgenossen der Französischen Revolution, die Berührungselektrizität zuerst wahrgenommen und dann in den zwanziger Jahren Verstedt, Arago und Faraday die magnetisierenden Wirkungen des galvanischen Stromes entdeckt, hatten 1833 Gauß und Weber in Göttingen den elektromagnetischen Telegraphen konstruiert. Werner Siemens baut auf diesen Vorgängern weiter. Indem er strengste Wissenschaftlichkeit mit Erfindungsgabe und dem Sinn für praktische Anwendung in sich vereinigt, wird er zum Schöpfer einer völlig neuen Großindustrie, in der Deutschland lange Zeit ihm allein den Vorsprung verdankt. Zuerst begründet er 1847 mit seiner Firma Siemens & Halske die Schwachstrom-

technik, indem er den Zeigertelegraphen mit Selbstunterbrechung und die Isolierung durch Guttapercha erfindet; überall in der Welt legt er Telegraphenleitungen und submarine Kabeln an. Dann begründet er 1867 mit der Erfindung der Dynamomaschine auch die Starkstromtechnik. Erst 1881 kommen neben ihm andere Firmen empor, wie die von Emil Rathenau begründete Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft (A. E. G.); die Frankfurter elektrotechnische Ausstellung von 1891 zeigt zum ersten Male in größerem Maßstabe die Übertragung von Wasserkraft. Auch die Vereinigten Staaten gewinnen in der Folge durch die elektrotechnischen Erfindungen Edisons Bedeutung. Und mit dem technischen Aufschwung hält auch die reine Wissenschaft Schritt: 1886 begründet Heinrich Herz in Karlsruhe die Kenntnis von den elektrischen Wellen und ihren Fernwirkungen.

2. Die angewandte Chemie und ihre Ergebnisse haben eine zweite neue und im besonderen deutsche Großindustrie hervorgebracht; auf diesem Gebiete liegen die eigentlichen Triumphe des deutschen Industriestaates, nachdem im 18. Jahrhundert gerade Frankreich durch Lavoisier und seine Entdeckung des Sauerstoffes an der Spitze der chemischen Wissenschaft gestanden hatte. Im 19. Jahrhundert folgte auf Liebig's Agrarkulturchemie die Darstellung der Anilinfarben aus dem Kohlenteer durch August Wilhelm Hofmann; 1860 wird die Bad. Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen gegründet; die Synthese — der künstliche Aufbau von natürlichen Stoffen aus den Elementen, 1828 zuerst durch Wöhler in Göttingen durchgeführt — erreicht 1888 eine vollendete Anwendung bei der Darstellung des künstlichen Indigo durch Baeyer, wodurch die Bad. Anilin- und Sodafabrik vollends den Vorrang unter den Farbstoffindustrien erlangt. Und an dieselbe Fabrik knüpft sich auch der große Fortschritt der Düngefabrikation durch die künstliche Vereinigung von Stickstoff und Wasserstoff in der Ammoniaksynthese von Fritz Haber (1909).

So reichen die Leistungen der großen Erfinder zum Teil bis in die Mitte des Jahrhunderts zurück: jetzt werden sie praktisch wirksam durch die Industrien, die sich auf ihnen aufbauen.

- b) Die Folgen dieser Entwicklung sind ungeheuer; nicht nur die Zahlen, mit denen das deutsche Leben zu rechnen hat, wachsen unaufhörlich: es tritt auch eine Verschiebung in den inneren Kräften des deutschen Lebens ein. Die Anzahl der auf dem Lande wohnenden und von Ackerbau lebenden Menschen nimmt relativ ab, die Anzahl der Großstädte und ihre Größe steigt sehr rasch. Die vom Lande in die Stadt strömende Menge ist bald enturzelt und vielfach dem „Großstadtelend“ preisgegeben; so gewinnt das „Proletariat“ an Bedeutung, und damit wird die Arbeiterfrage ein zentrales Problem des deutschen Staates. Wie unter dem Zwange einer ehernen Notwendigkeit geraten alle überlieferten Anschauungen und Wertungen in Fluß, das deutsche Dasein wird langsam freier und breiter, aber auch verworrener und reicher an Kämpfen. Denn der Lebensspielraum wird für den einzelnen in der Gegenwart zwar größer und weiter, für die Nation aber im Hinblick auf die Zukunft unsicher und fraglich: nicht ungestraft zieht der Industriestaat immer mehr Menschen an sich und macht sie abhängig von den Absatzmärkten draußen in der Welt. So erspart er zwar dem deutschen Volkstum die großen Verluste, die es während des ganzen 19. Jahrhunderts durch die periodischen Riesenauswanderungen infolge der dauernden Überöflerung erlitten hat — seit den neunziger Jahren versiegt die Auswanderung fast völlig. Aber der Industriestaat, immer künstlicher hochgezüchtet, drängt immer mehr Menschen auf dem engen Raume zusammen, beraubt die Nation trotz steigender landwirtschaftlicher Produktion immer mehr der agrarischen Grundlage und bindet sie immer ausschließlich an die Einfuhr fremder Rohstoffe und an den Absatz ihrer Erzeugnisse auf fernen Märkten, die ihr nicht gehören und zu denen sie im Ernstfalle nicht einmal die Straße frei hat: der deutsche Industriestaat beginnt den sicheren Grund unter den Füßen zu verlieren.

Das einseitige Übergewicht, das die Industrie in der Ökonomie des nationalen Lebens erlangt hatte, konnte nur dadurch aufgehoben werden, daß man der überschießenden Bevölkerung Siedlungsland schuf, das von der Heimat in allen Fällen erreichbar blieb und ihr zugleich einen Weg zu den Rohstoffen und den Absatzmärkten sicherte. Die deutschen Kolonien waren für diesen Zweck nicht geeignet, der Orient — an den Friedrich List gedacht hatte — wurde nicht entchieden genug in diesem Sinne in Anspruch genommen, weil ein unmittelbarer Zwang zur Lösung des Problems nicht bestand. So ließ man die Dinge sich entwickeln, belastete die deutsche Zukunft mit der Unsicherheit dieser Lage und die eigene Gegenwart mit allen inneren Schwierigkeiten eines Lebens, das voll und ganz dem neuen „Eisernen Zeitalter“ und seiner geistigen Umwälzung sich aussetzen mußte und dennoch andererseits es nicht wagte, die Rück- sicht auf die alte agrarische Ordnung, ihre wirtschaftlichen Interessen und ihre bequemen patriarchalischen Formen aufzugeben. An diesem inneren Widerspruch krankte der nach außen so stolze Industriestaat, und an ihm sollte er dann zerbrechen: die Handelspolitik, die Sozialpolitik und die Geistesgeschichte des wilhelminischen Zeitalters bezeugen in gleicher Weise den Widerspruch, der dann im Weltkrieg offen und verhängnisvoll zutage treten sollte.

7. Die Handelspolitik (Qu. I 18/20, E II).

Der Kampf zwischen den industriellen und den agrarischen Interessen, den Bismarcks Machtspruch 1878 zugunsten der Landwirtschaft aus der Welt hatte schaffen wollen, entbrennt nach seiner Entlassung von neuem. Caprivis Handelsverträge schränken die bisherige Schutzollpolitik ein, die Gegenbewegung der Agrarier führt nach zehnjährigem Kampfe der Parteien zu dem Zolltarif von 1902, der die Zölle für die wichtigsten Getreidesorten erhöht.

Der Kampf der Parteien wird weitergeführt. Die Sozialdemokratie will die Beseitigung der Schranken, die dem vollkommenen Industriestaate noch entgegenstehen, die Konservativen betonen den Wert einer starken Landwirtschaft; beide kämpfen für eigene und allgemeine Interessen, denn noch sind für Deutschland beide Wege offen und möglich. Die Mittelparteien wollen beide Wege vereinen; es ist aber offenbar, daß das Tempo der Industrialisierung immer rascher wird. Und wenn auch die deutsche Handelsbilanz durch die steigende Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen sogar passiv wird, so steigert sich doch der Volksreichtum Deutschlands, weil seine Zahlungsbilanz aktiv ist infolge der Einkünfte aus dem Transportwesen und aus den im Auslande angelegten Kapitalien. So stehen sich die Interessen der Industrie und der Landwirtschaft hart gegenüber, und die Gegensätze entzünden sich immer wieder an den Fragen der Handelspolitik. Die Bewegung der Agrarier findet ihr Organ im „Bund der Landwirte“. Auch gegen den Bau des Mittellandkanales, der Rhein und Elbe verbinden soll, wehren sich die Agrarier, weil er ein weiteres Aufblühen der Industrie und eine weitere Erschwerung der „Deutenot“ auf dem Lande zur Folge haben werde; der Kanal wird beschränkt auf die Strecke vom Rhein bis Hannover (1905). Tatsächlich beginnt der Bauernstand langsam sich aus der tiefen Verschuldung zu erheben, in die er im 19. Jahrhundert durch die Folgen der Ablösung und durch den Wucher auf dem Lande geraten ist. Daß die Arbeiter- schaft die Kosten des bäuerlichen Aufschwunges zu tragen hat, gehört zu den Folgen des künstlich ausgebauten Industriestaates, mit denen gerade auch die Arbeiterfrage belastet ist.

8. Die Arbeiterfrage.

Je mehr der deutsche Staat zum Industriestaat ausgebaut wird, desto vernehmlicher klopft die immer zahlreicher werdende Arbeiterschaft an seine Tore, um politische Rechte und soziale Geltung zu er-

langen. So hat die Arbeiterfrage ihre verfassungspolitische und ihre sozialpolitische Seite.

- a) Zwar ist die Reichsverfassung insofern auf bretester demokratischer Basis aufgebaut, als sie das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht zum Reichstage enthält; aber die Wirkung dieses Wahlrechtes wird zum Teil wieder aufgehoben durch die Machtlosigkeit des Reichstages und die mit der Verschiebung der Siedlungsverhältnisse immer stärker veraltende Einteilung der Wahlkreise. Auch das Klassenwahlrecht in den meisten Bundesstaaten, besonders in Preußen, reizt die demokratische Opposition immer wieder zum Widerspruch: der bürgerliche Fortschritt schließt sich in diesen Dingen den Sozialdemokraten an.

So entsteht der Kampf der Parteien um das preußische Dreiklassenwahlrecht, um die Parlamentarisierung der Reichsverfassung, um die Einführung direkter Reichssteuern. Während Preußen durch die Einkommensteuer, die Miquel nach dem englischen Vorbilde eingeführt hat (1895), einen großen Fortschritt erzielt, kann das Reich zu eigenen Steuerquellen nicht mehr gelangen. Der Kampf um diese grundlegenden Fragen wird viele Jahre hindurch geführt; die Entscheidung wird im Sinne des Kaisers immer wieder hinausgeschoben.

- b) Wie diese Verfassungsfragen, so zeigen auch die eigentlichen sozialpolitischen Streitigkeiten die inneren Schwierigkeiten des werdenden Industriestaates: um die Anerkennung des Streikrechtes wird oft gestritten, ebenso um die Anerkennung der Rechtsfähigkeit der Arbeiterorganisationen, um die Reform des Arbeitsrechtes; dazu kommen die Fragen der staatlichen Fürsorge, die heißen und erbitterten Kämpfe um einen großzügigen, den Arbeitern entgegenkommenden Ausbau der Schule, wie um die vielen anderen sozial- und kulturpolitischen Probleme, die emportauschen aus den sozialen Verschiebungen der Zeit und aus der Verödung des Arbeitsvorganges im Gefolge des technischen Fortschrittes und der Arbeitsteilung. Der Kaiser weckt Hoffnungen und enttäuscht: er beruft eine internationale Arbeiterschuttkonferenz und lehnt die Erneuerung des Sozialistengesetzes ab; dann wieder bedroht ein „Zuchthausgesetz“ die praktische Ausübung des Koalitionsrechtes; ein entschlossener Umbau des alten Obrigkeitsstaates lag Wilhelm II. ferne, denn er selbst trug in sich den Widerspruch, der zwischen modernem Imperialismus und altem Gottesgnadentum hin und her schwankte. Aber zahlreiche Kräfte beschäftigten sich doch mit den großen sozialen Aufgaben der Zeit:

1. In den Reihen der Sozialdemokratie bemüht sich ihr Führer August Bebel in Rede und Schrift, durch unermüdete Agitation um eine Lösung all dieser Fragen in marxistischem Sinne (Qu. I 18/20, G I).
 2. Gleichzeitig beschäftigen sich auch die Kirchen mit diesen Problemen, die katholische durch den „Volksverein für das katholische Deutschland“, die protestantische durch die Bewegung der „Nationalsozialen“.
- a) Auf katholischer Seite geht Papst Leo XIII. 1891 durch seine Enzyklika „Rerum Novarum“ voran, in welcher er Wege weist, auf denen die durch die Entwicklung des Kapitalismus und Individualismus gestörte Harmonie des gesellschaftlichen Lebens wiederhergestellt und das soziale Gewissen geschärft werden kann.
- b) Die protestantisch-soziale Bewegung findet ihren Führer in Friedrich Naumann, der alle Probleme des werdenden deutschen Industriestaates in ihrer Gesamtheit erfaßt und „mit weithin vernehmbaren Hammer schlägen neue

Thesen an die Tore des Deutschen Reiches geschlagen hat". Er vor allen sieht das Unfertige und die Widersprüche des neuen Staates, der nach Weltgeltung und Industriebherrschaft strebt und doch zugleich die Gebundenheit der patriarchalischen Ordnung und die Behaglichkeit des alten Beamtenstaates nicht preisgeben will. Naumann spricht in den Zeiten der Jahrhundertwende die Hoffnung der Jugend aus, die ein modernes, ein demokratisches Kaiserium ersehnt, das die nationale Macht und das Ethos der alten Zeit verbinden werde mit der kolonialen Betätigung, wie sie der Industriestaat verlangt, und mit einer Hingabe an das durch Technik und Bildung frei gewordene, zur Teilnahme am Staat und an der Wirtschaft berufene Volk. So findet und formt er die Gedanken eines nationalen Sozialismus; er zeigt, wie es gelte, die geistigen Werte der deutschen Vergangenheit, die Ideale der Freiheit, der Persönlichkeit und der Menschenwürde hinüberzusetzen in die anders gewordene Welt der Maschine und des Kapitalismus, und wie es die größte nationale Aufgabe der Deutschen sei, diese Werte für das zukünftige deutsche Leben, das Leben der industriellen Arbeiterschaft umzubilden und einheitlich zu gestalten, um auf solche Weise den Kapitalismus zu überwinden. In vielem berührt er sich mit

3. der Bodenreformbewegung, die von dem Amerikaner Henry George (1879) begründet, das Recht der Gesamtheit auf Bodenbesitz verkündet. Sie geht von dem germanischen Rechtsgrundsatz aus, daß der Boden keine Ware ist, sondern daß ein Anrecht der Allgemeinheit auf dieses natürliche Monopol besteht; sie protestiert also gegen das „freie Eigentum“ am Boden, also gegen die Mobilisierung des Grundbesitzes, wie sie mit Hilfe des römischen Sachenrechtes in den neueren Jahrhunderten angebahnt und im Gefolge der französischen Revolution überall durchgeführt worden ist. Auch die „Bodenreform“ bedeutet also eine Gegenbewegung gegen den wirtschaftlichen Liberalismus; aber sie will für den Boden nicht die alte feudale Bindung wiederbringen, sondern eine neue Bindung des Bodens, die „seinen Gebrauch als Werk- und Wohnstätte fördert und jeden Mißbrauch mit ihm ausschließt“. Also fordert das Programm der Bodenreform Reform des Hypothekensystems durch Einführung der Verschuldungsgrenze und der Unkündbarkeit der Bodenkredite, ferner Innenkolonisation in Form der Erbpacht, Erbbaurecht durch Staat und Gemeinden, überhaupt gesetzgeberische Bekämpfung aller Bodenspekulation — besonders auch durch eine großzügige Steuerreform, d. h. durch Einführung der Wertzuwachssteuer und der Grundrente nach dem gemeinen Wert. Die Verwandtschaft mit alten physiokratischen Gedanken ist offenkundig. In Deutschland wird die Bewegung von Adolf Damaschke geführt; es gelingt ihr zwar nicht, das geltende Bodenrecht umzugestalten, doch wird das Bodenrecht für Kiautschou 1898 erfolgreich nach ihren Grundsätzen geregelt. Immerhin werden auch in der alten Heimat Teilerfolge erzielt, wie die Wertzuwachssteuer (1911) oder ein vorläufiges probeweises Entschuldungsgesetz für die östlichen Provinzen (1906).

So brechen alle diese sozialen Reformbewegungen bewußt mit dem Liberalismus des 19. Jahrhunderts, nachdem der entfesselte Kapitalismus selbst zu einer neuen Unfreiheit für die Mehrheit aller Menschen geführt hat. Um in der veränderten Welt den Massen ein Stück Freiheit und Persönlichkeit zu bewahren, erscheint eine neue Bindung des sozialen Lebens nötig. So stellt sich der Liberalismus des 19. Jahrhunderts als eine kurze Episode zwischen zwei großen Gebundenheits-epochen dar.

9. Die Frauenbewegung.

Auch die Frauenbewegung wurzelt in dem Persönlichkeitsgedanken des deutschen Idealismus, den sie auch in den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umwälzungen der modernen Zeit bewahrt sehen möchte.

a) Die Vorgeschichte.

1. Die geistigen Wurzeln der Bewegung.

Das Persönlichkeitsideal unserer klassischen Zeit mußte sich auch mit der überlieferten Stellung der Frau in Gesellschaft und Leben auseinandersetzen. Daß die Gedanken der sittlichen Freiheit, der Selbstbestimmung und der harmonischen Ausbildung aller Fähigkeiten auch ein neues Frauenbild formten, zeigen Goethes Frauengestalten, denen der Dichter einen dem Manne durchaus ebenbürtigen, wenn auch ganz anders gearteten geistigen Gehalt und Eigenwert gegeben hat; in den „Wahlverwandtschaften“ kommt bereits das Problem der Frauenerziehung und Frauenbildung zu eindringlicher Aussprache. Dagegen gelingt Schiller seltener die Gestaltung der weiblichen Persönlichkeit. Gegen seine „Würde der Frauen“ wendet sich der Spott der Romantiker, die als die ersten die „Frauenemanzipation“ predigen: die Freiheit vom Zwange der Konvention soll nun auch für die Frau gelten. Die geistreichen Frauen der Romantik — Karoline Schlegel, Dorothea Veit, Henriette Herz, Rahel Barnhagen, Bettina von Arnim — leben dieses neue Frauenideal; in ihren Salons in Berlin verschaffen sie der geistigen Gleichberechtigung von Mann und Frau zum ersten Male Anerkennung. Das „Junge Deutschland“ knüpfte hierin an die Romantiker an, aber die Reaktion vor und nach 1848 bekämpfte die neuen Ideen der sittlich-geistigen Selbständigkeit der Frau, ihres Anrechtes auf geistige Entwicklung und auf die Teilnahme am öffentlichen Leben.

2. Die wirtschaftlichen Ursachen der Bewegung.

Seit den 50er Jahren zwingt die Umgestaltung der Produktionsverhältnisse auch die Frauen in bis dahin unerhörter Weise in die Dienste der kapitalistischen Wirtschaft, und dies führt nun auch in Deutschland zu den gleichen Mißständen wie einige Jahrzehnte vorher in England. Die Frauenbewegung wird — nachdem sie bis dahin eine rein geistige Bewegung gewesen — zu einem Teile der großen sozialen Frage. Indem das moderne Fabrikssystem durch Anwendung und vervollkommnung der Maschinen die Verwendung von Frauen und Kindern erleichtert und zudem diese billigeren Kräfte vorzieht, wird — auch dies zuerst in der Textilindustrie — die Frauenarbeit aus dem Hause des Handwerkers in die Fabrik verlegt. Die Folgen sind — neben der Lohndrückerei durch Frauen- und Kinderarbeit — die Verwahrlosung der Familie, die physische und moralische Degeneration. Andererseits zeigt es sich als notwendig, den alleinstehenden Frauen das „Recht auf Arbeit“ zu gewährleisten und ihnen den Aufstieg neben den Männern zu ermöglichen. Daraus ergeben sich

b) Die Ziele der Frauenbewegung.

1. Die Frauenfrage als Bildungs- und Berufsfrage. Die große Zeit des deutschen Liberalismus — die Konfliktzeit — ergreift auch diese Aufgabe zum ersten Male mit Hingabe und Zuversicht. 1865 begründet Luise Otto-Peters den Allgemeinen deutschen Frauenverein, der es als sein Ziel betrachtet, „die weibliche Arbeit von den Fesseln des Vorurteils, die sich von den verschiedensten Seiten gegen sie geltend machen, zu befreien“. Gefordert wird das „Recht der Frau auf Arbeit“ und eine bessere Berufserziehung der Mädchen. Für manche neuen Berufe erweisen sich die Frauen als besonders geeignet — wie zur Leitung der in den 50er Jahren von Friedrich Fröbel begründeten Kindergärten; für andere Berufe bedarf es nur einer besseren Vorbildung, um die Gefahren minderwertiger Leistungen zu beseitigen. Aber in der Folgezeit vermögen auch so starke und begeisterte Vorkämpferinnen wie Hedwig Dohm und Helene Lange nur sehr langsam die Reform der höheren Mädchenschule und ihrer sogenannten Allgemeinbildung sowie die Zulassung des Frauenstudiums durchzusetzen.

In Karlsruhe wird 1893 das erste deutsche Mädchengymnasium eröffnet — zunächst noch als Eigentum des Vereins Frauenbildung-Frauenstudium, aber mit wohlwollender Billigung des Staates. Denn der Liberalismus setzt sich für diese Bildungsbestrebungen ein, das Vorbild der Schweiz und der nordischen Länder wirkt als Ansporn. Noch lange tobt der Kampf um die Zulassung der Frauen zum Universitätsstudium; auch hier geht das liberale Baden seit 1900 voran, bis 1908 folgen die anderen Bundesstaaten nach.

2. Die Frauenfrage als Arbeiterfrage.

Handelte es sich bei der Frauenbildungsbewegung darum, der Frau den Zugang zu den höheren Berufen zu eröffnen, so mußte die Sozialpolitik, wenn sie die Frauenfrage berührte, gerade umgekehrt die Rückführung der Arbeiterin in die Familie erstreben.

Die soziale Gesetzgebung bringt in den 90er Jahren Schutzgesetze für weibliche Arbeiter, das Institut weiblicher Fabrikinspektoren wird in einzelnen Staaten eingeführt; das Vereinsgesetz von 1908 gibt den Frauen das Koalitionsrecht.

3. Die Frauenfrage als Verfassungsfrage.

Die Bewegung für Frauenstimmrecht vermochte die Erteilung des aktiven und passiven Wahlrechtes an die Frauen in Deutschland nicht durchzusetzen. Die bürgerlichen Parteien konnten nur für das Wahlrecht der Frauen für die Kaufmanns- und Gewerbegerichte gewonnen werden. Das Erfurter Programm von 1891 entschied sich für „allgemeines gleiches direktes Wahl- und Stimmrecht mit geheimer Stimmabgabe aller über 20 Jahre alten Reichsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechtes“. Ohne Erfolg blieben auch die Bestrebungen der Frauen nach Besserstellung im BGB., besonders hinsichtlich der Vermögensverwaltung.

10. Die Geistesgeschichte des wilhelminischen Zeitalters.

Ansätze und Versuche zu einer Umformung des deutschen Lebens gab es genug; aber das offizielle Deutschland hielt sich von ihnen fern. Die ganze Geistesgeschichte zeigt dieses Bild der Zwiespältigkeit.

Auf der einen Seite verblaffen in der neuen Welt des materiellen Reichtums und der hochkapitalistischen Wirtschaft die alten Kulturwerte immer mehr: der Geist der Veräußerlichung droht um so stärker, als die neue Zeit für Deutschland so überraschend und ohne langsame Gewöhnung gekommen ist. Der Lebensstil des Parvenu macht sich breit; er zeigt sich in äußerlicher Betriebsamkeit, in der ausschließlichen Wertschätzung der Zahl, in der Häufung von Prunk und Glanz. Daneben ist der höfische Charakter der neuen Kultur gekennzeichnet durch das Bestreben, den äußeren Erfolg zur Schau zu stellen. Es kommt hinzu, daß diese Bedingungen für Deutschland in einem Augenblicke eintreffen, wo die innere Auflösung der abendländischen Kultur eingesezt hat: nachdem die letzte einheitliche Kulturepoche, die das Abendland gesehen und die von der Renaissance bis zum Neuhumanismus und zum Biedermeier reicht, in ihren spätesten Ausläufern nach der Mitte des Jahrhunderts zu Ende gegangen ist, zeigt sich eine Kulturverwilderung, die den fehlenden einheitlichen Stil durch Außerlichkeiten, durch empirische Wissenschaft und Technik ersetzen will.

Aber zugleich beginnen doch langsam die ersten Anzeichen der Wandlung sich zu regen: es bereitet sich der Aufstieg eines neuen deutschen Menschen vor, der die edlen Kräfte der Vergangenheit, die fast schon

zu versinken gedroht, von neuem erweckt, um sie nutzbar zu machen zum Aufbau einer starken, neuen und deutschen Kultur. Noch sind es freilich nur wenige geistige Führer, und noch ist das öffentliche Gewissen nicht rein und wach genug, um auch im Staate den einheitlichen und deutschen Geist zu schaffen, der ihm die Sicherheit und Kraft zu Hause und in der Welt gewährleistet.

Alle Kulturerscheinungen der Zeit tragen dies doppelte Antlitz.

- a) Die Wissenschaften „spezialisieren“ sich immer mehr. Die Naturwissenschaften ermöglichen unaufhörlich neue Erfolge der Technik, so die Erforschung des Wesens der Elektrizität, ihre praktische Verwendung in Telephonie und drahtloser Telegraphie, in elektrischer Lichterzeugung und Kraftübertragung, in den Röntgenstrahlen. Ebenso berichtet die Wirtschaftsgeschichte des Zeitalters von dem Ausbau der chemischen Industrie auf Grund der chemischen Forschung. Die Ergebnisse der biologischen Wissenschaft bilden vielfach die Voraussetzung für die Ausgestaltung der Medizin, vor allem der Hygiene. In den Geisteswissenschaften vollzieht sich der gleiche Vorgang. Die Einzelforschung führt zu einer immer ausgedehnteren Kenntnis der geschichtlichen Entwicklung aller Zeiten und Völker. Aber man verliert darüber vielfach das Bewußtsein von der Eigenart und den tieferen Zusammenhängen des eigenen Lebens. Bezeichnend ist die Pflege der Philosophie, die in dieser Zeit nur noch historisch betrieben wird, bezeichnend auch die Entwicklung der Psychologie, die sich in der Erforschung der niederen geistigen Lebensvorgänge erschöpft, die höheren außer Betracht läßt, weil der exakten Erforschung nicht zugänglich.

In den Wissenschaften regt sich aber auch zuerst die Gegenbewegung. Ihr Vorläufer ist Friedrich Nietzsche, der in seinen „Unzeitgemäßen Betrachtungen“ (1873) leidenschaftliche Anklagen gegen die Kulturlosigkeit der Zeit erhebt und dann in seinem „Zarathustra“ (1884) die Lehre vom Übermenschen entwickelt und dabei zum ersten Male wieder den Aufbau einer einheitlichen Kulturphilosophie unternimmt. Groß ist sein Einfluß auf die folgende Generation: auf allen Gebieten wirkt der Antrieb, der von ihm ausgeht. Auch Eduard von Hartmann gelangt durch Kritik und Aufbau zu einem eigenen Weltbild, wie auch Lagarde die Kulturgedanken des Liberalismus einer schonungslosen Kritik unterwirft.

- b) In der Literatur wird der historische Roman, den Nachzügler der Romantik, wie Schöffel weitergepflegt haben, in die Dienste der vaterländischen Erbauung gestellt — durch den späteren Gustav Freytag und durch Felix Dahn. Diese Tendenz wird in Roman und Drama während des wilhelminischen Zeitalters vollends verflacht; am bedeutendsten ist vielleicht noch Ernst von Wildenbruch.

Für die Gegenbewegung ist Nietzsches Lehre von starkem Einfluß. Dazu kommen die Anregungen großer ausländischer Zeitgenossen: Zola, Ibsen und Strindberg führen die modernen Gesellschaftsprobleme in die Literatur ein und behandeln sie mit un verhülltem Naturalismus. In Deutschland ist Gerhart Hauptmann der hervorragendste Dichter dieser Richtung, die freilich zeitgeschichtlich bedingt bleibt, aber doch neues Leben und neuen Stil bringt. Die schöpferische Gestaltungskraft beginnt, nachdem der Bann gebrochen, wieder sich zu regen. In der Lyrik findet diese Bewegung Ausdruck in Dektlen von Villenbrand; rasch führt sie über den Naturalismus hinaus zu der Neuromantik eines Rainer Maria Rilke. Älter als diese, aber ihr verwandt ist der Schweizer Konrad Ferdinand Meyer, der die historische Novelle nicht mehr als Darstellung von Haupt- und Staatsaktionen gestaltet, sondern zur Entwicklung seelischer Probleme und eigener innerer Erlebnisse verwendet. Daneben steht die Heimatdichtung, die im Roman an Fritz Reuter anknüpft: sie ist im Süden durch Rosegger, im Norden durch Fontane und Raabe vertreten, kommt aber auch in der Lyrik eines Hermann Löns zum Ausdruck.

- e) Die Architektur, von allen Künsten am meisten an die Materie gebunden, spricht darum auch am deutlichsten den Geist dieser Epoche aus. Sie vermag jetzt in allen Stilen zu bauen, da sie alle Einzelheiten der Kunstgeschichte beherrscht; aber sie vermag nicht mehr, wie die früheren Epochen, ein Kunstwerk zu gestalten, das mit innerer Notwendigkeit aus dem Geiste des schaffenden Zeitalters entstanden ist. Bevorzugt werden als Muster Hochrenaissance und Barock, weil beide dem Bedürfnis nach Prunk und Mächtigkeit am meisten entsprechen: das bezeichnendste Denkmal dieses Geistes ist der Berliner Dom — ein protestantischer und kaiserlicher Dom in der Form der römischen Peterskirche.

In der Architektur zeigt sich aber auch am deutlichsten das Suchen nach einem neuen eigenen Stil, nach einheitlicher Raumwirkung und klaren, einfachen Linien. Man entdeckt die Schönheit der Eisenkonstruktion; Bahnhofsbauten und Warenhäuser, aber auch Gartenstädte und Wohnräume künden die Anfänge einer neuen baukünstlerischen Kultur. Die geistigen Führer dieser Bewegung sind Peter Paul Behrens, Paul Schulze-Naumburg und Friedrich Ostendorf: sie zuerst widersprechen der inneren Hohlheit der herrschenden, lediglich auf Form- und Fassadenwirkung ausgehenden Architektur, und sie lenken zurück zu der tiefsten, längst verlorengegangenen Erkenntnis aller großen und echten Baukunst, die bezeugt, daß die Kunst des Entwerfens in jedem einzelnen Falle einen einheitlichen Baugeanken erfordert und daß Grundriß und Aufriß sich also gemeinsam und organisch aus Zweck und Grundgedanken des Bauwerkes ergeben müssen.

- d) In den anderen bildenden Künsten herrscht zunächst die aus der vorhergehenden Epoche stammende historische Richtung. Sie stellt sich in die Dienste der Monarchie und ihres Ruhmes: so in der Malerei die Bilder Anton von Werners, in der Plastik die Berliner Siegesallee, die zahllosen Kaiser- und Kriegerdenkmäler der Zeit. Die Kultur des Hauses entspricht diesen Bildern.

Die Gegenbewegung gegen diese leblose Kunst ist bestimmt durch den Impressionismus, der ausgeht von den großen französischen Malern aus der Schule des Eduard Manet: nicht die genaue Wiedergabe des einzelnen, sondern der Eindruck des ganzen, der Natur entnommenen Ausschnittes ist Ziel dieser Kunst, deren Bahnbrecher in Deutschland Max Liebermann ist. Neben ihm steht Wilhelm Leibl, auch er von den Franzosen beeinflusst und ihr Schüler, aber deutsche Eigenart stärker wählend. Zugleich wirkt auch auf diesem Gebiete die Sehnsucht der neuen Romantiker nach Farbe, nach stiller Landschaft, nach Seele: Hans Thoma gibt ihr den feinsten malerischen Ausdruck. In der Plastik wandeln Max Klinger und Adolf Hildebrand neue Wege.

- e) Die Musik — die von allen Künsten am wenigsten durch die Materie gebunden ist und darum am wenigsten dem technischen und historischen Zeitalter dienen kann — versiegt zunächst nach den beiden Antipoden Brahms und Richard Wagner völlig; um so eifriger wird sie gepflegt, um der Geselligkeit einer stillen Zeit Glanz zu verleihen und dem Virtuositentum Gelegenheit zur Betätigung der musikalischen Technik zu geben. Aber auch hier regen sich schließlich wieder schöpferische Kräfte — in Anton Bruckner, Max Reger und Hans Pfitzner.
- f) Nirgends aber zeigt sich dieses Ringen zwischen alter und neuer Zeit so stark als in der Jugendbewegung, an der auch die akademische Jugend Anteil hat. Zunächst lebt auch in dieser Periode die Studentenschaft noch in überlieferten Formen und Anschauungen; dazu kommt das Andenken Bismarcks und der Eindruck seines Werkes. Von tiefem Einfluß bleibt auf das studentische Denken Heinrich von Treitschke, der durch die Wucht und das Pathos seiner Rede die Jugend für die nationale Idee, für den Machtstaat und für die kleindeutsche und bismarckische Reichsform begeistert; jedoch die Gedanken, die einst der junge Treitschke mit revolutionärem Feuer und unter großen persönlichen Opfern sich erkämpft, werden von dieser Jugend nicht neu erworben und durchdacht, sondern nachgesprochen als Glaubenssätze: diese Jugend ist zufrieden mit dem Gewordenen und nimmt die ganze Kultur der Epoche als Tatsache hin.

Aber langsam beginnt sich die Auflehnung gegen die ältere Generation zu regen, weil diese kein Ziel und kein einheitliches Kulturideal zu bieten vermag. Aus dem gleichen Geiste wie einst die Burschenschaft ist die „Jugendbewegung“ geboren: auch sie erstrebte ein in Einheit und Freiheit erneuertes Vaterland, das aus dem Geiste der Jugend, ihrem neuen Lebensstil und ihrer vertieften Sittlichkeit entstehen soll. In diesem Sinne erhebt sich die Bewegung gegen die herrschende Zivilisation, gegen den Intellektualismus dieser Zeit, gegen die Bevormundung durch diesen Staat, gegen die Unkultur der Großstädte: die Jugend will nicht einfach nur als Vorbereitung für die künftigen Lebensalter gelten, nicht als Mittel für außer ihr liegende Zwecke, sie will die Anerkennung ihres Eigenwertes, sie will ihr eigenes Recht besitzen, ihr eigenes Leben führen, ihre eigene Jugendkultur gestalten und durch sie die Nation erneuern. So sucht diese Bewegung jenseits der dürren Geistigkeit des Zeitalters neue Ideale zu wecken und ergreift darum die in allen Kulturererscheinungen sich regenden Anzeichen des neuen Werdens. Am nächsten liegen ihr dabei naturgemäß die Fragen der Schulreform und der Reform der Lebensgestaltung: auf diesem Boden führt sie den Kampf des Lebens wider das tote Wissen, sucht sie den Zusammenklang von Geist und Natur; aus ihrem neuen Empfinden und ihrem neuen Stolze heraus kommt sie zur Abkehr von Alkohol und Tabak, zu Wanderungen und Fahrten und zu einer innigen Gemeinschaft mit der heimischen Natur und dem deutschen Volkstum; die Fragen der Rassenhygiene werden besonders beachtet, das hellenische Lebensideal feiert eine Auferstehung in den Köpfen dieser Jugend. Und alle Einzelheiten der Auflehnung und der Reform sind die Ergebnisse des neuen Lebensgefühles, das mächtig geworden ist und in der Sehnsucht nach einem Führer gipfelt, nach einer lebendigen Verkörperung des neuen Geistes.

Unendlich viel Idealismus und reiner Wille ist in dieser Bewegung lebendig geworden. Aber wenn sie nicht über die ersten Anfänge der Erneuerung hinausgelangen sollte, so ist es, weil dieser Jugend, so verschieden auch die Richtungen und Persönlichkeiten im einzelnen waren, doch im allgemeinen ein inneres Verhältnis zur praktischen Tätigkeit fehlte: ihre Sorge beschränkte sich immer mehr auf die Pflege des eigenen Ich und der engsten Gemeinschaft, eine aristokratische Abneigung gegen alle öffentliche Wirksamkeit griff immer stärker um sich, Romantik und Naturschwärmerei sollten genügen in einer Zeit, die den einzelnen und die Nation in den härtesten Kampf ums Dasein gestellt hatte. Das „deutsche Gemüt“ wurde in dieser Jugend stärker als der Wille zur Tat, so daß sie sich schließlich selbst ausschaltete und damit der Nation gerade die reinsten und edelsten Kräfte raubte.

So gelang es trotz aller Reime des neuen Werdens dennoch nicht, den Zwiespalt des Zeitalters zu überwinden und der emporstrebenden Nation die einheitliche und geschlossene Kraft eines wirklichen Weltvolkes zu verleihen. Es bleibt noch die letzte Frage, ob das Jahrhundert der persönlichen Freiheit und der konstitutionellen Verfassungen für Deutschland überhaupt noch hätte leisten können, was für Frankreich der Absolutismus seiner großen Könige und Kardinäle durchgeführt hat: die Einheitlichkeit der nationalen Gesinnung, des nationalen Stiles. Offenkundig ist nur die Tatsache, daß die Widersprüche zwischen den alten Lebensformen der Kleinstaaterei und den Zielen des modernen Weltstaates bestehen blieben und daß das Reich und seine Leitung dem Geiste der inneren Erneuerung ferne stand. Das Schicksal gab nicht Zeit und Möglichkeit zur Vollendung, und so lebte Deutschland, unfertig und unsicher, im Kreise der großen Mächte, die von allen Seiten es umringten.

III. Der Wettstreit der Weltmächte.

Seit den achtziger Jahren hat sich das Antlitz der Welt zu wandeln begonnen; ein unwiderstehlicher Drang nach Ausdehnung hat die Völker und Staaten ergriffen und sie über den engen kontinentalen Rahmen hinausgeführt. Zur Aufteilung der Erde, die England bis dahin allein und lässig besorgt hat, melden sich immer mehr Großmächte. Mit feinem, politischem Takt spürt England zuerst den Wandel der Dinge: die imperialistischen Ideen sind aus diesem Gefühle heraus in England geboren worden, und sie kommen dann auch über andere Völker. So erstehen neue Großmächte; unter den alten Großmächten aber erstehen neue Interessen, Gegensätze, Verbindungen, und diese verknüpfen sich mit den alten, noch ungelösten Fragen, die aus der Zeit der kontinentalen Kämpfe in das neue Zeitalter des Imperialismus hineinragen.

1. Die neuen Großmächte: die Vereinigten Staaten und Japan.

Zu der alten europäischen Pentarchie, die seit dem Wiener Kongreß Europa verwaltete — den drei Ostmächten und den zwei Westmächten — ist im Laufe des 19. Jahrhunderts als sechste Großmacht noch Italien getreten, aber ohne daß an dem kontinentalen, europäischen Charakter der von den Großmächten innegehaltenen Politik jemals etwas geändert worden wäre. Nun aber bringt das Zeitalter des Imperialismus für alle europäischen Mächte die gewaltige Erweiterung ihrer Interessen, und sie finden dabei in den anderen Erdteilen neue Mächte, die nun eintreten in den erweiterten Kreis. Es sind dies die Vereinigten Staaten und Japan — die eine Macht am östlichen, die andere am westlichen Rande des Stillen Ozeans, der bisher ein geschichtsloses Dasein geführt hat und nun in die Weltgeschichte eintritt. Beide Staaten sind moderne Gebilde; sie sind unabhängig voneinander erwachsen und erfüllen sich ohne Berührung zueinander mit dem modernen Imperialismus, um dann gegenseitig in einen scharfen Konkurrenzkampf zu geraten.

a) Die Vereinigten Staaten.

Lange hatte sich der Ausdehnungsdrang der Vereinigten Staaten, dank der isolierten Lage, ungehinderter als das Machtsstreben der europäischen Staaten entfalten können, und die gewonnenen Gebiete waren stets in naturgemäßer Entwicklung als gleichberechtigte Glieder in den Verband des Bundesstaates aufgenommen worden. Nachdem aber die weiten Gefilde bis an den Stillen Ozean besiedelt waren, erhob sich für die Vereinigten Staaten die Frage, ob man die Vorteile des geschlossenen Gebietes höher schätzen wolle als den Erwerb eigener Kolonien. Denn ein solcher Erwerb mußte freilich eine Teilnahme an der Weltpolitik und an den Auseinandersetzungen der großen Mächte zur Folge haben.

Die Frage wird schon 1867 gestellt, als man Alaska von Rußland kauft, sie wird aber 1898 brennend, als auf den Hawaii-Inseln Eingeborenenkämpfe stattfinden und zugleich, an anderer Stelle, die Spanier sich eines Aufstandes auf Kuba nur unter großen Greueln erwehren können. Der Imperialismus, geistig vorbereitet von Theodor Roosevelt, verlangt die Einmischung an beiden Orten; die Gegner des Imperialismus, von dem Deutschamerikaner Karl Schurz geführt, wollen die isolierte Lage und die mit ihr gegebene innere Einheit und äußere Unverwundbarkeit nicht preisgegeben sehen, und sie berufen sich dabei auf das bis dahin in Ehren bewahrte politische Testament Washingtons, das für die Haltung gegenüber fremden Nationen die Regel aufgestellt hatte, „unter Ausdehnung unserer Handelsbeziehungen mit ihnen so wenig politische Beziehungen wie nur möglich zu haben“.

Der Imperialismus siegt: im Kriege mit Spanien werden Kuba und die Philippinen gewonnen, Hawaii wird der Union einverleibt. Roosevelt wird bald darauf Präsident (1901).

Dieser erste Schritt wird von großer, grundsätzlicher Bedeutung: wachsende Vermehrung der Flotte und des Heeres wird nötig; denn die Vereinigten Staaten sind von nun an stärker als früher an den Händeln der großen Mächte interessiert. Jetzt wird auch der Bau des Panama-Kanals als notwendig empfunden und in Angriff genommen, nachdem französisches Kapital an der Aufgabe gescheitert ist und die Engländer in den Räten des Burenkrieges von ihren Ansprüchen auf Mitarbeit zurückgetreten sind. Die ganze Veränderung des politischen Geistes aber wird offenbar in der neuen Auslegung der Monroe-Doktrin; aus dem Grundsatz der Nichtintervention der europäischen Mächte in ganz Amerika wird der Grundsatz der Intervention der Vereinigten Staaten in allen Republiken des Südens, die in ihren unaufhörlichen Bürgerkriegen sich selbst keine Ordnung schaffen können. So ist ein Imperialismus entstanden, der Kolonien und Schutzländer dem alten Reiche unterwirft und die Herrschaft über den Stillen Ozean und über den Golf von Mexiko als seine Ziele erkennt. Der Gegensatz zu Japan ist damit gegeben.

b) Japan.

Das Erwachen Japans aus völliger Abgeschlossenheit ist eine einzigartige Erscheinung der neueren Geschichte. Noch um die Mitte des Jahrhunderts ist kaum ein Fremder nach Japan gekommen, die Japaner leben damals noch in einer starren, einheitlichen, seit Jahrhunderten vollendeten Kultur, ihr Staatswesen gleicht den europäischen Lehensstaaten des Mittelalters. Dann kommt innerhalb weniger Jahrzehnte die völlige Hinwendung des Staates und der führenden Schicht zur modernen europäischen Kultur: eine Verfassung nach preußischem Muster wird erlassen, das Heer wird reformiert, die Schulpflicht eingeführt; an den europäischen, zumal den deutschen Hochschulen machen sich die Japaner mit der modernen Wissenschaft und Technik vertraut, zahlreiche Deutsche werden ins Land berufen.

Und sofort beginnt Japan über die Grenzen des eigenen Reiches hinweg nach der ostasiatischen Vorherrschaft zu greifen, sofort beginnt es auch die gegenüberliegende Küste Amerikas, Kalifornien, mit seinem Menschenüberfluß zu besiedeln. So entstehen die Konflikte mit China und mit Amerika: die Auseinandersetzung mit Amerika schiebt sich hinaus, weil in Ostasien die Möglichkeit europäischer Konkurrenz sehr rasch näher rückt. Dieser Konkurrenz will Japan zuvorkommen und führt mit China den Krieg um die Öffnung des Landes (1895): aber die europäischen Mächte — Rußland, Frankreich und Deutschland — greifen ein und nehmen den Japanern die Siegesbeute des Friedens von Shimonoseki.

Von diesem Augenblicke an ist Japan an den Gegensätzen der europäischen Großmächte interessiert und wartet auf die Zeit, wo es in ihrem Kreise die seinen ostasiatischen Zielen entsprechende Politik treiben kann.

2. Die alten Großmächte: Gegensätze und Verbindungen.

- a) Die alten Großmächte bewahren ihre europäischen Interessen und Gegensätze, aber mit der kolonialen Expansion treten neue Ziele zu den alten. So hat die Weltpolitik der Zeit mit folgenden vier Gegensätzen als Grundtatsachen zu rechnen:
 1. Der französisch-deutsche Gegensatz ist eine aus der Vergangenheit überlieferte Gegebenheit, an der auch die neuen Interessen des kolonialen Frankreich auf die Dauer nichts geändert haben. So sehr auch die Politik Bismarcks und Wilhelms II. den Franzosen freie Hand in ihrer kolonialen Betätigung läßt und

so vollständig auch jede Reibung zwischen Frankreich und Deutschland in allen wirtschaftlichen und weltpolitischen Fragen fehlt, der kontinentale Gegensatz schiebt immer wieder alle Möglichkeiten einer Überwindung der deutsch-französischen Feindschaft beiseite.

2. Der russisch-österreichische Gegensatz wächst mit dem Anwachsen des Panlawismus, der den inneren Bestand der Habsburgermonarchie gefährdet und ihr zugleich auch den Donauweg zu verlegen droht. Denn der Panlawismus erstrebt den Einfluß auch der Slawen des Balkans in die russische Macht; auch Rumänien ist daher vor ihm in Gefahr.
3. Der russisch-englische Gegensatz reicht zwar zurück in jene Zeiten der Heiligen Allianz, als die „orientalische Frage“ mit der nationalen Erhebung der Balkanvölker zum ersten Male aufgerollt wird und damit der Streit um die „Erbchaft des kranken Mannes“ beginnt. Jetzt aber treten in immer stärkerem Grade die Gegensätze in Vorderasien und in Ostasien hinzu, indem der Zarismus nicht mehr nur nach dem Westen und nach dem Balkan drängt, sondern auch durch Vorderasien gegen Indien und über Sibirien zum Stillen Ozean strebt. Rußlands Bahnbauten in Asien bedrohen die englische Stellung ganz unmittelbar.
4. Der französisch-englische Gegensatz, eine Grundtatsache der europäischen Vergangenheit, ist nach der völligen Befestigung Frankreichs in den Schlachten von Trafalgar und Waterloo allmählich im 19. Jahrhundert wieder erwacht, und er wächst sich im Zeitalter des Imperialismus zu einem erneuten Ringen um die Herrschaft im Mittelmeere aus: Nordafrika wird diesmal der Schauplatz der Rivalität. Frankreich sucht seinen algerisch-tunesischen Besitz zu einem großen nordafrikanischen Reiche auszubauen und stößt dabei in Ägypten auf England. 1898 hißt Oberst Marchand die französische Flagge in Fachoda, wird aber von den Engländern zum Rückzuge genötigt. Leidenschaftlich häumt sich der verletzte nationale Stolz gegen England auf, die Republik wagt aber keinen Krieg.

b) Diese vier, aus Geschichte und Geographie sich ergebenden Gegensätze führen zu folgenden Kombinationen:

1. Das deutsch-österreichische Bündnis, durch Zutritt Italiens zum Dreibunde erweitert, schützt Österreich gegen Rußland und Deutschland gegen Frankreich. Für Deutschland ist dieses Bündnis auch Rußland gegenüber sehr wichtig geworden, seit der Rückversicherungsvertrag nicht mehr besteht und Deutschland im Orient mit dem Grundsatz der „Saturiertheit“ gebrochen hat und eigene Interessen dort wahren muß: die Orientpolitik Wilhelms II. hat Deutschland zum Freund und Beschützer der Türkei gemacht. Auch Rumänien schließt sich an, weil die Furcht vor Rußland größer ist als die nationalen und wirtschaftlichen Gegensätze gegen Österreich.
2. Der französisch-russische Zweibund, der das in der Mitte gelegene Deutschland von zwei Seiten umfaßt, hat Frankreich aus seiner langen Isolierung erlöst. Er ist von seiten Frankreichs unmittelbar gegen Deutschland gerichtet, von seiten Rußlands aber nur mittelbar, und zwar einmal insofern, als Rußland in Deutschland die österreichisch-ungarische Monarchie treffen will, sodann weil Rußland Frankreichs Hilfe gegen England erhofft und darum als Gegenleistung seine Hilfe gegen Deutschland bietet. Der Zweibund hatte also ursprünglich zwei Fronten: die eine nach innen gegen Deutschland, die andere nach außen gegen England, die erstere ist besonders bedeutungsvoll für Frankreich, die letztere für Rußland. Unter Rußlands überwiegendem Einfluß rückt zunächst die zweite Front in den Vordergrund, indem Rußland sich seinen asiatischen Zielen zuwendet. Frankreich seinerseits beschäftigt sich ebenfalls, von Rußland gedeckt, zunächst mit seinen antienglischen kolonialen Plänen, die schließlich nach Fachoda führen. So kommt es, daß Europa im ersten Jahrzehnt Wilhelms II. Ruhe und Frieden hat, weil Rußland und Frankreich ihm den Rücken kehren.

Der Gegensatz Englands zu Frankreich und Rußland galt als ebenso fester Punkt der Diplomatie wie der deutsch-französische und der österreichisch-russische. Die Bündnisse, die sich gebildet, spielten sich in diesen gegebenen und überlieferten Bahnen ab. Es standen sich also gegenüber Frankreich und Rußland auf der einen, England und der Dreibund auf der anderen Seite: der Dreibund war ja zustande gekommen unter der wohlwollenden Einwilligung Englands. Das Schicksal der Welt hing also davon ab, ob das nun aus der Isolierung herausstrebende England den Anschluß an den Dreibund finden werde: das deutsch-englische Problem war damit gestellt.

3. England und Deutschland (Qu. I 16/17, II c).

Das gute Einvernehmen mit England war ein Pfeiler der Bismarckschen Politik gewesen: ein saturiertes und auf den Kontinent beschränktes Deutschland war für England und seinen Grundsatz der *balance of powers* im Hinblick auf Frankreich und Rußland sehr wertvoll. Als England 1890 den Deutschen Helgoland im Tausche gegen Sanßibar gab und dadurch die Befestigung der Nordseeküste ermöglichte, lag der Gedanke eines englisch-deutschen Krieges außerhalb jeder Möglichkeit. Nun hatte aber der Imperialismus auch in Deutschland Fuß gefaßt; Deutschland wollte nicht abermals beiseite stehen, es war der Flottenbau gekommen und der wirtschaftliche Aufschwung: England begann in Deutschland den Rivalen in der Seeherrschaft und im Wirtschaftsleben zu sehen. Es kommt hinzu, daß gelegentlich sogar Deutschland mit den beiden anderen Rivalen Englands, mit Rußland und Frankreich zusammenwirkt, so gegenüber Japan nach dem Frieden von Shimonoseki. England beginnt, wenn auch ohne Grund, die Gefahr einer kontinentalen Koalition zu fürchten.

Es ist ein entscheidender Augenblick: englische Stimmen werden laut, die mit Bezug auf Deutschland das *Carthago delenda est* aussprechen. Deutsche Stimmen erwidern; der Kaiser begrüßt 1896 den Präsidenten Krüger durch ein Telegramm, als der erste Einfall der englischen Freibeuter in das Burengebiet abgeschlagen wird.

Da entschließt sich die englische Regierung, „den Stier bei den Hörnern zu packen“, die deutsche Konkurrenz durch ein wirkliches Bündnis für England zu gewinnen. Drei Bündnisvorschläge gehen an Deutschland, das drittemal 1901 durch Chamberlain. Bülow lehnt ab.

Die Beweggründe der deutschen Regierung sind doppelter Art: 1. Bülow wollte Deutschland die Unabhängigkeit nach allen Seiten wahren, jederzeit freie Hand behalten zwischen Rußland und England. Die „erhabene Einsamkeit“, die England einst große Erfolge gebracht, sollte auch für Deutschland gelten, und das in einem Augenblick, da England selbst mit aller Kraft aus ihr herausstrebte. Freilich schien ja in der Tat Bismarcks Sorge vor den Koalitionen in den Tagen von Fashoda und Shimonoseki grundlos geworden zu sein. Nicht ernst genommen wurde der Hinweis Chamberlains, England werde, wenn dieses Mal kein Bündnis zustande komme, sich nach der anderen Seite wenden: man hielt eine solche Politik für unmöglich. Das Bündnis mit England hätte die Verpflichtung und den Zwang bedeutet, sich in jedem Falle politischer und wirtschaftlicher Expansionen mit England zu verständigen, wobei man die ungünstige Seelage als Nachteil, den Wert aber, den der scharfe Degen auf dem Kontinente für England besaß, als Gegengewicht buchen konnte. Aber das Bündnis brachte eben dadurch das Risiko eines endgültigen Bruches mit Rußland; man wollte aber nicht Englands „Landsoldat“ werden — auch dann nicht, wenn man dabei mit Englands Zielen eigene Interessen verfolgen und erreichen konnte.

2. Wilhelm II. wollte zwar einerseits Weltpolitik größten Stils treiben, andererseits aber war er noch völlig umfassen von den legitimistischen Anschauungen des Gottesgnadentums und von der notwendigen Solidarität aller konservativ

regierten Monarchien. Die Freundschaft mit dem Zaren schien ihm eine innerpolitische Versicherung und das heilige Vermächtnis einer hundertjährigen Geschichte: ein wirkliches Bündnis mit Rußland, um das er sich lange bemühte, kam nicht zustande, weil Frankreich durch seine Kredite den russischen Schuldner zu fest an sich gefesselt hatte und weil der Panlawismus das deutsche Bündnis nur bei einer Preisgabe Österreich-Ungarns und bei einem Verzicht auf die deutschen Orientziele angenommen hätte.

So schien es am bequemsten, weder für Rußland noch für England zu wählen, sondern zwischen den beiden Mächten die bisherige selbständige Rolle weiterzuführen. Die deutschen Staatsmänner glaubten, als sie die englischen Bündnisangebote ablehnten, dadurch den status quo aufrechtzuerhalten: in Wirklichkeit aber war dieser Status für England unerträglich geworden.

Von Deutschland abgewiesen, wendet sich darum England sofort nach der anderen Seite. Die Wege Deutschlands und Englands, die seit Jahrhunderten zusammen gegangen, trennen sich in diesem Augenblick.

4. Das englisch-japanische Bündnis 1902.

- a) Der erste Schritt, den Chamberlain unternimmt, ist der Abschluß des Bündnisses mit Japan.

Zum ersten Male seit dem Krimkriege trat England aus seiner splendid isolation hervor, zum ersten Male in der Geschichte schloß eine Macht der europäischen Völkerfamilie ein offizielles Bündnis mit einer fremden Rasse.

Japan ist nun die Möglichkeit gegeben, an Rußland Rache zu üben. Nach dem Frieden von Shimonoseki (1895) hat Rußland durch den erfolgreichen Einspruch gegen den Frieden freie Hand in Ostasien erhalten und von China den Hafen von Port Arthur erworben, der zum Endpunkt der sibirischen Bahn gemacht wird; nach der europäischen Intervention im Gefolge des Boxeraufstandes ist Rußland auch in der Mandchurei sitzen geblieben. Jetzt, durch Abschluß des Bündnisses mit Japan, gewährt England den Japanern Rückendeckung gegen Rußland.

- b) Der russisch-japanische Krieg (1904/5) vollstreckt auch Englands Willen: Port Arthur wird nach langer Belagerung genommen, die Russen werden in der zehntägigen Riesenschlacht von Mukden und in der Seeschlacht in der Straße zwischen Korea und Japan geschlagen. Im Frieden von Portsmouth erhält Japan die Oberhoheit über Korea, Rußland muß die Mandchurei an China zurückgeben.

Groß sind die Rückwirkungen der Niederlage auf die innere Geschichte Rußlands. Die Revolution bricht aus und veranlaßt den Zaren zum Erlaß einer Verfassung; diese muß freilich noch mehrmals umgeändert werden, bis der Reichstag — die Duma — dem Absolutismus gefügig ist und sich das System des Scheininstitutionalismus gefallen läßt. Zugleich führt die Agrarreform des Ministers Stolypin die bereits 1862 von Alexander II. verfügte Aufhebung der Leibeigenschaft weiter, indem der Gemeinbesitz der Mitverfassung aufgehoben und das Ackerland an die Bauern nach modernem Privatrecht gegeben wird. Alle diese Vorgänge schwächen und beunruhigen zunächst das russische Reich, zumal der russische Nihilismus immer wieder sein Haupt erhebt.

- c) England benußt diese Lage, um — ungestört von Rußland — Tibet, das Glacis jenseits der Festung Indien, zu gewinnen. So hat die englische Staatskunst in kluger Weise, ohne sich selbst unmittelbar gegen Rußland zu betätigen, die russische Gefahr aus dem Wege geräumt, Rußlands Blicke von Asien abgelenkt und dadurch die schwierigsten Fragen beseitigt, die bisher beide Völker getrennt und Englands Lebensnerv

bedroht haben. Als Rußland sich erholt hat, wendet es sich nach dem Balkan; dort aber kann England ihm eher entgegenkommen, weil die Sicherung der Dardanellen durch die Türkei für England nicht mehr so wichtig ist wie ehemals. England gibt die altüberlieferte Rolle eines Beschützers der Türken um so eher auf, je stärker seine Entfremdung gegenüber dem türkenfreundlichen Deutschland wird.

5. Eduard VII. und die Eintreibung.

Die Politik, die sich aus Deutschlands Ablehnung des englischen Bündnisses ergeben hat, wird durch König Eduard VII. (1902—1910) **1904** weitergeführt. Er sucht und findet den Anschluß an den Zweibund. Zuerst kommt 1904 die englisch-französische Entente zustande. Frankreich verzichtet auf seine Bestrebungen in Ägypten und erhält dafür freie Hand in Marokko, abgesehen von dem Küstenstrich gegenüber Gibraltar, der Spanien zufallen soll. 1907 wird die **1907** Entente zwischen England und Rußland geschlossen: in Afghanistan, Persien und Tibet werden die beiderseitigen Interessensphären abgegrenzt. Die beiden Verträge von 1904 und 1907 sind Anfang und Ende jenes Gewebes, das Deutschland zu isolieren bestimmt ist; dazwischen liegen zahlreiche Schritte Englands, die demselben Zwecke dienen.

- a) Italiens Abfall vom Dreibunde ist eine Folge der Abkehr Englands; denn Italien war ja aus geographisch-militärischen Gründen vom Wohlwollen Englands abhängig. Aber Nordafrika wird dabei eine Verständigung erzielt: während Frankreich Marokko erhält, wird den Italienern, die 1896 vergebens Abessinien zu erobern versucht hatten und in der Schlacht von Adua geschlagen worden waren, freie Hand gelassen in Tripolis. Der Krieg, den Italien um dieses ihm zugewiesene Kolonialland mit der Türkei führen muß, zeigt, daß seine Beteiligung am Dreibunde von nun an nur noch eine leere Form ist; denn die Türkei ist dem Dreibund eng verbunden, weil die österreichischen und türkischen Interessen auf dem Balkan zusammengehen und weil Deutschland in der Türkei starke wirtschaftliche Interessen hat. Bülow sucht vor dem Reichstage den Abfall Italiens zu verschleiern durch das Wort von der „unschuldigen Extratour“; es kommt sogar in der Folge zu formeller Erneuerung des Dreibundes.
- b) Die Auflösung der schwedisch-norwegischen Union (1905) ist gleichfalls durch den Abschluß der Entente erleichtert worden; denn das deutschfreundliche Schweden hat für England nur gegen Rußland einen Wert gehabt.

Der Abschluß der Entente geschah für die deutschen Staatsmänner völlig unerwartet, und Fürst Bülow mußte vor dem Reichstage bekennen, daß man den „Gegensatz zwischen Walfisch und Elefant“ nicht als unabänderlichen Faktor in die politische Rechnung einstellen durfte. Mit Recht hatte Bismarck einst (1885) in einem Briefe an Kaiser Wilhelm I. betont, eine englisch-russische Allianz werde sich jederzeit durch Frankreich verstärken lassen und dadurch werde die „Basis für eine Konstellation geschaffen, wie sie gefährlicher Deutschland nicht gegenüberstehen kann“. England brachte allerdings, um die politische Isolierung Deutschlands zu erreichen, große Opfer an Überlieferungen und an politischen Ansichten. Der Bund mit Frankreich widersprach allen englischen Traditionen, und war zudem mit der Aufteilung Nordafrikas erkauft, der Bund mit Rußland widersprach wichtigen Interessen Englands. Trotz der glücklichen Vorarbeit, die England getan, mußte der russische Anteil an Vorderasien immer noch größer als der englische ausfallen; aber Rußland war doch vom Indischen Ozean abgeschnitten und die Rinte Kairo-Kalkutta für England vorbereitet. Auch mußte England seine überlieferte Rolle als

Schüler der Türkei aufgeben, um Rußlands Zielen auf dem Balkan zu schmeicheln und dadurch Österreich und Deutschland mit Rußland in einen Gegensatz auf Leben und Tod zu bringen. Und alle diese Opfer brachte England, um die Isolierung Deutschlands zu vollenden. In wenigen Jahren hatte sich die internationale Stellung Deutschlands in unerhörtester Weise verschlechtert. Wie einst Kaunitz die feindlichen Kabinette Europas zum Kampfe gegen Preußen zusammengeführt, so hatte jetzt Eduard VII. unvermeidlich scheinende Gegensätze vereint. Er wandelte dabei durchaus die Bahnen überlieferter englischer Staatskunst. England hatte auch diesmal die Gegensätze des Kontinentes nicht geschaffen — diese waren vielmehr eigenen Ursprungs — aber es nutzte sie zu seinem besonderen Zwecke aus. Ehedem hatte England in Frankreich die hegemoniale Gewalt des Kontinentes durch Koalitionen niedergezwungen, jetzt suchte es gegen Deutschland seine „Degen auf dem Kontinent“. Ohne Revanchestimmung und Panlawismus wäre die englische Politik nicht möglich gewesen, aber daß der Weltkrieg zustande kam, dazu war nötig, daß diese drei Bestrebungen sich fanden. Die Wurzel des Weltkrieges liegt in der Tat in den Verträgen von 1904 und 1907, und hier sind auch bereits die zwei Herde angezeigt, auf denen er sich entzünden sollte: Marokko durch den Vertrag von 1904, der Balkan durch den Vertrag von 1907 — dies sind die beiden „Brandfackeln des Weltkrieges“.

6. Marokko und der Balkan (Qu. I 16/17, II d, Qu. II 133, II 4).

a) Die Marokkokrisen. In Ausführung des Vertrages von 1904 schreitet Frankreich in Marokko sofort zu einer Umwandlung seiner Stellung in ein Protektorat. Es bezeichnet sich dabei als „Mandatar Europas“.

1. Da erfolgt als deutscher Gegenschlag die Landung des Kaisers in Tanger, durch die in ungewöhnlicher Weise die Souveränität des Sultans von Marokko und das wirtschaftliche Interesse der Deutschen in Marokko betont wird. In Frankreich ist Delcassé, der Jochen erst die Entente mit England abgeschlossen hat, bereit zum Kriege; aber schließlich siegt die gemäßigte Richtung, besonders mit Rücksicht auf Rußlands Schwäche nach dem japanischen Kriege, und sie nimmt das deutsche Anerbieten an, wonach die Marokkofrage auf einem europäischen Kongresse geregelt werden soll. Delcassé muß zurücktreten, die Konferenz von Algéciras führt aber doch zu einer diplomatischen Niederlage Deutschlands; denn sie verpflichtet zwar der Form nach die europäischen Mächte auf die Souveränität Marokkos und auf den Grundsatz der offenen Tür, aber es wird auf der Konferenz zum ersten Male deutlich, wie völlig die Isolierung Deutschlands geworden ist; nur Österreich steht auf seiner Seite, aber nach Kaiser Wilhelms eigenem, unfreiwilligem Geständnis auch nur als „Sefundant“.
2. Frankreich aber sucht und findet trotz der Beschlüsse der Konferenz Vorwände genug, um in der folgenden Zeit sich in Marokko auszubreiten. Es läßt sich die marokkanischen Einnahmen verpfänden, schickt ein Heer nach Fez, und Delcassé tritt abermals in die Regierung ein. Die deutsche Staatsleitung — entschlossen, keine neue Algécirasakte zu machen — läßt ein deutsches Kanonenboot vor Agadir anlegen und verlangt Kompensationen für die wirtschaftlichen Rechte, die Deutschland in Marokko verloren gehen, wenn dieses französisch wird. Es gelingt der deutschen Diplomatie, das Ministerium Caillaux zu Sonderverhandlungen zu bewegen, durch die das Deutsche Reich ein Stück der französischen Kongo-Kolonie mit zwei Zugängen zum Kongo und einem schmalen Stück Küste erhält (1911).

Nachdem die Revancheestimmung lange durch die Liebe zur kolonialen Betätigung zurückgedrängt worden war, entzündet sie sich von neuem gerade an einer kolonialen Frage, die ursprünglich nebensächlich genug schien. Zugleich beginnt in Frankreich der öffentliche Geist sich

zu wandeln: aus dem Unglauben und der müden Zweifelsucht, für die Glauberts und Zolas Romane charakteristisch sind, wendet sich die Nation religiösen und nationalen Stimmungen zu, die sich, dem Wesen des Franzosen entsprechend, sehr rasch überstürzen, zur Politik sich kehren und zu dem Rufe nach Vergeltung an Deutschland sich steigern.

b) Die Balkankrisen (Qu. I 16/17, II f.).

1. Die Annexion Bosniens. In Ausführung der Politik, die durch die englisch-russische Verständigung eingeleitet wird, zieht sich England von der Türkei langsam zurück. Zunächst erscheint dies als Vorteil Deutschlands, woran auch die jungtürkische Revolution nichts ändert, die den Sturz des deutschfreundlichen Sultans herbeiführt und ein westeuropäisch-konstitutionelles Regiment ans Ruder bringt. Österreich ergreift diese Gelegenheit, um seine Stellung durch die Annexion von Bosnien und der Herzegowina zu sichern (1908). Rußland widerspricht und treibt die Serben gegen Österreich vor, eine unmittelbare Kriegsgefahr entsteht, vor der aber die Russen nach englischer Vermittlung zurückweichen.

Die deutsche Regierung, der Österreich von seinem ganzen Vorhaben nichts mitgeteilt hatte, mußte Österreich deden; denn andernfalls wäre auch Österreich abgefallen, und die Isolierung wäre vollständig geworden. Die deutschen Staatsmänner hatten die Vereinzelung einem Bunde mit Rußland oder England vorgezogen, weil sie in jedem der beiden Fälle die Abhängigkeit fürchteten. Nun waren sie eben durch diese Politik abhängig geworden von einer Macht, deren Wert von Jahr zu Jahr geringer wurde, indem die Nationalitätenkämpfe unaufhaltsam an Heftigkeit zunahmen, die Hinneigung der Tschechen zum russisch-französischen Bündnis immer offenkundiger wurde. Das Wort von der „Nibelungentreue“ — ein unbismarckisches Wort — suchte darüber hinwegzutäuschen, daß Österreich trotz seiner inneren Schwäche in dem Bunde mit Deutschland der mächtigere Teil geworden war. Die deutsche Politik erschoß sich von nun an darin, gute Miene zum bösen Spiele zu machen. Bismarck hatte die Schwächen und die möglichen Gefahren des Bundes mit Österreich ausgeglichen durch das geniale System seiner Bündnisse. Nun war im Laufe zweier Jahrzehnte eine Sicherung nach der anderen hinweggefallen: das Defensivbündnis von 1879 gewährte nun Österreich die Möglichkeit einer „aktiven Balkanpolitik“. Vergebens bemühte sich Bethmann Hollweg in der Folge, aus dieser Verstrickung herauszukommen; aber es gab nach seinen Worten „für Deutschland keine Möglichkeit der Optionen“, weil ein Ersatz für den österreichischen Bundesgenossen nicht mehr zu finden war.

2. Die beiden Balkankriege (Qu. I 16/17, II g.). Die nationalen Bestrebungen der Balkanstaaten beruhigen sich auch fernerhin keineswegs; vor der vereinigten Macht des Balkanbundes bricht im 1. Balkankriege (1912) die Türkei militärisch völlig zusammen. Österreich ist dadurch aufs ernsteste bedroht, auf der Gegenseite ist Rußland bereit zu allem.

Noch einmal rettet dieses Ringen der Mächte wenigstens einen kleinen Rest der europäischen Türkei; zugleich erhebt sich der türkische Nationalismus unter der Führung Enver Paschas, stürzt das jungtürkische Regiment und verteidigt heldenhaft Adrianopel. Um die Beute aber streiten sich die Sieger, Serbien und Bulgaren: der sog. zweite Balkankrieg (1913) bringt die Niederlage Bulgariens, seine Todfeindschaft gegen Serbien, Rumänien und das hinter ihnen stehende Rußland.

In dieser ganzen Zeit 1912/13 ist die europäische Kriegsgefahr dauernd akut gewesen, und es war nur dem Zufall und der Geschicklichkeit der Diplomatie verdankt, daß der Weltkrieg nicht schon damals ausbrach. Österreich hatte zwei-

mal in dieser Zeit ein Ultimatum gestellt, das eine Mal an Montenegro, als dieses sich in Skutari festsetzte, das andere Mal an Serbien, als dieses Albanien nicht räumen wollte — in beiden Fällen also, um seine Machtstellung auf dem Balkan zu erhalten. Noch wurde der russische Wille zum Krieg gebändigt durch England, noch einmal schien sich in dieser Zeit eine deutsch-englische Verständigung anzubahnen. Es sollte der letzte Versuch sein.

7. Der letzte Versuch einer deutsch-englischen Verständigung.

Die feindselige Stimmung zwischen England und Deutschland ist in all den Jahren seit Abschluß der Entente weiter gewachsen, das Mißtrauen wird von der öffentlichen Meinung beider Länder genährt und gesteigert. In England verfolgt man mit wachsender Sorge den immer rascher und lauter betriebenen Flottenbau Deutschlands und das Anwachsen der wirtschaftlichen und kolonialen Konkurrenz, die englische Presse erörtert mißtrauisch die Absichten Deutschlands: immer wieder wird besonders zurückgegriffen auf die Tatsache, daß Deutschland auf den beiden Haager Friedenskonferenzen (1899 und 1907) das obligatorische Schiedsgericht zu Falle gebracht hat. Andererseits ist die öffentliche Meinung Deutschlands darüber erregt, daß England in allen internationalen Streitigkeiten dieser Jahre auf der Seite von Deutschlands Gegnern gestanden hat: Englands Haltung wird als Konkurrenzneid empfunden (Qu. II 131, III 5).

Nach dem Tode Edwards VII. (1910) werden in beiden Ländern die Stimmen vernehmlicher, die noch in letzter Stunde einen Ausgleich fordern. Träger dieser Stimmung ist in England der Kriegsminister Lord Haldane, in Deutschland der Reichskanzler Bethmann Hollweg. Die Mission Saldanes (1912), der letzte Verständigungsversuch, scheidet jedoch.

Die Mission scheitert an der Flottenfrage. England will seine überlieferte Seegeltung retten und also an dem Grundsatz des *two powers standard* festhalten. Deutschland hatte soeben wieder eine Flottennovelle vorgelegt, die über das Flottengesetz von 1900 hinausging und England zu gewaltigen Neubauten gezwungen hätte. Haldane wünscht, daß die Vorlage fällt. Tirpitz erklärt dies für unmöglich: der Flottenbau führt immer tiefer in die „Gefahrenzone“ hinein. Zwar werden die Verhandlungen in London weitergeführt, aber die englische Regierung unter Edward Grey lehnt es ab, sich für den Fall eines Angriffskrieges gegen Deutschland auf Neutralität zu verpflichten. Allerdings kommt es dann ganz zuletzt zu dem Bagdadabkommen (1912), einem Kompromiß, in welchem England auf seinen bisherigen Widerspruch gegen die Beendigung der Bagdadbahn verzichtet, dafür Beteiligung an der Endstrecke erhält. Die entscheidenden Fragen aber, der Flottenbau Deutschlands und das Neutralitätsversprechen Englands, bleiben ungelöst: die Entfremdung ist unheilbar geworden.

Die Haltung Deutschlands war in den Verhandlungen mit Haldane und Grey im Grunde noch immer die gleiche wie zu der Zeit, als es die englischen Bündnisangebote ablehnte: es wollte sich zwischen Rußland und England als dritte Gewalt behaupten, obwohl eine Trennung beider Mächte in diesem Stadium der Entwicklung erst recht nur noch durch klare Entscheidung möglich war. Ob die deutschen Staatsmänner sich für Rußland noch entscheiden konnten, war in dieser Zeit der Balkankriege und des gesteigerten französischen Chauvinismus zweifelhaft; aber wenn sie die Politik des Admiral Tirpitz durch Ablehnung Haldanes aufnahmen, blieb freilich nur der Anschluß an Rußland und damit der Verzicht auf die Stellung in der Türkei und in Anatolien übrig. Die deutsche Regierung aber wollte den vollständigen Ausbau der Hochseeflotte und ebenso die Durchführung ihrer Orientziele festhalten, sie wollte also zwei Ziele zugleich verfolgen, die mit unbedingter Notwendigkeit einander ausschlossen. Daraus ergab sich der unfeste und schwankende Charakter ihrer Politik, der durch die Persönlichkeit des Monarchen und die Uneinigkeit der Leitung noch verstärkt wurde. Unterdessen schritt die Gegen-

seite unwiderstehlich ihrem Ziele zu: Rußland trieb unaufhörlich die Serben gegen Österreich und die Türkei vor, Frankreich eiferte mit Deutschland im Wetttrüben und führte, als es seiner sinkenden Bevölkerungszahl wegen nicht mehr mit Deutschland Schritt halten konnte, die dreijährige Dienstzeit ein (1913) — eine offenkundige Kriegsmaßnahme, die dem Lande so schwere Lasten auferlegte, daß sie auf die Dauer unerträglich sein mußte und sicherlich nur in Erwartung eines nahe bevorstehenden Krieges verfügt werden konnte. England aber sah diesen Krieg zwischen Rußland und Frankreich einerseits, Deutschland und Österreich andererseits heraufziehen und war entschlossen, dabei unter keinen Umständen die Niederwerfung Frankreichs zu dulden, weil es die kontinentale Hegemonie Deutschlands befürchtete; es beförderte den Kriegswillen der Gegner durch die Stellung, die es gegen Deutschland eingenommen hatte, aber es konnte diese Stellung nicht mehr ändern, weil die Hoffnung einer Zurückdrängung der deutschen Nebenbuhlerschaft sich regte und andererseits der Weg einer deutsch-englischen Verständigung zu schwierig geworden war. Verhängnisvoll hatten die Dinge sich verkettet durch das Streben nach dem „Gleichgewicht“ und nach der Macht, und sie hatten die Weltlage so gestaltet, daß die beiden Mächtegruppen einander gegenüberstanden, jede die Hand am Abzugsbügel und des Augenblicks gewärtig, wo ein kleines Ereignis die Spannung zur Entladung bringen konnte.

H. Der Weltkrieg von 1914—1918.

- | | |
|------|---|
| 1914 | Serajewo, Kriegsausbruch, Vormarsch im Westen bis zur Marne, Befreiung Ostpreußens |
| 1915 | Karpathenschlachten, Vormarsch im Osten, Eintritt Italiens in den Krieg, Gallipoli, Stellungskrieg im Westen |
| 1916 | Verdun-, Somme-, Brussilow-Offensive, Rumänien, Zivildienstpflicht, Stagerrat, U-Bootfrage, Friedensangebot |
| 1917 | Siegfriedstellung, Streit um die Neuorientierung und um die Friedensziele, erste und zweite russische Revolution, Brest-Litowsk |
| 1918 | Frühjahrsoffensive, Rückzug, Waffenstillstand, Revolution |
| 1919 | Vertrag v. Versailles, Reichsverfassung |

I. Der Ausbruch des Krieges.

1. Der Mord von Serajewo (Qu. I 16/17, III b).

Am 28. Juni 1914 wird der österreichische Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand mit seiner Gemahlin auf Veranlassung südslawischer Nationalisten in Serajewo erschossen.

Der Erzherzog war ein energischer und kluger Mann, von dem man erwartet hatte, daß er den notwendigen Umbau der dualistischen Monarchie vornehmen, die Nationalitäten durch Entgegenkommen in der Verfassungsfrage für den Donaufstaat gewinnen werde, um auf diese Weise den inneren Wert Österreichs und die Bedeutung des Dreibundes zu steigern. Die Mordtat sollte offenbar die Erneuerung Österreichs und die Stärkung des Dreibundes vereiteln, die Auflösung des Reiches befördern und den südslawischen Staat vorbereiten; sie war, mit anderen Mitteln, die Weiterführung der bisherigen großserbischen Propaganda und Politik.

2. Ultimatum, Mobilmachungen und Kriegserklärung.

(Qu. I 16/17, III b.)

Im Einverständnis mit Deutschland, aber ohne daß Deutschland von dem Wortlaute Kenntnis erhalten und ihn gebilligt hat, stellt Österreich am 23. Juli an Serbien ein kurzbefristetes Ultimatum, das die Teilnahme österreichischer Beamter an der Unterdrückung der großserbischen Propaganda und an der Untersuchung gegen die Verschwörer verlangt. Sofort beginnt Rußland an der Grenze gegen Österreich zu mobilisieren (25. Juli), während Österreich nach Eingang der serbischen Antwort von dieser sich nicht befriedigt fühlt und am 28. Juli den Krieg an Serbien erklärt, — jedoch ohne sofort zu Kriegshandlungen schreiten zu können. Deutschlands Bestreben ist, den Krieg auf Serbien zu lokalisieren, also Rußlands Mobilmachung aufzuhalten und dadurch einen allgemeinen Weltbrand zu verhüten. Es lehnt daher zwar einen eng-

lischen Vermittlungsvorschlag ab, weil er die Frage vor einen europäischen Kongreß bringen will, und was dies bedeutete, hatte man in Algéciras gesehen. Dagegen unterstützt Deutschland eine zweite Aktion Grens, die einen unmittelbaren Gedankenaustausch zwischen Österreich und Rußland herbeizuführen sucht auf der Grundlage der von Österreich gegebenen Erklärung, daß es kein serbisches Gebiet erstrebe. Die Verhandlungen sind noch im Gange, da zerstört die russische Gesamt-mobilmachung (31. Juli) alle unternommenen diplomatischen Schritte und jede Aussicht auf Erhaltung des Friedens. Jetzt richtet die deutsche Regierung an Rußland das Ultimatum, das die Einstellung jeder Kriegsmaßnahme gegen Deutschland und Österreich binnen zwölf Stunden verlangt; Frankreich wird von dem Ultimatum in Kenntnis gesetzt und aufgefordert, sich zu erklären, ob es in einem deutsch-russischen Kriege neutral bleiben wolle. Als das Ultimatum unbeantwortet bleibt, erfolgt am 1. August Deutschlands Kriegserklärung an Rußland, am 3. August Deutschlands Kriegserklärung an Frankreich.

Daß die formelle Kriegserklärung nichts für die Urheberchaft eines Krieges beweist, bezeugt die Weltgeschichte an vielen Stellen; auch daß der Krieg letzten Endes nicht aus dem serbischen Konflikt und aus dem österreichischen Ultimatum entstanden ist, ergibt sich aus dem Unterschiede, der zwischen der Ursache und der Veranlassung eines Krieges zu machen ist. Der Krieg war begründet in der ganzen europäischen Lage, wie sie seit Bismarcks Entlassung sich herausgebildet hatte und aus der es einen Ausweg nicht mehr zu geben schien. Druck und Gegendruck standen widereinander. Bei jeder Streitfrage der letzten Jahre hatte der Friede an dünnem Faden gehangen: ein kleiner Fehler, eine falsche Berechnung — und der Weltkrieg wäre schon damals losgebrochen. Eine falsche Berechnung war es diesmal, wenn Österreich — das in den vergangenen Balkankriegen gelernt hatte, „etwas laut mit dem deutschen Säbel zu rasseln“ — nun auch bei diesem Ultimatum damit rechnete, daß Rußland abermals zurückweichen werde; verhängnisvoll war es auch, daß die deutsche Regierung Österreich zu selbständig vorgehen lassen mußte, weil dieses im Bunde mit Deutschland das Gesetz des Handelns vorschrieb. Auf der russisch-französischen Gegenseite sind solche Irrtümer nicht unterlaufen, weil man dort entschlossen war, den serbischen Vorgang entweder zur völligen Demütigung Österreichs oder zur Herbeiführung des Krieges zu benutzen. Der Aufenthalt Poincarés in Petersburg ermöglichte Mitte Juli die letzten gemeinsamen Vorbereitungen. Die Haltung Rußlands ist offenkundig, und Frankreich hat den Verbündeten angetrieben und bestärkt. Dagegen ist Englands Haltung noch nicht völlig zu durchschauen; sein letzter Vermittlungsvorschlag war wohl geeignet, wie in früheren Balkankrisen zur Lösung des Konfliktes zu führen; aber England hat doch auch andererseits den Russen nicht unzweideutig erklärt, daß es dem Kriege fernbleiben müsse, wenn seine Vermittlung nicht angenommen werde. England hat sich offenbar in keiner Weise binden wollen, um freie Hand zu haben, wenn der Krieg eintrat; nach Lage der Dinge konnte Rußland aber daraus entnehmen, daß Frankreich von England geschützt wurde, wenn der Zweifrontenkrieg nur erst einmal Wirklichkeit geworden war. Sofort zeigte sich dies denn auch.

3. Englands Eintritt in den Krieg und die belgische Neutralität.

(Qu. I 16/17, III h.)

Englands Eintritt in den Krieg erfolgt durch die Kriegserklärung an Deutschland am 4. August. Erleichtert wird er der englischen Regierung, weil sie ihn begründen kann mit der Verletzung der belgischen Neutralität durch Deutschland.

Der Durchmarsch deutscher Truppen durch Belgien, dessen Zulassung die belgische Regierung unter Hinweis auf die von den europäischen Mächten garantierte Neutralität des Landes abgelehnt hatte, war in dem Kriegsplane vorgesehen, den der frühere Chef des deutschen Generalstabes, Graf Schlieffen, für den längst erwarteten Fall des Zweifrontenkrieges in Friedenszeiten ausgearbeitet hatte. Der Plan sah vor, daß zunächst der französische Gegner, dem nicht wie Rußland die Gunst der weiten Ebene, des harten Winters und der unererschöpflichen Reserven zur Verfügung stand, mit allen Mitteln und möglichst rasch niedergeworfen wurde. Nun hatte aber Frankreich seine Ostgrenze mit Hilfe der Maashöhen stark befestigt, so daß ein Durchbruch durch diese Sperrforts nur mit den größten Verlusten an Zeit und Kraft möglich gewesen wäre: die russische „Dampfwalze“, auf die Frankreich rechnete, hätte Zeit gefunden, die nötige Entlastung Frankreichs zu bringen. So mußte die Offensive gegen Frankreich, wenn sie rasch den Krieg entscheiden sollte, nach Ansicht des deutschen Generalstabes von Norden her geführt werden, und dies war ohne den Durchmarsch durch belgisches Gebiet nicht möglich; in der militärischen Literatur war diese Lage vor dem Kriege oft und offen erörtert worden.

Das besondere Interesse Englands an dieser Frage ergab sich aus der Bedeutung, die seit alten Zeiten die flandrische Küste für England besaß. Noch immer hatte England dafür gekämpft, daß diese Küste nicht in die Hände einer starken Kontinentalmacht fiel, und die Erklärung Belgiens zum neutralen Staate war darum bei der Begründung des belgischen Königreiches eben auf Englands Veranlassung geschehen. Damals hatte noch einmal, wie früher schon immer, gerade das französische Machtstreben England auf den Plan gerufen. Auch Preußen hatte damals unterschrieben als Garant des Vertrages, nun wurde der Vertrag gerade gegen Deutschland praktisch. Zwar hatte der belgische Generalstab mit dem englischen in den Jahren vor dem Kriege Unterhandlungen gepflogen über die Landung englischer Truppen im Kriegsfall — aber diese Bepflegungen sahen ein Eingreifen in Belgien nur für den Fall vor, daß Belgiens Neutralität durch eine andere Macht verletzt würde. Belgien war auch schon seit den 80er Jahren durch die Erwerbung des Kongostaates in die Interessengegenstände der Kolonialmächte hineingezogen worden; die Voraussetzungen seiner neutralen Stellung in Europa waren damit eigentlich gefallen; aber es war ihm doch immer gelungen, den Pflichten korrekter Neutralität zu genügen. England gewann jetzt — und auch dies ist ein überliefertes Mittel englischer Staatskunst — die Möglichkeit, seine eigene Sache zugleich als eine Rechtsfrage Europas führen zu können. Der deutsche Reichskanzler erklärte deshalb am 4. August vor dem Reichstag, daß Deutschland für sich das Recht der Notwehr in Anspruch nehmen müsse, daß es aber das Unrecht, das Belgien angetan worden sei, voll wieder gutmachen werde. Es war also klar, daß England tatsächlich ein großes eigenes Interesse mit dieser Neutralität verteidigte; aber dies war nicht das alleinige Motiv für England, wenn es nun in den Krieg eintrat: als zuletzt von deutscher Seite bei der englischen Regierung angefragt wurde, ob sie, wenn Deutschland die belgische Neutralität achte, sich verpflichten wolle, nicht in den Krieg einzugreifen, da gab Grey eine ausweichende Antwort. Deutschland besaß also nicht einmal die Sicherheit, daß es durch den Verzicht auf seinen Kriegsplan England vom Kriege fernhalten werde.

Als Belgien die Überrennung seines Landes mit Krieg beantwortet und dazu die Bürgerwehr organisiert, gewinnt der Krieg einen besonders grausamen Charakter, indem Deutschland diese Miliz nicht als kriegsrechtlich reguläre Truppe anerkennt. All dies benutzt die Entente, um dem Krieg die Parole eines Kampfes für Recht und Vertrag, Kultur und Freiheit zu geben, und ihre rührige Propaganda schmiedet aus diesen Umständen eine scharfe und gefährliche Waffe.

4. Japan, Italien, Rumänien.

Daß Japan schon bald den Krieg erklärt, ist in der Vorgeschichte der Entente begründet; die Japaner belagern und erobern Tsingtau und werden die Herren Ostasiens, nachdem alle europäischen Mächte im Westen beschäftigt sind. Italien und Rumänien erklären sich für neutral, weil der Casus foederis nicht gegeben sei; die Sympathie für das rassenverwandte Frankreich und der Haß gegen Österreich wirken zusammen mit der Furcht vor England.

5. Die deutsche Erhebung von 1914.

Trotzdem kennt man in Deutschland kein Verzagen: entschlossen und sicher sieht man der Zukunft entgegen. Groß und allgemein ist das Vertrauen auf Deutschlands Kraft, fest die Überzeugung, daß der Krieg von den Gegnern lange vorbereitet und aufgezwungen ist, unerschütterter der überlieferte Glaube an die militärische und staatliche Führung. Die Mobilmachung vollzieht sich in vollendeter Ruhe und Ordnung, zahllose Freiwillige strömen zu den Fahnen. Der Reichstag bewilligt die Kriegskredite, auch die Sozialdemokratie stimmt zu. Einer ihrer Führer, Ludwig Frank, ist als Kriegsfreiwilliger schon in den ersten Wochen vor dem Feinde gefallen. So werden vor der Not des Vaterlandes alle Gegensätze zurückgestellt und „Burgfriede“ geschlossen. Der Kaiser spricht das Wort: „Ich kenne keine Parteien mehr; ich kenne nur noch Deutsche.“ Auch die Frauen beteiligen sich an der Verteidigung des Vaterlandes: die Organisation des „Nationalen Frauendienstes“ übernimmt die vielfältigen Aufgaben der sozialen Kriegshilfe. Die innere Einheit, die der Lauf der deutschen Geschichte bis dahin noch nicht zu schaffen vermocht hatte, scheint erreicht, und sie scheint sofort ihre Früchte tragen zu sollen, als der Krieg mit glänzenden deutschen Siegen beginnt.

II. Der Verlauf des Weltkrieges.

1. Der Vormarsch im Westen.

Die Ausführung des deutschen Kriegsplanes leitet General von Moltke als Chef des Generalstabes des Feldheeres. Während die französischen Angriffe im Oberelsaß und in Lothringen abgewiesen werden, erfolgt der Einmarsch durch Belgien nach Nordfrankreich. Rasch werden mit Hilfe der 42cm-Geschütze die Festungen Lüttich und Namur genommen, über Brüssel schwenkt die deutsche Armee in breiter Front nach Frankreich ein. Vom rechten Flügel werden dabei die größten Marschleistungen verlangt: sie führen ihn in den ersten Septembertagen durch den kriegsgeschichtlich schon so oft bedeutsamen Disedurchgang bis zur Marne. Die französische Hauptstadt ist bedroht, die Regierung verlegt ihren Sitz nach Bordeaux. Östlich Paris versammelt der französische Oberfeldherr Joffre rasch ein Heer, mit dem er nun versucht, den deutschen rechten Flügel zu umgehen. Um diese Gefahr abzuwenden, glaubt die deutsche Führung keinen anderen Ausweg zu haben, als den ganzen rechten Flügel von der Marne zurückzuziehen. Die feindliche Absicht ist damit zwar vereitelt; aber da die Franzosen ihre Umgehungsversuche fortsetzen, muß die deutsche Front immer mehr verlängert und immer weiter nach Nordfrankreich zurückgezogen werden, bis die beiden

Gegner Ende September durch Erdbefestigungen sich zu schützen und zu behaupten beginnen und so der Bewegungskrieg zum Stellungskrieg erstarrt. Der rechte Flügel reicht schließlich den von der Eroberung Antwerpens kommenden Truppen die Hand, indem die belgische Armee, durch Engländer verstärkt, sich längs der flandrischen Küste zurückgezogen hat und am Oserkanal sich durch Öffnung der Schleusen zu halten vermag. So zieht sich eine Schützengrabenlinie von Nieuport über Ypern, Lille, Ronon, Reims bis nach Verdun, wo die französische Sperrfortlinie beginnt.

Die Schlacht an der Marne bedeutet ohne Zweifel, unmittelbar am Anfang des Krieges, eine entscheidende Wendung: der ursprüngliche deutsche Kriegsplan war gescheitert, der Zweck, um dessentwillen man den Durchmarsch durch Belgien und damit das sofortige Eingreifen Englands in den Krieg auf sich genommen hatte, war nicht erreicht worden. Die Ursachen des Mißlingens sind schwer zu durchblicken. Die deutschen Truppen hatten in diesen Wochen Unvergleichliches an Tapferkeit und Ausdauer geleistet; aber der vorwärtstürmende rechte Flügel war nicht immer in Fühlung nach links geblieben, auch waren die Reserven nicht im entscheidenden Augenblicke am gegebenen Orte eingesetzt: um die Befreiung Ostpreußens von der allerdings furchtbaren Russennot auf jeden Fall zu sichern, wurden drei Korps aus der Marneschlacht herausgezogen, ohne daß Hindenburg, der Befehlshaber in Ostpreußen, sie angefordert hatte. Dies widersprach nicht nur dem Gedanken des ganzen Kriegsplanes, sondern überhaupt auch jenem Grundsatz aller Kriegführung, den Friedrich der Große einst in die Worte gekleidet hatte: „Wer alles defendieren will, defendiert nichts.“

2. Die Befreiung Ostpreußens (Qu. II 97, D).

Während die deutschen Hauptkräfte nach Frankreich marschieren, ist die Grenze gegen Rußland nur von wenigen preußischen Armeekorps geschützt. Da die russische Mobilmachung großen Vorprung an Zeit hat, drängen zwei starke russische Heere schneller als man gedacht in Ostpreußen ein — das eine von Osten, vom Njemen her gegen Königsberg, das andere von Süden, vom Narew her gegen Osterode. Entsetzliche Greueltaten begleiten den Zug der Kosaken. Drei Wochen liegt die Provinz unter russischer Schreckensherrschaft, bis Hindenburg, zum Oberbefehlshaber ernannt, gemeinsam mit seinem Generalstabschef Ludendorff Ende August die Befreiung bringt. Zuerst umfaßt er die Narewarmee nahe bei Tannenberg und vernichtet sie, dann wendet er sich gegen die Njemenarmee und schlägt sie an den Masurischen Seen; nur ihr rascher Rückzug rettet sie vor dem gleichen Untergang.

Es war eine glänzende Anwendung und Weiterbildung der Vernichtungsstrategie des alten Moltke. In seinem Geiste hatte Schlieffen in den vergangenen Friedenszeiten die Lehre von der Umschließungsschlacht im einzelnen ausgearbeitet, ihren einfachen, genialen Grundgedanken am Beispiele der Schlacht von Cannae dargelegt und seinen Schülern im deutschen Generalstabe übermittelt. Der strategische Gedanke, dessen Verwirklichung den Franzosen in der Marneschlacht nicht gelungen war, wurde von Hindenburg in vollendeter Weise durchgeführt.

3. Der große russische Vormarsch.

Die Befreiung Ostpreußens ist nur ein Vorspiel. Der russische Kriegsplan, von dem Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch ausgeführt, will auf

der ganzen weiten Front von der Ostsee bis zur Bukowina den Vorstoß unternehmen, mit den beiden Zielen Wien und Berlin — jenes erreichbar durch Galizien und Ungarn, dieses durch Posen und Schlesien.

- a) Der Stoß gegen Süden wird von österreichischen Gegenangriffen in Galizien und Südpolen erwidert. Da sie aber scheitern und da auch der mit deutscher Hilfe unternommene neue Vormarsch vor Warschau sich nicht halten kann, wird in den Karpathen eine feste Verteidigungslinie bezogen. Lemberg und Czernowiz werden dabei preisgegeben. Przemyśl hält sich vier Monate lang. Es ist also zu Beginn des Winters auch in den Karpathen Stellungskrieg eingetreten.
- b) Der Stoß gegen Westen wird unter Hindenburgs Oberbefehl abgewehrt; Mackensen schlägt die Russen bei Lodz, das von neuem heimgesuchte Ostpreußen wird durch die Winterschlacht in Masuren abermals und endgültig befreit.

4. Die Karpathenschlachten und die Offensive im Osten.

Der Stellungskrieg in den tief verschneiten Karpathen wird von österreichischen und deutschen Truppen unter dem Befehle des Generals von Linington erfolgreich durchgeführt, der Durchbruchversuch der Russen in der „großen Karpathenschlacht“ (März 1915) abgeschlagen. Dagegen stoßen dann die deutschen Truppen, in der Durchbruchschlacht am Dunajec, zwischen Tarnow und Gorlice durch die tiefen und festen Stellungen der Russen (Mai 1915). Die gesamte russische Front bis zur Ostsee gerät infolge dieser Operationen ins Wanken. Im Norden erobert General von Below Kurland und erreicht die Düna. Von Westen und Süden rücken die deutschen und österreichischen Heere im gemeinsamen Anmarsch vor; bis September sind alle russischen Festungen erobert: Warschau, Zwangorod, Kowno, Nowo-Georgiewsk, Brest-Litowsk.

Der ganze Feldzug bewies, daß die deutschen Heerführer auch die Strategie der Durchbruchschlacht ihr eigen nannten. Der Vormarsch in Rußland war eine einzigartige militärische Leistung, unwiderstehlich und planmäßig folgte Schlag auf Schlag, Führung und Truppen bewiesen in glänzender Zusammenarbeit die technische Überlegenheit über den russischen Gegner.

5. Der Eintritt Italiens in den Krieg.

Wie zu erwarten, erklärt Italien, nachdem es mit seinen Rüstungen fertig geworden, an Österreich den Krieg (Mai 1915). Vergebens hatte Fürst Bülow, in außerordentlicher Mission nach Rom geschickt, zwischen Österreich und Italien zu vermitteln gesucht. Österreich ist den italienischen Forderungen nicht geneigt, die Entente aber kann mit Leichtigkeit in dem Vertrage von London auf Kosten Österreichs alles gewähren, was Italien in Tirol und an der Adria verlangt.

Unaufhörlich versuchen seitdem die Italiener nördlich der Adria den Durchbruch nach Triest. Erst in der sechsten Isonzoschlacht gelangen sie wenigstens bis Görz, werden aber im Herbst 1917, nachdem auch zwischen Deutschland und Italien offener Krieg ist, mit deutscher Hilfe hinter Tagliamento und Piave zurückgeworfen.

6. Die Kämpfe im Orient.

Die Erfolge, die Deutschlands Waffen in Rußland davongetragen, führen 1915 den Anschluß Bulgariens herbei, während die Türkei schon bald nach Kriegsausbruch offen an die Seite Deutschlands getreten ist.

a. Der Wert der Türkei für die deutsche Kriegsführung bestand zunächst darin, daß den Russen durch die Sperrung der Dardanellen die Ausfuhr ihres Getreides und die Einfuhr ihres Kriegsbedarfs unterbunden war. Vergebens landeten englisch-französische Truppen auf der Halbinsel Gallipoli, um den Eingang in die Dardanellen zu erzwingen. Sie werden von den Türken, die von dem preußischen General Liman von Sanders befehligt werden, nach langen Kämpfen zur Räumung der Halbinsel genötigt.

b. Der Anschluß Bulgariens ermöglicht, daß die Serben von zwei Seiten gefaßt werden. Mazedonien erobert auf diese Weise im Herbst 1915 das ganze Land und öffnet so den direkten Weg nach Konstantinopel: die Straße Berlin—Bagdad ist frei und wird von den Türken über Bagdad hinaus weiter verfolgt. Ein englisches Heer muß in Kut-el-Amara die Waffen strecken. Freilich werden die Türken dann im Sommer 1916 gezwungen, Bagdad zu räumen.

7. Der Stellungskrieg im Westen.

Während auf den übrigen Kriegsschauplätzen glänzende und sichtbare Erfolge erzielt und weite Räume durchmessen werden, verharrt das unscheinbare, stille Heldentum der Kämpfer im Westen bei der zähen Verteidigung ihrer Stellungen — in Schützengräben und Unterständen, hinter Drahtverhau und im Trommelfeuer. Vergebens suchen die Franzosen bald an dieser und bald an jener Stelle durchzubrechen. Die Kämpfe um Ypern, die Schlacht an der Lorettohöhe bei Arras, die Winterschlacht in der Champagne und die zweite Schlacht in der Champagne (September 1915) sind Beispiele dieser heldenhaften Verteidigung. Im Frühjahr 1916 nimmt Falkenhayn, nunmehr Chef des Generalstabes, den ursprünglichen Kriegsplan nochmals auf und will, nachdem die russische Gefahr durch den Vormarsch des vorigen Jahres beseitigt ist, den Krieg im Westen durch einen großen Schlag zu Ende führen.

Aber der deutsche Durchbruchversuch bei Verdun erschöpft sich in andauernden und heißen Kämpfen, und er wird dann abgelöst durch den großen englisch-französischen Durchbruchversuch an der Somme, der, am 1. Juli 1916 begonnen, gleichfalls zu einer blutigen Dauerschlacht sich entwickelt und im zähen Kampf um jedes einzelne Grabenstück, in Angriff, Verteidigung und Gegenstoß durch viele Monate sich hinzieht. England, das soeben die allgemeine Wehrpflicht eingeführt hat, kann immer wieder frische Truppen in den Kampf werfen.

8. Die Brussilow-Offensive.

Mit der Sommeschlacht arbeiten Franzosen und Russen nach gemeinsamem Plane. Noch bevor der Vorstoß an der Somme beginnt, setzen die Russen unter Brussilow auf breiter Front ihre Truppen zum Angriff an.

Auch diese Kämpfe dauern viele Monate; sie hindern, Ersatz an die Somme zu werfen, und sie führen vor allem im Süden zu großen russischen Erfolgen, indem die Österreicher die Bukowina räumen.

9. Rumäniens Eintritt in den Krieg.

Die unmittelbare Folge von Brussilows Erfolgen, die ihn bis zur rumänischen Grenze führen, ist Rumäniens Kriegserklärung an Österreich (27. August), der sofort die Kriegserklärung Deutschlands an Rumänien folgt. Als bald bemächtigen sich die Rumänen der Hauptstädte Siebenbürgens, Hermannstadt und Kronstadt. Der Gegenangriff wird von den Verbündeten sofort eingeleitet und der Feldzug in Rumänien mit rascher Entschlossenheit in wenigen Wochen durchgeführt.

Auch den Rumänen war von der Entente das Recht zuerkannt worden, sich diejenigen Gebiete der österreichisch-ungarischen Monarchie anzugliedern, die von ihren eigenen Landsleuten bevölkert seien.

Deutsche, bulgarische und türkische Truppen dringen unter Maenssens Führung von Süden her in die Dobrudscha ein, die Walachei wird im Zusammenwirken von Falkenhayn und Maenssen von Norden und Süden gefaßt, die beiden Heere treffen sich am 6. Dezember in Bukarest. Die deutsche Ostfront reicht jetzt von der Ostsee bis zum Schwarzen Meere.

10. Hindenburg und Ludendorff.

Trotz des rumänischen Siegeszuges ist die Lage auf den Kriegsschauplätzen schwierig geworden: im Westen die unentschieden hin- und herwogende Sommeschlacht, im Osten die großen Verluste der Brussilow-Offensive, dazu Rumäniens Eingreifen, das viele Truppen in Anspruch nimmt, und auf dem Balkan die Fortschritte der Entente, die unter Verletzung der griechischen Neutralität Truppen in Saloniki gelandet hat und Bulgarien von Süden her beunruhigt. Noch anderes kommt hinzu — vor allem Schwierigkeiten in Österreich, wo die Tschechen bereits in Scharen zu den Russen überlaufen, ferner die Schwierigkeiten, die sich in Deutschland bei der Versorgung von Heer und Bevölkerung je länger je mehr einstellen, da England schon zu Beginn des Krieges die Blockade über Deutschland verhängt hat und alle Einfuhr auf diese Weise hindert. Auch der Mangel an Mannschaftserfaß und an Arbeitskräften wird immer fühlbarer. Unter diesen Umständen ergibt sich die Notwendigkeit, die Leitung der gesamten Kriegsführung einheitlicher zu gestalten: unmittelbar nach dem Eintritt Rumäniens in den Krieg wird Hindenburg zum Chef des Generalstabes des Feldheeres, Ludendorff zu seinem Generalquartiermeister ernannt. Das „Hindenburgprogramm“ ermöglicht die Steigerung der Produktion des Kriegsbedarfes durch Einführung der „Zivildienstpflicht“ und durch verschärfte Erfassung aller Rohstoffe; die Zwangswirtschaft, 1915 mit der Einführung der Brotkarte begonnen, wird immer weiter ausgedehnt, das Geld für die Kriegsführung wird durch Goldverkauf und durch Kriegausleihen aufgebracht — im Unterschiede übrigens zu den Ententeländern, die einen großen Teil ihrer Kriegskosten sofort durch Steuern decken.

Da alle Fragen des öffentlichen Lebens aufs engste mit der Kriegsführung in Beziehung standen, so war es nicht anders möglich, als daß Ludendorff schon bald auch in allen politischen und wirtschaftlichen Dingen ein entscheidendes Wort führte, zumal da ein baldiges Kriegsende durch rasche und durchgreifende Siege immer unwahrscheinlicher wurde und die politischen Gesichtspunkte immer stärker ins Gewicht fielen. Immer wieder kam man auf die schlechthin entscheidende Frage, ob ein Friede zu erreichen sei, so lange England nicht bezwungen war.

11. Seekrieg und U-Bootkrieg, Friedensangebot und amerikanische Kriegserklärung.

a) Die Auslandskreuzer und die Schlachtflotte.

Die Blockade, die England zu Beginn des Krieges über Deutschland verhängt hatte und die an die Kampfmittel des napoleonischen Zeitalters erinnert, widersprach dem Völkerrechte; aber auch die Neutralen, die schwer darunter zu leiden hatten, wagten nichts dagegen zu unternehmen. Für Deutschland bestand vielleicht die Möglichkeit, durch Einsetzen der Schlachtflotte sich die Freiheit der Meere zu erkämpfen. Tirpitz trat für diese Lösung ein; aber das Risiko schien zu

groß; auch England war von vornherein entschlossen, seine Flotte unversehr bis zum Kriegsende zu erhalten.

So kommt es zunächst zur See nur zu Gefechten der deutschen Auslandskreuzer, die in der Ferne vom Krieg überrascht worden sind.

Denkwürdig bleibt es, wie Graf Spee mit dem ostasiatischen Kreuzergeschwader über eine englische Flotte bei der chilenischen Hafenstadt Coronel siegt und wie er dann mit den Schiffen und den Besatzungen bei den Falklands-Inseln nach tapferem Kampfe gegen mehrfache Übermacht untergeht (1914).

Erst am 31. Mai 1916 entwickelt sich vor dem Skagerrak eine Seeschlacht zwischen der deutschen und der englischen Flotte: die Engländer brechen in der Nacht das Gefecht ab und ziehen sich — mit einem Verlust an Schiffen, der doppelt so groß ist als der deutsche — in ihre Heimathäfen zurück.

- b) Der U-Bootkrieg. Zur Gegenwehr gegen die englische Blockade werden, da die Flotte nicht in Betracht kommt, die Unterseeboote verwendet; bereits im Februar 1915 werden die Gewässer um Großbritannien und Irland als Kampfgebiet erklärt. Bald kommt es zu einem Ultimatum der Vereinigten Staaten, das dazu zwingt, die Handelsschiffe vor der Versenkung erst zu prüfen und den Besatzungen und Reisenden Gelegenheit zu geben, ihr Leben zu retten.

Für Deutschland entsteht daher die Frage, ob der U-Bootkrieg, wenn er uneingeschränkt geführt werde, ein so entscheidendes Kriegsmittel sein könne, daß er England von der Zufuhr abschneiden und dadurch früher zum Frieden zwingen werde, als die amerikanischen Truppen auf dem europäischen Kriegsschauplatz erscheinen können.

In dieser Frage teilen sich die Meinungen in Deutschland. Schon im März 1916 ist der Zwiespalt sogar unter den führenden Männern so schroff, daß der Rücktritt des Großadmirals v. Tirpitz erfolgt, als Bethmann Hollweg die Aufschüebung des uneingeschränkten U-Bootkrieges erreicht. Die Oberste Heeresleitung setzt sich für den uneingeschränkten U-Bootkrieg ein, da nach Hindenburgs Worten „andere Mittel, der schwer bedrängten Westfront zu Hilfe zu kommen und den Feind durch Mittel der Kriegführung friedenswillig zu machen, nicht mehr bestehen“. Die Marineleitung glaubt, nach Zahl und Tüchtigkeit der U-Boote die Auszehrung Englands nach sechs Monaten garantieren zu können. Demgegenüber bezweifelt die Reichsleitung die Sicherheit dieser Berechnung auf Grund ihrer Kenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse und auf Grund sachverständiger Urteile wie des Leiters der Hamburg-Amerika-Linie Ballin, der sich früher um die deutsch-englische Verständigung bemüht hatte.

- c) U-Bootsfrage und Friedensfrage. Auch glaubt die Reichsleitung bei der immer schwieriger werdenden militärischen, politischen und wirtschaftlichen Lage Deutschlands und besonders Österreichs den amerikanischen Präsidenten Wilson zur Anregung von allgemeinen Friedensverhandlungen veranlassen zu müssen und deshalb Amerika Rücksichten schuldig zu sein. Da aber Wilson zögert, erläßt die Reichsregierung am 12. Dezember 1916 ein eigenes Friedensangebot, das jedoch seitens der Ententemächte scharfe Zurückweisung erfährt; sie bezeichnen das Angebot als unaufrichtig und verlangen „réparations, restitutions et garanties“. Der kurz darauf erfolgende Friedensschritt Wilsons fordert von Deutschland Bekannntgabe seiner Friedensziele. So verbindet sich die U-Bootsfrage mit der Friedensfrage: die Zurückweisung ihres Friedensangebotes durch die Entente veranlaßt die Reichsregierung, dem un-

eingeschränkten U-Bootkriege zuzustimmen, der Friedensschritt Wilsons veranlaßt sie jedoch andererseits, der von ihr gewünschten amerikanischen Friedensvermittlung näherzutreten — aber ohne daß sie in der Lage ist, die Zurücknahme des soeben beschlossenen uneingeschränkten U-Bootkrieges von den militärischen Stellen zu erreichen. So läßt Bethmann Hollweg am gleichen Tage Wilson sowohl die Friedensbedingungen als auch die Eröffnung des uneingeschränkten U-Bootkrieges überreichen (Februar 1917). Die amerikanische Kriegserklärung ist die Folge (April 1917). Die zahlreichen Trabanten der Union in Mittel- und Südamerika schließen sich an, wie schon vorher die englischen Vasallenstaaten Portugal und Griechenland in den Krieg eingetreten waren; im Kriege gegen Deutschland stehen schließlich 28 Staaten, davon 6 Großmächte: $\frac{3}{4}$ der ganzen Menschheit!

Das Urteil über Wilson und seine Absichten ist nicht leicht. Wilson war ohne Zweifel voreingenommen gegen Deutschland; er war erfüllt von der Staats- und Kulturauffassung Westeuropas, und er war auch gebunden durch die Rücksicht auf die amerikanischen Geschäftsinteressen, die durch den U-Bootkrieg schwer betroffen waren und die andererseits an dem Kriege durch Lieferungen verdienen wollten. Für Deutschland hing nun alles von der Frage ab, ob die Berechnungen des Marineamtes richtig waren. Die U-Boote leisteten in der Tat das Höchste, was von ihnen verlangt werden konnte, und den Engländern drohte Mangel. Aber die besonderen Erwartungen, auf die man das Schicksal Deutschlands nun ausschließlich gebaut hatte, sollten sich nicht erfüllen: die Zahl der U-Boote sollte sich als geringer erweisen, als man angenommen, die Gegenmittel der Engländer — vor allem die Geleitzüge, in denen sich die Handelsschiffe zusammenschlossen — sollten sich als wirkungsvoll zeigen. Der Entente blieb die Zeit, zu warten, bis die Vereinigten Staaten mit ihrer Truppenausbildung fertig waren.

12. Das Kriegsjahr 1917.

So scheint der Krieg auf einem toten Punkte angelangt zu sein. Die Kampfhandlungen bleiben auch weiterhin verlustreich auf beiden Seiten, aber sie werden nicht in der Absicht einer Entscheidung unternommen. Deutschland wartet auf die erhoffte Wirkung des U-Bootkrieges, England wartet auf das Eintreffen der amerikanischen Hilfe. Um so wichtiger sind die politischen Ereignisse des Jahres 1917.

- a) Die Siegfriedstellung (Frühjahr 1917). An der Westfront verkürzt Hindenburg den großen Bogen der Schützengrabenlinie, indem er die am weitesten vorspringende Strecke von Arras bis Soissons in gerader Linie abschneidet.

Durch diese Taktik der „beweglichen Verteidigung“ werden Truppen und Material gespart, während der bisherige Grundsatz, unbedingt die Stellung zu halten, immer große Opfer gefordert hatte. Engländer und Franzosen sind nun gezwungen, in dem völlig zerstörten Vorgelände sich einzurichten. Zu größeren Angriffen kommt es in Flandern, wo die Engländer vergebens sich bemühen, die Basis des U-Bootkrieges zu erobern.

- b) Die erste russische Revolution (März 1917). Seit Brussilows Offensive im Sommer 1916 herrscht an der Ostfront Ruhe. Die Entente beginnt zu sorgen wegen der Gleichgültigkeit des Zaren. Eine Revolution des bürgerlichen Radikalismus setzt den Zaren hinweg, die Republik fühlt sich den westeuropäischen Verbündeten geistig verwandt und setzt noch einmal die Truppen in Bewegung. Der deutsch-österreichische Gegen-

angriff befreit Ostgalizien und die Bukowina. Im Herbst werden im Norden durch einen deutschen Vormarsch Riga und die Inseln des Rigaischen Meerbusens erobert.

- e) Die inneren Schwierigkeiten in Deutschland und Österreich. Als die letzte Hoffnung, die man auf die U-Boote gesetzt, zu verblasen beginnt, werden die Klagen über die Lasten des Krieges lauter. Die Kriegswirtschaft gibt die Veranlassung dazu; politische Wünsche treten zur Seite.

1. Blockade und Kriegswirtschaft.

Lebensmittel und Rohstoffe werden immer knapper, die Rationierung muß immer schärfer durchgeführt werden, die Folgen des Mangels und der Höchstpreise machen sich in der häßlichsten Form fühlbar, zumal die Gesetze und Verordnungen nicht scharf durchgeführt werden; die „Kriegsämtler“ breiten sich aus; immer mehr Frauen müssen zur Munitionsherstellung und zur Freimachung männlicher Arbeiter herangezogen werden. Eigennutz und Wucher, die Hamster und die Schieber kommen obenauf. Jetzt zeigt sich, wie der deutsche Industriestaat durch die Blockade verwundbar geworden ist. Es bleibt nicht aus, daß die Unzufriedenheit mit diesen Zuständen, zumal unter den Härten des Belagerungszustandes, sich politisch auswirkt und mit den in Friedenszeiten nicht gelösten politischen Fragen sich verbindet.

2. Der Streit um die „Neuorientierung“.

Die Hauptgegenstände dieser politischen Kämpfe sind die Umgestaltung des preußischen Wahlrechtes nach dem Muster des Reichstagswahlrechtes und die Umgestaltung der Reichsverfassung in parlamentarischem Sinne. Die Parteien der linken Seite fordern die innere Neuorientierung, damit das Heer nach der Rückkehr aus dem Felde ein auch im Innern erneuertes Vaterland finde; die Parteien der Rechten widerstreben, weil diese Fragen nicht in den Bedrängnissen des Krieges aufgeworfen und beantwortet werden könnten und weil ihre schwierige und umstrittene Lösung nicht ohne Mitwirkung derer, die das Vaterland verteidigt haben, geschehen dürfe.

3. Der Streit um die Friedensziele kommt hinzu.

Hier stehen sich gegenüber die „Annexionisten“, die — aus machtpolitischen und fast mehr noch aus wirtschaftlichen Gründen — Belgien, das Erzbecken von Longwy und Briey, auch die baltischen Lande für Deutschland beanspruchen, und andererseits die Anhänger eines „Verständigungsfriedens“, die wünschen, daß die Reichsregierung im Hinblick auf Belgien sich zu ihrer ursprünglichen Erklärung, mit der sie den Einmarsch nach Belgien begleitet hat, durch eine offene Kundgebung bekenne und überhaupt sich auf einen „Frieden ohne Sieger und Besiegte“ verpflichte.

Der „Burgfriede“ war schon lange zerbröckelt; schon 1915 hatten im Reichstag zum ersten Male einige sozialdemokratische Abgeordnete die Kriegskredite verweigert, Ostern 1917 konstituierte sich der von der Sozialdemokratie sich abtrennende linke Flügel als Unabhängige Sozialdemokratische Partei. Der Kampf um die Friedensziele begann auch den Reichstag zu spalten und führte Heeresleitung und Reichsleitung immer weiter auseinander. Während Frankreich durch Clemenceau und England durch Lloyd George trotz ihrer parlamentarischen Staatsform die Einheitlichkeit der Leitung sich erhielten und stärkten, arbeiteten gerade im monarchischen Deutschland nicht nur die Parteien, sondern auch die Reichsämtler gegeneinander.

4. Der Reichstag im Juli 1917.

Im Juli 1917 kommt es zu einer ersten Krisis. Bethmann Hollweg, der sich bis jetzt in keiner der von ihm vertretenen Frage — weder in der U-Bootfrage

noch in der inneren Neuorientierung noch in der Friedensfrage — durchgeführt und doch die Ausführung der von ihm nicht gebilligten Politik geleitet hat, sieht schließlich überhaupt keine Macht mehr hinter sich und nimmt seine Entlassung. Zu gleicher Zeit verspricht ein kgl. Erlaß die Einführung des Reichstagswahlrechtes in Preußen, während der Reichstag in einer Friedensresolution Deutschlands Willen zur Verständigung bekundet. Auch der Papst sucht durch zahlreiche Friedensbemühungen und überhaupt durch umfassende Werke der Kriegskaritas für die Völkerveröhnung zu wirken.

5. Die Lage in Österreich; das Königreich Polen.

Schwierig wird die Lage der Mittelmächte auch durch die fortschreitende innere Auflösung in Österreich, wo sich eben deshalb bei der Staatsleitung immer stärker der Wunsch nach einem Sonderfrieden kundgibt, der im Grunde nur an den hohen Forderungen der Italiener scheitert. Die österreichische Armee beginnt immer unsicherer zu werden, die Nationalitäten neigen auf allen Seiten zu den Volksgenossen im jenseitigen Lager — zumal nach dem Tode des Kaisers Franz Joseph (1916). Kaiser Karl sucht immer wieder die Verhandlungen mit der Entente und legt Deutschland den Verzicht auf Elsaß-Lothringen nahe, dessen Garantierung ja in dem Vertrag von 1879 nicht vorgesehen war. Andererseits schließt die Vorherrschaft der Magnaren, die von Graf Stefan Tisza geführt werden, jede Verständigung mit den Nationalitäten aus: die Dinge waren nun einmal so geworden, daß das Schicksal der Donaumonarchie und damit auch Deutschlands Schicksal mit der dualistischen Verfassung und der Vorherrschaft der Magnaren aufs engste verbunden war, aber die Magnaren wollten nichts von ihren Rechten und Besitz hingeben, um die Lage zu erleichtern. Trotz der reichen ungarischen Ebene mußte Deutschland schließlich sogar die Getreideversorgung Wiens sicherstellen. Groß sind auch die Meinungsverschiedenheiten zwischen Deutschland und Österreich im Hinblick auf die Zukunft Polens. Die Proklamation des Königreiches Polen — in der trügerischen Hoffnung auf politische und militärische Unterstützung durch die Polen — bringt in keiner Hinsicht eine Erleichterung.

So wird die Lage der Mittelmächte im Kriegsjahre 1917 immer düsterer. Da scheinen die Ereignisse in Rußland noch einmal das Schicksal zu wenden.

d) Die bolschewistische Revolution und der Friede von Brest-Litowsk. Die bürgerliche Republik in Rußland hält sich nicht lange: bereits am 6. November 1917 wird sie durch die Erhebung der Arbeiter- und Soldatenpartei, der Bolschewiki (= Mehrheit), gestürzt.

Es ist die erste Revolution mit sozialistischen Zielen, die von Erfolg begleitet ist. Ihre Führer Lenin und Trotski haben in den Zeiten der Zarenherrschaft lange in der Verbannung gelebt und die Stunde vorbereitet, um nun im Sinne des Karl Marx „die Diktatur des Proletariats“ zu errichten, als deren Organe die örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte und der Zentralrat der Sowjets erscheinen. Die Mitglieder der Regierung betrachten sich als „Volksbeauftragte“, der Parlamentarismus ist also in Rußland nach kurzer Dauer erledigt. Sofort gehen die Diktatoren daran, das ganze Programm des marxistischen Sozialismus durchzuführen.

Zwei Gedanken daraus mußten auch für den Verlauf des Weltkrieges von großer Bedeutung sein: der Weltfriedensgedanke, den Lenin sofort in einer Botschaft an alle kriegführenden Mächte verkündete, und der Propagandagedanke, der die Erlösung vom Kapitalismus nicht nur für Rußland, sondern für alle Völker proklamierte. Diese Gedanken waren bis dahin in der Welt am eindringlichsten gepredigt worden gerade in Rußland: aber was Tolstoi im

ursprünglichen christlichen Sinne der Geduld und des Mitleids gemeint hatte, wurde von den Bolschewiki mit Waffengewalt erstrebt. Wie einst das Jakobiner-tum der französischen Revolution, so betrieb abermals eine revolutionäre Diktatur, die sich im Innern auf die Waffen der „Roten Armee“ stützte, die Weltrevolution als Mittel zum Weltfrieden. Eine völlig neue weltpolitische Lage war so geschaffen: die Entente war gebrochen, den unterworfenen Völkern Rußlands — Finnland, der Ukraine und den Ostseeprovinzen — war die Möglichkeit einer Selbstbestimmung ihres Schicksales gegeben.

Bei den Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk läßt Deutschland sich von dem Gedanken leiten, die Ostseeprovinzen vor bolschewistischer Herrschaft zu schützen und für Deutschland zu gewinnen, während die Russen die Volksabstimmung fordern. Es kommt daher zunächst nur mit der Ukraine zum Friedensschluß. Gegen Sowjetrußland beginnt ein neuer Vormarsch, bis die Russen die verschärften Forderungen Ludendorffs annehmen; sie unterzeichnen unter förmlichem Protest. Die Randstaaten sind dadurch von Rußland gelöst; was mit ihnen geschehen soll, ist ungewiß. Deutsche Truppen müssen auch ferner weit im Osten zerstreut bleiben, um die deutschen Interessen in Finnland und der Ukraine zu sichern. Auch mit Rumänien wird in Bukarest zur gleichen Zeit ein Friede geschlossen, der den Streit zwischen den Türken und Bulgaren um die Dobrudscha aufwirbelt.

Immerhin ist im Osten nun Friede, und Ludendorff hofft, daß Truppen freigemacht werden können zu dem entscheidenden Schlage, den er im Westen plant.

13. Die deutsche Frühjahrsoffensive und ihr Zusammenbruch.

Am 21. März 1918 brechen die deutschen Truppen aus der Siegfriedstellung heraus und werfen die Engländer und Franzosen in gewaltigem Ansturm zurück. Das strategisch entscheidende Ziel, Amiens, wird aber nicht erreicht. Nun wird noch einmal der Vorstoß auf Paris versucht und der Vormarsch in den folgenden Monaten noch vorwärts getragen bis zur Marne, Paris wird sogar von weittragenden deutschen Geschützen beschossen. Die Kämpfe vor Reims im Juli 1918 stellen den entscheidenden Augenblick des ganzen Krieges dar: in heißem Ringen wagt die Schlacht, aber Reims kann nicht genommen werden. Zum zweiten Male stockt die deutsche Offensive an der Marne, die Amerikaner haben vor Reims am 15. Juli die Kraft des deutschen Ansturmes endgültig gebrochen. Von diesem Tage setzt der Umschwung ein, der nun unrettbar zum Rückzuge aus Nordfrankreich zwingt. Den 8. August, an dem die Deutschen zum ersten Male auch in der Verteidigung sich nicht mehr zu behaupten vermögen, bezeichnet Ludendorff als den „schwarzen Tag des deutschen Heeres“. Nach diesem Tage erklärt er der Reichsleitung, daß es nicht mehr möglich sei, den Krieg auf militärischem Wege zu beendigen; unaufhaltbar weicht die ganze Front nach Norden.

Die Ursachen des Zusammenbruches sind viel umstritten. Die politischen Kämpfe und vor allem die wirtschaftlichen Nöte der Heimat mußten auch auf das deutsche Heer und seine Stimmung von Einfluß werden, die geschickte englische, zuletzt auch die bolschewistische Propaganda verstärkten noch diese Einflüsse. Aber wenn auch ein englischer General darum das Wort von dem „Dolchstoß von hinten“ geprägt hat, so bleibt doch die Frage, wann und warum schließlich der Zweifel an der deutschen Sache das Heer ergriffen hat. Entscheidend scheint, daß die militärische und technische Überlegenheit der Gegner erst

durch die amerikanische Hilfe und erst im Laufe der Kriegshandlungen von 1918 herbeigeführt wurde. Die falschen Berechnungen, die man für den U-Bootkrieg angestellt, wurden verhängnisvoll. Die deutschen Truppen hatten die Frühjahrsoffensive in glänzendem Ansturm durchgeführt: aber je mehr sich zeigte, daß der Krieg zu einem Kampf der Technik und der Masse geworden war, um so lähmender wirkte die Hoffnungslosigkeit, die sich aus der Übermacht des Gegners an Menschenzahl und Material aller Art, an Tanks und Fliegern, an Munition und Lebensmitteln ergab. Vor der niedererschmetternden Erkenntnis dieser Tatsache versank alles Heldentum, und die dumpfe Unzufriedenheit mit den angeblichen und den tatsächlichen Mängeln des herrschenden politischen und militärischen Systems fand im Mißerfolg und in der verzweifelten Lage allerdings Bestätigung, Nahrung und Antrieb. Man hatte in der Vergangenheit nicht die Kraft gefunden, die Ursachen dieser Mißstimmung in der einen oder der anderen Form entschieden zu beseitigen; nun sollte es zu spät sein, und man konnte nicht mehr hindern, daß dem militärischen Zusammenbruch der Untergang des ganzen alten Systems folgte.

14. Waffenstillstand und Revolution.

- a) Der Versuch einer Umbildung der Reichsverfassung. Um den militärischen Zusammenbruch aufzuhalten, sind militärische Mittel nicht mehr vorhanden. Die Oberste Heeresleitung fordert daher sofortige Einleitung von Friedensverhandlungen und sofortige Durchführung von politischen Reformen. Der Reichskanzler Graf Hertling, der dem Zentrum angehört, aber bei seiner Berufung es abgelehnt hatte, als parlamentarischer Minister zu gelten, tritt zurück; an seiner Stelle wird Prinz Max von Baden Reichskanzler und bildet ein parlamentarisches Ministerium.

Die entsprechende Abänderung der Reichsverfassung wird durch das Gesetz vom 28. Oktober 1918 vollzogen. Darin wird bestimmt, daß der Reichskanzler und die Staatssekretäre das Vertrauen des Reichstages besitzen müssen, daß die Gegenzeichnung auch bei militärischen Anordnungen notwendig ist, daß eine Kriegserklärung nur mit Zustimmung des Bundesrates und des Reichstages geschehen kann; auch wird jene Bestimmung der Reichsverfassung aufgehoben, wonach niemand zugleich Mitglied des Reichstages und des Bundesrates sein kann. Andere innere Reformen werden in Angriff genommen: so die Wahlrechtsfrage in Preußen, die Schaffung des selbständigen Bundesstaates Elsaß-Lothringen, die Reform des militärischen Systems, zunächst durch Milderung des Belagerungszustandes.

Es waren Gegenstände, deren Lösung die alte Regierung schon in Friedenszeiten immer wieder bequem hinausgeschoben hatte. Nun sollten sie alle und in letzter Stunde bewältigt werden, um die befürchteten innerpolitischen Folgen des militärischen Zusammenbruches abzuwenden und um nach außen hin das Bild eines erneuerten Deutschland darzubieten, das die Gewähr für Versöhnung und Ruhe geben konnte. Es sollte freilich zu spät sein.

- b) Die Verhandlungen über den Waffenstillstand. Unmittelbar nach der Neubildung der Regierung, noch in der Nacht des 4. Oktober, stellt Prinz Max auf ausdrückliche Veranlassung der Obersten Heeresleitung an den Präsidenten Wilson das Ersuchen, den sofortigen Abschluß eines allgemeinen Waffenstillstandes herbeizuführen. Als Grundlage für die Friedensverhandlungen nimmt die deutsche Note das von Wilson aufgestellte Programm der „14 Punkte“ an.

Die „14 Punkte“ — von Wilson zum ersten Male in einer Senatsrede am 8. Januar 1918 als Grundlage für einen künftigen allgemeinen Völkerfrieden

formuliert und später noch öfters, zuletzt am 27. September, von ihm als sein Programm verkündet — fordern öffentliche Friedensverträge und also Abschaffung aller Geheimdiplomatie; der künftige Friede soll von Gerechtigkeit getragen sein und einen friedlichen Dauerzustand schaffen, dessen Aufrechterhaltung ein „Völkerbund“ mit schiedsrichterlicher Tätigkeit gewährleisten solle. Völker und Provinzen dürfen nicht „von einer Staatshoheit zur anderen verschachert werden wie Sachen oder Spielsteine“, auch nicht im Namen des verrufenen Gleichgewichts der Mächte; jede Gebietsfrage soll vielmehr nach den Prinzipien des Volkstums und nach dem Willen der beteiligten Bevölkerung, nicht als ein Ausgleich im Machtkampfe von Staaten geregelt werden; auch alle kolonialen Ansprüche sollen unter gerechter Berücksichtigung der Wünsche der betroffenen Bevölkerungen geschlichtet werden; die Freiheit der Meere wird wieder als Grundsatz aufgestellt. Auch zu Einzelfragen äußern sich die „14 Punkte“: die Neutralität Belgiens muß wiederhergestellt, das „Unrecht von 1871“ wieder gut gemacht werden.

Die Regierung des Grafen Hertling hatte in den Tagen des Friedens von Brest-Litowsk Wilsons Einmischung in die Fragen des Ostfriedens und in den Streit um Belgien und Elsaß-Lothringen abgelehnt. Trotzdem hatte Wilson seine Grundsätze wiederholt. Es fragte sich nun, ob die Verbündeten jetzt, wo sie sich in einem Vertrage vom 5. November ausdrücklich auf diese Grundsätze nochmals verpflichteten, bereit waren, unter allen Umständen die Durchführung des wahren Völkerfriedens über die Gefühle der Abneigung und der Sympathie zu stellen.

Wilson verlangt als Vorbedingung jeder Waffenstillstandsverhandlung die Räumung der besetzten Gebiete und — zuerst noch in verdeckter Form — die Abdankung des Kaisers, „weil jede militärische Macht, die den Weltfrieden stören könnte, vernichtet werden muß“. Ludendorff spricht jetzt für die Weiterführung des Kampfes bis zum bitteren Ende und begründet dies mit Wilsons Forderung der sofortigen Aufgabe des U-Bootkrieges; der Gedanke einer levée en masse wird erwogen, aber sofort wieder fallen gelassen angesichts der völligen Erschöpfung aller Reserven.

Die Lage verschlechtert sich von Tag zu Tag. Die bulgarische Front ist bereits im September durchbrochen worden, und Waffenruhe ist dort eingetreten, die Türkei beginnt über den Sonderfrieden zu verhandeln, nachdem schon lange Bagdad und Jerusalem in englische Hände gefallen sind. Kaiser Karl geht denselben, längst vorbereiteten Weg der Sonderverhandlungen und sucht zugleich durch Zerteilung der Monarchie in vier selbständige Staaten seinem Hause wenigstens den Länderbestand zu retten; auch hier sollte die Reform zu spät kommen: die Tschechen übernehmen die Herrschaft in Prag, die Südslawen erkennen den König von Serbien als Herrn an. Südtirol wird von den Italienern besetzt, der Weg über die Alpen steht ihnen offen. Auch die Magyaren erkennen jetzt, daß die dualistische Verfassung unrettbar verloren ist. Unter der Führung des Grafen Michael Karolji schwenken sie zur Entente hinüber, Graf Tisza wird in den Straßen von Budapest erschlagen.

Deutschland steht völlig allein. Der Rückzug führt bereits aus Frankreich heraus, aber einen Waffenstillstand kann es nur durch die Abdankung des Kaisers geben. Der Kaiser zögert, die Massen drängen ungeduldig zum Frieden.

- e) Die Novemberrevolution und der Abschluß des Waffenstillstandes. Am 3. November beginnt der Aufruhr der Marine in Kiel, veranlaßt durch die Absicht, die Schlachtflotte zu einem Vorstoß gegen die englische Flotte einzusetzen. Am 8. wird in München die Republik erklärt, am 9. bricht in Berlin die Revolution der Arbeiter- und

Soldatenräte nach russischem Vorbilde aus; in der Steppe findet das Beispiel der Heimat Nachahmung, indem die militärische Ordnung sich löst. Der Kaiser hat sich ins Hauptquartier begeben und zögert noch immer mit der klaren Erklärung seiner Abdankung. Um wenigstens die Monarchie zu retten, gibt der Reichskanzler die Abdankung des Kaisers und des Kronprinzen bekannt sowie die geplante Einsetzung einer Regentschaft für den Enkel. Er übergibt zugleich das Reichskanzleramt dem Führer der Sozialdemokratischen Partei Friedrich Ebert, damit in der revolutionären Entwicklung wenigstens die Einheit des Reiches festgehalten werde. Auch auf diese Weise war es freilich nicht mehr möglich, die Monarchie zu erhalten. Eine revolutionäre Reichsregierung, der „Rat der Volksbeauftragten“ wird eingeseht und vereintigt in sich die gesamte vollziehende und gesetzgebende Gewalt als Exekutivorgan der A.- und S.-Räte. Der Kaiser begibt sich nach Holland. Im Auftrage der neuen Regierung wird auf Hindenburgs Wunsch sofort am 11. November der Waffenstillstand im Walde von Compiègne abgeschlossen.

Überaus schwer sind die Bedingungen. Sie lauten: Demobilmachung, Auslieferung des Kriegsmaterials, sofortige Räumung aller besetzten Gebiete sowie des linken Rheinufers und einer neutralen Zone auf dem rechten, ferner Lieferung von Eisenbahnmateriale und Schiffen, Unterhalt einer Besatzungsarmee, einseitige Freigabe der Kriegsgefangenen; die Blockade bleibt bestehen. Der Waffenstillstand wird jedesmal nur auf einen Monat gewährt, bei seiner Erneuerung werden neue Zugeständnisse erpreht: so die Ablieferung der landwirtschaftlichen Maschinen, die Auslieferung der Hochseeflotte als Gegenleistung für die Milderung der Blockade.

Der Rückzug der Fronttruppen folgt: der Übermacht weichend kehrt das Heer in die Heimat zurück.

Die alten Schicksalsmächte, die zu allen Zeiten das deutsche Leben belastet hatten, waren abermals mächtig geworden, und sie hatten jene Weltlage geschaffen, die den Ausgang des Krieges nun schließlich doch noch zum Schlimmen gewendet hatte: verhängnisvoll geworden war für Deutschland von neuem die offene Lage im Herzen Europas, aber andererseits auch die überlieferte Unsicherheit des politischen Denkens und Handelns, indem der Führung und dem Volke in gleicher Weise die starke politische Disziplinierung fehlte, die nur das Ergebnis einer langen, einheitlichen Geschichte in vielen, sich folgenden Generationen sein kann. So war die Niederlage in Ursachen begründet, die weit zurücklagen in der deutschen Vergangenheit, und kein Heldentum war stark genug, diese geschichtliche Belastung auszugleichen und zu überwinden. Dem deutschen Volke aber blieb nun nichts mehr übrig als von neuem sein Haus zu zimmern und doch zugleich die erbarmungslos harten Folgen einer unrettbar verlorenen Vergangenheit in das neue Dasein hinüber zu nehmen. Das Jahr 1919 brachte beides zugleich: den Vertrag von Versailles und die Weimarer Reichsverfassung.

III. Die Ergebnisse des Weltkrieges.

A. Der Vertrag von Versailles.

In Versailles traten die „alliierten und assoziierten Hauptmächte“ — die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich, Italien und Japan — und die „alliierten und assoziierten Mächte“ — es war fast die ganze Welt — zusammen, um über Deutschland das Urteil zu sprechen. Schon die Formen, in denen sich

die Beratungen vollzogen, zeigten, daß von Wilsons „14 Punkten“ nicht mehr die Rede war: die 5 Großmächte bildeten den „Obersten Rat“, der heimlich wie die alte Diplomatie seine Beschlüsse faßte. Immerhin ist bekannt geworden, daß Wilson gemeinsam mit Lloyd George Frankreich von seinem Ziele, der Rheingrenze zurückgehalten hat. Ob er bereit war, für Deutschland mehr zu tun und sich dann nicht durchsetzte, steht dahin: der Vertrag handelt zwar im ersten Teile von Wilsons Schöpfung, dem „Völkerbund“, aber in den übrigen Teilen liefert er ein ganzes Volk in Schuldnechtschaft und in Sklaverei.

1. Die Völkerbundsakte ist dem Vertrage vorangestellt (Art. 1—26).

Der Völkerbund — die Liga der Nationen — wird gestiftet „zur Förderung der Zusammenarbeit der Nationen und zur Gewährleistung von Frieden und Sicherheit zwischen ihnen“. Der Bund soll sich für die Beschränkung der Rüstungen und für die Errichtung eines internationalen Schiedsgerichtes einsetzen. Zu den Aufgaben des Bundes gehört auch die Vormundschaft über die durch den Krieg herrenlos gewordenen Kolonien, soweit sie von unzüvillisierten Völkern bewohnt sind; ferner die Schaffung eines internationalen Arbeitsrechtes (Art. 387/427). Mitglieder des Bundes sind die „alliierten und assoziierten Mächte“, dazu die zum Beitritt besonders aufgeforderten Staaten. Weder der Papst noch Deutschland, Österreich oder Rußland wurden zum Beitritt aufgefordert.

2. Die Landabtretungen ohne Abstimmung.

- a) Elsaß-Lothringen kommt an Frankreich (Art. 51).
- b) Im Osten kommt fast die Gesamtheit der Provinzen Posen und Westpreußen sowie ein Stück von Hinterpommern an die wiedererstandene Republik Polen; das Weichseldelta mit Danzig wird als Freistaat unter den Schutz des Völkerbundes gestellt; Ostpreußen nördlich der Memel wird an die „alliierten Hauptmächte“ abgetreten und ist heute in den litauischen Staatsverband eingegliedert. Das Hultschiner Ländchen kommt an die Tschecho-Slowakei (Art. 27—28, 99—108).
- c) Die gesamten deutschen Kolonien kommen an den Völkerbund, der die „Vormundschaft“ über sie ausübt und sie an „Beauftragte“ weitergibt (Art. 22, 119/27). Deutschlands Rechte auf Kiautschou gehen auf Japan über (Art. 156), die Marokkoverträge gelten als aufgehoben (Art. 141).

3. Die Landabtretungen durch Abstimmung.

- a) Das Saargebiet tritt unter die Regierung des Völkerbundes; nach Ablauf von 15 Jahren soll die Bevölkerung sich entscheiden, unter welche Staatshoheit sie zu treten wünscht. Das Eigentum an den Kohlengruben des Saarbeckens wird an Frankreich gegeben. Entschieden sich später die Bevölkerung für Deutschland, dann kann dieses die Gruben zurückkaufen (Art. 45/50).
- b) Die Kreise Eupen und Malmedy gelangen an Belgien (Art. 34).
- c) In Oberschlesien soll nach Abstimmung der Bewohner entschieden werden, welche Teile zu Polen und welche zu Deutschland gehören sollen (Art. 88).
- d) Der Süden von Ostpreußen um Allenstein und der Rest von Westpreußen um Marienwerder sollen nach Abstimmung an Polen kommen (Art. 94/7).

- e) In Schleswig soll die Grenze zwischen Deutschland und Dänemark auf Grund einer Volksabstimmung festgestellt werden (Art. 109).

Der Gedanke der Volksabstimmung bei Grenzverschiebungen und Gebietsabtretungen entflammt, wie so mancher andere von Wilsons 14 Punkten, dem geistigen Arsenal der französischen Revolution; geschichtlich ist er zum ersten Male gestaltet worden in den Plebisziten Napoleons III. Dieser hat auch 1866 Österreich veranlaßt, beim Abschlusse des Prager Friedens auf der Bedingung einer Volksabstimmung in den „nördlichen Teilen Schlesiens“ zu bestehen. Daß diese Bedingung dann im Einverständnis mit Österreich nicht ausgeführt wurde, gibt jetzt der Entente Gelegenheit, dem an dem Weltkriege völlig unbeteiligten Dänemark eine Gebietserweiterung zu verschaffen: durch die Abstimmung in Schleswig geht Deutschland das Gebiet nördlich Flensburg—Hoyer verloren; rein deutsche Städte wie Tondern kommen an Dänemark. Völlig parteiisch wird das Ergebnis der Abstimmungen im Osten bei der endgültigen Gebietsabtretung an Polen mißachtet: in Ost- und Westpreußen stimmen $\frac{9}{10}$ der Bevölkerung für Deutschland, trotzdem werden rein deutsche Weichselbörfer an Polen gegeben. In Oberschlesien stimmen 60% für Deutschland, 40% für Polen; der Völkerbund fällt die Entscheidung durch einen Ausschuß von vier Männern, einen Chinesen, Brasilianer, Spanier und Tschechen; er gibt ein Drittel des Gebietes — und zwar fast das ganze Industriegebiet — an Polen, darunter Kattowitz und Königshütte, also Städte mit starker deutscher Bevölkerung. Die besonderen Bestimmungen über das Saargebiet sind weder geschichtlich begründet, noch mit dem rein deutschen Charakter der Bevölkerung vereinbar.

4. Die Anerkennung der neuen Staatenwelt.

Deutschland muß die Unabhängigkeit Deutsch-Österreichs anerkennen und demgemäß auf dessen Beitritt zum Deutschen Reiche verzichten (Art. 80).

Auch erkennt Deutschland die Unabhängigkeit des tschecho-slowakischen Staates an (Art. 81) und ebenso diejenige Polens (Art. 87). Das gleiche gilt von den Randstaaten, die sich aus dem russischen Reiche bilden. Zunächst also sind dies die drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen; ferner Finnland und die Ukraine; der Vertrag von Brest-Litowsk wird für ungültig erklärt (Art. 16/17).

5. Die Entwaffnung (Art. 159/213).

- a) Die Stärke des deutschen Heeres darf künftig 100 000 Mann, einschließlich Offiziere, nicht überschreiten, die Zahl der Offiziere darf nicht höher als 4000 sein. Die Kriegsmarine darf nicht mehr als 15 000 Mann betragen, Luftstreitkräfte sind Deutschland überhaupt verboten. Es werden Höchstzahlen festgesetzt für Anzahl und Stärke der Einheiten bei den Land- und Seestreitkräften, für Geschütze, Waffen und Munition.

- b) Die allgemeine Wehrpflicht wird für Deutschland verboten, das deutsche Heer darf nur als Berufsheer gebildet werden.

Die Zahl der vor Ablauf ihrer zwölfjährigen Verpflichtungszeit zur Entlassung freigegebenen Mannschaften darf im Jahre 5% der Gesamtstärke nicht überschreiten, das gleiche gilt von den auf 25 Jahre verpflichteten Offizieren. Die Zahl der militärischen Schulen wird auf die dem verkleinerten Heere entsprechende Anzahl herabgesetzt, die Beschäftigung mit militärischen Gegenständen wird allen Erziehungsanstalten, Universitäten und Vereinen verboten. Der Generalstab muß aufgelöst werden und darf in keiner Form wiederhergestellt werden. Der Eintritt deutscher Reichsangehöriger in die Heere fremder Völker ist zu hin-

dem, nur die Anwerbung von Rekruten für die Fremdenlegion bleibt davon unberührt.

- e) Ausgeliefert oder zerstört wird alles Kriegsmaterial, das über die erlaubten Mengen hinaus in Deutschland sich befindet, desgleichen alle zur Herstellung von Kriegsmaterial dienenden Maschinen.

Alle Linienschiffe und Kreuzer außer je sechs sowie ausnahmslos alle Unterseeboote sind auszuliefern. Der Bau und Erwerb irgendeines Unterseebootes, auch für Handelszwecke, ist Deutschland verboten. Die Ablieferungen und Abbauten muß Deutschland auf eigene Kosten und mit eigenem Personal durchführen. Die Ein- und Ausfuhr von Waffen, Munition und Kriegsmaterial ist Deutschland verboten; die deutsche Regierung muß die Herstellungsweise aller zu Kriegszwecken bereiteten Spreng- und Giftstoffe mitteilen.

- d) Alle Befestigungen auf dem linken Rheinufer sowie auf dem rechten Ufer in einer 50 km breiten Zone müssen geschleift werden, auch ist dort die Unterhaltung und Zusammenziehung einer bewaffneten Macht verboten. Desgleichen müssen die Werke und Schutzbauten von Helgoland sowie die den Weg zwischen Nord- und Ostsee beherrschenden Befestigungen geschleift werden.
- e) Interalliierte Kontrollkommissionen, ernannt von den alliierten und assoziierten Hauptmächten, überwachen die Ausführung der ganzen Entwaffnung. Den Kommissionen ist von Deutschland jeder gewünschte Einblick zu gewähren, die Kosten der Kommissionen hat Deutschland zu tragen.

6. Die Heimischaffung der deutschen Kriegsgefangenen wird verabredet.

Doch hält Frankreich viele derselben noch lange wegen angeblicher Verfehlungen zurück (Art. 219).

7. Strafbestimmungen.

- a) Der ehemalige Deutsche Kaiser wird von den alliierten und assoziierten Mächten unter öffentliche Anklage gestellt werden „wegen schwerster Verletzung der internationalen Moral und der Heiligkeit der Verträge“ (Art. 227).

Ein besonderer Gerichtshof soll zu diesem Zwecke gebildet werden, die niederländische Regierung soll um Auslieferung des ehemaligen Kaisers ersucht werden.

- b) Die Auslieferung der „Kriegsverbrecher“ muß von Deutschland versprochen werden.

Gemeint sind solche Personen, die von den alliierten und assoziierten Mächten „wegen einer gegen die Gesetze und Gebräuche des Krieges verstoßenden Handlung angeklagt sind“ und vor den fremden Militärgerichten abgeurteilt werden sollen (Art. 229).

Die Ausführung dieser Strafbestimmungen unterbleibt in der Folge, weil Deutschland seine Beihilfe hierzu nicht zu geben vermag.

8. Wiedergutmachungen (Reparationen).

- a) Ein Schuldbekennntnis, zu dem Deutschland gezwungen wird, soll die Ungeheuerlichkeiten des „Vertrages“ begründen: die alliierten und assoziierten Regierungen erklären „und Deutschland erkennt an“, daß es der Urheber des Krieges sei und darum für alle Verluste und Schäden aufzukommen hat (Art. 231).

- b) Die Kriegsentschädigung wird, wie der Vertrag erklärt, Deutschland niemals in vollem Umfange leisten können; es sollen daher die Entschädigungen der Zivilbevölkerung und die Erstattung der militärischen Pensionen voranstehen und zur Grundlage der von Deutschland zu leistenden Zahlungen gemacht werden (Art. 232).
- c) Die Reparationskommission, in der die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich, Italien, Japan, Belgien und Serbien vertreten sind, soll Höhe und Tilgungsplan der Zahlungen anordnen, die Leistungsfähigkeit Deutschlands dauernd überwachen und sein Steuersystem prüfen, damit die Einkünfte Deutschlands vorzugsweise zur Bezahlung der Reparationen verwendet und die Steuern nicht zu niedrig festgesetzt werden (Art. 233). Die Leistungen erfolgen in Geld und in Natur.
- d) Die Leistungen sollen zum Teil auch in Natur geschehen, die wirtschaftlichen Hilfsmittel Deutschlands also unmittelbar in den Dienst der Reparationen gestellt werden.

Genannt werden Tiere, Maschinen, Fabrikeinrichtungen ferner Materialien für den Wiederaufbau, vor allem aber Kohlen und Farbstoffe (Art. 236). Als Kohlenlieferungen werden nach langen Verhandlungen 2 Millionen Tonnen monatlich festgesetzt.

- e) Zurückerstattungen, ohne Anrechnung auf das Reparationskonto, werden verlangt für Requisitionen und Zerstörungen aller Art.

So besonders die sofort zu liefernden 140000 Milchkühe (deren Zahl später verringert wurde), ferner ein großer Teil des deutschen Eisenbahnmateriales, die ganze deutsche Handelsflotte; auch der deutsche Anteil an den großen Kabeln wird weggenommen. Dazu kommt die Rückerstattung der Trophäen von 1870 sowie die Auslieferung der Flügelaltäre von Van Eyck und Dierick Bouts, die einstmals durch Kauf in den Besitz deutscher Museen gelangt waren und nun als Ersatz für zerstörte belgische Kunstdenkmäler beansprucht werden (Art. 236, 245/7).

9. Finanzielle Bestimmungen.

Alle Einnahmequellen Deutschlands und der deutschen Bundesstaaten werden an erster Stelle belastet mit der Haftung für die Reparationen (Art. 248). Deutschland trägt die gesamten Kosten der Besatzungsarmeen in den besetzten deutschen Gebieten vom Tage der Unterzeichnung des Waffenstillstandes ab (Art. 249).

10. Wirtschaftliche Bestimmungen.

- a) Deutschland muß allen alliierten und assoziierten Staaten in seinen Zollbestimmungen das Recht der Meistbegünstigung auf 5 Jahre ohne Gegenleistung einräumen.

Elßaß-Lothringen aber und den an Polen gefallen Gebieten, unter Umständen auch dem aus dem Zollverein ausgeschiedenen Luxemburg, ist volle Zollfreiheit für 5 resp. 3 Jahre zu gewähren (Art. 264/8); für die besetzten Gebiete behalten sich die Besatzungsmächte ein besonderes Zollregime vor (Art. 270).

- b) Deutschland darf den Ausländern keine Beschränkungen auferlegen, die nicht vor dem Kriege bestanden haben, es sei denn, daß es dieselben Beschränkungen auch seinen eigenen Reichsangehörigen auferlegt (Art. 276).

- e) Deutsches privates Vermögen im Gebiete der bisher feindlichen Mächte ist verfallen, während umgekehrt das Vermögen, das Angehörige dieser Staaten in Deutschland haben, zurückgegeben werden muß (Art. 297).

11. Verkehrsweisen.

Die alliierten und assoziierten Mächte genießen das Recht der freien Durchfahrt durch Deutschland (Art. 313/26). Die deutschen Ströme Elbe, Oder, Memel, Donau und Rhein werden für international erklärt und europäischen Ausschüssen unterstellt, in denen die ausländischen Stimmen gegenüber den deutschen die völlig überwiegende Mehrheit besitzen (Art. 331/62).

12. „Sicherheiten für die Ausführung.“

Als Sicherheit für die Ausführung des Vertrages durch Deutschland wird das linke Rheinufer einschließlich der Brückenköpfe besetzt. Die Räumung der 1. Zone (Köln) soll nach 5 Jahren erfolgen, geschieht aber erst 1926, die Räumung der 2. Zone (Aachen-Mainz) soll nach 10, die der 3. Zone (Trier-Pfalz) nach 15 Jahren erfolgen.

Eine Klausel des Vertrages besagt: „Wenn zu diesem Zeitpunkte die Sicherheiten gegen einen nicht herausgeforderten Angriff Deutschlands von den alliierten und assoziierten Mächten nicht als ausreichend betrachtet werden, kann die Entfernung der Besatzungstruppen in dem Maße aufgeschoben werden, wie dies zur Erreichung der genannten Bürgschaft für nötig erachtet wird.“ Auch bleibt die Besetzung, wenn Deutschland nach dem Urteil der Reparationskommission seine Verpflichtungen nicht erfüllt (Art. 428/30).

B. Die anderen Friedensschlüsse.

Weitere Verträge ergänzen das Werk von Versailles und sind von dem gleichen Geiste diktiert: in St. Germain empfängt Deutsch-Osterreich sein Urteil, in Trianon Ungarn, in Neuilly Bulgarien, in Sèvres die Türkei.

Die neuen Staaten, die sich aus dem Zusammenbruch der österreichisch-ungarischen Monarchie gebildet haben, finden durch diese Verträge internationale Anerkennung. Österreich ist beschränkt auf Ober- und Niederösterreich, Nordtirol, Nordsteiermark und Nordkärnten, Ungarn auf den verkleinerten Kern der ungarischen Tiefebene: sie beide sind des Hafens beraubt, von schlechten Grenzen umgeben. Aus Böhmen, Mähren und einem Teile Ungarns ist die langgestreckte tschechoslowakische Republik gebildet; im jugoslawischen Staat ist Serbien durch Angliederung von Bosnien, Herzegowina, Kroatien und Slawonien zu einem neuen Staate erweitert; auch Gebiete deutscher Bevölkerung sind ihm mit Krain angeschlossen. Rumänien erhält Siebenbürgen und die Bukowina: gleich es bisher „einem Adler, der mit weitaustragenden Schwingen in den Pontus niederstößt“, so ist es jetzt kreisförmig abgerundet und vergrößert; es besitzt die Gunst der Weltlage und unvergleichlichen Reichtum an fruchtbarem Ackerland und an Bodenschätzen. Polen und die Ukraine teilen sich in Galizien. Italien erhält Istrien, Westtirol, aber auch Deutschtirol bis zum Brenner. Seine beiden Kriegsziele, die Erlösung der Irredenta und das mare nostrum sind erreicht, dafür ist es seinerseits in Tirol und im Karst weit in fremdes Sprachgebiet eingedrungen. Der Friede von Sèvres spricht das Urteil über die Türkei, die auf Konstantinopel

und Anatolien beschränkt wird; Makedonien wird Bulgarien entzogen und an Griechenland gegeben. Engländer und Franzosen teilen sich in große vorderasiatische Einflußgebiete, daneben tun sich selbständige arabische Herrschaften auf. England hat schon während des Krieges die Einverleibung Ägyptens vollendet. Die erstrebte Verbindung zwischen dem afrikanischen und indischen Weltreiche ist durch die Einfügung breiter Ländermassen in Afrika und Vorderasien gesichert: es ist der größte Zuwachs an Land und Menschen, den England jemals in der Geschichte auf einmal eingeerntet hat.

C. Ergebnis und Ausblick.

Der Vertrag von Versailles, dem die anderen Friedensschlüsse als Ergänzung zur Seite stehen, bedeutet das Ende des alten, auf einem starken Deutschland beruhenden, mitteleuropäischen Staatensystems. Der vereinigte „Druck von außen“ war stärker gewesen als die „verstärkte Mitte“: das politische System, das 1879 begründet worden, ist erledigt. Aber die Frucht des Sieges fällt keineswegs allen Staaten zu, die an dem Druck auf die Mitte teilgenommen: die russische Gefahr bleibt vielmehr zunächst gebannt, und dies ist die große Leistung der deutschen und österreichischen Waffen für die germanische und weiter für die europäische Welt; wird später das neue Rußland der Sowjetrepublik den Marsch gegen Westen wieder aufnehmen, dann wird es in Mitteleuropa eine völlig veränderte Lage und darum auch veränderte politische Möglichkeiten vorfinden!

Die eigentliche Frucht des weltpolitischen Umschwunges fällt daher auf dem Kontinente Frankreich zu: es hat die stets erstrebte Straße nach dem Osten wieder sich freigemacht. Alter Tradition entsprechend sind in seiner Gefolgschaft die romanischen und slawischen Staaten, die nun ihre Körper tief nach Mitteleuropa hinein dehnen. In der ozeanischen Welt aber stehen sich die drei Nebenbuhler gegenüber: 1. England hat einen gewaltigen territorialen Gewinn zu verzeichnen; aber gegenüber Frankreichs kontinentaler Machtentfaltung ist es ohnmächtig, und seine inneren Probleme, zumal die der Verfassungsreform des Empire, sind noch nicht gelöst. Es war in den Krieg gegen Deutschland eingetreten, weil es die Niederwerfung Frankreichs und die deutsche Hegemonie befürchtet hatte: nun scheint die französische Hegemonie unvermerkt Wirklichkeit geworden. 2. Die Vereinigten Staaten haben während des Krieges England in Handel, Schifffahrt und Seemacht zu überflügeln begonnen: der wirtschaftliche Mittelpunkt der Welt hat sich von London nach Newyork verschoben. 3. Japan ist zur Hegemonie in Ostasien emporgestiegen, als Rußland zusammenbrach und die Vereinigten Staaten durch den Krieg mit Deutschland beschäftigt waren; die Fragen Europas liegen ihm zunächst noch ferne.

So sind es drei Großmächte, die den Friedensvertrag von Versailles aufgesetzt und Deutschland diktiert haben; aber jede von ihnen hat dabei andere Zwecke verfolgt. 1. Die Vereinigten Staaten, die durch ihr Eingreifen die Entscheidung herbeigeführt haben, sind von Wilson vertreten, der sich auf seine 14 Punkte verpflichtet hat, aber nicht entschlossen genug ist, sie unter allen Umständen festzuhalten. Die Regierung in Washington hat dann den Friedensvertrag überhaupt nicht ratifiziert. 2. Frankreich, durch Clemenceau vertreten,

will seine alten Ziele der Rheingrenze und der Zertrümmerung Deutschlands verwirklichen — Ziele, die den 14 Punkten völlig widersprechen. 3. England steht zwischen beiden: in dem eifrigen Bestreben, die soeben noch befürchtete kontinentale Hegemonie Deutschlands dauernd zu beseitigen, scheint Lloyd George weder die letzten Ziele Frankreichs erkannt, noch auch einen ehrlichen Frieden auf Grund der 14 Punkte seinen Wählern gegenüber gewagt zu haben.

So kommt es, daß die französischen Staatsmänner siegen. Die Gedanken der Völkerveröhnung und Humanität, der Gerechtigkeit und der inneren Freiheit der Völker — Gedanken, die vielleicht geeignet gewesen wären, ein neues Zeitalter heraufzuführen — werden nur selten berücksichtigt, und sie werden so umgebogen, daß sie zum Schaden Deutschlands ausgelegt und angewendet werden können. Der Vertrag von Versailles zeigt dies in allen seinen Bestimmungen:

- a) Der Völkerbund, wie er als Teil I in den Vertrag aufgenommen worden ist, erscheint hier nicht als ein allgemeiner Menschheitsbund zur Verwirklichung von Frieden und Recht in der Welt, wie er lange vor Wilson gerade von den deutschen Denkern des Zeitalters der Humanität, von Leibniz, Kant und Fichte gedacht worden ist; sondern er ist vorläufig zu einem Vertrage herabgemindert, der die Ausbeutung des Sieges und die Verewigung des aus dem Weltkriege hervorgegangenen neuen Staatensystemes gewährleisten soll. Deshalb sind die Besiegten ausgeschlossen, sie können erst nach Probezeit und nur mit Zweidrittelmehrheit aufgenommen werden; deshalb sind die Neutralen zwar zum Eintritt eingeladen, aber nur wenn sie bedingungslos zustimmen. „Stifter“ des Bundes sind allein die alliierten und assoziierten Mächte, und zwar haben die Hauptmächte trotz der Gleichheit der Stimmenzahl unter den Stiftern dennoch das Übergewicht, weil auch alle englischen, amerikanischen und französischen Trabanten eine Stimme besitzen. Es ist daher nicht erstaunlich, daß die Entscheidungen, die der Völkerbund seitdem getroffen hat — vor allem die Entscheidungen über die Abstimmungen in den deutschen Gebieten — ausnahmslos zuungunsten Deutschlands gesprochen haben.
- b) Das Nationalitätenprinzip ist in der gleichen Weise in den Friedensverträgen ausgelegt zugunsten Frankreichs und seiner Gefolgsstaaten, zum Schaden Deutschlands und des Deutschtums in dem ganzen Erdteil. Zwar ist mit der habsburgischen Monarchie der letzte dynastische Staat und mit Rußland die letzte Despotie nach orientalischem Muster verschwunden und auf diese Weise ein großer Schritt im Sinne des Nationalitätengedankens gemacht worden; im übrigen aber hat Frankreich für sich und die zahlreichen Randstaaten, durch die es in überlieferter Weise Deutschland auch diesmal wieder umstellt hat, das Nationalitätenprinzip eingeschränkt oder gebeugt. Um den Deutschen Österreichs die Vereintigung mit ihren Volksgenossen unmöglich zu machen, wählt der Vertrag von Versailles die sophistische Ausdrucksweise, daß Deutschland die Unabhängigkeit Österreichs anerkenne und sich verpflichte, sie unbedingt zu achten. Wenn ferner Elsaß-Lothringen unter Berufung auf das Unrecht, das 1871 seiner Bevölkerung und Frankreich angetan worden sein soll, wieder an Frankreich gegeben wird, so ist hierbei in der von der französischen Politik überlieferten

Methode das Nationalitätenprinzip ersetzt worden durch das scheinbare Recht historischer Begründungen: denn nach Geschichte und Volkstum sind diese Landschaften deutsch, auch wenn sie sich in dunklen Perioden der deutschen Vergangenheit nicht immer oder nicht in allen ihren Angehörigen als deutsch empfunden haben. Beim benachbarten Saargebiet aber ist die Entscheidung zugunsten einer vorläufigen Völkerbundsregierung ganz offenkundig gegen das Nationalitätenprinzip ausgefallen, und die für später vorgesehene Volksabstimmung will offenbar Zeit und Möglichkeit schaffen, die Saarbevölkerung Deutschland zu entfremden. Die Abstimmung in Eupen und Malmedy war lediglich ein Schein. Und nicht geringer ist die Vergewaltigung in Schleswig und ganz besonders im Osten: unter dem Vorwande des Nationalitätengedankens sind die polnischen Grenzen weit in deutsches Gebiet hinein und sehr oft gegen das Resultat der Abstimmungen festgelegt worden. Die schon bisher so schlechte Ostgrenze Deutschlands ist noch schlechter geworden; bei Birnbaum nähert sie sich nun wieder auf 160 km Berlin, wie im 7 jährigen Kriege ist die Verteidigung wieder an der Oder. Schlesien liegt zwischen zwei slawischen Staaten, und Ostpreußen ist territorial sogar vom Reiche geschieden worden, indem die Verbindung nur noch durch den polnischen „Korridor“ geschehen kann. Um aber Polen einen Ausgang zum Meere zu verschaffen, ist die mit dem Nationalitätenprinzip völlig unvereinbarliche, offenbar napoleonischem Vorbilde folgende Errichtung des Freistaates Danzig geschehen. Am schlimmsten ist das Unrecht, das Oberschlesien angetan wurde. Und nicht anders ist es bei der Absteckung der übrigen Ostgrenzen zugegangen: die Randstaaten an der Ostsee sind auf Grund des Nationalitätenprinzipes geschaffen und anerkannt worden; aber die Balten, die Deutschen jener Gegenden, sind unter dem Schlagwort der inneren Kolonisation ihrer Güter beraubt — wie ja überhaupt die Bodenreform, ein germanischer Gedanke, überall in der Welt nur dort durchgeführt worden ist, wo es zum Nachteile des Deutschtums geschah. Auch die Tschechoslowakei besitzt viele deutsche Einwohner, darunter das rein deutsche Sudetenland. Die Deutschen in Siebenbürgen und im Banat sind aus ungarischen in rumänische und jugoslawische Hände gekommen, wenn auch die Durchführung des Nationalitätenprinzipes hier ganz besonders schwierig sein mochte. Die Italiener haben ihre eigene Irredenta gelöst und dafür weite, rein deutsche Gebiete mit Bozen und Meran in ihren Staat einbezogen. Nun ist die Irredenta ein deutsches Schicksal geworden: von einem ganzen Kranz von Unerlösten deutschen Volkstums sind wir umgeben!

- e) Die Verfügung über die Kolonien ist von ähnlicher Heuchelei diktiert. Nach der kaltblütigen Entschlossenheit, mit der England den politischen und wirtschaftlichen Vernichtungskampf in Ostindien viele Jahrzehnte geführt hat, und nach den entsetzlichen Greueln, die sich die französische Soldateska schon seit den Tagen Louis Philipps in Afrika hat zuschulden kommen lassen, wird nun auf Grund angeblicher Verfehlungen gegen die Menschlichkeit Deutschland die Fähigkeit abgesprochen, Kolonien zu verwalten und die Entwicklung der Eingeborenen zu leiten, die als eine „heilige Aufgabe der Zivilisation“ bezeichnet wird.

Der Vorwand deckt auch hier wieder das Interesse, indem England und Frankreich „Beauftragte des Völkerbundes“ werden gerade für diejenigen deutschen Kolonien, die sie zur Abrundung ihres Besitzes schon lange erstreben. Für England ist Deutschostafrika besonders wichtig, dessen Schutztruppe sich unter der Führung von Lettow-Vorbeck den ganzen Krieg hindurch, bis zum Waffenstillstande, gegen die Engländer behauptet hatte.

- d) Die Abrüstung ist ausschließlich gegen Deutschland durchgeführt und nur ihm auferlegt. Während die Bestimmungen des Vertrages mit unerhörter Sorgsamkeit Deutschland jede Möglichkeit einer militärischen Stärkung verschließen und sogar die polizeiliche Ordnung im Innern erschweren, rüsten die anderen Staaten, Frankreich zumal, weiter und denken nicht daran, dem Völkerbundsgedanken näherzutreten.
- e) Die innerpolitische Schwächung des deutschen Staates ist absichtsvoll durch den Vertrag erstrebt. So sehr gleichzeitig die Reichsverfassung ein Gegengewicht zu geben sich bemüht durch die unitarische Gestaltung des Reiches und die rechtliche Stärkung der Staatsgewalt, so ist doch ihre Geltung an vielen Stellen durch den Friedensvertrag gehemmt.

Wenn z. B. die Verfassung die deutschen Ströme dem Eigentum und der Verwaltung des Reiches zuspricht, so unterstellt sie der Friedensvertrag demgegenüber internationalen Kommissionen. Und so ist es mit der Verfügung über zahlreiche andere Gegenstände; vor allem ist das ganze Eigentum des Reiches und der Bundesstaaten im Interesse der Reparationen für haftbar erklärt. Bei allen Bestimmungen über Handel und Verkehr, über Privateigentum in fremden Ländern fehlt es an dem Grundsatz der Gegenseitigkeit. Daß Frankreich alle Tatsachen und Bestrebungen unterstützt, die — wie Föderalismus und Separatismus — über die Reichsverfassung hinweg eine Schwächung des Reiches und des Staatsgedankens bewirken, ergibt sich aus seinem Endziel und entspricht seiner politischen Überlieferung. Vor allem greift Frankreich, um pünktliche Zahlungen zu erzielen, in den folgenden Jahren zu einer Politik der „Sanktionen“, die mit der Befehzung des Ruhrgebietes ihren Höhepunkt erreicht; der Vertrag von Locarno (1925) erkennt an, daß dieses Vorgehen im Vertrage von Versailles keine Grundlage hat.

- f) Die territorialen und wirtschaftlichen Verluste, die Deutschland in dem Vertrage zugemutet worden sind, machen diesen Frieden mehr als irgendeinen anderen in der Geschichte zu einem Vertrage des Unrechtes und der Gewalt.

Deutschland hat 13% oder $\frac{1}{8}$ seiner Fläche, 10% oder $\frac{1}{10}$ seiner Bevölkerung verloren. Es hat an Rohstoffen 30% seiner Steinkohlenförderung eingebüßt und ist nun zur Einfuhr gezwungen, während es vor dem Kriege einen großen Überschuß zum Export besaß. Und während die Erzproduktion schon vor dem Kriege nicht für den Bedarf der deutschen Wirtschaft genügte, hat Deutschland jetzt sogar 75% davon eingebüßt. Die abgetretenen Gebiete sind aber nicht nur reich an Bodenschätzen; gerade sie sind vor allem die landwirtschaftlich ertragsreichsten Gebiete, die besten landwirtschaftlichen Überschußgebiete Deutschlands. Die landwirtschaftliche Produktion hat sich also in weit stärkerem Maße vermindert als die Bevölkerungszahl. Wir verloren 13% der Weizenproduktion, 18% der Roggen- und Gerstenernte, 20% der Kartoffelernte. Also ist Deutschland noch mehr als vor dem Kriege auf Einfuhr und Industrie angewiesen, seine Handelsbilanz ist unter diesen Verhältnissen immer passiver geworden. Dazu kommt

der Verlust der Kolonien, ferner die Waffenstillstandslieferungen, die Reparationsverpflichtungen, die Besatzungskosten und Ausgaben für interalliierte Kommissionen, die Restitutions- oder Ersatzlieferungen, die Entschädigungen an Auslands- und Kolonialdeutsche, an Offiziere und Invaliden, an Ausgewiesene. Besonders aber bedeutete die Aufstellung der von Deutschland zu leistenden Wiedergutmachungen eine vollendete Täuschung. Deutschland hatte die Waffen niedergelegt auf Grund der „14 Punkte“, die eine Kriegsentuschädigung ausschlossen, und die Verbündeten hatten deshalb in den Waffenstillstandsverhandlungen nur Ersatz des der Zivilbevölkerung angetanen Schadens verlangt. Trotzdem nahm der Friedensvertrag von Versailles auch die Pensionen und Beihilfen in die Schadenrechnung auf, die dadurch nahezu verdreifacht wurde.

g) Die Zumutungen gegen die deutsche Ehre übertreffen alles andere.

Gegen das „Schuldbekenntnis“ und die Auslieferung der „Kriegsverbrecher“ bäumte sich bis zuletzt der nationale Stolz, aber der Vertrag, der nach seinen Worten und nach den Kundgebungen Wilsons kein Vertrag der Gewalt sein sollte, wurde Deutschland nicht zum Zwecke der Unterhandlung, sondern der bedingungslosen Unterschrift vorgelegt. Deutschland sollte innerhalb vierzehn Tagen entweder unterschreiben oder waffenlos den Einmarsch der Feinde über sich ergehen lassen.

So wurde der Vertrag unterschrieben, am 28. Juni 1919.

Es war das bittere Ende einer langen Kette von Hoffnungen und Enttäuschungen. Vieles hatte daran gearbeitet, das deutsche Volk zu diesem Ende zu führen. Zahllose ungelöste Probleme einer wirrenreichen Geschichte waren wieder lebendig geworden und hatten hemmend eingegriffen in das moderne Leben; dieses Leben selbst aber hatte alte Werte und Kräfte aufgezehrt, ohne die Zeit zu gewinnen, ein Neues und Besseres zu gestalten. Und zu allem waren dann die unaufhörlichen Wandlungen in der Stellung der großen Mächte getreten, ohne daß es Deutschland vergönnt war, die Ungunst seiner geographischen Lage auszugleichen durch eine glückliche Staatskunst. So mußte der Kampf unter den ungünstigsten Bedingungen aufgenommen und geführt werden, bis den Gegnern nach deutschen Heldentaten und Opfern ohnegleichen doch zuletzt noch der Sieg zufiel. Nun liegt das deutsche Volk zerschlagen, äußerlich machtlos und im Innern niedergedrückt. Zweimal — so sagt Treitschke am Eingang seiner „Deutschen Geschichte“ — war der deutschen Nation ein Zeitalter der Jugend beschieden, zweimal ein Kampf um die Grundlagen staatlicher Macht und freier Gesittung; jetzt — so müssen wir heute hinzufügen — sieht Deutschland zum dritten Male, und schwerer denn jemals, den Weg vor sich als Aufgabe und Pflicht der Zukunft. Doch diesen Weg hofft Deutschland zu finden; denn ungebrochen blieb ihm in aller Enttäuschung und allem Jammer der Wille zum Leben, und unmittelbar, nachdem die alten Formen zertrümmert und wertlos geworden, schuf sich das deutsche Volk eine neue Form des staatlichen Daseins in der Reichsverfassung von Weimar.

I. Die Weimarer Verfassung.

Die Novemberrevolution hatte an die Stelle des Kaisertums die proletarische Räterepublik nach russischem Vorbilde gesetzt. Da eine zentrale Räteversammlung nicht vorhanden war, betrachtete sich der Vollzugsausschuß der Arbeiter- und Soldaten-Räte von Groß-Berlin als oberste revolutionäre Instanz und legte sich das Recht bei, den Rat der Volksbeauftragten zu beaufsichtigen.

An der Frage, welche Verfassung an die Stelle dieser vorläufigen Ordnung treten sollte, scheiden sich alsbald die beiden Parteien, welche die Revolution gemacht haben. Die alte Sozialdemokratie will die Berufung einer auf demokratischer Grundlage gewählten, souverän beschließenden, konstituierenden Nationalversammlung, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei will den proletarischen Zentralrat des Räteystems: demokratischer Parlamentarismus steht gegen die Diktatur des Proletariats. Die „Mehrheitssozialisten“ erhalten in der darüber befragten Delegiertenversammlung oder „Reichskonferenz“ aller A.- u. S.-Räte die Mehrheit; am 19. Januar 1919 können die Wahlen zur Nationalversammlung stattfinden. Die Unabhängigen erhalten nur wenige Stimmen, und die beiden sozialistischen Parteien erreichen zusammen nicht die volle Mehrheit, so daß weder das Räteystem noch eine sozialistische Verfassung durch die Nationalversammlung beschlossen wird. Zwar versuchen Anhänger des Räteystems, die sich „Spartakisten“ nennen, durch revolutionäre Erhebungen in Berlin, München, Bremen, Hamburg sich durchzusetzen, aber es gelingt ihnen nicht; vielmehr beschließt die Nationalversammlung, die sicher vor ihren Handstreich in Weimar tagt, eine demokratische und parlamentarische Verfassung, in der für alle aus der Geschichte überlieferten und in der Vergangenheit nicht gelösten Probleme des deutschen Staates eine Regelung versucht und für sie ein den gegebenen Tatsachen entsprechender staatsrechtlicher Ausdruck gefunden wird.

Die Weimarer Verfassung zerfällt in zwei Hauptteile, von denen der erste von „Aufbau und Aufgaben des Reiches“ handelt, der zweite die „Grundrechte und Grundpflichten der Deutschen“ aufzählt. Jeder Hauptteil zerfällt in Abschnitte, jeder Abschnitt in Artikel.

Die Abschnitte des ersten Hauptteiles handeln vom Verhältnis des Reiches zu den Einzelstaaten, von den Organen des Reiches und ihren Funktionen, von den Aufgaben des Reiches nach der durch die Staatslehre überlieferten Dreiteilung in Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege. So ergeben sich folgende Abschnitte:

1. Das Reich und die Länder.

Das Reich besitzt den Einzelstaaten gegenüber, die nun Länder genannt werden, zum Teil ein ausschließliches Gesetzgebungsrecht, zum Teil ein konkurrierendes, das also die Zuständigkeit der Länder bestehen läßt, „solange und soweit das Reich von seinem Gesetzgebungsrechte keinen Gebrauch macht“. In jedem Falle gilt der Grundsatz: „Reichsrecht bricht Landesrecht“. Neben der Zuständigkeit des Reiches in der Gesetzgebung gibt es eine solche in der Verwaltung; auch kann das Reich in Verfassung und territorialen Bestand der Länder eingreifen.

2. Der Reichstag

besteht aus Abgeordneten, die als Vertreter des ganzen Volkes gelten und an Aufträge der Wähler nicht gebunden sind. Die Abgeordneten werden für eine

vierjährige Wahlperiode in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl gewählt, die Wahlen erfolgen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl. Das aktive Wahlrecht ist an das vollendete 20. Lebensjahr geknüpft, das passive Wahlrecht an das vollendete 25. Lebensjahr und an mindestens einjährige Reichszugehörigkeit; die Frauen sind den Männern gleichgestellt. Die Aufgaben des Reichstages betreffen Gesetzgebung, Bewilligung von Geldmitteln, Entscheidung über Krieg und Frieden und über Staatsverträge; der Reichstag hat das Interpellationsrecht und das Recht des Vertrauens- und Mißtrauensvotums gegenüber der Regierung, die dem Votum Folge geben muß. Die Beratungen finden in Ausschüssen und im Plenum statt.

3. Der Reichspräsident und die Reichsregierung.

Der Reichspräsident — auf sieben Jahre vom ganzen Volke gewählt — vertritt das Reich völkerrechtlich, er ernennt und entläßt die obersten Reichsbeamten, er führt den Oberbefehl über die Wehrmacht, er kann den Reichstag auflösen und den Volksentscheid anrufen. Aber zu allen Anordnungen bedarf er der Gegenzeichnung des Reichskanzlers, des Vorsitzenden der Reichsregierung. Reichskanzler und Reichsregierung bedürfen des Vertrauens des Reichstages; die Anzahl der Ministerien, die die Reichsregierung bilden, ist in der Verfassung nicht festgelegt.

4. Der Reichsrat

stellt die Vertretung der Länder gegenüber dem Reichsganzen bei Gesetzgebung und Verwaltung dar.

5. Die Reichsgesetzgebung

liegt allein beim Reichstag; Reichsrat und Reichspräsident haben lediglich ein Einspruchsrecht. Das Recht der Initiative besitzen auch Regierung, Reichsrat und Reichswirtschaftsrat; die Einrichtung des Volksbegehrens gibt auch dem Volke unmittelbar ein Initiativrecht.

6. Die Reichsverwaltung

umfaßt die Vertretung nach außen, die Heeresverwaltung, Zoll- und Finanzverwaltung, Post und Eisenbahnen.

7. Die Rechtspflege.

Die Unabhängigkeit der Richter wird gewährleistet; die Justizverwaltung ist den Ländern überlassen mit Ausnahme des Reichsgerichtes und des Staatsgerichtshofes.

Die Abschnitte des zweiten Hauptteiles stellen Grundsätze für das Verhältnis der Bürger zum Staate auf. Neben den altüberlieferten Menschenrechten stehen moderne soziale Reformgedanken. Die einzelnen Abschnitte lauten:

a) Die Einzelperson.

Gleichheit vor dem Gesetze und Freiheit der Person werden gewährleistet.

b) Das Gemeinschaftsleben.

Die Ehe wird als Grundlage des Staates unter den besonderen Schutz der Verfassung gestellt, die Förderung der Familie und die Jugendfürsorge werden als Aufgaben des Staates bezeichnet. Vereins- und Versammlungsfreiheit und das Petitionsrecht werden erwähnt, die Grundsätze eines modernen Beamtenrechtes werden entwickelt.

c) Religion und Religionsgesellschaften.

Die Glaubens- und Gewissensfreiheit wird gewährleistet; es besteht keine Staatskirche, die großen Religionsgesellschaften sind Körperschaften des öffentlichen Rechtes; sie ordnen und verwalten ihre Angelegenheiten selbständig.

d) Bildung und Schule.

Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei. Es werden Grundsätze festgelegt über die Einrichtung und die Aufgaben des öffentlichen Schulwesens, über Lehrerbildung, Schulaufsicht, Volksschulpflicht, über die Staatschule und ihr Verhältnis zur Bekenntnisschule und zum Religionsunterricht.

e) Das Wirtschaftsleben

wird staatlicher Regelung unterworfen, soweit es das allgemeine Interesse als notwendig erscheinen läßt. Insbesondere betrifft dies die Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die Verteilung und Nutzung des Bodens: die Schaffung eines modernen Arbeitsrechtes und eines Heimstättengesetzes im Sinne der Bodenreformer wird demgemäß ins Auge gefaßt, Körperschaften auf berufständischer und wirtschaftlicher Grundlage werden vorgeesehen.

Dies ist der Inhalt der Verfassung. Der Geist, aus dem sie geschaffen ist, und die Bedeutung ihrer einzelnen Bestimmungen werden klar, wenn man die Reichsverfassung von 1919 mit den beiden anderen deutschen Reichsverfassungen zusammenstellt, der von 1849 und jener von 1871. Es ergibt sich dann, daß das Werk der Paulskirche und das Verfassungswerk von Weimar untereinander viel näher verwandt erscheinen als dies der Fall ist im Verhältnis eines jeden der beiden Werke zu der zeitlich zwischen ihnen liegenden Verfassung von 1871.

1. Während die Verfassung von 1871 in ihrer „Präambel“ das Reich als einen „ewigen Bund“ bezeichnet hatte, den der König von Preußen im Namen des Norddeutschen Bundes mit den Landesherrn der süddeutschen Staaten schließt, heißt die Präambel der Weimarer Verfassung: „Das deutsche Volk, einig in seinen Stämmen und von dem Willen beseelt, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu festigen, dem inneren und dem äußeren Frieden zu dienen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern, hat sich diese Verfassung gegeben.“ Während also die alte Verfassung auf Vereinbarungen zwischen den Fürsten aufgebaut war, ist die neue Verfassung auf den Gedanken der Volkssouveränität gegründet. Dem entspricht auch der Wortlaut des ersten und des letzten Artikels der Verfassung. Art. 1: „Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ Art. 181: „Das deutsche Volk hat durch seine Nationalversammlung diese Verfassung beschlossen und verabschiedet.“
2. Wenn die Schöpfung Bismarcks auf föderalistischer Grundlage aufgebaut war, so führt die Weimarer Verfassung, noch viel stärker als ehedem das Werk der Paulskirche, zu einer unitarischen Gestaltung des Reiches. Zwar bleiben den Einzelstaaten Reste ihrer früheren Stellung erhalten, und das Reich bleibt auch jetzt noch staatsrechtlich ein Bundesstaat. Aber die Organe des Reiches greifen in ganz anderer Weise als früher in die Selbständigkeit aller Länder ein. Die Verfassung zeigt dies an all jenen Stellen, an denen die Bismarcksche Verfassung dem Föderalismus gegenüber besondere Rücksicht geübt hat.

- a) Die historisch begründete Stellung Preußens, die von Bismarck so nachdrücklich gewahrt worden war, ist gebrochen nicht nur durch die Zerstörung des Heeres und des alten Bundesrates, sondern auch durch Artikel 18, der eine künftige Zerstückelung Preußens durch einfaches Reichsgesetz ermöglicht, falls die „Gebietsänderung oder Neubildung durch den Willen der Bevölkerung gefordert wird und ein überwiegendes Reichsinteresse sie erheischt“. Das gleiche gilt auch für die anderen Länder: ein Recht auf Integrität ihres Gebietes und ihrer Grenzen, auch nur ein Recht auf ihre Existenz ist dieser Territorialhoheit des Reiches gegenüber nicht anerkannt. Auch die innere Ordnung der Länder ist durch die Reichsverfassung (Art. 17) vorgeschrieben, ihre Landesverfassung muß republikanisch und parlamentarisch sein, die Wahlen für alle öffentlichen Körperschaften der Länder müssen nach dem allgemeinen, gleichen, unmittelbaren und geheimen Wahlrecht stattfinden.
- b) Die Kompetenz des Reiches ist im Vergleich zu der Verfassung von 1871 und sogar zu der von 1849 gewaltig erweitert. Die Zahl der Angelegenheiten, für deren Regelung die Reichsgesetzgebung zuständig ist, hat eine große Vermehrung erfahren (Art. 6/7), wichtige Zweige der Verwaltung sind den Ländern genommen und auf das Reich übertragen (Art. 78/101). So ist den Ländern mit dem Gesandtschafts- und Konsularrecht der letzte Rest von selbständiger Anteilnahme an den auswärtigen Angelegenheiten genommen. Die Wehrmacht ist, sowohl in Kommandogewalt wie in Verwaltung, auf das Reich übergegangen. Das Zollwesen ist an das Reich übertragen, und zwar nicht nur in der Gesetzgebung, sondern auch in der Verwaltung. Im Post- und Telegraphenwesen sind die letzten bayerischen und württembergischen Reservatrechte gefallen. Eigentum und Verwaltung der Eisenbahnen und Wasserstraßen sind dem Reiche zugesprochen: das Stromregal ist also, nachdem es jahrhundertlang im Besitze der Partikulargewalten gestanden, dem Reiche zurückgewonnen, das Wasser ist wieder wie im Mittelalter „des Reiches StraÙe“. Nur Justiz und Justizverwaltung haben die Länder in der alten Weise zu behaupten vermocht (Art. 103).
- c) Hatte das Bismarcksche Reich nicht einmal eine Finanzhoheit besessen, so sind nun dem Reiche eigene Einnahmen, besonders auch die ihm bis dahin versagten direkten Steuern, eröffnet, und die Verwaltung aller Reichssteuern ist ihm zugewiesen worden (Art. 83/84).
- d) Wenn der föderalistische Charakter des Bismarckschen Reiches besonders durch den Bundesrat gekennzeichnet war, so steht der Reichsrat, der nunmehr an seine Stelle getreten ist, an Macht und Zuständigkeit ihm gegenüber weit zurück; er ist nicht Träger der Reichsgewalt, sondern er ist nur der Reichsregierung an die Seite gesetzt, um ihre Tätigkeit zu unterstützen oder im Interesse der Länder zu hemmen. Immerhin bleiben die Länder durch ihn an der Bildung des Reichswillens beteiligt und haben also durch ihre Zugehörigkeit zum Reiche ihre Staatlichkeit nicht eingebüßt. Das Reich bleibt auch jetzt noch ein Bundesstaat. Auch ist den Ländern der Wollzug der Reichsgesetze — freilich mit Vorbehalt — überlassen (Art. 14). Indem also die Schöpfer der Weimarer Verfassung sich für die Einsetzung eines Reichsrates entschieden und deshalb den 1849 gefundenen Gedanken des Staatenhauses ablehnten, bekannten sie sich zu einem Verfassungsprinzip, das in der deutschen Geschichte tief begründet, von dem alten Regensburger Reichstag über den Frankfurter Bundestag und den Bundesrat der bismarckschen Verfassung bis zu dem gegenwärtigen Reichsrat sich verfolgen läßt.
3. Wenn die Verfassung von 1849 ein parlamentarisches und demokratisches Kaisertum gewollt, Bismarck ein konstitutionelles Kaisertum geschaffen hat, so stellt sich das Deutsche Reich in der Weimarer Verfassung als ein parlamentarisches und demokratisches Republikum dar — der großen Verschiebung der politischen Kräfte entsprechend, die ihrer Schöpfung unmittelbar vorausgegangen ist. Reichstag und

Reichsregierung sind in dieser Republik die Vertreter des parlamentarischen, demokratischen und unitarischen Prinzips.

- a) Wenn die Bismarcksche Verfassung gekennzeichnet war durch die Schwäche des Reichstages, so ist der Reichstag jetzt zum eigentlichen Träger der Staatsgewalt geworden. An seinem äußeren Bilde hat sich wenig geändert, das Einkammersystem und das Reichstagswahlrecht sind geblieben, neu sind nur die Einführung der Verhältniswahl und des Wahlrechtes der Frauen sowie die Herabsetzung des zur Wahl berechtigenden Lebensalters. Jedoch besteht ein gewaltiger Unterschied in der staatsrechtlichen Stellung des alten und des jetzigen Reichstages. Der Reichstag der Weimarer Verfassung ist der Repräsentant des Volkes als des Trägers des Reichsgewalt; seine Zuständigkeit ist nur soweit beschränkt, als die Verfassung die Gewalt den anderen Organen, wie dem Reichspräsidenten, der Reichsregierung und dem Reichsrate, ausdrücklich überträgt. Der Reichstag hat also die volle gesetzgebende Gewalt, und die vollziehende ist von ihm abhängig, indem Reichskanzler und Reichsminister zu ihrer Amtsführung des Vertrauens des Reichstages bedürfen: Art. 54 spricht diesen Grundsatz der parlamentarischen Regierungsform aus. Der Gedanke der Volkssouveränität verlangt, daß die Volksvertretung nur durch das Volk beschränkt werden kann; die Verfassung (Art. 73) kennt daher zwei Formen unmittelbarer Teilnahme des Volkes an der Gesetzgebung, nämlich die Gesetzesverwerfung durch Volksentscheid (Referendum) und den Gesetzesvorschlag durch Volksbegehren (Volksinitiative). Die Schweiz und nordamerikanische Einzelstaaten haben auch hierfür die Vorbilder geliefert: eine Ausschaltung des Reichstages von der Gesetzgebung bedeuten aber auch diese Institutionen nicht, sondern nur eine Einschränkung seiner Gewalt. Sehr gering nur ist auch die Einschränkung, die dem Reichspräsidenten möglich ist. Auch er besitzt kein absolutes Veto. Zwar kann er den Reichstag auflösen oder den Volksentscheid anrufen, aber er bedarf auch dazu der Mitwirkung des Reichskanzlers, dem die Reichstagsmehrheit unter Umständen durch ein Mißtrauensvotum zuvorkommen kann.
- b) Der Reichspräsident ist also abhängig vom Reichstag, denn er bedarf zu allen Verfügungen der Gegenzeichnung eines Ministers, die Minister aber sind — im grundlegenden Unterschiede zu der alten kaiserlichen Reichsregierung — an das Vertrauen des Reichstages gebunden. Trotz dieser rein parlamentarischen Abhängigkeit des Präsidenten erfolgt seine Wahl dennoch nicht wie in Frankreich durch das Parlament, sondern unmittelbar durch das Volk wie in den Vereinigten Staaten, wo die plebiszitäre Wahl des Präsidenten seiner vom Parlamente völlig unabhängigen Stellung entspricht. Die deutsche Verfassung sucht die parlamentarische und die plebiszitäre Präsidentschaft miteinander zu vereinigen, indem sie den Präsidenten einerseits zwar an die Gegenzeichnung der parlamentarischen Minister bindet, andererseits ihm die Anrufung des Volksentscheides oder die Auflösung des Reichstages in die Hände gibt (Art. 41/50).
- c) Die Stellung des Reichskanzlers und der Reichsminister ist nicht nur durch die Einführung des parlamentarischen Systems eine andere geworden — wobei dem Reichstage auch die Durchführung der Ministeranklage ermöglicht ist (Art. 39) —, sondern auch dadurch, daß die Reichsminister nun ihre Ressortgeschäfte unter eigener parlamentarischer Verantwortlichkeit führen (Art. 56/57). Die Ausnahmestellung, die Bismarck dem Kanzler gegeben hat, ist dadurch beseitigt. Indem jedoch der Reichskanzler „die Richtlinien der Politik“ bestimmt und indem ferner die Fachminister nur auf seinen Vorschlag ernannt werden können, besitzt er auch jetzt noch eine große Autorität innerhalb der Reichsregierung.
- d) Der demokratische Charakter der Verfassung ergibt sich auch daraus, daß die überlieferte Aufzählung der Grundrechte, auf die Bismarck verzichtet hatte, in die Verfassung aufgenommen ist. Und zwar sind es nicht nur die bekannten Menschen- und Bürgerrechte, die aufgezählt werden, sondern es sind zugleich auch staatsbürgerliche Pflichten aufgenommen, wie die Pflicht zu ehrenamtlicher Tätigkeit

oder die Steuerpflicht ausdrücklich genannt sind. Auch werden zugleich Richtlinien für künftige Gesetze aufgestellt. Die Artikel über Kirche und Schule und jene über das Wirtschaftsleben zeigen deutlich, wie die Verfassung das Ergebnis langer Verhandlungen und vieler Kompromisse ist: so wird die Weltlichkeit der Schule zwar als Grundsatz aufgestellt, aber die Möglichkeit kirchlichen Einflusses offen gelassen. Der Abschnitt über das Wirtschaftsleben enthält einerseits Bestimmungen, die ganz in dem Geiste des Sozialismus wurzeln: so die dem Reiche erteilte Ermächtigung, private wirtschaftliche Unternehmungen zu sozialisieren (Art. 7), ferner der Schlußartikel der Grundrechte (Art. 165), der das Räte-system in die Verfassung einführt, indem er durch Betriebsräte und Wirtschaftsräte die Arbeiter und Angestellten dazu beruft, in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken. Der gleichzeitig vorgesehene Reichswirtschaftsrat knüpft an die alten Ideen der berufsständischen Vertretung an. Doch stehen andererseits diesen Artikeln Grundsätze gegenüber, durch die Vertragsfreiheit, Privateigentum und Erbrecht, also die Grundpfeiler der kapitalistischen Ordnung, ausdrücklich in der Verfassung verankert werden (Art. 152/4).

So stellt sich die Verfassung zwar in den Einzelheiten zahlreicher Bestimmungen als das geschichtliche Ergebnis vieler politischer Kräfte dar; durch das Ganze aber weht ein einheitlicher Geist, der das demokratische und unitarische Reich erstrebt, wie es die Männer von 1848 ersehnt hatten. Zum äußeren Zeichen dessen bestimmt die Verfassung von 1919 das Schwarz-rot-gold als Farben des Reiches. Freilich ist dieses Reich und seine Verfassung nun unter Umständen Wirklichkeit geworden, an die die Männer der Paulskirche niemals gedacht hätten: das alte Ziel ist erst nach einer Katastrophe ohnegleichen möglich geworden und sieht sich in seiner Geltung und Dauer beengt und bedroht. Denn Souveränität und Verfassung des Reiches sind angetastet durch Artikel 178, welcher erklärt, daß Verfassungsbestimmungen ruhen, wenn sie nicht übereinstimmen mit dem Friedensvertrage von Versailles. So ist in dieser Bestimmung die ganze Tragik der deutschen Geschichte noch einmal zusammengedrängt. Während die anderen Völker im Laufe der Jahrhunderte sich zu geschlossenen Nationalstaaten entwickelt und mit der Einheit von Staat und Volk eine unvergleichliche Kraft in sich geschaffen haben, hat das deutsche Volk vergebens mit diesem tiefsten und schwierigsten Problem der neueren Geschichte gerungen. Es hat die große historische Sendung des Absolutismus immer nur an den Territorien und nicht an der Nation sich erfüllen sehen, und es hat niemals den Tag der großen inneren Befreiung erlebt, wo es als einiges, frei gewordenes Volk sich seinen Staat geschaffen hätte aus eigener Kraft. Die Bewegungen, die 1813 und 1848 von reiner Begeisterung getragen waren, hatten nicht zum Ziele geführt, und als dann dem Volke 1871 das Reich durch die Genialität eines überragenden Mannes geschenkt ward, da waren zu viel geschichtliche und entgegenstrebende Kräfte zu schonen, die nur überredet und nicht überwunden waren. Und trotzdem wird es nicht zu spät sein, wenn nur die deutsche Jugend den Stolz besißt, auch in des Vaterlandes tiefster Erniedrigung dennoch das Schicksal zu segnen, ein Deutscher zu sein. Die Jugend muß die Kraft haben, um der Zukunft der Heimat willen von allen bequemen Vorurteilen zu lassen: in Not und Jammer wird sie die

Hoffnung hochhalten! Sie hat aus der Vergangenheit gelernt, daß die Staaten ihre innere und äußere Stärke seit den Tagen der amerikanischen Erhebung und der französischen Revolution in unermeßlicher Weise gemehrt haben, indem sie alle sittlichen Kräfte des Volkes weckten und unmittelbar mit ihrem eigenen Leben verbanden, um also Staatswillen und Volkswillen zu einer Einheit zusammenschweißen. Solche lebendige Staatsgesinnung hat dann der deutsche Idealismus in seiner großen, klassischen Zeit aus allgemeinen Grundsätzen entwickelt und an den Erfahrungen seiner Gegenwart geprüft, und es hat eine Zeit gegeben, da die deutsche Jugend diese Gedanken mit Jubel und Begeisterung umfassen hat. Zwar ist es ihr dann nicht gelungen, danach den deutschen Staat zu formen; aber die Schuld ist dabei auf ihrer Seite sicherlich am wenigsten gewesen. Und so besitzt die Jugend heute eine große geistige Überlieferung, die ihr als Hilfe dienen soll, um für Deutschland die Entwicklung der Jahrhunderte nachzuholen: die Jugend muß in sich die Kraft bilden, die Volksgemeinschaft aufzubauen, um zwischen Fremdherrschaft und Anarchie, die heute uns umdrohen, das Vaterland emporzuführen.

K. Nach dem Weltkriege.

- 1921 Britische Reichskonferenz
Ermordung Erzbergers
- 1922 Diktatur Mussolinis in Italien
Räumung Ägyptens
Deutsch-russischer Vertrag von Rapallo
- 1923 Besetzung des Ruhrgebietes — Erdbeben in Japan
- 1924 Dawes-Plan
- 1925 Locarno
- 1926 Räumung der Kölner Zone
Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund
- 1927 Chinesischer Freiheitskrieg

I. Der Kampf um Rhein und Ruhr.

Aus der Vorgeschichte des Weltkrieges und aus der Lage, die er zurückließ, ergab es sich von selbst, daß ein wahrer und echter Friede nur bei einer inneren Versöhnung zwischen Frankreich und Deutschland möglich war, daß aber nichts in der Welt schwieriger war als gerade dies. Frankreich hatte durch den Krieg die schwersten Wunden empfangen, und es waren ihm dann mit dem kaum noch erwarteten Siege seine ältesten Wünsche erfüllt und weitere, ungeheure Hoffnungen erweckt worden. Deutschland andererseits hatte Lasten auf sich nehmen müssen, die wirtschaftlich und moralisch untragbar schienen und die aufs tiefste verwunden mußten, und wiederum waren gerade Frankreich und Belgien die Gläubiger, die nach der Ansicht des Vertrages von Versailles am ersten zu fordern berechtigt waren. Hieraus ergaben sich Konflikte, die den Kriegszustand auch noch in die Zeit des Friedens hinein verlängerten, unerhörte Zustände geselloser Anarchie schufen und die europäische Zivilisation an den Rand des Abgrundes brachten.

1. Die besetzten rheinischen Gebiete.

In Ausführung des Waffenstillstandsvertrages besetzen die Alliierten die linksrheinischen Gebiete und die Brückenköpfe von Köln, Koblenz und Mainz noch im Jahre 1918; in den ersten Tagen des Jahres 1919 kommt noch der Rehler Brückenkopf hinzu. Als der Friedensvertrag dieser Besetzung langjährige Dauer verliehen hat, teilen die Alliierten das Gebiet in eine englische Zone um Köln, eine belgische um Aachen und Arefeld, eine amerikanische um Koblenz und eine französische, die das ganze Gebiet zwischen Trier und Wiesbaden und die gesamte Pfalz umfaßt. Eine „Interalliierte Rheinlandkommission“, aus je einem Vertreter der vier Regierungen bestehend, wird mit dem Sitze in Koblenz eingerichtet; das die Rechtsverhältnisse des besetzten Gebietes regelnde Rheinlandabkommen

gibt ihr die Befugnis, Verordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen, „soweit dies für die Gewährleistung des Unterhaltes, der Sicherheit und der Bedürfnisse der Streitkräfte der Alliierten Mächte nötig ist“. Als aber die Vereinigten Staaten den Vertrag von Versailles nicht ratifizieren, ziehen sie auch ihre Truppen und ihren Vertreter in der Kommission zurück.

Unter den Besatzungsmächten erhält Frankreich in jeder Hinsicht die Führung; es erlangt nicht nur den dauernden Vorsitz in der Kommission, sondern auch bei weitem die größte Zone wird ihm überlassen; Frankreich allein stellt eine Truppenzahl, die zeitweise viermal so groß ist als die der übrigen Mächte zusammen. Die Franzosen gehen auch am rücksichtslosesten gegen die Bevölkerung der besetzten Gebiete vor. Die Belegung mit französischen Truppen ist mehr als doppelt so groß, als in Friedenszeiten deutsche Garnisonen in diesen Grenzgebieten gestanden hatten; darunter befinden sich starke Verbände farbiger Truppen. Jahre hindurch gleicht die französische Zone einem einzigen Kriegslager, und alle Folgen einer schrankenlosen Soldatenherrschaft brechen über das unglückliche Land herein. Die Anforderungen an Wohnungen, Kasernenbauten, an wertvollem Ackerland für Exerzier- und Flugplätze gehen ins Ungemessene; die Ausschreitungen der Truppen, zumal der farbigen, gegen die wehrlose Bevölkerung, vor allem gegen Frauen und Kinder gehören zu den schmachvollsten Vorgängen der neueren Geschichte. Die Militärgerichte bleiben lässig gegen die Angehörigen der Besatzungstruppen; aber sie erweitern zugleich willkürlich ihre Zuständigkeit und machen die Bevölkerung vollends recht- und schutzlos. Die Gesetzesbefugnis der Rheinlandkommission greift in alle Zweige der deutschen Verwaltung und legt sie lahm, die örtlichen Delegierten der Kommission hemmen die Tätigkeit der deutschen Beamten, und eine gewaltsame Kulturpropaganda, wie sie seit alten Zeiten ein Mittel französischer Staatskunst gewesen, sucht die Bevölkerung an die Seite Frankreichs zu bringen. So kommt es zur Bewegung der Separatisten, die auf Losreißung der rheinischen Lande vom Deutschen Reiche hinarbeitet (1923); sie vermag aber in den Massen der deutschen Bevölkerung keinen Fuß zu fassen und geht an dieser Tatsache zugrunde. Ein Kriegszustand mitten im Frieden ist das Kennzeichen dieser Lage: die Militärdiktatur hebt alle jene bürgerlichen Rechte auf, die im Laufe eines Jahrhunderts überall in Europa mühsam errungen und zur selbstverständlichen Grundlage alles staatlichen Lebens in der zivilisierten Welt gemacht worden sind; es gibt keine Freiheit der Presse mehr, keine Versammlungsfreiheit, keinen Schutz gegen willkürliche Verhaftungen. Deutschland ist in diesen Jahren überfüllt mit ausgewiesenen Flüchtlingen, die Gefängnisse des besetzten Gebietes sind überfüllt mit politischen Gefangenen. Alle diese unwürdigen Zustände steigern sich aber noch, als Frankreich und Belgien zur willkürlichen Ausdehnung der Besetzung schreiten und vor allem die Hand auf das rheinisch-westfälische Industriegebiet legen.

2. Die Ausdehnung der Besetzung.

Der Vertrag von Versailles sieht bei „absichtlicher Nichterfüllung“ Zwangsmahregeln gegen Deutschland vor; Frankreich und Belgien, die Hauptgläubiger, stützen sich auf diesen Paragraphen bei ihrem Vorgehen gegen Deutschland.

- a) Frankfurt mit der Umgegend bis Darmstadt wird besetzt (1920), als die deutsche Regierung zur Unterdrückung kommunistischer Unruhen Truppen in das Ruhrgebiet, also in die „neutrale Zone“ entsendet.
- b) Die Brückenköpfe Düsseldorf und Duisburg werden besetzt (1921—25), als die deutsche Regierung auch angesichts eines auf der Londoner Konferenz gestellten Ultimatums zögert, die Summe von

226 Milliarden Goldmark als Höhe der Geldverpflichtung anzuerkennen. Obwohl Deutschland alsbald nach der Befezung dem Zwange nachgibt, bleibt dieselbe dennoch durch Jahre aufrecht erhalten.

- e) Das Ruhrgebiet wird am 11. Januar 1923 besetzt, weil Deutschland im Jahre 1922 mit seinen Leistungen an Kohlen und Holz im Rückstand geblieben ist. Poincaré will deshalb „Sanktionen“; seine „Pfänderepolitik“ hat zum Ziele, die Kontrolle der rheinisch-westfälischen Industrie und ihrer Produktion in französische Hände zu bringen. Eine Ingenieurkommission nimmt unter dem Schutze der Truppen — die nur diesem Zwecke dienen sollen — die Gruben und Hüttenwerke in französische Aufsicht, ebenso werden die Zölle, die Steuern, die Forsten und Eisenbahnen für Frankreich als Pfand beschlagnahmt, und dieses System wird auch auf die französisch-belgische Zone des rechtmäßig besetzten Gebietes ausgedehnt. Es beginnt ein sinnloser Raubbau am Walde, die „Mission Interalliée de Contrôle des Usines et des Mines (Micum)“ geht mit Wegnahme des Privateigentums voran, eine eigene Zolllinie wird um das ganze Gebiet gelegt, um jeden Verkehr mit Deutschland zu unterbinden; die Eisenbahnen werden in französische Regie übernommen.

Die Bevölkerung setzt diesem Vorgehen passiven Widerstand entgegen. Massenweisungen und Freiheitsstrafen sind die Folgen, einige Fälle von gewaltsamem Widerstand werden durch Todesurteile geahndet, unter denen dasjenige an Schlageter sogar vollzogen wird. Auch schreitet Frankreich zur Vergeltung für diesen Widerstand noch zu einigen weiteren Besetzungen; Offenburg und Appenweier werden besetzt und dadurch die Verbindung nach der Schweiz und Italien zerrissen, weil die deutsche Regierung aus Kohlenmangel die internationalen Züge von Paris nach Bukarest und Prag hat ausfallen lassen; die Häfen von Mannheim und Karlsruhe werden zur Vergeltung von Zerstörungen im Ruhrgebiet besetzt.

3. Die Rückwirkungen dieser Vorgänge auf das innere Deutschland.

Das Jahr 1923 bezeichnet den Zeitpunkt des tiefsten Niederganges in Deutschland; die durch den verlorenen Krieg hervorgerufenen Erschütterungen erreichen nun ihren gefährlichsten Grad. Die deutsche Währung, längst durch die Kriegskosten im Gleiten begriffen, kommt durch die ungeheuerliche Wertvernichtung des Ruhrkampfes in eine Inflation hinein, die mit der völligen Entwertung der Mark endet, mit einem unerhörten Elend der Witwen, Waisen und Kranken, dem auf der anderen Seite der leichte Gewinn des gewissenlosen und während des Krieges großgezogenen Schiebertums entspricht.

Die Unruhen — infolge der zahlreichen politischen Bünde schon bisher an der Tagesordnung — steigern sich, weil manche die Schulfrage mit den Waffen austragen möchten; die Tätigkeit des „Parlamentarischen Untersuchungsausschusses“ führt gleichfalls zur öffentlichen Erörterung der jüngsten Vergangenheit, und auch die Arbeit der Internationalen Kontrollkommission, die überall die Durchführung der Entwaffnung ohne jede Rücksicht auf das Ehrgefühl der Nation überwacht, verschärft naturgemäß immer wieder die Stimmung des Hasses gegen die Fremden und gegen die zur Verhandlung mit ihnen gezwungenen verantwortlichen Männer. Mehrere Führer des neuen Staates fallen in diesen Jahren durch Mörderhand —

vor allem 1921 Erzberger, der als der Mann der Friedensresolution von 1917 und weil er im Walde von Compiègne die Waffenstillstandsbedingungen unterschrieben hat den aktivistischen Rechtsgruppen als Urheber von Deutschlands Unglück erscheint und der zudem noch zur Niederlegung seiner Ämter gezwungen worden war, als ein Prozeß den Zusammenhang seiner politischen und seiner persönlichen Geschäfte beleuchtete. Ein anderes Opfer war Walter Rathenau, in welchem fanatisierte Gegner des neuen Staates den sozialistischen Theoretiker, den Mann der Verständigungspolitik und den Juden treffen wollten.

Auch die parlamentarischen Parteien stehen sich scharf und feindlich gegenüber. Die „Weimarer Koalition“ hat zunächst noch im Reich und in den meisten Ländern die Majorität, aber im Laufe der Jahre werden die Flügelparteien mächtiger; auch verfassungspolitisch zeigt sich dies durch eine Reaktion gegen den Weimarer Unitarismus. Die Reichspräsidentschaft von Friedrich Ebert wird mehrfach verlängert; aber nach seinem Tode geht Hindenburg als Reichspräsident aus der Wahl hervor. Dazu kommen noch viele andere Fragen, die Veranlassung zu grundsätzlichen Erörterungen geben, wie die Fürstenabfindung oder die Flaggenfrage; immer wieder entzündet sich der Streit.

4. Die beginnende Verständigung.

Doch auch die Franzosen mußten die Erfahrung machen, daß sie auf dem eingeschlagenen Wege, der so verhängnisvoll die Wiederherstellung Deutschlands und Europas hemmte, nicht weiter kamen, und sie mußten einsehen, daß produktive Arbeit mit Waffengewalt sich nicht erzwingen läßt. Vor allem aber erweist sich schon bald die Politik Poincarés deshalb als undurchführbar, weil die englische Regierung sich dem ganzen Vorgehen nicht anschließt, sondern erklärt, daß die Befehung des Ruhrgebietes „ganz abgesehen von der Frage der Zweckmäßigkeit keine durch den Vertrag gerechtfertigte Sanktion“ darstelle. Die englische Regierung bezeichnete die Rechtsauffassung der Franzosen und Belgier ausdrücklich als unrechtmäßig und hielt „die Einwendungen der deutschen Regierung für wohlbegründet“.

Von dieser Tatsache aus erfolgt der Umschwung zunächst in Frankreich, wo Poincaré am 11. Mai 1924 gestürzt wird und ein zur Ausöhnung bereites Ministerium an die Stelle tritt.

5. Locarno.

England und Frankreich verständigen sich im „Londoner Vertrag“ (August 1924) im Sinne einer friedlichen Regelung der Sicherheitsfrage; sie kommen überein, daß die Sicherheit des Vertragsvollzuges nicht auf dem Wege gefunden werden kann, der die Franzosen an die Ruhr geführt hat. Demgemäß wird das Ruhrgebiet geräumt, die Ausweisungen aus dem besetzten Gebiete werden zurückgenommen, die Gefangenen entlassen; auch die Zölle, Forsten und Eisenbahnen werden zurückgegeben. Zugleich regelt ein von dem Amerikaner Dawes aufgestellter Plan die deutschen Reparationszahlungen.

Darin werden Normalfälle aus Steuern festgesetzt, die für Reparationszahlungen jährlich flüssig gemacht werden müssen; es werden ferner die deutschen Eisenbahnen und der gesamte deutsche Industriebesitz durch Obligationen (Schuldverschreibungen) belastet, die jährlich zu verzinsen und zu amortisieren sind. Eine neu errichtete Goldbank, an deren Aufsicht das Ausland beteiligt ist, nimmt die Einzahlungen in Depot. Als Nebensicherheiten für die aus den Steuern zu leistenden Zahlungen sollen die Zölle und die Steuern aus Tabak, Brannt-

wein, Bier, Zucker dienen. Um Deutschland den Wiederaufbau seiner Wirtschaft zu erleichtern und der Goldbank eine Reserve zu schaffen, wird eine internationale Anleihe aufgelegt.

Nachdem auf solche Weise der Boden geebnet ist, verständigen sich die Leiter der auswärtigen Angelegenheiten in Deutschland und Frankreich, Stresemann und Briand, in dem Vertrage von Locarno (16. Oktober 1925); man kommt überein, daß künftig keine einseitige Auslegung des Versailler Vertrages mehr stattfinden solle, sondern alle Streitfragen dem Schiedsgericht des Völkerbundes vorzulegen seien. Als „Rückwirkung“ des Vertrages wird die erste Zone des besetzten Gebietes — Köln — am 31. Januar 1926 geräumt, und im Herbst 1926 wird Deutschland als Mitglied des Völkerbundes aufgenommen.

Trotz aller entgegenstehenden Gefühle war der erste Schritt zur Verständigung und zur Befriedung Europas gemacht worden, weil die Not und die Unmöglichkeit des bisherigen Weges zum Zusammenschluß zwangen. Auch auf volkswirtschaftlichem Gebiete bahnte sich ein Einvernehmen durch den Internationalen Eisentrust an. Wenn es also gerade ehemalige Imperialisten waren, die nun die Führer einer Verständigungspolitik wurden, so war dies ein Ergebnis der Einsicht in die zerfallene und unhaltbare Lage des neuen Europa.

II. Das neue Europa.

Der Ausgang des Weltkrieges hat das beherrschende Prinzip des 19. Jahrhunderts, das Nationalitätenprinzip, sehr spät noch zum reiflosen Siege geführt und die Neuordnung Europas auf diese Grundlage gestellt. Nur wo dieses Prinzip zugunsten von Deutschland sprach, war der Vertrag von Versailles davon abgegangen; im übrigen aber waren besonders die Nachfolgestaaten der Donaumonarchie — dieses letzten Dynastienstaates, welcher das 19. Jahrhundert überlebt hatte — nach Volks- und Sprachgrenzen gebildet worden, ohne Rücksicht auf andere Faktoren, die sonst wohl staatsbildend in der Geschichte gewesen sind, ohne Rücksicht zumal auf natürliche Grenzen, auf geographische oder wirtschaftliche Einheiten. Die nationalen Bewegungen der europäischen Völker hatten mehrmals im 19. Jahrhundert Europa zu sprengen gedroht; aber den großen Staatsmännern des Kontinentes war es doch immer gelungen, den Erdteil zu organisieren, sei es, daß sie wie Metternich die nationale Bewegung dämpften oder wie Bismarck und Cavour das Drängen des deutschen und des italienischen Volkes nach nationaler Einheit der Erfüllung entgegenführten, um alsdann diese neuen Staaten mit dem in seinem Bestande bewahrten Habsburgerreiche zu verbinden und die Ordnung Europas auf diese Grundlage zu bauen, wie dies Bismarck seit 1879 so meisterhaft durchgeführt hatte. Nun war die nationale Bewegung in ihrer elementaren Unwiderstehlichkeit auch hierüber hinausgeschritten und hatte die letzten Folgerungen ihres beherrschenden Grundgedankens gezogen. Eine Fülle von Schwierigkeiten und die drohende Desorganisation Europas mußte die Folge hiervon sein.

Indem also 1918 die Grenzen überall nach Sprachen, auf Grund von Volksabstimmungen gezogen werden, sind überall in die neuen Nationalstaaten starke Minderheiten fremder Nationalitäten einbezogen. Auch wo die Abstimmungen ordnungsgemäß vorgenommen worden sind und die Entscheidung streng nach den Ergebnissen der Majorität gefallen ist, hat doch die Tatsache, daß überall die Grenzlinien durch

Übergangsgebiete mit gemischter Bevölkerung zu ziehen waren, alle Nationalstaaten vor die Frage gestellt, wie sie sich gegenüber ihren Bürgern fremder Nationalität verhalten und wie sie zu ihren „unerlösten“ Brüdern im anderen Lande gelangen sollten.

1. Ungarn.

Besonders ungünstig ist die Lage der Magnaren, die in der alten Donaumonarchie schließlich die herrschende Minderheit geworden waren und durch die rücksichtslose Ausnützung dieser politischen Vormacht einen großen Haß bei den anderen Nationalitäten ihres Staates und bei den Führern der Entente gegen sich hervorgerufen hatten. So wird Ungarn durch die Friedensverträge völlig beschritten, auf die Tiefebene von Donau und Theiß beschränkt, und es werden dem rumänischen wie dem südslawischen Staate mit den Deutschen Siebenbürgens und des Banates auch zahlreiche ungarische Untertanen zugesprochen. Als Gegenwehr gegen diese Lage entsteht eine starke royalistische Bewegung. Graf Karolhi, der 1918 den Übergang Ungarns ins Lager der Entente vollzogen und die Republik ausgerufen hat, muß schon bald fliehen; zur Wiederherstellung der Monarchie versucht Exkaiser Karl persönlich ins Land zurückzukommen, und er weicht nur dem Machtprüche der Entente. Die Regierung, die aus den Wirren hervorgeht, fühlt sich als Verwalterin der Dynastie, der auch nach dem frühen Tode des Kaisers Karl die Rückkehr auf den Thron durch die Großmächte vorerst ver sagt ist.

2. Deutsch-Österreich

ist in ähnlicher schwieriger Lage. Durch die neuen Staatengründungen sind ihm alle wirtschaftlichen Verbindungen abgeschnitten, der politische Anschluß an das Deutsche Reich bleibt auch weiterhin ver sagt, die alte Kaiserstadt Wien ist eine Großstadt ohne Hinterland und ohne Arbeitsmöglichkeit. Schwere wirtschaftliche Not ist die Folge; während einiger Jahre entsendet der Völkerbund einen Kommissar, der rücksichtslos die Staatsfinanzen in Ordnung bringt, die Inflation beseitigen und die Volkswirtschaft in Gang setzen soll. Die Haltlosigkeit der Lage bleibt aber offenkundig. Dazu kommt noch das trübe Schicksal der zahlreichen österreichischen Minderheiten in den Nachbarländern.

3. Die Tschecho-Slowakei.

Der Kampf gegen die deutsche Sprache und Schule wird jetzt mit ganz anderen Mitteln geführt, als dies den Tschechen jemals in habsburgischer Zeit möglich gewesen war. Der deutschen Universität Prag erwächst von neuem ihre alte historische Mission, das Deutschtum Böhmens zu schützen und zu bewahren. Schwer bleibt auch sonst der Existenzkampf dieses Landes, das mit seiner künstlichen langgezogenen Gestalt jeder geographischen und wirtschaftlichen Einheit entbehrt, obwohl es andererseits über reiche Besitztümer verfügt.

4. Polen

hat zahlreiche deutsche Minderheiten, besonders in Oberschlesien erhalten. Dauernde Konflikte schafft auch die Existenz des polnischen Korridors und die Verkehrsbeschränkungen, die sich hieraus ergeben.

Die ungeordneten und wechselnden politischen Verhältnisse im Innern des Landes sind dauernde Veranlassung zur Beunruhigung auf diesem wichtigen Raume Europas.

5. Die Randstaaten des Balkenlandes.

Die Zerteilung des Großgrundbesitzes trifft gerade die deutsche Oberschicht. Zahlreiche Deutsche müssen im Laufe der Jahre das Land verlassen.

6. Jugoslawien,

durch dessen Begründung den Serben, Kroaten und Slowenen nach einem Jahrhundert des nationalen Kampfes der ersehnte einheitliche Staat geworden ist, haften gleichfalls viele Unvollkommenheiten an. Der vierte südslawische Stamm, die Bulgaren, bleibt auch weiterhin abge sondert; in Österreich, in Ungarn sind Südslawen verblieben, im griechisch gewordenen Mazedonien wohnen ihrer viele und viele auch unter italienischer Fremdherrschaft. Daß dafür Deutsche und Magyaren dem südslawischen Staate angehören, kann mit diesen Tatsachen nicht veröhnen. So bleibt der Balkan nach wie vor ein europäisches Katastrophengebiet; Bulgaren, Griechen, die Südslawen des jugoslawischen Staates stehen einander feindlich gegenüber, und zwischen dem jugoslawischen und dem italienischen Staate kommt es wegen der adriatischen Küste und zumal wegen des Besitzes von Albanien zu um so schärferen Zusammenstößen, je entschiedener Italien in imperialistische Bahnen einlenkt.

7. Italien.

Hier kommt — als Gegenbewegung gegen die unmittelbar nach Kriegsende zunächst siegreichen Sozialisten — der von Mussolini geführte Faschismus empor, der in den Formen des antiken Caesarismus durch eine militärisch organisierte Massenbewegung unter Führung des mit unbedingten Vollmachten ausgestatteten „Duce“ die Ordnung und Ausbreitung des italienischen Staates sich zum Ziele setzt: der Marsch auf Rom, im Oktober 1922, bringt die Regierungsgewalt in die Hände Mussolinis. Der König überträgt — entschlossen sich über die Grundsätze des parlamentarischen Staatsrechtes hinwegsetzend — die Kabinettsbildung an Mussolini und rettet dadurch der Dynastie die Existenz neben dem Diktator.

In der inneren Politik wird den Gegnern durch ein strenges Zwangssystem jede politische Betätigung unterbunden, während mit allen Mitteln des wiedererweckten Merkantilismus die Industrie entwickelt und die für Italien so bezeichnende Massenauswanderung vermindert wird. Die auswärtige Politik fügt diesem wirtschaftlichen Motivo noch das nationalpolitische hinzu, wenn Mussolini unter starker Berufung auf das alte Römertum rings im Becken des Mittelmeeres nach neuem Landbesitz ausgreift. Schwierigkeiten mit den anderen Großmächten sind die notwendigen Folgen, zumal Italien bei der Verteilung der deutschen Kolonien leer ausgegangen ist und sich nun in Afrika und in Syrien, auf griechischen Inseln und am adriatischen Meere schadlos halten möchte. Alte politische Motive der Vorkriegszeit werden von neuem lebendig, zeitweise wird das Verhältnis zu Frankreich sehr gespannt, denn neben Tunis gehört auch Nizza zur italienischen Irredenta.

Vor allem aber geht dieser Nationalismus rücksichtslos gegen die deutschen Minderheiten in Südtirol vor und sucht diese alten deutschen Lande gewaltsam zu romanisieren. Aus allen diesen Tatsachen und Vorgängen ergibt sich, daß sich Italien in ein friedliches Europa nur schwer einzufügen vermag und dem Völkerbund Schwierigkeiten bereitet; ein italienisch-ungarisches Einverständnis kennzeichnet die Solidarität der gemeinsamen inneren und äußeren Interessen der beiden Staaten.

8. Ergebnis.

So stehen sich heute überall in Europa die einzelnen politischen Gebilde bewaffnet gegenüber, voll Mißtrauen und innerlich verfeindet. Indem der Erbteil auf Grund des Nationalitätengedankens geordnet werden mußte, kamen die vielfach nur latent vorhandenen Gegensätze erst voll zum Bewußtsein, und sie griffen vom nationalpolitischen auf alle anderen Gebiete über. Vor allem umgibt sich jeder dieser Staaten mit hohen Schutzzöllen, um sich eine „nationale Industrie“ zu schaffen. Die Lehre vom Erziehungszoll, die der Deutsche Friedrich List aufgestellt hatte, um aus dem zersplitterten Mitteleuropa ein einheitliches Wirtschaftsgebiet zu gestalten, dient nun umgekehrt zur Rechtfertigung von Bestrebungen, die überall Europa in Wirtschaftseinheiten kleinsten Umfangs zerteilen. Gelegentliche Versuche, größere Teile des Kontinentes zusammenzuschließen, fehlen nicht; aber sie führen nicht zur Beruhigung Europas. Getreu seiner alten Politik, Deutschland und Mitteleuropa von zwei Seiten zu umfassen, hat Frankreich zumal mehrere Nachfolgestaaten der Donaumonarchie zum Abschlusse der „Kleinen Entente“ bewegt und damit nur den nachträglichen Beweis von der bedeutsamen geschichtlichen Funktion jenes alten Staatengebildes erbracht, das aus tiefen historischen Gründen fallen mußte, aber in einer anderen, den Nationalitäten gerecht werdenden Form für Europa wieder erstehen soll. Nur freilich fehlt die feste Ordnung des großen mitteleuropäischen Blockes, und so bleibt das Chaos drohend über Europa. Die Einsicht in die Notwendigkeit eines europäischen Zusammenschlusses ist aber in den letzten Jahren um so stärker geworden, je mehr die Räume draußen in der Welt gewachsen sind und die Kleinheit des europäischen Kontinentes wie seine schwierige Stellung im Konkurrenzkampf der Völker offenbar geworden ist. Die Kleinheit war ehemals für Europa ein Vorteil; denn ein Raum muß zuerst erforscht, bekannt, bewohnt und kulturell durchdrungen sein, bevor er nach außen wirken kann, und in dieser Tatsache ist die einzigartige Stellung Europas in der Geschichte der Menschheit begründet gewesen. In der Zeit nach dem Weltkriege aber wurde es offenbar, daß diese Hegemonie für Europa nunmehr endgültig vorüber ist und die Entscheidung der Weltgeschichte an ganz andere Räume und Völker geheftet wird.

III. Das Erwachen der kolonialen Völker.

Wenn Europa dank der Gunst seiner Lage und Gliederung bis dahin der Mittelpunkt der Weltgeschichte gewesen war, so war dies auch in seiner Vormachtstellung gegenüber den anderen Kontinenten zum Ausdruck gekommen. Seit dem Zeitalter der Entdeckungen war eine Weltrasse nach der anderen den europäischen Großmächten dienlich geworden, der kleine Kontinent mit seiner relativ geringen Einwohnerzahl beherrschte riesige Räume und gewaltige Bevölkerungen, und der moderne Kapitalismus des 19. Jahrhunderts hatte diese Herrschaft noch gesteigert und vollendet. Zwar hatten sich gerade die von Euro-

päern besiedelten Gebiete — die Neuenglandstaaten Nordamerikas und die lateinamerikanischen Völker — von Europa politisch losgesagt, aber in kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht erkannten sie die Vormacht Europas als Tatsache an. Schwer lastete der abendländische Kapitalismus besonders auf den Völkern der tropischen und subtropischen Zone, und England war dabei überall mit seinen Methoden der Ausbeutung und Unterdrückung vorangegangen und hatte den anderen europäischen Kolonialstaaten gegenüber gewaltigen Vorsprung, er hatte ihnen auch Muster und Vorbild gegeben.

Aber der abendländische Kapitalismus trug auch in dieser Hinsicht die Elemente seines eigenen Unterganges in sich. Er unterwarf die Länder alter oder primitiver Kultur seiner Macht, um Absatzgebiete oder Rohstofflieferanten zu gewinnen; doch um die Eingeborenen an Verkauf und Kauf zu gewöhnen, mußte er sie mit westeuropäischer Kultur erfüllen, und er lieferte auf diese Weise den kolonialen Völkern zugleich mit den Waren auch die geistigen und technischen Waffen ihrer Befreiung. An europäischen Universitäten lernten die asiatischen und afrikanischen Studenten die Technik Europas kennen, um selbst zu Hause als Erzieher zum nationalen Industriestaate aufzutreten, und sie erfüllten sich in Europa mit den Gedanken der abendländischen Philosophie und mit dem letzten und feinsten Resultat des europäischen, zumal des deutschen idealistischen Denkens, mit dem Gedanken der Autonomie. Einst hatte Kant seine Sittenlehre auf diesen Begriff gestellt, und die nationale Bewegung des 19. Jahrhunderts hatte überall unter den Völkern Europas mit dieser Parole gesiegt; nun sollte sie im 20. Jahrhundert für die „kolonialen und halbkolonialen Völker“ zum Evangelium der Befreiung und Einigung werden.

Der Weltkrieg förderte diese Bewegung in mächtiger Weise; denn auf der Seite Englands fochten diese Völker in einem Ringen, das die niedrige Selbstzerfleischung der weißen Rasse blutig offenbarte und das unter dem Schlagworte von der nationalen Selbstbestimmung ausgetragen wurde. Warum sollte den unermesslichen Völkern des inneren Afriens und Afrikas versagt sein, was den Tschechen, den Slowenen, den Kroaten und vielen anderen kleinen Völkerplittern Europas gewährt wurde? Im Hintergrunde aber erhob sich Rußlands Propaganda der Weltrevolution, und indem sie allen Völkern die Befreiung vom abendländischen Kapitalismus verkündete, brachte sie die langsam gewordene Bewegung in mächtiges Rollen. Von den Gestaden des Stillen Ozeans bis zu jenen des Atlantischen ist heute die ganze weite asiatisch-afrikanische Welt im Erwachen.

1. China.

Erst 1840 hatten die Engländer im Opiumkrieg die Tore der chinesischen Mauer gesprengt und sich Eingang verschafft in das himmlische Reich, das zwar im Altertum syrische Rauffahrer und im Mittelalter christliche Missionare gebildet hatte, aber dann zum Schutze seiner alten und hochentwickelten Kultur sich völlig von der Außenwelt abschloß und ein geschichtsloses Dasein führte. Nun hatten sich die Engländer Eingang in die Häfen Kanton und Shanghai erzwungen, und sie hatten mit Hilfe der modernen Feuerwaffen die Chinesen zu jenen „Konzessionen“ veranlaßt, die in der Erlaubnis geschlossener Fremdenniederlassungen (Settlements), in Zollfreiheiten und in der Unterstellung der Hafenbevölkerung unter fremde Gerichtsbarkeit und Polizei bestanden. Im

Laufe der Zeit folgten die anderen europäischen Staaten mit den gleichen Konzessionen nach, schließlich auch der moderne japanische Großstaat. Die herrschende Kriegeraristokratie der Mandschu mit der Kaiserdynastie an der Spitze war den Fremden gegenüber ohnmächtig und duldete den geistigen Austausch mit Westeuropa.

Dadurch gewinnt die fremdenfeindliche Bewegung, die noch in dem Boxer-aufstand von 1900 ziellos das Fremde als solches bekämpft hat, in den ehemaligen Auslandsstudenten geeignete Führer von moderner Prägung und in den Lohnarbeitern der Hafenstädte die modernen proletarischen Massen. „China den Chinesen“ wird die Parole; die Beseitigung der unwürdigen Konzessionen wird das Ziel. Die Revolution von 1911 setzt die Dynastie hinweg, China wird zur Republik erklärt; seitdem herrscht Bürgerkrieg zwischen dem radikalen Süden und der Aristokratie des Nordens, und in diesen Wirren befestigt sich auf beiden Seiten die Überzeugung von der Unmöglichkeit der Fremdenrechte; der stärkere Angriffswille liegt aber bei den Truppen des Südens, die mit europäischen Waffen ausgerüstet sind und von der russischen Propaganda vorgetrieben werden. 1927 geht der Kampf schon um Shanghai, den Hauptsitz der Fremden.

Die Bewegung richtet sich naturgemäß in erster Linie gegen die stärkste Kolonialmacht, gegen England: um den Schlüssel Ostasiens zu sichern, hat England in kluger Voraussicht in den Jahren unmittelbar nach dem Weltkrieg Singapur zu einem anderen Gibraltar ausgebaut; aber der fleißige chinesische Kaufmann hat längst auf friedlichem Wege das hintere Indien erobert. Außer Rußland, das auf die Mandschurei verzichtet hat und um der Weltrevolution willen die nationalchinesische Freiheitsbewegung fördert, ist auch Japan von der Seite der Bedrucker auf die der Freunde Chinas getreten: ein furchtbares Erdbeben hat 1913 die japanische Industrie vernichtet und Japan wehrlos gegenüber Amerika gemacht, es in die Reihe der Asiaten zurückgestoßen; so hat es Tjingtau an China zurückgegeben. Deutschland, das keine Kolonien und kolonialen Rechte mehr besitzt, genießt die Sympathie Chinas, das 1919 den Vertrag von Versailles nicht unterschrieben, sondern mit Deutschland einen eigenen Frieden in Peking geschlossen hat. Nur aus Zwang war es in den Weltkrieg eingetreten, um dem tödlich verfeindeten Japan den Vorwand zu Eroberungen zu nehmen. Die Tatsache, daß Deutschland zum Verzicht auf seine kolonialen Anrechte an der chinesischen Küste gezwungen war, bedeutete für die chinesische Erhebung einen mächtigen Antrieb gegen alle Besitzer kolonialer Vorrechte.

2. Indien.

Nicht minder bedroht ist die Macht Englands in Indien.

Hier geht das System der Ausbeutung durch Kapital und Kanonen auf die Eroberung des 18. Jahrhunderts zurück; ungeheure Reichtümer haben die „Nabobs“ im Laufe eines Jahrhunderts aus diesem wertvollsten englischen Kolonialgebiet herausgeholt, ohne daß England hier Kosten erwachsen wären; denn Indien hat sich durch das „divide et impera“ selbst erobert. Planmäßig haben die Engländer die hochentwickelte hausindustrielle Weberei der Inder zerstört, um Indien zu einem Rohstofflieferanten und Absatzmarkt für die maschinelle Textilindustrie von Manchester zu machen. Die Gegenwehr der Hindus hatte schon 1857 zu dem blutig unterdrückten Aufstand geführt. Aber auch in Indien hat dann der englische Kapitalismus selbst — wider seinen Willen und ohne anders handeln zu können — der nationalen Bewegung vorgearbeitet. Der Ausbau der Verkehrsmittel hat alle Teile des bis dahin so zersplitterten Volkes zueinander geführt und die Wallfahrten zu einer gemeinsamen Angelegenheit gemacht; die äußere Sicherheit und Ruhe — die pax britannica — hat den Indern die Pflege ihrer kulturellen, geistigen, nationalen Werte ermöglicht.

So wurde eine Vereinheitlichung Indiens angebahnt und eine nationale Bewegung entfesselt, welcher der Weltkrieg gewaltige Nahrung gab, als die indischen Truppen für die Engländer Mesopotamien eroberten und die Türkei besiegten, als sie auf europäischen Schlachtfeldern für das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ fechten mußten. Die Auslandsstudenten stehen auch hier an der Spitze, und unter ihnen voran die Juristen — wie ja auch im Abendlande des 19. Jahrhunderts die nationalen Bewegungen in erster Linie in der Form verfassungsrechtlicher Kämpfe sich vollzogen haben.

Unter dem Rufe „Indien den Indern!“ hat vor allem der Anwalt Gandhi eine radikale Bewegung entfacht. Er will die trennenden Kasten beseitigen, im übrigen aber das alte Indien wiedererwecken: das Spinnrad ist das nationale Symbol der von ihm ausgehenden Bewegung. Daneben gibt es starke geistige und soziale Strömungen, die den modernen nationalen Staat erstreben. Indien — das die Engländer aus einem Lande blühender Gewerbe zu einem Agrarlande gemacht haben — will seine eigene nationale Industrie; es will nicht mehr die Herrschaft der wenigen Engländer, die das Land regieren und, wenn sie sich reich gemacht haben, wieder nach Hause gehen. England ist schon während des Weltkrieges vor der elementaren Wucht dieser Forderungen zurückgewichen. In dem Reichskriegsrate, der in London eingesetzt wurde, erhielten — eine unerhörte Begebenheit der englischen Geschichte! — auch zwei Indier Sitz und Stimme, und diese haben dann auch auf der Pariser Friedenskonferenz ihr Land vertreten.

Sofort nach Kriegsende, noch 1919, wird nach dem Vorschlage des Staatssekretärs für Indien, Montagu, eine Art Selfgovernment eingerichtet, mit Volksvertretung und Provinzialräten und mit eng umschriebenen konstitutionellen Rechten, ganz wie einst die nationaldemokratischen Bewegungen im Europa des 19. Jahrhunderts schrittweise Konzessionen erzielten; und auch jetzt steht nach jedem Zugeständnis eine radikalere Richtung auf, und sie entzündet sich an der Bedächtigkeit der Reform. Eine große nationale Universität soll den neuen Geist sammeln, pflegen und ausbreiten.

Aber auch in Indien zeigt die Bewegung, ganz wie in China, einen inneren Widerspruch in sich selbst: sie wird getragen, wie einst im Abendlande, von nationalen und religiösen Kräften; die Brahmanen, Buddhisten und Mohammedaner sind — trotz aller Gegensätze untereinander — schließlich doch solidarisch im Streben nach Freiheit von kolonialer Durchdringung. Aber gleichzeitig wird von ihnen dafür gekämpft, daß den Indern der Genuß der abendländischen Zivilisation nicht weiter versagt werden könne; der Individualismus und der industrielle Geist sind erwacht, und dies führt zur Zerfetzung der indischen Kasten und der ganzen alten Kultur, aus der noch die Bewegung ihre moralischen Kräfte zieht.

Schon geht die Erhebung Indiens über die Grenzen der indischen Provinzen hinaus und fordert die Länder für sich, in denen zahlreiche Indier wohnen, Transvaal und Natal vor anderen. Und auch hier findet sich die indische Bewegung — im gemeinsamen Gegensatz gegen den englischen Kapitalismus — zusammen mit dem gewaltigen Erwachen, das gegenwärtig durch die ganze mohammedanische Welt geht; denn Indien besitzt die größte Anzahl Mohammedaner der Erde.

3. Die mohammedanische Welt.

Nirgends schien England näher am Ziele aller seiner historischen Wünsche zu sein als in Vorderasien und Afrika, da Rußland nach der bolschewistischen Revolution ausgeschieden zu sein schien und die türkische Herrschaft zerfallen, der Sultan abgesetzt war, die türkische Republik in Angora im schwersten Ringen

mit den Griechen sich befand. Wette mohammedanische Gebiete waren England in den Friedensverträgen zugesprochen worden, und überall errichtete England nach alter Methode seine „Schutzstaaten“.

Aber auch hier haben die Erlebnisse des Weltkrieges tiefen Eindruck hinterlassen. Das ganze weite Gebiet von den Grenzen Indiens bis zur atlantischen Küste Afrikas und bis zum Äquator ist schon in den Jahren vor dem Kriege durch eine gewaltige religiöse Propaganda für den Islam gewonnen worden und befindet sich nun in tiefster Erregung. Die Negervölker des inneren Afrika — auch unter ihnen gibt es „educated Natives“ — fühlen sich solidarisch, sie sind besonders in Südafrika den Weißen an Zahl vielfach überlegen, und es werden ihrer immer mehr; so entsteht hier eine gewaltige „Schwarze Flut“. Die Ägypter glauben dadurch, daß sie im Kriege mit dem Sultan in Konstantinopel gebrochen haben, sich das Recht auf Selbständigkeit erworben zu haben; 1922 hat Lloyd George die schon von Gladstone und seither immer wieder versprochene, aber niemals vollzogene „Evakuierung“ Ägyptens durchgeführt; die Truppen wurden an den Suez gezogen. In Palästina haben die Engländer einen jüdischen Staat errichtet; unermüdlich sucht die englische Staatskunst die Bewegung zu dämpfen und zu leiten, aber die Zeit und die Verhältnisse arbeiten diesen Bemühungen entgegen. Das Kalifat ist durch den Sturz des türkischen Sultans disponibel geworden, und die Engländer haben es lange vergebens arabischen Beduinenfürsten, diesen Herren der arabischen Wüste, und dem Bizekönig von Ägypten angeboten: die höchste geistliche Würde soll keiner tragen, der nicht Suzerän ist! So ist ein starkes Selbstbewußtsein und eine panislamische Bewegung größten Stiles geworden, die alljährlichen Wallfahrten nach Mekka schaffen eine Solidarität und eine Einheitlichkeit über gewaltige Völkermassen, über das ganze unermeßliche Gebiet.

4. Rußland und England.

Und diese Solidarität verbindet insgesamt alle kolonialen Völker unter einander. So groß auch die Unterschiede religiöser und völkischer Art sind — einstweilen gehen alle diese Rassen- und Religionsbewegungen gemeinsam im Gegensatz gegen die kapitalistische Herrschaft Europas und besonders Englands. Dahinter aber steht das Rußland der Sowjets, und es findet in Asien einen für Weltpropaganda und Weltrevolution vorbereiteten Boden. Darum wendet es sich zunächst von Europa ab und nach Asien hin. Es hat zwar mit Deutschland 1922 in Rapallo einen Wirtschaftsvertrag geschlossen, der von einem Willen zu gemeinschaftlicher Arbeit zeugt; aber es hat weder mit Polen noch mit Rumänien Frieden gemacht, doch ohne zunächst aus dieser Lage zum Angriff überzugehen. Vielmehr hat Rußland seine Betätigung nach dem Osten gerichtet, wie ja auch einst der panslawistische Imperialismus der Zarenzeit zwischen Europa und Asien geschwanzt und seine Tätigkeit bald hierhin, bald dorthin verlegt hatte.

Mit feinem politischen Sinne merkt England das Gebot der Stunde. Es hat den Ausbau des Empire weitergeführt, die Dominions, die sich im Kriege so tapfer gehalten haben, durch Anerkennung und Steigerung der Sonderrechte belohnt und die Wehreinheit wie die Einheit

der auswärtigen Politik gefördert; schon während des Weltkrieges sitzen die Dominions im Reichsmilitärkabinett, sie entsenden besondere Vertreter zum Friedenskongresse, sie werden als Mitglieder des Völkerbundes als mit dem Vereinigten Königreiche auf gleichem Fuße stehend anerkannt und erhalten Mandate über die verschiedenen Kolonien. Die Reichskonferenz von 1921 findet alsdann eine Form, die den Grundsatz der Einheit mit dem der Verschiedenartigkeit verbindet. Noch ist das Suchen nach einer Verfassung nicht abgeschlossen; noch ist das Reich eine lose Vereinigung autonomer Staaten, ein „empirisches, alogisches Gebäude“ — wie der Australier Hughes gesagt hat —, das einen ausgeklügelten Verfassungsplan nicht ertragen kann; aber wirtschaftlich sind alle Dominions auf den Londoner Kapitalmarkt hingewiesen. Die geistigen Bindemittel der Sprache, des gesellschaftlichen und sportlichen Lebens sind stärker geworden, und über allem steht das Königtum, das als Symbol der Einheit eine unerwartete Bedeutung gewinnt; dazu kommt als Ziel der englischen Politik die völkerrechtliche Koalition mit der anderen angelsächsischen Einheit, den Vereinigten Staaten und der ihnen zugehörigen panamerikanischen Bewegung. Um dieses Zieles willen hat England das Bündnis mit Japan gelöst und dadurch eine große englisch-amerikanische Macht im Stillen Ozean und in der Weltpolitik vorbereitet.

So beginnt sich ein amerikanisch-angelsächsischer Block dem russisch-asiatischen Blocke entgegenzustellen. Der Kampf zwischen England und Rußland um die Vorherrschaft in Asien — das ganze 19. Jahrhundert hindurch die schwerste Spannung der Weltgeschichte — ist in eine neue Periode eingetreten; aus dem Kampfe der beiden Großmächte um die Macht ist der Kampf zwischen zwei Weltprogrammen geworden. Auf der einen Seite vertritt die angelsächsische Welt das konservative Prinzip des bestehenden Zustandes herrschender kapitalistischer Staaten und abhängiger kolonialer Völker, auf der anderen Seite predigt Rußland die nationale Selbstbestimmung auch für die Völker der sogenannten niederen Rasse, und es ist dabei ebenso schwer, wie einst bei den Jakobinern, festzustellen, wo der Propagandagedanke aufhört und der Eroberungsgedanke anfängt. Und zwischen der englisch-amerikanischen und der russisch-asiatischen Welt liegt das kleine Europa, zerschlagen und zerteilt in viele Ländertrümmer, jeder Staat argwöhnisch auf der Lauer liegend, von hohen nationalpolitischen, geistigen und wirtschaftlichen Schranken umgeben, während draußen in der Welt mächtige und alte Völker erwachen und die Weltgeschichte längst von ihrem westeuropäischen Mittelpunkt nach dem Stillen Ozean gerückt ist.

		Synchronistische	
		Frankreich	England
	Deutschland Innere Geschichte Äußere Geschichte		1784 William Pitt tritt ins Kabinett ein
	1786 Tod Friedrichs des Gr.	1786 Französisch-englischer	Freihandelsvertrag
			1788 Bestühergreifung Australiens 1788/95 Prozeß gegen Warren Hastings
	1790 Tod Josefs II.	1789 Reichsstände, Nationalversammlung	
	1792 Ausbruch des	Revolutionkrieges	
		1792 Abschaffung d. Königtums	
	1793-1797 Die erste	Koalition: Preußen, Österreich, England	
		1793 Konvent, Schreckensherrschaft	
	1793 Eroberung Belgiens und des linken Rheinufers		
1794 Allg. Landrecht in Preußen		1795/97 Das Direktorium	
	1795 der Friede zu Basel		
		1796 Bonaparte in Italien	
	1797 Campoformio, Raftatt		
1797/1840 Friedrich Wilhelm III.		1797/98 Der ägyptische Feldzug	
	1798/1801 Der II. Koalitionskrieg		
		1799 Der Staatsstreich des 18. Brumaire	
		1800 Marengo	
		1801 Das Konfordat	1801 Union Irlands m. Großbritannien
	1801 Lunéville		
		1802 Amiens	
1803 Reichsdeputationshauptschluß		1803 Wiederausbruch des Krieges mit England	
	1804 Erschießung Engghiens		
		1804 Das Kaiserthum	
		1804 Code Napoléon	
	1805 Ulm und Austerlitz		
	1806 Rheinbund; Jena		
	1806 Kontinentalsperre		1806 Pitt †
1807/8 Die Reformen des Freiherrn v. Stein		1807 Tilsit. — Das Königr. Westfalen	

Tabelle

Die übrigen Staaten	Geistesgeschichte	Wirtschaftsgeschichte
1787 Unionsverfassung der Vereinigten Staaten	1786/88 Goethe in Italien	
1789/97 George Washington, Präsident d. Verein. Staaten		
1793 Die 2. Teilung Polens		1794 Begründung der École Polytechnique in Paris 1794 Lavoisier †
1795 Die 3. Teilung Polens	1795 Schillers Briefe über die ästhetische Erziehung 1795/96 Wilhelm Meisters Lehrjahre	
1799 Washington †	1797 Goethe und Schillers Balladen; Goethes Hermann und Dorothea. — Novalis' Hymne an die Nacht 1797 Erforschung Agyptens durch die französischen Gelehrten 1798 Wallenstein 1798 Schleiermachers Reden über die Religion 1799/1804 Alexander v. Humboldt in Südamerika	
1801/25 Zar Alexander I.		
	1804 Kant †	
1805 Königreich Italien	1805 Schiller † 1806 Faust I. — Des Knaben Wunderhorn	
1807 Bombardement von Kopenhagen	1807 Die teutschen Volksbücher von Josef Görres	1806 Entwickl. einer kontinental. Industrie

Deutschland		Frankreich	England
Innere Geschichte	Außere Geschichte		
1807 Die Reformen von Montgelas in Bayern		1808 Spanischer Krieg	
1809/48 Metternich, österr. Staatskanzler	1809 Österreichs Erhebung 1809 Schill	1810 Einverleibung Hollands	
1811/12 Die Reformgesetze Hardenbergs		1812 Der russische Feldzug	1812/14 Engl.-nord-amerikan. Krieg: Friede von Gent
1814 Preuß. Wehrgesetz	1813/14 Der Befreiungskrieg	1814/15 Der Wiener Kongreß	
1815 Die Burschenschaft in Jena		1814 Restauration der Bourbonen; die Charte	
	Innere Geschichte	1815 Die Hundert Tage: Waterloo	
1817 Wartburgfest		1815 Der „weiße Schrecken“	
1818 Verfassungen in den süddeutschen Staaten			
1819 Karl Ludwig Sand; Karlsbader Beschlüsse, Demagogenverfolgung; Entlassung Humboldts in Preußen			
1821 Die Erzbistümer Köln und Posen-Erzesen			
1823 Preuß. Provinziallandtage		1824/30 Karl X	
1827 Die oberrheinische Kirchenprovinz			1826 Canning für die freie Selbstbestimmung d. Völker
		1830 Eroberung von Algier.	1829 Katholikenemanzipation
1830 Bewegung in den Mittel- u. Kleinstaaten		1830 Julirevolution	
1832 Das Hambacher Fest		1830/48 Das Bürgerkönigtum	1832 Parlamentsreform

Die übrigen Staaten	Geistesgeschichte	Wirtschaftsgeschichte
	1807/8 Fichtes Reden an die deutsche Nation	im Gefolge der Kontinental Sperre 1807 Fultons erstes Dampfschiff
1808/14 Joseph Bonaparte, König von Spanien 1809 Haus Bernadotte in Schweden	1809 Goethes Wahlverwandtschaften 1810 Begründung der Universität Berlin	
1811/29 Freiheitskampf Lateinamerikas unter Simon Bolivar	1811 Turnplatz auf der Hasenheide. — Kleist †	
1812/14 Engl.-nordamerikan. Krieg: Friede von Gent	1812/14 Dichtung und Wahrheit 1812 Kinder- und Hausmärchen der Brüder Grimm	
1814 Friede von Kiel		
	1818 Schopenhauers Die Welt als Wille und Vorstellung 1819 Monumenta Germaniae historica — Jakob Grimms Deutsche Grammatik	1818 Preussisches Zollgesetz 1819 Friedr. Lists Denkschrift über Handelsfreiheit im Innern Deutschlands 1819 Fultons Dampfschiff von New York nach Liverpool
1820 Revolutionen in den südromantischen Ländern und Intervention der Heiligen Allianz 1821/29 Freiheitskampf der Griechen 1823 Monroe doktrin		
1825/55 Zar Nikolaus I.	1825 Grillparzers König Ottokars Glück u. Ende	1825 Dampfschiffahrt auf dem Rhein 1825 Die 1. Technische Hochschule in Deutschland (Karlsruhe)
1826 Canning für die freie Selbstbestimmung der Völker	1827 Heines Buch der Lieder	1828 Wöhler in Göttingen: die erste chemische Synthese. 1830 Die 1. Eisenbahn: Liverpool-Manchester
1829 Die Freiheit Lateinamerikas endgültig 1830 Revolutionen in Belgien, Polen, Italien 1831 Königreich Belgien	1831 Hegel † 1831/56 Heine in Paris; das „Junge Deutschland“	
1832/40 Ägyptisch-türkischer Krieg; Molkte in der Türkei	1832 Goethe †	1833 Die 1. Fabrikgesetzgebung in England

Deutschland		Frankreich	England
Innere Geschichte	Äußere Geschichte		
1835 Frankfurter Putzsch; die 2. Demagogenverfol- gung			1833 Slavenbefrei- ung Zrißche Gesetzgebung, Kampf wegen des Kirchenzehnten u. der Auflösung der Union von 1801
1837 Die Göttinger Sieben, der Kölner Kirchenstreit und d. Konflikt mit dem Erzbischof v. Posen			1837—1901 Königin Victoria
1840/61 Friedrich Wilhelm IV.	1840 Die Rheinfrage; Frankreich auf seiten Agyptens gegen die europäischen Großmächte; Rettung der Türkei im Dardanellenvertrag von 1841		1839/42 Opiumkrieg
1844 Die Ausstel- lung des heiligen Kodes in Trier: Deutschkatholizis- mus			
1846 Germanisten- tag in Frankfurt			
1846 Die Dänen vereinigen Schleswig mit dem Königreich)			1846 Aufhebung der Kornzölle
1847 Der Verei- nigte Landtag; Versammlungen d. Opposition in Offenburg, Sep- penheim			
1848/49 Die deut- sche Revolution	1848/49 Krieg mit Dänemark	1848 Februarrevo- lution	1848 Wellington be- gegnet ohne Blut- vergießen der Char- tistenbewegung
1849/50 Friedr. Wilhelms IV. Uni- onspolitik			
1850 Preuß. Ver- fassung			
Olmutz			
1850/77 Ketteler, Bischof v. Mainz			
	1852 Londoner Protokoll	1851 Staatsstreich Louis Napoleons 1852/70 Das zweite Kaiserreich (Napo- leon III.) 1854/56 Der Krimkrieg (1856 Pariser Kongreß)	

Die übrigen Staaten	Geistesgeschichte	Wirtschaftsgeschichte
1834/40 Kampf der Christinos und Karlisten in Spanien	1835 Leben Jesu von D. Fr. Strauß.—Georg Büchners Dantons Tod	1833 Gauß und Weber in Göttingen 1834 Zollverein 1835 Eisenbahn Nürnberg-Fürth 1837 Eisenbahn Leipzig-Dresden 1838 Eisenbahn Berlin-Potsdam
1839/42 Opiumkrieg 1840 Die Rheinfrage; Frankreich auf Seiten Ägyptens gegen die europäischen Großmächte; Rettung der Türkei im Dardanellenvertrag v. 1841	1839/42 Menzels Illustrationen Friedr. d. Großen 1841 Georg Herweghs Gedichte eines Lebendigen. — Das Deutschlandlied von Hoffmann von Fallersleben 1845 Richard Wagners Tannhäuser 1845 Robert Mayer und Helmholtz über die Erhaltung der Energie	1840 Justus v. Liebig's Agrifulturchemie 1841 Vorfigs 1. deutsche Lokomotive 1846 Friedrich List †
1847 Sonderbundskrieg in der Schweiz		1847 Werner Siemens erfindet die Isolierung durch Guttapercha
1848/49 Losreisungsbestrebungen in Ungarn, Böhmen, Italien; die Südslawen halten zu Habsburg		1850 Maximalarbeitstag in England 1851 Die erste Weltausstellung (London) 1851 Diskontogesellschaft 1853 Darmstädter Bank
1854/56 Der Krimkrieg (Pariser Kongreß) 1856) 1855/81 Zar Alexander II.	1853 Richard Wagners Ring des Nibelungen 1854 Materialistenstreit	

Deutschland		Frankreich	England
Innere Geschichte	Außere Geschichte		
1857 Prinzregent Wilhelm			1857 Ostindien unter unmittelbarer engl. Herrschaft
1859/60 Badischer Kirchenstreit		1859 Magenta und Solferino	
1859 Schillerfest, Nationalverein			
1861/88 Wilhelm I.			
1861 Fortschrittspartei; Seeresolutionslist			
1862/90 Otto von Bismarck			
1863 Frankfurter Fürstentag	1863 Bismarcks Konvention mit Rußland gegen Polen	1863 Die Franzosen in Mexiko	
	1864 Krieg mit Dänemark		
	1865 Gastein		
	1866 Krieg um d. Vorherrschaft: Königgrätz		
1867 Der norddeutsche Bund			
	1870/71 Deutsch-französischer Krieg		
1871 Das Deutsche Reich		1871 Die Kommune; Thiers Präsident der Republik	1869 Anglikanische Staatskirche in Irland aufgehoben durch Gladstone; Homerulebewegung
1871 Kanzelparagraph (Kulturkampf)			
1872 Jesuitengesetz; Reichsstrafgesetzbuch	1872 Dreikaiserverständigung	1873 Graf Chambord als Thronkandidat	
1873 Maigesetze		1875 Parlamentarische Verfassung d. 3. Republik	1876 Kaiserreich Indien
1874 Septennat			
1876 Reichsbahnprojekt			
1878 Bismarck bricht mit den Nationalliberalen: Schutzoll, Sozialistengesetz	1878 Berliner Kongreß		
1879 Statthalter in Elsaß-Lothringen. Deutsche Gerichtsverfassung	1879 Deutsch-österreich. Bündnis		1879 Landleague d. Iren

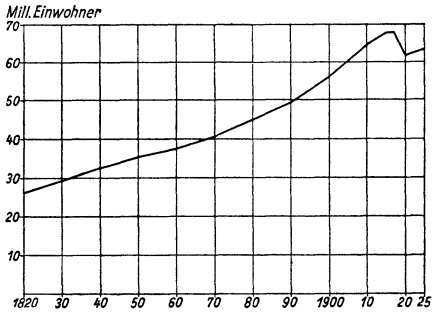
Die übrigen Staaten	Geistesgeschichte	Wirtschaftsgeschichte
	1855 Gustav Freytags Soll und Haben — Gottfried Kellers Grü- ner Heinrich	1855 Weltausstellung in Paris 1855 Hamburg-Amerika- Linie
1859 Italienischer Krieg	1859 Darwinismus	1860 Anilin- und Soda- fabrik in Ludwigshafen
1861 Königreich Italien 1861/65 Nordamerikanischer Bürgerkrieg		
1862 Aufhebung der Leibeigen- schaft in Rußland 1863 Aufstand in Rußisch-Polen; Preußisch-russische Konvention. — Entthronung König Ottos von Griechenland 1863/67 Kaiserreich Mexiko	1862 Hebbels Nibelungen	1863 Lassalles Allgemeiner deutscher Arbeiter- verein
	1864 Böcklins Villa am Meer	1864 Internationale Ar- beiterassoziation 1865 Allgemeiner deut- scher Frauenbund
1867 Österreichisch-ungarischer Ausgleich		1867 Zweite Pariser Weltausstellung; Dyna- momaschine v. Siemens Karl Marx' Kapital Ende d. Thurn- u. Taxis- schen Post 1869 Suezkanal. — Ge- werbeordnung des Norddeutschen Bundes
	1870 Vatikanum	
1870 Einnahme Roms durch die Italiener	1870 Der Impressionis- mus v. Ed. Manet	
	1872 Universität Straß- burg	1873 Die Gründerkata- strophe 1874 Weltpostverein
1876/78 Russisch-türkisch. Krieg		
	1878 Anfänge Max Klingers	1878 Schutzoll im Deut- schen Reich
1879/92 „Versöhnungsministerium Taaffe“ in Österreich		1879 Henry Georges Fortschritt und Armut

Deutschland		Frankreich	England
Innere Geschichte	Außere Geschichte		
1881 Kaiserliche Botschaft		1881 Tunis	
1883/84 Kranken- und Unfallver- sicherung	1883 Dreibund	1882/5 Jules Ferry 1882/84 Erhebung Ägyptens	
	1884 Deutsch-Süd- westafrika. — Logo und Kamerun	1884 Kongo	
	1885 Deutschostafrika. — Kongo-Konferenz	1885 Madagaskar	
1886 Drittes Sep- temmat			1886 Gladstones irenfreundliche Ge- setze u. sein Sturz
		1887 Kriegsgefahr	
1888 Kaiser Fried- rich III.	1887 Rückversiche- rungsvertrag		
1888/1918 Wilhelm II.			
1889 Invaliditäts- und Altersversiche- rung			
	1890 Bismarcks Entlassung		
	1890 Helgoland		
1891 Arbeiterchutz- gesetz. — Volksver- ein für das katho- lische Deutschland		1891 Die französische Flotte in Kronstadt	1890 Sanfibar- Helgoland
1892 Zweijährige Dienstzeit		1892 Militärkonven- tion mit Rußland	
		1894 Franz.-russisch. Zweibund	
1895 Kaiser-Wil- helmkanal			1895 Josef Chamber- lain Kolonialminister
1895 Miquels Ein- kommensteuer in Preußen			
	1898 Kiautschou	1898 Faschoda	
1899 Recht d. jährl. Festsetzung d. Frie- denspräsenzstärke			1899/1902 Buren- krieg

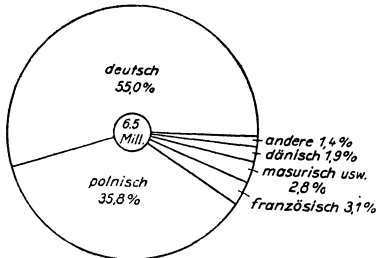
Die übrigen Staaten	Geistesgeschichte	Wirtschaftsgeschichte
1880 Sprachenordnung f. Böhmen; Gründung des österreichischen Schulvereins		
1881 Ermordung Alexanders II.		1881 Pariser Elektrizitätsausstellung
	1883 Nietzsches Zarathustra	
1885 Kongokonferenz in Berlin		1885 Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft v. Max Erntz gegründet
1886/7 Bulgarische Revolution	1886 Elektrische Wellen von Heinrich Herz	
		1888 Künstlicher Indigo
1889 Panamerikanischer Kongreß in Washington Japanische Verfassung	1889 Gerhart Hauptmanns Vor Sonnenaufgang	
		1891 Erfurter Programm
		1893 Rheinisch-Westfälisches Kohlen Syndikat
1894/95 Japanisch-chinesischer Krieg	1895 Röntgenstrahlen	
1896 Schlacht von Adua		
1897/98 Griechisch-türkischer Krieg		1897 Deutsches Innungsgesetz stellt die Zünfte wieder her
1897 Badens Sprachenverordnung in Böhmen		
1898 Ruba und die Philippinen an d. Verein. Staaten		1898 Bodenreform in Kiautschou
1899 Russifizierung Finnlands	1899 Erste Haager Friedenskonferenz	

Deutschland		Frankreich	England
Innere Geschichte	Außere Geschichte		
1900 BGB.—Flottengesetz.—Kanalvorlage 1900/9 Bülow Reichskanzler			1901/12 Eduard VII.
1902 Zolltarif			1902 Englisch-japanisches Bündnis
	1904 Aufstand in Südwestafrika	1904 Trennung von Kirche und Staat 1904 Französisch-englische Entente	
	1906 Erste Marokkokrisis: Algeciras		1907 Englisch-russische Entente
1908 Neues Flottengesetz Enteignungsgesetz in Posen 1909 Finanzreform m. Erbschaftssteuer gescheitert; Bethmann Hollweg Reichskanzler			
1911 Verfassung v. Elsaß-Lothringen	1911 Zweite Marokkokrisis: Kongovertrag		1910 Bodenreformgesetz
		1913 Dreijährige Dienstzeit	1912 Mission Saldanes
	1914—18 Weltkrieg		1915 Allg. Wehrpflicht in England
1918 D. deutsche Novemberrevolution 1919 Reichsverfassung von Weimar	1919 Vertrag von Versailles		
1921 Erzberger ermordet			1920 Britische Reichskonferenz
	1923 Besetzung des Ruhrgebietes		1922 England räumt Ägypten
	1924 Dawesplan	1924 Ministerium Poincaré gestürzt	
1925 Hindenburg Reichspräsident	1925 Locarno	1925 Krieg in Marokko	1925 Reichsausstellung in Wembley
	1926 Räumung der Kölner Zone; Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund		

Die übrigen Staaten	Geistesgeschichte	Wirtschaftsgeschichte
1900 Boxeraufstand in China	1900 Gleichberechtigung d. höheren Lehranstalten	
1902 Englisch-japanisches Bündnis		
1904/5 Russisch-japan. Krieg		
1907 Englisch-russische Entente	1907 Zweite Haager Friedenskonferenz	
1908 Annexion von Bosnien und Herzegowina	1908 Allgem. Zulassung d. Frauen zum Studium	
		1909 Haber Ammoniak- synthese
1911/12 Italienisch-türkisch. Krieg		1911 Reichsversicher- ungsordnung
1908/13 Balkankriege	1913 Freideutscher Ju- gendtag auf dem Hohen Reihner 1913 Hodlers „Aufbruch“ in Jena	1912 Zeppelin
1917 Sturz des Zarentums in Rußland: bürgerliche, dann bol- schewistische Republik		
1918 Brest-Litowsk. — Untergang des Habsburgischen Reiches		
1922 England räumt Ägypten		
1922 Mussolini und der Faschis- mus in Italien		



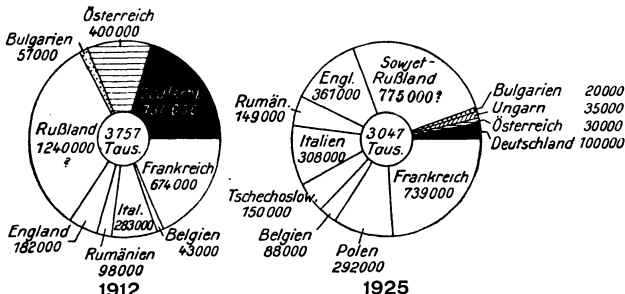
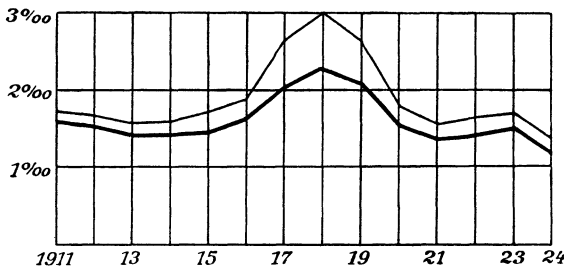
Deutschlands Bevölkerungszunahme in den letzten 100 Jahren



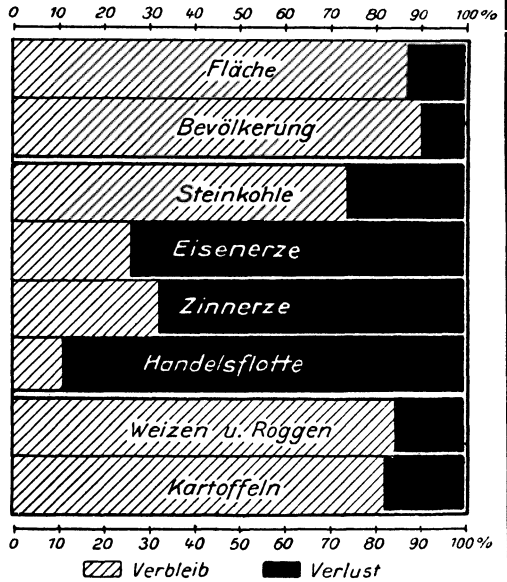
Muttersprache der Bevölkerung in den von Deutschland abgetrennten Gebieten nach dem Stand vom 1. 12. 1910

Tuberkulose-Sterblichkeit

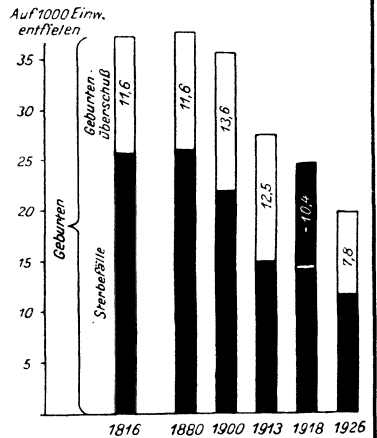
— in ganz Deutschland
 — in deutschen Orten von mehr als 15000 Einwohnern



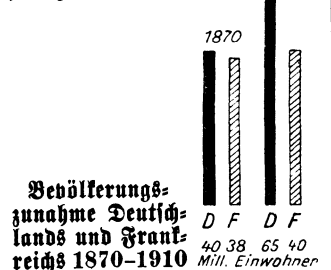
Die „Abrüstung“ nach dem Kriege: Stehende Heere wichtiger europ. Staaten vor und nach dem Kriege (Zahlen von Österreich 1912 und von Rußland 1912 und 1925 nach Schätzungen)



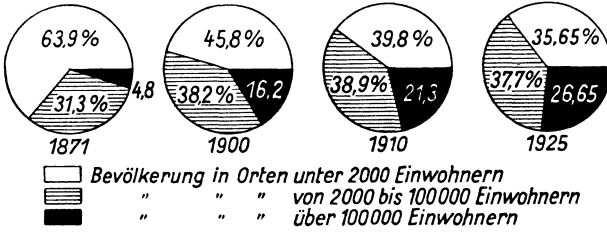
Wichtige Verlustposten der deutschen Volkswirtschaft auf Grund des Versailler Diktats (Aus „Deutschlands Wirtschaftslage“, zusammengestellt im Stat. Reichsamt 1923)



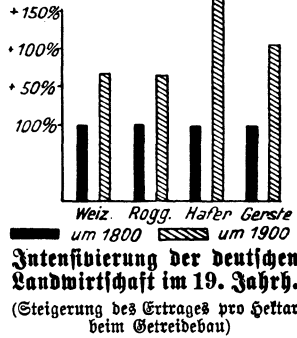
Die abnehmende Sterblichkeit und Geburtenhäufigkeit in Deutschland



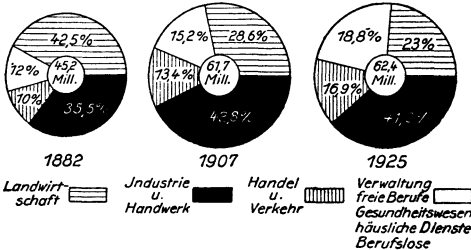
Bevölkerungszunahme Deutschlands und Frankreichs 1870-1910 (Mill. Einwohner)



Die Bevölkerung Deutschlands in ihrer Verteilung auf Stadt und Land



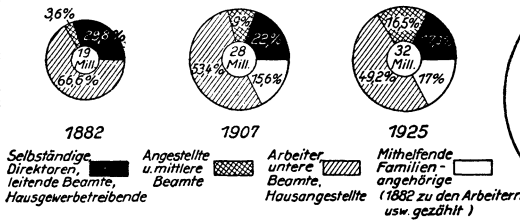
Intensivierung der deutschen Landwirtschaft im 19. Jahrh. (Steigerung des Ertrages pro Hektar beim Getreidebau)



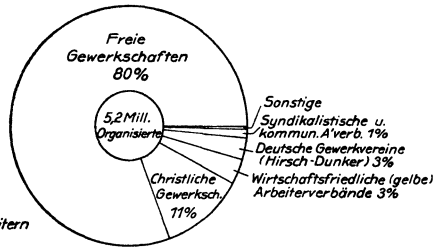
Berufsgliederung der deutschen Bevölkerung (Erwerbstätige und Angehörige)



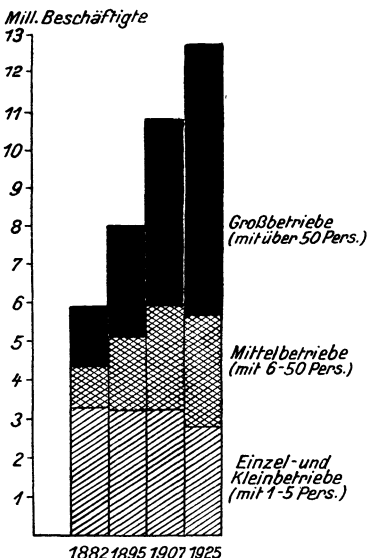
Zunahme der weiblichen Erwerbstätigkeit im Deutschen Reich



Die soziale Gliederung der Erwerbstätigen im Deutschen Reich

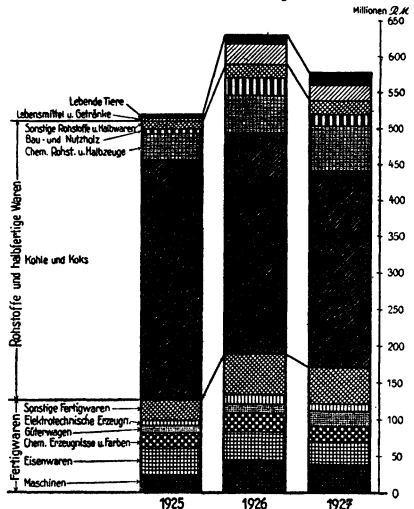


Deutsche Arbeiterverbände etwa Ende 1925

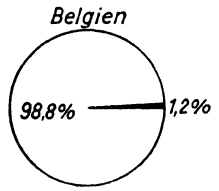
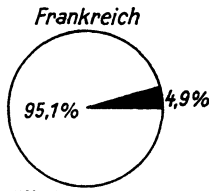
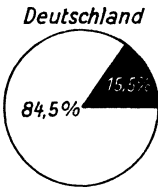


Zunahme der Mittel- und Großbetriebe in Industrie und Handwerk (1925 neues Reichsgebiet ohne Saargebiet)

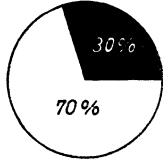
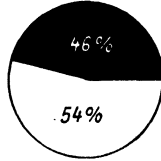
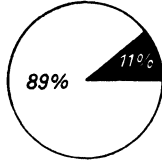
Der Wert der Reparationssachlieferungen 1925, 1926, 1927



(Aus „Wirtschaft und Statistik“, Brag. vom Statistischen Reichsamt, Verlag H. Fobbing, Berlin)

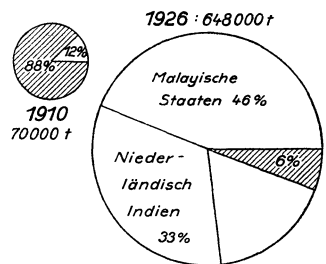
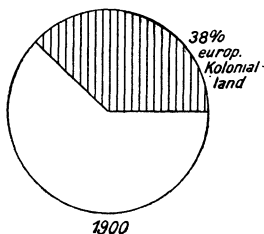
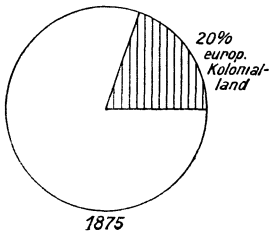


Flächenverhältnis



Einwohnerverhältnis

■ Mutterland □ Kolonien
Europäischer Kolonialbesitz vor dem Kriege

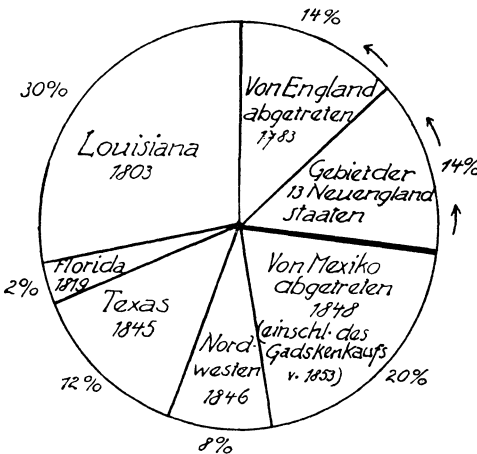


Die Zunahme des Kolonialbesitzes im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts

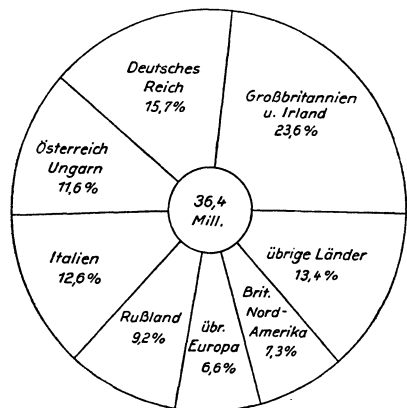
Anteil des Koloniallandes europäischer Staaten (mit Ausnahme Rußlands und der Türkei) an der Bodensfläche der außereuropäischen Erdteile

▨ Wilder Kautschuk (in der Hauptsache aus Brasilien)
 □ Pflanzungskautschuk

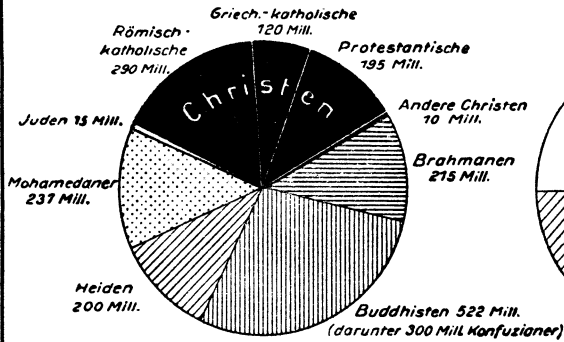
Welternte in Kautschuk



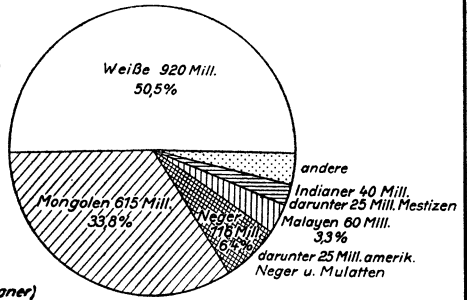
Das Wachstum der Vereinigten Staaten von Amerika



Herkunftsländer der Einwanderer in die Ver. Staaten von Amerika 1819—1925



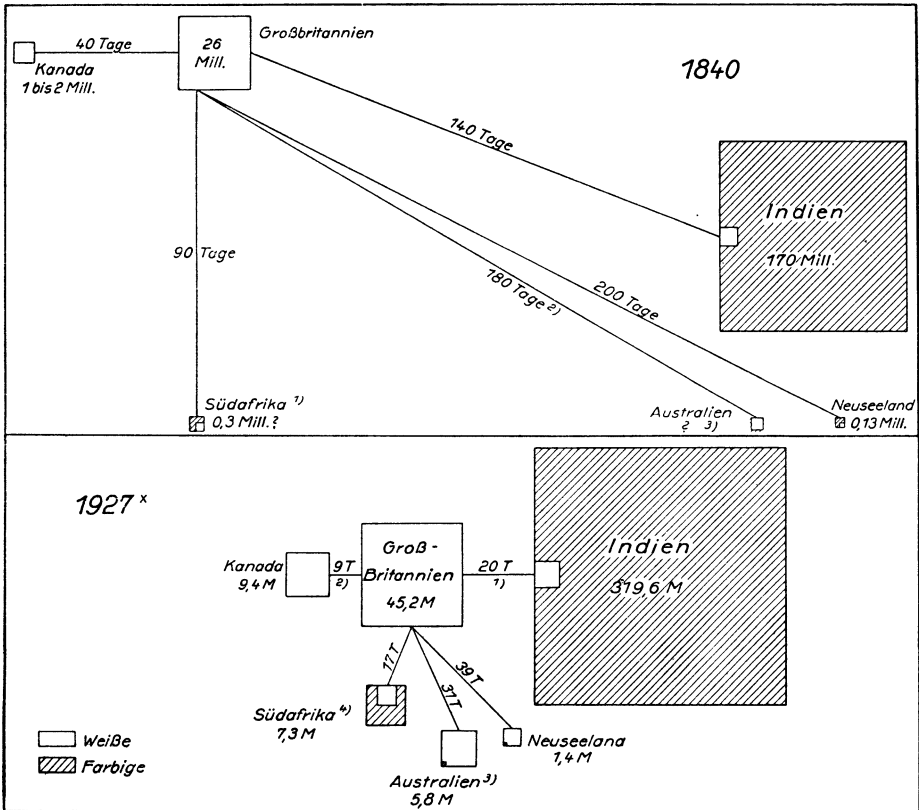
Gesamt-Bevölkerung 1804 Millionen
Anteil der Religionen der Erde



Anteil der Rassen (nach Bl. Wobtinsky). Zuf. 1924 etwa 1800 Mill. Menschen

*) Zahlen entnommen aus Appel, Kirchengeschichte 1925

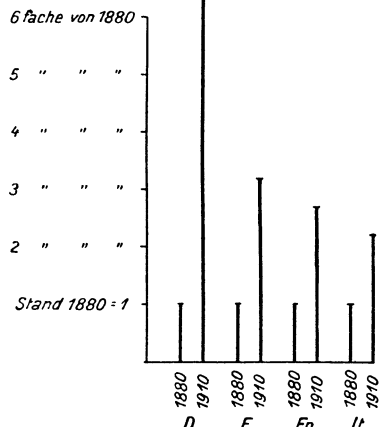
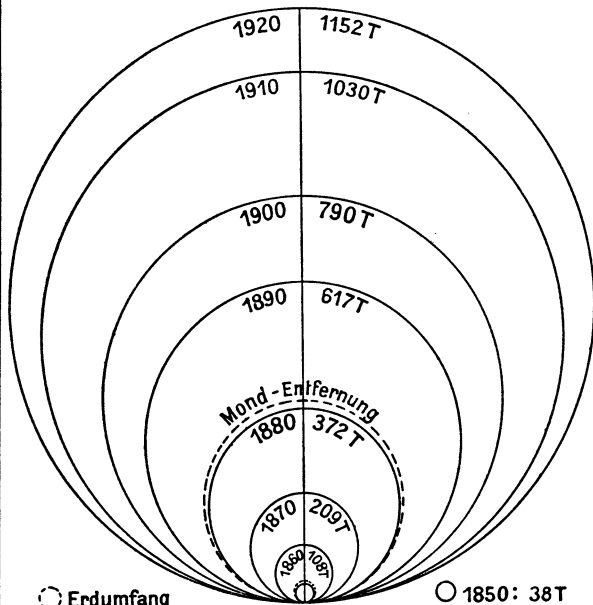
Das britische Reich nach Einwohnerzahl und Verkehrslage 1840 und 1927
 (Art der Darstellung nach Vogel: Das neue Europa)



1840: 1) 1840 nur Kap der Guten Hoffnung und Natal. 2) Damals üblicher Reiseweg über Indien. 3) 190 000 Weiße; Zahl der Ureinwohner unbekannt

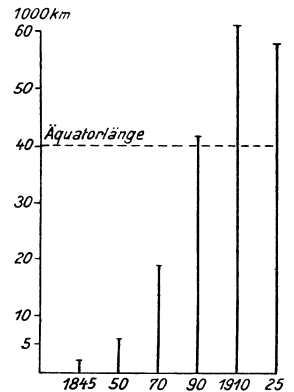
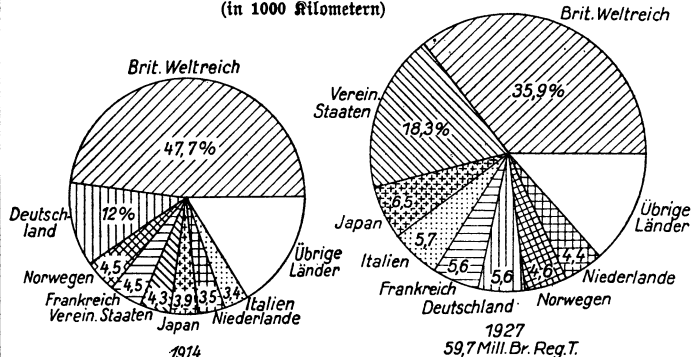
1927: 1) a) London—Bombay nur Schiff: 20 Tage, b) London—Marseille Eisenbahn, dann nur 15 Tage, c) London—Rom und dann Kairo—Karachi—Bombay Flugzeug, dann 9 Tage. 2) a) Southampton—Halifax, nur Schiff: 9 Tage, b) Southampton—Newport Schiff, Newport—Halifax Eisenbahn: 6 Tage. 3) Fremantle. 4) Westfahrt

× Verkehrslage 1927; Einwohnerzahlen nach den letzten Zählungen (1921 bis 1926)



Vermehrung der Handelstonnage der wichtigsten Länder 1880—1910

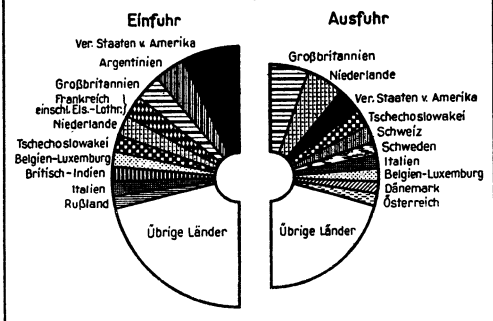
○ Erdumfang
Entwicklung des Gesamt-Eisenbahnnetzes der Welt
 (in 1000 Kilometern)



Verteilung der Welt-handelstonnage unter die wichtigsten Länder vor und nach dem Kriege

Wachstum der deutschen Eisenbahnliniennlänge

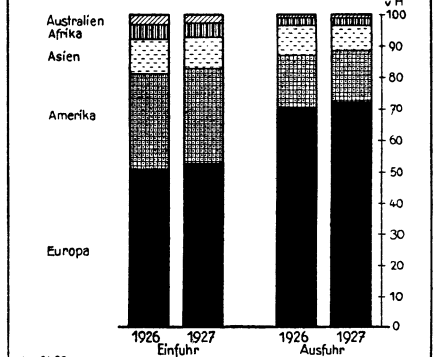
Die wichtigsten Bezugs- und Absatzländer des deutschen Außenhandels 1927



W.u.St.28

(Aus „Wirtschaft und Statistik“, hrsg. vom Statist. Reichsamte, Verlag R. Hobbing, Berlin)

Der Anteil der einzelnen Erdteile am deutschen Außenhandel 1926 u. 1927

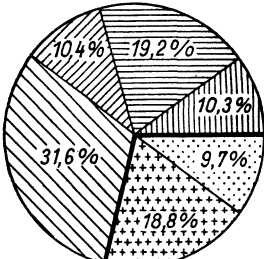


W.u.St.28

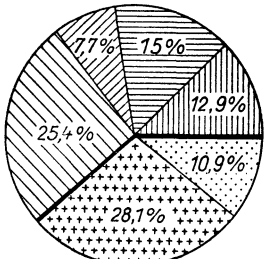
(Aus „Wirtschaft und Statistik“, hrsg. vom Statist. Reichsamte, Verlag R. Hobbing, Berlin)

Anteil Europas und der wichtigsten Handelsstaaten am Welthandel

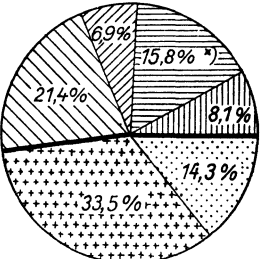
1885 Europa 71,5%



1913 Europa 61%



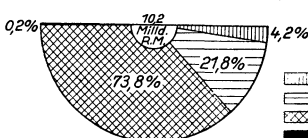
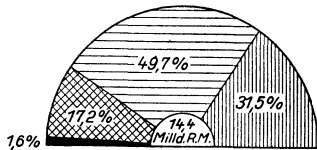
1925 Europa 52,2%



- Deutschland
- Großbritannien
- Frankreich
- übriges Europa
- Verein. Staaten
- übrige außer-europ. Länder

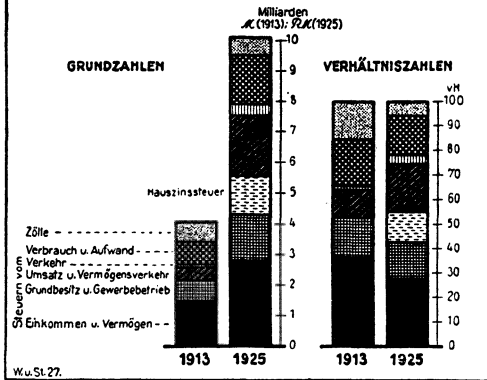
*) einschließlich Irischer Freistaat

Deutscher Außen-(Spezial-)Handel 1927 (ohne Reparations-Eschlieferung)



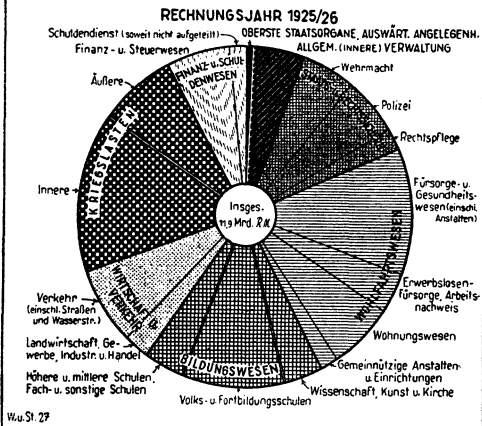
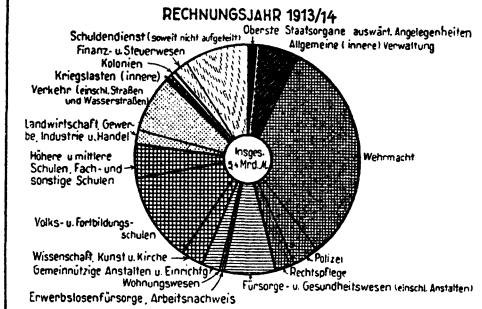
- Lebens- u. Genußmittel, einschl. lebende Tiere
- Rohstoffe u. halbfertige Waren
- Fertige Waren
- Gold- u. Silbermünzen und nicht bearbeitetes Gold u. Silber

DIE GESAMTEN STEUERERNAHMEN IM DEUTSCHEN REICH (REICH, LÄNDER, GEMEINDEN U. GEMEINDEVERBÄNDE) in den Rechnungsjahren 1913 und 1925

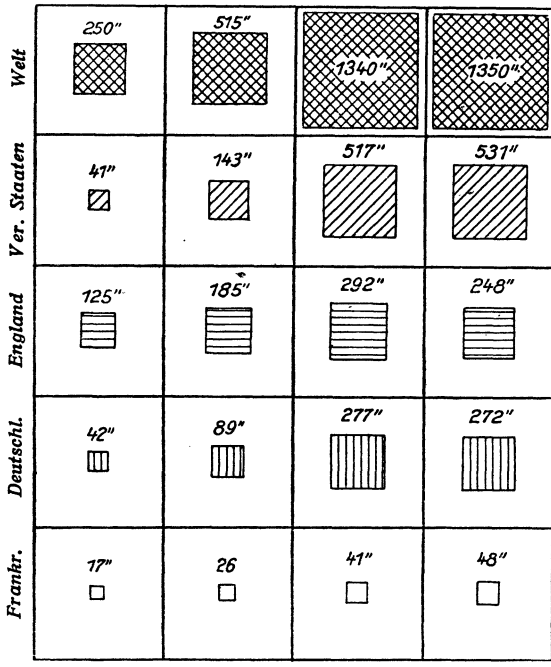


(Aus „Wirtschaft und Statistik“, hrsg. vom Statist. Reichsamt, Verlag R. Hobbing, Berlin)

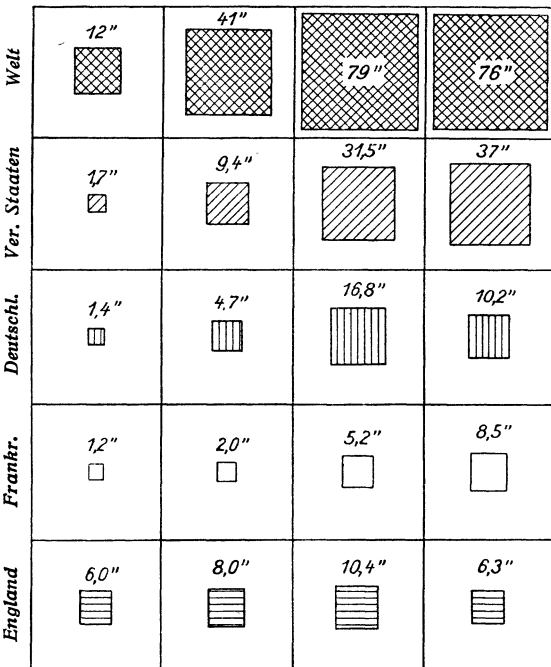
Der Anteil der einzelnen Aufgabengebiete an dem Gesamtzuschußbedarf der öffentlichen Verwaltung im Deutschen Reich (Reich, Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände) in den Rechnungsjahren 1913/14 und 1925/26



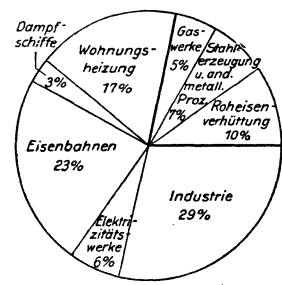
(Aus „Wirtschaft und Statistik“, hrsg. vom Statist. Reichsamt, Verlag R. Hobbing, Berlin)



1870 1890 1913 1925
Kohlenförderung der Hauptkohlenländer
 (in Mill. Tonnen)

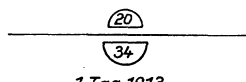


1870 1890 1913 1925
Roheisengewinnung der Hauptländer
 (in Mill. Tonnen)



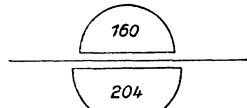
Die 1925 in der Welt geförderte Kohle wurde zu etwa 22% als Roh- und Heizstoff, zu etwa 78% nur als Heizstoff verwendet

Jahr 1770



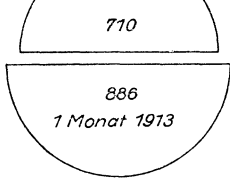
1 Tag 1913

Jahr 1800



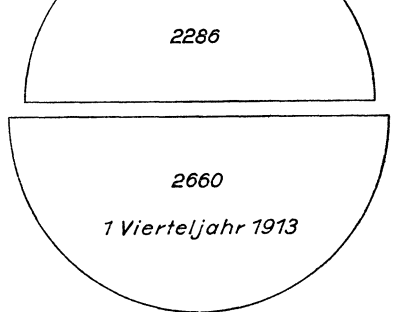
1 Woche 1913

Jahr 1830



1 Monat 1913

Jahr 1850



2286

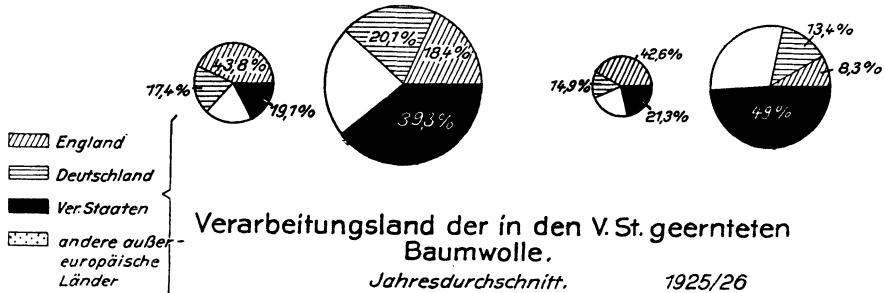
2660

1 Vierteljahr 1913

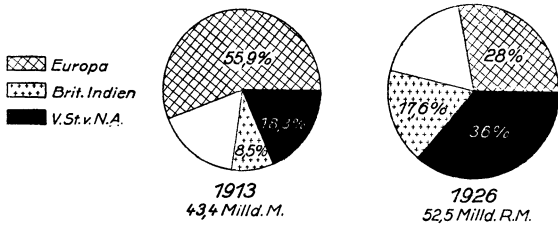
Entwicklung der Roheisenproduktion Großbritanniens in den letzten 150 Jahren
 (in 1000 Tonnen)

DIE WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG DER V. ST. V. N. A. IN DER LETZTEN ZEIT.

Weltproduktion Kohle **Weltproduktion Roheisen**
 1880 1925 1880 1925
 ca. 340 Mill. Tonnen 1350 Mill. Tonnen 18 Mill. Tonnen 76 Mill. Tonnen



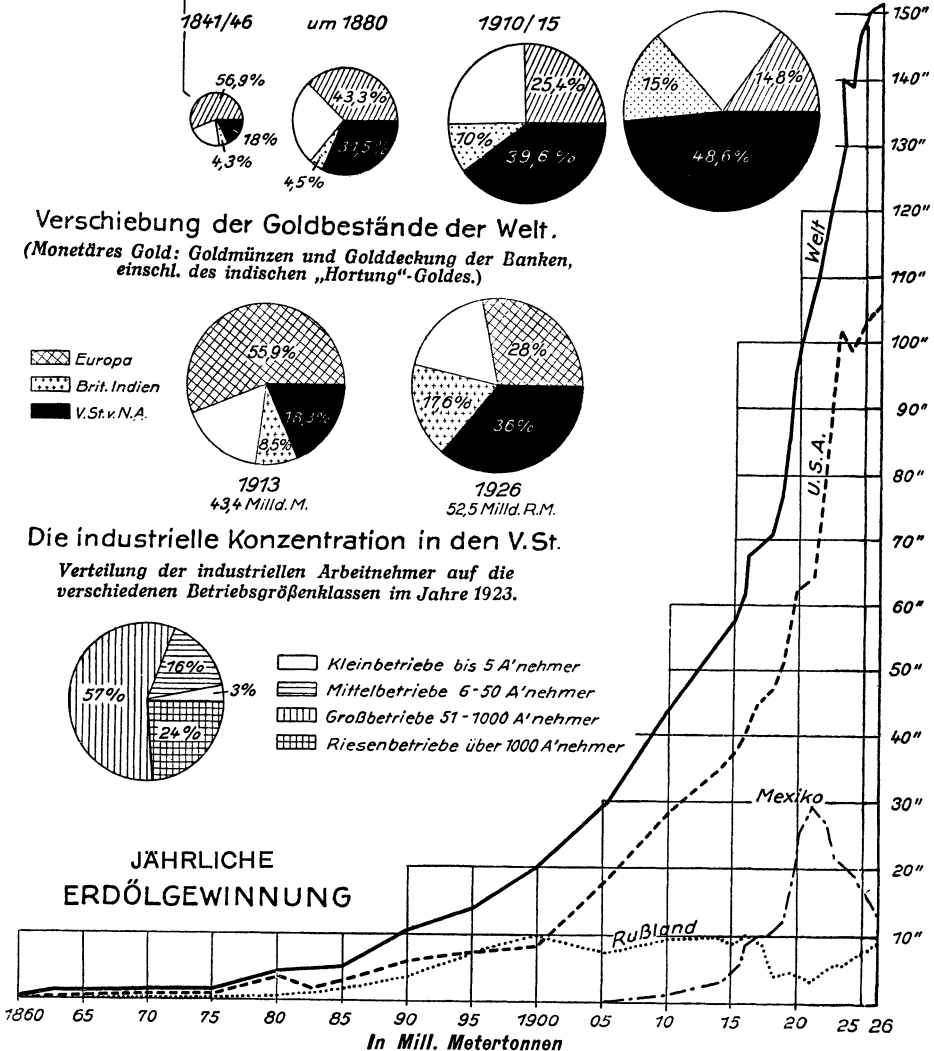
Verschiebung der Goldbestände der Welt.
 (Monetäres Gold: Goldmünzen und Golddeckung der Banken, einschl. des indischen „Hortung“-Goldes.)



Die industrielle Konzentration in den V. St.
 Verteilung der industriellen Arbeitnehmer auf die verschiedenen Betriebsgrößenklassen im Jahre 1923.



JÄHRLICHE ERDÖLGEWINNUNG



Sachregister.

A. Der Staat.

1. Geographische Bedingungen. Deutschlands Mittellage 119. Schlesien und Sachsen als Vorwerke Böhmens 96. Die Vogesen als staatl. Grenze 105. Das Mittelländische Meer 70. 81. Die Adriafrage 82. 124. England und die flandrische Küste 48. 158. Österreich als Donaufstaat 49. Vereinigung verschiedener geographischer Individualitäten in den Vereinigten Staaten 84. Persien als Glacis der Festung Indien 150. Nationalitätenprinzip im Gegensatz zur Geopolitik 193. Frankreich und die Rheinlinie 17. 23. 44. Die Russische Ebene 29.

2. Staatsanschauungen (Staats- und Nationalbewußtsein). Staatsanschauung der Physiokraten 5. Burke (die politische Romantik) 14. Kosmopolitismus der franz. Revolution 13. Die Jakobiner als Schöpfer des nationalen Gedankens 17. Die Staatsanschauung des Freiherrn vom Stein 30. Entstehung des nationalen Gedankens in Deutschland in dem deutschen Idealismus und in der Romantik 37—38. Ein freies und einiges Deutschland als Ziel der Befreiungskriege 41. Der nationale und konstitutionelle Gedanke als Ergebnis der napoleonischen Kriege 46. Die Burschenschaft und das Wartburgfest 53. Hegels Staatsanschauung 52. Nationale und kosmopolitische Gedanken im deutschen Liberalismus 58. Der nationale Gedanke bei List 66. Die Revolution von 1848 und der nationale Gedanke in Deutschland 76. Die preussische Union 78. Liberale und nationale Gedanken nach 1848 79. Die schleswig-holsteinische Frage und der nationale Gedanke 94. Das Erwachen des deutschen Nationalgefühls 1859 82. Die Staatsanschauung Heinrich von Treitschkes 100. Der Krieg 1870/71 102. Die Kaiserproklamation von Versailles 1871 106. Staatsanschauung von Karl Marx 116. Der moderne Imperialismus und seine Staatstheorie 131.

Erwachen der Nationalitäten in Österreich 1848 72. Die italienische Einheitsbewegung 82. Nationalitätenprinzip Napoleons III. 79. Panlawismus 120. Erwachen der kolonialen Völker 196.

3. Staatsverfassung. Frankreich: Verfassung von 1791 10. Republikanische Verfassung von 1793 15. Verfassung von 1795 (Direktorium) 17. Konsulat 20. Kaisertum 22. Die theoretische Begründung der konstitutionellen Monarchie 10. Die Verfassungspläne des Freiherrn vom Stein 30. Zulkmonarchie 56. Der Bonapartismus 81. — Parlamentsreform in England 61. — Die russische Duma 150. — Rußland, die letzte oriental. Despotie 178. Österreich-Ungarn, der letzte Dynastiestaat 178.

Bismarck und das allgemeine Wahlrecht 96. Das Problem des Parlamentarismus in Deutschland 77. Der Parlamentarismus als Grundlage der Weimarer Verfassung 185. Grundsatz der Volkssouveränität in der Weimarer Reichsverfassung 184.

Das Problem des deutschen Bundesstaates 76. Der deutsche Bund ein Staatenbund 50. Föderalistischer Grundzug der Reichsverfassung Bismarcks 105. Unitarische Gestaltung der Weimarer Reichsverfassung 184. — Bundesstaat oder Einheitsstaat in der Schweiz 69. Union oder Konföderation in den Vereinigten Staaten 84. — Der deutsche Dualismus auf dem Wiener Kongreß 50. Der deutsche Dualismus in der Revolution von 1848/49 76. Der deutsche Dualismus seit 1859 82. Bismarck und der deutsche Dualismus 86.

Deutsche Nationalversammlung von 1848 73. Die deutsche Reichsverfassung von 1849 76. Verfassung des Norddeutschen Bundes 99. Die Reichsverfassung

von 1871 107. Die Frage der „Neuorientierung“ in Deutschland 1917 166. Die Umbildung der deutschen Reichsverfassung Okt. 1918 166. Die Weimarer Reichsverfassung 182.

Verfassungsfragen in Preußen 53. Der Vereinigte Landtag in Preußen 69. Die oktroyierte Verfassung in Preußen 75. Die revidierte Verfassung in Preußen 79. Das Budgetrecht der Volksvertretung und der preußische Heereskonflikt 92. — Die Verfassung der deutschen Einzelstaaten nach 1815 50. — Das süddeutsche Verfassungsleben 53.

4. Stände und Klassen. Die Stände im Ancien Régime 2. Der „Untertan“ und der Absolutismus 2. Entstehung der Bourgeoisie 3. Der „tiers état“ 3. 8. Girondisten und Jakobiner 14. Der Adel und die Reformen in Preußen 30. Judenemanzipation in Preußen 34. Die konservative Partei in Preußen 75. Stellung des engl. Adels zu den großen Reformen 60. Das Emporkommen des 4. Standes 117. — Frauenbewegung 140. — Auflösung der indischen Kasten 199.

5. Staatsumwälzungen. Französische Revolution 1. Das Haus Bernadotte in Schweden 27. Der Propagandagedanke der Girondisten und Jakobiner 16—17. Erhebung Lateinamerikas 55. Südromantische Bewegungen 55. Julirevolution 56. Februarrevolution 70. Revolution 1848/49 71. Garibaldi 83. Entthronung Isabellas von Spanien 101. Der Sturz des 2. Kaiserreichs 103. Die Pariser Commune 119. Losreißung Norwegens von Schweden 151. Russische Revolution von 1904 150. Die 1. russische Revolution von 1917 165. Die bolschewistische Revolution 1917 167. Die Novemberrevolution in Deutschland 170. Erhebungen in China, Indien und der Welt des Islam 197.

6. Staatsverwaltung. Frankreichs Zentralisation im Ancien Régime 2. Bei den Jakobinern 15. Napoleon 20—23. Rheinbündisches Beamtentum 24. Steins Organisation der obersten Staatsbehörden 33. Selbstverwaltung bei den Physiokraten 6. In der franz. Verfassung von 1791 11. Freiherr v. Stein. 30. Städteordnung von 1808 32. Ländliche Verwaltung in Preußen 1812 34. Preußisches Beamtentum nach 1815 55. Versuch einer Zentralisation in Österreich 75.

7. Selbstverwaltung. Englische Selbstverwaltung 61. Selfgovernment i. Indien 199.

8. Heerwesen. Das jakobinische Volksheer 16. Ursachen der preußischen Niederlage 1806 25. Scharnhorsts Heeresreform 35. — Preußens Landwehrgesetz 1813 40. — Napoleons Taktik und Strategie 18. — Scharnhorst und Gneisenau 36. Der Herbstfeldzug 1813 42. Völkerschlacht bei Leipzig 43. Waterloo 44. Preußisches Wehrgesetz von 1814 54. Der preußische Heereskonflikt 92. Heeresorganisation Napoleons III. 101. Heeresfragen und Wilhelm II. 134. England und die allgemeine Wehrpflicht 84. 130. Das Berufsheer in Deutschland nach dem Vertrag von Versailles 173. Deutscher Flottenbau 135.

Moltkes Strategie 1866 50. 1870/71 97. Schlieffen, Hindenburg und die Umfangschlacht 160. Der Vormarsch im Westen 1914 und die Marne Schlacht 159. Die Durchbruchschlacht in den Karpathen 161. Der Stellungskrieg 162. Hindenburgs „bewegliche Verteidigung“ 165. Ludendorffs Frühjahrsoffensive von 1918 168. Kämpfe zur See während des Weltkrieges, U-Boote 163—164.

9. Rechtswesen. Geschworenengerichte von 1791 11. Code Napoléon 22. R.-Str.-G.- und B.-G.-B. 110.

10. Steuerwesen. Steuerwesen im Ancien Régime 3. Steuertheorie der Physiokraten 6. Napoleons Steuersystem 21. Das Steuerprogramm der Bodenreform 6. Das Steuerprogramm der Bodenreform 140. Reichssteuern in Deutschland 108.

11. Bildungswesen. Schulwesen nach 1815 54. 19. Technik und Bildung als Grundlagen der Wirtschaft bei List 66. Staatl. Schulaufsicht 112. Frauenstudium 141.

12. Zwischenstaatl. Vereinigungen und Ordnungen. Der Wiener Kongreß 48. Die Heilige Allianz 51. 56. Der Berliner Kongreß 121. Wilsons Politik 164. Die

vierzehn Punkte 169. — Die belg. Neutralität 57. 157. Die schleswigche Frage im Vertrag von Versailles 173. — Das Nationalitätenprinzip Napoleons III. 79. Das Nationalitätenprinzip im Versailler Vertrag 178. — Die Völkerbundsakte 172. Der Völkerbund 178. — Der Weltfriedensgedanke der Bolschewiki 167. Die Abrüstungsfrage im Vertrag von Versailles 180. Locarno 180. 193.

B. Die Staatenwelt.

1. **Ausbreitung (Kolonisation—Imperialismus).** a) Deutschland. Massenwanderung nach Nordamerika 62. Auswanderungsfrage bei List 66. Die Geschichte der deutschen Auswanderungen 84. 124. — Kolonialgedanke bei List 66. Bismarcks Kolonialpolitik 124. Kolonialpolitik unter Wilhelm II. 135. Deutschland im Orient 136. Das Schicksal der deutschen Kolonien im Vertrag von Versailles 172.

b) Frankreich. Napoleon in Ägypten 19. Ägier 56. Frankreichs Ziele in Nordafrika 70. Frankreichs Orientpolitik und der Krimkrieg 81. Napoleon III. in Mexiko 85. Der Suezkanal 100. Kolonialpolitik der 3. Republik 119. Kampf um das Mittelmeer 148. Fashoda 148. Marokkokrifen 152.

c) England. Koloniale Selbstverwaltung 61. Der engl. Imperialismus 128. Das Empire und der Weltkrieg 177. Das Ende des kolonialpolitischen Zeitalters 197.

d) Italien und Tripolis 151. Die Adriafrage 124. Die Riviera 124. Irredenta 124. Französische Türkenpolitik 81.

2. **Die Orientfrage.** Französische Türkenpolitik 81. Österreich als Ostmacht 49. Der griech. Befreiungskampf und die oriental. Frage 55. Die oriental. Frage 1840 69. Der Krimkrieg 81. Russisch-türk. Krieg 1877/78 120. Orientpolitik Wilhelms II. 135. 148. Die Balkankrisen 1908—13 153. Deutschland und Marokko 152. Das Bagdadabkommen von 1912 154. Die Kämpfe im Orient während des Weltkrieges 161. Rumänien im Weltkrieg 162. Friedensschlüsse von Sevres und Neuilly 176.

3. **Frankreich.** a) Innere Entwicklung. Französische Revolution 1. Napoleon 22. 1815—30 56. Das 2. Kaiserreich 81. Die 3. Republik 119. Frankreich nach dem Weltkrieg 177.

b) Verhältnis zu Deutschland. Die Rheinfrage 1793 17. Frankreich in Belgien und am Rhein 16. Die Rheinfrage im Baseler Frieden 17. 18. 1803 23. Rheinbund und Zusammenbruch Preußens 24. 25. 1805 24. Befreiungskrieg 39. Die elsäß-lothringische Frage 1814 45. Talleyrand und die französische Rheinpolitik 44. 1793 14. Amiens 23. Trafalgar 24. Kontinentalperre 26. Waterloo 44. England als Sieger über Napoleon 45. Die Kriegsgefahr 1840 24. Napoleon III. und die Rheinfrage 81. Krieg 1870/71 100. Elsäß-Lothringen und die Rheinfrage 105. Der Revanchegedanke nach 1871 119. Zweibund mit Rußland gegen Deutschland 134. Der deutsch-franz. Gegensatz 147. Frankreichs Stellung im Juli 1914 157. Der Vertrag von Versailles 125.

c) Verhältnis zu England. 1840 70. Krimkrieg 81. Englands Haltung 1870/71 104. Fashoda 148. Franz.-engl. Entente von 1904 151.

4. **England.** a) Innere Entwicklung. Die Reformen von 1829/46 60. Englische Romantik 60. Die industrielle Entwicklung Englands im 19. Jahrh. 58. Der britische imperialistische Gedanke 128.

b) Verhältnis zu Frankreich: s. 3c).

c) Sonstige Stellung zu Europa. Englands Interesse an der flandrischen Küste 48. Die belgische Neutralität 11 157. England, die Heilige Allianz und Lateinamerika 55. Englands wirtschaftliche Herrschaft über Europa 66. England und Rußland im Krimkrieg 81. Englands Verhalten 1870 104. England und der Dreibund 124. Englands Gegensatz gegen Rußland und Frankreich 148. England und Deutschland; die Bündnisangebote an Wilhelm II. 149. Eduards VII. Einkreisungspolitik 151. Die Mission Halbanes 154. Englands Stellung im Juli 1914 157. England und das bolschewistische Rußland 200.

5. Italien. Italienische Erhebung 1848 72. Custozza 75. Die italienische Einheitsbewegung 82. Cavour und Napoleon 82. Italien 1866 98. Das Königreich Italien und der Vatikan 111. Streit um Tunis 123. Dreibund 121. Tripolis 151. Italien im Weltkrieg 159. Der Faschismus 195.

6. Spanien und Portugal. Die „Liberalen“ in Spanien und Portugal 55. Die spanische Thronkandidatur 1870 101.

7. Holland. Das Königreich der Vereinigten Niederlande 48. 57.

8. Skandinavien. Napoleonische Zeit 27. Haus Bernadotte 27. Schweden im Befreiungskrieg 42. Dänemark und Schleswig-Holstein 94. Auflösung der Union 151.

9. Polen. Zweite und dritte Teilung Polens 49. Polnische Frage auf dem Wiener Kongreß 49. Erhebung Polens 1832 57. 1862 Bismarcks Polenpolitik 110. Das Königreich Polen 1916 167. Der Vertrag von Versailles 172. Nach dem Weltkrieg 194.

10. Rußland. Der 2. Koalitionskrieg 20. 1805 24. Tilsit 27. 1812 29. Napoleons Polenpolitik 29. Russisch-preussische Freundschaft 49. 95. Der Krimkrieg 81. Zar Nikolaus I. 81. Dreikaiserbündnis 120. Panlawismus 120. Russisch-türkischer Krieg 1877/78 120. Der Rückversicherungsvertrag 122. Die österreichisch-russische Feindschaft 122. Zweibund mit Frankreich 134. Rußlands Gegensatz gegen England und Österreich 148. Englisch-russische Entente von 1907 151. Der Russisch-japanische Krieg 150. Innere Geschichte Rußlands seit Alexander II. 150. Russische Mobilmachung im Juli 1914 156. Die 1. russ. Revolution von 1917 165. Die bolschewistische Revolution 1917 167. Weltpropaganda 200.

11. Amerika. Erhebung Lateinamerikas 55. Monroe doktrin 55. Die Vereinigten Staaten bis zum Sezessionskrieg 83. Ausbreitung der Union über den Westen 83. Der Imperialismus in den Vereinigten Staaten 146. Die Vereinigten Staaten im Weltkrieg 164. Die Vereinigten Staaten seit dem Weltkrieg 177.

12. Japan. Geschichte Japans 147. Der Russisch-japanische Krieg 150. Japan im Weltkrieg 159. Erdbeben von 1923 198.

C. Wirtschaft.

1. Wirtschaftstheorien. Die Physiokraten 5. Adam Smith 59. Manchesterium 60. Fr. List 62. Der franz. Sozialismus 70. Karl Marx 1848 75. Der Staatssozialismus Napoleons III. 81. Karl Marx, das „Kapital“ 114. Lassalle 117. Christlicher Sozialismus 118. Kathedersozialisten 118. Imperialistische Theorien 131.

2. Staat und Wirtschaft. Untergang des Merkantilismus, Adam Smith, Manchesterium, der wirtschaftl. Liberalismus 59. Staat und Wirtschaft bei List 65. Staat und Wirtschaft nach Marx 114—116. Die wirtschaftlichen Verluste Deutschlands im Vertrag von Versailles 180. Wirtschaftl. Bestimmungen der Weimarer Reichsverfassung 184.

3. Agrarwesen. Leibeigenschaft in Frankreich 2. Steinische Reform 32. Regulierung durch Hardenberg 34. Ende der preuß. Reform 53. Zehntablösung bis 1848 54. Die Agrarentwicklung Englands im 19. Jahrh. 75. Parteibildung der Agrarier 1848 75. Liebig 80. Agrarzölle 61. 113. 138.

4. Gewerbe und Industrie. Gewerbefreiheit in der Französischen Revolution 7. Gewerbefreiheit in Preußen 1811 34. Freihandel bei den Physiokraten 6. Handelsfreiheit durch Turgot 7. Kontinentalsperre 26. Die industrielle Entwicklung Englands im 19. Jahrh. 58. Agrarstaat und Industriestaat bei List 65. Die Anfänge des deutschen Industriestaates 80. Der deutsche Industriestaat 136.

Entstehung des Proletariats in England 58. Die Arbeiterfrage in England 60. Der Chartismus 61. Soziale Kämpfe und das franz. Julikönigtum 70. Soziale Bewegung in Deutschland vor 1848 114. Der Klassenkampf bei Marx 116. Die deut-

sche Sozialdemokratie 117. Die „Internationale“ 116. Nationaler Sozialismus 139. Arbeiterfrage unter Wilhelm II. 138.

Arbeiterschutzgesetzgebung in England 61. Die Arbeiterfürsorge unter Napoleon III. 81. Bismarcks Sozialpolitik 117. Internationales Arbeitsrecht 172.

5. Geldwesen. Assignaten 10. Deutsche Münzreform 110.

6. Handel. Adam Smith und der Freihandel 59. Freihandel in England 61. Zolleinigung Deutschlands 62. Lists Lehre vom Erziehungszoll 65. Anfänge der deutschen Großbanken 81. Bismarck und der Freihandel 111. Bismarcks Finanzzölle 113. Bismarck und der Schutzzoll 1878 113. Deutsche Handelspolitik und Wilhelm II. 138. Der engl. Imperialismus und der Schutzzoll 130.

7. Verkehr. Eisenbahnen in Deutschland 64. Anfänge der deutschen Schifffahrt 80. Der Suezkanal 100. Die deutschen Ströme im Vertrag von Versailles 176.

8. Wirtschaft und Technik. Die großen Erfindungen in England 58. Anfänge der deutschen Ingenieurwissenschaft 65. Technische Hochschulen 65. Technik und Bildung als Grundlagen der Wirtschaft bei List 66. Naturwissenschaft, Technik, insbes. Elektrotechnik und Chemie als Grundlagen des deutschen Industriestaates 136—137. Industrialisierung Ostiens 197.

D. Religion und Kirche.

Säkularisation in der Französischen Revolution 10. Französisches Konkordat von 1801 21. Säkularisation in Deutschland durch Reichsdeputationshauptschluß 23. Napoleons Konflikt mit dem Papst 27. Säkularisation unter Hardenberg 34. Wiedereinsetzung des Papstes und Restauration des Jesuitenordens 1814 48. Katholikenemancipation in England 60. Entwicklung des Katholizismus im 19. Jahrh. 67. 111. Protestantische Union 54. Kölner Kirchenstreit 66. Luthertum und Obrigkeitsstaat in Preußen 93. Bismarcks Religion 87. Protestantismus und Kulturkampf 112. Christlicher Sozialismus 118.

E. Die übrigen Kulturgebiete.

Die Aufklärung 4. Rousseau 6. Die Enzyklopädisten 6. Neuhumanismus 37. Die Romantik 38. Die Romantik in England. Geschichtswissenschaft und Romantik 38—39. 60. Hegel 52. Schopenhauer 80. Die Grundrechte von 1848 74. Der Materialistenstreit 80. Karl Marx 114. Geistesgeschichte des wilhelminischen Zeitalters 142. Das Schulwesen Napoleons I. 23. W. v. Humboldt und die deutschen Universitäten 38. Technische Hochschulen 16. Jugendbewegung 144.

Rofofo 2. Klassizismus in der Franz. Revolution und im Empire 22—23. Das „Biedermeier“ 52. — Die Frühromantiker 38. Die späteren Romantiker 52. Beethoven 52. Die romantische Musik 52. Goethe und Schiller 37. Der alte Goethe 12. 52. Das junge Deutschland 58. Der Realismus 80. Von Richard Wagner bis Hans Pfitzner 144. Naturalismus, Neuromantik 143. Klassizismus (David) 52. Die Nazarener 52. Die späteren Malerromantiker 80. Feuerbach, Böcklin, Menzel 80. Baukunst im wilhelminischen Zeitalter 144. Impressionismus 144.

Die Blüte der deutschen Geschichtswissenschaft 52. Die „politischen Historiker“ in Deutschland 80. Begründung der Nationalökonomie durch Adam Smith 59. Der Aufschwung der Naturwissenschaft im 19. Jahrh. 80.

Namenregister.

- Nachen 87, 88, 189
 Aebessinien 151
 Aeden 129
 Adria 82, 124, 161
 Adrianopel 153
 Adua 151
 Agadir 152
 Agypten 19, 55, 70, 128,
 129, 148, 151, 177
 Afrika 125, 130—132
 Ajaccio 18
 Albanien 154
 Albert, Kronprinz bzw.
 König von Sachsen 102
 Alexander I., Zar 27
 Alexander II., Kaiser von
 Rußland 150
 Algeciras 157
 Alwensleben 87
 Amiens 20, 24, 83, 104, 168
 Anam 119
 Andraffy 121, 123
 Angora 199
 Antwerpen 57, 160
 Arago 136
 Arcole 18
 Arndt, C. M. 44, 53, 73
 Arnim, Achim v. 52
 Arnim, Bettina v. 52, 141
 Arras 165
 Artois, Karl, Graf v. 13, 56
 Asperg 63
 Aspern 28.
 Auerstädt 25
 Augustenburg, Herzog v.
 94, 95
 Augustus, röm. Kaiser 12.
 Austerlich 24
 Australien 129, 131, 132
- Babelsberg, Schloß 92
 Bacon, Lord 58
 Baden 23, 24, 57, 64, 71,
 72, 74, 78, 98, 105, 142
 Baeyer, v., Chemiker 137
 Bagdad 136, 154, 162
 Balkan 56, 163
 Ballin, Albert 164
 Banat 179
- Bapaume 104
 Barth, Afrikaforscher 125
 Basel 17, 18
 Bassermann, Fr. Daniel 71
 Baugen 41
 Bayern 23, 24, 28, 43, 63,
 67, 98, 105, 107
 Bazaine, Marshall 85, 102
 Beauharnais, Josephine 29
 Bebel, August 117, 139
 Becker, Nicolaus 70
 Beethoven 52
 Behrens, Peter Paul,
 Architekt 114
 Belfort 104, 105
 Belgien 57, 99, 158, 159,
 166, 175, 189
 Belle Alliance 44
 Benedek, v. 96, 97
 Benedetti 101
 Bennigsen 110
 Béranger 56
 Bereßina 29
 Berlin 25, 26, 40, 72—73,
 75, 87, 121, 122, 136, 161,
 162, 170, 182
 Bernadotte, franz. Mar-
 schall und schwed. Kron-
 prinz 27, 42, 43
 Bern 48
 Bessarabien 120
 Bethmann-Hollweg 134,
 153, 154, 164, 165, 166
 Birmingham 130
 Birnbaum 179
 Birnbaum 179
 Bismarck 18, 83, 85—90,
 92—113, 117—128, 133,
 134, 135, 138, 147, 149,
 151, 157, 186, 187, 193
 Blücher 25, 42, 43, 44, 45
 Blum, Robert 76
 Böcklin 50
 Böhmen 33, 96, 97, 123,
 176
 Bonaparte, Jérôme 27
 Bonaparte, Joseph 22, 27
 Bonaparte, Ludwig 22, 29
 Bolivar, Simon 55
 Bordeaux 103, 104, 159
- Börne 58
 Borlum 135
 Borßig 64
 Bosnien 153, 176
 Bosphorus 56, 70, 81
 Bourbonnais 104
 Boyen, v. Kriegsminister
 54, 91
 Bozen 179
 Brahms 144
 Braunschweig 27
 Braunschweig, Karl Wil-
 helm Ferdinand, Herzog
 13
 Bredow 102
 Breisgau 24, 49
 Bremmer 176
 Brentano, Clemens 52
 Breslau 40
 Brest-Litowsk 161, 168,
 170, 173
 Briand 193
 Brückner, Anton 144
 Brüssel 16, 114
 Bruttow 162, 163, 165
 Brutus 12
 Büchner, Ludwig 58, 80
 Bukarest 168
 Bukowina 161, 162, 176
 Bulgarien 120, 122, 153,
 161, 162, 163, 168, 177
 Bülow, v. 133, 135, 149,
 151, 161
 Bunsen, Robert 80
 Buren, 132
 Bure 14, 38
 Burghenshaft 53
 Byron, Lord 55, 60
- Caillaux 152
 Colonne 8
 Campo Formio 19
 Canning, Lord 55
 Canova 23
 Capri 133
 Carlyle, Thomas 62, 131
 Carnot 16
 Cäsar 12, 17, 20, 22
 Cato 12

- Cavour, Camillo 82, 83
 Chalons 101, 102
 Chamberlain, Joseph 129
 bis 131, 132, 149, 150
 Chambord, Graf v. 119
 Champagne 162
 Chanzy, General 104
 China 119, 135, 147, 150, 197
 Cicero 12
 Cisleithanien 123
 Clémenceau 166
 Coblenz 89
 Colomben-Nouilly 102
 Compiègne 171
 Cornelius, Peter 52
 Coronel 164
 Cromwell 60
 Custozza 75, 96
 Cypern 129
- Dahlmann 73
 Damaskus 140
 Dahn 143
 Dänemark 27, 48, 94, 95,
 173
 Danewerk 95
 Danton 15
 Danzig 27, 172, 179
 Dardanellen 56, 70, 151,
 162
 Darmstadt 190
 Darwin 80
 Delcassé 152
 Dennewitz 43
 Deutscher Bund 50, 63
 Deutschland 50, 57, 58, 62,
 64, 71, 77, 79, 80, 82, 90,
 94, 98, 101, 121—123,
 126, 128, 129, 132—136,
 142, 145, 147—159, 162,
 171—182, 185, 189, 196,
 198, 200
 Deutsch-Ostafrika 135, 180
 Deutsch-Südwestafrika 125,
 132, 135
 Disraeli 128, 129, 131
 Dijon 104
 Dobrußscha 120, 163
 Dohm 141
 Donau 18, 121, 176
 Döllinger 73
 Dostojewsky 120
 Dresden 42, 43, 64, 97
 Droste-Hülshoff 52
 Droste-Wisshering 68
 Duisburg 190
- Dumouriez 14, 15, 16
 Düna 161
 Dunajec 161
 Düppeler Schanzen 94, 95
 Düsseldorf 190
- Ebert 171, 192
 Ederförde 94
 Edison 137
 Eduard VII. 151, 152, 154
 Égalité, Philippe, Herzog
 von Orléans 16
 Eichenborff 52
 Elbe 121, 176
 Elsaß-Lothringen 44, 45,
 53, 105, 109, 110, 122,
 167, 170, 172, 176, 178
 Emin Pascha 125
 Ems 101
 Engels 75, 114
 England 13, 21, 24, 25, 27,
 44—46, 48, 49, 55—62,
 70, 73, 77, 81, 84, 85, 88,
 119—122, 124, 127—132,
 135, 146, 148—155, 157
 bis 159, 162—166, 177,
 178, 180, 192, 197, 198,
 200, 201
 Enver Pascha 153
 Erfurt 28, 78, 117, 142
 Erzberger 192
 Estland 173
 Eupen 172, 179
 Eylau 26
- Falkenhayn 162, 163
 Falkland Insel 164
 Faraday 136
 Färoer 48
 Fatschoda 148, 149
 Favre 103
 Ferdinand I. 75
 Feuerbach, A. 80
 Fez 152
 Fichte 37, 39, 66, 178
 Finnland 48, 168
 Flandern 57, 158, 165
 Flensburg 173
 Fleurus 17
 Florenz 83
 Florida 84
 Flaubert 153
 Fontane 80, 143
 Franckenstein 113
 Frank 159
 Frankfurt a. M. 50, 62, 73,
 74, 89, 90, 96, 99, 105, 190
- Frankfurter Fürstentag 74
 Frankfurter Parlament 107
 Frankreich 1—26, 28, 31,
 37, 44—50, 55—58, 62,
 69—71, 79, 81—83, 85,
 88, 89, 90, 95, 97, 99 bis
 101, 118—120, 122—124,
 127—129, 131, 133, 134,
 145, 147—152, 155, 157
 bis 160, 171, 172, 175,
 177, 178, 180, 189, 190,
 192, 196
 Franz II. (Österreich) 24
 Franz Ferdinand 156
 Franz Joseph 75, 85, 167
 Freiburg 67
 Freiligrath 69, 102, 114
 Frentag, G. 80, 143
 Friedland 26
 Friedrich v. Baden 93, 106
 Friedrich III. 133
 Friedrich d. Gr. 26, 87, 88,
 97, 160
 Friedrich Karl 97, 102, 104
 Friedrich Wilhelm III. 1,
 18, 25, 53, 68, 87, 88
 Friedrich Wilhelm IV. 68,
 72, 75, 77, 78, 79, 82, 86,
 88, 89
 Friedrich Wilhelm, Kron-
 prinz 93, 97, 102, 105
 Friedrichsrub 133
 Fröbel 141
 Fürth 64
- Gagern, v. 73, 74, 77
 Gallipoli 162
 Galizien 49, 161, 176
 Gambetta 100, 103, 104,
 119
 Garibaldi 83, 98
 Gastein 95, 96
 Gauß 64, 136
 Genua 19
 Gerlach, Bruder 79, 89
 St. Germain 176
 Ghandi 199
 Gibraltar 129, 151
 Gladstone 128, 129
 Gneisenau 25, 36, 39, 41,
 43, 44, 45, 53, 57, 97
 Gnesen 67, 68
 Gorlice 161
 Görres 39, 44, 52, 68
 Goethe 1, 13, 18, 28, 37,
 38, 50, 52

Gotha 117
 Göttingen 87, 136, 137
 „Göttinger Sieben“ 58
 Gracchus 20
 Gramont 101
 Gravelotte 102
 Grey 157
 Griechenland 55, 177
 Grillparzer 52
 Grimm 39, 52, 73
 Grönland 48
 Großbeeren 43
 Großbritannien 129, 171, 175
 Großgörschen 41
 Guinea 125
 Haager Friedenskonferenz 154
 Haber 137
 Halbane 154
 Haller, Karl Ludwig v. 48
 Hamburg 182
 Hannover 25, 27, 48, 57, 96, 99
 Hantze 124
 Hardenberg 17, 22, 31, 33, 34, 35
 Hartmann, E. v. 143
 Hauff 52
 Haugwitz 25
 Hauptmann 143
 Hawaii-Insel 146, 147
 Hebel 52
 Hebbel, Fr. 80
 Hecker, Fr. 71, 73
 Hegel 52, 67, 114, 117
 Heine 58, 114
 Helgoland 48, 135, 149, 174
 Herder 38
 Hermannstadt 162
 Hertling 169, 170
 Herwegh 69
 Herz, Henriette 141
 Herzegowina 153, 176
 Hessen 63, 78, 105
 Hilbebrand 144
 Hindenburg 160, 161, 165, 171, 192
 Hippel, Theodor v. 40
 Hofer 28
 Hofmann, M. W. 137
 Hoffmann, C. Th. 52
 Hoffmann von Fallersleben 69, 70
 Hohenlohe 133

Hölderlin, Friedrich 38
 Holland 17, 22, 29
 Holstein 94, 95, 96, 128
 Honer 173
 Hughes 201
 Hugo, Viktor 56
 Humboldt, M. v. 80
 Humboldt, W. v. 38, 52, 55, 66
 Jaffa 19
 Jahn 39, 53, 73
 Japan 146, 147, 150, 159, 171, 172, 175, 177, 198
 Jbsen 143
 Jena 25, 53
 Jérôme, König von Westfalen 27
 Indien 120, 128, 132, 148, 150, 198, 199
 Innsbruck 72
 Joffre 159
 Joseph II. 6, 28, 49
 Josephstadt 97, 97
 Island 60, 128
 Island 48
 Jlonzo 161
 Jstrien 176
 Italien 18, 19, 22, 49, 72, 80, 82, 83, 96, 97, 101, 111, 123, 124, 146, 148, 151, 159, 161, 171, 175, 176, 195
 Jugoslawien 195
 Zwangorod 161
 Kairo 132, 151
 Kalifornien 84, 147
 Kalisch 40, 41
 Kalkutta 132, 151
 Kamerun 125
 Kanada 61, 84, 127, 130
 Kant 22, 37, 178, 197
 Kapstadt 132
 Karl I. 13, 93
 Karl V. 101
 Karl X. 56
 Karl, Erzherzog 18, 28
 Karl, der Große 22
 Karl Kaiser 167, 170, 194
 Karl Albert v. Savoyen 72
 Karl August v. Sachsen-Weimar 50
 Karlsbad 53
 Karlsruhe 65, 102, 142
 Kärnten 49

Karolinen-Insel 135
 Karpathen 161
 Karolhi 170, 194
 Kästenburg 58
 Kattowitz 173
 Kaßbach 43
 Keller, Gottfried 69, 80
 Ketteler 73, 118
 Kaufshou 140
 Kiel 48, 95, 135, 170
 Kirchenstaat 27
 Kirchoff 80
 Klagenfurt 18
 Klassizismus 52
 Kleist 39
 Klenze 52
 Klingner 144
 Kniephof 87
 Koblenz 189
 Köln 67, 189, 193
 Kongo 125, 152, 158
 Königgrätz 96, 97, 100, 103
 Königberg 92, 160
 Königshütte 173
 Konstantinopel 120, 176
 Konstanz 24, 67
 Korea 150
 Körner, Theodor 40
 Korjika 18
 Kolpina 118
 Kossuth 72, 75, 76
 Koßbue 53
 Kowno 161
 Knefebeck 87
 Krain 49
 Krefeld 189
 Krefisir (Mähren) 75
 Krin 81
 Kroatien 176
 Kronstadt 134, 162
 Krüger, Paul 132, 149
 Kuba 147
 Kurhessen 27, 57, 96, 99
 Kurland 161
 Kut-el-Amara 162
 Lafayette 10, 13
 Lagarde 143
 Landau 44, 45
 Lange, Helene 141
 Langensalza 96
 Laßalle 117
 Lauenburg 95
 Lavoffier 16, 137
 Leibl 144
 Leibniz 178

- Leipzig 43, 49, 50, 64, 97
 Le Mans 104
 Lenau 52, 57
 Lenin 167
 Leo XIII. 112, 139
 Leoben 18
 Leopold II. 125
 Leopold von Hohenzollern 101
 Lessing 37
 Lettland 173
 Lettow-Vorbeck 180
 Liebermann 144
 Liebig 80, 137
 Liebknecht 117
 Liliencron, v. 143
 Lilla 160
 Liman v. Sanders 162
 Lincoln 84, 85
 Lisaine 104
 Lissa 98
 List 62—65, 121, 125, 136, 138, 196
 Litauen 173
 Lloyd George 166, 172
 Locarno 180, 192, 193
 Lodi 18
 Łódź 161
 Lombardi 49, 82
 London 57, 192
 Londoner Konferenz 192
 Londoner Protokoll 57, 94
 Löns, 143
 Loretto 162
 Lothringen 44, 45, 159
 Louis Ferdinand (Prinz) 25
 Louis Philippe, Herzog von Orléans 56, 70, 179
 Louisiana 83
 Ludendorff 160, 168, 170
 Ludwig I. 55
 Ludwig II. 105
 Ludwig XIV. 1, 7, 44, 119
 Ludwig XV. 6, 7
 Ludwig XVI. 2, 7, 12, 13
 Ludwig Otto 80
 Luise (Preußen) 26, 27
 Lunéville 20, 23
 Lüttich 159
 v. Lütow, Major 40
 Luxemburg 100, 175
 Lyon 16

 Mac Mahon 82, 102, 103, 119
 Macchiavelli 13
 Macdonald, Marshall 43
 Madenjen 163
 Magenta 82
 Magyaren 123
 Mähren 176
 Mailand 18
 Main 101
 Mainz 189
 Makedonien 177
 Malmedy 172, 179
 Malta 19, 129
 Malthus 58
 Manet 144
 Manchester 60, 114, 130
 Mandschurei 150
 Mannheim 71
 Manteuffel 104
 Mantua 18
 Marchand 148
 Marengo 20
 Maria Luise, Kaiserin 29
 Maria Theresia (Österr.) 12
 Marianen-Insel 135
 Marie Antoinette, Königin 12
 Marne 159, 160, 168
 Maroffo 151, 152, 172
 Marschallinsel 125
 Mars-la-Tour 102
 Marx, Karl 75, 114, 115, 116, 117, 167
 Masuren 161
 Masurische Seen 160
 Matabelen 132
 Mathy, Karl 73
 Max, Prinz 169
 Maximilian 85
 Mayer, R. 80
 Mehemed Ali 55, 69, 70
 Memel 172, 176
 Mendlen, Wilhelmine 87
 Menzel 80
 Meran 179
 Metternich 42, 43, 44, 49, 50, 51, 52, 53, 55, 58, 63, 69, 71, 72, 82, 86, 89
 Meß 102—105
 Meyer, R. F. 143
 Mexiko 84, 85, 100, 147
 Minden 68
 Miquel 139
 Mirabeau 1, 2, 6, 9, 10, 11, 12
 Mississippi 83
 Mijolunghi 55
 Moldau 55, 56, 81
 Moltke 70, 97, 102—104, 110, 119, 160
 Moltke d. J. 159
 Mommsen, Th. 80
 Monroeboktrin 55, 84, 85, 147
 Mont Valerien 104
 Montenegro 120, 154
 Montesquieu 4, 11
 Moreau 18
 Mörike 52
 Moskau 29, 41
 Mosß 63
 Mufden 150
 München 170, 182
 Mussolini 195

 Nachtigall, Gustav 125
 Namur 159
 Napoleon I. 1, 16, 18—29, 32, 33, 36, 39, 41—46, 49, 56—58, 60, 82, 83, 96, 97
 Napoleon III. 70, 79, 81 bis 83, 85, 90, 95—99, 101—103, 118, 129, 173
 Narew 160
 Nassau 99
 Naturalismus 143
 Naumann, Jr. 139
 Navarino 56
 Neapel 22, 83
 Neckar 7, 8
 Neerwinden 15
 Nelson 19, 24
 Nettelbeck 25
 Neuginea 125
 Neuhumanismus 55, 87
 Neustadt a. d. S. 58
 Neuilly 176
 Newton 58
 Niebuhr 39
 Niederlande 15, 16, 17, 48, 49, 57
 Nießche 143
 Njemen 160
 Nikolai Nikolajewitsch 160
 Nikolaus I. 75, 77, 79, 81
 Nikolsburg 97, 98
 Nil 132
 Niuport 160
 Nizza 83, 124,
 Noailles 9
 Nordafrika 70, 127, 151
 Nordamerika 62, 64, 107, 124

Norwegen 48
 Novalis 38
 Nowo Georgiewsk 161
 Noyon 160
 Nürnberg 64
 Oder 176
 Oerstedt 136
 Österreich 12—14, 17—25,
 28, 29, 40—42, 49—51,
 56, 63, 74—78, 82, 88,
 89, 94—98, 101, 102, 119
 bis 124, 128, 150, 153,
 155—157, 159, 161—164,
 166, 167, 172, 178
 Olliver 100
 Olmütz 78, 82, 88, 89, 94, 97
 Oranien 48
 Orléans 104
 Orléans, Louis Philippe,
 Herzog von 56, 70, 179
 Ostafrika 125, 129
 Ostafien 129, 159
 Ostendorf 144
 Osterode 160
 Ostindien 128
 Ostpreußen 40, 69, 160, 172
 Palästina 200
 Palmyrene 128
 Palauinsel 135
 Panama-Kanal 147
 Papin 59
 Paris 2, 7, 14, 18, 19, 44,
 70, 74, 81, 92, 100, 103,
 104, 105, 119, 121, 159,
 168
 Paul, Jean 52
 Peels 61, 130
 Pestalozzi 52, 87
 Peters, Karl 125
 Peters, Luise Ditto- 141
 Petersburg 90, 122
 Pfalz 78, 124, 189
 Pfizner 144
 Philipp der Schöne 1
 Philippinen 147
 Piave 161
 Pitt (der Jüngere) 14, 60
 Pius IX. 111
 Po 18
 Poincaré 192
 Polen 49, 57, 110, 161,
 167, 172, 173, 176, 179
 Port Arthur 150
 Portsmouth 150
 Portugal 27, 48, 55, 165

Bosen 68, 161, 172
 Prag 72, 75, 98, 170, 173,
 194
 Preußen 13, 17, 18, 23,
 25—27, 29—36, 39—41,
 48—51, 53, 54, 57, 62,
 63, 67, 75—78, 81—82,
 88, 89, 91—98, 101, 105,
 107, 108, 112, 139, 158,
 167, 185
 Prittwiß, v. 72, 73
 St. Privat 102
 Proudhon 70
 Przemysl 161
 Puttkammer, Johanna v. 88
 St. Quentin 104
 Quesnay 6
 Raabe 143
 Radetzky 75, 82
 Ranke 39, 53, 90
 Raffatt 19, 78
 Rathenau, Emil 137
 Rathenau, Walter 192
 Rauch 52
 Regensburg 50
 Reims 160, 168
 Reger 144
 Reibel 80
 Reuter, Fritz 58, 80, 143
 Reutlingen 62
 Rhein 16, 17, 43, 44, 62,
 95, 119, 121, 124, 176
 Rheinprovinz 49, 68
 Rhodes 131, 132
 Rhodessa 132
 Ricardo, David 59, 114
 Richelieu (Kardinal) 2, 44
 Richter 80
 Riffe 143
 Riviera 124
 Rivoli 18
 Robespierre, 15, 17
 Rom 29, 83, 111, 161
 Romantik 52
 Roon 91, 92, 93, 104
 Roosevelt 146, 147
 Rosegger 143
 Rotteck 57
 Rouffeau 6, 14, 15, 38
 Rüdert, Friedrich 39
 Ruhr 136, 180
 Rumänien 81, 120, 148,
 153, 159, 162, 163, 168,
 176

Rußland 26—29, 40, 41,
 44, 46, 48—51, 55—58,
 81, 82, 89, 110, 120, 122
 bis 124, 127—129, 133,
 134, 147—158, 160, 167,
 168, 172, 177, 178, 197
 bis 201
 Saarbrücken 44, 45, 102
 Saargebiet 172, 179
 Saarlouis 44, 45
 Sachsen 49, 57, 62, 63, 78,
 97, 136
 Sachsen, Fried. August I.,
 König von 27
 Saloniki 163
 Samoa 135
 Sand, Karl Ludwig 53
 Sanjibar 149
 Sardinien 82
 Savigny 39, 52
 Savoyen 83
 Scharnhorst 35, 36, 39, 41
 Scheldemündung 57
 Schill, Major 28
 Schiller 1, 18, 22, 37, 39,
 80, 82, 141
 Schinkel 52
 Schlegel, Brüder 38
 Schlegel, Karoline 38, 141
 Schlemmer 39, 53, 87
 Schlestien 40, 49, 62, 71,
 97, 114, 161, 172, 179
 Schleswig 48, 94, 173
 Schleswig-Holstein 95, 98,
 99
 Schlieffen 158, 160
 Schneedener 70
 Schönbrunn 25
 Schönhäuser 87, 88
 Schopenhauer 80
 Schubert 52
 Schulenburg 87
 Schulze-Naumburg 144
 Schumann 52
 Schurz, Karl 85, 146
 Schuwalow 119
 Schwab 52
 Schwanthaler 52
 Schwarzenberg, Fürst 42,
 43, 75, 77, 78, 89, 90
 Schwarzwald 73
 Schweben 27, 42, 48, 151
 Schweinfurt 125
 Schweiz 19, 69, 88, 107, 142
 Schwind 80

- Scott, Walter 60
 Sebastopol 81
 Sedan 103, 111, 129
 Seelen 131
 Serajewo 156
 Serbien 56, 120, 122, 153,
 154, 155, 156, 162, 170,
 175, 176
 Sevres 176
 Shimonojefi 147, 149, 150
 Siebenbürgen 123, 176, 179
 Sibirien 148
 Sidney Smith 19, 20
 Siemens, Werner 64, 94,
 136
 Sièges, Abbé 8, 20
 Simson 77, 106
 Sizilien 124
 Stagerat 194
 Skutari 154
 Slawonien 176
 Smith, Adam, 59, 65, 114
 Solferino 82
 Somme 162
 Spanien 27, 42, 48, 55,
 84, 147, 151
 Spee 164
 Spicherer Höhen 102
 St. Bernhard 20
 St. Helena 45
 St. Stefano 120
 Steffens 40
 Stein, vom 22, 30, 31, 33,
 34, 35, 36, 39, 40, 41, 43,
 51, 53, 54
 Steinmeß 102
 Stendal 87
 Stephan 110
 Stöcker 118
 Stolypin 150
 Storm 80
 Strauß, D. Jr. 58, 68
 Straßburg 103, 104, 105
 Stresemann 193
 Strindberg 143
 Stuart 60
 Südafrika 130, 131, 132
 Suezkanal 100, 128, 129
 Sundgau 49

 Tagliamento 161
 Tallestrand 10, 13, 20, 44, 49
 Tanger 152
 Tannenberg 160
 Tarnow 161
 Tauroggen 39

 Tegethoff 98
 Thoma 144
 Thiers 96, 103, 105
 Thorswaldsen 23
 Thun, Graf v. 89
 Tibet 150, 151
 Tiflit 26, 27
 Tirol 24, 28, 49, 176
 Tirpik, v. 135, 154, 164
 Tisza 167, 170
 Togo 125
 Tolsstoi 167
 Tongking 119
 Toul 104
 Toulon 16, 18
 Tours 103
 Trafalgar 24, 148
 Transvaal 132
 Treitschke 144, 181
 Trentino 124
 Trianon 176
 Trient 124
 Trier 189
 Triest 49, 124
 Tripolis 151
 Troßki 167
 Tjingtau 135, 159
 Tübingen 63
 Tunis 119, 123, 124
 Turgot 6, 7
 Türkei 49, 56, 70, 81, 120,
 121, 136, 148, 151, 152,
 153, 155, 161, 162, 168,
 170, 176

 Ukraine 168, 176
 Umland 51, 52, 58, 73, 76, 77
 Ungarn 72, 75, 97, 161,
 176, 144

 Walmy 13
 Wanhagen, Rachel 52, 141
 Vatikanisches Konzil 111
 Veit 141
 Vendée 16
 Venetien 49, 83, 96, 98
 Verdun 102, 160, 162
 Vereinigte Staaten 55, 65,
 79, 83, 84, 85, 128, 129,
 135, 146, 147, 164, 171,
 175, 177, 190
 Versailles 8, 105, 171, 176
 Vittoria 128
 Villafranca 82
 Vionville 102
 Virginien 84

 Vogesen 104, 105
 Vogt 80
 Voltaire 4, 38
 Vorpommern 49

 Wagner, Richard 78, 80, 144
 Wagram 28
 Walachei 55, 56, 81, 163
 Warschau 161
 Wartburg 58
 Wartburgfest 53
 Wartenburg 43
 Washington 146
 Waterloo 44, 97, 148
 Watt 59
 Weber, C. M. v. 52
 Weimar 171, 182, 185
 Weizenburg 102
 Welcker 57
 Wellington 42, 44, 45
 Westfalen 49
 Westpreußen 49, 172
 Werder, v. 104
 Werner, A. v. 144
 Wessenberg 67
 Wichern 118
 Wien 18, 48, 72, 75, 76,
 98, 111, 121, 146, 161,
 167, 194
 Wiesbaden 189
 Wildenbruch, v. 143
 Wilhelm, Prinz 73, 78, 79,
 82
 Wilhelm I. 33, 36, 37, 89,
 90, 92, 101, 105, 117, 133
 Wilhelm II. 133, 135, 139,
 147, 148, 149, 152, 170,
 171, 174
 Wilhelmshaven 135
 Wilson 164, 165, 169, 170,
 172, 173
 Windischgrätz 75
 Windthorst 112
 Wißmann 125
 Wöhler 137
 Wörth 102, 104
 Wrangel 75
 Wuppertal 62
 Württemberg 23, 24, 53,
 63, 98, 105, 107

 Yorck, General 34, 43
 Ypern 160, 162
 Ypsilanti 55
 Yserkanal 160

 Zola 143, 153

Literaturverzeichnis.

A. Die Französische Revolution.

A. de Tocqueville, *L'ancien régime et la Révolution* 1856. — H. Taine, *Les origines de la France contemporaine* 7 Bde. 1875 ff. — H. v. Sybel, *Geschichte der Revolutionszeit* 3 Bde. 1853/58. — A. Aulard, *Histoire de la Révolution française* 1901. — A. Wahl, *Vorgeschichte der französischen Revolution* 2 Bde. 1905/07. — B. Erdmannsdörffer, *Mirabeau* 1901. — L. v. Stein, *Geschichte der sozialen Bewegung in Frankreich* 3 Bde. 1850. — J. Jaurès, *Histoire socialiste* 1901. — A. Sorel, *L'Europe et la Révolution* 8 Bde. 1885/1904. — Ludwig Häusser, *Deutsche Geschichte vom Tode Friedrichs des Großen bis zur Gründung des deutschen Bundes* 4 Bde. 4. Aufl. 1869. — H. v. Treitschke, *Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert* 5 Bde. 1879 ff.

B. Das Zeitalter Napoleons.

A. Böhlingk, *Napoleon Bonaparte* 2 Bde. 1878/80. — A. Journier, *Napoleon I., eine Biographie* 2. Aufl. 1904/06. — B. Valentini, *Napoleon* 1923. — M. Lenz, *Napoleon*. 3. Aufl. 1913. — J. H. Rose, *The life of Napoleon I.* 1902. — Nord v. Wartenburg, *Napoleon als Feldherr* 2 Bde. 1885/86. — Fr. Meinecke, *Das Zeitalter der Deutschen Erhebung* 1906. — M. Lehmann, *Freiherr vom Stein* 3 Bde. 1902/04. — J. R. Seeley, *Life and times of Stein in Germany and Prussia in the Napoleon age* 3 Bde 1880. — Fr. Meinecke, *Weltbürgertum und Nationalstaat* 1910. — H. Delbrück, *Leben Gneisenaus* 4. Aufl. 1920. — Rosebery, *Napoleon, the last phase* 1900.

C. Das Zeitalter der Restauration.

A. Stern, *Geschichte Europas seit den Verträgen von 1815*. 10 Bde. 1894/1923. — M. Lenz, *Die Großen Mächte 1900*. — P. Wenjke, *Geschichte der Deutschen Burschenschaft* 1919. — R. Sillebrandt, *Geschichte Frankreichs 1830—1848* 2 Bde. 1877/81. — Sp. Walpole, *A history of England since 1815* 8 Bde. 1878/90. — Cunningham, *The growth of english Industry and commerce in modern times* 1892. 1903. — L. Brentano, *Die Arbeitergilden der Gegenwart 1871/72*.

D. Revolution und Reaktion.

H. Blum, *Die deutsche Revolution von 1848/49* 1898. — B. Valentini, *Die erste deutsche Nationalversammlung 1848* 1919. — W. Appens, *Die Nationalversammlung zu Frankfurt a. M.* 1920. — L. Häusser, *Denkwürdigkeiten zur Geschichte der badischen Revolution 1851*. — H. v. Treitschke, *Frankreichs Staatsleben und der Bonapartismus* 1868. — F. X. Kraus, *Cavour* 1902. — P. Darmstadt, *Die Vereinigten Staaten von Amerika* 1909.

E. Die Einigung Deutschlands durch Bismarck.

H. Friedjung, *Der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland* 2 Bde. 6. Aufl. 1904. — J. Ziefursch, *Politische Geschichte des Neuen Deutschen Kaiserreiches* 2 Bde. 1925/27. — E. Brandenburg, *Die Reichsgründung* 2 Bde. 1916. — E. Marck, *Kaiser Wilhelm I.* 1897. — M. Lenz, *Geschichte Bismarcks* 1902. — E. Marck, *Otto v. Bismarck, Ein Lebensbild* 20. Aufl. 1919. — D. Schäfer, *Bismarck* 2 Bde. 1917. — M. Jähns, *Moltke* 2 Bde. 1894/1900. — R. Staehlin, *Der deutsch-französische Krieg 1870/71*. 1912. — P. Wenjke, *Das Elfaß, der deutschen Einheit Schicksalsland* 1921. — M. Spahn, *Elfaß-Lothringen* 1919.

F. Europa im Zeitalter Bismarcks.

P. Laband, Das Staatsrecht des Deutschen Reiches 4 Bde. 5. Aufl. 1911/14. — L. Bergstraeffer, Geschichte der politischen Parteien 1921. — K. Bachem, Vorgesichte, Geschichte und Politik der Deutschen Zentrumspartei 6 Bde. 1927. — W. Sombart, Sozialismus und soziale Bewegung 6. Aufl. 1908. — K. Wilbrandt, Karl Marx, Versuch einer Einführung 2. Aufl. 1919. — H. Duden, Lassalle 1904 3. Aufl. 1920. — H. Herkner, Die Arbeiterfrage 2 Bde. 6. Aufl. 1916. — R. Mehring, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 2 Bde. 1897/98. 2. Aufl. 4 Bde. 1904. — F. Ratschahl, Bismarcks auswärtige Politik 1871—1890 1923. — H. Plehn, Bismarcks auswärtige Politik nach der Reichsgründung 1920. — J. Sashagen, Umrisse der Weltpolitik 1871/1914 2 Bde. 2. Aufl. 1918.

G. Das Zeitalter des Imperialismus.

G. v. Schulze-Gaeverniß, Britischer Imperialismus und englischer Freihandel zu Beginn des 20. Jahrhunderts 1906. — A. Hettner, Englands Weltherrschaft 3. Aufl. 1917. — H. Friedjung, Das Zeitalter des Imperialismus 3 Bde. 1919/22. — R. Kjellén, Die Großmächte und die Weltkrise 1921. — R. Kjellén, Dreibund und Dreiverband 1921. — E. v. Reventlow, Deutschlands auswärtige Politik 1888—1913 4. Aufl. 1916.

H. Der Weltkrieg von 1914—1918.

Lh. Wolff, Das Vorspiel 1923. — M. Schwarte, Der Große Krieg 10 Bde. 1921/22. — H. Stegemann, Geschichte des Weltkriegs 4 Bde. 1916ff. — Fr. Meinecke, Probleme des Weltkrieges 1917. — R. Kjellén, Die politischen Probleme des Weltkrieges 1916. — P. Lensch, Drei Jahre Weltrevolution 1918. — Fr. Meinecke, Nach der Revolution 1919. — v. Lersner, Versailles, Volkskommentar des Friedensdiktats 1921. — R. Angell, Der Friedensvertrag und das wirtschaftliche Chaos in Europa. Übers. 1920. — J. M. Keynes, Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages. Übers. 1920. — H. Duden, Die historische Rheinpolitik der Franzosen. 1922. — W. Vogel, Das neue Europa 2. Aufl. 1923.

I. Die Weimarer Verfassung.

G. Anschütz, Die Verfassung des Deutschen Reiches. Einleitung und Erläuterungen 1921. — D. Lenel, Über die Reichsverfassung 1919. — G. Anschütz, Drei Leitgedanken der Weimarer Reichsverfassung 1923. — D. Bühler, Die Reichsverfassung 2. Aufl. 1927.

K. Nach dem Weltkriege.

A. Demangeon, Das britische Weltreich 1926. — W. Hagemann, Das erwachende Asien 1926. — R. Fülöp-Miller, Geist und Gesicht des Bolschewismus 1926. — R. Michels, Sozialismus und Faschismus in Italien 1925. — R. Coudenhove-Kalergi, Panuropa 1926.

Die Großmächte der Gegenwart. Unter Mitarbeit von Prof. Dr. H. Hassinger, Prof. Dr. E. Obst und Prof. Dr. O. Maull herausgeg. von Prof. Dr. K. Haushofer. 3., veränd. Aufl. des Werkes „Kjellén, Die Großmächte und die Weltkrise“. [U. d. Pr. 1928]

Die Neuauflage des bahnbrechenden Buches wird unter Leitung von Herrn Professor Haushofer eine vollständige Neubearbeitung erfahren. Die Darstellung der Vorkriegszeit wird im wesentlichen unverändert bleiben, dagegen werden die die Nachkriegszeit behandelnden Kapitel von den besten Kennern der verschiedenen Erdräume neu bearbeitet. Es haben übernommen: Professor Haushofer — Deutschland und Ostasien, Professor Obst — England und Rußland, Professor Hassinger — Österreich und seine Nachfolgestaaten, Frankreich und Italien, Professor Maull — Nord- und Südamerika. Ein Schlußkapitel aus der Feder von Herrn Professor Haushofer wird die gegenwärtige Lage zusammenfassend und ausblickend auf die Zukunft behandeln.

Deutschland in den weltgeschichtlichen Wandlungen des letzten Jahrhunderts. Von Prof. Dr. S. Schnabel. Mit 16 Bildnissen. Geb. *R.M.* 9.—

„Das Neue und Eigenartige des Buches besteht darin, daß es eine politische, Wirtschafts- und Kulturgeschichte zugleich gibt. . . Die Sprache des Buches ist außerordentlich lebendig, schwingungsvoll und aufwühlend, stellenweise gesteigert zu dramatischer Spannung. Gewaltige ethische Kraft und verhaltene innere Leidenschaft reden aus ihm; der Verfasser hat sein Bestes gegeben und seine ganze geistige Persönlichkeit darin niedergelegt, auch seine Weltanschauung.“ (Badischer Beobachter.)

Weltgeschichtliche Entwicklungslinien vom 19. zum 20. Jahrh. in Kultur u. Politik. Von Studienrat Dr. H. Preller. (ANUG 734.) *R.M.* 2.—

Die Frage: „Wo stehen wir?“ findet in weltgeschichtlicher Einstellung eine von ausgesprochener Lebensbejahung getragene Beantwortung durch einen Überblick über die das 19. Jahrhundert beherrschenden Strömungen und Bewegungen auf geistigem, wirtschaftlichem, sozialem und insbesondere politischem Gebiete.

Quellenammlung für den geschichtlichen Unterricht. Hrsg. von Geh. u. Oberreg.-Rat G. Lambeck, Oberreg.-Rat Prof. Dr. P. Rühlmann u. Oberstud.-Dir. Dr. E. Wilmanns. Hefte zu 2, 3 und 4 Bogen zu *R.M.* —.75, *R.M.* 1.—, *R.M.* 1.25. (Bei Bestellungen von 10 und mehr Exemplaren: *R.M.* —.60, *R.M.* —.80 bzw. *R.M.* 1.—.) Reihe I, Heft 18/20. (6 Bogen.) *R.M.* 1.60

„Ich habe viele der Hefchen mit wachsendem Interesse gelesen. Zur Bildung selbständigen Urteils und damit zur Entwicklung des historischen Denkens sind sie um so wertvoller, als jedes, auch das beste Geschichtswerk, uns eben nur allzu leicht gewöhnt, die Beziehungen der menschlichen Ereignisse mit den Augen des Geschichtschreibers anzusehen, dem wir uns anvertraut haben.“ (Georg Kerschensteiner in den Süddeutschen Monatsheften.)

Von deutscher Art und Kunst. Eine Deutschkunde. Hrsg. von Studienrat Dr. W. Hoffstaetter. 4., verb. Aufl. Mit 42 Tafeln u. 2 Karten. Geb. *R.M.* 6.— [Best.-Nr. 4266]

„Das Geheimnis dieses Buches liegt darin, daß es uns die Kraft und Weisheit im Allernächsten sehen lehrt. Es zeigt uns den Weg in unser eigenes Reich und Leben, in Land und Dorf und Haus der Deutschen. Das ist nicht wenig, und zugleich ist es ein Weg in unbekanntes Land, fast auch für die meisten unter unseren Gebildeten.“ (Histor. Zeitschrift.)

Die Reichsverfassung vom 11. August 1919. Mit Einleitung, Erläuterungen, Gesamtbeurteilung und einem Anhang, enthaltend den Wortlaut der Geschäftsordnungen für den Reichstag und für die Reichsregierung. Von Prof. Dr. O. Bühler. 2. Auflage. (ANUG Bd. 1004.) Geb. *R.M.* 3.—

Teubners Handbuch der Staats- und Wirtschaftskunde.

- I. Abteilung: Staatskunde. In 3 Bänden. Bd. I geb. *R.M.* 18.—. Bd. II/III zusammengeb. *R.M.* 16.—
- Bd. I, 1. Wesen und Entwicklung des Staates. *R.M.* 8.—. 2. Völkerverrecht und Völkerbund. Geschichte der Staatstheorien. Staat und Volk. Staat und Gesellschaft. Verfassungsleben des Auslandes. *R.M.* 4.40. 3. Der Vertrag von Versailles. *R.M.* 3.60
- Bd. II, 1. Grundrechte und Grundpflichten. Die politischen Parteien in Deutschland. Die Presse. Die Staatszerziehung. *R.M.* 2.80. 2. Verfassung u. Verwaltung des Reichs u. d. Länder. 3., durchgef. Abdruck. *R.M.* 5.—. 3. Heeresverfassung. Staat und Kirche: Evangelisch. Katholisch. Bildungsrecht und Bildungspolitik. *R.M.* 1.80. 4. Selbstverwaltung. *R.M.* 1.60
- Bd. III. Recht und Leben. Bürgerliches Recht. Strafrecht. *R.M.* 2.80
- II. Abteilung: Wirtschaftskunde. In 2 Bänden. Bd. I geb. *R.M.* 16.—. Bd. II geb. *R.M.* 26.—
- Bd. I, 1. Theoretische Grundlegung. *R.M.* 2.40. 2. Die Entwicklung der Volkswirtschaft und der volkswirtschaftlichen Lehmeinungen. *R.M.* 1.80. 3. Bevölkerungslehre. Die beruflich-gesellschaftliche Gliederung des deutschen Volkes. *R.M.* 1.60. 4. Sozialpolitik. Sozialversicherung. Wohnungs- und Siedlungswesen. *R.M.* 4.—. 5. Kartelle und Trusts. Planwirtschaft und Sozialisierung. Genossenschaftswesen. Arbeitsrecht. Lohnformen und Löhnungsmethoden. *R.M.* 4.—
- Bd. II, 1. Landwirtschaft. Gartenbau und Weinbau. Fischerei. Forstwirtschaft. *R.M.* 2.40. 2. Bergbau, Industrie und Industriepolitik. Organil. der technischen Arbeit. *R.M.* 3.60. 3. Energiewirtschaft. *R.M.* 1.80. 4. Betriebswirtschaftslehre. Grundzüge des Rechnungswesens und des Aufbaues schaffenswirtschaftlicher Betriebe. 2. Aufl. *R.M.* 2.—. 5. Verkehrswesen und Verkehrspolitik. Handel und Handelspolitik. Bankwesen und Bankpolitik. Geldwesen. *R.M.* 6.—. 6. Grundzüge der Finanzwissenschaft. Der öffentliche Kredit. Reichssteuerwesen. Kart. *R.M.* 8.—
- Jedes Heft ist einzeln käuflich. Einbanddecken zu den einzelnen Bänden je *R.M.* 1.80
(Ausführliches Verzeichnis kostenlos vom Verlag.)

Deutsche Verfassungsgeschichte vom 15. Jahrh. bis zur Gegenwart. Von Prof. Dr. S. Hartung. 2., verb. Aufl. (Grundriß d. Geschichtswissenschaft, Abt. II, Bd. 4.) Geb. *R.M.* 8.60

Deutsche Verfassungsgeschichte vom Anfange des 19. Jahrh. bis zur Gegenwart. Von Prof. Dr. M. Stimming. (AlluG Bd. 639.) Geb. *R.M.* 2.—

Staatsanschauungen. Quellenkunde zur Geschichte des Staatsgedankens von der Antike bis zur Gegenwart. Zusammengestellt von Oberregierungsrat Prof. Dr. P. Rühlmann. 3. Aufl. Kart. *R.M.* 1.80 [Beft.-lfr. 5586]

„Alle Kenntnis geschichtlicher Vergangenheit muß ausmünden in dem Ringen um das Wesen der Staatsidee, um die Durchführung der vielfältigen, im Staatsleben wirksamen ewigen Kräfte, die, in immer neuen Formen, in ewig wachsenden Kombinationen, in ständiger Abwandlung begriffen, das Werden der Staaten und Völker bestimmen. Auf diesem Wege kann politische Bildung auf der objektiven wissenschaftlichen Grundlage der Geschichtsforschung erreicht werden. Bausteine für eine so aufgefaßte politische Bildung zu liefern, ist das letzte, im höchsten Sinne staatsaufbauende Ziel des Rühlmannschen Buches.“ (Preußische Jahrbücher.)

Einführung in die Volkswirtschaftslehre. Geschichte, Theorie und Politik. Von Prof. Dr. A. Sartorius Frhr. v. Waltershausen. Geb. *R.M.* 5.—, geb. *R.M.* 6.—

Das Buch will dem Bedürfnisse einer Einführung in die Kenntnis der volkswirtschaftlichen Zusammenhänge entgegenkommen, über den Stand der Wissenschaft orientieren und die Grundlagen und Probleme beleuchten. Es versucht dabei die geschichtliche, theoretische und politische Betrachtungsweise zu einer organischen Einheit der Volkswirtschaftslehre zu verschmelzen. Um die Erörterungen leicht faßbar zu machen, wird immer von einfachen, allgemeinverständlichen Voraussetzungen ausgegangen und von ihnen zu einer Vertiefung fortgeschritten.

Grundzüge der Länderkunde. Von Prof. Dr. A. Hettner. Bd. I: Europa. 4. Aufl. Mit 4 Tafeln, 269 Kärtchen u. Figuren. Geb. *R.M.* 14.—. Bd. II: Die außereuropäischen Erdteile. 3. Aufl. Mit 197 Kärtchen u. Diagrammen im Text. Geb. *R.M.* 14.—, geb. *R.M.* 16.—

„Der Verfasser entwirft in großen und klaren Zügen ein länderkundliches Bild des gesamten Erdteils und seiner einzelnen Länderindividuen mit solch unergieblicher Trefflichkeit, wie sie Hettners Schriften allgemein eigen ist. Es ist eine wohl abgewogene, in ihrer Kürze muster-gültige Darstellung eines Kontinents, die fast alle Einzelheiten meidet und vornehmlich die Grundzüge herausarbeitet, aber doch dank der reichen Ausstattung mit bezeichnenden Kartenstücken auch nahezu jede eindringendere Frage zu beantworten weiß.“ (Die Umschau.)

Allgemeine Wirtschafts- und Verkehrsgeographie. Von Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. K. Sapper. 2. Aufl. Mit kartogr. u. stat.-graph. Darstellungen. Geb. ca. *R.M.* 12.—

„Nicht lehrhaft trocken, sondern in lebenswarmer Gestaltung wird den Einwirkungen der Natur auf die menschliche Wirtschaft, den vielfachen Beziehungen zwischen Mensch und Wirtschaft nachgegangen, eine Übersicht der Gütererzeugung geboten, der Umfang jener Fragen abgeleuchtet, die sich unter geographischen Gesichtspunkten für Handel und Verkehr ergeben. Ein Anhang bringt in alphabetischer Reihung eine Aufzählung der wirtschaftlichen Einheiten der Erde mit zahlreichen wirtschaftsstatistischen Daten. Alles in allem: ein vorzüglich entworfenenes, auch sachlich einwandfreies Werk, das in gleicher Weise Wissenschaft und Praxis zu befruchten vermag.“ (Weit des Kaufmanns.)

Englands Weltherrschaft. Von Prof. Dr. A. Hettner. 4., umgearb. Aufl. des Werkes „Englands Weltherrschaft und der Krieg“. Mit 38 Karten im Text. Geb. *R.M.* 9.—

Das schon in den früheren Auflagen glänzend beurteilte Werk des bekannten Heidelberger Geographen ist soeben in 4. Auflage erschienen. Es gibt eine seltene Darstellung der geographischen Grundlagen der englischen Weltherrschaft, ihrer Entwicklung und ihrer vielseitigen Auswirkung und sucht die Frage der Dauer oder Veränderlichkeit ihrer günstigen geographischen Bedingungen zu klären. In der soeben erschienenen 4. Auflage sind 38 Kartenstücken hinzugekommen. Sie erhöhen den Wert des Buches, das bereits in den ersten drei Auflagen eine glänzende Aufnahme gefunden hat, wesentlich. Auch sorgfältige Literaturangaben und ein Register sind beigefügt.

Japan und die Japaner. Eine Landeskunde. Von Prof. Dr. K. Haushofer. Mit 11 Karten im Text und auf 1 Tafel. Kart. *R.M.* 5.—, geb. *R.M.* 6.—

„An Landeskunden fremder Länder haben wir keinen Mangel; aber selten kannten die Verfasser ihre Länder auch wirklich von Grund aus, wie Haushofer. Er sieht das japanische Problem als Gelehrter, als Offizier, als Politiker und als Mensch, gewissermaßen vierdimensional. Das gibt seiner Darstellung eine unglaubliche Plastik...“ (Deutsche Rundschau.)

Malerei der Goethezeit. Mit 60 ganzseit. Abb. und einer Einleitung von Dr. K. Schauer. (Marburger Kunstbücher für Jedermann.) Kart. *R.M.* 4.—, geb. *R.M.* 6.—

In dieser Sammlung von 60 Bildern tritt das lebendigste, fruchtbarste Zeitalter deutschen Geisteslebens sinnfällig in Erscheinung. Die zwei gewaltigen Geistesströmungen, Klassik und Romantik, die es mit ihren Vorläufern beherrschten, finden ihren Ausdruck wie im Schrifttum und der Musik so in der bildenden Kunst. Die Malerei vom Rokoko bis zur Empfindsamkeit, zum Sturm und Drang und der frühen Romantik auf der einen Seite, dem höflichen Rokokoklassizismus zum reifen Klassizismus auf der andern Seite, werden in ganzseitigen Abbildungen vorgeführt und durch eine Einleitung gekennzeichnet und kurz erläutert.

Serner erschienen in den Marburger Kunstbüchern für Jedermann: Griechische Tempel — Olympische Kunst — Tempel Italiens — Deutsche Köpfe — Deutsches Ornament. Jeder Band mit 60 ganzseit. Abb. u. einer Einleit. Kart. *R.M.* 3.—, in Leinen *R.M.* 5.—

Ludwig Richter und Goethe. Von Oberstudienrat Dr. F. Breucker. Mit 53 Abb. künstlerisch ausgestattet. Kart. *R.M.* 3.—

Das Buch — mit 53 Abbildungen ausgestattet — zeigt Ludwig Richter als Menschen und Künstler von einer neuen Seite: in seinem Verhältnis zur Persönlichkeit Goethes. Der Meister idyllischer Landschaften steht vor uns als ein sehr eigenartiger und humorvoller Umdeuter eines dämonischen Dichters.

Bilder zur Kunst- und Kulturgeschichte. Hrsg. von Privatdozent Dr. G. Schoenberger. Heft 1: Altertum, vornehmlich griechische und römische Kultur sowie frühchristliche Zeit [Best.-Nr. 5134]. Heft 2: Das Mittelalter. Vorgeschichte und Entfaltung [Best.-Nr. 5135]. Heft 3: Renaissance und Barock [Best.-Nr. 5136]. Heft 4: Vom Ende des 18. Jahrhunderts bis zur Gegenwart [Best.-Nr. 5137]. Jedes Heft kart. je *R.M.* 2.40, zusammeng. etwa *R.M.* 10.— [Best.-Nr. 5138]. Ausg. für Epistole (einseitig bedruckte Blätter in Sammelmappe) je *R.M.* 5.—

Jugend will unmittelbares Erleben. Sie findet es dort, wo Leben in anschaulichen Formen in Erscheinung tritt, in der Kunst. Das Schoenberger'sche Werk gibt in Bildern künstlerische Darstellungen der verschiedenen Zeitperioden und so anschauliche Kunde ihrer Kultur nach den verschiedensten Seiten geistiger und praktischer Äußerung. Ein begleitender Text in knappster Form leitet dazu an, zu sehen, zu würdigen und zu erleben und reißt das einzelne in den Zusammenhang der kulturellen Entwicklung und des geschichtlichen Verlaufs.

Die deutschen Lyriker von Luther bis Nietzsche. Von Prof. Dr. Ph. Wittkop. Bd. I. Von Luther bis Hölderlin. Mit 6 Bildnissen. 3., veränd. Aufl. In Ganzleinen *R.M.* 11.—. Bd. II: Von Novalis bis Nietzsche. 2. Aufl. Geh. *R.M.* 9.—, in Ganzleinen geb. *R.M.* 11.—

... In solcher Vollständigkeit und doch solcher Beschränkung besitzen wir kein Werk über Lyrik wie dieses, dessen Wert neben der wissenschaftlichen Bedeutung im Durchdringen der Materie mit dichterischem Einfühlen ruht. So werden die Namen zu lebenden Menschen, die durch die Wahrheit ihres Gefühls oder das Erkenntnis ihrer Dichtung uns nahetreten oder abstoßen.“ (Srauenbildung.)

Geschichte der deutschen Dichtung. Von Oberstudienrat Dr. H. Rößl. 6., durchgesehene Aufl. Geh. *R.M.* 5.20 [Best.-Nr. 4374]

„Das Werk von Hans Rößl ist, um das Wichtigste gleich zu sagen, kein Unterhaltungsbuch, auch kein Nachschlagewerk. Es ist etwas unendlich Wertvolleres: ein Buch zum langsamen und besinnlichen Lesen, das ein Mann verfaßt hat, dem das volle Herz übergeflossen ist von dem Guten und Schönen unserer älteren und neueren Dichtung. Es ist ein Werk aus einem Guß, flott geschrieben, feinnutrig und von klugem und gerechtem Urteil.“ (Pädagogisches Archiv.)

Weltanschauung. Ein Führer für Suchende. Von Ministerialrat H. Richter. Geh. *R.M.* 3.20, geb. *R.M.* 4.80

Das Buch will der Jugend helfen in ihrer Weltanschauungsnot. Es will ihr keine Weltanschauung aufzwingen oder aufreden, nur ein Führer will es sein für den Aufstieg zu den erstrebten Höhen. Es zeigt darum, aus welchen Antrieben Weltanschauungen sich entwickeln, wie sie sich in Kunst, Wissenschaft und Religion äußern, mit welchen Methoden sie arbeiten und welche Typen philosophischer Weltanschauungen sich unterscheiden lassen.

Einführung in das philosophische Denken. Für Anfänger und Alleinlernende. Von Prof. D. W. Bruhn. Geh. *R.M.* 4.—

Das Buch stellt sich die Aufgabe, nicht so sehr die Philosophie, sondern das Philosophieren zu lehren, den Leser hineinzuwachen zu lassen in die philosophische Problemstellung, ihn anzuleiten, aus geschichtlichem Anschauungsstoff die daraus zu gewinnende Erkenntnis selbst zu erarbeiten.

Das Schachspiel und seine historische Entwicklung. Dargestellt an der Spielführung der hervorragendsten Schachmeister insbesondere der Weltchachmeister. Von Reg.-Direktor L. Bachmann. Mit 81 auserwählten Schachpartien, 20 Aufg. u. 8 Bildn. der Weltmeister. Geh. *R.M.* 5.60, geb. *R.M.* 7.—

„Porträts der Weltmeister, 81 sehr gut glossierte Partien mit zahlreichen Stellungsbildern, eine Tabelle aller großen Turniere und Wettkämpfe bieten dem Schachfreund äußerst anregenden und belehrenden Stoff.“ (Wiener Abendblatt.)

Aus Natur und Geisteswelt

Jeder Band Nr. 1-1000 geb. *RM* 2.—. Band 1001 und folgende in erweitertem Umfang geb. je *RM* 3.—

Auswahl von Bänden zu Geschichte, Kultur- und Wirtschaftsgegeschichte / Länderkunden:

- Vorgeschichte Europas.** Grundzüge der alteurop. Kulturentwicklung. Von Prof. Dr. H. Schmidt. I. Bd.: Stein- u. Bronzezeit. Mit 8 Taf. u. 2 Seitentab. II. Bd.: Eisenzeit [II. u. d. Pr. 28.] (Bd. 571/72.)
- Germanische Kultur in der Urzeit.** Von Bibl. Dir. Prof. Dr. G. Steinhausen. 4., neu bearb. Aufl. Mit 15 Abb. i. T. (Bd. 1005.)
- Deutsche Städte und Bürger im Mittelalter.** Von Geh. Reg.- u. Oberdiktat Prof. Dr. B. Heil. 4. Aufl. (Bd. 43.)
- Europäische Geschichte im Zeitalter Karls V., Philipps II. und der Elisabeth.** Von Prof. Dr. G. Menz. (Bd. 528.)
- Europäische Geschichte im Zeitalter Ludwigs XIV. und des Großen Kurfürsten.** Von Prof. Dr. W. Plaghoff. (Bd. 530.)
- Das Zeitalter der Entdeckungen.** Von Prof. Dr. S. Günther. 4. Aufl. Mit 1 Weltkarte. (Bd. 26.)
- Der Zug nach dem Osten.** Die kolonialistische Großtat des deutschen Volkes im Mittelalter. Von Geh. Hofrat Prof. Dr. K. Hampe. (Bd. 731.)
- Brandenburgisch-preussische Geschichte.** Von Archivar Dr. Fr. Israel. 2 Bde. I. von den ersten Anfängen bis zum Tode König Friedr. Wilh. I. 1740. II. Vom Regierungsantritt Friedr. d. Gr. bis zur Gegenwart. (Bd. 440/441.)
- Friedrich der Große.** 6 Vorträge. Von Prof. Dr. Th. Bitterauf. Mit 2 Bildn. 2. Aufl. (Bd. 246.)
- Geschichte der Französischen Revolution.** Von Prof. Dr. Th. Bitterauf. 3. A. M. 8 Bild. (346.)
- Politische Hauptströmungen in Europa im 19. Jahrhundert.** Von Prof. Dr. K. Th. v. Heigel. 4. Aufl. von Dr. S. Endres. (Bd. 129.)
- Weltgeschichtliche Entwicklungslinien vom 19. zum 20. Jahrhundert in Kultur und Politik.** Von Studienrat Dr. H. Pfeiler. (754.)
- Umriss der Weltpolitik.** Von Prof. Dr. J. Hasenagen. 2 Bände. I. 1871—1907. 2. Aufl. II. 1908—1914. 2. Aufl. (Bd. 553/554.)
- Deutsche Geschichte.** Skizzen zur Entwicklungsgeschichte der deutschen Einheit. Von Prof. Dr. R. Schwemer. 3. u. 4. Aufl. I. 1800—1848. II. 1848—1862. III. 1862—1871. (Bd. 818, 101u. 820.)
- Von Jena bis zum Wiener Kongress.** Von Prof. Dr. G. Roloff. (Bd. 465.)
1848. Von Prof. Dr. O. Weber. 3. Aufl. (Bd. 53.)
- Bismarck u. seine Zeit.** D. Reichsarchivar Prof. Dr. V. Valentin. M. I. Bildn. 4. Aufl. (Bd. 500.)
- Moltke.** Von Major a. D. S. C. Endres. Mit 1 Bildnis. (Bd. 415.)
- Deutsche Verfassungsgeschichte.** Vom Anfange des 19. Jahrh. bis zur Gegenwart. Von Prof. Dr. M. Stimming. (Bd. 639.)
- Die Reichsverfassung vom 11. August 1919.** Mit Einleitung, Erläuterungen, Gesamtbeurteilung. Von Prof. Dr. O. Bühler. 2. Aufl. (Bd. 1004.) [Siehe S. 1 der Anzeigen.]
- Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika.** Von Prof. Dr. E. Daenell. 3. Aufl. Neubearb. v. Prof. Dr. A. Hasenclever. (Bd. 147.)
- Vom deutschen Volk zum deutschen Staat.** Eine Geschichte des deutschen Nationalbewußtseins. Von Prof. Dr. P. Joachimien. 2. Aufl. (Bd. 511.)
- Das deutsche Handwerk in seiner kulturgeschichtlichen Entwicklung.** Von Geh. Schularat Dir. Dr. Ed. Otto. 6. Aufl. Mit 23 Abb. auf 8 Tafeln. (Bd. 14.)
- Deutsche Volkskunde im Grundriss.** Von Prof. Dr. E. Reuschel. I. Allgemeines, Sprache, Volksdichtung. II. Sitte, Brauch und Volksglaube. Sachliche Volkskunde. (Bd. 644/645.)
- Das deutsche Dorf.** Von Prof. Dr. R. Mielke. 3. Aufl. Mit 51 Abb. (Bd. 192.)
- Grundzüge der Volkswirtschaftslehre.** Von Prof. Dr. G. Jahn. 2. Aufl. (Bd. 593.)
- Geschichte des Welthandels.** Von Oberstudien-direktor Prof. Dr. M. G. Schmidt. 5. Aufl. (Bd. 1006.)
- Wirtschaftsgeschichte vom Ausgang der Antike bis 3. Beginn d. 19. Jahrh.** (Mittlere Wirtschaftsgeschichte). Von Prof. Dr. H. Sieveting. (577.)
- Geschichte des deutschen Handels seit dem Ausgange des Mittelalters.** Von Prof. Dr. W. Langenbeck. 2. Aufl. Mit 16 Tab. (Bd. 237.)
- Die Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens im letzten Jahrhundert.** Von Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. L. Pohle. 5. Aufl. (Bd. 57.)
- Die großen Sozialisten.** Von Dr. S. Müdler. 4. Aufl. Bd. II: Owen, Fourier, Proudhon. Bd. III: Saint-Simon, Dequeur, Buche, Blanc, Rodbertus, Weitling, Marg, Casselle. (Bd. 269/270.)
- Karl Marx.** Versuch einer Würdigung. Von Prof. Dr. R. Wilbrandt. 4. Aufl. (Bd. 621.)
- Soziale Bewegungen und Theorien bis zur modernen Arbeiterbewegung.** Von G. Mater. 9. Aufl. (Bd. 2.)
- Politische Geographie.** Von Prof. Dr. W. Vogel. Mit 12 Abb. (Bd. 634.)
- Die deutschen Volksstämme u. Landschaften.** Von Geh. Stud.-Rat Prof. Dr. O. Weise. 5., völlig umg. Aufl. Mit 30 Abb. im Text u. auf 20 Tafeln u. 1 Dialektkarte Deutschlands. (Bd. 16.)
- Böhmen.** Von Prof. Dr. R. S. Kaindl. (Bd. 701.)
- Die Baltischen Provinzen.** V. Dr. V. Cornius. 3. Aufl. Mit 8 Abb. u. 2 Karten/Plänen. (Bd. 542.)
- Polen.** Von Prof. Dr. R. S. Kaindl. 2., verb. Aufl. Mit 6 Karten. (Bd. 547.)
- Rußland.** Geschichte, Staat, Kultur. Von Dr. A. Luther. (Bd. 563.)
- Die Slawen.** Von Prof. Dr. P. Diels. (Bd. 740.)
- Island.** Das Land u. das Volk. Von Prof. Dr. P. Herrmann. Mit 9 Abb. (Bd. 461.)
- Belgien.** Von Dr. P. Oßwald. 3. Auflage. Mit 4 Karten im Text. (Bd. 501.)
- Neugriechenland.** Von Prof. Dr. A. Heisenberg. (Bd. 613.)
- Die Türkei.** Von Reg.-Rat P. R. Krause. 2. Aufl. Mit 2 Kart. i. Text u. auf 1 Taf. (Bd. 469.)
- Australien und Neuseeland.** Von Prof. Dr. R. Schächner. (Bd. 366.)